

Lebensqualität, Kommunalpolitik und Kommunalwahlen in Nürnberg: ausgewählte Ergebnisse aus Lehrforschungsprojekten der Jahre 2002 und 2006

Wittenberg, Reinhard; Wenzig, Claudia; Janik, Florian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wittenberg, R., Wenzig, C., & Janik, F. (2007). *Lebensqualität, Kommunalpolitik und Kommunalwahlen in Nürnberg: ausgewählte Ergebnisse aus Lehrforschungsprojekten der Jahre 2002 und 2006*. (Berichte / Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl für Soziologie und empirische Sozialforschung, insb. Arbeitsmarktsoziologie, 2007-1). Nürnberg: Universität Erlangen-Nürnberg, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Sozialwissenschaftliches Institut, Lehrstuhl für Soziologie und Empirische Sozialforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-393096>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Lehrstuhl für Soziologie
Et Empirische Sozialforschung

Berichte

Lebensqualität, Kommunalpolitik und Kommunalwahlen in Nürnberg

Ausgewählte Ergebnisse aus Lehrforschungsprojekten der Jahre
2002 und 2006

**Reinhard Wittenberg, unter Mitarbeit von
Claudia Wenzig und Florian Janik**

Bericht 2007-1

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
Sozialwissenschaftliches Institut
Lehrstuhl für Soziologie und Empirische Sozialforschung

Berichte

des Lehrstuhls für Soziologie und Empirische Sozialforschung

Wittenberg, Reinhard, unter Mitarbeit von Claudia Wenzig und Florian Janik:
Lebensqualität, Kommunalpolitik und Kommunalwahlen in Nürnberg. Ausgewählte Ergebnisse aus Lehrforschungsprojekten der Jahre 2002 und 2006
Bericht 2007-1

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Lehrstuhl für Soziologie und Empirische Sozialforschung

Findelgasse 7/9
90402 Nürnberg
Postanschrift: Postfach 3931, 90020 Nürnberg

Telefon: 0911/5302-679
Telefax: 0911/5302-660

E-Mail: soziologie@wiso.uni-erlangen.de
<http://www.sociologie.wiso.uni-erlangen.de>

Lehrstuhlsignet: Eva Lambracht. Gesetzt mit L^AT_EX.

Abstract

QUALITY OF LIFE, LOCAL POLITICS AND LOCAL ELECTIONS IN NUREMBERG SELECTED FINDINGS FROM STUDENT RESEARCH PROJECTS IN 2002 AND 2006

This report contains findings from two research projects about the quality of life, local politics and local elections which were carried out in 2002 and 2006, as well as the press coverage of these in Nuremberg. Central focal points lie on a close-up analysis of local politics i.e. prominence and rating of parties and their protagonists plus the residents' assumed voting behaviour. Apart from that the citizens' attitudes towards immigrants and their integration, crime and surveillance, child and family friendliness, urban building projects and identification with the city are also studied. The data which was gathered through representative telephone interviews with citizens who were entitled to vote (n=1,541 in 2002 and n=1,312 in 2006) is analysed in sociocultural and sociogeographic contexts.

Zusammenfassung

LEBENSQUALITÄT, KOMMUNALPOLITIK UND KOMMUNALWAHLEN IN NÜRNBERG. AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE AUS LEHRFORSCHUNGSPROJEKTEN DER JAHRE 2002 UND 2006

Der vorliegende Bericht enthält Ergebnisse aus zwei Forschungsprojekten aus den Jahren 2002 und 2006 über Lebensqualität, Kommunalpolitik und Kommunalwahlen sowie die darüber in Nürnberg erfolgte Presseberichterstattung. Schwerpunkte liegen auf der Analyse der Kommunalpolitik im engeren - Bekanntheit und Bewertung von Parteien und ihrer Protagonisten sowie vermutliches Wahlverhalten der Einwohner - und im weiteren Sinne - Einstellungen der Bürger zu Migranten und ihrer Integration, zu Kriminalität und Überwachung, zu Kinder- und Familienfreundlichkeit, zu kommunalen Großvorhaben und zur Identifikation mit der Stadt. Die Daten aus repräsentativen Telefoninterviews mit wahlberechtigten Einwohnern im Umfang von n=1.541 (2002) und n=1.312 (2006) werden sowohl nach sozialstrukturellen als auch nach sozialräumlichen Gesichtspunkten analysiert.

Danksagung

Bei den zwei Lehrforschungsprojekten, die den hier berichteten Befunden zugrunde liegen, handelt es sich um Eigenprojekte des Lehrstuhls für Soziologie und Empirische Sozialforschung; sie haben keinen Auftraggeber. Die Lehrforschungsprojekte wurden jedoch von den Nürnberger Nachrichten durch entsprechende Berichterstattung im Vorfeld der Untersuchungen, durch Überlassung von Fotos einiger Bauvorhaben, durch den Druck von Erhebungsmaterialien und durch Zurverfügungstellung ihrer Homepage für Links auf die Onlinebefragungen im Rahmen des Gesamtprojekts unentgeltlich unterstützt. ICON ADDED VALUE GmbH, Nürnberg, hat 2002 wie 2006 für Zwecke der Ausbildung von Studierenden der Sozialwissenschaften ebenfalls unentgeltlich Ressourcen für Telefon- und Onlinebefragungen zur Verfügung gestellt. Die Dr. Alfred Vinzl-Stiftung an der Universität Erlangen-Nürnberg hat das Projekt mit einem Zuschuss gefördert. Cand.rer.pol. Christoph Müller, Florian Neumann, Susanne Noll, Andreas H. Schneider und Dipl.-Sozw. Dr. Claudia Wenzig (2002) sowie cand.rer.pol. Christine Gayer, Monika Gonser, Andrea Hofmann und Andreas Seifert (2006) haben die verschiedenen eingerichteten Tutorien couragiert geleitet, Claudia Wenzig zudem 2002 die Übung zur dazugehörigen Vorlesung. 2006 haben die Nürnberger Nachrichten darüber hinaus ebenso wie die Nürnberger Zeitung für die in Angriff genommene Medienanalyse ein Zeitungsabonnement kostenfrei zur Verfügung gestellt; die Abendzeitung hat dafür nur die Hälfte des ansonsten üblichen Preises berechnet. Das Presseamt der Stadt Nürnberg, die Stadtratsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CSU und SPD sowie die Büros der Nürnberger Bundestagsabgeordneten haben Porträtfotos ausgewählter Politiker und Politikerinnen für die Onlineumfrage übermittelt. Den genannten Einrichtungen und Personen sei herzlich gedankt: Ohne sie wäre die Durchführung des Projektes in der vorliegenden Form nicht möglich gewesen. Ebenso herzlich danke ich den Studierenden für ihr Interesse, ihr Engagement und ihr Durchhaltevermögen sowie rund 5.000 Wahlberechtigten in Nürnberg für ihre Bereitschaft, an den empirischen Erhebungen teilzunehmen. Selbstverständlich trägt keine dieser Institutionen, Personen und Personengruppen irgendeine Verantwortung für die nachfolgenden Ausführungen. Diese liegt allein beim Verfasser. Kritische Anmerkungen sind jederzeit willkommen.

Vorbemerkung

Die Teilnahme an einem Lehrforschungsprojekt bereits im Grundstudium ist (Pflicht-) Bestandteil der Ausbildung Nürnberger Sozialwirtinnen und Sozialwirte im Fach „Sozialwissenschaftliche Methoden und ihre Anwendung in empirischen Untersuchungen“. Wie der Begriff „*Lehrforschungsprojekt*“ andeutet, dient es zwei Zwecken, nämlich gleichermaßen der *Lehre* als auch der *Forschung*. Im Curriculum des Fachs „Sozialwissenschaftliche Methoden und ihre Anwendung in empirischen Untersuchungen“ stellt es, unterstützt durch vier bis fünf Tutorien, den praktischen Part, also den Anwendungsteil dar. In der vorversetzten, jedoch weitgehend parallel dazu verlaufenden Vorlesung und Übung werden durch Dozentinnen und Dozenten die dabei vorausgesetzten Kenntnisse

der empirisch-theoretischen Forschungsmethoden vermittelt.

Die Lehrforschungsprojekte am Lehrstuhl für Soziologie und Empirische Sozialforschung visieren i. d. R. Nürnberger Gegebenheiten an. Sie loten Opportunitäten und Restriktionen aus, die den Rahmen individuellen und kollektiven Verhaltens in Nürnberg setzen. Sie verorten sich in der Tradition der „Detroit Area Studies“ (DAS) der University of Michigan (Schuman, 1977), die mittlerweile bereits rund 50 Jahre andauert. Als solche bieten sie allen Beteiligten – lernenden Studierenden, lehrenden Forschern, fokussierter Kommune – erheblichen Nutzen und Gewinn:

FÜR LERNENDE STUDIERENDE

1. „One is the intellectual challenge of being involved in an attempt to learn something new, to operationalize abstract ideas in concrete ways, to overcome obstacles in sampling, field work, and the analysis of data“ (Schuman, 1977, S. 130).
2. „Second, there are parts of survey research, such as interviewing, that can hardly be learned at all except through actual experience, and other aspects, such as sampling, that can be clarified considerably by the addition of practical work“ (ebenda).
3. „A third advantage is somewhat less obvious but no less important. Personal acquaintance with an actual research project provides students with a vivid sense of the limitations of empirical work in sociology. ... A student who has been through a realistic survey practicum should find it easier to understand why ‚error‘ is an important factor in empirical sociology, and should be less likely, when engaging in secondary analysis or reading a research report, to assume that conceptual descriptions of variables necessarily mean what they say“ (ebenda, S. 130 f.).
4. „One further advantage of a realistic survey practicum that is worth special note is the setting by example of research standards“ (ebenda, S. 131).

Alles in allem bieten solche Lehrforschungsprojekte hervorragende Möglichkeiten, Studierende auf den beruflichen Alltag eines – forschenden – Sozialwissenschaftlers vorzubereiten und Wissenschaft mit Praxis zu verknüpfen (vgl. diesbezüglich auch Lucas, 2003, S. 335).

FÜR LEHRENDE FORSCHER

1. Zugriff auf Forschungsressourcen. Die rund 100 Studierenden „contribute ideas to the questionnaire, write quite useful recommendations based on their pretest interview experiences, help with coding and field sampling, and, last but not least, gather ... interviews each“ (Schuman, 1977, S. 131).
2. Grundsätzliche Möglichkeiten zur systematischen Datensammlung (vgl. Büschges et al., 1974), die zukünftig durchaus auch für Sekundäranalysen mit anderer Zielrichtung zur Verfügung stehen können (vgl. Schuman, 1977, S. 132).

FÜR DIE FOKUSSIERTE KOMMUNE

1. Die Ergebnisse solcher empirischen Untersuchungen mit wechselnden, z. T. auch wiederkehrenden Themen sind nie allein nur von wissenschaftlichem, sondern immer auch von gesellschafts- und kommunalpolitischem Interesse. „Und selbst in der Realisierung ihres bescheidensten Anspruchs, des Nachweises dessen, was ist, löst sie einerseits ideologiekritische Ansprüche ein, wie sie andererseits Grundlagen für effektive Planung schafft“ (Sahner, 2005, S. 13).
2. Sie schaffen demnach ein Fundament, auf dem verschiedene damit befasste Einrichtungen – etwa Ämter und Schulen – zielgruppenspezifische Ansprechmöglichkeiten und Konzepte entwickeln können – selbst „wenn sie manchem politischen Akteur ein Dorn im Auge sind“ (Schoen, 2002, S. 188).

Das sich jeweils über ein Studienjahr erstreckende Lehr- und Forschungsprogramm ist immer so gegliedert, dass den rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zunächst im Wintersemester die notwendigen theoretisch-methodischen Kenntnisse in Mess- und Stichprobentheorie sowie Datenerhebungsverfahren vermittelt werden. Die dabei erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten werden anschließend auf das konkrete Forschungsthema angewandt und sukzessive eingeübt. In der vorlesungsfreien Zeit und zu Beginn des Sommersemesters folgen dann ein einwöchiger Blockintensivkurs zum Erlernen und Anwenden von SPSS („*Statistical Products and Service Solutions*“), einem Computerprogramm zur angewandten Statistik, die verschiedenen Datenerhebungen sowie u. U. die manuelle Erfassung der bei persönlichen face-to-face- bzw. Experteninterviews, Gruppendiskussionen, Beobachtungen und Inhaltsanalysen erhobenen Daten.¹ Die selbst erhobenen Daten werden anschließend im Verlauf des Sommersemesters ausgewertet. Die in Gruppen erarbeiteten – ersten und vorläufigen – Ergebnisse werden zum Ende der Vorlesungszeit des jeweiligen Sommersemesters der Öffentlichkeit präsentiert. Für die Studierenden endet das jeweilige Lehrforschungsprojekt nach einem arbeitsintensiven Studienjahr mit dem Abfassen von Forschungsberichten.

Im **Studienjahr 2001/02** hatten wir uns dem **Ausgang der Kommunalwahl 2002 in Nürnberg** zugewandt. Folgende Teilprojekte wurden durchgeführt:²

- Standardisierte face-to-face-Befragungen in den Wohnungen von Wahlberechtigten [n=372], teils als „Panelbefragungen“ [n=232],
- computerunterstützte Telefoninterviews (CATI) von Wahlberechtigten [n=1.541],
- Wahlnachbefragungen („exit polls“) am Wahltag, den 3.3.2002 [n=708 Wähler und Wählerinnen],

¹Bei Online- und computerunterstützten Telefonbefragungen werden die Daten bekanntlich automatisch erfasst und gespeichert.

²Die studentischen Teilnehmer und Teilnehmerinnen, die an allen Phasen des Lehrforschungsprojektes beteiligt waren, sind in den Tabellen 4.8 und 4.9 namentlich genannt.

- Online-Befragungen (CAWI) von Wahlberechtigten [n=535],
- standardisierte Inhaltsanalysen der für die Thematik einschlägigen lokalen Printmedien [n=948 Artikel],
- Beobachtungen von Wahlkampfveranstaltungen [n=10].

Im **Studienjahr 2005/06** haben wir uns im Rahmen des Forschungsprojektes „Area Study Nürnberg-Barometer“ mit der „**Kommunalpolitik und Lebensqualität 2006 in Nürnberg**“ beschäftigt. Folgende Teilprojekte wurden durchgeführt:³

- Computerunterstützte Telefoninterviews (CATI) von Wahlberechtigten [n=1.312],
- Online-Befragungen (CAWI) von Wahlberechtigten [n=460],
- Experten- und Expertinneninterviews [n=3] sowie (qualitative) Gruppendiskussionen [n=6 mit n=32 TeilnehmerInnen],
- standardisierte Inhaltsanalysen der für die Thematik einschlägigen lokalen Printmedien [n=2.479 Artikel].

Für Zwecke der erkundenden, beschreibenden und schließenden Statistik bzw. Datenanalyse werden folgende **Symbole** und **Kürzel** verwendet:

- *** für eine Irrtumswahrscheinlichkeit, bei der Durchführung eines Signifikanztests fälschlicherweise die Nullhypothese (H_0) zu verwerfen (= α -Fehler), von $p < .001$, ** für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < .01$ und * für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < .05$; ansonsten n.s. = nicht signifikant
- Für Lage- bzw. Streuungsmaße werden folgende Kürzel verwendet: m = arithmetischer Mittelwert; m_{getrimmt} = robuster arithmetischer Mittelwert; s = Standardabweichung; md = Median; h = Modus; q = Quartil
- Für Korrelationskoeffizienten: v = Cramer's V; ϕ = Phi; λ = Lambda; r = Pearson's Korrelationskoeffizient; ρ = Spearman's Rangkorrelationskoeffizient Rho; τ = Kendall's Rangkorrelationskoeffizient Tau
- Für lineare und logistische Regressionsanalysen: Regressionskoeffizienten b , β und e^{β} ; r^2 = Determinationskoeffizient; Nagelkerkes r^2 = „Pseudo“- r^2
- Für Reliabilitätsanalysen als Maß der internen Konsistenz des Antwortverhaltens: Cronbach's α
- Für Signifikanztests: χ^2 = Wert der χ^2 -Verteilung bei Tabellenanalysen; F = Wert der F-Verteilung bei Varianzanalysen; T = Wert der t-Verteilung bei Mittelwertanalysen

Zu den datenanalytischen Grundlagen siehe **Wittenberg (1998)**. Als Software für die Datenanalysen wurde SPSS in den Versionen 12 bis 14 eingesetzt.

³Die studentischen Teilnehmer und Teilnehmerinnen, die an allen Phasen des Lehrforschungsprojektes beteiligt waren, sind in den Tabellen 4.11 und 4.12 namentlich genannt.

Inhaltsverzeichnis

1 Kommunalwahl und -politik sowie Lebensqualität in Nürnberg 2002 – Ausgangsbilanz	1
1.1 Rückblick: Ergebnisse von Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen	1
1.1.1 Endergebnisse der Stadtrats- und Oberbürgermeisterwahlen am 3.3.2002 sowie der Oberbürgermeister-Stichwahl am 17.3.2002 . . .	1
1.1.2 Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlergebnisse in Nürnberg zwischen 1946 und 2005	4
1.2 Theoretische Anmerkungen	10
1.3 Politiker, Parteien, Wahlkampf und Politikbereiche in Nürnberg 2002 . . .	12
1.3.1 Exkurs: „Gewichtete“ oder „ungewichtete“ Ergebnisse?	12
1.3.2 Die Kandidaten	16
1.3.3 Die Parteien	25
1.3.4 Der Wahlkampf	31
1.3.5 Kommunalpolitische Präferenzen und genutzte Medien 2002	34
1.3.6 „Exit polls“	39
1.3.7 Politikbereiche	43
1.4 Zwischen den Zeilen gelesen – Presseberichterstattung zum OB-Wahlkampf 2002	44
1.4.1 Der Forschungsprozess – von der Zeitung zum Datensatz	46
1.4.2 Die Kandidaten und ihre Themen	52
1.4.3 Wahlkampf im Zeitverlauf	56
1.4.4 Bewertung der Kandidaten	63
1.4.5 Personalisierung im Wahlkampf	66
1.4.6 Resümee	73
2 Kommunalpolitik und Lebensqualität in Nürnberg 2006 – Zwischenbilanz	74
2.1 Politiker und Parteien in Nürnberg 2006	74
2.1.1 Ausgangsinformationen	74
2.1.2 Sozialstrukturelle Cluster und wahlökologische Überlegungen . . .	78
2.1.3 Politiker: Protagonisten und Kandidaten	84
2.1.4 Exkurs: Bekanntheit und Beurteilung der Nürnberger Bundestagsabgeordneten	98
2.1.5 Parteien und „große Koalition“	101
2.1.6 Kommunalpolitische Präferenzen und genutzte Medien 2006	110
2.2 Ausgewählte Lebensbereiche	114
2.2.1 Kriminalität und Sicherheit	117

Inhaltsverzeichnis

2.2.2	Sauberkeit, „Ruhe und Ordnung“ sowie Identifikation mit Wohnumfeld und Stadt	125
2.2.3	Kinder- und Familienfreundlichkeit	134
2.2.4	Einstellungen gegenüber Migranten und ihrer Integration	141
2.2.5	Einstellungen gegenüber ausgewählten städtischen Großprojekten .	147
3	Fazit und Ausblick	152
4	Anhang	155
4.1	Methodik 2002	155
4.2	Methodik 2006	157
4.3	Soziodemografie 2002 (CATI)	159
4.4	Soziodemografie 2006 (CATI)	160
4.5	Synopse der Umfragethemen 2002 und 2006	162
4.6	Studentische Projektteilnehmer 2001/02 und 2005/06	165
4.7	Ringvorlesung zum Forschungsprojekt 2006	170
4.8	Projekt und Ergebnisse im Spiegel der Presse – eine Dokumentation . . .	171
4.8.1	Kommunalwahl 2002	171
4.8.2	Kommunalpolitik und Lebensqualität 2006	205
	Literaturverzeichnis	260
	Personen- und Sachverzeichnis	269

Abbildungsverzeichnis

1.1	Ergebnisse der OB-Wahlen in Nürnberg 1952 – 2002	6
1.2	Ergebnisse der Kommunalwahlen in Nürnberg 1946 – 2002	7
1.3	Ergebnisse der Landtagswahlen in Nürnberg 1946 – 2003	8
1.4	Ergebnisse der Bundestagswahlen in Nürnberg 1949 – 2005	9
1.5	Kenntnis der Oberbürgermeisterkandidaten	17
1.6	Bewertung Ludwig Scholz	19
1.7	Bewertung Ulrich Maly	19
1.8	Wahlabsicht Kandidaten	21
1.9	Veränderungen in den Wahlabsichten der Befragten	22
1.10	Prognose des Ausgangs der Oberbürgermeisterwahl	23
1.11	Veränderungen in den zugeschriebenen Wahlaussichten	24
1.12	Interesse an Kommunalpolitik	32
1.13	Anzahl der Wahlkampfberichte in den Wahlkampfphasen	57
1.14	Anzahl der Wahlkampfberichte in den Wahlkampfphasen nach Zeitungen	58
1.15	Artikel mit teilweise und durchgehendem Wahlkampfbezug	61
2.1	CSU-Stimmenanteile bei der Kommunalwahl 2002 nach Clustern	82
2.2	SPD-Stimmenanteile bei der Kommunalwahl 2002 nach Clustern	82
2.3	Kommunalpolitisches Interesse der Befragten	83
2.4	Bekanntheit Nürnberger Kommunalpolitiker	85
2.5	Dr. Roland Fleck	87
2.6	Michael Frieser	87
2.7	Dr. Klemens Gsell	87
2.8	Dr. Ulrich Maly	87
2.9	Gebhard Schönfelder	87
2.10	Brigitte Wellhöfer	87
2.11	Bekanntheit Nürnberger Kommunalpolitiker nach Fotovorlage	88
2.12	Potenzielle OB-Kandidaten der CSU im Paarvergleich	92
2.13	Wahlabsicht von OB-Kandidaten 2008	93
2.14	Renate Blank	99
2.15	Martin Burkert	99
2.16	Günter Gloser	99
2.17	Dagmar Wöhrl	99
2.18	Bewertung des Nürnberger Regierungsbündnisses	104
2.19	Nutzen aus dem Nürnberger Regierungsbündnis	105
2.20	Anzahl an Unsicherheitsgefühlen tags und nachts in Nürnberg	120
2.21	Probleme in der Wohngegend: Zusammenleben	127

Abbildungsverzeichnis

2.22	Probleme in der Wohngegend: Straßenverkehr	127
2.23	Probleme in der Wohngegend: Konsumzugang	128
2.24	Lebensqualität in der Wohngegend	135
2.25	Negative Einstellungen gegenüber Migranten	146
2.26	Prominente Bauvorhaben Nürnbergs im Paarvergleich	148
2.27	Frankenschnellweg	149
2.28	Volksbad	149
2.29	Flughafenanbindung	149
2.30	Altstadttram	149
2.31	Städtische Bauvorhaben nach Parteiwahlabsicht	150
4.1	Reinhard Wittenberg	172
4.2	Die Fragebogen parat	175
4.3	Konzentriert bei der Arbeit	177
4.4	Diskussion an Stehtischen	191
4.5	Interviewerin Katrin Wagner	200
4.6	Am Wahltag	203
4.7	Wissenschaftler Reinhard Wittenberg	213
4.8	Maly-Karikatur in der SZ	222
4.9	Maly-Karikatur in den NN	226
4.10	Nicht im Elfenbeinturm: Reinhard Wittenberg	229
4.11	Markus Söder	232
4.12	Dicke Freunde oder politische Gegner? Beckstein und Maly	236
4.13	CSU-Fraktionschef Michael Frieser	238

Tabellenverzeichnis

1.1	Endergebnis der Stadtratswahl vom 3.3.2002	2
1.2	Endergebnis der Oberbürgermeisterwahl vom 3.3.2002	3
1.3	Endergebnis der Oberbürgermeisterstichwahl vom 17.3.2002	4
1.4	Vergleich der CATI-Stichprobe mit der Grundgesamtheit 2002	14
1.5	Berechnung der Gewichte für die Parteien	14
1.6	Vergleich Endergebnis Stadtratswahl mit der geäußerten Wahlabsicht	15
1.7	Vergleich Endergebnis Oberbürgermeisterwahl mit der geäußerten Wahlabsicht	16
1.8	Bekanntheit der OB-Kandidaten	18
1.9	Notendurchschnitt für OB Scholz	20
1.10	Notendurchschnitt für Kämmerer Maly	20
1.11	Gründe für die Diskrepanz zw. Wahlabsicht u. zugeschriebener Wahlchance .	25
1.12	OB-Wahlabsichten: Wanderungen zwischen 1. und 2. Befragungswelle	25
1.13	Ergebnis der sog. „Sonntagsfrage“	26
1.14	Vermuteter Wahlausgang bezüglich der stärksten Partei	27
1.15	„Sonntagsfrage“ nach vermutetem Wahlausgang	27
1.16	Stadtratswahlabsichten: Wanderungen zwischen 1. und 2. Befragungswelle . .	28
1.17	Einfluss der Kanzlerkandidatur Edmund Stoibers	29
1.18	Kenntnis vom Lehrforschungsprojekt?	29
1.19	„Sonntagsfrage“ nach Kommunalwahl 1996	30
1.20	Wahlkampf: Parteienpräsenz	32
1.21	Wahlkampf: Kandidatenpräsenz	33
1.22	Genutzte Medien für die Information über die Kommunalwahl 2002	34
1.23	Stadtratswahlabsicht SPD und Mediennutzung 2002	35
1.24	Stadtratswahlabsicht CSU und Mediennutzung 2002	37
1.25	OB-Wahlabsicht Maly und Mediennutzung 2002	38
1.26	OB-Wahlabsicht Scholz und Mediennutzung 2002	39
1.27	Vergleich der Ergebnisse von OB-Wahl und „exit polls“ im Stimmbezirk 29 .	42
1.28	OB-Wahl: Wanderungen zwischen 1996 und 2002	43
1.29	Zugeschriebene Parteienkompetenz zur Lösung wichtiger städtischer Probleme	44
1.30	Scholz-/Maly-Bezug in Zeitungsartikeln	48
1.31	Zeitungsartikel nach Tageszeitungen	49
1.32	Zeitungsartikel nach Platzierung	49
1.33	Rubrik der Zeitungsartikel nach Tageszeitung [in Prozent]	50
1.34	Aufmachung der Wahlkampfartikel nach Tageszeitungen [in Prozent]	51
1.35	Themenbereiche	52
1.36	Maly und „seine“ Themen [Mehrfachnennungen]	53
1.37	Scholz und „seine“ Themen [Mehrfachnennungen]	54

Tabellenverzeichnis

1.38	Ergebnisse der Diskriminanzanalysen	55
1.39	Formale Merkmale der Artikel nach Wahlkampfphasen [in Prozent]	59
1.40	Rangliste der Themenbereiche nach Wahlkampfphasen	62
1.41	Bewertung der OB-Kandidaten nach Tageszeitungen [in Prozent]	65
1.42	Personenbezug der Zeitungsartikel	67
1.43	Zentralität der OB-Kandidaten in Zeitungsartikeln	68
1.44	Personenbezug der OB-Kandidaten nach Zeitungen I	68
1.45	Personenbezug der OB-Kandidaten nach Zeitungen II	69
1.46	Thematisierung von Frau und Familie	69
1.47	Motive der Fotos	70
1.48	Personalisierung nach Wahlkampfphasen	71
1.49	Personalisierung nach Zeitungstyp	72
2.1	Vergleich der CATI-Stichprobe mit der Grundgesamtheit 2006	76
2.2	„Recallfrage“: Parteienwahl 2002	77
2.3	Kennzeichnung der sechs sozialstrukturellen Cluster	80
2.4	Bevölkerungsverteilung in den sozialstrukturellen Clustern	81
2.5	Vergleich der Online-Stichprobe mit der avisierten Grundgesamtheit	86
2.6	Bekanntheit Nürnberger Kommunalpolitiker nach Fotovorlage	89
2.7	Bewertung Nürnberger Kommunalpolitiker	90
2.8	Potenzielle OB-Kandidaten der CSU im Paarvergleich	91
2.9	Wahlabsicht von OB-Kandidaten 2008	93
2.10	Erwartetes Eigenschaftsprofil von (Ober-) Bürgermeistern	95
2.11	Notendurchschnitte für OB Maly und seine potenziellen CSU-Kontrahenten	96
2.12	Determinanten der OB-Wahlabsicht	97
2.13	Bekanntheit der Nürnberger Bundestagsabgeordneten	98
2.14	Bekanntheit der Nürnberger Bundestagsabgeordneten nach Fotovorlage	100
2.15	Bewertung der Nürnberger Bundestagsabgeordneten	100
2.16	Bewertung Nürnberger Stadtratsparteien	102
2.17	Problemgebiete in Nürnberg und Parteienkompetenz zu ihrer Lösung	103
2.18	Ergebnis der sog. „Sonntagsfrage“	106
2.19	„Sonntagsfrage“ nach Kommunalwahl 2002	107
2.20	Determinanten der Parteiwahlabsicht	109
2.21	Genutzte Medien für die Information über die Kommunalpolitik 2006	110
2.22	Stadtratswahlabsicht SPD und Mediennutzung 2006	111
2.23	Stadtratswahlabsicht CSU und Mediennutzung 2006	112
2.24	OB-Wahlabsicht Maly und Mediennutzung 2006	113
2.25	OB-Wahlabsicht eines CSU-Kandidaten und Mediennutzung 2006	114
2.26	Problemgebiete in Nürnberg	115
2.27	Schnell zu lösende Probleme	116
2.28	Medienberichterstattung über Kriminalität in Nürnberg	118
2.29	Unsicherste Umgebungen	119
2.30	Gesamtbeurteilung der Kriminalität in Nürnberg	121

Tabellenverzeichnis

2.31	Polizeipräsenz im öffentlichen Raum	121
2.32	Kenntnis von Videoüberwachung	122
2.33	Sicherheit durch Videoüberwachung	123
2.34	Sicherheit durch Videoüberwachung	123
2.35	Regression des Unsicherheitsempfindens auf ausgewählte Regressoren	124
2.36	Negative Aspekte der Wohngegend	126
2.37	Sauberkeit in Nürnberg	128
2.38	Probleme mit Verunreinigungen in der Wohngegend	129
2.39	Gründe für fehlende Sauberkeit in der Stadt	130
2.40	Probleme mit „Ruhe und Ordnung“ in der Wohngegend	130
2.41	Identifikation mit der Wohnumgebung	132
2.42	Identifikation mit der Stadt	132
2.43	Lebensqualität in der Wohnumgebung	134
2.44	Regression der Umweltbelastung auf ausgewählte Regressoren	136
2.45	Wichtigkeit verschiedener Familienförderungsmöglichkeiten	137
2.46	Regression der Familienförderungsmöglichkeiten auf ausgewählte Regressoren	138
2.47	Attraktivität verschiedener Freizeitangebote in Nürnberg	138
2.48	Kinderfreundliche Arbeitsbedingungen	140
2.49	Zuzug von Migranten nach Nürnberg	142
2.50	Einheirat von Migranten in die eigene Familie	143
2.51	Aussagen zur Ausländerintegration in Nürnberg	144
2.52	Regression d. Einstellungen gegenüber Migranten auf ausgewählte Regressoren	147
2.53	Prominente Bauvorhaben Nürnbergs im Paarvergleich 1	148
2.54	Prominente Bauvorhaben Nürnbergs im Paarvergleich 2	151
4.1	Rücklaufstatistik für die Telefonbefragung 2002	156
4.2	Rücklaufstatistik für die Telefonbefragung 2006	158
4.3	Monatliches HH-Nettoeinkommen der Befragten	160
4.4	Monatliches HH-Nettoeinkommen der Befragten	161
4.5	Fragethemen 2002	162
4.6	Fragethemen 2006	163
4.7	Fragethemen 2006 (Fortsetzung)	164
4.8	Studentische Projektteilnehmer und ihre Mitarbeit in Teilprojekten 2001/02	165
4.9	Studentische Projektteilnehmer 2001/02 (Fortsetzung)	166
4.10	Studentische Projektteilnehmer 2001/02 (Fortsetzung)	167
4.11	Studentische Projektteilnehmer und ihre Mitarbeit in Teilprojekten 2005/06	168
4.12	Studentische Projektteilnehmer 2005/06 (Fortsetzung)	169
4.13	Ringvorlesung zum Lehrforschungsprojekt „Area Study Nürnberg-Barometer“	170

1 Kommunalwahl und -politik sowie Lebensqualität in Nürnberg 2002 – Ausgangsbilanz

1.1 Rückblick: Ergebnisse von Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen

1.1.1 Endergebnisse der Stadtrats- und Oberbürgermeisterwahlen am 3.3.2002 sowie der Oberbürgermeister-Stichwahl am 17.3.2002

Bevor wir aktuelle Ergebnisse präsentieren, wollen wir einen Blick zurück werfen und uns noch einmal vor Augen führen, wie die heiß umkämpfte Kommunalwahl 2002 ausgegangen war.¹

Die in Tabelle 1.1 auf den ersten Blick riesig erscheinende Zahl abgegebener Stimmen kommt durch das komplizierte bayerische Kommunalwahlsystem zustande. „In Nürnberg sind 70 Stadträte zu wählen, so dass jede Partei oder Wählergruppe maximal 70 Bewerber auf ihrem Wahlvorschlag aufführen kann. Dabei kann eine Person auf dem Wahlvorschlag bis zu dreimal aufgeführt werden. ... Jeder Wähler hat so viele Stimmen zu vergeben, wie ehrenamtliche Stadträte zu wählen sind; in Nürnberg also 70 Stimmen. Dabei kann er den Wahlvorschlag einer Partei oder Wählergruppe unverändert annehmen, indem er den Wahlvorschlag in der Kopfleiste des Stimmzettels ankreuzt. Die 70 Stimmen des Wählers werden dann den Bewerbern automatisch so zugeordnet, wie sie auf dem Stimmzettel aufgeführt sind. Der Wähler kann innerhalb eines Wahlvorschlags Bewerbern bis zu 3 Stimmen geben oder Bewerber streichen, wobei darauf zu achten ist, dass die Gesamtstimmenzahl von 70 nicht überschritten wird (Stimmzettel mit kumulierten Stimmen). Der Wähler kann seine Stimmen auch über Bewerber aus verschiedenen Wahlvorschlägen verteilen und dabei Kandidaten jeweils bis zu 3 Stimmen geben (Stimmzettel mit panaschierten Stimmen)“ (Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, 2001b, S. 3 f.). Wahlsystembedingt, kann der Wähler demzufolge während ein und derselben Wahl zum veritablen „Wechselwähler“ werden.

Bei der Stadtratswahl 2002 hat sich die CSU mit 43,6 Prozent der abgegebenen Stimmen zum zweiten Mal in der Nachkriegszeit als stärkste parteipolitische Kraft in Nürnberg erwiesen – und die SPD als die den Stadtrat bis 1996 ununterbrochen dominierende Partei erneut geschlagen (vgl. Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, 2001b, S. 11). Die SPD legte allerdings gegenüber 1996 um über fünf Prozent zu und kam auf 39,5 Prozent. Bündnis 90/Die Grünen verloren dagegen im Vergleich zu 1996 2,3 Prozent an Wählerstimmen.

¹Im vorliegenden Beitrag werden im Folgenden möglichst geschlechtsneutrale Formulierungen gewählt. Wenn ansonsten von Bürgern und Einwohnern etc. die Rede ist, sind stets auch Bürgerinnen und Einwohnerinnen gemeint. Die Beschränkung auf die männliche Form erfolgt ausschließlich aus Gründen der Lesbarkeit.

Tabelle 1.1: Endergebnis der Stadtratswahl vom 3.3.2002

Partei	n	Abgegebene Stimmen	
		%	Abweichung (Δ) zu 1996
CSU	5.472.565	43,6	-0,1
SPD	4.959.919	39,5	+5,2
Bündnis 90/Die Grünen	734.720	5,8	-2,3
Bürgerinitiative Ausländerstopp	291.309	2,3	+2,3
F.D.P./FNB	264.548	2,1	-0,3
Die Guten	255.899	2,0	+0,5
FWN	176.285	1,4	-1,5
REP	171.455	1,4	-1,6
PDS	155.283	1,2	+1,2
Bunte Internationale Liste	78.577	0,6	+0,6
Abgegebene Stimmen insgesamt	12.389.105	99,9	
Wahlberechtigte	352.964	100,0	
Wähler	195.318	55,3	

Jeder Wahlberechtigte hatte 2002 70 Stimmen, die kumuliert und panaschiert werden konnten.
 Quellen: [Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik \(2002a\)](#); eigene Berechnungen

Diese anspruchsvolle, einzigartige Gestaltungsmitwirkung bietende Form demokratischer Wahl gibt den Wahlbürgern auf der einen Seite auf der Gemeindeebene weit mehr Mitbestimmungsmacht als bei Landtags- oder Bundestagswahlen (vgl. dazu auch [Löffler und Rogg, 2000](#), S. 113 f.): „Sie können über die bloße Stimmabgabe für eine starre Liste hinaus aktiv in die Personalplanung der Parteien eingreifen. Sie können zum Beispiel verhindern, dass die Parteien Abgeordnete ... entsenden, die zwar eine starke Stellung innerhalb ihrer Partei haben, außerhalb aber abgelehnt werden“ (ebenda, S. 114). Durch Stimmenhäufung können sie des Weiteren die Reihenfolge eines Wahlvorschlags kräftig durcheinanderwirbeln (ebenda, S. 119).

Auf der anderen Seite ist das Wahlverfahren äußerst kompliziert zu handhaben. Das führt nicht selten dazu, dass Wähler nicht nur durch völlige Nichtbeteiligung am Wahlakt Stimmen verschenken, sondern dies regelmäßig auch in Folge des Panaschierens und Kumulierens tun, wenn sie ihre 70 Stimmen, häufig aus Angst, die zulässige Stimmenzahl von 70 zu überschreiten und damit den Stimmzettel ungültig zu machen, nicht voll ausschöpfen.²

Bei einer Oberbürgermeisterwahl hingegen hat jeder Wähler nur eine Stimme, die er an einen der auf dem Stimmzettel aufgeführten Bewerber vergeben kann. „Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhält. ... Erhält keiner der Bewerber diese Mehrheit, so findet am zweiten Sonntag nach dem Wahltag eine Stichwahl unter den zwei Personen statt, die bei der ersten Wahl die höchsten Stimmenzahlen erhalten haben. Bei der Stichwahl ist gewählt, wer von den abgegebenen gültigen Stimmen die höchste Stimmenzahl erhält“ ([Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, 2001b](#), S. 3).

²Beispielsweise hatten 1996 die Wähler statt 70 Stimmen im Schnitt nur 65 Stimmen pro gültigem Stimmzettel vergeben (vgl. [Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, 2001b](#), S. 5).

Bei der Oberbürgermeisterwahl am 3.3.2002 erreichte zunächst keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit. Der Nürnberger Kämmerer Dr. Ulrich Maly (SPD) verfehlte sie jedoch nur knapp und verwies den amtierenden Oberbürgermeister Ludwig Scholz (†) (CSU) ³ auf den zweiten Platz (vgl. Tabelle 1.2).

Tabelle 1.2: Endergebnis der Oberbürgermeisterwahl vom 3.3.2002

Partei	n	Abgegebene Stimmen	
		%	Abweichung (Δ) zu 1996
Dr. Ulrich Maly (SPD)	95.475	49,2	+4,7
Ludwig Scholz (CSU)	88.988	45,9	+1,8
Brigitte Wellhöfer (Bündnis 90/Die Grünen)	3.681	1,9	+1,9
Walter Beisig (REP)	3.413	1,8	-0,3
Nikolaus Struck (Die Guten)	2.325	1,2	-1,2
Stimmen insgesamt	195.570	100,0	
Wahlberechtigte	352.964	100,0	
Wähler insgesamt	195.570	55,4	

Quelle: **Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik (2002a)**; eigene Berechnungen

Erste Wahlanalysen des Amts für Stadtforschung und Statistik der Stadt Nürnberg, direkt nach der OB-Wahl vorgenommen, ergaben (vgl. **Voigt, 2002**), dass das Ergebnis „ganz maßgeblich durch das Abstimmungsverhalten der Frauen beeinflusst worden“ war: Bei Frauen im Alter zwischen 25 und 45 Jahren erhielt Maly 60 Prozent Zustimmung, Scholz hingegen nur 34 Prozent. Maly punktete auch in Stadtgebieten, die traditionell hohe Wahlbeteiligung aufweisen und zu den CSU- und FDP-„Hochburgen“ zu zählen sind, sowie in Stadtteilen, in denen bei der Kommunalwahl 1996 der Wähleranteil von Bündnis 90/Die Grünen Spitzenwerte aufwies. Scholz hatte dagegen nur bei den Wählerinnen im Alter von über 60 Jahren die Nase vorn. Selbst in „gutbürgerlichen“ Stadtgebieten mit Ein- und Zweifamilienhäusern erlitt er gegenüber 1996 Einbußen. Alles in allem hatte Ulrich Maly im ersten Wahlgang in nahezu der Hälfte, Ludwig Scholz aber nur in einem Viertel aller 363 Nürnberger Stimmbezirke die absolute Mehrheit überschritten.

Die notwendig gewordene Oberbürgermeisterstichwahl entschied am 17.3.2002 Ulrich Maly gegen Ludwig Scholz mit 56 zu 44 Prozent deutlich zu seinen Gunsten (vgl. Tabelle 1.3); die Nürnberger CSU konnte demzufolge nur während einer einzigen Wahlperiode auf den Amtsbonus eines von ihr gestellten Oberbürgermeisters bauen.

Der Ausgang der Kommunalwahl bescherte der Stadt eine neue Regierungserfahrung: „Der Wähler hat es 2002 so gewollt, dass kein Lager eine eindeutige Mehrheit bekommt. Es sei denn, man setzt auf die Stimmen der beiden rechten Stadträte von den Republikanern und der NPD. Aber das will keine demokratische Partei im Rat aus Rücksicht

³Ludwig Scholz, * 30.6.1937, † 20.9.2005, gehörte dem Nürnberger Stadtrat seit 1972 bis zu seinem Tode an. Von 1988 bis 1996 war er Fraktionsvorsitzender der Nürnberger CSU-Stadtratsfraktion. 1996 hatte er überraschend die Stichwahl zum Oberbürgermeister Nürnbergs gegen den damaligen Amtsinhaber Dr. Peter Schönlein (SPD) gewonnen (**Fischer et al., 2002**). Würdigungen seines Lebens und Arbeitens finden sich bei **Fischer (2002)** sowie **Foghammar und Dierenbach (2005)**.

auf die braune Vergangenheit der Stadt. Die beiden großen Fraktionen aus CSU und SPD scheuen zwar die Bezeichnung ‚große Koalition‘ wie der Teufel das Weihwasser, zumal sie auch die Grünen als Vertragspartner mit eingebunden haben. Doch de facto wird Nürnberg von einer großen Koalition beherrscht. Und die Strategen haben sich überraschend schnell und gut – nach jahrzehntelangen Kontroversen – ganz komfortabel darin eingerichtet. Allerdings mit dem Nachteil, dass es nun keine Opposition mehr im Rat gibt. Die Freien kann man getrost zur Koalition dazu rechnen. Und der Einzelstadtrat der Guten kann alleine nichts ausrichten. Alle wesentlichen Fragen werden längst in kleinen Zirkeln hinter verschlossenen Türen getroffen. Die Fraktionen nicken dann meist ab. Das (Stadt-)Parlament hat sich damit – kein gutes Omen für den Bundestag – selbst entmachtet. Und der SPD-Hoffnungsträger Ulrich Maly hat als Oberbürgermeister vor allem die Aufgabe, das Viel-Parteien-Bündnis zusammenzuhalten und zu moderieren“ (Franke, 2005). Und der zitierte Journalist prophezeit: „Je näher aber die nächste Kommunalwahl 2008 rückt, desto schwieriger wird es für ihn, möglichst überparteilich zu wirken“ (ebenda). Man wird sehen.

Tabelle 1.3: Endergebnis der Oberbürgermeisterstichwahl vom 17.3.2002

Partei	Abgegebene Stimmen	
	n	%
Dr. Ulrich Maly (SPD)	102.619	56,0
Ludwig Scholz (CSU)	80.583	44,0
Stimmen insgesamt	183.636	100,0
Wahlberechtigte	352.220	100,0
Wähler/innen insgesamt	183.636	52,1

Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik (2002a); eigene Berechnungen

1.1.2 Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlergebnisse in Nürnberg zwischen 1946 und 2005

Zur Einordnung aktueller, u. U. nur kurzfristig wirkender Ereignisse ist es hilfreich, langfristige Entwicklungslinien heranzuziehen und zu analysieren. Die Nürnberger OB- und Stadtratswahlen wollen wir deswegen im Folgenden vor dem Hintergrund der in Nürnberg erzielten Wahlergebnisse bei Landtags- und Bundestagswahlen beleuchten.

1.1.2.1 Ergebnisse der Oberbürgermeister- und Stadtratswahlen in Nürnberg seit 1946

Abbildung 1.1 stellt die Ergebnisse der OB-Wahlen in Nürnberg seit 1952 dar. Die im Zeitablauf abgetragenen prozentualen Ergebnisse der OB-Wahlen zeigen, dass bis 1969 der jeweilige SPD-Kandidat zunehmend gute Karten hatte. Seitdem hat sich die Schere eher geschlossen, um 1996 sich für eine Wahlperiode zur anderen Seite zu öffnen.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass die ursprüngliche, in der Nachkriegszeit zu beobachtende, sich in den Kandidaten manifestierende politische Polarisierung von Parteien und ihren Wählern sich wohl überlebt haben dürfte.

Besonders eindrucksvoll stellt sich die Position des SPD-Politikers Dr. Andreas Urschlechter dar, der es fertig brachte, fünf Mal als Oberbürgermeister gewählt zu werden. Dass die politischen und persönlichen Beziehungen zwischen Oberbürgermeister und der eigentlich hinter ihm stehenden Partei nicht immer friktionsfrei verlaufen und, jedenfalls im „Süddeutschen Kommunalwahlsystem“, fundamental gestört sein können und trotzdem nicht zum Machtverlust des Amtsinhabers führen müssen, ist an seiner Person nachzuvollziehen: „Im Juli 1982 trat Andreas Urschlechter aus der SPD aus. Er begründete seinen Schritt damit, dass die Zusammenarbeit zwischen ihm und seiner Fraktion und der SPD im Ganzen zu unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten geführt habe“ (Fränkische Gesellschaft für Kultur, Politik und Zeitgeschichte e.V., 2006, S. 322).

1996 kommt es zu einem „tiefen politischen Einschnitt in der Nürnberger Nachkriegsgeschichte. Erstmals übernahm die CSU in Nürnberg das Oberbürgermeisteramt mit Ludwig Scholz und zusätzlich das zweite Bürgermeisteramt mit Helen Jungkunz. Die CSU-Fraktion verfehlte um drei Mandate die absolute Mehrheit“ (Fränkische Gesellschaft für Kultur, Politik und Zeitgeschichte e.V., 2006, S. 414). Die Gründe für den Wahlsieg von CSU und Ludwig Scholz und die Niederlage von SPD und Peter Schönlein werden nahezu übereinstimmend an drei Faktoren festgemacht (vgl. z. B. ebenda S. 409):

1. Den Bebauungsplänen für den so genannten „Augustinerhof“ als modernem und architektonisch anspruchsvollem Geschäftszentrum. Zunächst vom Stadtrat einhellig begrüßt, von den Altstadtfreunden energisch bekämpft, dann überwiegend nur noch vom OB Schönlein und dem Baureferenten Walter Anderle befürwortet, wurden sie für SPD und Grüne zum Debakel, als ein Volksentscheid die Pläne aufhob.
2. Die unpopuläre Verkehrspolitik der rot-grünen Stadtratsfraktion, die mit „Abmarkierungen, Straßensperrungen, Schleifenlösungen“ (ebenda S. 412) als einseitig gegen den Individualverkehr gerichtet empfunden wurde.
3. Der von der rot-grünen Stadtratsfraktion getragene Stadtratsbeschluss, am Sigena-Gymnasium keine Eingangsklassen mehr einzurichten, was mittelfristig die Schließung der Oberschule zur Folge gehabt hätte.

Die SPD selbst sieht zusätzlich zu den aufgelisteten die damals offenbar ausufernde Programmdiskussion im Unterbezirk Nürnberg sowie den bewussten Verzicht auf eine Personifizierung des Wahlkampfes auf die Person des amtierenden Oberbürgermeisters Dr. Peter Schönlein als weitere Gründe für die Wahlniederlage (vgl. Goeken-Haidl, 2006, S. 92 f.).

1 Kommunalwahl und -politik sowie Lebensqualität in Nürnberg 2002 – Ausgangsbilanz

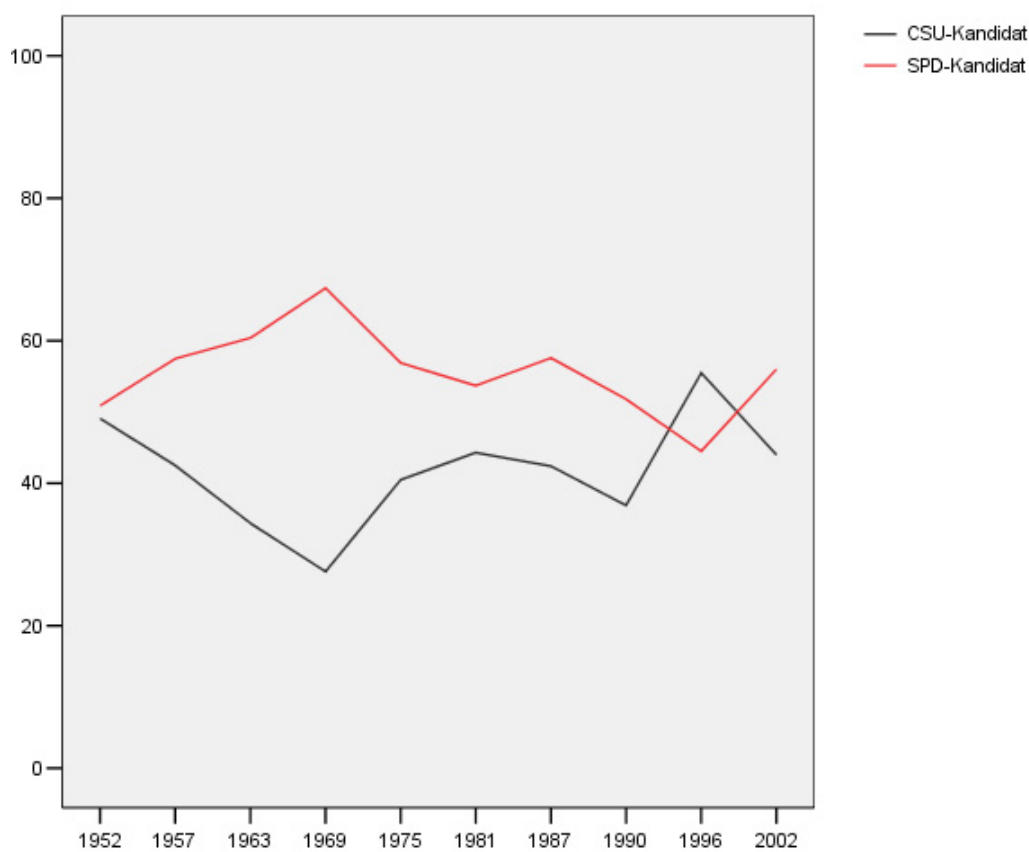


Abbildung 1.1: Ergebnisse der OB-Wahlen in Nürnberg 1952 – 2002 [in Prozent; nur CSU- und SPD-Kandidaten]

Folgende OB wurden gewählt: 1952 Bärnreuther (SPD), 1957, 1963, 1969, 1975 und 1981 Dr. Urschlechter (SPD), 1987 und 1990 Dr. Schönlein (SPD), 1996 Scholz (CSU), 2002 Dr. Maly (SPD)

Quelle: [Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik \(2001b, S. 10\)](#); eigene Darstellung

Wenn wir uns von den OB-Wahlen ab- und den Stadtratswahlen zuwenden, ist zunächst eigentlich überraschend, dass bei der ersten Stadtratswahl in Nürnberg 1946 sich die CSU als völlig neu gegründete Partei nach den Sozialdemokraten als zweitstärkste Partei erwies. Bei der zweiten Stadtratswahl 1948 erlebte sie jedoch ein Debakel und konnte, gleichauf mit den Kommunisten und der FDP, nur 7 von 50 Sitzen im Stadtrat erringen, während die SPD mit 20 gewonnenen Sitzen eindeutig den Stadtrat dominierte. Vor allem drei Gründe werden aus heutiger CSU-Sicht für das schlechte damalige Wahlergebnis verantwortlich gemacht: Die „heillose Zersplitterung“ des bürgerlichen Lagers, die fundamentalen Widersprüche zwischen protestantischem und katholischem Flügel innerhalb der CSU, sowie die, nicht nur auf Nürnberg beschränkte, sich nochmals verschärfende allgemeine Notlage und die miserablen Lebensbedingungen in Deutschland (vgl. [Fränkische Gesellschaft für Kultur, Politik und Zeitgeschichte e.V., 2006, S. 95 f.](#)).

1 Kommunalwahl und -politik sowie Lebensqualität in Nürnberg 2002 – Ausgangsbilanz

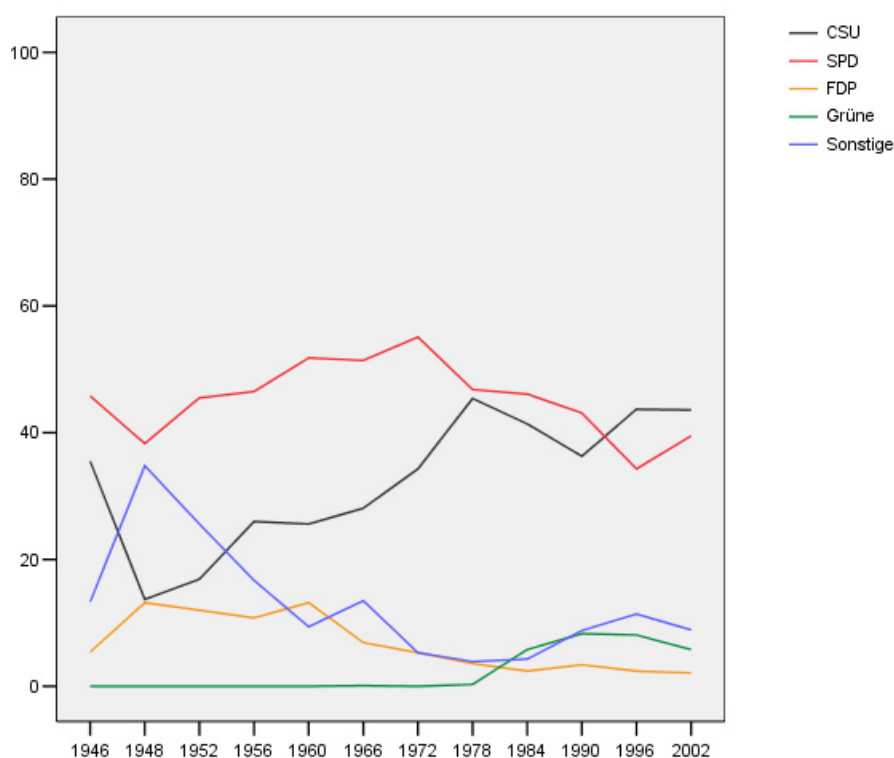


Abbildung 1.2: Ergebnisse der Kommunalwahlen in Nürnberg 1946 – 2002 [in Prozent; CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, sonstige]
Bündnis 90/Die Grünen: 1966 und 1978 AUD („Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“)
Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik (2001b, S. 11); eigene Darstellung

Im Großen und Ganzen ist, zumindest bei CSU und SPD, eine gewisse Übereinstimmung der Kurvenverläufe in den Abbildungen 1.1 und 1.2 gegeben: OB-Kandidaten und die sie stellenden Parteien weisen in der Gunst der Wählerschaften offenbar im Wesentlichen Gemeinsamkeiten auf, die sich in den entsprechenden Kurvenverläufen niederschlagen. Für die SPD war allerdings seit ungefähr 1978 die prozentuale Distanz zur CSU weitaus geringer als die Distanz zwischen ihrem jeweiligen OB und den jeweiligen CSU-Kandidaten. 1996 war allerdings für beide, Partei wie OB, die Niederlage gekommen.

Die kleineren Parteien haben ihre zu Beginn der Nachkriegszeit noch stärkere Position in der Wählergunst im Verlauf der Wahlperioden nicht halten können. Nennenswerte Anteile werden von Liberalen und Bündnisgrünen eigentlich erst im Jahr 1996 (wieder) erreicht, als erstmals die Dominanz sozialdemokratischer Politik in Nürnberg gebrochen wurde. Dass in gewissen Konstellationen aber auch einige wenige Sitze im Stadtrat große politische Wirkungen erzeugen können, erfahren wir eindrucksvoll in der laufenden Amtsperiode, wo manche Entscheidung eigentlich erst vor dem Hintergrund der Präsenz der zwei „rechten“ Abgeordneten im Stadtrat erklärlich sind.

1.1.2.2 Ergebnisse der Landtagswahlen in Nürnberg seit 1946

Die Nürnberger Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern sind in Abbildung 1.3 wiedergegeben. Wenn wir uns zunächst auf die beiden großen Parteien beschränken, sind über die Zeit hinweg grob zwei gegenläufige Entwicklungen der parteispezifischen Wähleranteile zu erkennen: Bei der CSU geht es bergauf, bei der SPD bergab. Zwischen 1974 und 1982 liegen beide Parteien gleichauf, ebenso im Wahljahr 1994. Seitdem öffnet sich die Schere zugunsten der CSU, wobei im Wahljahr 2003 die sozialdemokratische Landespolitik regelrecht „abgestraft“ wird.

Die kleineren Parteien nehmen im Großen und Ganzen wie auf kommunaler Ebene zahlenmäßig seit den ersten Landtagswahlen tendenziell ab. 2003 erfährt die FDP ein kleines Hoch, während Bündnis 90/Die Grünen Stimmen verlieren.

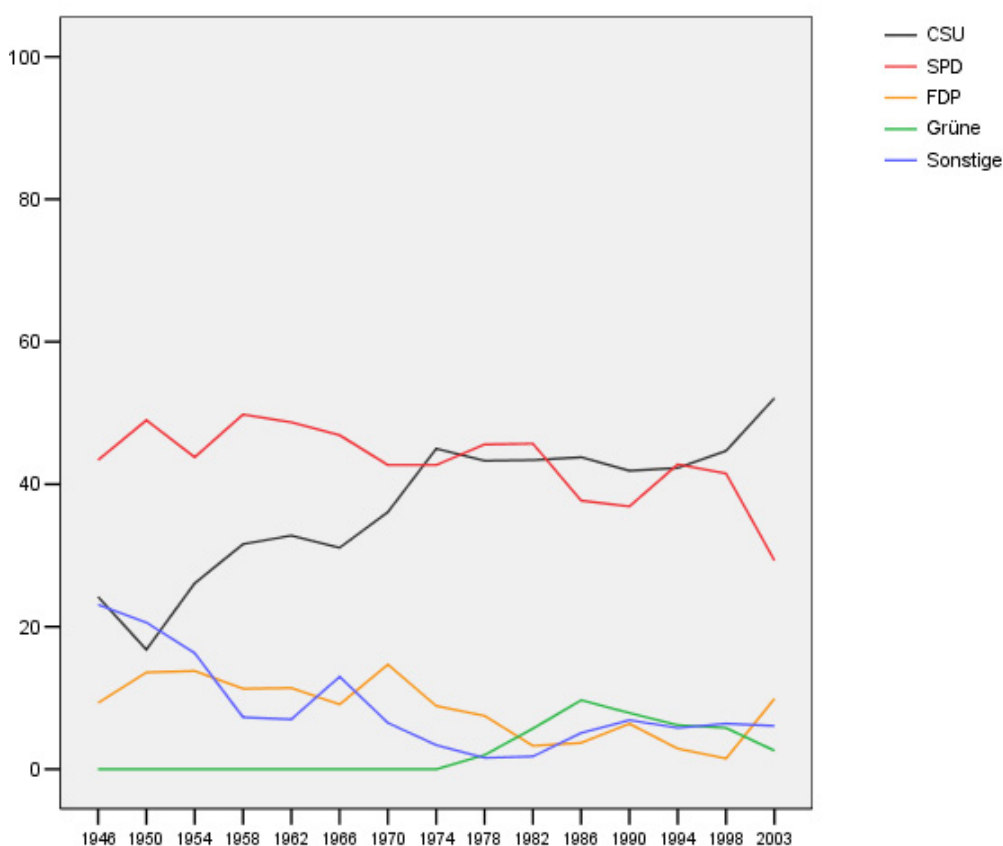


Abbildung 1.3: Ergebnisse der Landtagswahlen in Nürnberg 1946 – 2003 [Erst- und Zweitstimmen in Prozent; CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, sonstige]
Bündnis 90/Die Grünen: 1978 AUD („Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“)
Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik (2005, S. 75 ff.); eigene Darstellung

1.1.2.3 Ergebnisse der Bundestagswahlen in Nürnberg seit 1949

Abbildung 1.4 zeigt, vor allem was die Erfolge der CSU in den ersten drei Jahrzehnten des Bestehens der Bundesrepublik Deutschland betrifft, einen anderen Kurvenverlauf: Bei Bundestagswahlen erhält die CSU in Nürnberg bereits 1957 Stimmenanteile von mehr als 40 Prozent, auf die sie bei Landtagswahlen bis 1974 und bei Kommunalwahlen bis 1978 warten musste.

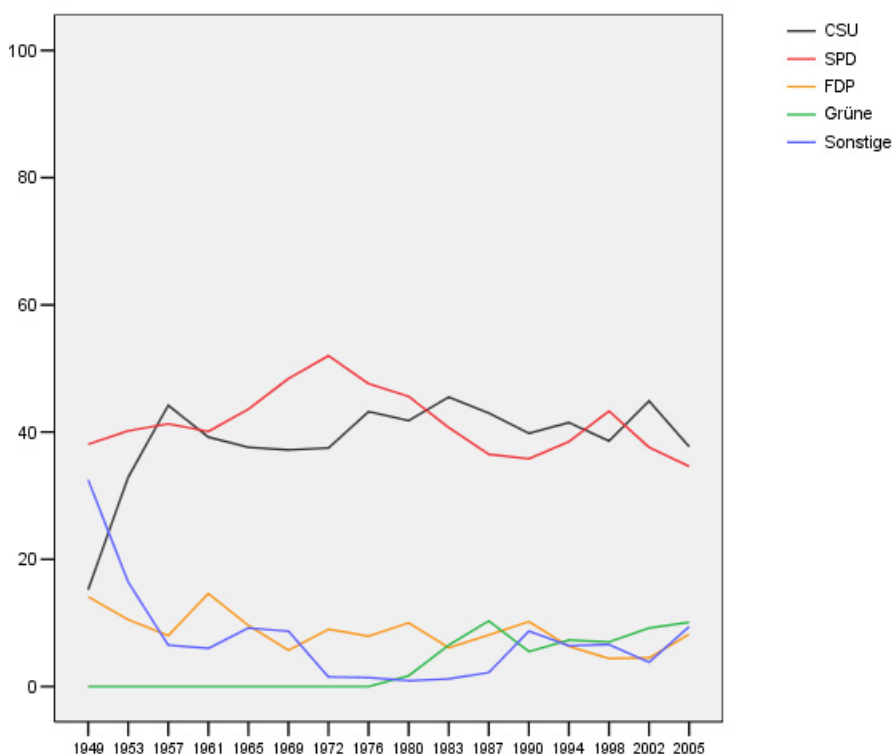


Abbildung 1.4: Ergebnisse der Bundestagswahlen in Nürnberg 1949 – 2005 [Zweitstimmen in Prozent; CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, sonstige]
Quelle: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik (2005, S. 72 ff.); eigene Darstellung

Die Wähleranteile der beiden großen Parteien oszillieren seit 1957, mit Ausnahme der Bundestagswahl 1972, bei der die SPD nicht nur in Nürnberg stark zulegen konnte, im Großen und Ganzen um einen Wert von 40 Prozent herum. Die kleineren Parteien in Nürnberg verbuchen insbesondere bei der letzten Bundestagswahl auf Kosten der beiden großen nennenswerte Stimmengewinne.

Vergleichen wir abschließend die Abbildungen 1.2 bis 1.4, sind sowohl Übereinstimmungen als auch Abweichungen zwischen den auf kommunaler, Landes- und Bundesebene registrierten Wahlergebnissen zu beobachten. Die Abweichungen der Kommunal- von jenen der Landtags- und Bundestagswahlergebnisse sind allerdings nicht durchgängig so konstant und bedeutsam, dass man sie unbedingt, und darin Eith (1997, S. 383)

folgend, „als Auswirkungen eines spezifisch kommunalen Politikverständnisses“ interpretieren und sie „mithin auf kommunale Determinanten des Wahlverhaltens“ zurückführen sollte. Solchen theoretischen Fragen wenden wir uns kurz im folgenden Kapitel zu.

1.2 Theoretische Anmerkungen

Bei der theoretischen Perspektive, die dem vorliegenden Bericht zugrunde liegt, handelt es sich um die Perspektive eines strukturell-individualistischen soziologischen Ansatzes (vgl. z. B. Büschges, 2002a,b; Kunz, 2004). Dieser geht modellhaft davon aus, dass Menschen intentional und rational abwägend handeln, und auf Basis ihrer Möglichkeiten und unter Berücksichtigung der ihnen geeignet erscheinenden Mittel versuchen, ihre Ziele zu verwirklichen. Trotz der Annahme einer konstanten menschlichen Natur können „Bedingungen wie Folgen individuellen Handelns ... im Kontext situationaler sowie kultureller und institutioneller Gegebenheiten personal erheblich variieren – und zwar im Ausmaß abhängig von der spezifischen Struktur des Interaktionsgeflechts, in dem der jeweilige Akteur sich bewegt“ (Wittenberg, 1991, S. 9 f.).

Neben diesen Ausgangsannahmen, die gewissermaßen dem Rational-Choice-Ansatz in der empirischen Wahlforschung zuzurechnen sind, spielen bezüglich von Wahlentscheidungen neben den althergebrachten sozialstrukturellen soziologischen und den ebenso traditionsreichen sozialpsychologischen Erklärungsansätzen für das Wahlverhalten neuerdings speziell Kandidatenorientierungen als Bestimmungsgründe individuellen Wahlverhaltens im Rahmen der kulturellen, institutionellen und situationalen Opportunitäten, innerhalb derer die Befragten sich alltäglich bewegen, ebenfalls eine gewisse Rolle. Die „Personalisierungsthese“, derzufolge Personen in der Politik und für die Wahlentscheidung der Bürger eine immer größere Bedeutung zuwächst (vgl. z. B. Forschungsschwerpunkt Sozialer Wandel, 2000), genährt durch Selbstdarstellungsstrategien von Politikern, dankbar aufgenommen vom kommerzialisierten Mediensystem (Holtz-Bacha, 2001), ist in Deutschland allerdings bisher weder auf Bundes-, noch auf Landesebene empirisch überzeugend untermauert worden. Auf lokaler Ebene liegt dazu u. W. überhaupt keine Untersuchung vor – kein Wunder, landet die Suche nach einschlägiger sozialwissenschaftlicher Literatur zu Kommunalwahlen generell doch kaum einen Treffer, wie bereits Schacht (1986, S. 2 ff.) feststellte und daraufhin das kommunale Wahlverhalten „zum blinden Fleck“ der Wahlsoziologie erklärte. Daran hat sich bis heute nichts Wesentliches verändert, wie z. B. Eith (1997) hervorhob und noch jüngst Löffler und Rogg (2000, S. 110) bedauernd konstatierten.

Die vorliegende Studie hat es sich denn auch nicht zum Ziel gesetzt, im Widerstreit verschiedener Paradigma neue Akzente zu setzen. Es geht schlicht vielmehr darum, mit ihr dazu beizutragen, generell das Dunkel des Kommunalwahlgeschehens vor dem Hintergrund spezifischer, sozialräumlich genau abgrenzbarer Opportunitäten und Restriktionen in einer einzigen Kommune, nämlich Nürnberg, etwas zu erhellen,⁴ und dabei speziell ein

⁴Wie in vielen anderen Arbeiten, die sich mit Wahlen befassen, habe ich auch im frisch herausgekommenen, umfang- und facettenreichen „Handbuch Wahlforschung“ (Falter und Schoen, 2005) nichts zum Stichwort „Kommunalwahlen“ entdeckt.

besonderes Augenmerk auf Fragen der „Personalisierung“ bzw. „Amerikanisierung“ des Wahlkampfes zu richten (Pfetsch, 2001), ohne die anderen Erklärungsansätze gänzlich zu vernachlässigen:⁵ Kann man – auch – auf kommunaler Ebene Hinweise darauf finden, dass Personen in den Mittelpunkt der „Kampagne“ geraten und „als Sympathieträger und Identifikationsobjekte Ideologie ersetzen, die heute ihre Funktion der Sinnvermittlung verloren haben“ (Holtz-Bacha, 2002, S. 27)? Und: Wie steht es mit der Eignung von „Konvergenz-“ bzw. „Differenzhypothese“, kommunales Wahlverhalten zu erklären? Zugespielt beinhaltet bekanntlich die erste in Anlehnung Kevenhörster (1976), dass das kommunale Wahlverhalten lediglich als „Reflex des gesamtsystemaren Wahlverhaltens“ (Jägers und Klaus, 2004, S. 17) erscheint, wobei die „große Politik“ bis auf die unterste Wahlebene durchschlägt und „Denkzettelwahlen“ provoziert. Die zweite meint in Anlehnung an Löffler und Rogg (2000, S. 115) hingegen, dass es ein „spezifisches kommunales Wahlverhalten gibt“, bei dem die Partei- und Themenorientierung hinter die Personen- bzw. Kandidatenorientierung zurücktreten. Nur so sei schließlich überhaupt zu erklären, dass (Ober-) Bürgermeister selbst dann direkt gewählt werden, wenn ihre und die politische Couleur der Gemeinde- oder Stadtratsmehrheit nicht übereinstimmen. Die vergleichsweise starke Kandidatenorientierung bei Kommunalwahlen, gepaart mit dem dort geltenden flexiblen Wahlsystem, hebt auch Korte (2005, S. 84) hervor: Dies reduziere den Parteienverdruss, erschwere zugleich aber auch die Vorhersehbarkeit der Wahlergebnisse von Kommunalwahlen. Und: „Die Wähler sind im Allgemeinen weniger nachsichtig mit den Fehlern oder den Versäumnissen der Lokalpolitiker als bei den Bundespolitikern“ (ebenda).

Die Orientierung an Sachthemen gerät insbesondere deswegen ins Hintertreffen, als auf kommunaler Ebene einerseits generelle, zukunftsentscheidende Probleme wie Reduktion der Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Gewährleistung einer finanzierbaren langfristigen Energieversorgung etc. nicht wirklich entschieden werden können – sie haben eine überregionale, nationale oder supranationale Dimension. Und lokal zu entscheidende Themen sind andererseits häufig nur für bestimmte, z. B. stadtteilbezogene, also keineswegs alle kommunalen Wählergruppen von essenzieller Bedeutung; die Wählerinteressen sind demzufolge über sozialstrukturell bedingte Gründe hinaus oftmals zusätzlich auch durch stadtteilspezifische Besonderheiten geprägt und zersplittert.

Löffler und Rogg (2000, S. 124) deklarieren dementsprechend die Personenorientierung zum „entscheidende(n) Erklärungsfaktor kommunalen Wahlverhaltens“. Die mutmaßliche Wahlwirksamkeit der seitens der Parteien und Gruppierungen aufgestellten Kandidaten wird folgerichtig zu einer wesentlichen Determinante eines potenziellen Wahlerfolgs. Und: Wo, wie in Bayern, kumuliert und panaschiert werden kann, kommt der Bedeutung der Rekrutierung geeigneter publikumswirksamer Kandidaten selbstredend eine noch größere Rolle zu als in „einfacheren“ Wahlsystemen, so dass die selektive Funktion der Kandidatenpersönlichkeit nicht auf die Spitzenposition der (Ober-) Bürgermeister beschränkt bleibt, sondern sich auch auf die Auswahl einer mehr oder minder großen

⁵Der Begriff ‚Amerikanisierung‘ „meint die professionell organisierte Kampagne unter Berücksichtigung der Bedingungen, die sich aus den Veränderungen bei Wählerschaft und Medienlandschaft ergeben haben“ (Holtz-Bacha, 2002, S. 27).

Anzahl von Bewerbern um „gewöhnliche“ Mandate erstreckt.⁶

Quantitativ messbar wird Kandidatenpersönlichkeit im Übrigen als „P-Faktor“: „Er ist niedrig, wenn der Kandidat weder kumuliert noch panaschiert wird. Ein mittlerer P-Faktor ist gegeben, wenn der Kandidat kumuliert, aber nicht panaschiert wird. Der P-Faktor ist hoch, wenn der Kandidat in hohem Maß kumuliert und panaschiert wird“ (Löffler und Rogg, 2000, S. 126 f.). Konstituierendes Moment des P-Faktors sind, insbesondere, der Bekanntheitsgrad eines Kandidaten sowie sonstige „wahlrelevante“ Persönlichkeitsmerkmale.⁷

Die allerdings auch schon ältere Untersuchung der Oberbürgermeisterwahl in Reutlingen aus dem Jahr 1973 durch Biege et al. (1978) stützt tendenziell die These, dass zumindest das OB-Wahlverhalten primär gemeindespezifische Verhältnisse widerspiegelt. Parteien haben den dort gemessenen Befunden zufolge eine geringere Orientierungsfunktion als auf Landes- und Bundesebene. „Die Abwesenheit ‚ideologischer‘ Trennlinien in der Kommunalpolitik (und bei der Selbstdarstellung der Kandidaten) begünstigt eine Wahlentscheidung, die nicht mit der generellen Parteipräferenz übereinstimmt“ (vgl. Biege et al., 1978, S. 174 f.).

Die darin zum Ausdruck kommende Tendenz, Gemeindepolitik parteipolitischer Programmatik gewissermaßen normativ entkleiden zu wollen, letztlich also einer „Ideologie der ‚Ideologiefreiheit‘ auf kommunaler Ebene“ das Wort zu reden, wird von anderen Autoren aus politiktheoretischer Perspektive nicht unkritisch kommentiert. Indem das süddeutsche Kommunalwahlsystem die Kommunalpolitik in hohem Maße personalisiere und dem „Harmoniebedürfnis der Gemeindebürger Rechnung“ trage, klagen Löffler und Rogg (2000, S. 133), müsse dafür, insbesondere in kleineren Gemeinden, der Preis der „Vernachlässigung der politisch-programmatischen Dimension von Kommunalpolitik“ bezahlt werden. Sie schließen ihre Analyse wie folgt: „Die Bürger haben zwar mehr personelle Wahlmöglichkeiten. In einem demokratietheoretischen Sinn ist das allerdings nicht deckungsgleich mit mehr *politischer* Mitwirkung“ (ebenda). Und: Trotz des „Zugewinns an Demokratie ist die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen im Durchschnitt deutlich niedriger als bei Landtags- oder Bundestagswahlen“ (Korte, 2005, S. 84).

1.3 Politiker, Parteien, Wahlkampf und Politikbereiche in Nürnberg 2002

1.3.1 Exkurs: „Gewichtete“ oder „ungewichtete“ Ergebnisse?

In der empirischen Sozialforschung ist es nicht unüblich, erhobene Befragungsdaten in gewisser Weise zu „manipulieren“ (Gabler et al., 1994). Dies ist immer dann sogar erforderlich, wenn es sich um Stichproben handelt, die der Forscher bewusst disproportional

⁶Sie differenzieren hier jedoch ein wenig nach Gemeindegröße: Je kleiner, desto größer die Bedeutung der Persönlichkeitseinfluss, und nach „Wahlkampfstil“: SPD und Bündnis 90/Die Grünen bevorzugten eine „kollektive“, programmbezogene Wahlkampfstrategie, bei der die Persönlichkeit der Kandidaten eine vergleichsweise weniger ausschlaggebende Rolle spiele als bei FDP, Freien Wählern und CDU/CSU (vgl. Löffler und Rogg, 2000, S. 124).

⁷Dazu zählen Löffler und Rogg (2000, S. 128 ff.) spezifische, vom Lokalkolorit nicht unabhängige Berufsmerkmale, Vereinsmitgliedschaften, Stellung im öffentlichen Leben, Lebensalter, Ortsteil-, Partei- und Geschlechtszugehörigkeit.

zusammengesetzt hat, wie dies beispielsweise bei der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“, einer der in den Sozialwissenschaften angesehensten Datenquellen für Sekundäranalysen bezüglich der Anteile von in Ost- und Westdeutschland Befragten der Fall ist.⁸ Und dies ist auch dann durchaus üblich, wenn z. B. die gezogenen (Zufalls-) Stichproben mehr oder minder deutlich von den sozialstrukturellen Gegebenheiten in der Grundgesamtheit abweichen. Durch eine so genannte „Gewichtung“ der Daten wird erreicht, dass die jeweils interessierenden sozialstrukturellen Merkmale der Stichproben an die sozialstrukturellen Parameter der Grundgesamtheit angepasst werden, so dass sie anschließend weitgehend übereinstimmen. Man hofft, durch diese Anpassung der sozialstrukturellen Merkmale der Stichprobe an die sozialstrukturellen Parameter der Grundgesamtheit zu erreichen, dass damit auch die anderen, eigentlich im Fokus des wissenschaftlichen Interesses stehenden inhaltlichen Merkmale oder Eigenschaften in der Stichprobe strukturgleich zur Grundgesamtheit „repräsentiert“ sind.

Die von uns gezogene Stichprobe entspricht bezüglich Geschlechtszugehörigkeit und Lebensaltersgruppen weitgehend der avisierten Grundgesamtheit: Kommunalwahlberechtigte Nürnberger Einwohner im Jahr 2002 (vgl. Tabelle 1.4).⁹ Die Notwendigkeit, eine Anpassung der Stichprobe an die sozialstrukturellen Gegebenheiten in der Grundgesamtheit zu überlegen, war damit von vornherein hinfällig.

Allerdings gab es einen anderen Grund, um nichtsdestotrotz ernsthaft über Gewichtungsstrategien nachzudenken: In unserem Fall schien nämlich die realisierte Telefonstichprobe erheblich zu „SPD-lastig“ ausgefallen zu sein. Dies kann verschiedene Gründe haben. Manches spricht aber dafür, dass an Politik interessierte Bürger eher an Befragungen mit politischer Thematik teilnehmen, zumal wenn Studierende, also junge Menschen, sich als Interviewer zu erkennen geben. Da traditionell an Politik interessierte Personen außerdem eher „linke“ Meinungen zu vertreten scheinen, wiederum insbesondere gegenüber jüngeren Interviewern, war zu vermuten, dass der Anteil solcher Befragter, die

⁸Beim ALLBUS wird der Anteil an in Ostdeutschland Befragten etwa doppelt so hoch angesetzt wie er eigentlich gemäß des relativen Anteils an in Ostdeutschland Wohnenden bei angestrebter „Repräsentativität“ für Gesamtdeutschland sein dürfte. Damit ist gewährleistet, dass bei einem Rückschluss von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit der Ostdeutschen das geschätzte Konfidenzintervall einer Variablen nicht über die Maßen breit ausfällt. Bei einer „repräsentativen“ Aussage für Gesamtdeutschland muss dann jedoch der künstlich verdoppelte Anteil der Ostdeutschen selbstverständlich entsprechend reduziert, d. h. gewichtet werden.

⁹Nur „weitgehend“ deswegen, weil wir einerseits postulieren, dass jeder Nürnberger Haushalt über einen Telefonfestnetzanschluss verfügt, also über die Stichprobenziehung nach dem Gabler-Häder-Design (vgl. dazu [Gabler und Häder, 1999a,b](#)) auch von uns erreichbar war, und weil andererseits in Tabelle 1.4 nur deutsche Einwohner mit Hauptwohnsitz in Nürnberg enthalten sind, nicht aber die ebenfalls kommunalwahlberechtigten, zahlenmäßig allerdings kaum bedeutsamen nichtdeutschen EU-Bürger. Von ihnen – n=18.558 bzw. 5,1 Prozent der Wahlberechtigten – hatten 1996 5.300 einen Antrag auf Aufnahme in das Wählerverzeichnis gestellt. 2002 waren sie von Amts wegen in das Wählerverzeichnis aufgenommen worden. Anzunehmen war, dass sich dadurch von den nunmehr n=19.360 nichtdeutschen EU-Bürgern (5,5 Prozent der Wahlberechtigten) mehr als 1996 an der Wahl beteiligen würden (vgl. [Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, 2001b](#), S. 5). Ob das tatsächlich so war, lässt sich aufgrund der deutschen Wahlgesetzgebung – Stichwort: „geheime Wahl“ – selbstverständlich nicht überprüfen. Bei unseren „exit polls“ (siehe S. 39 ff.) gaben sich 1,5 Prozent der Wähler als nichtdeutsche EU-Bürger zu erkennen.

bei der Sonntagsfrage angeben, die SPD wählen zu wollen, in unserer Telefonstichprobe überproportional stark vertreten war. Um diese Verzerrung auszubügeln, könnte es also durchaus sinnvoll sein, die erhobenen Daten zu gewichten.

Tabelle 1.4: Vergleich der Stichprobe mit der Grundgesamtheit nach Lebensaltersgruppen und Geschlecht 2002 (Deutsche Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung) [Zeilenprozent]

Geschlecht	Grundgesamtheit		Stichprobe	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich
Altersgruppen				
18-24	4,4	3,9	5,0	5,0
25-44	16,8	17,3	22,1	20,9
45-59	11,5	10,9	11,1	10,6
60 u. ä.	21,4	13,8	15,9	10,4
insgesamt (n)	182.906	155.124	818	723
insg. (Zeilen-%)	54,0	46,0	53,1	46,9

Quellen: Unterlagen des Amtes für Stadtforschung und Statistik der Stadt Nürnberg (Stand: 31.3.2001); Nürnberg-Barometer (CATI 2002)

Bei einer Gewichtung wird die – allerdings lediglich erinnerte – Stimmabgabe bei der Wahlentscheidung des Jahres 1996 dividiert durch die geäußerte Wahlabsicht („Sonntagsfrage“) im Jahr 2002. Daraus resultieren die folgenden Gewichte für die einzelnen Parteien (vgl. Tabelle 1.5).

Tabelle 1.5: Berechnung der Gewichte für die Parteien [Spaltenprozent]

Partei	Wahl 1996	Wahlabsicht	Gewicht
CSU	43,7	42,7	1.02
SPD	34,3	46,7	0.73
Bündnis 90/Die Grünen	8,1	7,0	1.15
FDP	2,4	1,0	2.40
REP	3,0	0,3	10.0
FW	2,9	0,7	4.00
Die Guten	1,5	0,9	1.60
sonstige	4,1	0,7	—
insgesamt	100,0	100,0	

Quellen: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik (2002a); Nürnberg-Barometer (CATI 2002)

Man sieht, dass, wie gewünscht, das Gewicht der potenziellen SPD-Sympathisanten reduziert wird. Wahrscheinliche CSU-Anhänger bleiben in ihrer statistischen Bedeutung – fast völlig – unangetastet. Die kleineren Parteien und politischen Gruppierungen erfahren eine unterschiedlich starke Aufwertung, wobei davon Bündnis 90/Die Grünen am

wenigsten, REP am meisten profitieren.¹⁰

Die Effekte der Gewichtung infolge des in unserer Telefonstichprobe überproportional starken Anteils an potenziellen SPD-Wählern anhand der erinnerten Stimmenabgabe bei der Wahlentscheidung des Jahres 1996 sind gut in den Tabellen 1.6 und 1.7 abzulesen.

Wir sehen, jedenfalls bei den beiden großen Parteien, dass die Gewichtung zu einer deutlichen besseren „Passung“ der Prognose an das Endergebnis führt. Bezüglich der kleineren Parteien und politischen Gruppierungen, bei denen die Prognosen auf – geringen – Stichprobenumfängen von minimal n=5 (REP) bis maximal n=105 (Bündnis 90/Die Grünen) beruhen, wirkt sich die Gewichtung uneinheitlich aus: Bei Bündnis 90/Die Grünen und FDP z. B. ist sie sogar kontraproduktiv und verschlechtert die Vorhersage.

Tabelle 1.6: Vergleich des Endergebnisses der Stadtratswahl vom 3.3.2002 mit der zwischen 26. und 31.1.2002 geäußerten Wahlabsicht („Sonntagsfrage“; gewichtet und ungewichtet) [Spaltenprozentage]

Partei	Wahlabsicht		Wahlergebnis
	ungewichtet	gewichtet	
CSU	40,2	42,6	43,6
SPD	44,2	38,9	39,5
Bündnis 90/Die Grünen	7,3	7,8	5,8
FDP	3,7	4,2	2,1
REP	0,3	1,6	1,4
PDS	1,8	1,8	1,2
Die Guten	1,0	1,2	2,0
FW	1,0	1,4	1,4
sonstige	0,5	0,5	2,9
insgesamt	100,0	100,0	99,9

Quellen: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik (2002a); Nürnberg-Barometer (CATI 2002)

Uneinheitlich fällt auch das Ergebnis der Gewichtung der Angaben zur beabsichtigten Wahl des Oberbürgermeisters aus, wie Tabelle 1.7 belegt.

Während die gewichtete Prognose für OB Scholz zu einem durchaus ansehnlichen Resultat führt und sich dem tatsächlichen Wahlausgang stark nähert, wird das tatsächliche Wahlergebnis der anderen Kandidaten ebenso deutlich verfehlt: Für alle Kandidaten erweist sich die ungewichtete Vorhersage als zielgenauer als die gewichtete. Die Ursache dafür wird darin zu suchen sein, dass das „Herausrechnen“ des vermeintlich zu hohen SPD-Anhängeranteils einerseits erwartungsgemäß zwar in einer – geringen – zahlenmäßigen Aufwertung der Position des amtierenden Oberbürgermeisters resultiert; andererseits

¹⁰Die Sympathisanten extremer politischer Verbände wie der „Republikaner“ geben ihre „wahren“ politischen Werthaltungen bei Befragungen in Antizipation vermuteter Reaktionen seitens der Interviewer – Stichwort: „Tendenzen sozialer Erwünschtheit“ – oftmals nicht zu erkennen. Auch um eine quantitative Annäherung des vermutlichen Ausmaßes an radikalen Gedankenguts zu erhalten, wäre eine Gewichtung demzufolge nicht ganz unattraktiv.

berücksichtigt die gewollte Reduktion der Position des Kämmerers Maly nicht die Tatsache, dass dieser über die Parteigrenzen hinweg, mit Ausnahme der CSU-Anhänger, in der Nürnberger Wählerschaft anscheinend erheblich attraktiver war als sein Widerpart.

Tabelle 1.7: Vergleich des Endergebnisses der Oberbürgermeisterwahl vom 3.3.2002 mit der zwischen 26. und 31.1.2002 geäußerten Wahlabsicht („Sonntagsfrage“; gewichtet und ungewichtet) [Spaltenprozent]

Partei	Wahlabsicht		Wahlergebnis
	ungewichtet	gewichtet	
Dr. Ulrich Maly	46,5	42,2	49,2
Ludwig Scholz	41,5	44,3	45,9
Brigitte Wellhöfer	5,6	5,7	1,9
keinen von den Dreien	6,5	7,8	3,0
insgesamt	100,1	100,0	100,0

Quellen: [Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik \(2002a\)](#); Nürnberg-Barometer (CATI 2002)

Was ist angesichts des alles in allem doch etwas unbefriedigenden, da uneinheitlichen Ergebnisses der Gewichtung zu tun? Wenn wir zusätzlich berücksichtigen, dass die von uns eingesetzte so genannte „Sonntagsfrage“, rund vier Wochen vor der eigentlichen Wahl gestellt, allenfalls ein Stimmungsbild, keinesfalls jedoch eine genaue Wahl„prognose“ zu liefern in der Lage ist, fällt die Entscheidung nicht schwer: In unserem Fall muss die Sinnhaftigkeit der Gewichtung verneint werden. Wir verzichten dementsprechend auf sie und berichten ausschließlich über ungewichtete Ergebnisse.

Im Folgenden werden Ergebnisse der Computer unterstützten Telefonbefragung (CATI) vorgestellt. Sie werden mit einigen Daten aus der vom 2.2.-2.3.2002 durchgeführten Online- und der zweiten Wiederholungsbefragungswelle aus der face-to-face-Befragung (2.-10.2.2002) ergänzt.

1.3.2 Die Kandidaten

Umfragen im Vorfeld von Wahlen liefern, wie gesagt, lediglich ein Abbild der jeweils aktuellen politischen Stimmungen. Sie als Wahlprognosen darzustellen, wäre daher völlig missverständlich. Sie können nur für den Zeitpunkt der jeweiligen Befragungen als repräsentativ gelten – in unserem Fall also für Ende Januar 2002 –, nicht aber für den Wahltermin am 3. März 2002.

Fragen zur Wahl des künftigen Oberbürgermeisters Nürnbergs wurden von vornherein auf zwei Kandidaten und eine Kandidatin begrenzt: Ludwig Scholz (CSU), Ulrich Maly (SPD) und Brigitte Wellhöfer (Bündnis 90/Die Grünen); die zwei Bewerber anderer Parteien, nämlich Walter Beisig (REP) und Nikolaus Struck (Die Guten), waren zur Zeit der Konzeption der Untersuchung weder nominiert, noch hatten sie am 3. März 2002 nach menschlichem Ermessen irgendeine Wahlchance. Aus dem letztgenannten Grund haben wir auch die Kandidatin von Bündnis 90/Die Grünen bei unseren Befragungen nicht

durchgehend berücksichtigt.

Selbst ohne auf eine bildliche Vorlage zurückgreifen zu können, wie dies bei unseren Internet- und face-to-face-Interviews möglich war, vermochten zwei Drittel der telefonisch Befragten einen oder mehrere Kandidaten für das Amt des Nürnberger Oberbürgermeisters zu nennen – im Schnitt 1,7 Namen (vgl. Abbildung 1.5). Dabei schnitt Ludwig Scholz, amtierender Oberbürgermeister Nürnbergs und erneuter OB-Kandidat der CSU, mit 89,1 Prozent der Nennungen am besten ab – ein überragender Wert! Ulrich Maly (SPD) wurde von 70,9 Prozent, Brigitte Wellhöfer (Bündnis 90/Die Grünen) von 8,8 Prozent der Interviewten namentlich identifiziert.

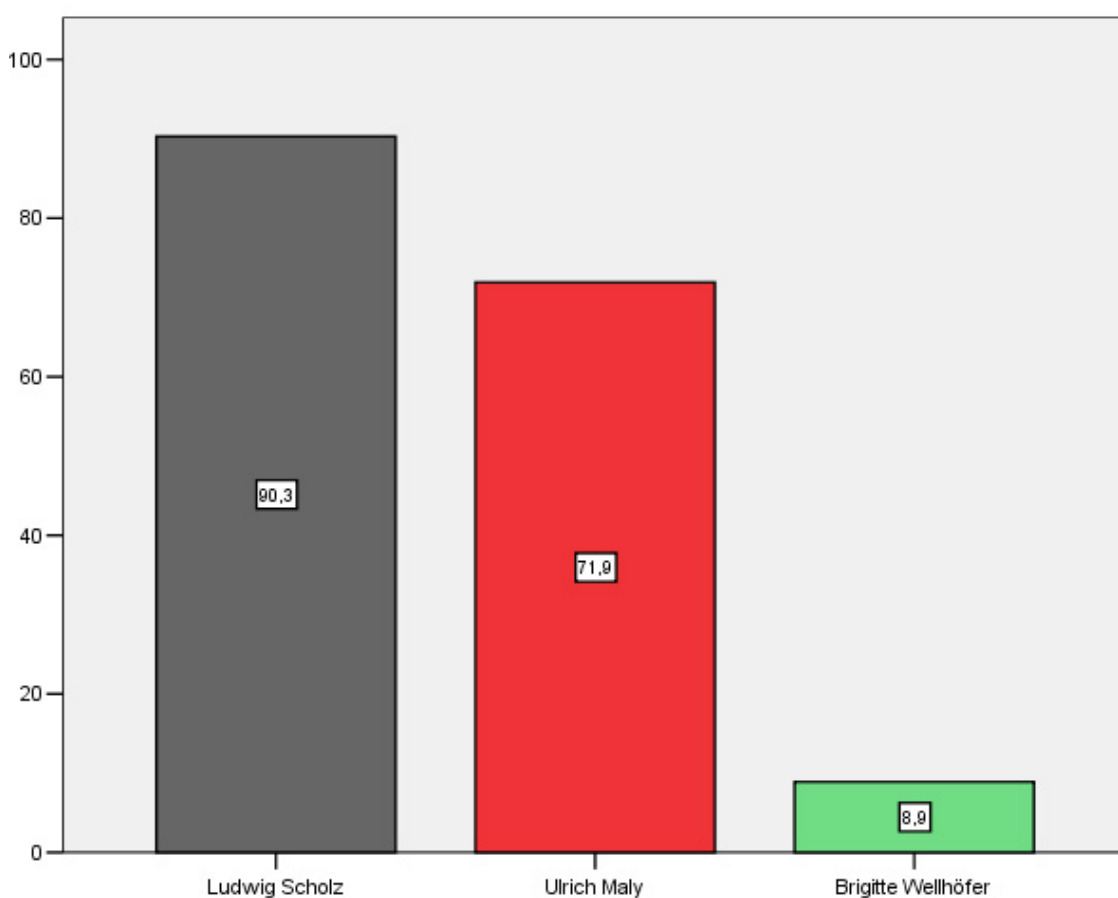


Abbildung 1.5: Kenntnis der Oberbürgermeisterkandidaten [in Prozent]

Feldzeit vom 26.-30.1.2002

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2002; n=1.038)

Der hohe Bekanntheitsgrad von Ludwig Scholz lässt sich auch durch Ergebnisse unserer Onlineumfrage stützen. Dort wurden den Teilnehmern in wechselnder Reihenfolge Porträtfotos von Maly, Scholz und Wellhöfer gezeigt, denen dann aus einer längeren

Namensliste der korrekte Name zugeordnet werden sollte. Was die Identifizierung der Porträtfotos anbelangt, war der Bekanntheitsvorsprung von OB Scholz nicht mehr so exorbitant wie bei der Telefonumfrage; und auch Brigitte Wellhöfers negativer Bekanntheitssaldo schmolz dahin.¹¹

Tabelle 1.8: Bekanntheit der OB-Kandidaten: Namentliche Identifizierung von Porträtfotos [Spaltenprozent]

Kandidaten Partei	Maly	Scholz	Wellhöfer
richtige Namengebung	67,0	73,8	34,7
falsche Namengebung	0,9	1,9	2,5
keine Angabe	32,1	24,3	62,8
insgesamt	100,0	100,0	100,0

Feldzeit vom 26.-30.1.2002

Quelle: Nürnberg-Barometer (online 2002; n=473)

Der amtierende Oberbürgermeister Scholz war demnach, jedenfalls Ende Januar 2002, mit deutlichem Vorsprung unter den Nürnbergern noch immer viel bekannter als der SPD-Kandidat und Kämmerer Maly. Dies zeigte sich auch darin, dass Ersteren immerhin 894 Befragte (=58,0 Prozent) hinsichtlich *aller* abgefragten Persönlichkeitszuschreibungen einzuschätzen vermochten, Letzteren aber nur rund 599 (=38,9 Prozent) (vgl. Abbildungen 1.6 und 1.7). Das „Privatleben“ beider Kandidaten ist den Nürnbergern allerdings am wenigsten präsent, geben doch „nur“ 61,9 Prozent für Scholz bzw. 43,3 Prozent für Maly diesbezüglich ein Urteil ab.

Über alle Bereiche und alle Befragten betrachtet, schnitt Maly mit einer Durchschnittsbewertung von $m=2,4$ ($s=0,8$) insgesamt besser ab als Scholz, der auf einen Mittelwert von $m=2,7$ ($s=1,0$) kam. Die Noten für die beiden Kandidaten variieren selbstverständlich in Abhängigkeit von ihrer jeweiligen Klientel. Scholz erhielt unter CSU-Wählern Noten zwischen 1,7 und 2,4; die schlechtesten Karten hatte er dagegen bei Bündnis 90/Die Grünen-Wählern, die ihm bezüglich von zwei Eigenschaften sogar nur ein „ausreichend“ attestierten.

¹¹Mit Nachdruck ist aber darauf hinzuweisen, dass die soziodemografischen Merkmale der selbstrekrutierten Teilnehmer an der Onlineumfrage weit entfernt davon waren, die Grundgesamtheit der Einwohner Nürnbergs nach Lebensalter und Geschlechtszugehörigkeit auch nur annähernd korrekt widerzuspiegeln: Die Stichprobe enthielt 78,1 Prozent Männer – die Grundgesamtheit 46,0 Prozent. Und, wie bei Onlineumfragen unter der allgemeinen Bevölkerung noch immer üblich, waren in der Stichprobe Junge über- und Alte unterrepräsentiert, darunter vor allem 60 Jahre alte und ältere Frauen, die in der Onlinestichprobe einen Anteil von 1,1 Prozent, in der Grundgesamtheit jedoch einen Anteil von 21,4 Prozent stellten.

1 Kommunalwahl und -politik sowie Lebensqualität in Nürnberg 2002 – Ausgangsbilanz

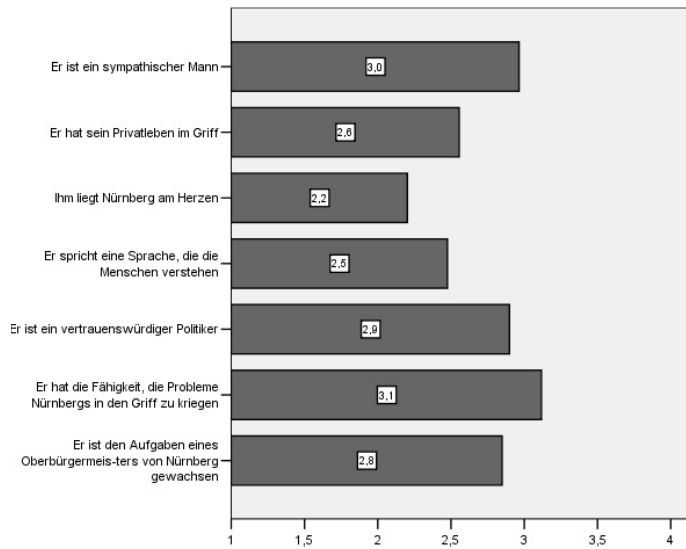


Abbildung 1.6: Bewertung Ludwig Scholz [Mittelwerte]
 Feldzeit vom 26.-30.1.2002
 Ratingskala von 1 „sehr gut“ bis 6 „ungenügend“ (m=2,7; s=1,0)
 Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2002; n zwischen 954 und 1.414)

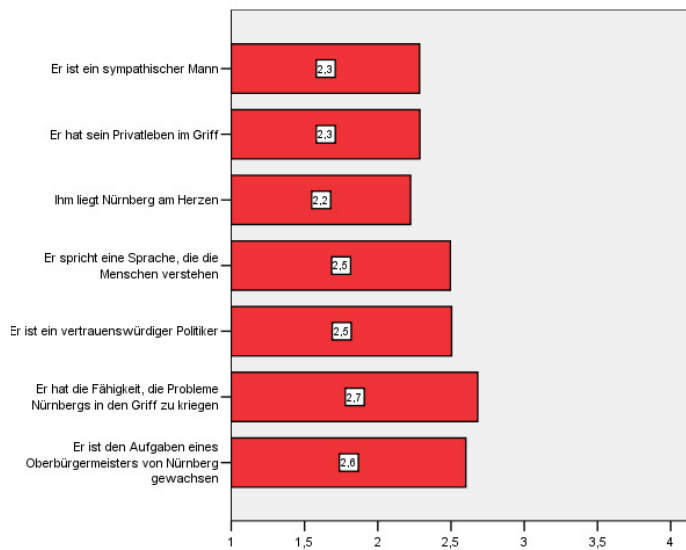


Abbildung 1.7: Bewertung Ulrich Maly [Mittelwerte]
 Feldzeit vom 26.-30.1.2002
 Ratingskala von 1 „sehr gut“ bis 6 „ungenügend“ (m=2,4; s=0,8)
 Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2002; n zwischen 667 und 1.076)

Maly bekam, mit Ausnahme von „volksnah“ und „Nürnberg liegt ihm am Herzen“, wo ein Patt zwischen ihm und Scholz unter allen Befragten zu sehen war, wie gesagt insgesamt durchwegs leicht bessere Noten als sein CSU-Konkurrent. Potenzielle SPD-Wähler gaben ihm Noten zwischen 2,0 und 2,4. Am schlechtesten kam er bei CSU-Wählern an, die ihm, wie auch die Wähler der FDP, zwei Mal nur ein „befriedigend“ zuerkannten.

Tabelle 1.9: Notendurchschnitt für OB Scholz in Abhängigkeit von der Parteipräferenz bei der nächsten Kommunalwahl (so genannte „Sonntagsfrage“) [Mittelwerte]

Aussage	CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	insg.
OB-Aufgabe gewachsen	2,2	3,3	3,8	3,0	2,8
Probleme im Griff	2,4	3,7	4,0	3,2	3,1
vertrauenswürdig	2,3	3,4	3,8	3,3	2,9
volksnah	2,1	2,8	3,0	2,7	2,5
Nürnberg liegt ihm am Herzen	1,7	2,6	2,8	2,4	2,2
Privatleben im Griff	2,1	2,8	3,4	3,1	2,5
sympathisch	2,3	3,5	4,0	3,2	3,0

Ratingskala: Von 1 „sehr gut“ bis 6 „ungenügend“
 Die Skala ist reliabel (Cronbach's $\alpha=.92$) und formal valide (PCA; Kaiser Normalisierung; erkl. Varianz=67,4 Prozent) (vgl. Kap. 3.2.1.3 in [Wittenberg, 1998](#))
 Feldzeit vom 26.-30.1.2002
 Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2002)

Tabelle 1.10: Notendurchschnitt für Kämmerer Maly in Abhängigkeit von der Parteipräferenz bei der nächsten Kommunalwahl (so genannte „Sonntagsfrage“) [Mittelwerte]

Aussage	CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	insg.
OB-Aufgabe gewachsen	3,2	2,3	2,5	3,0	2,7
Probleme im Griff	3,3	2,4	2,7	3,0	2,8
ertrauenswürdig	2,9	2,2	2,5	2,9	2,5
volksnah	2,8	2,3	2,6	2,6	2,5
Nürnberg liegt ihm am Herzen	2,4	2,1	2,4	2,3	2,2
Privatleben im Griff	2,4	2,1	2,7	2,2	2,3
sympathisch	2,6	2,0	2,4	2,6	2,3

Ratingskala: Von 1 „sehr gut“ bis 6 „ungenügend“
 Die Skala ist reliabel (Cronbach's $\alpha=.92$) und formal valide (PCA; Kaiser Normalisierung; erkl. Varianz=67,0 Prozent) (vgl. Kap. 3.2.1.3 in [Wittenberg, 1998](#))
 Feldzeit vom 26.-30.1.2002
 Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2002)

Die Notenvergabe für die beiden Spitzenpolitiker erfolgt ansonsten relativ unabhängig von anderen Merkmalen. Die einzigen Ausnahmen sind, dass beide Kandidaten in der Altersgruppe der über 60-Jährigen überdurchschnittlich positiv bewertet wurden, und dass Maly generell von Frauen bessere Noten erhielt als Scholz.

Bei der so genannten „Sonntagsfrage“ nach den OB-Wahlabsichten der Interviewten lagen die beiden Kandidaten von CSU und SPD in der Befragungswoche nahe bei einander; der Ausgang der Wahl am 3.3.02 erschien nach diesen Zahlen durchaus offen; eine Stichwahl war demnach bereits Ende Januar 2002 nicht mehr auszuschließen – sie war eher wahrscheinlich. Da Einiges darauf hindeutet, dass bei Stichwahlen eher die Kandidaten- als die Parteienorientierung den Ausschlag für die Stimmenabgabe verursacht (vgl. [Jägers und Klaus, 2004](#), S. 18 f.), stiegen die Chancen des Herausforderers Maly, den amtierenden Oberbürgermeister Scholz ablösen und dessen Amt tatsächlich übernehmen zu können.

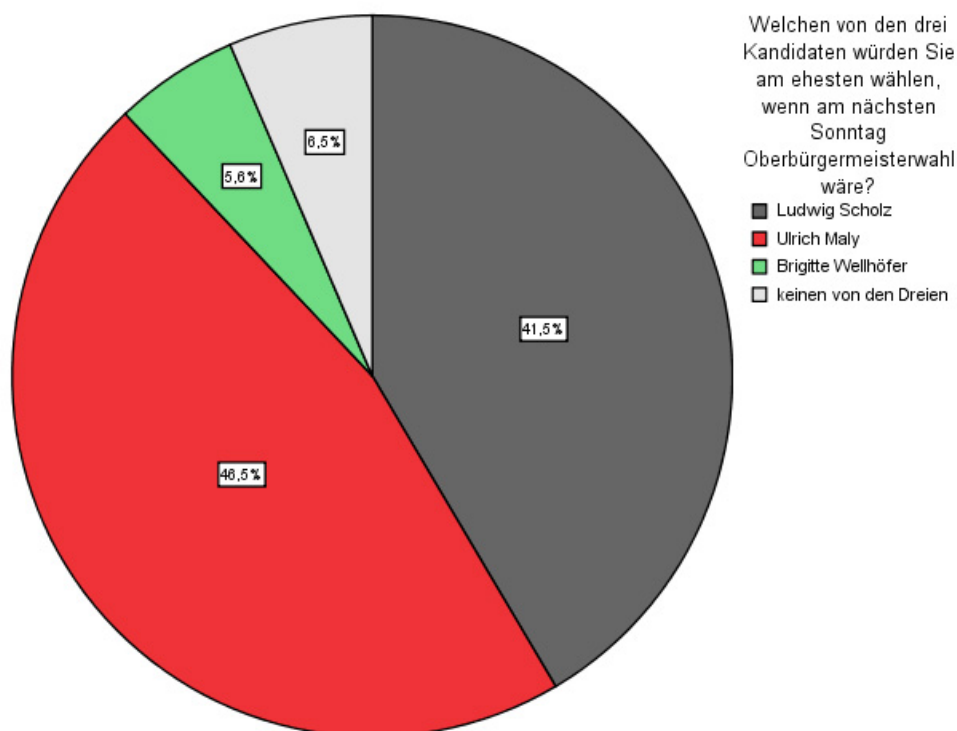


Abbildung 1.8: Wahlabsicht Kandidaten [in Prozent]

Feldzeit vom 26.-30.1.2002

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2002; n=1.470)

Dass die Stimmungslage nicht stabil war und nicht eindeutig in Richtung eines einzigen Kandidaten verlief, belegen die Ergebnisse der *Panelbefragungen*. Zwischen den beiden Befragungswellen im Dezember 2001/Anfang Januar 2002 und Anfang Februar 2002 waren doch einige, wenn auch nicht beträchtliche „Wahlabsichtswanderungen“ zu verzeichnen, wie [Abbildung 1.9](#) belegt.

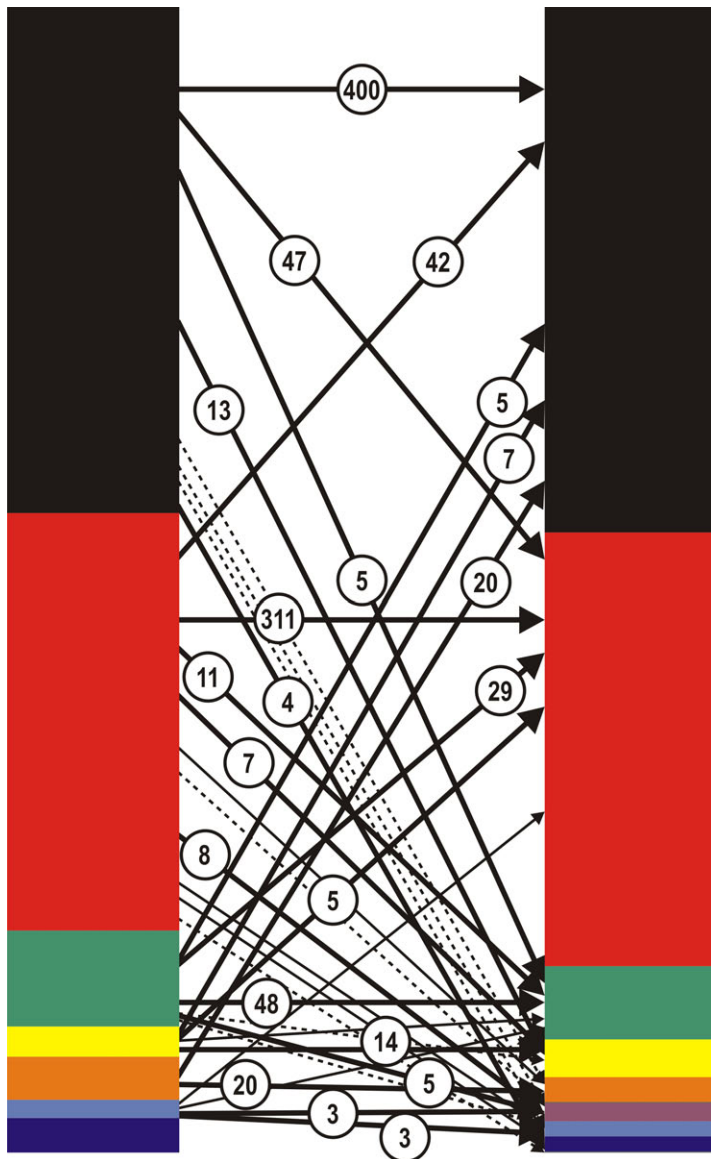


Abbildung 1.9: Veränderungen in den Wahlabsichten der Befragten bezüglich der Bewerber um das Oberbürgermeisteramt
 Feldzeiten vom 15.-28.12.2001 bzw. 5.-12.1.2002 (1. Welle) und vom 2.-10.2.2002 (2. Welle)
 Quelle: Nürnberg-Barometer (Panel 2002; n=1.007)

Das aus den Wahlabsichten herauslesbare relative Patt zwischen Amtsinhaber Scholz und Konkurrenten Maly löste sich jedoch in der Projektion auf das von den Befragten *vermutete* Ergebnis der OB-Wahl auf: Mehr als zwei Drittel der Interviewten schätzten, dass Scholz wieder zum Oberbürgermeister gewählt würde; Maly hatten hingegen diesbezüglich weniger als ein Drittel der antelefonierten Wahlberechtigten auf ihrer Agenda.

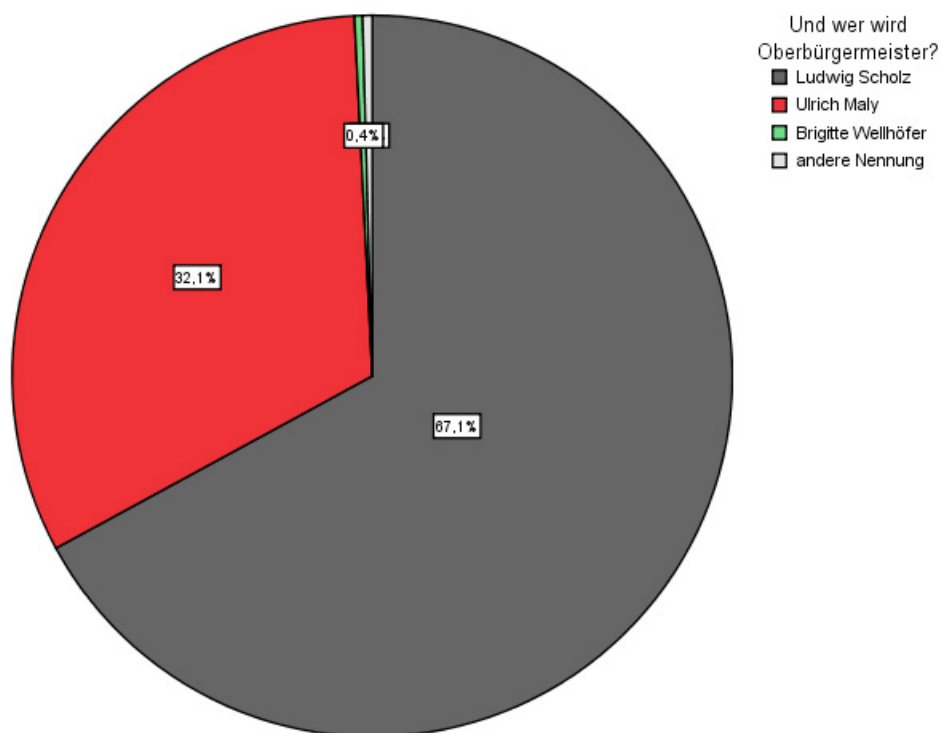


Abbildung 1.10: Prognose des Ausgangs der Oberbürgermeisterwahl [in Prozent]
Feldzeit vom 26.-30.1.2002
Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2002; n=1.388)

Aber auch bei der „Zuschreibung der Wahlaussichten“ waren Wanderungen zwischen den beiden Erhebungszeiträumen der Panelbefragung zu verzeichnen (siehe Abbildung 1.11).

Der amtierende Oberbürgermeister verlöre demnach 22 Personen, die ihm die besten Wahlaussichten zusprachen, an den amtierenden Finanzreferenten, gewänne umgekehrt jedoch 26 von ihm zurück. Auch hätte Scholz mehr Zuschreibungen von Wahlchancen von den zur Zeit der ersten Befragungswelle noch Unentschlossenen an sich binden können, nämlich acht von zehn; Maly wäre nur auf zwei gekommen. Insgesamt schätzten 58 von 213, also 27 Prozent der Panelbefragten, die Wahlchancen der Bewerber um das OB-Amt zu den zwei Befragungszeiten verschieden ein – und das ist doch ein durchaus beachtlicher Prozentsatz.

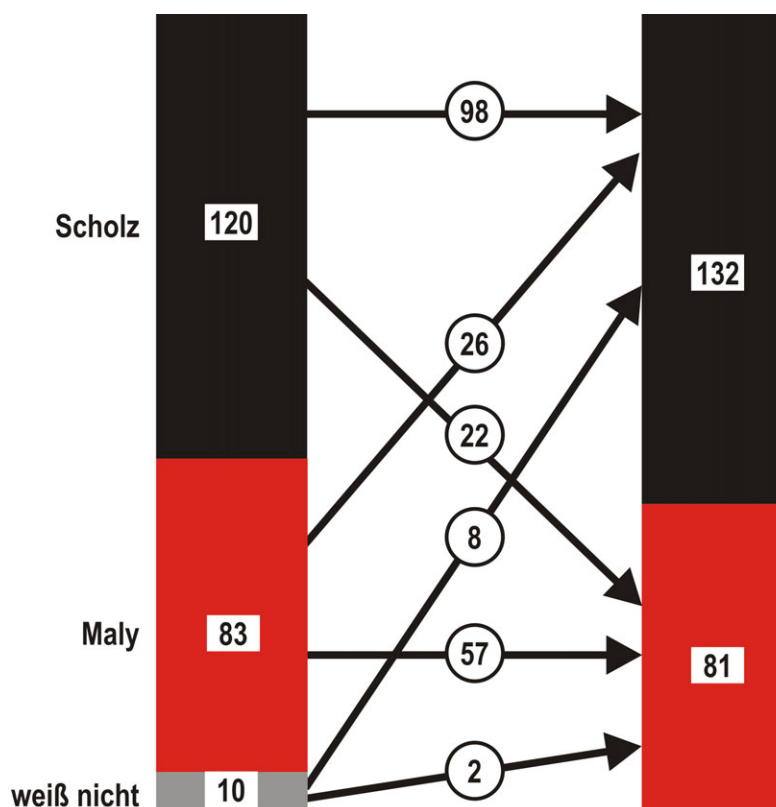


Abbildung 1.11: Veränderungen in den den Bewerbern um das Oberbürgermeisteramt zugeschriebenen Wahlaussichten
 Feldzeiten vom 15.-28.12.2001 bzw. 5.-12.1.2002 (1. Welle) und vom 2.-10.2.2002 (2. Welle)
 Nürnberg-Barometer (Panel 2002; n=213)

Woran mag diese erhebliche Diskrepanz zwischen eigener Wahlabsicht und zugeschriebener Wahlchance, die sich insbesondere hinsichtlich des amtierenden Oberbürgermeisters Scholz auftut, gelegen haben? Im Rahmen der zweiten Welle unserer Wiederholungs- und unserer Onlinebefragung haben wir nachgefasst und bei denen, die Maly wählen wollten, aber meinten, Scholz würde die Wahl gewinnen, erhoben, welches denn die Gründe für das Auseinanderfallen von eigener Wahlabsicht und vermutetem Wahlausgang waren. Tabelle 1.11 gibt einen Eindruck von den Ergebnissen.

Die Ursache dafür liegt demnach vor allem im Bonus des Amtsinhabers, über den in Ausübung seiner Funktion entsprechend mehr in den Medien berichtet wird als über den Herausforderer, auch wenn der sich noch so bemühen sollte. Zu diesem Zeitpunkt lag Kämmerer Maly in der individuellen Gunst der Befragten zwar leicht in Führung – OB Scholz verstand es dennoch, Wählerwanderungen zu initiieren und von ihnen zu profitieren, insbesondere bei Zuschreibungen, wer denn wohl die OB-Wahl gewinnen würde.

Tabelle 1.11: Gründe für die Diskrepanz zwischen eigener Wahlabsicht und zugeschriebener Wahlchance [Mehrfachantworten]

Gründe	Panel (2. Welle)		Online (14.2.02)	
	n	%	n	%
weil der amtierende OB bei den Wählern einen Bonus hat	21	36	16	32
weil Scholz bekannter ist und man über ihn in den Medien mehr liest als über Maly	19	32	20	40
weil viele Leute den Kandidaten wählen, von dem sie glauben, dass er gewinnt	5	9	7	14
andere Gründe	14	24	7	14
insgesamt	59	101	50	100

Feldzeiten vom 2.2.-2.3.2002 (Online) und vom 2.-10.2.2002 (2. Panelwelle)
 Quelle: Nürnberg-Barometer (Online und Panel 2002)

Tabelle 1.12: OB-Wahlabsichten: Wanderungen zwischen 1. und 2. Befragungswelle

Wahlabsicht 2. Welle	Wahlabsicht 1. Welle			insgesamt
	Scholz	Maly	Wellhöfer	
Scholz	68	6	1	75
Maly	7	93	15	115
Wellhöfer	3	4	3	10
insgesamt	78	103	19	200

Feldzeiten vom 15.-28.12.2001 bzw. 5.-12.1.2002 (1. Welle) und vom 2.-10.2.2002 (2. Welle)
 Quelle: Nürnberg-Barometer (Panel 2002)

Aus Tabelle 1.12 lassen sich so genannte „Jaccard-Koeffizienten“ berechnen (vgl. Küchler, 1982), die in unserem Fall die *Stabilität des Wählerpotenzials* für die drei OB-Kandidaten statistisch auszudrücken vermögen.¹² Scholz schneidet in dieser Hinsicht am besten ab: Für ihn beträgt der Koeffizient $j=.80$. Maly steht ihm zumindest diesbezüglich nahe: $j=.74$. Bei Wellhöfer hingegen ist erhebliche Instabilität zu beobachten: $j=.11$ – ihre potenziellen Wähler zeigen sich als stark wanderungsbereit.

1.3.3 Die Parteien

Die Frage, welche Partei die Befragten vermutlich gewählt hätten, wenn am nächsten Sonntag Kommunalwahl gewesen wäre, führte Ende Januar zu dem Ergebnis, dass die SPD am meisten Stimmen bekommen hätte, gefolgt von CSU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP. PDS, REP, FW und Die Guten schienen aber durchaus eine reelle Chance zu haben, im Rat der Stadt bleiben oder in ihn einrücken zu können. Allerdings war die Anzahl der Nennungen der letztgenannten Parteien bzw. Wählergemeinschaften in

¹²Der Jaccard-Koeffizient variiert zwischen 0 und 1. Er erreicht den Wert 1, wenn maximale Stabilität vorliegt, also kein Befragter zwischen den Befragungswellen zu einem anderen Kandidaten abwandert; er nimmt den Wert 0 an, wenn alle Befragten ihre Wahlabsicht zwischen den Befragungswellen ändern.

unserer Stichprobe zu gering, um hinsichtlich dieser Frage im Vorhinein ein auch nur annähernd abgesichertes Urteil abgeben zu können.

Tabelle 1.13: „Welche der folgenden Parteien würden Sie am ehesten wählen, wenn am nächsten Sonntag Kommunalwahl wäre?“

Partei	n	%
CSU	579	40,2
SPD	638	44,2
Bündnis 90/Die Grünen	105	7,3
FDP	53	3,7
REP	5	0,3
NPD	2	0,1
PDS	26	1,8
Die Guten	14	1,0
FW	14	1,0
ÖDP	6	0,4
insgesamt	1.408	100,0
keine Angabe	99	6,4

Feldzeit vom 26.-30.1.2002

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2002)

Nach den Wahlchancen der erst im Januar 2002 zur Wahl zugelassenen Wählergemeinschaften „Bunte internationale Liste“ (BIL) bzw. der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ konnte aus terminlichen Gründen nur bei den *Online*- und der 2. Welle der *Wiederholungsinterviews* gefragt werden. BIL und die sog. „Bürgerinitiative“ kamen in der Onlinebefragung jeweils auf knapp 1 Prozent (Stand: 14.2.2002); in der Wiederholungsbefragung wurden beide Gruppierungen – trotz Listenvorgaben bzw. -abfragen – überhaupt nicht genannt.

Betrachten wir die „Wählerwanderungen“ zwischen den beiden Panelwellen, so zeigt sich, dass 16 Prozent (32 von 200) der befragten Wahlberechtigten seit Ende 2001/Anfang 2002 ihre Wahlabsicht geändert hatten, wobei dies insbesondere auf Wanderungen zwischen den kleineren Parteien und von den kleineren zu den großen beruhte; besonders die SPD profitierte davon. Der Austausch zwischen CSU und SPD von sieben bzw. sechs „Stimmen“ war nur gering und hob sich gegenseitig auf.

Wie bereits bei der OB-Wahl, öffnete sich auch bezüglich der Wahlabsicht von Parteien und dem vermuteten Wahlausgang eine Schere: Zwei Drittel der Befragten trauten der CSU den Wahlsieg zu, nur ein Drittel meinte, die SPD werde die meisten Stimmen erhalten (vgl. Tabelle 1.14).

Bezüglich der Einschätzung des vermuteten Wahlausgangs waren die Unterschiede zwischen den beiden Wellen der Wiederholungsbefragung am größten: 32 Prozent (68 von 210) der Befragten hatten in den letzten Wochen ihr Urteil über die Wahlchancen von CSU und SPD bei der Kommunalwahl am 3.3.2002 verändert.

Tabelle 1.14: „Welche Partei wird Ihrer Meinung nach bei der Kommunalwahl in Nürnberg die meisten Stimmen erhalten?“ [Spaltenprozente]

Partei	n	%
CSU	942	66,1
SPD	477	33,5
sonstige	7	0,5
insgesamt	1.426	100,1
keine Angabe	115	7,5

Feldzeit vom 26.-30.1.2002

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2002)

Davon profitierte insbesondere die CSU, die einen Zuwachs von 41 und einen Verlust von 23 Chancenzuschreibungen aufwies, während die SPD 29 Zuschreibungen verlor und 27 gewann.

Tabelle 1.15: „Welche der folgenden Parteien würden Sie am ehesten wählen, wenn am nächsten Sonntag Kommunalwahl wäre?“ in Abhängigkeit von „Welche Partei wird Ihrer Meinung nach bei der Kommunalwahl in Nürnberg die meisten Stimmen erhalten?“ [Spaltenprozente]

Partei	CSU		SPD		insgesamt	
	n	%	n	%	n	%
CSU	473	53,4	70	15,4	543	40,5
SPD	294	33,2	296	65,1	590	44,0
Bündnis 90 / Die Grünen	48	5,4	48	10,5	96	7,2
FDP	32	3,6	19	4,2	51	3,8
REP	3	0,3	2	0,4	5	0,4
PDS	17	1,9	7	1,5	24	1,8
Die Guten	5	0,6	6	1,3	11	0,8
FW	10	1,1	3	0,7	13	1,0
sonstige	4	0,5	4	0,8	4	0,5
insgesamt	886	100,0	455	99,9	1.341	100,0
keine Angabe; trifft nicht zu					200	13,0
p=.000; v=.38						

Feldzeit vom 26.-30.1.2002

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2002)

Die große Diskrepanz zwischen *Wahlabsicht* und *Chancenzuschreibung* war vor allem auf die Ansichten der CSU-Wähler zurückzuführen, die zu mehr als vier Fünfteln auf ihre Partei setzten. Aber auch die potenziellen Wähler von FDP, PDS und FW sahen zu jeweils mehr als 60 Prozent die CSU vorne. Bei den Wählern aller anderen Parteien und Gruppierungen lagen CSU und SPD nahezu gleich auf – demzufolge schätzten selbst die potenziellen SPD-Wähler die Chancen „ihrer“ Partei kaum besser ein als jene der CSU. Allein die wenigen Wähler von „Die Guten“ sahen die SPD deutlich vorne – was aufgrund ihrer geringen Zahl Zufall sein kann und/oder nicht ins Gewicht fällt.

Auch hier untermauern die Panelanalysen die angesprochenen Ergebnisse: Die Wählerwanderungen zwischen 1. und 2. Wiederholungsbefragung deuten darauf hin, dass die CSU stärkere Wählerstabilität genießt als ihre Konkurrentinnen, vor allem als Bündnis 90/Die Grünen, die die Hälfte ihrer ursprünglichen Anhänger an die SPD verliert.

Tabelle 1.16: Stadtratswahlabtsichten: Wanderungen zwischen 1. und 2. Befragungswelle

Wahlabtsicht 2. Welle	Wahlabtsicht 1. Welle			
	CSU	SPD	B90/Grüne	insgesamt
CSU	73	9	0	82
SPD	7	100	9	116
Bündnis 90/Die Grünen	0	3	9	12
insgesamt	80	112	18	210

Feldzeiten vom 15.-28.12.2001 bzw. 5.-12.1.2002 (1. Welle) und vom 2.-10.2.2002 (2. Welle)

Quelle: Nürnberg-Barometer (Panel 2002)

Berechnen wir auch hier Jaccard-Koeffizienten, diesmal als Ausdruck für die *Stabilität des jeweiligen parteispezifischen Wählerpotenzials*, schneidet die CSU, wie weiter oben bereits Scholz (vgl. S. 25), wiederum am besten ab: Für sie beträgt der Koeffizient $j=.82$. Die SPD ist nicht weit entfernt davon – ihr Koeffizient beträgt, genau wie bei Maly, $j=.74$. Bündnis 90/Die Grünen schneiden etwas besser ab als ihre Kandidatin Wellhöfer, kommen aber dennoch über einen Stabilitätskoeffizienten von $j=.43$ nicht hinaus.

Durch die Kandidatur Edmund Stoibers für das Amt des Bundeskanzlers schien sich die Stimmungslage für die CSU noch verbessert zu haben. Immerhin zwei Fünftel (41,1 Prozent) der Teilnehmer an der *Onlinebefragung* meinten, dass seine Kandidatur einen Einfluss auf das Ergebnis der Kommunalwahl haben würde, wobei diese Auffassung von etwa 60 Prozent der potenziellen CSU- und 30 Prozent der potenziellen SPD-Wähler geteilt wurde. Rund drei Viertel (73,3 Prozent) jener $n=172$ Personen, die an einen solchen Einfluss der Kandidatur Stoibers glaubten, meinten, davon würde die CSU profitieren. Diese Auffassung wurde durchgängig über die Parteiwahlgrenzen hinweg geteilt, wobei unter CSU-, FDP- und Bündnis 90/Die Grünen-Anhängern etwa vier Fünftel davon überzeugt waren, unter SPD-Wählern jedoch „nur“ jeder Zweite. Auch die zweite *Wiederholungsbefragung* untermauerte diese Erwartung: Hier waren es 53 Prozent, die meinten, Stoibers Kandidatur würde einen Einfluss auf die Kommunalwahl ausüben – und es waren sogar 80 Prozent, die davon die CSU profitieren sahen.

Mittels unserer Nachwahlbefragungen am Wahltag, den sogenannten „exit polls“, können wir überprüfen, ob, und wenn ja, inwieweit derartige Vermutungen über den Einfluss der Kanzlerkandidatur Edmund Stoibers sich in den am 3.3.2002 abgegebenen Stimmen wiederfinden lassen. Um es vorweg zu nehmen: Der Einfluss war denkbar gering. Tabelle 1.17 zeigt die Verteilung der Antworten auf unsere Frage: „Seit kurzem ist Edmund Stoiber Kanzlerkandidat der CDU/CSU für die Bundestagswahl im September. Hat diese Tatsache einen Einfluss auf Ihre Wahlentscheidung bei der Kommunalwahl gehabt?“

Tabelle 1.17: Einfluss der Kanzlerkandidatur Edmund Stoibers auf die Kommunalwahlentscheidung der Nürnberger Wähler [Spaltenprozent]

Einfluss?	n	%
nein, das hat meine Entscheidung nicht beeinflusst	587	87,0
ja, ich habe gerade deswegen CSU gewählt	35	5,2
ja, ich habe gerade deswegen nicht CSU gewählt	53	7,9
insgesamt	675	100,1
keine Angabe	33	4,7

Feldzeit 3.3.2002 (Kommunalwahltag)

Quelle: Nürnberg-Barometer („exit polls“ 2002)

Demzufolge hat sich nur jeder achte Wähler (rund 13 Prozent) durch die Kanzlerkandidatur des Bayerischen Ministerpräsidenten in seiner Kommunalwahl beeinflussen lassen; und dass die CSU davon, wie von den meisten erwartet, profitieren würde, war schon überhaupt nicht gegeben, tendenziell sogar das Gegenteil, wie die entsprechenden Anteilswerte mit 7,9 : 5,2 Prozent in Tabelle 1.17 belegen.¹³

In das Reich der Fantasie werden durch die „exit polls“ auch jene Vermutungen verwiesen, die die Befürchtung ausdrückten, durch Umfragen wie die unsrige könnte unangemessener Einfluss auf die Wahlentscheidung der Bürger ausgeübt werden, könnte sie also manipuliert werden. Zunächst gibt Tabelle 1.18 wieder, dass immerhin 61,6 Prozent der direkt nach ihrer Stimmabgabe außerhalb des Wahllokals befragten Wähler von unserer Untersuchung zumindest gehört hatten.

Tabelle 1.18: „Der Lehrstuhl für Soziologie hat im Vorfeld der heutigen Wahl Telefoninterviews, Online-Befragungen und ganz ‚normale‘ Interviews durchgeführt. Haben Sie darüber in den *Nürnberger Nachrichten* gelesen?“ [Spaltenprozent]

Kenntnis?	n	%
ja, darüber habe ich in den NN gelesen	230	35,5
nein, darüber habe ich nichts gelesen, aber davon gehört	169	26,1
nein, davon weiß ich nichts	249	38,4
insgesamt	648	100,0
keine Angabe	60	8,5

Feldzeit 3.3.2002 (Kommunalwahltag)

Quelle: Nürnberg-Barometer („exit polls“ 2002)

399 Wähler hätten sich, da sie in irgendeiner Weise von unserem Projekt erfahren hatten, überhaupt von uns beeinflussen lassen können. Aber auch bezüglich dieser vermuteten Einflussnahme lassen die Ergebnisse der Nachwahlbefragung keinerlei Zweifel offen: Nur 6 von diesen 399 Befragten, also 1,5 Prozent, geben an, dass sich sich von

¹³Zugegebenermaßen ist die Zahlenbasis zu schmal, um hierzu gesicherte Behauptungen aufstellen zu können.

unseren Umfragen haben beeindruckt lassen und ihre Stimme dadurch anders als ursprünglich geplant vergeben haben – sicherlich ein Ergebnis, das die Angst, durch derlei Meinungsumfragen werde latenten oder gar manifesten Manipulationversuchen Haus und Hof geöffnet, mit zerstreuen sollte.¹⁴

Wenn wir uns nun Fragen der Parteineigung bzw. Stabilität des Wahlverhaltens zuwenden, zeigt sich, dass die beiden großen Parteien nur einen geringen Wählerschwund zu verschmerzen hatten: Jeweils rund vier Fünftel ihrer Wähler von 1996 wollten sie auch 2002 wählen. Schwerer taten sich diesbezüglich vor allem Bündnis 90/Die Grünen, FDP, REP und FW: Sie konnten jeweils nur etwa die Hälfte ihrer Wähler von 1996 bei der Stange halten. Bündnis 90/Die Grünen hätten zu diesem Befragungszeitpunkt ein Drittel an die SPD, die FDP ein Viertel, REP und FW gar die Hälfte an die CSU verloren. CSU und SPD hätten jeden zehnten Wähler untereinander ausgetauscht. Die SPD hätte außerdem einige potenzielle Wähler aus dem Milieu der FW und der FDP hinzugewonnen. Die erstmals antretende PDS hätte insbesondere Wähler von SPD und Bündnis 90/Die Grünen rekrutieren können.

Tabelle 1.19: „Welche der folgenden Parteien würden Sie am ehesten wählen, wenn am nächsten Sonntag Kommunalwahl wäre?“ in Abhängigkeit von der getätigten Kommunalwahl 1996

Partei	CSU	SPD	Grüne	FDP	REP	Gute	FW	insgesamt	
	n	n	n	n	n	n	n	n	%
CSU	400	56	4	3	2	–	4	466	42,7
SPD	47	415	25	2	–	1	2	492	44,8
Bündnis 90 / Die Grünen	5	15	42	1	–	1	–	64	5,8
FDP	13	9	1	6	–	–	–	29	2,6
REP	1	2	–	–	2	–	–	5	0,5
NPD	–	1	–	–	–	–	–	1	0,1
PDS	1	11	4	–	–	2	–	18	1,6
Die Guten	1	2	1	–	–	6	–	10	0,9
FW	4	3	–	–	–	–	2	9	0,8
ÖDP	–	1	–	–	–	–	–	1	0,1
insgesamt	472	515	77	12	4	10	8	1.098	100,0
keine Angabe								443	28,7

1996 und 2002 übereinstimmende erfolgte Wahlen und -absichten sind *kursiv* gedruckt

Feldzeit vom 26.-30.1.2002

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2002)

Der überwiegende Anteil der Befragten bekundete Ende Januar im Übrigen, am 3. März 2002 tatsächlich zur Wahl gehen zu wollen, vier Fünftel mit Sicherheit, 13 Prozent sehr wahrscheinlich. Dieses Ergebnis ist angesichts schrumpfender Wahlbeteiligungen mit Vorsicht zu genießen: Hier wird zu berücksichtigen sein, dass wir es bei der anstehenden Thematik durchaus mit Tendenzen zu sozial erwünschtem Antworten zu tun

¹⁴Brettschneider (2003, S. 273) nennt bei seiner Aufarbeitung des Zusammenhangs von Wahlforschung, Medienberichterstattung und deren Auswirkungen einen Populationsanteil von 2 Prozent der Wahlberechtigten, der sich durch die Veröffentlichung von Wahlvorhersagen beeinflussen ließe.

haben können. Jedenfalls: Von den n=1.427 Personen, die angaben, zur Wahl gehen zu wollen, nannten 79,4 Prozent als Beweggrund, sie wollten in der Stadt mitbestimmen; 69,1 Prozent erachteten Wählen als ihre Pflicht, 60,5 Prozent wollten eine bestimmte Partei unterstützen, 25,5 Prozent gaben sich als „Protestwähler“ zu erkennen und 5,0 Prozent als Opportunisten – sie wollten sich deswegen an der Wahl beteiligen, „weil alle Wählen gehen“. ¹⁵

Von jenen n=105 Wahlberechtigten, die nicht zur Wahl gehen wollten, fühlten sich 40,0 Prozent nicht ausreichend informiert; 33,3 Prozent gaben als Grund an, dass ihre Stimme nicht viel bewirken würde, 21,9 Prozent hatten schlicht „keine Lust“ und 15,2 Prozent keine Zeit dafür. ¹⁶

1.3.4 Der Wahlkampf

Das Interesse der befragten Wahlberechtigten an der Nürnberger Kommunalpolitik war, wie man aus Abbildung 1.12 ablesen kann, ziemlich symmetrisch verteilt; das „mittlere Interesse“ war am meisten vertreten, die beiden Ränder mit „sehr starkem“ bzw. „überhaupt keinem“ Interesse waren mit rund 10 Prozent der Nennungen ungefähr gleich groß.

Das kommunalpolitische Interesse war allerdings nicht so stark ausgeprägt, dass nennenswerte Anteile der wahlberechtigten Nürnberger auch tatsächlich Wahlkampfveranstaltungen besucht hätten – nur 74 Befragte, also 4,8 Prozent taten dies: Fast drei Fünftel (58,1 Prozent) von ihnen besuchte Veranstaltungen der CSU, mehr als zwei Fünftel (45,9 Prozent) Veranstaltungen der SPD, 6,8 Prozent solche von Bündnis 90/Die Grünen und 4,1 Prozent jene der PDS. Veranstaltungen der anderen Parteien und Gruppierungen wurden, wenn überhaupt, von weniger als 1 Prozent der Befragten genannt. Vielleicht lag die geringe Frequentierung von solchen Veranstaltungen aber auch nicht am fehlenden politischen Interesse, sondern vielmehr an der Art der Veranstaltungen, der Wahrnehmung des Partei spezifischen Angebots, das nicht immer und nicht jeden zur Teilnahme animieren dürfte.

Zum Zeitpunkt der Telefonbefragung, also Ende Januar 2002, als der Endspurt der Parteien vor der Wahl wohl noch immer nicht richtig eingesetzt hatte, war die Wahrnehmung des Wahlkampfes in der Bevölkerung wenig ausgeprägt. Weder die Parteien noch die Kandidaten erreichten Werte, die akzeptabel erscheinen, wobei Maly im Vergleich zu seiner Partei noch relativ gut abschnitt (vgl. Tabelle 1.20).

¹⁵Bei den Antworten konnten mehrere Nennungen angegeben werden.

¹⁶Auch hier waren Mehrfachangaben möglich.

1 Kommunalwahl und -politik sowie Lebensqualität in Nürnberg 2002 – Ausgangsbilanz

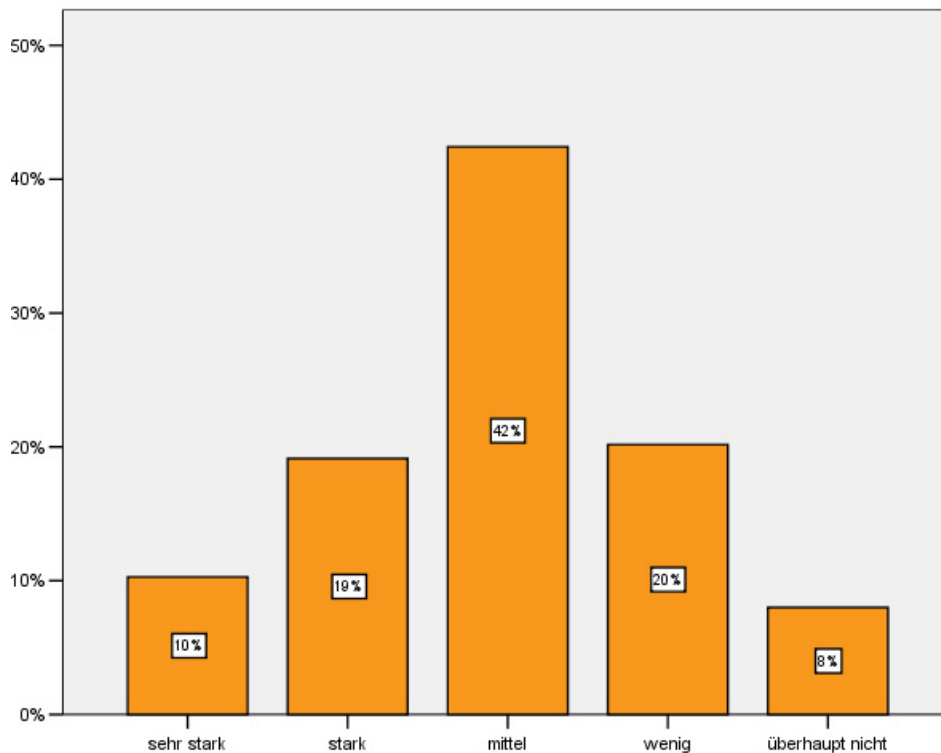


Abbildung 1.12: Interesse an Kommunalpolitik [in Prozent]

Feldzeit vom 26.-30.1.2002

Quelle: Eigene Erhebungen und Darstellungen (CATI 2002; n=1.537)

Tabelle 1.20: „Welche Partei ist Ihnen im bisherigen Wahlkampf am meisten aufgefallen?“ [Spaltenprozent]

Partei	n	%
CSU	484	31,4
SPD	371	24,1
Bündnis 90 / Die Grünen	29	1,9
FDP	7	0,5
REP	3	0,2
NPD	21	1,4
PDS	12	0,8
Die Guten	8	0,5
FW	5	0,3
sonstige	4	0,3
überhaupt keine	597	38,7
insgesamt	1.541	100,1

Feldzeit vom 26.-30.1.2002

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2002)

Tabelle 1.21: „Welche/r Kandidat/in zum Oberbürgermeister ist Ihnen im bisherigen Wahlkampf am meisten aufgefallen?“ [Spaltenprozentel]

Partei	n	%
Ludwig Scholz	479	31,5
Ulrich Maly	470	30,9
Brigitte Wellhöfer	16	1,1
keiner der drei	555	36,5
insgesamt	1.520	100,0
keine Angabe	21	1,4

Feldzeit vom 26.-30.1.2002

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2002)

Für 970 Personen (62,9 Prozent) der Nürnberger Wahlberechtigten war die Kommunalwahl jedoch durchaus ein Gesprächsthema, und zwar insbesondere unter Freunden und Bekannten (63,9 Prozent), in der Familie (43,2 Prozent), unter Arbeitskollegen (28,0 Prozent) und mit Nachbarn (8,5 Prozent), wobei die genannten Werte auf Mehrfachantworten beruhen.

In diesem Zusammenhang sind einige Befunde aus einer Studie der Universität Bochum bemerkenswert, die sich, leider ohne Quellenangabe, in **Jägers und Klaus (2004, S. 8 ff.)** finden lassen. Die Bochumer Wissenschaftler haben die andere Seite der Medaille aufgedeckt und Kandidaten befragt, die sich 1999 in Nordrhein-Westfalen um (Ober-) Bürgermeistermandate bewarben. Bei dieser ersten Direktwahl der kommunalen Spitzen in NRW ließen sich offenbar durchaus strukturelle Verschiedenheiten zwischen den Kandidaten der großen und jenen der kleineren Parteien und Gruppierungen bzw. Einzelbewerbern erkennen. So war die Parteibindung der Bürgermeisterkandidaten von Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Wählergruppen und sonstigen Parteien immer deutlich stärker ausgeprägt als diejenige der SPD-Bewerber; am wenigsten war sie allerdings bei den CDU-Kandidaten vorhanden. Auch traten bezüglich der Wahlkampfthemen Unterschiede zutage: Bewerber mit dem Background der großen Parteien stellten tendenziell eher Themen der „großen Politik“ in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes – Einzelbewerber und Kandidaten der kleineren politischen Organisationen fokussierten hingegen viel häufiger lokale Probleme. Schließlich die Wähleransprache: Bewerber von CDU und SPD stellten das persönliche Gespräch ins Zentrum ihrer Wahlkampagne, u. zw. in Form von Hausbesuchen und Sprechstunden. Am zweitwichtigsten war ihnen die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, gefolgt von Wahlplakaten an dritter Stelle. Für die Vertreter kleinerer Parteien war hingegen die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, für Einzelkandidaten das persönliche Gespräch am bedeutsamsten. Herkömmliche Wahlveranstaltungen werden überhaupt nicht aufgeführt.

1.3.5 Kommunalpolitische Präferenzen und genutzte Medien 2002

Zurück zu unserer Telefonbefragung im Vorfeld der Kommunalwahl 2002 in Nürnberg und hin zur Frage, welche Medien die Befragten nutzten, um Informationen über die Kommunalpolitik und die aktuell anstehende Kommunalwahl zu erhalten. Tabelle 1.22 stellt das Ergebnis dar.

Tabelle 1.22: Genutzte Medien für die Information über die Kommunalwahl 2002 [Mehrfachangaben]

Medien	n	% _a	% _b
Nürnberger Nachrichten (NN)	1.052	31,7	72,7
Franken Fernsehen	356	10,7	24,6
Nürnberger Zeitung (NZ)	236	7,1	16,3
BR Fernsehen	231	7,0	16,0
Radio Bayern 3	168	5,1	11,6
Radio Gong	154	4,6	10,6
Radio F	137	4,1	9,5
Radio Bayern 1	126	3,8	8,7
Charivari	109	3,3	7,5
Radio N1	102	3,1	7,0
Guten Abend RTL (Länderprogramm Bayern)	102	3,1	7,0
kostenlose Anzeigenblätter	102	3,1	7,0
Franken Live TV (SAT1)	98	2,9	6,8
Abendzeitung (AZ)	71	2,1	4,9
BILD Nürnberg	71	2,1	4,9
Franken Info TV	65	2,0	4,5
Antenne Bayern	58	1,7	4,0
Radio Bayern 5	54	1,6	3,7
Radio Z	16	0,5	1,1
Plärrer	15	0,5	1,0
Nennungen insgesamt (n)	3.323	100,0	229,6
Nennungen pro Person	2,3		
keine Angabe	94	6,1	

%_a: bezogen auf 3.323 Nennungen
 %_b: bezogen auf 1.447 Wahlberechtigte,
 die wenigstens ein Medium genannt haben

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2002)

Eine einsame Spitzenposition unter allen Medien, und damit auch unter den Printmedien, nahmen die „Nürnberger Nachrichten“ ein, aus denen fast drei Viertel der Befragten Informationen zur Kommunalpolitik bezogen. Bei den TV-Sendern hob sich das „Franken Fernsehen“ von den anderen Programmen ab, während beim Rundfunk das Angebot von „Bayern 3“ die Nase vorn hatte. Insgesamt spiegelt die Tabelle 1.22 die große Vielfalt der für Informationen über die Kommunalpolitik in Nürnberg genutzten Medien. Im Durchschnitt führten die Befragten immerhin 2,3 Medien an, die sie für ihre Information über die Nürnberger Lokalpolitik konsumierten.

Aus den Tabellen 1.23 und 1.25 geht hervor, dass die Bevorzugung bestimmter Medien zugleich einhergeht mit der Absicht, SPD und/oder Maly zu wählen – oder eben gerade nicht.¹⁷ Anders ausgedrückt: Die beiden Tabellen 1.23 und 1.25 zeigen die Wirkungsrichtung und -stärke der Nutzung verschiedener Medien auf die vermutliche Wahlabsicht von SPD und/oder Maly, jeweils im Vergleich zu allen anderen Parteien bzw. OB-Kandidaten. Fehlende Vorzeichen sind dabei so zu interpretieren, dass die oder der im Tabellenkopf genannte Partei oder Politiker tendenziell eher bevorzugt und auch gewählt werden dürfte – negative Vorzeichen indizieren, dass sie oder er eher abgelehnt und nicht gewählt werden dürfte.

Tabelle 1.23: Stadtratswahlabsicht SPD und Mediennutzung 2002 – Koeffizienten einer binären logistischen Regression

Unabhängige Variablen	Abhängige Variable: Stadtratswahlabsicht SPD				
	b	prob.	e ^{beta}	Untergrenze e ^{beta}	Obergrenze e ^{beta}
Medien					
Printmedien					
<i>Nürnberger Nachrichten (NN)</i>	0,508	0,000	1,661	1,291	2,137
<i>Nürnberger Zeitung (NZ)</i>	-0,642	0,000	0,526	0,375	0,738
Abendzeitung (AZ)	-0,305	0,269	0,737	0,430	1,265
BILD Nürnberg	-0,072	0,796	0,930	0,539	1,607
Rundfunk					
Radio Bayern 3	-0,138	0,431	0,871	0,618	1,228
Radio Gong	-0,129	0,487	0,879	0,612	1,264
<i>Radio F</i>	0,389	0,043	1,476	1,012	2,154
Radio Bayern 1	-0,172	0,396	0,842	0,566	1,252
Charivari	0,067	0,754	1,070	0,702	1,630
Radio N1	-0,246	0,284	0,782	0,498	1,226
TV					
Franken Fernsehen	0,049	0,703	1,051	0,815	1,354
BR Fernsehen	-0,067	0,663	0,935	0,693	1,263
Guten Abend RTL (Bayern)	0,390	0,074	1,477	0,963	2,264
Franken Live TV (SAT1)	-0,004	0,984	0,996	0,640	1,550
Konstante	-0,490	0,000			

Signifikante Ergebnisse sind *kursiv* gesetzt

Durchschnittliche Trefferquote: 57,7 Prozent (SPD: 48,9 Prozent)

Nagelkerkes $r^2 = 0,06$

Feldzeit vom 26.-30.1.2002

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2002; n=1.442)

Beschränken wir uns bei der Interpretation zunächst auf Tabelle 1.23, ist zuallererst

¹⁷In den Tabellen sind nur jene Medien enthalten, die sich in Tabelle 1.22 als zahlenmäßig einigermaßen relevant erwiesen haben, ergänzt durch AZ und BILD Nürnberg. Die kostenlosen Anzeigenblätter wurden nicht aufgenommen.

zu konstatieren, dass neun der vierzehn gelisteten Medien beim Regressionskoeffizienten b ein negatives Vorzeichen zeigen: Konsumenten dieser Medien neigen tendenziell eher weniger der SPD zu. Dieses Bild muss jedoch relativiert werden, befinden sich doch unter den fünf „SPD nahen“ Medien auch jene, die, wie Tabelle 1.22 gezeigt hat, zumindest die Sparten Print- und TV-Medien zahlenmäßig dominieren, also NN und FF.

Schauen wir genauer hin, so bedeutet beispielsweise ein Regressionskoeffizient von $b=0,508$ bei den „Nürnberger Nachrichten“, dass Leser dieser Tageszeitung im Durchschnitt eher zur Wahl der SPD neigen als zur Wahl einer anderen Partei. Der negative Wert des Regressionskoeffizienten bei der „Nürnberger Zeitung“ von $b=-0,642$ legt die Vermutung nahe, dass die Leserschaft dieser Lokalzeitung im Schnitt eher nicht zur Wählerschaft der SPD, sondern zur Anhängerschaft einer anderen Partei gehört.

Wirkungsrichtung und -stärke lassen sich insbesondere anhand der Effekt-Koeffizienten e^{beta} , den so genannten „odds ratios“ ablesen. Ein Wert von $e^{\text{beta}}=1,661$ bei den „Nürnberger Nachrichten“ heißt, dass sich das Chancenverhältnis der SPD : anderen Parteien bei Befragten, die die NN lesen, um den Faktor 1,7 zugunsten der Wahl der SPD erhöht; ein Wert von $e^{\text{beta}}=0,526$ bei der „Nürnberger Zeitung“ bedeutet, dass sich das Chancenverhältnis der SPD : anderen Parteien bei Befragten, die die NZ lesen, um den Faktor 0,5 zuungunsten der Wahl der SPD verringert. Allgemein: Ein $e^{\text{beta}}>1$ erhöht, ein $e^{\text{beta}}<1$ verringert das Chancenverhältnis zwischen den jeweils zwei möglichen Alternativen.

Die Konfidenzintervalle der Effekt-Koeffizienten, also Untergrenze und Obergrenze von e^{beta} , geben den Wertebereich an, in dem sich die Effekt-Koeffizienten, die „odds ratios“, tatsächlich bewegen. Bei einem $e^{\text{beta}}=0,737$ für Leser der „Abendzeitung“ zeigt sich, dass die Untergrenze des Konfidenzintervalls $-0,430$ – *unter* und die Obergrenze $-1,265$ – *über* Eins liegen: Es kann demzufolge nicht mit Sicherheit gesagt werden, dass der ausgewiesene negative Effekt von $e^{\text{beta}}=0,737$ tatsächlich auftritt. Bei den „Nürnberger Nachrichten“ und bei „Radio F“ zeigt sich hingegen, dass sowohl die „odds ratios“ als auch die Unter- und Obergrenzen der Konfidenzintervalle *über* Eins liegen: Der prognostizierte positive Einfluss des entsprechenden Mediums auf das Chancenverhältnis Wahl SPD : Wahl einer anderen Partei zugunsten der SPD ist dementsprechend mit großer Wahrscheinlichkeit tatsächlich zu erwarten. Mit umgekehrten Vorzeichen gilt das Gesagte auch für die „Nürnberger Zeitung“: Sowohl das „odds ratio“ als auch die Unter- und Obergrenzen der Konfidenzintervalle liegen *unter* Eins; der prognostizierte Einfluss des Lesens der NZ reduziert entsprechend das Chancenverhältnis Wahl SPD : Wahl einer anderen Partei zuungunsten der SPD – und dürfte mit großer Wahrscheinlichkeit tatsächlich so auftreten.

Nagelkerkes $r^2=0,06$ drückt aus, dass unser Wissen darüber, welche Medien die potenziellen Wähler nutzen, die wahrscheinliche Wahlabsicht der Befragten im Hinblick auf die Wahl der SPD zu 6 Prozent korrekt prognostizieren lassen – ein bezüglich der Prognosekraft eher enttäuschendes Ergebnis. Dementsprechend ist auch die Trefferquote der Prognose gering: Sie beträgt insgesamt 57,7 Prozent und für die SPD gar nur 48,9 Prozent.

Die Ergebnisse derselben Analyse, nun für die CSU durchgeführt, münden in Tabelle

1.24 ein.¹⁸

Tabelle 1.24: Stadtratswahlabsicht CSU und Mediennutzung 2002 – Koeffizienten einer binären logistischen Regression

Unabhängige Variablen	Abhängige Variable: Stadtratswahlabsicht CSU				
	b	prob.	e ^{beta}	Untergrenze e ^{beta}	Obergrenze e ^{beta}
Medien					
Nürnberger Nachrichten (NN)	-0,408	0,001	0,665	0,518	0,853
Nürnberger Zeitung (NZ)	0,802	0,000	2,229	1,621	3,065
Radio Bayern 3	0,365	0,037	1,440	1,022	2,028
Radio Bayern 1	0,519	0,009	1,680	1,136	2,486
Konstante	-0,382	0,002			

Durchschnittliche Trefferquote: 63,6 Prozent (CSU: 27,5 Prozent)

Nagelkerkes $r^2 = 0,07$

Feldzeit vom 26.-30.1.2002

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2002; n=1.442)

Die Ergebnisse der binären logistischen Regression bezüglich der Stadtratswahlabsicht von SPD oder CSU resümierend, kann man festhalten, dass sich potenzielle SPD-Wähler, bezogen auf den Medienkonsum, (höchst) signifikant vor allem unter den Konsumenten der „Nürnberger Nachrichten“ und von „Radio F“ finden lassen; sie informieren sich ebenfalls überproportional häufig in der Sendung „Guten Abend RTL (Länderprogramm Bayern)“. ¹⁹ Die potenzielle Wählerschaft der CSU bevorzugt hingegen höchst signifikant die „Nürnberger Zeitung“ und hört überproportional häufig die Radiosender „Bayern 1“ und „Bayern 3“.

An NN und NZ scheiden sich die Geister: Innerhalb der Leserschaft der NN wird im Großen und Ganzen die SPD bevorzugt und die CSU abgelehnt; innerhalb der Leserschaft der NZ wird alles in allem die CSU bevorzugt und die SPD abgelehnt.

Die bezüglich der Stadtratswahlen beschriebenen Zusammenhänge zwischen Mediennutzung und geäußerter Parteiwahlabsicht finden weitgehend ihre Entsprechung, wenn wir die Parteien durch die OB-Kandidaten ersetzen (vgl. Tabellen 1.25 (Maly) und 1.26 (Scholz)).

Der positive Zusammenhang, den wir in Tabelle 1.23 zwischen „Nürnberger Nachrichten“ und der SPD-Wahlabsicht ihrer Leser erkannt hatten, tritt für den Kandidaten Maly noch deutlicher hervor. Die Leser der „Nürnberger Zeitung“ beurteilen Maly zwar positiver als seine Partei – sie würden im Schnitt aber weiterhin eher den Kandidaten einer anderen Partei als einen der SPD wählen wollen. Auffallend ist, dass mit Ausnahme der Leserschaft der NN die Konsumenten der anderen Printmedien Maly eher nicht auf ihrer Agenda haben. Und vor allem die Leser von „BILD Nürnberg“ scheinen sich eine

¹⁸Tabelle 1.24 enthält ausschließlich die signifikanten Zusammenhänge zwischen Mediennutzung und Parteiwahlabsicht!

¹⁹Der tolerierbare α -Fehler von $\alpha = .05$ wird bei diesem Medium nur geringfügig überschritten: $\alpha = .074$.

Stimmabgabe für die Wahl Malys noch weniger vorstellen zu können als für die Wahl der SPD. ²⁰

Tabelle 1.25: Oberbürgermeisterwahlabsticht Malys und Mediennutzung 2002 – Koeffizienten einer binären logistischen Regression

Unabhängige Variablen	Abhängige Variable: OB-Wahlabsticht Malys				
	b	prob.	e ^{beta}	Untergrenze e ^{beta}	Obergrenze e ^{beta}
Medien					
Printmedien					
<i>Nürnberger Nachrichten (NN)</i>	0,796	0,000	2,217	1,723	2,853
<i>Nürnberger Zeitung (NZ)</i>	-0,363	0,031	0,696	0,500	0,967
Abendzeitung (AZ)	-0,359	0,190	0,698	0,408	1,194
<i>BILD Nürnberg</i>	-0,638	0,026	0,528	0,301	0,927
Rundfunk					
Radio Bayern 3	0,011	0,951	1,011	0,716	1,427
Radio Gong	0,019	0,916	1,020	0,711	2,145
<i>Radio F</i>	0,388	0,043	1,474	1,013	2,145
Radio Bayern 1	-0,210	0,302	0,811	0,544	1,208
Charivari	-0,058	0,784	0,943	0,622	1,431
Radio N1	-0,342	0,135	0,710	0,454	1,112
TV					
Franken Fernsehen	-0,094	0,468	0,910	0,706	1,173
BR Fernsehen	0,237	0,123	1,268	0,938	1,713
Guten Abend RTL (Bayern)	0,110	0,614	1,116	0,728	1,713
Franken Live TV (SAT1)	-0,135	0,547	0,873	0,562	1,357
Konstante	-0,610	0,000			

Signifikante Ergebnisse sind *kursiv* gesetzt

Durchschnittliche Trefferquote: 60,0 Prozent (Malys: 65,6 Prozent)

Nagelkerkes $r^2 = 0,08$

Feldzeit vom 26.-30.1.2002

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2002; n=1.470)

Führen wir auch hier derselbe Analyse, nun aber für den amtierenden OB Scholz durch, ergeben sich daraus die in Tabelle 1.26 wiedergegebenen Werte. ²¹

²⁰ $e^{\text{beta}}_{(\text{SPD})} = 0,930$; $e^{\text{beta}}_{(\text{Malys})} = 0,528$.

²¹ Tabelle 1.26 enthält ausschließlich die signifikanten Zusammenhänge zwischen Mediennutzung und OB-Wahlabsticht Scholz!

Tabelle 1.26: Oberbürgermeisterwahlabsicht Scholz und Mediennutzung 2002 – Koeffizienten einer binären logistischen Regression

Unabhängige Variablen	Abhängige Variable: OB-Wahlabsicht Scholz				
	b	prob.	e ^{beta}	Untergrenze e ^{beta}	Obergrenze e ^{beta}
Medien					
Nürnberger Nachrichten (NN)	-0,541	0,000	0,582	0,455	0,744
Nürnberger Zeitung (NZ)	0,748	0,000	2,112	1,539	2,899
Abendzeitung (AZ)	0,571	0,032	1,770	1,049	2,988
BILD Nürnberg	0,574	0,031	1,775	1,053	2,992
Konstante	-0,232	0,058			

Durchschnittliche Trefferquote: 64,5 Prozent (Scholz: 30,3 Prozent)

Nagelkerkes $r^2 = 0,08$

Feldzeit vom 26.-30.1.2002

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2002; n=1.470)

Demnach präferieren die Leserschaften von drei der vier lokalen Printmedien den amtierenden OB Scholz; vor allem unter NZ-Lesern ist die Wahlabsicht für ihn besonders auffällig, wie $e^{\text{beta}}=2,112$ belegt. Nur unter den Lesern der „Nürnberger Nachrichten“ ist seine politische Anhängerschaft gering ausgeprägt.

Wenn auch die Ergebnisse der logistischen Regressionen zum Zusammenhang zwischen Mediennutzung sowie Personen- und Parteiwahlabsichten interessante Aufschlüsse erbracht haben, wäre es einerseits sicherlich sehr gewagt und zudem kurzsichtig, daraus das Fazit ziehen zu wollen, dass insbesondere „Nürnberger Nachrichten“ und „Nürnberger Zeitung“, aber auch, mit Abstrichen, „Radio F“, „Bayern 1“, „Bayern 3“, „Abendzeitung“ und „BILD Nürnberg“ ihre Leser- und Hörerschaften bezüglich der Stadtrats- und der OB-Wahl in der einen oder anderen Richtung mittels der jeweiligen redaktionellen Linien aktiv politisierten und u. U. polarisierten. Andererseits verdichten sich in den Ergebnissen politische Stimmungen und Meinungen, die durchaus politische und mediale Präferenzen der befragten Nürnberger erkennen lassen. Die Frage nach einer etwaigen Kausalität, also danach, ob die lokalen Medien politische Stimmungen, Werte und Normen beeinflussen oder tatsächlich produzieren, oder ob nicht vielmehr Bürger gemäß ihrer politischen Einstellungen, Werte und Normen nach Medien suchen, die diese am ehesten bedienen, kann mit Hilfe unserer Daten nicht verlässlich beantwortet werden.

1.3.6 „Exit polls“

Ziel unserer Wahnachbefragungen, den so genannten „exit polls“, ²² war es primär, eine treffsichere, zeitpunktgenaue Prognose des Ausgangs der OB-Wahl am 3.3.2002 um 18 Uhr vorzulegen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Auswahl von dafür geeigneten Wahllokalen wesentlich. Grundsätzlich boten sich in unserem Fall dafür zwei Vorge-

²² „Exit polls“: „Befragungen von Wählern, wenn sie das Wahllokal verlassen“ (Roth, 1998, S. 82).

hensweisen an: Eine „repräsentative“ Flächenstichprobe von zahlreichen über Nürnberg hinweg verteilten Wahllokalen zu ziehen oder einen einzigen Stimmbezirk auszuwählen, der in der Vergangenheit das Wahlergebnis für die gesamte Stadt Nürnberg am besten „repräsentiert“ hatte, ihm also am nächsten gekommen war. Angesichts der für dieses Teilprojekt zur Verfügung stehenden Zahl von nur 20 Studierenden, entschieden wir uns für die letztgenannte Variante.²³

Für die endgültige Selektion eines Stimmbezirks mussten außer der praktischen Durchführbarkeit allerdings noch weitere Kriterien erfüllt sein: Der Bezirk sollte das Wahlergebnis von 1996 nicht nur möglichst exakt getroffen haben, sondern er sollte eine auch mit unseren beschränkten Mitteln gut abzudeckende Anzahl an Wahlberechtigten umfassen. Gleichzeitig musste die Anzahl der Wähler jedoch so hoch sein, dass aus der Stichprobe sinnvoll Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit aller Wahlberechtigten in Nürnberg zu schließen wären. Ebenso wäre eine hohe Wahlbeteiligung günstig gewesen.

Die genannten Kriterien erfüllte der Bezirk 29, Gleisshammer, am besten. Nach der zwischenzeitlich vorgenommenen Stimmkreisreform von 1999 fielen nur noch vier statt, wie noch 1996, fünf Wahllokale in seine Grenzen – und diese vier Wahllokale konnten von 20 Studierenden als Standorte für die Befragungen gut abgedeckt werden. Auch die anderen Kriterien waren weitgehend erfüllt: So wiesen die rund 4.000 Wahlberechtigten bei der Kommunalwahl 1996 eine Wahlbeteiligung von 62,5 Prozent auf, was, verglichen mit anderen Bezirken, einen recht hohen Wert darstellt. Zieht man davon etwa 15 Prozent Briefwähler ab, und rechnet des Weiteren damit, dass etwa 20 bis 30 Prozent der Angesprochenen sich der Umfrage wahrscheinlich entziehen würden, hätten immerhin um 1.000 ausgefüllte Fragebogen übrig bleiben können – eine Zahl, die ausreicht, um auf das OB-Wahlverhalten der Grundgesamtheit der etwa 350.000 Wähler in ganz Nürnberg mit relativ hoher Sicherheit rückschließen zu können.

Auch hatte der Stimmbezirk Gleisshammer 1996 relativ exakt das Wahlergebnis der Stadtratswahl für die Gesamtstadt getroffen:²⁴ In Gleisshammer hatten 43,6 Prozent der Wahlberechtigten für die CSU gestimmt, 35,1 Prozent für die SPD-Fraktion. In ganz Nürnberg waren auf die CSU 43,7 Prozent und auf die SPD 34,3 Prozent der Stimmen entfallen (vgl. [Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, 2001a](#), S. 86).²⁵ Die auf kleinere Parteien entfallenen Stimmen wurden bewusst nicht weiter berücksichtigt, sollte die Nachbefragung doch ausschließlich vorhersagen, wer der neue Oberbürgermeister Nürnbergs werden würde. Dass die Kandidaten der kleineren Parteien letztlich dabei eine untergeordnete Rolle spielen würden, war schon in unseren vorangegangenen Panel-

²³ Als Quelle für die nachfolgenden Ausführungen diente z. T. der Forschungsbericht „Warum Nürnberg den Wechsel wollte – Analyse einer Wahlnachbefragung“ ([Adler et al., 2002](#)). Bei dem für das Teilprojekt zuständigen Tutor handelte es sich um cand.rer.pol. Florian Neumann.

²⁴ Wegen der veränderten Kandidatenkonstellation – 1996 Schönlein vs. Scholz, 2002 Maly vs. Scholz – konnten die Ergebnisse der OB-Wahl 1996 nicht sinnvoll als Referenzkategorie herangezogen werden.

²⁵ Das sehr geringe Ausmaß dieser Abweichungen ließe sich auch mit einer größeren Auswahl von „Repräsentativwahlbezirken“ kaum weiter verringern, wie dies beispielsweise [Asemann \(1978, S. 50 f.\)](#) belegt. Zugegebenermaßen wird eine größere Auswahl von Repräsentativwahlbezirken auf die Dauer jedoch stabilere Vergleiche erlauben, dürften sie in ihrer Gesamtheit doch nicht so stark durch von einzelnen sozialstrukturellen Umschichtungen hervorgerufene Impoderabilien tangiert sein, wie das für einen einzelnen Stimmbezirk wie Gleisshammer befürchtet werden könnte.

CATI- und Onlinebefragungen klar geworden.

Ein gewisser Unsicherheitsfaktor musste allerdings in Kauf genommen werden: die doch recht hohe Zahl der Briefwähler – in den im statistischen Jahrbuch abgedruckten Wahlergebnissen von 1996 sind die Briefwähler mit eingerechnet und auch nicht mehr zu eliminieren.²⁶ In die Ergebnisse unserer studentischen Umfrage konnten die Briefwahlstimmen jedoch nicht einfließen.

Bei der praktischen Durchführung der schriftlichen Befragung wurden die Wähler nach ihrer Stimmabgabe und dem Verlassen der vier Wahllokale des Bezirks Gleisshammer von Interviewern angesprochen. Sofern Teilnahmebereitschaft bestand, wurden die Fragebögen ausgehändigt. Die anonym ausgefüllten Fragebögen wurden von den Befragten anschließend in eine separate Urne eingeworfen. Diese wurde stündlich geleert, um unmittelbar danach die erhaltenen Fragebogendaten für die computerunterstützte Datenanalyse zu erfassen.

Wie bereits ausgeführt, beziehen sich die Daten unserer „exit poll“-Untersuchung primär und im Wesentlichen auf die abhängige Variable der Wahlentscheidung und auf soziodemografische Daten, um damit das Wahlverhalten in Abhängigkeit von bestimmten Kollektivmerkmalen – Geschlechtszugehörigkeit, Lebensalter, Bildung etc. – beschreiben und u. U. erklären zu können. Wie in den anderen im Verlauf des Lehrforschungsprojektes eingesetzten Befragungsinstrumenten wurde jedoch nicht nur der sozialstrukturelle Erklärungsansatz mittels einschlägiger Variablen operationalisiert, sondern es wurden weitere Fragen implementiert, die z. B. der Überprüfung der „Personalisierungsthese“ dienen können, oder auch den Einfluss der Kanzlerkandidatur des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber auf das Kommunalverhalten in Nürnberg zu messen erlauben sollten.

Ansonsten nutzten wir selbstverständlich alle mit „exit polls“ verknüpften Vorteile (siehe Roth, 1998, S. 82 f.) – leichte und direkte Kontaktaufnahme mit den Zielpersonen; Befragung von Akteuren, die tatsächlich gewählt haben; weitgehende Vermeidung der Abfrage sozial erwünschten Verhaltens; hohe Übereinstimmung von tatsächlichem und abgefragtem Wahlverhalten; relativ hohe Fallzahl bei vertretbaren Kosten –, und mussten zugleich selbstverständlich auch ihre Nachteile in Kauf nehmen – nur Urnenwähler können befragt werden; die, darin „gewöhnlichen“ Passantenbefragungen sehr ähnlich (vgl. Friedrichs und Wolf, 1990), gebotene und übliche Kürze des Fragebogens (Roth, 1998, S. 83).²⁷

²⁶ Die gesetzlichen Bestimmungen zur Inanspruchnahme der Briefwahl – Voraussetzung dazu sind etwa hohes Alter, Krankheit, berufliche Gründe (vgl. Der Bundeswahlleiter, 2005, §25) – bewirken zwangsläufig, dass die Sozialstruktur der „Briefwähler“ sich von jener der „Urnenwähler“ unterscheidet: Die Wahrscheinlichhaber stellen keinen Querschnitt der Wahlberechtigten dar. Alte Menschen, insbesondere weibliche, sowie bestimmte Gruppen von Berufstätigen sind überproportional unter ihnen vertreten. Dies drückt sich selbstverständlich auch in der Stimmabgabe für Kandidaten und Parteien aus (vgl. schon früh Asemann, 1978, S. 42 ff.).

²⁷ Roth (1998, S. 83) weist zurecht darauf hin, dass die Durchführung von „exit polls“ ein komplexes Unternehmen darstellt: „In der Praxis ist die Befragung am Wahltag ein anspruchsvolles logistisches Vorhaben. Dabei gilt es, wie bei allen Umfragen, im Vorfeld der Untersuchung möglichst viele potentielle Fehlerquellen zu erkennen und zu beseitigen. Die Qualität der Daten hängt vor allem von der genauen Einhaltung des Stichprobenplans und der guten Atmosphäre bei der Ansprache der

Sind schließlich alle infrastrukturellen „exit polls“-Vorüberlegungen penibel in die praktische Organisation der Wahlnachbefragung eingeflossen und umgesetzt, lautet die dann nach dem Wahlakt zu stellende entscheidende Frage: „Welche/n Oberbürgermeisterkandidaten/in haben Sie heute gewählt?“ In Tabelle 1.27 ist das Befragungsergebnis dem amtlichen Wahlergebnis für die vier Wahllokale und den gesamten Stimmbezirk 29 gegenüber gestellt.

Tabelle 1.27: Vergleich der Ergebnisse von OB-Wahl und „exit polls“ am 3.3.2002 im Stimmbezirk 29 [Zeilenprozente]

Stimmbezirk	Ludwig Scholz		Ulrich Maly		sonstige		insgesamt			
	Wahl	„e. p.“	Wahl	„e. p.“	Wahl	„e. p.“	Wahl n	%	„e. p.“ n	%
2950	46,2	39,6	50,6	52,7	3,2	7,7	500	100,0	91	100,0
2951	43,8	39,8	50,4	55,3	5,8	4,9	689	100,0	304	100,0
2952	36,5	40,6	57,7	50,8	5,9	8,6	480	100,0	197	100,0
2953	42,2	26,7	51,9	67,3	5,9	6,0	476	100,0	101	100,0
insgesamt (n)	908	264	1.123	384	112	45	2.143	100,0	693	100,0
insg. (Zeilen-%)	42,4	38,1	52,4	55,4	5,2	5,5		100,0		100,0

Stimmbezirk 2950: Ursula-, Philipp-Kittler-Straße

Stimmbezirk 2951: Spiegelauer, Metthingstraße

Stimmbezirk 2952: Komotauer, Schöpfstraße

Stimmbezirk 2953: Sudentendeutsche, Pastoriusstraße

Quellen: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik (2002a); Nürnberg-Barometer („exit polls“ 2002)

Ziel der „exit polls“ war es, die „wahren“ OB-Wahlergebnisse im Stimmbezirk 29 und infolgedessen auch in der Gesamtstadt Nürnberg vorherzusagen. Das von uns erzielte Ergebnis muss deshalb an diesen beiden Referenzzahlen bewertet werden: Entspricht die Wahlprognose dem tatsächlichen OB-Wahlergebnis im Stimmbezirk 29? Und: Entspricht die Wahlprognose dem tatsächlichen OB-Wahlergebnis in Nürnberg insgesamt?

In statistischer Hinsicht sind die in Tabelle 1.27 zu beobachtenden Abweichungen von Prognose und tatsächlichem Resultat für den ausgewählten Stimmbezirk 29 nicht signifikant.²⁸ Gleiches gilt für das Ergebnis in der Gesamtstadt.²⁹ Statistik ist aber die eine, Politik die andere Sache: Zwar sagen die „exit polls“-Werte korrekterweise einen Sieg von Maly voraus, u. zw. sowohl im Stimmbezirk 29 als auch in der Gesamtstadt; das für den Stimmbezirk 29 prognostizierte Wahlergebnis *unterschätzt* jedoch den von Ludwig Scholz erreichten Wert um 4,3 Prozentpunkte und *überschätzt* den von Ulrich Maly erzielten Wert um 3,0 Prozentpunkte. Für die Gesamtstadt sind die Abweichungen noch größer:³⁰ Sie *unterschätzen* das Ergebnis von Scholz um 7,8 Prozentpunkte und *überschätzen* jenes von Maly um 6,2 Prozentpunkte. Das prognostizierte Ergebnis hätte

Zielperson ab. Aber auch der Zeitpunkt, der genaue Einsatz der Korrespondenten, ihre sachgerechte Schulung, die schnelle und vollständige Übermittlung der erhobenen Daten müssen organisiert werden bis hin zur Ankündigung bei den Wahlvorständen, zu Schlechtwettervorbereitungen und vielfältigen Backupsystemen“.

²⁸Ein entsprechender Signifikanztest ergibt $\chi^2=4,9$, $p=.09$.

²⁹Ein entsprechender Signifikanztest ergibt $\chi^2=5,3$, $p=.07$.

³⁰Die Vergleichswerte für die Gesamtstadt finden sich in Tabelle 1.2, S. 3.

somit die Stichwahl am 17.3.2002 überflüssig gemacht...

Worauf ist dieser unbefriedigende Ausgang der Prognose zurückzuführen? Im Wesentlichen dürfte die Diskrepanz darin liegen, dass sich Urnenwähler und die im Übrigen etwas zurückgegangene Zahl der Briefwähler in ihrem Wahlverhalten generell zunehmend unterscheiden (vgl. Fußnote 26, S. 41). „Wie immer machten die Anhänger der CSU, Grünen und F.D.P. stärker von der Briefwahl Gebrauch als die Wähler der SPD“ (Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, 2002b, S. 3). Das Wissen um diese Unterschiede müsste bei der Kommunalwahl 2008 genutzt werden, um die erhobenen „Exit polls“-Daten für eine korrekte Prognose entsprechend gewichten zu können. Nicht ganz auszuschließen ist aber auch, dass zusätzlich der Wegfall eines Wahllokals die sozial- und wahlstrukturell wohlbegründete Auswahl gerade des Stimmbezirks 29 im gewissen Ausmaß sich zuungunsten seiner Repräsentativität für die Gesamtstadt ausgewirkt hat.

Unabhängig davon: Die Volatilität bezüglich der beiden OB-Wahlen 1996 und 2002 scheint nicht besonders hoch zu sein, ist personen- bzw. parteispezifisch aber durchaus verschieden, wie Tabelle 1.28 belegt.

Tabelle 1.28: OB-Wahl: Wanderungen zwischen 1996 und 2002

OB-Wahl 2002	OB-Wahl 1996		
	Scholz	Schönlein	insgesamt
Scholz	207	13	220
Maly	58	241	299
insgesamt	265	254	519

Quelle: Nürnberg-Barometer („exit polls“ 2002)

So verliert Ludwig Scholz im Jahr 2002 immerhin 21,9 Prozent seiner Wähler aus dem Jahre 1996 an seinen Gegner Ulrich Maly; von den einstigen Peter Schönlein-Wählern wechseln zwischen 1996 und 2002 jedoch nur 5,1 Prozent zu Scholz und verbleiben demzufolge 94,9 Prozent beim parteiinternen Nachfolger Maly. Auch diese Zahlen können als weitere Belege für die große Attraktivität des Herausforderers interpretiert werden.

1.3.7 Politikbereiche

In der Meinung der telefonisch Befragten kristallisierten sich unter den elf abgefragten politischen Themenbereichen sechs heraus, die wenigstens von zwei Dritteln der Wahlberechtigten als nennenswert bzw. ihnen wichtig oder problematisch erachtet wurden (siehe Tabelle 1.29):

Tabelle 1.29: Zugeschriebene Parteienkompetenz zur Lösung wichtiger städtischer Probleme [Mehrfachangaben; in Prozent]

Politikbereich	Wichtigkeit	am kompetentesten dafür ist die	am zweitbesten dafür ist die	am drittbesten dafür ist/sind die	keine Partei ist dafür kompetent
Arbeitslosigkeit	95,6	CSU: 36,6	SPD: 30,6	FDP: 1,4	28,2
Ausländerintegration	85,3	SPD: 38,3	CSU: 29,4	B90/G: 14,5	13,5
Verschuldung	81,3	SPD: 37,1	CSU: 28,4	B90/G: 1,9	30,5
Verkehrspolitik	80,9	SPD: 35,1	CSU: 26,8	B90/G: 25,4	11,3
Städtebaupolitik	79,9	CSU: 32,6	SPD: 32,4	B90/G: 17,5	18,4
Frankenschnellweg	66,3	CSU: 59,7	SPD: 23,6	B90/G: 0,8	15,3

Nürnberg-Barometer (CATI 2002)

Dabei erwiesen sich insbesondere die Arbeitslosigkeit, die nahezu von jedem Befragten thematisiert wurde, aber auch die Integration von Ausländern, die kommunale Verschuldung, die Verkehrs- und Städtebaupolitik, die jeweils von rund vier Fünfteln genannt wurden, als besonders dringliche Handlungsfelder. Auch der Umgang mit dem Frankenschnellweg war bei zwei Dritteln der Nürnberger im Gespräch, wohingegen Fragen von Sicherheit bzw. Kriminalität (44,0 Prozent), Behördengängen (39,8 Prozent), Kulturpolitik (33,1 Prozent) und der Aus- bzw. Umbau des Frankenstadions (32,3 Prozent) in der Meinung der Interviewten als zahlenmäßig deutlich weniger bedeutsam hervorschielen.

Die Kompetenz zur Problemlösung wurde insbesondere den beiden großen Stadtratsparteien, und zwar im Großen und Ganzen, wenn auch die Plätze wechselnd, zu gleichen Teilen zugeschrieben. Die Ausnahme stellt der kreuzungsfreie Ausbau des Frankenschnellwegs dar, bei dem die SPD bekanntlich in sich uneins ist: Hier beläuft sich die CSU-Dominanz auf 59,7 : 23,6 Prozent bei der SPD. Bündnis 90/Die Grünen wurde bei drei Politikbereichen nennenswerte Kompetenz beigemessen, und zwar in der Verkehrs- (25,4 Prozent), Städtebau- (17,5 Prozent) und in der Ausländerpolitik (14,5 Prozent). Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Verschuldung in Nürnberg wird hingegen von jeweils beachtenswerten Anteilen der Befragten eher nicht als – allein – in der Macht kommunaler Parteizuständigkeiten befindlich gesehen.

1.4 Zwischen den Zeilen gelesen – Die lokale Presseberichterstattung über den Oberbürgermeisterwahlkampf 2002 (von Claudia Wenzig und Florian Janik)

In entwickelten, komplexen Gesellschaften sind die politischen Protagonisten nur noch in Ausnahmefällen ihren Wählern persönlich bekannt. Hinsichtlich des Transports von Informationen über Kandidaten und Themen der Parteien kommt den Massenmedien daher eine wichtige, unverzichtbare Vermittlungsleistung zu. Sie spielen somit im politischen Prozess eine besondere Rolle, die am deutlichsten in Wahlkämpfen hervortritt. Sie stellen die Kandidaten dem Wahlvolk vor und publizieren die von ihnen und den

Parteien vertretenen Ziele. Auf diese Weise tragen die Medien zur Entscheidungsfindung bei. Gleichzeitig vermitteln sie den Parteien einen Eindruck von den Meinungen der Bürger über sie und ihre Ziele, und helfen, bedeutende Themen bei den Politikern bewusst zu machen und bestehende Themensetzungen zu modifizieren (vgl. Scherer, 1997, S. 7). Über die Medien erhalten beide Gruppen, Politiker wie Wähler, Informationen übereinander.

Massenmedien sind jedoch nicht nur zwischen den beiden Gruppen vermittelnd tätig, sondern verfolgen auch eigene Interessen. In der „Mediendemokratie“ sind es häufig die Medien selbst, die über die Auswahl und Art und Weise der Berichterstattung dafür sorgen, dass nur bestimmte Informationen transportiert und nur bestimmte Themen neu gesetzt werden. Dieses Problem wird mittlerweile auch in der politischen Debatte thematisiert. Im letzten Bundestagswahlkampf formulierte beispielsweise der unterlegene SPD-Kandidat Gerhard Schröder während des Wahlkampfes und nach der Wahl massive Kritik an der Darstellung seiner Person und seiner Partei (vgl. Bussemer, 2006, S. 15 f.).

Diesen verschiedenen Funktionen der Medien im Wahlkampf sollen anhand des Kommunalwahlkampfes in Nürnberg im Jahr 2002 nachgegangen werden. Grundlagen dafür sind Daten, die im Rahmen des breiter angelegten Lehrforschungsprojekts „Area Study Nürnberg-Barometer“ (vgl. S. iv f.) aus den vier Nürnberger Tageszeitungen, also den Boulevardzeitungen Abendzeitung und BILD Nürnberg und den Abonnementzeitungen Nürnberger Nachrichten und Nürnberger Zeitung, im Zeitraum vom 1.11.2001 bis 2.03.2002 erhoben wurden.

Nürnberg gilt, zusammen mit Erlangen und Fürth, traditionell als „sozialdemokratisches Dreieck Bayerns“. Schließlich regierten und regieren „rote“ Oberbürgermeister über viele Jahre in den drei Rathäusern. 1996 stellte überraschend die CSU mit Ludwig Scholz den neuen Nürnberger Oberbürgermeister. Erstmals nach Ende des zweiten Weltkrieges wurde Nürnberg wieder von den Konservativen regiert (vgl. Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, 2001a, S. 85). Im Kommunalwahljahr 2002 trat als Herausforderer Dr. Ulrich Maly, SPD, 40 Jahre, gegen den Amtsinhaber Ludwig Scholz, CSU, 64 Jahre, an – und gewann. Obwohl es auch eine OB-Kandidatin der Grünen, Brigitte Wellhöfer, gab, werden im Folgenden ausschließlich die beiden Kandidaten der großen Parteien betrachtet, da abzusehen war, dass entweder CSU oder SPD den neuen Oberbürgermeister stellen würde.

Ein geeignetes Instrument zur Analyse der Wahlkampfberichterstattungen in den Medien ist die so genannte „Inhaltsanalyse“, eine „empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen“ (Diekmann, 2006, S. 482). In Anlehnung an Silbermann soll, zumindest ansatzweise, erforscht werden, welche Zeitung was warum über welchen Kandidaten mit welcher Wirkung geschrieben hat (vgl. Silbermann, 1974, S. 287 ff.). Die Fragen nach dem „warum“ und „mit welcher Wirkung“ müssen im Rahmen dieses Projekts allerdings unbeantwortet bleiben.

1.4.1 Der Forschungsprozess – von der Zeitung zum Datensatz

Im Mittelpunkt der nachfolgenden Inhaltsanalyse der Berichterstattung des Wahlkampfes um das Oberbürgermeisteramt Nürnbergs im Jahr 2002 stehen vier zentrale Forschungsfragen:

1. Welche Themen spielen im Kommunalwahlkampf eine Rolle?
2. Welche Phasen im Zeitverlauf lassen sich bei der Wahlkampfberichterstattung feststellen?
3. Wie wird über die beiden OB-Kandidaten Ludwig Scholz und Ulrich Maly berichtet?
4. Inwiefern kann von einer Personalisierung des Wahlkampfes gesprochen werden?

1.4.1.1 Auswahl der Tageszeitungen

Für die Analyse der Printmedien wurden die vier Nürnberger regionalen Zeitungen bzw. Zeitungsausgaben Nürnberger Nachrichten (NN), Nürnberger Zeitung (NZ), Abendzeitung (Ausgabe Nürnberg) (AZ) sowie BILD-Zeitung (BILD Nürnberg) herangezogen. NN und NZ gehören beide zum Verlagshaus „Nürnberger Presse“. Sie sind zwar durch eine Werbeträgerschaft verbunden, redaktionell aber eigenständig. Die NZ soll eher die bürgerlich-konservative Leserschaft ansprechen, während den NN ein links-liberales Meinungsspektrum nachgesagt wird. Die Gesamtausgabe beider Zeitungen zählt inklusive verschiedener nordbayerischer Regionalausgaben mit einer verkauften Auflage von ca. 300.000 Exemplaren zu den größten Regionalzeitungen in Deutschland ([Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V., 2006](#)). Ihr Verbreitungsgebiet reicht weit über den Großraum Nürnberg-Fürth-Erlangen hinaus und deckt ganz Mittelfranken sowie Teile Oberfrankens und der Oberpfalz ab.

Neben den NN und der NZ sind für das Stadtgebiet zwei Regionalausgaben bundesweiter Tageszeitungen von Bedeutung: AZ und BILD. Beide Tageszeitungen zeichnen sich neben den bundesweit einheitlichen Seiten durch einen gesonderten Teil an Nürnberg spezifischer Berichterstattung aus. BILD hat bundesweit eine (verkaufte) Auflage von etwa 3,4 Mio. Exemplaren pro Tag, davon rund 76.000 im Großraum Nürnberg-Fürth-Erlangen (ebenda). Die AZ Nürnberg erreicht im hiesigen Verbreitungsgebiet eine tägliche Verkaufsauflage von ca. 19.000 Exemplaren; ihre Gesamtauflage liegt bei rund 148.000 verkauften Exemplaren (ebenda).

1.4.1.2 Der Codierprozess und Inhalte des Codebuchs

Für die Inhaltsanalyse wurden zunächst alle Ausgaben der vier lokalen Tageszeitungen zwischen dem 1.11.2001, dem eigentlichen Projektbeginn, und dem 2.03.2002, dem Wahlsamstag, gesammelt. Mit der eigentlichen Codierung wurde nach der Erstellung des Codebuchs, der Codiererschulung und eines Pretests im Februar 2002 begonnen. Die Feldphase – d. h. der Codierzeitraum – dauerte bis April 2002.

Der Codierprozess erfolgt in zwei Phasen. *In einem ersten Schritt* mussten die Codierer – 16 Studierende im Teilprojekt Inhaltsanalyse – nach den Anweisungen gemäß des Codierbuchs die relevanten Beiträge aller gesammelten Zeitungsausgaben bestimmen. Als „Beitrag“ wurde „eine thematisch einheitliche und durch die zeitungstypische Gestaltung abgesetzte Text- oder Bildeinheit“ definiert. Zusätzlich zählen auch selbständige Bilder oder Grafiken (z. B. Fotos, Infografiken, Karikaturen, oft mit eigener Unterschrift) als Beitrag. Die einen Textbeitrag illustrierenden Bilder oder Grafiken werden zum Textbeitrag hinzugerechnet. Wahlanzeigen oder Ankündigungen von Beiträgen (z. B. auf der Titelseite) fallen nicht unter die Kategorie „Beitrag“. Bei Letzteren werden nur die Beiträge selbst codiert. Fortsetzungen von Beiträgen gehören sowohl formal als auch inhaltlich zum ersten Teil des Beitrages, d. h. die Fortsetzungen (insbesondere bei der NN) werden nicht als gesonderter Artikel gezählt, sondern längentechnisch zum ersten Teil addiert.

Auf der Grundlage dieser formalen Definition wurde dann das inhaltliche Auswahlkriterium bestimmt. Relevant war dann ein Beitrag, wenn erstens einer der beiden Oberbürgermeisterkandidaten (Ludwig Scholz oder Ulrich Maly) oder zweitens eine der beiden großen Stadtratsparteien (CSU oder SPD) im Artikel (Überschrift oder Text) genannt wurden. Diese relevanten Beiträge wurden dann *in einem zweiten Schritt* auf der Basis des selbsterstellten Codebuches inhaltsanalytisch erfasst. In Anlehnung an die Forschungsfragen (vgl. S. 46) standen dabei folgende Analysegesichtspunkte im Mittelpunkt:

- **DIE DREI WICHTIGSTEN THEMEN.** Das Codebuch enthält eine Liste von insgesamt 60 spezifischen Themen (von U3-Bau über Kulturmeile bis hin zum WiSo-Umbau) mit 13 Oberkategorien (z. B. Finanz-, Kultur-, Gesundheitspolitik). Die Wichtigkeit wird danach bestimmt, wie viel Raum dem Thema im Artikel gewidmet wird (Erwähnung in der Überschrift/Vorspann etc.).
- **DIE DREI WICHTIGSTEN AKTEURE, IHRE FUNKTION UND PARTEIZUGEHÖRIGKEIT SOWIE DIE NAMEN AUSGEWÄHLTER AKTEURE.** Zunächst wurden die „aktiven“ Personen – also Akteure, die in dem Zeitungsartikel sprechen, handeln, fordern – vercodet. Mit Hilfe des Codebuchs können 18 ausgewählte Akteure bzw. Akteurgruppen erfasst werden. Neben den lokalen Politikern wie Scholz und Maly oder Stadtratsmitgliedern zählen auch kollektive Akteure wie die IHK oder „die Nürnberger Bürger“ dazu.
- **DER BEZUG ZU DEN OB-KANDIDATEN.** Der Personenbezug zu den OB-Kandidaten innerhalb eines Artikels wurde anhand der Dimensionen Funktion (welche Funktion von Scholz oder Maly wurde erwähnt?), Zentralität (Länge und Dauer des Personenbezugs innerhalb des Beitrages), Art der Darstellung (wörtliche Rede des Kandidaten, indirekte Rede, bloße Umschreibung) und Bewertung durch Autor und Bewertung durch Akteure (vorwiegend negativ, vorwiegend positiv, gemischt) gemessen.
- **PERSONALISIERUNG UND FAMILIENBEZUG INNERHALB DES BEITRAGES.** Insgesamt wurden folgende Aspekte erfasst: Thematisierung des Familienlebens und seine

Bewertung sowie Stellenwert der Kandidaten-Ehefrauen in der Berichterstattung (Zentralität innerhalb des Beitrages sowie dargestelltes Image der Ehefrau).

1.4.1.3 Beschreibung des Datenmaterials

Insgesamt wurden in den ausgewählten Monaten 948 Beiträge nach den oben erläuterten Gesichtspunkten systematisch inhaltsanalytisch erfasst.³¹ In diesen Beiträgen wurden entweder die OB-Kandidaten (Scholz oder Maly) oder die beiden Stadtratsparteien (CSU oder SPD) genannt, wobei 77,3 Prozent der Artikel aufgrund des ersten Kriteriums ausgewählt wurden. Insgesamt haben Artikel mit Scholz-Nennungen ein Übergewicht (63,1 Prozent) in der Berichterstattung – in 38,7 Prozent der Beiträge wird als Ob-Kandidat nur Scholz genannt, in 24,4 Prozent der Fälle zusammen mit seinem Kontrahenten Maly (s. Tabelle 1.30). Das Übergewicht des Scholzbezugs ist sicherlich auf die zentrale Funktion des Oberbürgermeisters zurückzuführen, die der Ob-Kandidat bereits inne hatte. In knapp zwei Fünfteln der Beiträge (38,6 Prozent) fällt der Name Maly, wobei 14,2 Prozent aller Beiträge ausschließlich Maly- und keinen Scholzbezug haben.

Tabelle 1.30: Scholz-/Maly-Bezug in Zeitungsartikeln

Bezug	n	%
nur Scholz-Bezug	376	38,7
nur Maly-Bezug	135	14,2
Scholz- und Maly-Bezug	231	24,4
weder noch	215	22,7
insgesamt	948	100,0

Bereits eine erste Auszählung der Artikel nach Tageszeitungen gibt Aufschluss über den unterschiedlichen Stellenwert des Kommunalwahlkampfes für die einzelnen Printmedien (s. Tabelle 1.31): Die Mehrzahl der 948 Beiträge sind Beiträge der Nürnberger Nachrichten (39,9 Prozent), was deren dominante Rolle in der Berichterstattung zur Kommunalwahl deutlich macht. Jeweils rund ein Viertel der Beiträge entfallen auf die Nürnberger Zeitung (25,6 Prozent) und die Abendzeitung (24,4 Prozent). In BILD Nürnberg werden lediglich 10,1 Prozent der in die Inhaltsanalyse einbezogenen Beiträge veröffentlicht.

Pro ausgewähltem Beitrag wurden in einem weiteren Schritt mindestens 22 formale und inhaltliche Merkmale erhoben; maximal waren 58 Variablen vorgesehen (wenn alle Aspekte im Beitrag angesprochen wurden).

³¹ Auswahlmethodisch handelt es sich um eine *Totalerhebung* aller Beiträge in den vier regionalen Tageszeitungen, die sich mit den Kandidaten Maly und/oder Scholz bzw. den Parteien CSU und/oder SPD befassen. Damit erübrigt sich die Durchführung von Signifikanztests: Die ausgewiesenen absoluten und relativen Häufigkeiten stellen bereits die „wahren“ Verhältnisse in der Grundgesamtheit dar.

Tabelle 1.31: Zeitungsartikel nach Tageszeitungen

Zeitung	n	%
Nürnberger Nachrichten (NN)	378	39,9
Nürnberger Zeitung (NZ)	243	25,6
Abendzeitung (AZ)	231	24,4
BILD Nürnberg	96	10,1
insgesamt	948	100,0

Die ausgewählten formalen Merkmale – Platzierung, Rubrik, Aufmachung, Umfang und Foto – können als Indikatoren für die Wichtigkeit des Artikels und damit den Stellenwert des Artikels bzw. der Wahlkampfberichterstattung im Allgemeinen innerhalb der Tagesberichterstattung angesehen werden.

Rund ein Drittel aller erfassten Artikel sind auf der ersten Seite einer Sparte – in der Regel „Stadt Nürnberg“ – platziert (siehe Tabelle 1.32), 18,5 Prozent der Artikel auf der folgenden Seite einer Sparte. Immerhin 5,9 Prozent der Beiträge befinden sich auf einer der Titelseiten der Lokalzeitung. Etwa 42 Prozent sind anderswo platzierte Artikel.

Tabelle 1.32: Zeitungsartikel nach Platzierung

Zeitung	n	%
Titelseite	56	5,9
erste Seite einer Sparte	317	33,4
zweite Seite einer Sparte	175	18,5
anders platzierte Artikel	400	42,2
insgesamt	948	100,0

BILD Nürnberg weicht von dieser generellen Platzierung der Wahlkampfbeiträge signifikant ab: Diese Boulevardzeitung positioniert 76 Prozent aller Beiträge auf der ersten Seite einer Sparte; auf ihrer Titelseite veröffentlichte die BILD-Zeitung 7,6 Prozent ihrer Beiträge über den Nürnberger Kommunalwahlkampf. Zwar berichtet sie insgesamt seltener über den Wahlkampf als die anderen Regionalzeitungen; wenn sie sich aber des Themas annimmt, dann sind diese Beiträge insgesamt besser platziert als in den anderen drei Tageszeitungen.

Obwohl ebenfalls Boulevardzeitung, stellt sich die AZ ganz anders dar als die BILD-Zeitung: Sie ist weder „reine“ Regionalzeitung noch so stark bundesweit orientiert wie BILD. Die Regionalausgabe der BILD-Zeitung umfasst meist fünf Seiten auf Nürnberg bezogene Themen sowie potenziell weiteren Raum auf der Titelseite, der allerdings eher selten für spezifische Beiträge zu Nürnberger Ereignissen, Bauten etc. genutzt wird; alle anderen Artikel sind bundesweit identisch platziert. NN und NZ hatten 2002 rund sechs Seiten ausgewiesene Lokalnachrichten sowie eine Extra-Seite „Region und Bayern“. Der

exklusiv auf Nürnberg bezogene Umfang innerhalb der täglichen AZ beträgt im Schnitt vier Seiten.

Der Umfang der Lokalberichterstattung ist auch deswegen bedeutsam, weil die überwiegende Mehrzahl (86,5 Prozent) der Artikel sich in der Rubrik „Stadt Nürnberg“ befindet. Dies ist jedoch aufgrund der lokalen Bedeutsamkeit des Kommunalwahlkampfes nicht verwunderlich. Nur 3,5 Prozent aller Artikel zum Wahlkampf befinden sich im allgemeinen Politikteil. Jeweils 20 der 948 Beiträge können der Rubrik „Kultur / Feuilleton / Medien“ zugeordnet werden oder befinden sich auf Sonderseiten. Als Leserbrief waren 18 Beiträge gekennzeichnet. In allen anderen Rubriken sind lediglich vereinzelt – jeweils 10 Artikel oder weniger – erschienen. Zwischen den Zeitungen ergeben sich dahingehend Unterschiede, dass die NZ ihre Kommunalwahlkampf-Beiträge überproportional häufig im allgemeinen Politikteil (8,2 Prozent der NZ-Beiträge befanden sich dort), die AZ ihre überdurchschnittlich häufig im Kulturteil (6,1 Prozent) sowie BILD Nürnberg fast ausschließlich im Nürnberger Regionalteil (96,9 Prozent) platzierten.

Tabelle 1.33: Rubrik der Zeitungsartikel nach Tageszeitung [in Prozent]

Rubrik	NN	NZ	AZ	BILD	insgesamt
allgemeine Politik	2,6	8,2	1,3	0	3,5
Nürnberg/Lokales	89,2	81,1	83,5	96,6	86,5
Kultur	0,8	1,2	6,1	0	2,1
Sonderseiten	1,9	1,2	4,3	0	2,1
Leserbrief	2,1	2,9	1,3	0	1,9
Sonstiges	3,4	5,3	3,5	3,1	3,9
insgesamt	100,0	99,9	100,0	99,9	100,0
(n)	378	243	231	96	948

Zusätzlich wurde erfasst, welche Aufmachung der Artikel innerhalb einer Zeitungsseite aufweist (siehe Tabelle 1.33). Erhoben wurde dabei, ob es sich beim betrachteten Artikel aufgrund seiner typographischen Merkmale um den Hauptaufmacher der Seite, den zweitgrößten Artikel oder um einen weniger stark hervortretenden Beitrag handelt. Zusätzlich wurde der Umfang des Artikels inklusive Überschriften und Foto gemessen. Im Codierprozess war es für die drei Zeitungen NN, NZ, AZ ausreichend, lediglich die Länge der Spaltenzentimeter zu messen, da diese drei Zeitungen eine konstante Breite (5,6 cm bzw. 4,5 cm) aufweisen. Der Artikelumfang von BILD-Zeitungsbeiträgen wurde direkt als Fläche erhoben, da hier kein einheitliches Spaltenmaß vorliegt. Durchschnittlich umfasst ein Artikel 220 cm^2 (inklusive Überschrift und ggf. Bildern / Abbildungen). Zwischen den Zeitungen ergeben sich hinsichtlich des Umfangs Unterschiede, die auch auf den Satzspiegel und die Größe einer Zeitungsseite zurückzuführen sind. Bezieht man beide Aspekte mit ein, resultiert für NN, NZ und AZ eine durchschnittlich Größe der Wahlkampfartikel von ca. einer fünftel Seite; bei BILD Nürnberg entspricht der Umfang rund einer zehntel Seite.

Hinsichtlich der Platzierung zeigt sich, dass 29 Prozent aller Wahlkampfartikel zum Hauptaufmacher, 22,3 Prozent zum zweitwichtigsten Beitrag einer Seite bestimmt werden. Fast die Hälfte der Artikel (48,7 Prozent) stellt demnach weniger wichtige Artikel dar. Als Hauptaufmacher wurde derjenige Artikel einer Seite angesehen, der aufgrund seiner Platzierung (rechts oder links oben) und typographischen Gestaltungsmerkmale (größte Überschrift, Fotos) ins Auge gefallen war. Artikel in der BILD-Zeitung wurden auffallend seltener als Hauptaufmacher einer Seite klassifiziert; oft handelt es sich nur um den drittwichtigsten oder noch weniger bedeutsamen Beitrag. Die NZ dagegen hat Artikel zum Wahlkampf häufiger als alle anderen Zeitungen als Hauptaufmacher in Szene gesetzt. 35 Prozent aller Wahlkampfartikel bekommen diesen Status, bei NN und AZ sind es jeweils etwa 28 Prozent, bei BILD Nürnberg lediglich 17,7 Prozent (siehe Tabelle 1.34).

Tabelle 1.34: Aufmachung der Wahlkampfartikel nach Tageszeitungen [in Prozent]

Rubrik	NN	NZ	AZ	BILD	insgesamt
Hauptaufmacher	28,6	35,0	28,1	17,7	29,0
zweitgrößter Artikel der Seite	22,2	25,5	20,3	18,8	22,3
weniger stark aufgemachte Artikel	49,2	39,5	51,5	63,5	48,7
insgesamt	100,0	100,0	99,9	100,0	100,0
(n)	378	243	231	96	948

Nicht verwunderlich ist, dass die beiden Boulevardzeitungen AZ und BILD im Vergleich zu den Abonnementzeitungen NN und NZ häufiger Bilder einsetzen. Dies ergibt sich aus der grundsätzlichen Gestaltungsphilosophie solcher Blätter, die durch Merkmale wie dicke Überschriften oder großformatige Fotos auf sich aufmerksam machen und dadurch Käufer anzusprechen versuchen. Durchschnittlich wurde bei beiden Boulevardzeitungen jeder Artikel mit einem Bild versehen. Die NN illustrierte lediglich jeden zweiten Beitrag mit einem Foto, bei der NZ waren zwei von drei Beiträgen bebildert. Interessant ist jedoch, dass die NN mehr als die drei anderen Zeitungen auffällig häufig Abbildungen als Textzusatz gewählt hat: Jeder vierte Artikel (25,7 Prozent) wird mit einer Abbildung versehen. Bei den anderen Zeitungen ist dieser Anteil deutlich reduziert, u. z. auf 12,3 Prozent (NZ), 7,3 Prozent (BILD Nürnberg) und 5,6 Prozent (AZ). Unter „Abbildungen“ sind Karikaturen, Tabellen, Diagramme als auch Logos wie z. B. „Kommunalwahlkapf 2002“ oder „Rund ums Rathaus“ zusammengefasst. 85 Prozent aller Abbildungen der NZ sind solche thematischen Logos, rund 8 Prozent Karikaturen; Diagramme (4,2 Prozent) und Tabellen (2,1 Prozent) arrondieren dieses Bild.

1.4.1.4 Zusammenfassung

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die Tageszeitungen hinsichtlich der formalen Merkmale der Wahlkampfberichterstattung unterscheiden. Allerdings ist

kein einheitlicher Zusammenhang bzw. keine einheitliche Linie feststellbar, die eine bestimmte Tageszeitung als „die“ Wahlberichterstattungs-Zeitung klassifizieren könnte. Vielmehr setzen die Tageszeitungen die Stil- und formalen Merkmale mit unterschiedlichem Gewicht ein. Die Nürnberger Nachrichten weisen zunächst eine dominante Rolle bei der absoluten Anzahl der Artikel mit Wahlbezug auf. Die NZ platziert ihre Artikel auffällig häufig im allgemeinen Politikteil. Hinsichtlich der Artikelgröße weisen NN und NZ vergleichbare Umfänge auf. Die NZ setzt ihre Wahlkampf-Artikel abweichend von allen anderen Tageszeitungen bedeutend häufiger als Hauptaufmacher in Szene. Die beiden Abonnenten-Zeitungen verwenden seltener als AZ und BILD Nürnberg Fotos als Stilmittel. Hier ist die Abendzeitung „Spitzenreiter“. Zusätzlich platziert BILD ihre jedoch eher wenigen Kommunalwahlkampfartikel häufiger auf der Titelseite oder der ersten Seite einer Sparte als alle anderen Zeitungen.

1.4.2 Die Kandidaten und ihre Themen

Jeder Wahlkampf hat seine spezifischen Themen und Themenbereiche. Das Codebuch enthält - wie bereits einleitend erwähnt - insgesamt 60 spezifische Themen, die in 13 übergeordnete Themenbereichen gegliedert sind. Pro Artikel können jeweils bis zu drei Themen erfasst werden, wobei gleichzeitig eine Rangfolge nach der Wichtigkeit des Themas abgebildet werden sollte.

Betrachtet man zunächst einmal nur die Nennungen bei dem wichtigsten Thema eines Beitrags, zeigt sich, dass mit Abstand der Wahlkampf als häufigstes codiert wurde: 26,8 Prozent aller Artikel haben den Wahlkampf zum zentralen Thema. Des Weiteren werden die Spezialthemen Finanzen (10 Prozent), Kultur (9,2 Prozent) und Verkehr (7,2 Prozent) relativ häufig als *wichtigstes Thema* eines Beitrages genannt.

Tabelle 1.35: Themenbereiche [max. drei Mehrfachnennungen]

Themen	%
Wahlkampf	26,7
Sonstiges	19,6
Finanzpolitik	15,0
Kultur	11,4
Wirtschaftspolitik	9,4
Verkehrspolitik	9,2
Sport	8,1
Stadtplanung	7,9
Sozialpolitik	6,7
Bildung	3,2
Umweltpolitik	2,6
Gesundheitspolitik	1,4
Kriminalität	1,4
Wohnungspolitik	0,3

Diese Rangfolge bleibt weitgehend bestehen, wenn man die Wichtigkeit der Themen außer Acht lässt und lediglich danach schaut, inwieweit ein Themenbereich überhaupt Gegenstand der Berichterstattung war (vgl. Tabelle 1.35). Interessanterweise sind hinsichtlich der Berichterstattung über diese Themen keine unterschiedliche Präferenzen zwischen NN, NZ, AZ und BILD Nürnberg zu erkennen und zu berichten.

1.4.2.1 Themen im Vergleich

Für den Erfolg von Wahlkämpfen spielt es eine nicht zu unterschätzende Rolle, inwieweit es den wahlkampf führenden Parteien gelingt, sie selbst bzw. die sie repräsentierenden Kandidaten mit bestimmten Themen zu verbinden und Themen exklusiv zu besetzen. In folgendem Abschnitt wird darauf eingegangen und dargestellt, über welchen Kandidaten im Zusammenhang mit welchen Themen in den regionalen Tageszeitungen berichtet wird. Bemerkenswerte Unterschiede in der diesbezüglichen Berichterstattung treten zwischen den Zeitungen dabei nicht auf, so dass nicht gesondert darauf eingegangen werden muss. Die Analyse nimmt aus Gründen der Übersichtlichkeit ausschließlich Bezug auf die Oberkategorien der Themen; dafür ausschlaggebend sind aber auch die teilweise geringen Fallzahlen in den Untergruppen, die den Verzicht auf eine feiner gegliederte Analyse ratsam erscheinen lassen.

Wie erwähnt, sind die wesentlichen Themen in der Wahlkampfberichterstattung – in dieser Reihenfolge – der Wahlkampf selbst, gefolgt von „Sonstiges“, der Finanzpolitik und der Kulturpolitik. Stellt man einen Bezug zwischen Themen und den beiden Kandidaten Maly und Scholz her, werden erhebliche themenbezogene Abweichungen zwischen diesen beiden Politikern erkennbar:

Tabelle 1.36: Maly und „seine“ Themen [Mehrfachnennungen]

Thema	% Artikel mit Maly	n Artikel mit Maly	Thema insgesamt
Wahlkampf	45,6	167	253
Finanzen	24,3	89	142
Sonstiges	20,2	74	186
Wirtschaft	9,6	35	89
Sport	8,3	30	77
Verkehr	8,0	29	87
Kultur	5,5	20	108
Stadtplanung	5,2	19	75
Soziales	4,9	18	66
Umwelt	1,6	6	25
Bildung	1,6	6	30
Kriminalität	1,1	4	13
Gesundheit	0,6	2	13
Wohnen	0,0	0	3

Auffällig bei dem Kandidaten Maly ist, dass in fast der Hälfte der Artikel, in denen er genannt wird, auch ein Bezug zum Wahlkampf hergestellt wird. Weniger überraschend ist, dass der Kämmerer Maly in ca. einem Viertel der Fälle zusammen mit den kommunalen Finanzen genannt wird. Am dritter Stelle folgt dann die Berichterstattung über Maly und sonstige Themen. Alle weiteren behandelten Themen stehen deutlich seltener im Zusammenhang mit seiner Person. Unter diesen weniger bedeutenden Themen stechen die Wirtschaftspolitik, der Sport und die Verkehrspolitik allerdings ein wenig hervor (vgl. Tabelle 1.36).

Auch Ludwig Scholz wird am häufigsten im Zusammenhang mit dem Wahlkampf in den Zeitungen erwähnt, allerdings relativ seltener als Maly: Nur in etwas mehr als einem Viertel der Artikel, in denen er erwähnt ist, ist auch der Wahlkampf ein Thema. An zweiter Stelle rangiert bei dem damals amtierenden Oberbürgermeister die Kategorie „Sonstiges“. Sie ist in etwa einem Fünftel der Artikel erwähnt. Als weitere Themen mit größerer Bedeutung folgen Finanzen und Kultur, dann, mit etwas Abstand, Wirtschaft, Sport und Verkehr (vgl. Tabelle 1.37).

Tabelle 1.37: Scholz und „seine“ Themen [Mehrfachnennungen]

Thema	% Artikel mit Scholz	n Artikel mit Scholz	Thema insgesamt
Wahlkampf	28,4	170	253
Sonstiges	21,2	127	186
Finanzen	12,5	75	142
Kultur	11,5	69	108
Wirtschaft	9,7	58	89
Sport	8,0	48	77
Verkehr	8,0	48	87
Stadtplanung	6,9	41	75
Soziales	5,0	30	66
Bildung	2,8	17	30
Umwelt	2,0	12	25
Gesundheit	1,7	10	13
Kriminalität	1,2	7	13
Wohnen	0,2	1	3

Im Vergleich der beiden Kandidaten fällt auf, dass Scholz, betrachtet man die absoluten Zahlen in der dritten Spalte von Tabelle 1.37, mit jedem Thema, ausgenommen die Finanzen, absolut häufiger in der Zeitung steht als sein Herausforderer. Daneben ist augenfällig, dass Ludwig Scholz ein breiteres Themenspektrum in der Berichterstattung besetzt als Ulrich Maly. Dies wird mit seinen zahlreichen – vor allem auch repräsentativen – Verpflichtungen als Oberbürgermeister verbunden sein. Demgegenüber wird im Zusammenhang mit dem Herausforderer deutlich häufiger über den Wahlkampf als solchen berichtet. Außerdem stellt die Nürnberger Presse, wenig verwunderlich, den Kämmerer Maly besonders deutlich mit dem Thema Finanzen heraus.

1.4.2.2 Allrounder vs. Finanzfachmann

Die deskriptiven Ergebnisse lassen vermuten, dass sich die Themen eines Artikels in Abhängigkeit von dem Bezug zum jeweiligen Kandidaten unterscheiden. Ob dies der Fall ist, überprüfen wir mittels einer Diskriminanzanalyse.³² Für diese Analyse werden zwei getrennte Diskriminanzanalysen durchgeführt. Die unabhängige Variable ist dabei jeweils der Personenbezug der beiden Kandidaten, die abhängigen Variablen geben an, ob das jeweilige Thema im betreffenden Artikel genannt wird oder nicht.

Tabelle 1.38: Ergebnisse der Diskriminanzanalysen

	Maly	Scholz
N	948	948
Eigenwert der Diskriminanzfunktion	0,260	0,033
Wilks' Lambda	0,793***	0,968**
Anteil der richtig zugeordneten Artikel	72,6 %	62,7 %
Standardisierte Koeffizienten		
Finanzen	0,634	0,495
Verkehr	0,011	0,234
Stadtplanung	-0,024	0,277
Soziales	-0,064	0,585
Wirtschaft	0,121	-0,175
Wohnen	-0,124	0,225
Umwelt	-0,029	0,270
Gesundheit	-0,047	-0,171
Kultur	-0,180	-0,026
Bildung	-0,121	0,092
Sport	0,056	0,029
Kriminalität	-0,025	0,091
Wahlkampf	0,888	-0,183
Sonstiges	0,279	-0,171

***: $p < .001$; **: $p < .01$

Die Ergebnisse der Analysen, die Tabelle 1.38 zu entnehmen sind, bestätigen im Wesentlichen die deskriptiven Befunde und präzisieren diese. Die Artikel, in denen über

³²Die Diskriminanzanalyse ist ein Verfahren, das es ermöglicht, (signifikante) Unterschiede zwischen zwei oder mehreren Gruppen hinsichtlich einer Mehrzahl von Variablen zu untersuchen. Es handelt sich um ein strukturprüfendes Verfahren. Die Information über die Gruppenzugehörigkeit der einzelnen Merkmalsträger muss also bereits vorhanden sein. Formal lässt sich die Diskriminanzanalyse als ein Verfahren charakterisieren, das die Abhängigkeit einer nominal skalierten Variablen von metrisch skalierten Variablen untersucht (vgl. Backhaus et al., 2003, S. 156).

Maly berichtet wird, stehen, wie aus den standardisierten Koeffizienten³³ zu erkennen ist, häufig im Zusammenhang mit dem Wahlkampf im Allgemeinen und den Finanzen im Besonderen. Im Gegensatz zu den deskriptiven Analysen verlieren die sonstigen Themen an Bedeutung.

Artikel *mit* Bezug zu Scholz unterscheiden sich bezüglich der Berichtsthemen hingegen fast nicht wahrnehmbar von Artikeln *ohne* Bezug zu ihm. Als inhaltlicher Bezug sticht wie bei Maly das Thema Finanzen hervor. Der stärkste thematische Bezug liegt aber, entgegen der deskriptiven Befunde, bei der Sozialpolitik.³⁴

1.4.2.3 Zusammenfassung

Die Ergebnisse dieses Abschnitts zusammenfassend, kann man festhalten, dass über den damaligen Kämmerer Maly vor allem im Zusammenhang mit dem Wahlkampf im Allgemeinen und mit dem Thema Finanzen im Besonderen berichtet wurde. Hingegen unterschied sich die Berichterstattung über den damals amtierende OB Scholz inhaltlich nicht von den anderen Artikeln im Wahlkampf. Er hat also kein thematisches Alleinstellungsmerkmal über die Presse transportieren können – wenn er es denn überhaupt gewollt hätte. Dafür deckte er ein größeres Themenspektrum als sein Herausforderer ab. Dies passt zu seiner Rolle als amtierender Oberbürgermeister, dem „Generalkompetenz“ abgefordert wird.

1.4.3 Wahlkampf im Zeitverlauf

Eine der inhaltsanalytischen Forschungsfragen bezog sich darauf, zu beantworten, inwieweit sich zeitliche Phasen bei der Wahlkampfberichterstattung feststellen lassen, ob sich die vier Tageszeitungen darin möglicherweise unterscheiden, und, darauf aufbauend, wie stark Phasen und Unterschiede zutage treten. Zur Erinnerung: Relevante Artikel wurden ab dem 1.11.2001 und bis zum 02.03.2002, also dem Samstag vor der Kommunalwahl codiert. Somit wurde die Wahlkampfberichterstattung über 18 Wochen hinweg systematisch erfasst.

1.4.3.1 Anzahl der Artikel

Abbildung 1.13 zeigt die Anzahl der codierten Beiträge pro Woche im Zeitverlauf. Zweierlei wird deutlich: Zum einen der kontinuierliche Anstieg an Berichterstattung in den letzten sechs – fast zehn – Wochen vor der Wahl. Und zum anderen eine bemerkenswerte Spitze gleich zu Beginn der Beobachtungsphase Mitte November (16. Woche vor der Wahl). In dieser Woche wurden 78 Artikel mit Scholz- und/oder Maly-Bezug (bzw. CSU-/SPD-Bezug) veröffentlicht. Diese Anzahl wurde erst zwei Wochen vor der Wahl übertroffen. Diese frühzeitige Spitze war jedoch lediglich von kurzer Dauer. Bereits zwei

³³Da die Artikel für die Analyse nur in jeweils zwei Gruppen eingeteilt werden, ergibt sich auch nur eine Diskriminanzfunktion.

³⁴Die Diskriminanz der Gruppeneinteilung ist allerdings zu schlecht, um diesbezüglich eine auch nur annähernd zutreffende Aussage machen zu können.

Wochen später (14. Woche) sanken die gezählten Artikel auf 28 zurück. Grund für diese kurzfristige Zunahme war ein besonderes kommunalpolitische Ereignis: Die Beratungen zum städtischen Haushalt. Dabei waren beide OB-Kandidaten Hauptakteure, u. z. Ludwig Scholz in seiner Funktion als Oberbürgermeister und Ulrich Maly in seiner Funktion als Stadtkämmerer. Dieses Ereignis stand also bereits ganz im Zeichen des Wahlkampfes.

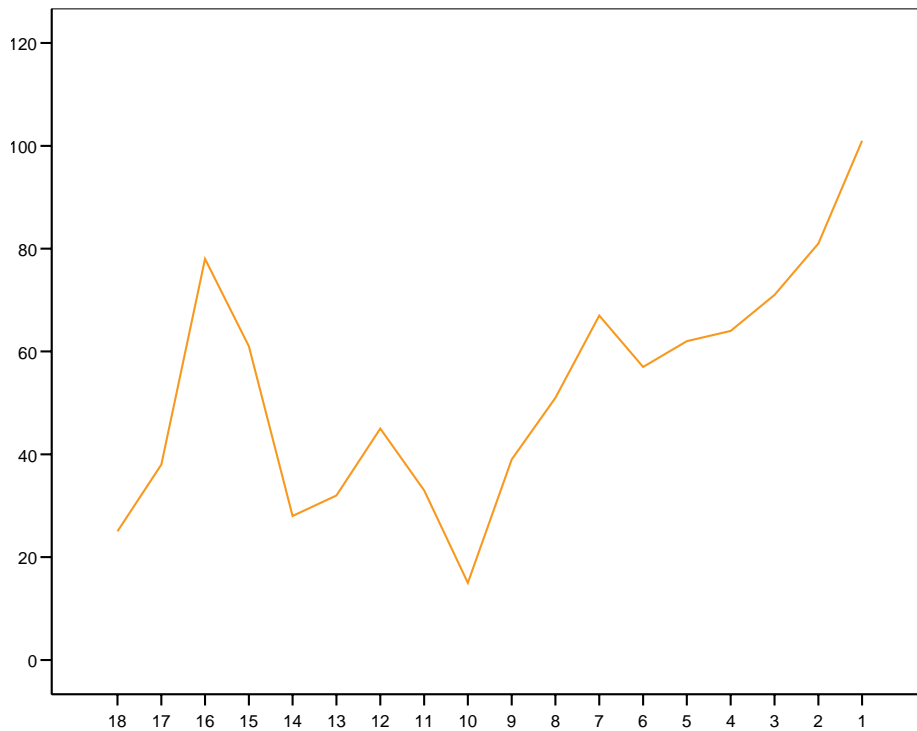


Abbildung 1.13: Anzahl der Wahlkampfberichte in den Wahlkampfphasen [in Wochen bis zum Wahltag]
Quelle: Nürnberg-Barometer (Inhaltsanalyse 2002; n=948)

Wie sieht der Zeitverlauf getrennt für die einzelnen Tageszeitungen aus? Drei Beobachtungen sind hier bemerkenswert:

1. BILD Nürnberg fällt deutlich bezüglich der Artikelzahl im Zeitverlauf gegenüber den anderen Tageszeitungen ab. Maximal zehn Artikel pro Woche werden mit Scholz- oder Maly-Bezug bzw. Bezug zu ihren Stadtratsparteien veröffentlicht.
2. Die Dominanz der NN innerhalb der kommunalen Wahlkampfberichterstattung wird erst im letzten Drittel des Wahlkampfes deutlich (etwa ab acht Wochen vor der Wahl); dann steigt die Artikelzahl kontinuierlich wie bei keiner anderen Tageszeitung an. Vor diesem Zeitpunkt ist eher ein gleichförmiger Verlauf ähnlich jenem von AZ und NZ festzustellen.

3. Bezüglich des letzten Drittels kann in der Berichterstattung von einer „heißen Phase“ des Wahlkampfes gesprochen werden. Hier steigern die drei Tageszeitungen NN, NZ und AZ ihre Veröffentlichungen zu den beiden Kandidaten. Besonders deutlich wird das beispielsweise bei der AZ. In der 6. Woche vor der Wahl wurden fünf Artikel veröffentlicht, drei Wochen später waren es 13 Artikel und in der letzten Woche vor der Wahl insgesamt 26 Beiträge. Auffällig ist, dass BILD Nürnberg wiederum im letzten Drittel eine gegenläufige Tendenz aufweist: Im Zeitverlauf ist bei ihr kein Anstieg von Artikeln in der heißen Phase zu beobachten. Der Höhepunkt der Berichterstattung liegt bei zehn Artikeln pro Woche (in der 5. Woche vor der Wahl) und flaut dann eher noch ab. So wurden in der letzten Woche vor der Wahl von BILD Nürnberg lediglich sechs wahlbezogene Artikel veröffentlicht, wohingegen die NZ und AZ im gleichen Zeitraum etwa viermal so viele Beiträge publizierten (24 bzw. 26 Artikel) und die NN sogar mit insgesamt 45 Artikeln die Kandidaten und ihre Parteien thematisierten.

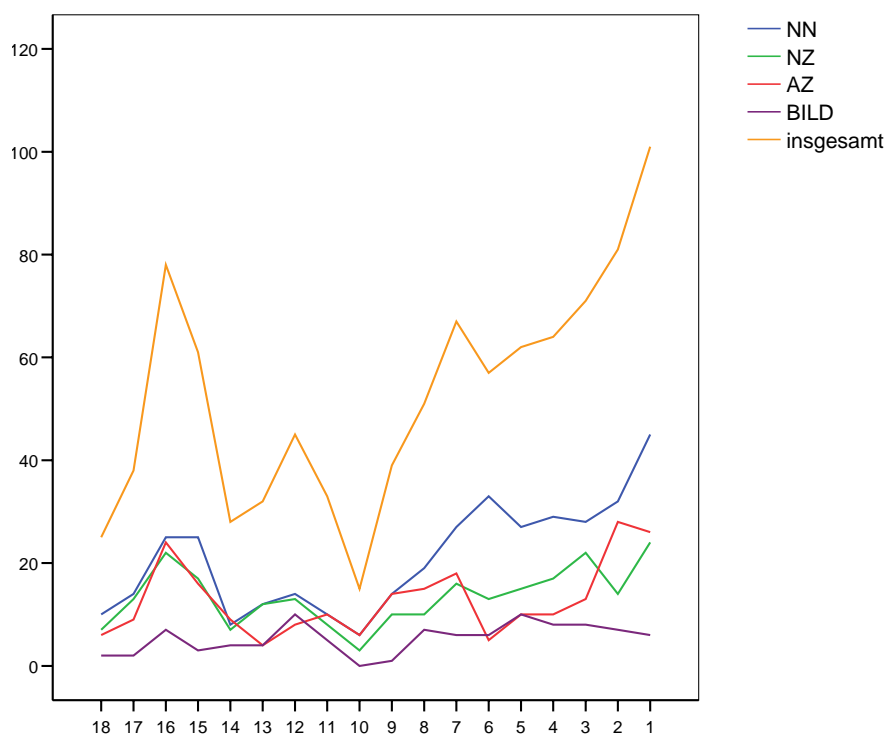


Abbildung 1.14: Anzahl der Wahlkampfberichte in den Wahlkampfphasen nach Zeitungen [in Wochen bis zum Wahltag]
 Quelle: Nürnberg-Barometer (Inhaltsanalyse 2002; n=948)

Die Kommunalkampfbereichterstattung fand in BILD Nürnberg demnach nur am Rande statt. Wollte man viel über die Kandidaten und ihre Parteien lesen, hätte man, mit

Ausnahme der BILD-Zeitung, bis zum Jahreswechsel tunlichst zu einer anderen lokalen Tageszeitung gegriffen – welche davon, wäre gleichgültig gewesen, berichten sie doch mit ähnlicher Häufigkeit. Ab dem Jahreswechsel (ca. acht Wochen vor der Wahl) hätte die Frage nach einer regionalen Tageszeitung mit informativer Wahlkampfberichterstattung eindeutig für den Kauf der NN gesprochen – wenn denn überhaupt die Intensität der Berichterstattung als ein wesentlicher Indikator für eine informative Wahlkampfberichterstattung gelten kann.

1.4.3.2 Relevanz der Beiträge

Gezeigt wurde bisher, dass sich die Häufigkeit der Wahlkampfberichterstattung im Zeitverlauf gewandelt hat. In einem zweiten Schritt wollen wir nun untersuchen, ob sich auch die Art und Weise der Berichterstattung verändert hat. Betrachtet werden dabei drei Aspekte: Formale Gesichtspunkte, Intensität des Wahlkampfbezugs sowie das Themenspektrum.

Im Folgenden soll untersucht werden, ob mit der zeitlichen Nähe zum Wahltag nicht nur die absolute Anzahl der relevanten Beiträge steigt, sondern sie zusätzlich für den Leser auch auffälliger gestaltet werden. Für diese Fragestellung werden die bereits allgemein beschriebenen formalen Merkmale – der Umfang, der Einsatz von Fotos, die Platzierung innerhalb der Zeitung sowie die Aufmachung auf der Zeitungsseite – genauer betrachtet. Der Zeitverlauf wird für diese Analyse in drei Phasen eingeteilt: Vorwahlkampf (01.11.01 bis 05.01.02), Wahlauftakt (06.01 bis 12.02) sowie „heiße Phase“ (13.02 bis 02.03.02).

Tabelle 1.39: Formale Merkmale der Artikel nach Wahlkampfphasen [in Prozent]

Formales Merkmal	Vorwahlkampf	Auftaktphase	„heiße Phase“
Platzierung			
Titelseite	7,9	3,6	5,7
erste Seite einer Sparte	33,0	34,8	32,8
alle anders platzieren Artikel	40,0	42,0	44,8
Aufmachung			
Hauptaufmacher	29,6	26,4	30,6
zweitgrößter Artikel der Seite	24,5	18,5	23,0
weniger stark aufgemachte Artikel	45,9	55,1	46,4
Foto			
ja	52,4	47,5	48,6
nein	47,6	52,5	51,4
Umfang			
gering	31,5	38,4	30,3
mittel	32,4	33,7	34,7
groß	36,1	27,9	35,0

Tabelle 1.39 zeigt, dass sich die formalen Merkmale im Zeitverlauf nicht ändern. Die Tageszeitungen veröffentlichen zwar grundsätzlich mehr Artikel, ändern diese aber nicht bezüglich ihrer typographischen Gestaltung, d. h. relevante Artikel nehmen hinsichtlich der formalen Gesichtspunkte die gleiche Stellung ein, egal, ob sie im November gedruckt wurden oder in der „heißen Phase“ des Wahlkampfes. Führt man diese Analyse getrennt für die Tageszeitungen durch, bestätigen sich diese Ergebnisse durchwegs.

1.4.3.3 Wahlkampfbezug und seine Intensität

Im Rahmen der Inhaltsanalyse wurde für jeden Beitrag erhoben, ob der Beitrag einen Wahlkampfbezug aufweist, wenn ja, wie zentral dieser ist und welcher Aspekt dabei angesprochen wird. Insgesamt weisen 43,5 Prozent aller Artikel einen Wahlkampfbezug auf, wobei bei Beiträgen der NN der Wahlkampfbezug häufiger explizit gemacht wird (hier weisen 51,5 Prozent Wahlkampfbezug auf) als bei der Abendzeitung (41,6 Prozent), der NZ (37,4 Prozent) oder der BILD-Zeitung (33,3 Prozent). Wenn jedoch ein Wahlkampfbezug im Artikel dargestellt wird, ist es erstaunlicherweise BILD Nürnberg, die ihn am häufigsten innerhalb eines Beitrags *durchgehend* darstellt: 62,5 Prozent aller BILD-Beiträge mit Wahlkampfbezug werden so klassifiziert; bei der AZ sind es 57,3 Prozent, bei der NN 54,4 Prozent und bei der NZ 44,0 Prozent. Nicht zu vergessen ist dabei jedoch die geringe Anzahl von Wahlkampfartikeln in BILD Nürnberg.

Welche Aspekte des Wahlkampfes werden thematisiert? Das Codebuch sah insgesamt acht Kategorien vor. Nachfolgende Prozentangaben beziehen sich auf Mehrfachantworten, wobei jeweils zwei Wahlkampfthemen pro Artikel codiert werden konnten.

Bei mehr als einem Drittel (38,6 Prozent) der Beiträge mit Wahlkampfbezug werden konkrete Wahlkampfthemen oder Wahlkampfmaßnahmen der Parteien oder Kandidaten vorgestellt. 10 Prozent aller Artikel portraituren die OB-Kandidaten und/oder ihre Ehegattinnen, wobei die AZ sich dieser Thematik verstärkt annimmt. Rund jeweils 5 Prozent beschäftigen sich mit anderen Themen, z. B. mit der Wahlstudie des WiSo-Lehrstuhls, in deren Rahmen auch diese Inhaltsanalyse durchgeführt wird (7,3 Prozent), kritisieren einen profillosen Wahlkampf (5,6 Prozent) oder thematisieren die Form des Wahlkampfes als Persönlichkeitswahlkampf (3,9 Prozent). Getrennt nach Tageszeitungen zeigt sich, dass die NN den Persönlichkeitswahlkampf und die These eines profillosen Wahlkampfes häufiger als die anderen Zeitungen anspricht. Die Mehrzahl der Beiträge (alle Tageszeitungen zusammengenommen) kann aber keinem konkreten Thema zugeordnet werden: Sie stellen den Wahlkampf ohne besondere Schwerpunktsetzungen vor (52,7 Prozent).

Veränderungen im Zeitverlauf zeigt Abbildung 1.15, in der der Anteil an Artikeln mit *teilweisem* (obere Kurve) und der Anteil an Artikel mit *durchgehendem* Wahlkampfbezug, der logischerweise unterhalb der erstgenannten Kurve liegen muss, visualisiert wird. Hier wird der zunehmend intensivere Wahlkampfbezug deutlich, je näher der Wahltag rückt. Vor dem Jahreswechsel hatte demzufolge erst ein Viertel der Beiträge Wahlkampfbezug, um in der Auftaktphase auf 47,1 Prozent und in den letzten vier Wochen vor der Wahl schließlich auf 59,0 Prozent zu steigen. Diese Tendenz zeigt sich – mit Ausnahme der NZ – auch getrennt für die einzelnen Tageszeitungen, wenngleich einige Abweichungen nicht zu übersehen sind.

Bezüglich der Wahlkampfthemen zeigen sich nur bei dem Vorwurf des profillosen Wahlkampfes und der Berichterstattung über die WiSo-Wahlstudie Veränderungen im Zeitverlauf. Beide Themen wurden v. a. in der Wahlkampf-Auftaktphase von den Zeitungen thematisiert. Jedoch muss auf die geringe Fallzahl von jeweils 23 bzw. 30 Nennungen hingewiesen werden. Die anderen wahlkampfbezogenen Themen weisen keine Zeitabhängigkeiten auf.

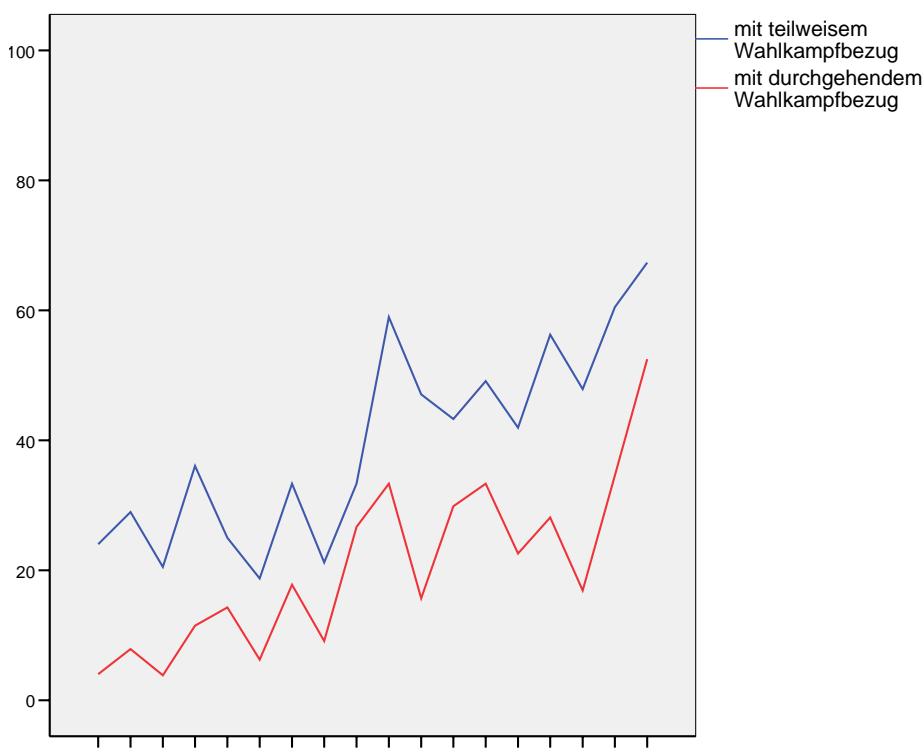


Abbildung 1.15: Artikel mit teilweise und durchgehendem Wahlkampfbezug [in Prozent]
Quelle: Nürnberg-Barometer (Inhaltsanalyse 2002; n=948)

1.4.3.4 Themen

Als dritter Aspekt sollen im Folgenden die mögliche Änderungen hinsichtlich der Relevanz von Themenbereichen im Zeitverlauf genauer betrachtet werden. Hierzu wird die Häufigkeit der Nennungen der übergeordneten Themenbereiche pro Zeitphase analysiert.³⁵ Die Häufigkeit der Nennungen wird dabei vom jeweiligen Rangplatz gespiegelt (vgl. Tabelle 1.40). Die Pfeile symbolisieren die Rangplatzverschiebungen der Themen zwischen den Wahlkampfphasen.

³⁵Das Themengebiet „Sonstiges“ wurde aus der Betrachtung ausgeschlossen.

Als erstes Ergebnis kann festgehalten werden, dass bei den unteren Rangplätzen (Rang 9 bis 13) nur marginale Veränderungen über den Zeitverlauf festzustellen sind. Die fünf dort vertretenen Themenbereiche – Bildung, Umwelt, Gesundheit, Kriminalität, Wohnungspolitik – tauschen lediglich untereinander ihre Rangplätze. Zwischen den anderen Themenbereichen ergeben sich hingegen durchaus nennenswerte größere Verschiebungen zwischen den Phasen.

Zweitens zeigen sich zwischen der Wahlaufaktphase und seiner „heißen Phase“ nur bei zwei Themenbereichen Veränderungen in der Thematisierungshäufigkeit. So verliert der Themenbereich „Finanzen“ in der heißen Wahlkampfphase an Bedeutung, wohingegen der Themenbereich „Verkehr“ im gleichen Maße an Bedeutung gewinnt: In der Auftaktphase berichten 17,3 Prozent aller Artikel über die Finanz- und 7,8 Prozent über Verkehrspolitik; in der „heißen Phase“ drehen sich die Gewichtung um und Finanzpolitik ist bei lediglich 7,6 Prozent der Beiträge, Verkehrspolitik hingegen bei insgesamt 13,9 Prozent der Beiträge relevant.

Tabelle 1.40: Rangliste der Themenbereiche nach Wahlkampfphasen

Thema	Vorwahlkampf	Auftaktphase	„heiße Phase“
Kultur	1	7↓	7→
Finanzpolitik	2	2→	5↓
Sport	3	8↑	8→
Wahlkampf	4	1↑	1→
Wirtschaftspolitik	5	3↑	3→
Verkehrspolitik	6	5↑	2↑
Stadtplanung	7	4↑	4→
Sozialpolitik	8	6↑	6→
Bildung	9	9	10
Umweltpolitik	10	10	9
Gesundheitspolitik	11	12	12
Kriminalität	12	11	11
Wohnungspolitik	13	13	13

Bei allen anderen Themenbereichen ändert sich zwischen diesen beiden Zeitspannen nichts in der Häufigkeit der Berichterstattung. Entscheidende Prioritätsänderungen hinsichtlich aufgegriffener Themen ergeben sich demnach bereits mit der Auftaktphase des Kommunalwahlkampfes: Jene Themen, die dort in den Mittelpunkt geraten, behalten ihre Wichtigkeit auch während der „heißen Phase“ – mit Ausnahme der beiden oben genannten. „Kultur“, im Vorfeld des Wahlkampfes das am häufigsten genannte Thema, verliert an Zugkraft und sinkt auf Rang 7. Hier waren insbesondere das Doku-Zentrum sowie die Einsparungen im Kulturbereich wichtige Themen in der Berichterstattung. Ähnliches ist bezüglich des Themenbereichs „Sport“ – Umbau des Frankenstadions und Bewerbung zur WM – zu beobachten: Er verliert seinen 3. Rang und fällt auf den 8. Die

Wahlkampfthematik schlechthin gewinnt als zentrales Thema an Priorität; ebenso der Themenbereich Stadtplanung, darunter vor allem Stadtsanierung und -verschönerung.

1.4.3.5 Zusammenfassung

Zusammengefasst können hinsichtlich des Zeitbezugs in der Wahlkampfberichterstattung drei Ergebnisse festgehalten werden:

1. Es lässt sich eine zunehmende Rolle des Wahlkampfes in der Berichterstattung mit Näherrücken des Wahltermines feststellen. Dies ist zum einen ableitbar anhand der absoluten Zunahme von relevanten Artikel im Zeitverlauf und zum anderen anhand des Zuwachses von Artikeln mit Wahlkampfbezug. Betrachtet man die Tageszeitungen getrennt voneinander, sind zwei Unterschiede bedeutsam: Erstens die geringe Präsenz des Kommunalwahl in BILD Nürnberg und zweitens die erst in der letzten Wahlkampfphase auseinanderdriftenden Entwicklungslinien in der Berichterstattung von NZ, NN und AZ dahingehend, dass die NN ihre Berichterstattung stärker intensiviert als die anderen Zeitungen.
2. Anhand der zeitlichen Entwicklung der Berichterstattung lassen sich drei grobe Phasen einteilen. Die Phase des Vorwahlkampfes (November und Dezember 2001), der Wahlkampfauftakt (Januar bis Mitte Februar 2002) sowie die „heiße Phase“ in den letzten vier Wochen des Wahlkampfes. Die außergewöhnliche Spitze in der ersten Phase lässt sich durch ein wichtiges kommunalpolitisches Thema (Beratungen zum städtischen Haushalt) erklären, das ebenfalls bereits als Wahlkampfthema klassifiziert werden kann. Trotz Zunahme der Berichterstattung sind jedoch des Weiteren keine Änderungen hinsichtlich der formalen Merkmale ersichtlich. Umfang, Platzierung, Aufmachung unterscheiden sich während der drei Phasen der Wahlkampfberichterstattung der Lokalzeitungen nicht voneinander.
3. Die Wichtigkeit der Themenbereiche ist im Wahlkampf bereits in der Auftaktphase erkennbar; sie zementiert sich, bis auf zwei Ausnahmen, bis hin zur „heißen Phase“.

1.4.4 Bewertung der Kandidaten

Eine wichtige Fragestellung im Rahmen des Projektes war die Darstellung der OB-Kandidaten in den Printmedien. Mit Hilfe des Codebuches wurden deshalb mehrere Einzelaspekte zu den Kandidaten erhoben: Vorhandensein und Zentralität eines Personenbezugs, Art der beschriebenen Funktion (OB-Kandidat, Oberbürgermeister / Stadtkämmerer), Art der Darstellung (direkte/indirekte Rede, bloße Erwähnung), Bewertung durch die im Artikel vorkommenden Akteure (positiv, neutral, negativ) sowie Bewertung durch die Journalisten bzw. Autoren (positiv, neutral, negativ). Im Folgenden soll die Bewertung der Kandidaten beleuchtet werden. Weitere Einzeldimensionen werden bei der Analyse zur Personalisierung im Wahlkampf näher betrachtet.

Insgesamt zeigt sich, dass innerhalb der Beiträge die Kandidaten nur selten wirklich bewertet werden:³⁶ Vielmehr ist bei etwa zwei Dritteln der Beiträge keine negative oder positive Bewertung erkennbar. Dies gilt sowohl für Ulrich Maly als auch für Ludwig Scholz. Eine Bewertung im Artikel findet außerdem direkt – durch die Journalisten – viel seltener statt als indirekt – durch genannte weitere Akteure. In lediglich 15 Prozent aller Beiträge werden die OB-Kandidaten durch den Autor direkt, in 25 Prozent mit Hilfe von Äußerungen anderer genannter Akteure bewertet.

Interessant ist nun, inwieweit die OB-Kandidaten in den Artikeln positiv dargestellt und inwieweit sie kritisiert werden. Hierfür werden die Urteile des Autors und der Akteure gemeinsam betrachtet. Die Zusammenfassung der beiden Urteile erfolgt gleichgewichtig. Zwei Beispiele sollen das Vorgehen verdeutlichen: Ist beispielsweise die Autorenbewertung vorwiegend negativ und die Akteursbewertung vorwiegend positiv, wird eine gemischte Gesamtbewertung angenommen. Äußern sich im Beitrag die Akteure sowohl positiv als auch negativ, bezieht aber der Autor eindeutig eine den Kandidaten unterstützende Stellung, ergibt sich eine positive Gesamtdarstellung.

Ludwig Scholz wird in zwei Dritteln (67,2 Prozent) der Artikel – wie bereits erwähnt – unbewertet behandelt. Wenn er aber erwähnt und bewertet wird, dann überwiegend kritisch bzw. negativ (s. Tabelle 1.41): 16,9 Prozent der von ihm handelnden Artikel weisen ein vorwiegend negatives Gesamturteil auf, in 9 Prozent der Beiträge wird er positiv dargestellt, und in 6,9 Prozent der Artikel werden sowohl ihn unterstützende als auch ihn kritisierende Aspekte genannt.

Ulrich Maly wird in jenen Artikeln, in denen er erwähnt wird, insgesamt positiver als Ludwig Scholz dargestellt (s. Tabelle 1.41): 13,9 Prozent der Beiträge haben vorwiegend positiven Charakter, 11,7 Prozent enthalten eindeutig Kritik am SPD-Kandidaten. Vergleichbar zu den o. a. Ergebnissen von Ludwig Scholz weisen 6,6 Prozent der Beiträge ein gemischtes Gesamturteil auf, während zwei Drittel völlig neutral verfasst sind.

Interessant ist, inwieweit sich die Tageszeitungen in ihren Bewertungen unterscheiden und einen bestimmten Kandidaten ihren Lesern eher ans Herz legen als einen anderen. Die Daten zeigen diesbezüglich ein durchaus differenziertes Bild.

Zunächst beziehen NZ und BILD Nürnberg generell seltener Stellung zu dem CSU-Kandidaten als NN und AZ: So sind drei Viertel aller Beiträge von NZ und BILD Nürnberg ohne erkennbares Urteil, während dies bei NN und AZ lediglich in 61,9 Prozent bzw. 63,0 Prozent der Artikel der Fall ist (s. Tabelle 1.41).

Bezüglich des SPD-Kandidaten verschieben sich die Präferenzen der Urteilsäußerungen. Während in Beiträgen von BILD Nürnberg weiterhin am seltensten Bewertungen zu finden sind – 75 Prozent sind dort ohne Bewertung –, beläuft sich die Vergleichszahl in den Artikeln der AZ auf nur 59,3 Prozent. NN (70,9 Prozent ohne Bewertung) und NZ (67,5 Prozent ohne Bewertung) liegen zwischen diesen Polen.

³⁶Basis der Betrachtung sind die Artikel mit Scholz- bzw. Maly-Bezug (n=598 bzw. n=366).

Tabelle 1.41: Bewertung der OB-Kandidaten nach Tageszeitungen [in Prozent]

Bewertung	NN	NZ	AZ	BILD	insgesamt
Scholz					
negativ	21,3	8,7	18,5	14,3	16,9
positiv	7,4	9,4	13,0	5,7	9,0
gemischt	9,4	6,5	5,5	1,4	6,9
nicht erkennbar	61,9	75,4	63,0	78,6	67,2
insgesamt (n=598)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Maly					
negativ	9,7	13,3	15,1	9,4	11,7
positiv	13,3	13,3	17,4	9,4	13,9
gemischt	6,1	6,0	8,1	6,3	6,6
nicht erkennbar	70,9	67,5	59,3	75,0	67,8
insgesamt (n=366)	100,0	100,1	99,9	100,1	100,0

Neben der grundsätzlichen Urteilsdarstellung fällt auch das Gesamturteil für die Kandidaten in den jeweiligen Zeitungen unterschiedlich aus. Kritik am damaligen Bürgermeister Scholz wird insbesondere in den NN deutlich: Hier weisen 21,3 Prozent aller Artikel mit Scholz-Nennung ein vorwiegend negatives Gesamturteil auf. In der NZ ist dies lediglich bei 8,7 Prozent der Artikel der Fall. Dieses Meinungsbild repräsentiert wohl die eingangs erwähnte Grundorientierung der unterschiedlichen Leserschaften beider Zeitungen – konservativ gegenüber sozial-liberal.³⁷ Allerdings wird in den Artikeln der NZ Ludwig Scholz auch nicht übermäßig positiv dargestellt: Lediglich 9,4 Prozent der Beiträge in der NZ stellen den CSU-Kandidaten positiv dar. In den NN sind es ebenfalls 9,4 Prozent. Auch die beiden Kaufzeitungen AZ und BILD Nürnberg stellen in ihren Beiträgen eher ein negatives Bild von Ludwig Scholz dar. Aber: Selbst wenn die AZ immerhin in 13,0 Prozent ihrer Beiträge positiv über ihn berichtet, haben doch 18,5 Prozent ihrer Artikel eine überwiegend negative Ausrichtung (s. Tabelle 1.41).

Welches Bild wird nun von dem SPD-Kandidaten Ulrich Maly gezeichnet? Wird er häufiger als Ludwig Scholz positiv dargestellt? Diese Frage kann man tendenziell bejahen (s. Tabelle 1.41). So nehmen 13,3 Prozent aller NN-Beiträge mit Maly-Bezug eine ihn unterstützende Haltung ein; kritisiert wird er in lediglich 9,7 Prozent der Beiträge. Sowohl in der NZ als auch bei den – allerdings sehr wenigen – Artikeln der BILD-Zeitung ist der Anteil an negativen und positiven Gesamturteilen ausgewogen: Jeweils 13,3 Prozent der Beiträge der NZ und jeweils drei von 32 Artikeln von BILD Nürnberg sind entweder positiv oder negativ ausgerichtet. Bei der AZ überwiegt leicht eine positive Berichterstattung über Ulrich Maly: Bei 17,4 Prozent aller Beiträge ist eine unterstützende, bei 15,1 Prozent eine kritisierende Tendenz zu beobachten.

³⁷vgl. dazu auch die Ergebnisse der Regressionsanalysen in Kapitel 1.3.5, S. 37.

Jeweils 6 bis 8 Prozent der Artikel der Zeitungen stellen gleichzeitig sowohl negative als auch positive Aspekte des SPD-Kandidaten dar. Bei Ludwig Scholz liegt der vergleichbare Anteil an Artikeln mit ausgewogenen Urteilsäußerungen bei 9,4 Prozent (NN) bis 1,4 Prozent (BILD Nürnberg).³⁸

1.4.4.1 Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Analyse der Berichterstattung der Nürnberger Printmedien Indizien zu Tage fördert, die vermuten lassen, dass die Zeitungen Ulrich Maly im Vergleich zu Ludwig Scholz favorisieren: Ihre Beiträge sind Ludwig Scholz gegenüber im Großen und Ganzen kritischer ausgerichtet als gegenüber Ulrich Maly. Letzterer wird vielmehr häufiger positiv dargestellt. Getrennt nach den Zeitungen zeigt sich, dass v. a. die NN anteilmäßig mehr Artikel mit negativen Bezug zu Ludwig Scholz publizieren. Die AZ polarisiert innerhalb ihrer Wahlkampfberichterstattung, bezieht jedoch nicht eindeutig Stellung: Sie berichtet im Vergleich zu den NN und BILD-Zeitung negativer über Scholz, ist aber im Vergleich zu allen anderen Zeitung zugleich jene Zeitung, die am häufigsten auch positiv über den damaligen Oberbürgermeister berichtet. Hinsichtlich der Bewertungen für Ulrich Maly gibt es zwischen den Tageszeitungen keine so starken Differenzen. Er wird in allen vier Tageszeitungen eher positiv als negativ bzw. ausgewogen dargestellt.

1.4.5 Personalisierung im Wahlkampf

Bereits bei der Bundestagswahl 1998 umschrieben Begriffe wie „der Medienkanzler Schröder“ oder „Infotainment“ einen neuartigen Prozess, der das Forschungsinteresse der Wissenschaft geweckt hat: Die Personalisierung von Politik. In diesem Abschnitt soll überprüft werden, ob sich der vielfach im Zusammenhang mit Wahlkämpfen genannte Prozess der „Personalisierung“ auch auf kommunaler Ebene bei der Wahl des Nürnberger Oberbürgermeisters am 3. März 2002 empirisch nachweisen lässt.³⁹

Im sozialwissenschaftlichen Diskurs werden mit Personalisierung zwei Entwicklungen bezeichnet: Die allgemeine oder globale Personalisierung auf der einen und die spezifische Personalisierung auf der anderen Seite. Die erste Form beschreibt die steigende Bedeutung des politischen Personals im Rahmen der Politikvermittlung. Dabei treten Sachthemen in den Hintergrund und Politik wird vereinfacht durch die Person dargestellt. Die zweite geht auf den allgemeinmenschlich-persönlichen Aspekt ein, der Politiker als Privatpersonen versteht (vgl. [Ohr und Klein, 2001](#), S. 38). Untersucht werden soll also, ob z. B. das Charisma eines Kandidaten, sein gesellschaftliches Engagement oder seine Präsenz bei verschiedenen Anlässen stärker in und durch die lokalen Printmedien

³⁸Dahinter verbirgt sich jedoch nur ein Artikel. Insgesamt weisen 15 der 70 Artikel mit Scholz-Bezug eine Bewertung auf.

³⁹Die folgenden Ausführungen beruhen auf einer Seminararbeit, die im Sommersemester 2002 von Florian Janik, Natalie Morawietz, Katharina Schmidt und Stefan Schmitt im Rahmen des Lehrforschungsprojektes „Kommunalwahl in Nürnberg 2002“ erarbeitet wurde.

herausgestellt wird als politische Sachthemen. Auch interessiert, ob sein privates Umfeld, sein Partner bzw. seine Familie, eine wichtige Rolle in der Berichterstattung spielen.

1.4.5.1 Die Hauptpersonen im Wahlkampf und wie über sie berichtet wird

Führen wir eine Häufigkeitsauszählung darüber durch, wie oft Maly und Scholz überhaupt in den untersuchten Artikeln genannt werden, ist das Ergebnis in Tabelle 1.42 dargestellt. Scholz liegt demnach mit 598 Nennungen in allen Artikeln der vier Zeitungen klar vor Maly mit 366 Nennungen. Von insgesamt 948 Artikeln im Zeitraum 31. Oktober 2001 bis 3. März 2002 kommt Ludwig Scholz also in 63 Prozent, Ulrich Maly in 38 Prozent der Fälle vor. Dieses Ergebnis verwundert nicht, da Scholz als damaliger Amtsinhaber funktionsgemäß mehr berichtenswerte Repräsentationstermine wahrnehmen musste als sein Herausforderer als damaliger Kämmerer.

Dafür, dass der Wahlkampf in der Lokalpresse tatsächlich eher personalisiert dargestellt wurde, spricht möglicherweise, dass Scholz in über der Hälfte der Artikel und Maly zumindest in mehr als einem Drittel der Artikel erwähnt werden. Demgegenüber werden die beiden Stadtratsparteien nur 161 Mal (SPD) und 118 Mal (CSU) erwähnt. Hier liegt also die SPD im Gegensatz zu den Spitzenkandidaten deutlich vor der CSU.

Tabelle 1.42: Personenbezug der Zeitungsartikel

		n	%
Scholz	Personenbezug	598	63,1
	kein Personenbezug	350	36,9
Maly	Personenbezug	366	38,6
	kein Personenbezug	582	61,4
insgesamt		948	100,0

Neben dem Personenbezug der Artikel wurde auch die jeweilige Zentralität, die die beiden Kandidaten in diesen einnehmen, erfasst. Tabelle 1.43 ist zu entnehmen, dass Scholz in allen Kategorien häufiger vertreten ist als sein Herausforderer. Bei Betrachtung der gültigen Prozentwerte, bei denen Artikel mit „keinem Personenbezug“ unberücksichtigt bleiben, ist aber zu erkennen, dass der Maly-Bezug – wenn Maly erwähnt wird – in 24 Prozent der Artikel zumindest einen überwiegenden Teil einnimmt, also stark im Vordergrund steht. In 18 Prozent der Fälle nimmt zumindest die Hälfte der Artikel Bezug auf Maly. Im Gegensatz dazu kommt Scholz nur in 19 Prozent der Artikel überwiegend vor und in 14 Prozent halten sich Scholz-Bezüge und andere Bezüge die Waage. Zu 58 Prozent wird Maly, Scholz sogar in 67 Prozent der Artikel nur am Rande erwähnt. Die Daten resümierend, wird Maly zwar seltener in den Zeitungen erwähnt; wenn aber dennoch über ihn berichtet wird, dann in der Tendenz zentraler und stärker als über Scholz.

Tabelle 1.43: Zentralität der OB-Kandidaten in Zeitungsartikeln

		n	%
Scholz	starker Bezug	114	19,1
	ausgewogener Bezug	82	13,7
	geringer Bezug	402	67,2
insgesamt		598	100,0
Maly	starker Bezug	89	24,3
	ausgewogener Bezug	66	18,0
	geringer Bezug	211	57,7
insgesamt		366	100,0

Die Tabellen 1.44 und 1.45 geben Aufschluss darüber, ob sich die Berichterstattung der vier Zeitungen im Hinblick auf die Häufigkeit der Nennung und der Zentralität der beiden Kandidaten unterscheidet. Auffällig ist, dass die BILD-Zeitung über Scholz weit häufiger (73 Prozent) berichtet als er im Durchschnitt aller Lokalzeitungen erwähnt wird (nur in 63 Prozent der Artikel). In der NZ hingegen taucht der Name Ludwig Scholz nur in 57 Prozent der Artikel auf, obwohl die Zeitung eher das konservative Klientel bedient. Bei Ulrich Maly stechen die Nürnberger Nachrichten mit 44 Prozent gegenüber durchschnittlich nur 39 Prozent hervor, wobei BILD Nürnberg und NZ Maly unterdurchschnittlich oft erwähnen.

Tabelle 1.44: Personenbezug der OB-Kandidaten nach Zeitungen I

		NN	NZ	AZ	BILD	insgesamt
Scholz	Personenbezug	244	138	146	70	598
	Prozent von Zeitung	64,4	56,8	63,2	72,9	63,1
Maly	Personenbezug	165	83	86	32	366
	Prozent von Zeitung	43,7	34,2	37,2	33,3	38,6

Auch hinsichtlich der Frage, wie zentral die beiden Kandidaten in den jeweiligen Zeitungen auftauchen, lässt sich erkennen, dass BILD Nürnberg Ludwig Scholz weit häufiger zentral (33 Prozent) erwähnt als dies im Schnitt aller Zeitungen der Fall ist. Ebenso erstaunt auf den ersten Blick, dass auch Ulrich Maly von BILD Nürnberg überdurchschnittlich zentral genannt wird, dabei allerdings von der AZ mit 37 Prozent gegenüber 24 Prozent noch übertroffen wird. Als ein Erklärungsansatz dafür kann u. U. angeführt werden, dass die beiden Boulevardblätter, wenn sie denn überhaupt über den Wahlkampf berichten, dann ausführlich auf die Personen eingehen, die ihn führen, sie also über den Wahlkampf verstärkt personalisiert und weniger sachbezogen berichten als die Abonnementszeitungen.

Tabelle 1.45: Personenbezug der OB-Kandidaten nach Zeitungen II

		NN	NZ	AZ	BILD	insgesamt
Scholz	starker Bezug	39	20	32	23	114
	Prozent von Zeitung	16,0	14,5	21,9	32,9	19,1
	ausgewogener Bezug	34	19	20	9	82
	Prozent von Zeitung	13,9	13,8	13,7	12,9	13,7
	geringer Bezug	171	99	94	38	402
	Prozent von Zeitung	70,1	71,7	64,4	54,3	67,2
Maly	starker Bezug	30	17	32	10	89
	Prozent von Zeitung	18,2	20,5	37,2	31,3	24,3
	ausgewogener Bezug	35	9	16	6	66
	Prozent von Zeitung	21,2	10,8	18,6	18,8	18,0
	geringer Bezug	100	57	38	16	211
	Prozent von Zeitung	60,6	68,7	44,2	50,0	57,7

Ein weiterer Hinweis auf eine verstärkte Personalisierung im Wahlkampf in den Printmedien wäre eine häufige Berichterstattung über Familie und Privatleben der OB-Kandidaten. In Tabelle 1.46 wird deutlich, dass Personalisierung im Sinne von Berichterstattung über Privatleben, Familie und Frau im Nürnberger Kommunalwahlkampf praktisch kaum eine Rolle spielt: Weder wird über die Familie der beiden Kandidaten häufig berichtet – dies ist nur in 22 von 948 Artikeln der Fall –, noch über ihre Ehefrauen. Wenn doch, dann sticht Frau Scholz mit 45 Nennungen gegenüber nur 7 Nennungen von Frau Maly deutlich hervor; sicherlich ein Zeichen dafür, dass die Ehegattin des damaligen Oberbürgermeisters 2002 eine nicht zu negierende Rolle in der Wahlkampfstrategie der CSU spielte.

Tabelle 1.46: Thematisierung von Frau und Familie

	n	%
Familie thematisiert	22	2,3
Frau Scholz genannt	45	4,7
Frau Maly genannt	7	0,7
beide Frauen genannt	7	0,7

Abschließend soll noch die Verknüpfung der Berichterstattung mit einer dazu passenden Visualisierung betrachtet werden. Zunächst ist festzuhalten, dass in ziemlich genau der Hälfte der analysierten Artikel (472 von 948) mindestens ein Foto abgebildet ist. Erkennbar ist, dass Scholz auch diesbezüglich und erneut bevorzugt herausgestellt wird und mit 36 Prozent „Bebilderung“ deutlich vor Maly mit nur 14 Prozent liegt (vgl.

Tabelle 1.47). Für das bewusste Hervorheben der Kandidaten spricht, dass die Fotos in mehr als der Hälfte der Fälle auch einen der beiden OB-Kandidaten zeigen – was allerdings wenig erstaunlich ist bei einer Direktwahl zum Oberbürgermeisteramt.

Tabelle 1.47: Motive der Fotos

	n	%
Maly	67	7,1
Scholz	168	17,7
Scholz und Maly	11	1,2
Sonstiges	226	23,8
kein Foto	476	50,2
insgesamt	948	100,0

1.4.5.2 Personalisierung

„Um die Auswertung zu vereinfachen und die Komplexität der Datenvielfalt zu reduzieren, ist es (...) sinnvoll, (...) aus vielen einzelnen Variablen Indizes zu bilden und diese auf Reliabilität zu prüfen“ (Wittenberg, 1998, S. 95). Im Folgenden soll nun genau dies geschehen. Aus ausgewählten Variablen wird ein Index gebildet, der den Grad der Personalisierung eines Artikels misst. Folgende Aspekte werden bei der Indexbildung berücksichtigt:

- **DAS FOTOMOTIV** (soweit vorhanden): Hierbei wird unterstellt, dass die Personalisierung umso größer ist, je deutlicher der jeweilige Kandidat durch ein Bild hervorgehoben wird. Die Hervorhebung ist folglich am größten, wenn nur der Kandidat auf einem Bild zu sehen ist.
- **DIE DREI VARIABLEN ZU DEN IM ARTIKEL BEHANDELTEN THEMEN:** Dabei wird von einer hohen Personalisierung ausgegangen, wenn nicht die Themen im Mittelpunkt stehen, sondern so genannte „gesellschaftliche“ Ereignisse wie Ausstellungseröffnungen, Festakte und Ähnliches. Hier wirkt der Kandidat am stärksten durch seine Präsenz.
- **DIE IM ARTIKEL GENANNTE AKTEURE:** Dabei wird von einer starken Personalisierung gesprochen, wenn die beiden Kandidaten in dem Artikel als wichtige Akteure dargestellt sind.
- **DIE ZENTRALITÄT, DIE EINEM KANDIDATEN IN EINEM ARTIKEL ZUGEWIESEN WIRD:** Hat ein Artikel fast ausschließlich Bezug auf einen der beiden Kandidaten, so sprechen wir von einem hohen Personalisierungsgrad des Artikels.
- **DIE BEIDEN VARIABLEN „FAMILIENLEBEN ERWÄHNT“ UND „FRAU ERWÄHNT“:** Eine starke Betonung der privaten Verhältnisse spricht für einen hohen Grad an Personalisierung.

Der hier verwendete Personalisierungsindex erfasst also die Aspekte Themen, Akteure, und deren Zentralität im Artikel, also Partei und Inhalte versus Kandidaten. Spezifische Aspekte der Personalisierung berücksichtigen die Variablen Motiv des Fotos, Familie und Frau.⁴⁰

Im Folgenden sollen Zusammenhänge zwischen dem Personalisierungsindex und einigen formalen Merkmalen geprüft werden. Zunächst steht ein zeitlicher Aspekt im Vordergrund: Werden die Artikel mit dem Näherrücken des Wahltages stärker personalisiert gestaltet? Des Weiteren wird auf die Frage eingegangen, ob sich Boulevard- (BILD, AZ) und Abonnementzeitungen (NN, NZ) in der Stärke der Personalisierung unterscheiden.

Zu vermuten ist, dass mit dem Näherrücken des Wahltags auch die Präsenz der beiden OB-Kandidaten Maly und Scholz in den vier Nürnberger Tageszeitungen zunimmt. Die Personalisierung dürfte vor allem in der „heißen Phase“, also in den letzten vier Wochen vor der Wahl in den Artikeln stark zunehmen: Die beiden OB-Kandidaten Maly und Scholz sollten in der „heißen Phase“ in den Beiträgen stärker herausgestellt werden als in den Monaten zuvor.⁴¹

Tabelle 1.48: Personalisierung nach Wahlkampfphasen [Spaltenprozent]

Personalisierung	Vorwahlkampf	Auftaktphase	„heiße Phase“	insgesamt				
niedrige	213	69,4	186	61,0	216	64,3	615	64,9
mittlere	92	30,0	108	35,4	101	30,1	301	31,8
hohe	2	0,7	11	3,6	19	5,7	32	3,4
insgesamt	307	100,1	305	100,0	336	100,1	948	100,1

Aus Tabelle 1.48 ist ersichtlich, dass Artikel mit einem niedrigen Personalisierungsgrad überdurchschnittlich oft in der ersten (Vorwahlkampf) und unterdurchschnittlich in der zweiten Phase (Auftakt) vorkommen. Die Verteilung der „mittleren Personalisierung“ ist in jeder Phase gleich der Randverteilung, außer in der zweiten Phase. Die Artikel mit einer hohen Personalisierung steigern sich von Phase zu Phase. Weiter kann aus der Tabelle abgelesen werden, dass Artikel, die eine niedrige Personalisierung aufweisen und damit beide Kandidaten gering herausstellen, überdurchschnittlich oft in der ersten Phase auftreten. Insgesamt ist ein schwacher positiver Zusammenhang zwischen der in den Artikeln aufscheinenden Personalisierung und dem sich nähernden Wahltermin auszumachen.

In Tabelle 1.49 wird der recodierte Personalisierungsindex in Abhängigkeit vom Zeitungstyp – Boulevard- (BILD, AZ) und Abonnementpresse (NN, NZ) – dargestellt. Anhand des Vergleichs von relativen Zellenhäufigkeiten mit den jeweiligen Randhäufigkeiten kann gefolgert werden, dass Boulevard- und Abonnementpresse sich, wie vermutet, hinsichtlich des Personalisierungsgrades stark unterscheiden: Die Artikel in den Boule-

⁴⁰Personalisierungsindex: n=948; m=2,9; s=2,1; md=2; h=2, min=0; max=12; Cronbach's α =.54.

⁴¹Zur Überprüfung der Hypothese wird der Index wie folgt recodiert: 0–3 „niedrige Personalisierung“; 4–7 „mittlere Personalisierung“; 8–12 „hohe Personalisierung“.

vardzeitungen erweisen sich als stärker personalisiert als Berichte in den Abonnementzeitungen.

Tabelle 1.49: Personalisierung nach Zeitungstyp [Spaltenprozente]

Personalisierung	Boulevard		Abonnement		insgesamt	
niedrige	169	51,7	446	71,8	615	64,9
mittlere	135	41,3	166	26,7	301	31,8
hohe	23	7,0	9	1,4	32	3,4
insgesamt	327	100,0	621	99,9	948	100,1

1.4.5.3 Zusammenfassung

Rund ein Drittel der erfassten Artikel weist immerhin einen mittleren bis hohen Personalisierungsgrad auf. Personalisierung spielt also eine gewisse Rolle in den Medien. Es lässt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Boulevardzeitung und Abonnementpresse hinsichtlich der Personalisierung feststellen. Die Vermutung, dass Personalisierung mit dem Näherrücken der Wahl stärker in den Mittelpunkt rückt, lässt sich aufgrund der Untersuchungen ebenfalls bestätigen.

Allerdings sollten die gewonnenen Erkenntnisse wegen der Besonderheiten von Kommunalwahlen nicht überinterpretiert werden. Personalisierung von Politik, die auf nationaler Ebene sicherlich ein neueres Phänomen darstellt (vgl. [Ohr und Klein, 2001](#), S. 38 ff.), lässt sich auf kommunaler Ebene schon länger beobachten; sie ergibt sich durch das Direktwahlssystem quasi von selbst. In Nürnberg wird diese besondere Wahlsituation im Jahr 2002 noch dadurch verstärkt, dass der Gegenkandidat des amtierenden Oberbürgermeisters Ludwig Scholz trotz seiner Kämmererfunktion ein dennoch weitgehend „unbeschriebenes“ Blatt darstellte und in der breiten Öffentlichkeit kaum bekannt war. Deshalb ist es plausibel, dass Ulrich Maly, sollte er überhaupt eine Chance bekommen, von seiner Partei in den Vordergrund gerückt werden musste. Die starke Präsenz von Ludwig Scholz in den Medien, vor allem in BILD Nürnberg, lässt sich hingegen vorwiegend durch seine zahlreichen repräsentativen Verpflichtungen als amtierender Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg erklären.

Anhand unserer Daten kann jedoch nicht abschließend geklärt werden, ob nun auch auf kommunaler Ebene der Personalisierungsprozess frisch eingesetzt hat oder ob dieser eigentlich schon immer, wahlsystembedingt, latent vorhanden war.⁴²

⁴²Aufschluss darüber könnte ein Vergleich mit dem Wahljahr 1996 ergeben, in dem sich wie bei der Kommunalwahl 2002 der Kandidat der damaligen Opposition erst in einer Stichwahl gegen den regierenden Oberbürgermeister durchsetzen konnte. Wenn auch die Partei der jeweiligen Gegenkandidaten unterschiedlich war, so galten beide doch als Außenseiter. Im Jahr 1996 gewann überraschend der Kandidat der CSU, Ludwig Scholz, gegen den seit 1987 amtierenden Oberbürgermeister Dr. Peter Schönlein von der SPD (vgl. [Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, 2001b](#), S. 85).

1.4.6 Resümee

Im vorliegenden Abschnitt wurde die Rolle der Massenmedien in Wahlkämpfen am Beispiel der Berichterstattung in den vier Nürnberger Tageszeitungen über den Kommunalwahlkampf 2002 in Nürnberg untersucht. Wie wird über den Wahlkampf in der Presse berichtet? Wie werden die OB-Kandidaten bewertet? Favorisieren die Tageszeitungen einen Kandidaten? Welche Themen spielen eine Rolle? Inwieweit kann von einer Personalisierung des Wahlkampfes in der Berichterstattung gesprochen werden?

In den NN wird im betrachteten Zeitraum am häufigsten über den Wahlkampf berichtet, was jedoch interessanterweise erst auf die Berichterstattung in den letzten acht Wochen vor der Wahl zurückzuführen ist. BILD Nürnberg berichtet am wenigsten intensiv über den Nürnberger Wahlkampf, was sich sowohl an der Artikelzahl als auch am durchschnittlichen Umfang der Artikel bemerkbar macht. Hinsichtlich der Stil- und formalen Merkmale zeigt sich, dass die Tageszeitungen diese mit unterschiedlichem Gewicht einsetzen: Die NN übernimmt ohne Zweifel die dominante Rolle hinsichtlich der absoluten Anzahl der Beiträge, wohingegen die NZ ihre Beiträge am häufigsten im allgemeinen Politikteil platziert und ihnen dadurch ein stärkeres Gewicht, eine größere politische Bedeutung zuspricht. Die AZ verwendet so viele Bilder wie keine andere Zeitung; die BILD-Zeitung platziert ihre (wenigen) Beiträge meist prominent auf der ersten Seite einer Sparte.

Zwischen den Tageszeitungen existieren keine Unterschiede bei der Berichterstattung der Themen. Neben dem Wahlkampf als spezifischem Thema stehen die Finanz-, Kultur-, Wirtschafts- und Verkehrspolitik im Vordergrund. Eine Diskriminanzanalyse zeigt jedoch, dass die OB-Kandidaten in der Presse jeweils mit anderen Themen in Verbindung gebracht werden. Während über den damaligen Kandidaten Maly vor allem im Zusammenhang mit dem Wahlkampf allgemein und mit dem Thema Finanzen berichtet wird, sind bei Scholz keine besonderen Schwerpunkte in der Berichterstattung zu erkennen: Passend zu seiner Rolle als amtierender Oberbürgermeister deckt er mehr oder weniger alle Themen ab.

Interessanter Aspekt bei der Analyse war selbstverständlich, inwieweit die Berichterstattung für oder gegen einen Kandidaten Stellung bezogen hat. Grundsätzlich wird deutlich, dass die Zeitungen die Kandidaten eher selten bewerten. Dies ist lediglich in einem Drittel der Beiträge der Fall. In diesen Beiträgen wird jedoch tendenziell der Herausforderer Ulrich Maly favorisiert, während sein Widerpart, der amtierende Oberbürgermeister Ludwig Scholz in der Presse – vor allem in den NN – tendenziell eher kritisiert wird.

Die These einer Personalisierung des Kommunalwahlkampfes in der Nürnberger Berichterstattung lässt sich bestätigen. Neben der inhaltlichen Kompetenz der Kandidaten kommt demnach auch ihrem persönlichen Profil und Umfeld eine nicht zu vernachlässigende Bedeutung im Wahlkampf oder zumindest in der Wahlkampfberichterstattung zu.

2 Kommunalpolitik und Lebensqualität in Nürnberg 2006 – Zwischenbilanz

2.1 Politiker und Parteien in Nürnberg: Ergebnisse einer Telefonumfrage im Januar 2006

Im Folgenden werden Ergebnisse aus dem Teilprojekt „computerunterstützte Telefonbefragung“ des Gesamtprojekts „Area Study Nürnberg-Barometer: Kommunalpolitik und Lebensqualität in Nürnberg 2006“ vorgestellt. Sie werden ab und zu ergänzt um Resultate aus einer zur gleichen Zeit durchgeführten Onlineumfrage zur selben Thematik.

Vor einer Überinterpretation der dargestellten Ergebnisse sei von vornherein und nachdrücklich gewarnt: Niemand sollte fälschlicherweise annehmen, es handle sich bei diesen Daten um „Wahlprognosen“, also um Vorhersagen des Ausgangs künftiger Wahlakte, in unserem Fall der Ergebnisse der Kommunalwahl 2008 in Nürnberg. Es handelt sich noch nicht einmal um die „Projektion“ der Kombination von Wahlabsichten und Parteien- bzw. Kandidatenbindungen auf die nächste Kommunalwahl: Der Zeitpunkt der Kommunalwahl 2008 liegt viel zu weit in der Zukunft, um aus Umfrageergebnissen des Jahres 2006 über ihren Ausgang irgendwelche Vermutungen anstellen zu können. Es geht vielmehr schlicht und einfach darum, ein Stimmungsbild zu zeichnen, das die Meinungen der Nürnberger Bevölkerung zur dargebotenen Kommunalpolitik und ihren Protagonisten anhand einer nach Geschlecht und Alter „repräsentativen“ Stichprobe in relevanten Ausschnitten zu Beginn des Jahres 2006 widerspiegelt.¹ Nach der wissenschaftlichen Begleitung der Kommunalwahl 2002 wollen wir heuer gewissermaßen eine Zwischenbilanz ziehen, bevor wir uns gegen Ende des Jahres gezielt dem Ausgang der Kommunalwahl 2008 zuwenden werden.

2.1.1 Ausgangsinformationen

2.1.1.1 Feldarbeit

Die Telefoninterviews wurden vom 14. bis 21. Januar 2006 an zwei Samstagen und fünf dazwischen liegenden Werktagen geführt. Für die Feldarbeit stellte ICON ADDED VALUE GmbH ein Telefonlabor samt Autodialer zur Verfügung. Rund 100 Studierende der Sozialwissenschaften realisierten in diesem Zeitraum 1.312 CATI-Interviews zzgl. 77 Interviews, die am 11. Januar 2006 während des Pretests des Erhebungsinstrumentes durchgeführt wurden.²

¹Wüst (2003) gibt einen lesenswerten Überblick auf Begrifflichkeit und Probleme, die mit „Stimmung“, „Projektion“ und „Prognose“ in der Wahlforschung verbunden sind.

²Weitergehende Informationen zur Methodik finden sich in Abschnitt 4.2, S. 157 ff. Der Wortlaut der gestellten Fragen ist bei den nachfolgenden Abbildungen und Tabellen jeweils angeführt.

2.1.1.2 Grundgesamtheit und Stichprobe

Die avisierte Grundgesamtheit stellen jene Einwohner Nürnbergs dar, die höchstwahrscheinlich im Jahre 2008 kommunalwahlberechtigt sein werden. In erster Näherung sind dies Personen, die zum Befragungszeitpunkt Anfang Januar 2006 das 16. Lebensjahr vollendet und ihren Hauptwohnsitz in Nürnberg haben, u. zw. inklusive EU-Ausländer, jedoch exklusive übrige Ausländer. In zweiter Näherung haben wir die Gruppe der EU-Ausländer ebenfalls aus der angepeilten Zielpopulation ausgeschlossen. Der Grund dafür ist, dass diese 2002 zwar unter den damals insgesamt 351.960 Kommunalwahlberechtigten mit 19.360 Personen bzw. 5,5 Prozent der Wahlberechtigten vertreten waren (vgl. [Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, 2001b](#), S. 5), sie aber ihr Kommunalwahlrecht kaum wahrnahmen: Bei den „exit polls“ während unserer Kommunalwahluntersuchung 2002 gaben sich nur 1,5 Prozent der interviewten Wähler als nichtdeutsche EU-Bürger zu erkennen.³ Und dieser Anteil ist zahlenmäßig bei Weitem zu klein, um für sie sinnvoll gesonderte Auswertungen vornehmen zu können, zumal auch ihre Heterogenität beachtlich ist.⁴

2.1.1.3 Repräsentativität und Gewichtung

Die von uns schließlich realisierte Stichprobe im Umfang von 1.312 Personen entspricht nach Geschlecht und Lebensaltersgruppen weitgehend der avisierten Grundgesamtheit (vgl. [Tabelle 2.1](#)), die zum 31.12.2005 insgesamt 348.775 Deutsche mit Nürnberg als Ort der Hauptwohnung im Lebensalter von mindestens 16 Jahren umfasste.⁵

Unsere Telefonstichprobe kann demzufolge, mit gewissen Abstrichen bei den älteren Frauen, insoweit als „repräsentativ“ gelten. Die 95%ige Fehlertoleranz der berichteten Ergebnisse liegt zwischen $\pm 2,3$ und $3,8$ Prozentpunkten.⁶

³Ob dieser Anteil der Wirklichkeit tatsächlich entsprach, lässt sich aufgrund der deutschen Wahlgesetzgebung – Stichwort: „geheime Wahl“ – selbstverständlich nicht überprüfen.

⁴Unter den 19.360 kommunalwahlberechtigten EU-Ausländern befanden sich 2002 rund 8.500 Griechen und 5.600 Italiener. Der Rest von etwa 7.000 EU-Ausländern verteilte sich auf zwölf weitere Staatsangehörigkeiten, wobei die Luxemburger mit 10 Personen die kleinste und die Österreicher mit 1.490 Staatsbürgern die größte Gruppe stellten, dicht gefolgt von den Spaniern mit 1.380 Kommunalwahlberechtigten (vgl. [Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, 2001b](#), S. 5).

⁵Nur „weitgehend“ deswegen, weil wir postuliert haben, jeder Nürnberger Haushalt verfüge über einen Telefonfestnetzanschluss, sei also über die Stichprobenziehung nach dem Gabler-Häder-Design (vgl. dazu [Gabler und Häder, 1999a,b](#)) auch von uns erreichbar. Tatsächlich dürfte die Telefondichte, was Festnetzanschlüsse anbelangt, bei den 263.626 Privathaushalten am 31.12.2003 (vgl. [Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, 2005](#), S.36) in Nürnberg, wie im Bundesdurchschnitt, bei über 95 Prozent liegen (vgl. [ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V., 2003](#), S. 21).

Der zahlenmäßige Umfang der Grundgesamtheit stammt aus einer dankenswerter Weise vom Amt für Stadtforschung und Statistik gesondert vorgenommenen Auswertung der Stammdatensätze aus dem Einwohnerwesen.

⁶Fehlertoleranz und „wahrer“ Wert in der Grundgesamtheit werden mit folgender Formel bestimmt:

$$P = p \pm t \cdot \sqrt{2 \cdot p \cdot (100 - p) / n}$$

wobei

P = Anteil des Merkmals in der Grundgesamtheit

p = Anteil des Merkmals in der Stichprobe

Tabelle 2.1: Vergleich der CATI-Stichprobe mit der Grundgesamtheit 2006 nach Lebensaltersgruppen und Geschlecht (Deutsche Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung) [Zellenprozente]

Geschlecht	Grundgesamtheit		Stichprobe	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich
Altersgruppen				
16-17	1,0	1,1	0,8	0,6
18-24	4,9	4,3	4,4	4,0
25-44	15,8	16,5	17,5	16,6
45-59	11,5	11,0	14,3	11,4
60 u. ä.	20,2	13,7	15,7	14,6
insgesamt (n)	186.446	162.329	693	619
insg. (Zeilen-%)	53,5	46,5	52,8	47,2

Quellen: Unterlagen des Amtes für Stadtforschung und Statistik der Stadt Nürnberg (Stand: 31.12.2005); Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Die Stichprobe kann allerdings weniger Repräsentativität beanspruchen, was die Verteilung der Stimmen bei der Kommunalwahl 2002 betrifft: Im so genannten „Recall“, also in der Erinnerung der damaligen Stimmabgabe, ist die realisierte Telefonstichprobe zuungunsten von CSU und zugunsten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mehr oder minder verzerrt ausgefallen, wie Tabelle 2.2 belegt.⁷

Befragte, die 2002 die CSU gewählt zu haben angeben, sind demnach in unserer Stichprobe unterrepräsentiert, Befragte, die 2002 die SPD bzw. Bündnis 90/Die Grünen gewählt haben wollen, sind in unserer Stichprobe dementsprechend überrepräsentiert.

Zur Erklärung dieses Phänomens können sicherlich verschiedene Gründe herangezogen werden. Zunächst geben Antworten auf Recallfragen grundsätzlich „nur bedingt das tatsächliche Wahlverhalten wieder, da Befragte sich nicht erinnern können oder sich nicht zu ihrer früheren Wahlentscheidung oder Stimmhaltung bekennen wollen“ (Falter und Schoen, 2005, S. 652).

Gravierender dürfte aber sein, dass Personen, die im Schnitt traditionell eher „linke“ Meinungen vertreten, sich erfahrungsgemäß leichter zur Teilnahme an Befragungen mit politischer Konnotation bereit erklären. Unter Umständen mögen sich aber auch in Zeiten, in denen der seit 2002 amtierende Oberbürgermeister, wie wir weiter unten sehen werden, zumindest in der Wahrnehmung der Einwohnerschaft eine herausragende Rolle

n = Stichprobenumfang

t = 1,96 (95%iger Sicherheitsgrad)

Beispiel: 36,3 Prozent der Befragten haben angegeben, 2002 die CSU gewählt zu haben (vgl. Tabelle 2.2). Bei einem Stichprobenumfang von rund n=1.300 läge dann der „wahre“ Anteil an CSU-Wählern in der Grundgesamtheit mit 95%iger Sicherheit bei 36,3 Prozent \pm 3,7, d.h. zwischen 32,6 und 40,0 Prozent: $P = 36,3 \pm 1,96 \cdot \sqrt{(2 \cdot 36,3 (100 - 36,3) / 1300)}$.

⁷Das selbe Phänomen war bei unserer Kommunalwahlstudie 2002 beim Vergleich der damals realisierten Stichprobe mit der Stimmabgabe bei der Kommunalwahl 1996 zu beobachten – dennoch konnten wir anhand der erhobenen Daten den Ausgang der Oberbürgermeisterwahl ausreichend zuverlässig vorhersagen.

spielt, und dieser Amtsbonus in einem allerdings nicht exakt bestimmbar Ausmaß auch seiner Partei zugute kommt, „Schweigespiral-ähnliche“ Tendenzen zu sozial erwünschtem Verhalten bemerkbar machen: Es wird ein – wenn vielleicht auch nur vermeintliches – Stimmungshoch für vor allem die SPD perzipiert, an dem man teilhaben möchte, und sich demzufolge im Interview entsprechend äußert.

Eine solche Haltung dürfte auch dadurch bestärkt werden, dass die CSU zur damaligen Zeit in Folge der bundes- bzw. landespolitischen Unentschlossenheit ihres Vorsitzenden und Bayerischen Ministerpräsidenten landesweit eher ein Stimmungstief zu beklagen hatte, das sich später auch in Nürnberg zeigte, wie z. B. die vom CSU-Fraktionsgeschäftsführer Tobias Schmidt beklagte negative Mitgliederzahlentwicklung seiner Partei belegt (Nürnberger Nachrichten, 2006).

Tabelle 2.2: „Recallfrage“ Parteienwahl 2002: „Welche Partei haben Sie bei der letzten Kommunalwahl 2002 gewählt bzw. welcher Partei haben Sie damals die meisten Stimmen gegeben?“, verglichen mit dem Ergebnis der Stadtratswahl 2002 [Spaltenprozente] sowie Abweichungen und Parteiengewichte

Partei/Gruppierung	Wahl 2002	Recall	Δ	Gewichte
CSU	43,6	36,3	-7,3	1.20
SPD	39,5	47,7	+8,2	0.83
Bündnis 90/Die Grünen	5,8	9,8	+4,0	0.59
FDP	2,1	2,5	+0,4	0.84
REP	1,4	0,2	-1,2	7.00
Bürgerinitiative Ausländerstopp	2,3		-2,3	1.00
Bunte Internationale Liste	0,6		-0,6	1.00
PDS/Linkspartei/WASG	1,2	1,5	+0,3	0.80
Die Guten	2,0	0,4	-1,6	5.00
FW	1,4	0,2	-1,2	7.00
sonstige		1,4	+1,4	1.00
insgesamt	99,9	100,0	0,1	

Quellen: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik (2002a); Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Um dieser – nicht exakt bezifferbaren – Verzerrung entgegenzuwirken, war zu überlegen, die erhobenen Daten mittels der Antworten auf die Recallfrage auszubalancieren, sie also zu gewichten.⁸ Die dafür berechneten Gewichte für die einzelnen Parteien sind in der letzten Spalte von Tabelle 2.2 zu finden.

Man erkennt, dass, sofern man diese Gewichtungsfaktoren bei der Auswertung verwendete, die statistische Bedeutung der potenziellen CSU-Sympathisanten wie gewünscht um ein Fünftel auf-, jene der SPD-, FDP- und PDS/Linkspartei/WASG-Anhänger in etwa gleichem Umfang abgewertet würde. Stark reduziert würde die statistische Bedeutung von Bündnis 90/Die Grünen. Die stärksten Ausschläge wären bei den kleinen

⁸Bei einer Gewichtung würden im vorliegenden Fall die erreichten Stimmenanteile der Parteien bei der Wahlentscheidung des Jahres 2002 dividiert durch die Anteile, die für die Befragten gemäß ihrer Antworten auf die „Recallfrage“ nach der Parteienwahl im Jahr 2002 zustandekommen.

politischen Gruppen zu verzeichnen; zahlenmäßig wirkten sie sich jedoch kaum aus.⁹

Was blieb zu tun? Eine „Recallgewichtung“ vornehmen, um Disproportionalitäten zwischen den Parteien, deren Ausmaß allenfalls vage zu beziffern und nur in der Richtung zu erkennen ist, auszubügeln? Wozu aber dieser Aufwand, wenn es uns zum damaligen Zeitpunkt lediglich um eine kommunalpolitische Zwischenbilanz, um ein Stimmungsbild, keinesfalls aber um Projektionen, geschweige denn Prognosen für den Wahlausgang 2008 ging? Und wo die CSU, und andere Parteien und Gruppierungen, noch nicht einmal einen OB-Kandidaten benannt hatten und bis heute nicht nominiert haben? Wir verzichteten demzufolge auf eine Gewichtung, die ja immer auch etwas vom „haut goût“ vermeintlicher Datenmanipulation mit sich trägt, und berichten im Folgenden ausschließlich über ungewichtete Ergebnisse aus einer nach Lebensaltersgruppen und Geschlechtszugehörigkeit repräsentativen Telefonumfrage des Jahres 2006 unter deutschen Einwohnern Nürnbergs, die im Jahr 2008 wahrscheinlich hier kommunalwahlberechtigt sein werden.¹⁰

2.1.2 Sozialstrukturelle Cluster und wahlökologische Überlegungen

Die „Regionalisierung von Umfragedaten“ ([Arbeitsgruppe Regionale Standards, 2005](#)) spielt in Stadt- und Wahlsoziologie selbstverständlich eine große Rolle, sind doch Merkmale des sozioökonomischen und -ökologischen Kontextes von Bedeutung im Hinblick auf die Ausdifferenzierung von „raumwirksamen Sozialstrukturen“ wie auch von „sozialwirksamen Raumstrukturen“: „Diese Kontextmerkmale haben neben den Persönlichkeitsmerkmalen einen mehr oder minder großen Einfluss auf Denken und Handeln von Individuen“ ([Sodeur und Hoffmeyer-Zlotnik, 2005](#), S. 8).

Der Nutzen von Regionaldaten ist allerdings „nicht von einer bestimmten Form kausaler Beziehungen zwischen Regionaleigenschaften und sozialem Verhalten abhängig, sondern beruht vor allem auf dem Zuwachs an Information, den die Regionaldaten liefern“ (ebenda). So kann man zwar die folgenden Zusammenhänge belegen: Wenn in einem Statistischen Bezirk der Stadt Nürnberg ein hoher Ausländeranteil vorliegt, dann ist davon auszugehen, dass dort zugleich ein hoher Anteil an Beziehern von Arbeitslosengeld zu beobachten ist ($r=.86^{***}$). Und: Je höher bei der letzten Kommunalwahl 2002 der Anteil an Ausländern bzw. Arbeitslosen in den Statistischen Bezirken war, desto geringer war der Anteil an Wählerstimmen, den die CSU auf sich vereinigen konnte ($r=-.59^{***}$ [Ausländer] bzw. $r=-.47^{***}$ [Arbeitslose], und desto höher war zugleich der Anteil der Wählerstimmen, den die SPD auf sich vereinigen konnte ($r=.38^{***}$ [Ausländer] bzw. $r=.42^{***}$ [Arbeitslose]).¹¹ Versteht man Statistische Bezirke als „Soziale Milieus“, dann

⁹Die Sympathisanten extremer politischer Gruppierungen wie der „Republikaner“ oder „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ geben ihre „wahren“ politischen Werthaltungen bei Befragungen in Antizipation vermuteter Reaktionen seitens der Interviewer – Stichwort: „Tendenzen sozialer Erwünschtheit“ – oftmals nicht zu erkennen. Um eine quantitative Annäherung des vermutlichen Ausmaßes an radikalen Gedankenguts zu erhalten, wäre eine Gewichtung demzufolge nicht ganz unattraktiv.

¹⁰Die Auswirkungen der Gewichtung wollen wir weiter unten aber wenigstens am einem einzigen Beispiel, nämlich der Oberbürgermeisterwahlabsicht, auf den Seiten 92 f. und in Tabelle 2.9 exemplarisch demonstrieren.

¹¹Quellen: [Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik \(2002b\)](#), [Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik \(2006a\)](#), eigene Berechnungen.

zeigt [Otte \(2004, S. 344 f.\)](#), dass die Zugehörigkeit zu ihnen zwar nur wenig zur Erklärung von Wahlakten beiträgt; die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Milieus gibt aber zumindest „Auskunft über Unterschiede der generellen politischen Einstellung und Parteineigung. Sie eignen sich daher mehr zur Abschätzung von Wählerpotenzialen als für Wahlprognosen“ ([Hradil, 2006, S. 9](#)) – Wahlstrategen können sie also durchaus dazu verwenden, etwaige Wählerpotenziale zu erschließen (ebenda, S. 8).

Die Zugehörigkeit zu einem Statistischen Bezirk bzw. einem Sozialen Milieu eröffnet also leider nicht die Möglichkeit, vom dort dominierenden kollektiven Wahlverhalten *kausal* auf den individuellen Wahlakt schließen zu können – täten wir dies, begäben wir uns in die Gefahr, einen „ökologischen Fehlschluss“ ([Robinson, 1950](#)) zu ziehen. Nichtsdestotrotz können *Korrelationen* zwischen Regionaleigenschaften und Verhaltens- und/oder Einstellungsmerkmalen von spezifischen Befragten Gruppen durchaus interessante und bedenkenswerte Informationen liefern.

Neben der Frage nach der Postleitzahl der Befragten, die eine relativ grobe sozialräumliche Verankerung der Teilnehmer eröffnet, bot die ebenfalls in unserem Fragebogen platzierte Frage: „Wenn Sie von zu Hause aus mit Bus, Straßenbahn, U-Bahn oder S-Bahn fahren wollten: Welches ist die nächst gelegene Haltestelle?“ eine sehr gute Möglichkeit, unter Beibehaltung völliger Anonymität der Befragten die kleinräumliche sozialstrukturelle Zuordnung der Wohngegend der Interviewten zu den Statistischen Distrikten und Bezirken der Stadt Nürnberg vorzunehmen,¹² für die eine große Zahl an sozialstrukturellen und anderen Merkmalen zur Verfügung steht.

Für unsere Zwecke waren die kleinräumlichen Unterteilungen in 316 Distrikte und 86 Bezirke jedoch nur indirekt verwendbar: Bei 1.312 Befragten kämen, sofern Gleichverteilung vorläge, nur vier Personen auf einen Distrikt bzw. 15 auf einen Bezirk. Diese Fallzahlen sind jedoch zu klein, um statistisch gesicherte Aussagen über etwaige Auswirkungen der vorherrschenden kleinräumlichen territorialen Bedingungen treffen zu können.

Wir haben uns deshalb entschlossen, Typisierungen der Statistischen Bezirke anhand einer Clusteranalyse vorzunehmen, die vor nicht allzu langer Zeit im Rahmen einer Diplomarbeit am Lehrstuhl für Soziologie und Empirische Sozialforschung gerechnet worden war ([Neumann, 2004](#)).¹³ Die mit den damaligen Daten bestmögliche explorative Typisierung ergab eine Lösung mit sechs Clustern. In [Tabelle 2.3](#) werden sie vorgestellt.

Diese Cluster sollen im weiteren Analyse- und Interpretationsprozess erhalten als Manifestationen der territorial ungleich verteilten Opportunitäten und Restriktionen zur Herausbildung von Einstellungen zur Lebensqualität und Kommunalpolitik in Nürnberg 2006 und daraus u. U. resultierenden Verhaltensoptionen.

¹²Wie in vielen anderen Fragen hat uns auch diesbezüglich das Amt für Stadtforschung und Statistik entscheidend geholfen; ihm gilt ein großer Dank dafür!

¹³Neumanns clusteranalytische Typisierung ist auch im Rahmen des Sozialberichts der Stadt Nürnberg verwendet worden ([Stadt Nürnberg, Referat für Jugend, Familie und Soziales, 2004, S. 71 ff.](#)).

Tabelle 2.3: Kennzeichnung der sechs sozialstrukturellen Cluster

Cluster	zugehörige statistische Bezirke	sozialstrukturelle Clustermerkmale
1	Altstadt, St. Lorenz; Altstadt, St. Sebald; Bielingplatz; Dutzendteich; Hasenbuck; Hummelstein; Ludwigsfeld; Marienvorstadt; Maxfeld; Pirckheimerstraße; Sandberg; Schafhof; Schoppershof; St. Johannis; Tafelhof; Veilhof; Wöhrd	sehr hoher Singleanteil, sehr kinderarm, gemischte Bevölkerungsstruktur, rückläufige Einwohnerzahlen, viel Mobilität, leicht überdurchschnittlich: Armut und Migranten
2	Bärenschanze; Dianastraße; Eberhardshof; Galgenhof; Gibitzenhof; Glockenhof; Gostenhof; Gugelstraße; Höfen; Muggenhof; Schweinau; Sündersbühl; Steinbühl; St. Leonhard; Tullnau; Uhlandstraße	Armut stark verbreitet, sehr kinderreich, junge Bevölkerungsstruktur, extrem überdurchschnittliche Mobilität, hoher Anteil an Migranten, viele Unterstützungsempfänger, unterdurchschnittliche Wohnlage
3	Gleißhammer; Großreuth b. Schweinau; Guntherstraße; Mögeldorf; Röthenbach Ost; Schleifweg; Schniegling; St. Jobst; Westfriedhof; Wetzendorf	überwiegende Durchschnittlichkeit in fast allen Indikatoren; heterogene Bevölkerungsstruktur
4	Altenfurt Nord; Gartenstadt; Hohe Marter; Langwasser Nordwest; Langwasser Südost; Langwasser Südwest; Mooshof; Rangierbahnhof-Siedlung; Reichelsdorf; Röthenbach West; Zerzabelshof; Ziegelstein	stark überalterte, gute Wohngebiete, überwiegend deutsche Bevölkerung, wenig Armut, Bevölkerungswund stark
5	Almoshof; Buch; Brunn; Fischbach; Gaismannshof; Großgründlach; Kornburg; Kraftshof; Krottenbach; Langwasser Nordost; Maiach; Mühlhof; Werderau; Worzeldorf	sehr gute Wohngebiete, deutsche Bevölkerung, kinderreich, jung, wachsend, Ein- und Zweifamilienhäuser
6	Altenfurt, Moorenbrunn; Boxdorf; Buchenbühl; Eibach; Erlenstegen; Gebersdorf; Katzwang; Laufamholz; Marienberg; Neunhof; Schmausenbuckstraße; Thon; Trierer Straße	sehr gute Wohngebiete, tendenziell ältere Bevölkerung, wenig Kleinkinder, deutsche Bevölkerung, konstante Wohndauer, keinerlei Armut, großzügige Wohnstruktur, viele Ein- und Zweifamilienhäuser

Quelle: [Neumann \(2004\)](#). In Anlehnung an diese Diplomarbeit ist auch, allerdings stark gekürzt, die hier in der Tabelle enthaltene Clusterkennzeichnung vorgenommen worden (vgl. ebenda, S. 69-73]. Sieben nahezu unbewohnte statistische Bezirke blieben bei der Clusteranalyse unberücksichtigt.

In Tabelle 2.4 ist die Verteilung unserer Befragten dar- und der Verteilung der Nürnberger Gesamtbevölkerung gegenübergestellt. Wir können festhalten, dass im Großen und Ganzen eine gute Übereinstimmung beider Verteilungen besteht, wenn auch in unserer Stichprobe das zweite Cluster deutlich unter- und das dritte und vierte Cluster etwas überrepräsentiert sind.

Tabelle 2.4: Absolute und relative Bevölkerungsverteilung in den sozialstrukturellen Clustern

Cluster	Gesamtbevölkerung		CATI-Befragte	
	n	%	n	%
1	117.737	23,5	296	25,2
2	131.472	26,3	200	17,0
3	55.640	11,1	184	15,6
4	78.921	15,8	224	19,0
5	46.632	9,3	102	8,7
6	69.793	13,9	170	14,5
insgesamt	500.195	99,9	1.176	100,0
nicht zuzuordnen			136	10,4

Quellen: Neumann (2004, S. 70-72); Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=1.176)

Dass sich die Typisierung der 86 Statistischen Bezirke zu sechs größeren Clustern, die in sozialstruktureller Hinsicht intern relativ homogen und extern relativ heterogen sind, auszahlt, belegen bereits die Abbildungen 2.1 und 2.2, die die durchschnittlichen Stimmenanteile für CSU und SPD bei der Kommunalwahl 2002 wiedergeben. Dabei zeigt Abbildung 2.1, dass die Stimmenanteile der CSU nahezu linear in Abhängigkeit von der sozialstrukturellen „Clusterqualität“ steigen: Je besser die Wohnlage, desto höher der mittlere Stimmenanteil für die CSU. In den sozialstrukturell durchschnittlich und überdurchschnittlich gut ausgestatteten Clustern kommt sie auf 45 und mehr Prozent und weist damit jeweils höhere Stimmenanteile auf als die SPD.

Bei der SPD sieht das Bild doch etwas anders aus: Von einer u. U. zu erwartenden, zur CSU gegenläufigen Linearität derart, dass ihre mittleren Stimmenanteile in den sozialstrukturell am schlechtesten ausgestatteten Clustern am höchsten sind und sukzessive bis hin zum sechsten Cluster abnehmen, kann nicht die Rede sein (vgl. Abbildung 2.2). Zwar sind die Stimmenanteile der SPD in den beiden relativ stark besetzten, doch wohl zurecht als benachteiligt einzustufenden ersten zwei Clustern höher als jene der CSU, wobei vor allem das zweite Cluster, in dem die Armut am verbreitetsten und der Ausländeranteil am höchsten ist, ins Auge sticht; aber auch das dritte Territorium, das sich vom Nürnberger Durchschnitt am wenigsten abhebt, bricht wie das erste aus der eigentlich zu erwartenden linear abnehmenden Rangreihe aus.

2 Kommunalpolitik und Lebensqualität in Nürnberg 2006 – Zwischenbilanz

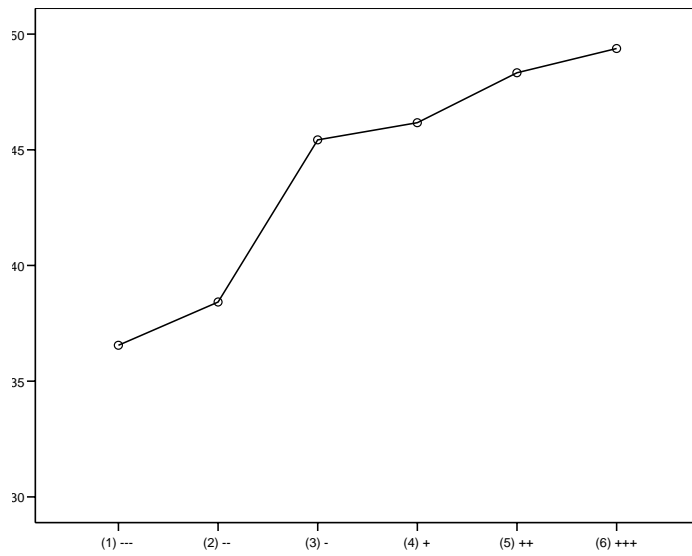


Abbildung 2.1: CSU-Stimmenanteile bei der Kommunalwahl 2002 nach Clustern [Mittelwerte]
Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=1.176)

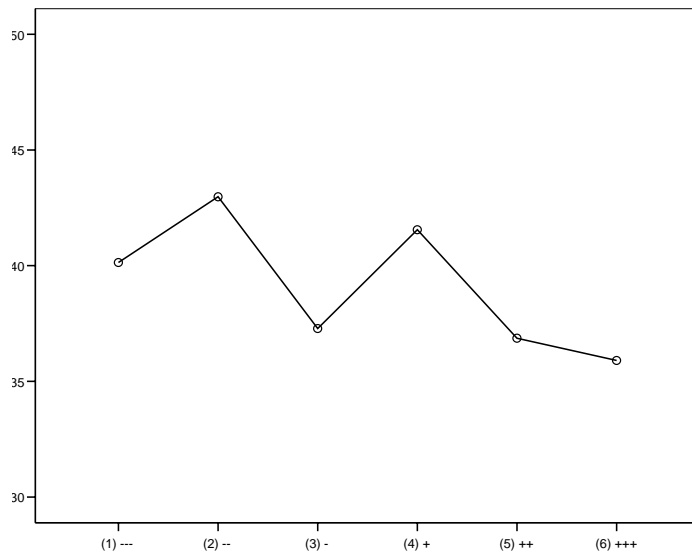


Abbildung 2.2: SPD-Stimmenanteile bei der Kommunalwahl 2002 nach Clustern [Mittelwerte]
Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=1.176)

Varianzanalysen ergeben, dass die jeweils abgebildeten Mittelwertsunterschiede insgesamt höchst signifikant sind.¹⁴ In statistischer Hinsicht sind die in Abbildung 2.1 belegten Unterschiede zwischen den Clustern drei und vier sowie zwischen fünf und sechs nicht so groß, dass man sie jeweils voneinander separieren könnte. Gleiches gilt für Abbildung 2.2: Dort bilden die Cluster drei, fünf und sechs eine homogene Entität. Das vierte Cluster liegt in der Mitte zwischen erstem und zweitem und wird von diesen jeweils zur Bildung homogener Untergruppen vereinnahmt.

2.1.2.1 Kommunalpolitisches Interesse der Befragten

Bevor wir uns den Kandidaten, Parteien und Problemen zuwenden, wollen wir uns wenigstens ein Bild davon machen, wie die befragten Nürnberger Einwohner bezüglich ihres kommunalpolitischen Interesses einzustufen sind.

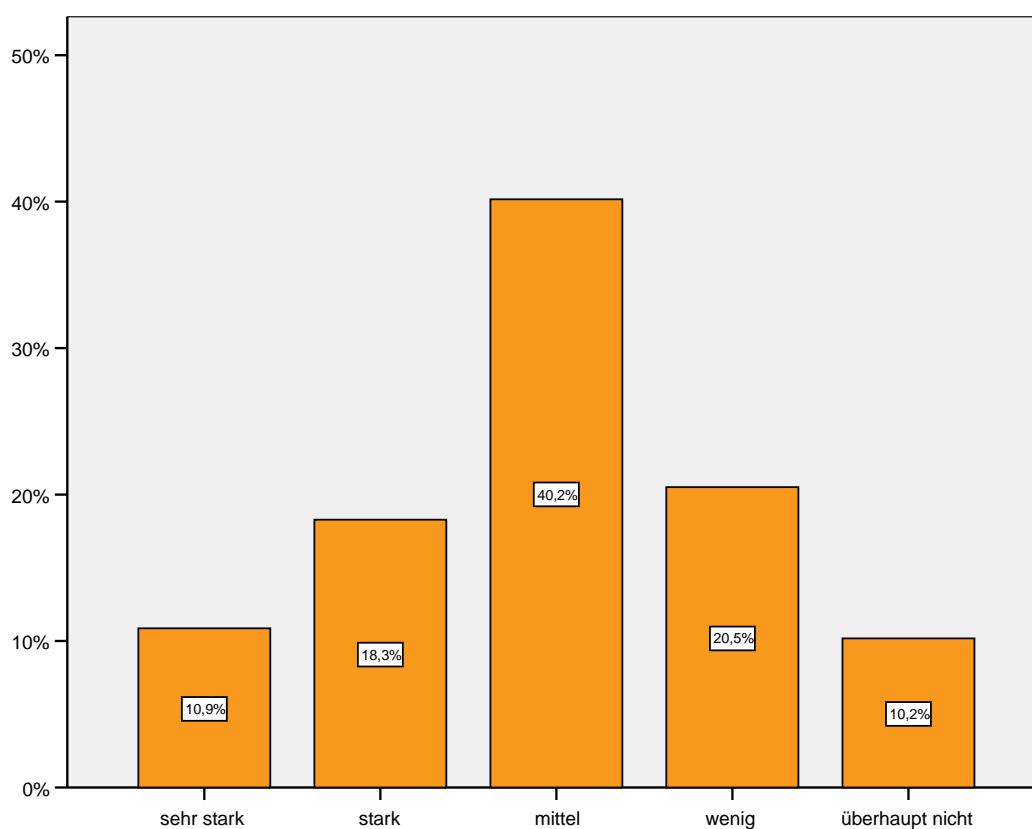


Abbildung 2.3: Kommunalpolitisches Interesse der Befragten: „Wie stark interessieren Sie sich für die Kommunalpolitik hier in Nürnberg?“ [in Prozent]
Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=1.307)

Abbildung 2.3 belegt, dass das politische Interesse der befragten Wahlberechtigten an

¹⁴CSU: $F=240,4^{***}$; SPD: $F=76,0^{***}$.

der Nürnberger Kommunalpolitik ziemlich symmetrisch verteilt ist; das „mittlere Interesse“ ist am meisten vertreten, die beiden Ränder mit „sehr starkem“ bzw. „überhaupt keinem“ Interesse sind mit jeweils rund 10 Prozent der Nennungen ungefähr gleich groß, ebenso die verbleibenden Abstufungen. Insgesamt kann man diese Verteilung wohl als zufriedenstellende politische Involvierung in das städtische Geschehen bezeichnen; im Vergleich zu unseren Erhebungen im Jahr 2002 ist sie jedenfalls nahezu identisch ausgefallen.

2.1.3 Politiker: Protagonisten und Kandidaten

Für den gemäß der „Süddeutschen Ratsverfassung“ direkt von der Bürgerschaft gewählten Oberbürgermeister ist kennzeichnend, dass er in seinem Amt drei Funktionen vereinigt (vgl. [Wehling und Siewert, 1987](#), S. 22). „Er ist zugleich:

1. Vorsitzender des Rates und aller seiner Ausschüsse,
2. Chef einer monokratisch strukturierten Verwaltung und
3. Vertreter der Gemeinde nach außen, d. h. sowohl Repräsentant als auch Rechtsvertreter“ (ebenda).

„Kraft Kompetenzausstattung und Bestellung durch das Volk wird er hier zum Wahlkönig auf Zeit, der den Rat dominiert“ ([Korte, 2005](#), S. 82). Im kommunalpolitischen Willensbildungsprozess ist er die dominierende Figur. Er sitzt dort, wo alle Fäden zusammenlaufen – wie die „*Spinne im Netz*“ ([Wehling und Siewert, 1987](#), S. 144). [Jungfer \(2005, S. 85\)](#) etikettiert das vom Volk gewählte Gemeindeoberhaupt als „Volkskönig“, und nennt das politische Geflecht, in dem er Vieles bestimmend agiert, „Kommunalgaulismus“.

Mag auch dem gegenwärtige Amtsinhaber – und mehr noch den Stadtratsmitgliedern – dieses Diktum wahrscheinlich deutlich gegen den Strich gehen – der Sache nach ist doch etwas dran. Die Direktwahl des Gemeindeoberhauptes führt in analytischer Hinsicht strukturell zu einer tendenziellen Trennung von Person und Partei, wie dies auf höherer Ebene in präsidentiellen Regierungssystemen wie den USA gang und gäbe ist und nicht selten zu divergierenden Mehrheiten bei Präsidentschafts- und Kongresswahlen führt (vgl. [Gabriel und Keil, 2005](#), S. 630) – aber eben nicht nur dort, wie nicht zuletzt die Kommunalwahl 2002 in Nürnberg belegt. Kandidatenorientierungen sind bei Wahlsystemen mit direkter Personenwahl i. d. R. zuungunsten von Parteiorientierungen deutlich stärker ausgeprägt als in Wahlsystemen mit indirekter Wahl. In Zeiten abnehmender Parteiidentifikation und Parteibindung, wie sie in der Wahlforschung seit einigen Jahren durchgehend und übereinstimmend auf Bundes-, Länder- und (wohl auch) Gemeindeebene festgestellt werden, tritt die Person des Kandidaten umso stärker in den Vordergrund. Unter diesen Bedingungen vermag eher der Kandidat seiner Partei Stimmen zuzuführen als umgekehrt die Partei dem Kandidaten.

Wie war es eigentlich Anfang 2006, zwei Jahre vor der Kommunalwahl 2008 um die Spitzenpolitiker in Nürnberg bestellt? Wer unter den führenden Protagonisten der Kommunalpolitik ist in welchem Umfang in der Bevölkerung überhaupt bekannt? Um hier

2 Kommunalpolitik und Lebensqualität in Nürnberg 2006 – Zwischenbilanz

Klarheit zu gewinnen, haben wir nach der namentlichen Bekanntheit von einer Politikerin und fünf Politikern gefragt, wobei die Reihenfolge der Namensnennung nach dem Zufallsprinzip rotierte, um so genannte „Platzierungs-“ oder „Reihenfolgeeffekte“ auszuschließen. Abbildung 2.4 zeigt das Ergebnis.

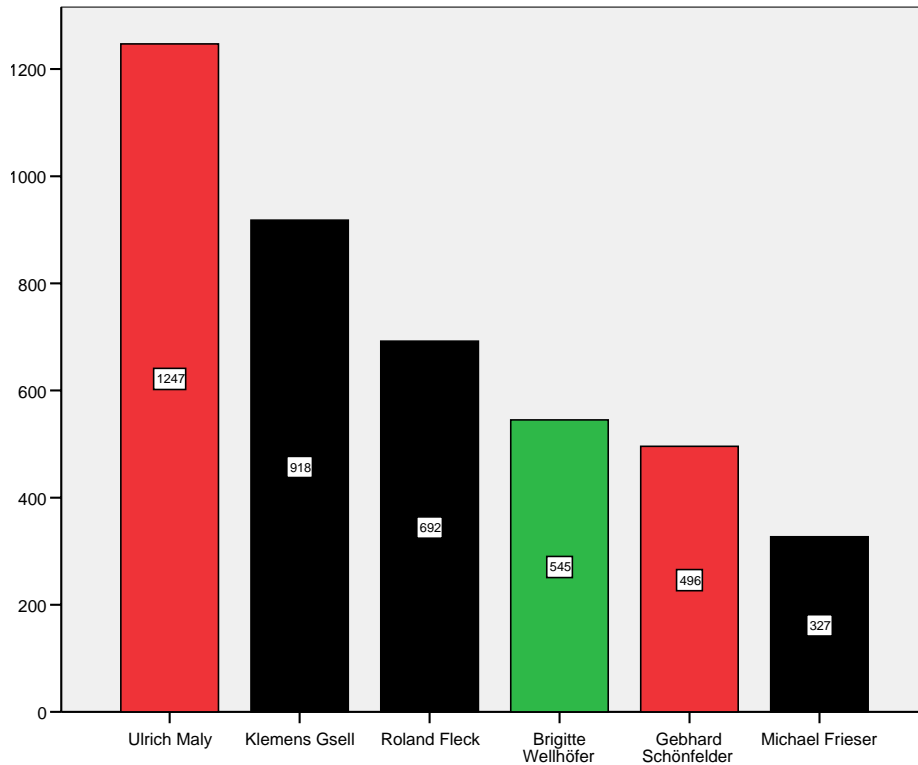


Abbildung 2.4: Bekanntheit Nürnberger Kommunalpolitiker: „Welche der folgenden Kommunalpolitiker kennen Sie namentlich?“ [Mehrfachangaben]

Die Namensabfrage erfolgte nach dem Zufallsprinzip rotiert

Feldzeit vom 14.-21.1.2006

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=1.274)

1.274 Befragte können mit der Frage und mit dem bzw. den Namen (wenigstens) eines Politikers etwas anfangen; im Durchschnitt bezeichnen die antelefonierten Wahlberechtigten 3,3 der sechs vorgestellten Namen als Namen ihnen bekannter Nürnberger Kommunalpolitiker. Nur 38 Interviewte (2,9 Prozent) müssen völlig passen und kennen keinen einzigen der vorgelesenen Namen.

Ulrich Maly hat mit einem Bekanntheitsgrad von 97,9 Prozent in Nürnberg ein Ausmaß an Bekanntheit erreicht, wie es selbst sein 2006 verstorbener Vorgänger Ludwig Scholz zu Wahlkampfzeiten nicht erlebt hatte: Letzterer kam 2002 auf einen Bekanntheitsgrad von „nur“ 89,1 Prozent, was wir damals als „überragenden Wert!“ kennzeichneten. Maly kann demzufolge seit 2002, also seit dem Aufstieg vom Kämmerer zum Oberbürgermei-

ter, einen Bekanntheitszuwachs von 27 Prozentpunkten verzeichnen. Klemens Gsell als bekanntester der ausgewählten möglichen CSU-Oberbürgermeisterkandidaten wird von knapp drei Vierteln der wahlberechtigten Nürnberger namentlich erkannt, Wirtschaftsreferent Roland Fleck von mehr als der Hälfte. Die Fraktionsvorsitzenden aller drei großen bzw. größeren Parteien, Michael Frieser (CSU), Gebhard Schönfelder (SPD) und Brigitte Wellhöfer (Bündnis 90/Die Grünen) stehen offensichtlich nicht so sehr im Rampenlicht der öffentlichen Scheinwerfer wie die Inhaber von Regierungs- und Verwaltungsämtern: Sie müssen sich mit den Plätzen vier bis sechs begnügen, wobei Brigitte Wellhöfer, 2002 OB-Kandidatin ihrer Partei, bekannter ist als Gebhard Schönfelder, und Michael Frieser den geringsten Bekanntheitsgrad aufweist; aber auch sein Name ist immerhin einem Viertel der Befragten geläufig.

Im Rahmen unserer Onlineumfrage haben wir die dort gegebenen Möglichkeiten genutzt und den Teilnehmern Fotos der o. a. Kommunalpolitiker mit der Bitte vorgelegt, sie einer Namensliste zuzuordnen und auf diese Weise die Politiker zu identifizieren (s. Abbildungen 2.1.3 bis 2.10). Bevor das Ergebnis vorgestellt wird, ist darauf hinzuweisen, dass die per Onlineumfrage erzielte Stichprobe selbstverständlich und erwartungsgemäß nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit der in Nürnberg ansässigen, wahrscheinlich 2008 wahlberechtigten Einwohner ist:¹⁵ Wie Tabelle 2.5 zeigt, sind Männer in der Onlinestichprobe in allen Altersgruppen z. T. deutlich *über*-, 60-jährige und ältere Befragte beiderlei Geschlechts hingegen stark *unter*repräsentiert.

Tabelle 2.5: Vergleich der Online-Stichprobe mit der avisierten Grundgesamtheit nach Lebensaltersgruppen und Geschlecht (Deutsche Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung) [*Zellen*prozente]

Geschlecht	Grundgesamtheit		Stichprobe	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich
Altersgruppen				
16-17	1,0	1,1	0,2	0,4
18-24	4,9	4,3	8,7	10,9
25-44	15,8	16,5	14,8	22,4
45-59	11,5	11,0	11,3	20,0
60 u. ä.	20,2	13,7	2,8	8,5
insgesamt (n)	186.446	162.329	174	286
insg. (<i>Zeilen</i> -%)	53,5	46,5	37,8	62,2

Quellen: Unterlagen des Amtes für Stadtforschung und Statistik der Stadt Nürnberg (Stand: 31.12.2005); Nürnberg-Barometer (online 2006)

¹⁵Vgl. zu dieser grundsätzlichen Problematik von allgemeinen Online-Bevölkerungsumfragen (Wittenberg, 2005a).

2 Kommunalpolitik und Lebensqualität in Nürnberg 2006 – Zwischenbilanz



Abbildung 2.5: Dr. Roland Fleck
Foto: Christine Dierenbach



Abbildung 2.6: Michael Frieser
Copyright: CSU Nürnberg



Abbildung 2.7: Dr. Klemens Gsell
Foto: Christine Dierenbach



Abbildung 2.8: Dr. Ulrich Maly
Foto: Christine Dierenbach

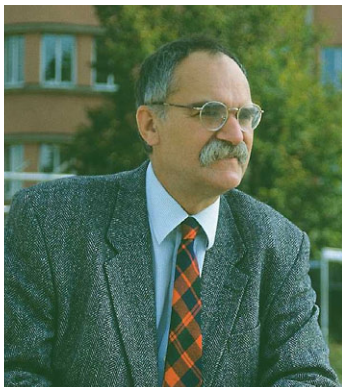


Abbildung 2.9: Gebhard Schönfelder
Foto: privat



Abbildung 2.10: Brigitte Wellhöfer
Foto: privat

Demzufolge ist – leider! – nicht zu entscheiden, ob die Abweichungen, die sich beim Vergleich von Telefon- und Onlineumfrage bezüglich des Bekanntheitsgrades der vorgelesenen Namen (CATI) bzw. vorgelegten Porträtfotos (online) ergeben, auf die verschiedene Zusammensetzung der Stichprobenpopulationen oder auf das verwendete Medium oder auf ein Zusammenspiel von beiden Möglichkeiten zurückzuführen sind.

Wie auch immer das Erhebungsverfahren und die Stichprobe auch aussehen mögen: Der Bekanntheitsgrad von OB Maly ist überragend und erreicht hier mit 98,5 Prozent fast den überhaupt möglichen Maximalwert.

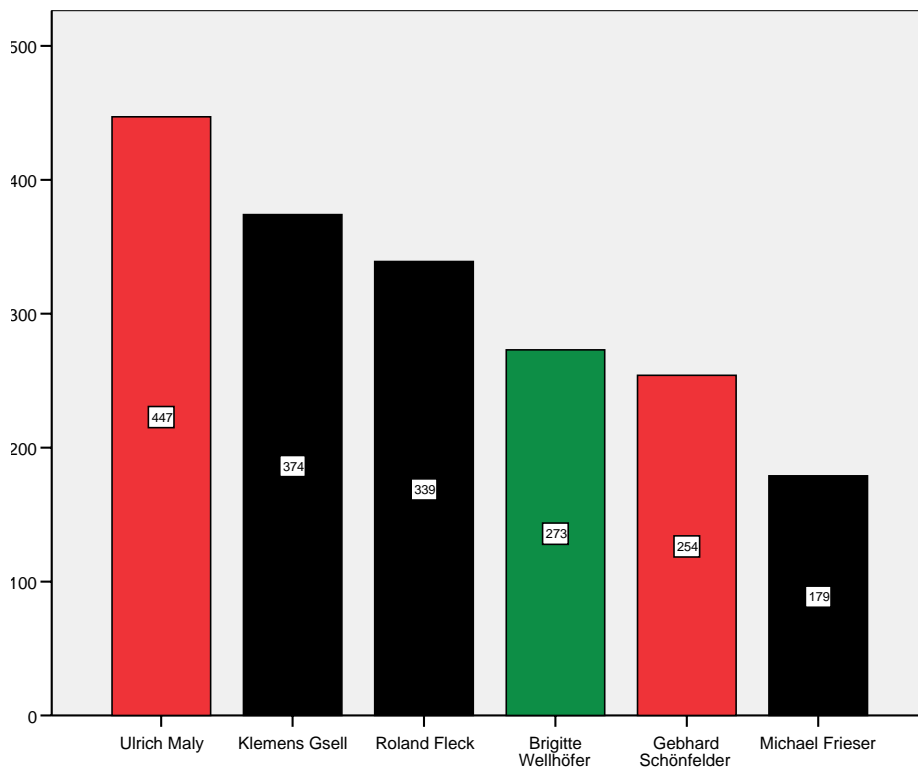


Abbildung 2.11: Bekanntheit Nürnberger Kommunalpolitiker nach Fotovorlage: „Welche der folgenden Kommunalpolitiker kennen Sie namentlich?“ [Mehrfachangaben]

Die Fotovorlage und Namensvorgabe erfolgten nach dem Zufallsprinzip rotiert

Feldzeit vom 14.-21.1.2006

Quelle: Nürnberg-Barometer (online 2006; n=454)

Die relative Bekanntheitsposition der anderen Spitzenpolitiker untereinander verändert sich durch die Fotovorlage im Vergleich zum CATI nicht. Wohl aber führt die Einbindung der Porträtfotos in die Onlineumfrage zu einem z. T. starken Anstieg des jeweiligen Wiedererkennungsgades: Die Kombination von Fotovorlage und Namensauswahlliste ergibt wenigstens einen Zuwachs im Bekanntheitsgrad um 10 Prozentpunkte (Klemens Gsell). Bei Roland Fleck beträgt die – positive – Prozentsatzdifferenz sogar

$d_{\%}=20,4$. Die Werte der anderen Politiker bewegen sich zwischen diesen Polen.

Tabelle 2.6: Bekanntheit Nürnberger Kommunalpolitiker nach Fotovorlage: „Welche der folgenden Kommunalpolitiker kennen Sie namentlich?“ [Mehrfachangaben]

Kommunalpolitiker	n	% _a	% _b
Dr. Ulrich Maly	447	24,0	98,5
Dr. Klemens Gsell	374	20,0	82,4
Dr. Roland Fleck	339	18,2	74,7
Brigitte Wellhöfer	273	14,6	60,1
Gebhard Schönfelder	254	13,6	55,9
Michael Frieser	179	9,6	39,4
Nennungen insgesamt	1.866	100,0	411,0
Nennungen pro Person	4,1		
keine Angabe	6	1,3	

%_a: bezogen auf 1.866 Nennungen
 %_b: bezogen auf 454 Wahlberechtigte, die wenigstens einen Namen kennen

Die Fotovorlage und Namensvorgabe erfolgten nach dem Zufallsprinzip rotiert
 Feldzeit vom 14.-21.1.2006
 Quelle: Nürnberg-Barometer (online 2006)

Nun ist aber der Bekanntheitsgrad der Kommunalpolitiker eine Sache – ihre Bewertung eine andere. Wenn wir uns wieder auf die – repräsentative – Telefonumfrage beschränken und nach der Schulnote fragen, die unsere Interviewten für die Arbeit der genannten Politiker vergeben würden, sehen sich 1.232 Nürnberger zur Abgabe eines Urteils in der Lage, während 80 Befragte (6,1 Prozent) dazu nicht imstande sind, darunter selbstverständlich jene 38 Personen, die beim CATI keinen einzigen Politiker namentlich identifizieren konnten. Die gemeinsame Durchschnittsnote, berechnet über alle sechs Politiker, beträgt $m=2,8$ ($s=0,7$) (vgl. Tabelle 2.7).

Ulrich Maly schneidet hinsichtlich seiner Beurteilung durch die Wahlberechtigten am besten ab: Seine Durchschnittsschulnote beträgt $m=2,5$. Und die Vielzahl der – guten – Bewertungen, die er auf sich vereint, ist es auch, die den gemeinsamen Durchschnitt aller Politiker unter den Wert von $m=2,9$ zieht: Den Wert also, den die beiden am zweitbesten beurteilten Politiker, nämlich Klemens Gsell und Gebhard Schönfelder erzielen. Am schlechtesten wird Brigitte Wellhöfer, die einzige Frau im Politikersextett, benotet. Mit Ausnahme des Mittelwertunterschieds zur „guten“ Schulnote Malys, der sich bei tiefer gehender Analyse wohl als statistisch signifikant erweisen dürfte, liegen die Werte der anderen „befriedigenden“ Beurteilungen allerdings so nahe beieinander, dass der Versuch, politische Rückschlüsse aus den beobachteten minimalen Differenzen ziehen zu wollen, sicherlich mehr als verwegen wäre.

Nach der Abwahl von Ludwig Scholz kann die SPD offenbar auf „ihren“ Oberbürgermeister Ulrich Maly bauen. „Den Oberbürgermeister umgibt in zunehmendem Maße die Atmosphäre und der Ruf einer der gesamten Bürgerschaft verpflichteten und nicht nach der SPD orientierten Persönlichkeit“ (Fränkische Gesellschaft für Kultur, Politik und Zeitgeschichte e.V., 2006, S. 200): Dieses Urteil, von der CSU-Stadtratsfraktion um

1963 herum in einer Wahlanalyse in Bezug auf den damaligen OB Andreas Urschlechter (SPD) gefällt, könnte sie vermutlich bezüglich Ulrich Maly heute wiederholen.

Tabelle 2.7: Bewertung Nürnberger Kommunalpolitiker: „Wie beurteilen Sie die Arbeit, die die/der [Funktion] [Vorname, Name] seit der letzten Kommunalwahl 2002 für Nürnberg geleistet hat? Welche Note geben Sie ihr/ihm dafür? Bitte verwenden Sie die Schulnoten von 1 bis 6“ [Mittelwerte, Standardabweichungen]

Kommunalpolitiker	n	m	s
Dr. Ulrich Maly	1.227	2,5	0,9
Dr. Klemens Gsell	723	2,9	0,9
Gebhard Schönfelder	387	2,9	0,9
Dr. Roland Fleck	608	3,0	0,9
Michael Frieser	245	3,0	0,9
Brigitte Wellhöfer	439	3,1	1,0
insgesamt ($\bar{\emptyset}$)	1.232	2,8	0,7

keinerlei Bewertung 80 6,1%

Es wurden nur jene Politiker beurteilt, die den jeweiligen Befragten namentlich bekannt waren
Feldzeit vom 14.-21.1.2006

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Die CSU hat dagegen in den verflossenen Jahren seit der Kommunalwahl 2002, gewollt oder ungewollt, die Spitzenposition eines Maly-Herausforderers unbesetzt gelassen. Bis heute – Februar 2007 – ist unklar, welchen Kandidaten sie 2008 gegen Ulrich Maly als Bewerber um das Amt des Oberbürgermeisters ins Rennen schicken will. Dies ist jedenfalls der Eindruck, den man bei Sichtung der veröffentlichten Meinung gewinnt. Gemäß der Lokalberichterstattung der regionalen Printmedien kamen aus unserer Sicht zur Zeit der Befragung, also Januar 2006, nur die drei bereits genannten Politiker als potenzielle Herausforderung Malys in Frage: In alphabetischer Reihenfolge sind dies der Wirtschaftsreferent Dr. Roland Fleck, der CSU-Fraktionsvorsitzende Michael Frieser und der 3. Bürgermeister und Umweltreferent Dr. Klemens Gsell.¹⁶ Mit Hilfe eines *Paarvergleichs*, mit dem eine eindeutige Rangfolge gewonnen werden kann (vgl. Laatz, 1993, S. 315 ff.), versuchen wir auszuloten, welcher dieser drei Kandidaten in der Meinung der Nürnberger Wahlberechtigten die besten Chancen hätte, den amtierenden Oberbürgermeister abzulösen – was selbstverständlich nur vor dem Hintergrund Sinn macht, dass auch Maly sich 2008 (erneut) um diese Funktion bewerben wird, wofür aus heutiger Sicht wohl alle Anzeichen sprechen dürften.

Aus der Perspektive der Nürnberger Befragten hätte demnach Klemens Gsell unter den drei ihnen von uns zur Auswahl vorgelegten Kandidaten mit 970 Bevorzugungen die beste Aussicht, Ulrich Maly das Amt des Oberbürgermeisters streitig zu machen, gefolgt von Roland Fleck, der von 744 Befragten den Vorzug gegenüber seinen beiden Konkurrenten bekommen hat. Michael Frieser landet mit 211 Nennungen weit abgeschlagen auf dem

¹⁶Die *Nürnberger Nachrichten* brachten später auch Dagmar Wöhrle ins Gespräch (Reitzner, 2006).

dritten Platz.¹⁷

Tabelle 2.8: Potenzielle OB-Kandidaten der CSU im Paarvergleich: „Welcher Kandidat hätte aus Ihrer Sicht die größere Chance, Ulrich Maly aus dem Amt des Oberbürgermeisters zu verdrängen? Roland Fleck oder Michael Frieser? Roland Fleck oder Klemens Gsell? Michael Frieser oder Klemens Gsell?“

gegenüber ...	Zahl der Bevorzugungen von ...		
	Roland Fleck	Michael Frieser	Klemens Gsell
Roland Fleck	—	98	415
Michael Frieser	437	—	555
Klemens Gsell	307	113	—
insgesamt	744	211	970
Rang	2.	3.	1.

keinen Paarvergleich durchgeführt: n=514 bzw. 39,2 Prozent

Feldzeit vom 14.-21.1.2006

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Berechnen wir die Chancen der drei möglichen Kandidaten anteilmäßig, fallen auf Klemens Gsell mehr als die Hälfte (53,9 Prozent), auf Roland Fleck knapp zwei Fünftel (37,1 Prozent) und auf Michael Frieser rund ein Zehntel (9,0 Prozent) der Stimmen der Befragten, wie Abbildung 2.12 zeigt.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass von den insgesamt 798 Personen, die die drei Paarvergleiche durchgeführt haben, 221 Befragte (27,7 Prozent) von vornherein zum Ausdruck gebracht haben, dass aus ihrer Sicht *keiner* der genannten potenziellen CSU-Bewerber um das OB-Amt eine Chance gegen den amtierenden OB Maly hätte.¹⁸

Es verbietet sich selbstverständlich, momentan die so genannte „Sonntagsfrage“ nach der Wahlabsicht eines OB-Kandidaten zu stellen, da die dafür erforderlichen Kandidaten zurzeit ja noch nicht nominiert sind. Wir fragen deswegen danach, wem die Wahlberechtigten aus heutiger Sicht heraus ihre Stimme gäben, wenn der von ihnen als aussichtsreichster CSU-Kandidat bezeichnete Kommunalpolitiker gegen den amtierenden OB anträte. Abbildung 2.13 spiegelt die Wahlabsichten.

Wir erkennen, dass aus heutiger Perspektive Ulrich Maly zwei Drittel der abgegebenen Stimmen auf sich ziehen könnte, die ausgewählten potenziellen CSU-Bewerber zusammen genommen ein Viertel. Knapp 10 Prozent der Befragten können sich (noch) nicht entscheiden bzw. würden einen anderen Kandidaten bevorzugen.

¹⁷Die entsprechenden statistischen Paarvergleichsskalenwerte (die Berechnungsformel dafür findet man z. B. bei Laatz, 1993, S. 316) berechnen sich für Gsell auf S=60,1, für Fleck auf S=46,6 und Frieser auf S=13,2.

¹⁸514 Befragte haben keinen Paarvergleich vorgenommen: Entweder, weil sie einen oder mehrere der ausgewählten CSU-Kandidaten nicht kannten, oder weil sie mit dem Instrument des Paarvergleichs nicht zurecht kamen.

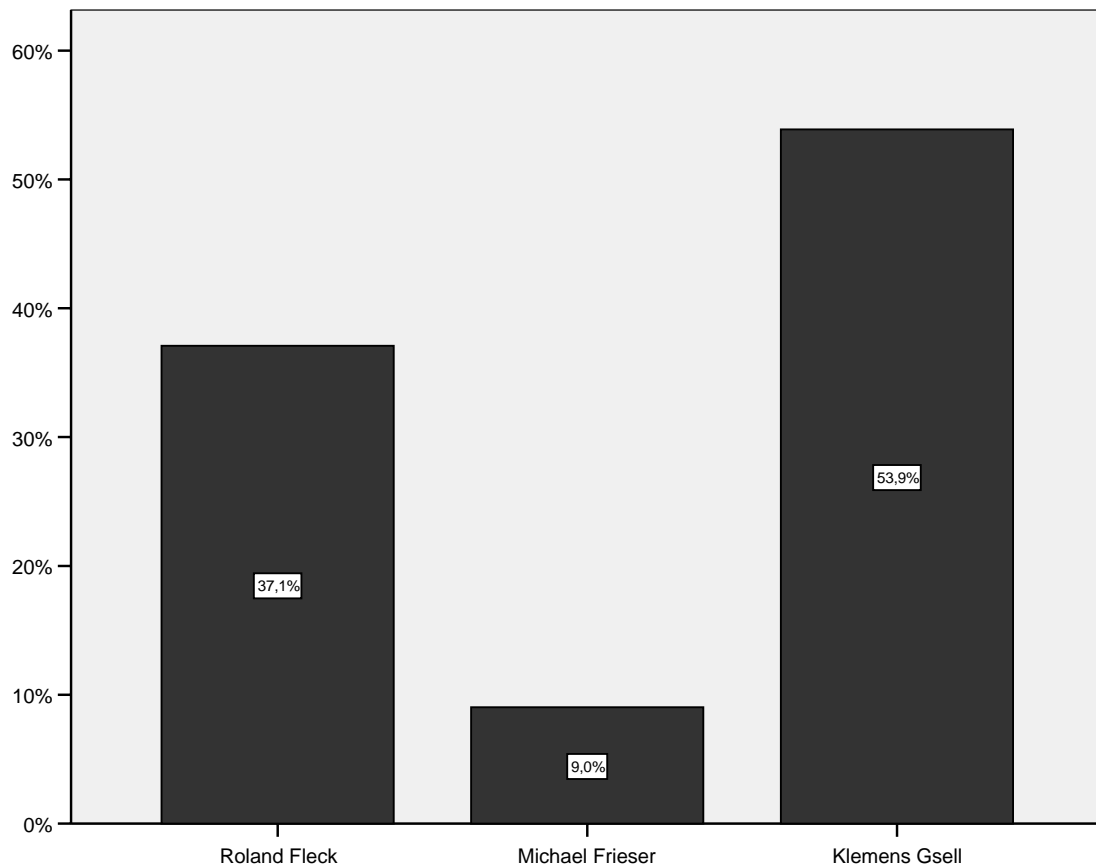


Abbildung 2.12: Potenzielle OB-Kandidaten der CSU im Paarvergleich: „Welcher Kandidat hätte aus Ihrer Sicht die größere Chance, Ulrich Maly aus dem Amt des Oberbürgermeisters zu verdrängen?“
Feldzeit vom 14.-21.1.2006

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=798)

An dieser Stelle wollen wir, wie angekündigt, die weiter oben (vgl. S. 77 f.) geführte Diskussion um das Problem „Gewichtung“ noch einmal aufnehmen und die Auswirkungen der mittels der dort in Tabelle 2.2 ausgewiesenen „Recall“-Gewichtungsfaktoren am Beispiel der geäußerten OB-Wahlabsicht 2008 darstellen. In Tabelle 2.9 sind in der zweiten Spalte die ungewichteten, in der dritten Spalte die gewichteten Wahlabsichtsanteile für die Oberbürgermeisterwahl abgetragen.

2 Kommunalpolitik und Lebensqualität in Nürnberg 2006 – Zwischenbilanz

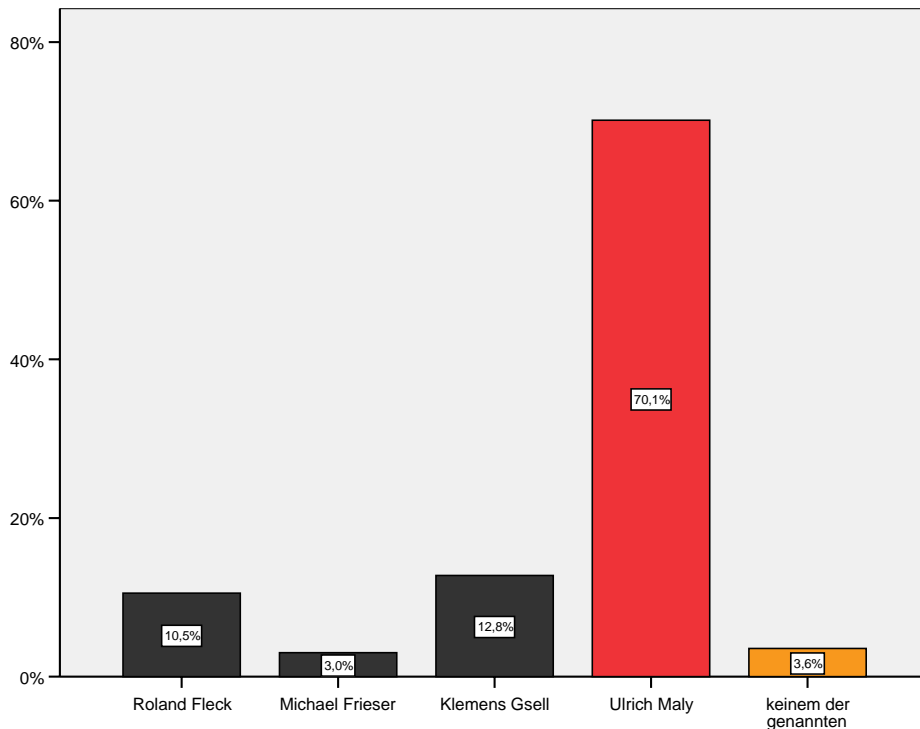


Abbildung 2.13: Wahlabsicht von OB-Kandidaten 2008: „Wenn die CSU tatsächlich Herrn [Vorname, Name] als Oberbürgermeisterkandidaten aufstellen würde: Wem würden Sie persönlich denn aus heutiger Sicht Ihre Stimme geben? Herrn [Name] oder doch lieber Herrn Maly?“
 Feldzeit vom 14.-21.1.2006
 Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=798)

Tabelle 2.9: Wahlabsicht von OB-Kandidaten 2008: „Wenn die CSU tatsächlich Herrn [Vorname, Name] als Oberbürgermeisterkandidaten aufstellen würde: Wem würden Sie persönlich denn aus heutiger Sicht Ihre Stimme geben? Herrn [Name] oder doch lieber Herrn Maly?“ – ungewichtete und gewichtete Verteilung [Spaltenprozentage]

	ungewichtet	gewichtet
Roland Fleck	10,0	11,3
Michael Frieser	2,9	3,6
Klemens Gsell	12,2	14,4
Ulrich Maly	66,8	62,9
keinem der genannten	3,4	3,4
ich weiß nicht	4,8	4,4
insgesamt	100,1	100,0

Feldzeit vom 14.-21.1.2006

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=798)

Gut zu erkennen ist, dass die vorgenommene Gewichtung einen positiven Effekt für die drei möglichen CSU-OB-Kandidaten und einen negativen für den amtierenden OB Maly zeigt: Der jeweilige Anteil an bekundeten Wahlabsichten für die CSU-Bewerber erhöht sich, jener für Maly verringert sich. Aber: Die Auswirkungen sind letztlich unbedeutend und vernachlässigbar – sie fallen allesamt geringer aus als die sowieso schon in Kauf zu nehmende statistisch bedingte Schwankung bzw. „Fehlertoleranz“ um den „wahren“ Wert der Wahlabsichten herum. Grund genug, um wie bisher fortzufahren und auch bei den weiteren Analysen die ungewichteten Daten zu verwenden.

In der politischen Soziologie der Wahlforschung bilden bei der Erklärung des spezifischen Wahlverhaltens drei Motive der Wählerschaft und die damit zusammenhängenden Einflussfaktoren einen Schwerpunkt. Unterschieden werden dabei i. d. R. die „Parteiorientierung“ bzw. „Parteiidentifikation“ oder „Parteibindung“, worunter „die durch politische Sozialisation erworbene dauerhafte und ausgeprägte affektive Bindung einer Person an eine Partei verstanden“ wird (Bovermann, 2002, S. 117 f.). Als zweite Determinante wird die „Themenorientierung“ genannt, bei der es um „die Wahrnehmung von politischen Streitfragen durch die Wahlberechtigten und die Bewertung der Problemlösungskompetenz von Parteien“ geht (ebenda, S. 117). Der dritte Faktor bezieht sich auf die „Kandidatenorientierung“, also die Ausrichtung der Wahlentscheidung anhand bestimmter Merkmale von Politikern. Falter und Schoen (2005, S. 647) unterscheiden diesbezüglich „zwischen Einstellungen zu politischen oder rollennahen Eigenschaften einerseits und unpolitischen oder rollenfernen Merkmalen andererseits; zu ersteren gehören Positionen zu politischen Sachfragen, zu letzteren die physische Attraktivität eines Kandidaten“. Zum Abschluss dieses Abschnitts wollen wir uns den „Kandidatenorientierungen“ etwas intensiver zuwenden.

Wie auf S. 84 bereits angemerkt, haben wir es bei der Oberbürgermeisterwahl, im Gegensatz zur Wahl des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers oder der Ministerpräsidenten, in Bayern mit einer Direktwahl zu tun. Bei Direktwahlen spielt der Faktor „Personalisierung“ eine erhebliche Rolle, wie, neben anderen, auch Andersen und Bovermann (2002, S. 262 f.) in ihrer Begleituntersuchung zur Einführung des hauptamtlichen Bürgermeisters und seiner Direktwahl in Nordrhein-Westfalen im Jahr 1999 empirisch beobachten konnten. Im Rahmen dieser Untersuchung durchgeführte Bürgerumfragen lassen den Schluss zu, dass „die eigene politische Konzeption eines Bürgermeisterkandidaten und damit sein programmatisches Profil aus der Sicht der Bürger eine geringe Rolle“ spielen (ebenda, S. 263). „Doch auch die Orientierung an rein persönlichen Merkmalen des Bürgermeisters als Sympathieträger besaß nur einen geringen Stellenwert. Wichtiger waren den Bürgern offensichtlich die Eigenschaften, die mit den Funktionen eines Bürgermeisters als Einheitsspitze in Verbindung standen“ (ebenda). Dennoch: „Als Repräsentant bestimmter, untrennbar mit seiner Person verbundener politischer Botschaften ist er sozusagen selbst die Nachricht“ (Falter und Römmele, 2002, S. 51).

So ergab, wie Jägers und Klaus (2004, S. 11 f.) leider ohne exakte Quellenangabe berichten, eine „repräsentative Befragung“ über Erwartungen der Bürger bezüglich von Eigenschaften ihres Wunsch(ober)bürgermeisters, die von Sozialwissenschaftlern der Universität Duisburg im Vorfeld der Kommunalwahl 1999 in Nordrhein-Westfalen durchge-

führt wurde,¹⁹ die folgende Verteilung.

Tabelle 2.10: Erwartetes Eigenschaftsprofil von (Ober-) Bürgermeistern – Kommunalwahl 1999 in NRW [Mittelwerte]

Eigenschaften	Landesbefragung NRW	
	Mittelwert	Rangplatz
Glaubwürdigkeit	1,34	1
Führungsqualitäten	1,60	2
Bürgernähe	1,69	3
Vertretung der Gemeinde nach außen	1,75	4
Konfliktbereitschaft mit eigener Partei	1,79	5
Einsatz für Minderheiten	1,98	6
Neutralität gegenüber anderen Parteien	1,99	7
Verwaltungserfahrung	2,13	8
Eigene politische Konzeption	2,14	9
Spezialkenntnisse in der Kommunalpolitik	2,24	10
Erfahrung außerhalb von Politik und Verwaltung	2,25	11
Sympathieträger	2,37	12
Gemeindeverbundenheit	2,38	13
Durchschnittswert	1,95	

Quelle: Jägers und Klaus (2004, S. 12); dort keine weiteren Hinweise zur Ratingskala

Dieses „Wunschbild“ eines Oberbürgermeisters war uns zum Zeitpunkt der Konzeption unserer Kommunalwahlstudie aus dem Jahr 2002 leider nicht bekannt – sonst hätten wir für Vergleichszwecke sicherlich einige dieser Items für die eigene Untersuchung verwendet. Um Kontinuität zu bewahren und Veränderungen beziffern zu können, haben wir deshalb auch im Jahr 2006 auf unser damals konstruiertes Erhebungsinstrument zur Messung von Kandidaten-Persönlichkeitseigenschaften zurückgegriffen. In Tabelle 2.11 haben wir die Einstufungen der vermutlichen Bewerber um das politische Spitzenamt in Nürnberg bezüglich dieser Persönlichkeitseigenschaften abgetragen.

Demzufolge schneidet Maly hinsichtlich aller vorgelesenen Aussagen am besten ab. Unter seinen potenziellen CSU-Konkurrenten sind kaum Bewertungsunterschiede festzustellen: Mal wird der eine, mal der andere besser oder schlechter beurteilt. Roland Fleck und Klemens Gsell erreichen bezüglich der summierten Mittelwerte einen identischen arithmetischen Durchschnittswert.

So ist es abschließend nicht verwunderlich, wenn auf die Frage, wer wohl die Oberbürgermeisterwahl 2008 in Nürnberg gewinnen wird, 882 Befragte oder 67,2 Prozent Ulrich Maly nennen. Von einem Wahlsieg eines der drei ausgewählten potenziellen CSU-Bewerber gehen 150 Wahlberechtigte aus (14,2 Prozent). 26 Nürnberger (2,0 Prozent) meinen, keiner der genannten Politiker würde als Oberbürgermeister gewählt werden. Ein Fünftel der Befragten (n=254 bzw. 19,4 Prozent) vermochte Anfang 2006 – noch?

¹⁹Weitere Hinweise darauf, ob die ominöse „Repräsentativität“ tatsächlich erfüllt war, z. B. Definition der Grundgesamtheit, eingesetzte Auswahlmethode, Art der Befragung, realisierte Stichprobengröße etc., werden dem Leser leider vorenthalten.

– kein Urteil über den Ausgang der OB-Wahl im Jahr 2008 abzugeben.

Tabelle 2.11: Notendurchschnitte für OB Maly und seine potenziellen CSU-Kontrahenten: „Auch ohne Politiker wirklich persönlich zu kennen, kann man z. B. aus der Zeitung oder dem Fernsehen einiges über ihre Persönlichkeit erfahren. Denken Sie bitte nur einmal an [Vorname, Name]. Inwieweit würden Sie folgenden Aussagen zustimmen? Mit Hilfe der Schulnoten von 1 bis 6 können Sie Ihre Meinung abstufen“ [Mittelwerte, Standardabweichungen]

	Maly		Fleck		Frieser		Gsell	
	m	s	m	s	m	s	m	s
Er ist der OB-Aufgabe in Nürnberg gewachsen	2,0	0,8	2,5	0,8	2,7	0,9	2,5	0,8
Er bekommt die Probleme Nürnbergs in den Griff	2,5	1,0	2,6	0,8	2,8	1,0	2,7	0,9
Er ist ein vertrauenswürdiger Politiker	2,1	1,0	2,6	0,8	2,6	1,1	2,5	0,9
Er spricht eine Sprache, die die Menschen verstehen	1,9	0,8	2,6	0,8	2,5	0,8	2,5	0,9
Ihm liegt Nürnberg am Herzen	1,7	0,8	2,1	0,8	2,1	0,7	2,2	0,9
Er hat sein Privatleben im Griff	1,9	0,8	2,3	0,8	2,3	0,7	2,2	0,9
Er ist ein sympathischer Mann	1,9	0,9	2,5	0,9	2,4	0,8	2,5	1,0
insgesamt (\emptyset)	2,0	0,7	2,5	0,7	2,6	0,7	2,5	0,7

Ratingskala: Von 1 „sehr gut“ bis 6 „ungenügend“
 Feldzeit vom 14.-21.1.2006
 Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Gehen wir den Grundlagen für die geäußerten Präferenzen nicht nur deskriptiv, sondern auch analytisch nach, zeigt Tabelle 2.12 die Wirkungsrichtung und -stärke der verschiedenen unabhängigen Variablen auf die vermutliche Wahlabsicht eines CSU-Kandidaten, entweder Fleck, Frieser oder Gsell, im Vergleich zu Maly. So bedeutet beispielsweise der positive Wert von $b=0,652$ bei den Katholiken, dass diese Befragtengruppe anstelle von Maly im Schnitt eher zur Wahl eines CSU-Kandidaten neigen würde. Umgekehrt besagt der negative Regressionskoeffizient von $b=-2,432$ bei der Kategorie „pers. Nettoeinkommen <1000 Euro“, dass Personen der untersten Einkommensklasse höchstsignifikant eher Maly zum Oberbürgermeister wählen würden als einen CSU-Kandidaten.

Wirkungsrichtung und -stärke lassen sich insbesondere anhand der Effekt-Koeffizienten e^{beta} ablesen. Ein Wert von $e^{\text{beta}}=1,919$ bei den Katholiken deutet darauf hin, dass sich das Chancenverhältnis des CSU-Kandidaten : Maly bei Befragten, die dieser Konfession angehören, um den Faktor 1,9 zugunsten der Wahl eines CSU-Kandidaten erhöht.

Die Konfidenzintervalle der Effekt-Koeffizienten, also Untergrenze und Obergrenze von e^{beta} , geben den Wertebereich an, in dem sich die Effekt-Koeffizienten, die „odds ratios“, tatsächlich bewegen. Bei einem $e^{\text{beta}}=1,919$ für Katholiken zeigt sich, dass die Untergrenze des Konfidenzintervalls $-0,889$ – *unter* und die Obergrenze $-4,144$ – *über* Eins liegen: Es kann demzufolge nicht mit Sicherheit gesagt werden, dass der ausgewiesene positive Effekt von $e^{\text{beta}}=1,919$ tatsächlich auftritt. Bei allen Einkommensklassen, ausgenommen die höchste, die ja als Referenzkategorie dient, zeigt sich hingegen, dass sowohl die „odds ratios“ als auch die Unter- und Obergrenzen der Konfidenzintervalle *unter* Eins liegen: Der jeweils prognostizierte Einfluss der Einkommensklassen auf das Chancenverhältnis

CSU-Kandidat : Maly ist dementsprechend mit großer Wahrscheinlichkeit tatsächlich zu erwarten.

Tabelle 2.12: Determinanten der OB-Wahlabsicht eines CSU-Kandidaten in Bezug zu Ulrich Maly – Koeffizienten einer binären logistischen Regression

Unabhängige Variablen	abhängige Variable: OB-Wahlabsicht: CSU-Kandidat				
	b	prob.	e ^{beta}	Untergrenze e ^{beta}	Obergrenze e ^{beta}
Konfession (ohne Konfession)					
katholisch	0,652	0,097	1,919	0,889	4,144
evangelisch	0,006	0,987	1,006	0,469	2,157
pers. Nettoeinkommen (>=3000 Euro)					
<1000 Euro	-2,432	0,000	0,088	0,035	0,223
1000 – 1999 Euro	-1,525	0,000	0,218	0,100	0,474
2000 – 2999 Euro	-1,438	0,001	0,237	0,100	0,563
Lebensaltersgruppen (60 – 92-Jährige)					
16 – 24-Jährige	-0,224	0,700	0,799	0,256	2,493
25 – 44-Jährige	-0,480	0,132	0,619	0,331	1,156
45 – 59-Jährige	-1,110	0,003	0,329	0,160	0,678
Sozioökonomische Cluster (6 = positiv)					
1 = negativ	-1,111	0,021	0,329	0,128	0,845
2	0,177	0,694	1,194	0,494	2,884
3	-0,019	0,968	0,982	0,399	2,413
4	0,074	0,858	1,077	0,476	2,436
5	0,474	0,351	1,607	0,593	4,358
Konstante	0,243	0,660	1,275		

Durchschnittliche Trefferquote: 70,9 Prozent (CSU-Kandidat: 63,0 Prozent, Maly: 72,6 Prozent)

Nagelkerkes $r^2=,19$

In Klammern die jeweilige Referenzkategorie

Feldzeit vom 14.-21.1.2006

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=468)

Nagelkerkes $r^2= 0,19$ drückt aus, dass die Kenntnis der Verteilung der vier unabhängigen Variablen „Konfession“, „persönliches Nettoeinkommen“, „Lebensalter“ und „Wohnlage“ die wahrscheinliche Wahlabsicht der Befragten im Hinblick auf die OB-Wahl zu 19 Prozent korrekt prognostizieren lassen. Am besten erlauben die vier Variablen, die Wahl von Maly vorherzusagen – die Trefferquote beträgt für ihn 72,6 Prozent.

Die Ergebnisse der binären logistischen Regression resümierend, kann man festhalten, dass sich die potenziellen Wähler eines CSU-Kandidaten zum Oberbürgermeister im Vergleich zu potenziellen Wählern des Kandidaten Maly am ehesten dadurch kennzeichnen lassen, dass sie katholisch sind, ein hohes Einkommen aufweisen, in die älteste Altersgruppe fallen und nicht in einer negativen sozialräumlichen Wohnlage (Cluster 1) leben.

2.1.4 Exkurs: Bekanntheit und Beurteilung der Nürnberger Bundestagsabgeordneten

Die Nürnberger Einwohnerschaft wird im Bundestag durch vier Abgeordnete vertreten. In alphabetischer Reihenfolge sind dies Renate Blank (CSU), Martin Burkert (SPD), Günter Gloser (SPD) und Dagmar Wöhrl (CSU). Die beiden Letztgenannten haben in der aktuellen Großen Koalition zudem als Staatsminister im Auswärtigen Amt und als Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium wichtige Regierungsämter übernommen. Ihren Bekanntheitsgrad unter den Befragten zeigt Tabelle 2.13.

Tabelle 2.13: Bekanntheit der Nürnberger Bundestagsabgeordneten: „Aus Nürnberg sind vier Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Ich möchte gerne von Ihnen wissen, ob Sie die Abgeordneten kennen. Kennen Sie [Vorname, Name]?“ [Mehrfachangaben]

Kommunalpolitiker	n	% _a	% _b
Dagmar Wöhrl	1.227	36,6	97,1
Renate Blank	924	27,5	73,1
Günter Gloser	859	25,6	68,0
Martin Burkert	345	10,3	27,3
Nennungen insgesamt	3.355	100,0	265,4
Nennungen pro Person	2,7		
keine Angabe	48	3,7	

%_a: bezogen auf 3.355 Nennungen
 %_b: bezogen auf 1.264 Wahlberechtigte,
 die wenigstens einen Abgeordneten kennen

Die Namensvorlage erfolgte nach dem Zufallsprinzip rotiert
 Feldzeit vom 14.-21.1.2006
 Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Was die namentliche Bekanntheit der vier Volksvertreter angeht, liegen die zwei CSU-Politikerinnen vorn, wobei der Bekanntheitsgrad Dagmar Wöhrls unter den Bundestagsabgeordneten genauso exorbitant ausfällt wie der Ulrich Malys unter den (potenziellen) OB-Kandidaten: Fast jeder Nürnberger Wahlberechtigte kennt ihren Namen! Aber auch die Bekanntheitswerte von Renate Blank und Günter Gloser können sich sehen lassen: Drei Viertel der Befragten ist der Name Blank, zwei Drittel der Name Gloser geläufig. Einzig Martin Burkert fällt aus diesem ansonsten überaus positiven Rahmen – für einen „frisch gebackenen“ Neu-Bundestagsabgeordneten waren andere Werte wohl aber auch nicht zu erwarten.

Wie bereits bei den Kommunalpolitikern dargestellt, verbessert sich der Wiedererkennungsgrad von Volksvertretern z. T. erheblich durch die Einbindung von Fotos in ein Erhebungsinstrument. Dies ist offensichtlich auch bei den Bundestagsabgeordneten der Fall, wobei der relative Rangplatz der Politiker auf der Bekanntheitskala untereinander wiederum bestehen bleibt. Wenn Dagmar Wöhrls wie zuvor Ulrich Malys Bekanntheitsgrad sich online fast der 100 Prozent-Marke angleicht, gilt dies, mit sehr geringen Abstrichen, auch für Renate Blank: Ihre positive Prozentsatzdifferenz zum CATI beträgt

2 Kommunalpolitik und Lebensqualität in Nürnberg 2006 – Zwischenbilanz

$d_{\%}=22,4$. Aber auch Günter Gloser – +20,1 Prozentpunkte – und, vor allen anderen, Martin Burkert – exorbitante +58,8 Prozentpunkte! – profitieren von der Mixtur aus Porträtfotovorlage und Auswahlnamensliste, die im Zuge der Onlineumfrage angewandt wurde.



Abbildung 2.14: Renate Blank
Copyright: Renate Blank



Abbildung 2.15: Martin Burkert
Copyright: SPD

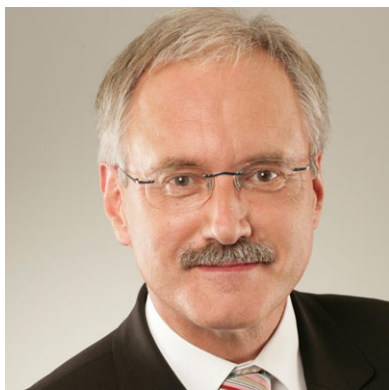


Abbildung 2.16: Günter Gloser
Copyright: SPD



Abbildung 2.17: Dagmar Wöhr
Copyright: CSU

Tabelle 2.14: Bekanntheit der Nürnberger Bundestagsabgeordneten nach Fotovorlage: „Aus Nürnberg sind vier Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Ich möchte gerne von Ihnen wissen, ob Sie die Abgeordneten kennen. Kennen Sie diese/n Abgeordnete/n namentlich?“ [Mehrfachangaben]

Bundestagsabgeordnete	n	% _a	% _b
Dagmar Wöhrl	441	26,7	99,1
Renate Blank	434	26,3	97,5
Günter Gloser	392	23,8	88,1
Martin Burkert	383	23,2	86,1
Nennungen insgesamt	1.650	100,0	370,8
Nennungen pro Person	3,7		
keine Angabe	15	3,3	

%_a: bezogen auf 1.650 Nennungen
 %_b: bezogen auf 445 Wahlberechtigte, die wenigstens einen Namen kennen

Die Fotovorlage und Namensvorgabe erfolgten nach dem Zufallsprinzip rotiert
 Feldzeit vom 14.-21.1.2006
 Quelle: Nürnberg-Barometer (online 2006)

Die Rangfolge verändert sich allerdings, wenn wir nicht nur den Bekanntheitsgrad erheben, sondern zur Bewertungsmessung der jeweiligen Personen übergehen. Dazu verwenden wir das „Politiker-Skalometer“, aus dem Politbarometer von Forschungsgruppe Wahlen und ZDF bekannt als *das* komparative Instrument zur Einschätzung von Prominenz und Sympathie führender Politiker (Oberreuter, 2003).

Wir sehen, wenn wir Tabelle 2.15 inspizieren, dass auf der Skala von plus 5 bis minus 5 Günter Gloser mit einem Wert von +1,8 offenbar der angesehenste unter den vier Bundestagsabgeordneten ist. An zweiter Stelle folgen Martin Burkert und Dagmar Wöhrl gleichauf mit Werten von jeweils +1,3. Renate Blank nimmt nunmehr den vierten und letzten Platz ein – aber auch ihr Wert von +0,7 liegt noch deutlich im positiven Bereich.

Tabelle 2.15: Bewertung der Nürnberger Bundestagsabgeordneten: „Was halten Sie von [Vorname, Name]? Stellen Sie sich dazu ein Thermometer vor, das von plus 5 bis minus 5 reicht. Plus 5 bedeutet, dass Sie sehr viel von [Vorname, Name] halten, minus 5, dass Sie überhaupt nichts von ihr/ihm halten. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.“ [Mehrfachangaben; Mittelwerte, Standardabweichungen]

Kommunalpolitiker	n	m	s
Günter Gloser	773	1,8	2,1
Martin Burkert	252	1,3	2,1
Dagmar Wöhrl	1.173	1,3	2,9
Renate Blank	834	0,7	2,8

keinerlei Bewertung 80 6,1%
 Feldzeit vom 14.-21.1.2006
 Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Alles in allem sind die Nürnberger offenbar mit ihren vier Bundestagsabgeordneten zufrieden – die durchschnittliche Bewertung lässt jedenfalls darauf schließen. Dennoch ist auf einen Wermutstropfen hinzuweisen: Die Standardabweichungen (s) fallen doch recht groß aus und übersteigen den Mittelwert (m) erheblich, insbesondere bei den beiden CSU-Volksvertreterinnen. Dies ist ein Zeichen dafür, dass ihre Bewertung in der Nürnberger Bevölkerung weit streut und sie, jedenfalls in Teilen, die Bevölkerung bezüglich ihrer Wahrnehmung polarisieren.²⁰

2.1.5 Parteien und „große Koalition“

Norpoth und Gschwend (2003, S. 114 ff.) belegen für die Bundespolitik, dass bei Wahlen mit großem Bonus des Amtsinhabers auch die Regierungsparteien einen nennenswerten Stimmenbonus erhalten; ist der Amtsbonus bescheiden, schmilzt auch der Stimmenbonus für die Regierungspartei; ist er negativ, dann ereilt dieses Schicksal auch die Organisation. Übertragen wir diese Verhältnisse auf die lokale Bühne, müsste, wenn wohl auch nicht allein dadurch verursacht, so doch sicherlich unterstützt durch den hohen Bekanntheitsgrad und die Wertschätzung, deren sich Ulrich Maly spätestens seit seiner Wahl zum Oberbürgermeister erfreuen kann, „seine“ Partei, die SPD, in der Gunst Nürnberger Wahlberechtigter recht gut abschneiden. Und die erhobenen Daten lassen tatsächlich den Schluss zu, dass dem so ist: Die SPD scheint – zumindest Anfang 2006 – bezüglich der Wählergunst bessere Karten in der Hand zu halten als ihre Mitbewerber.

Schauen wir uns zuerst an, wie die Arbeit beurteilt wird, die die Parteien und sonstigen Gruppierungen bzw. Einzelpolitiker seit 2002 abgeliefert haben, so gehört der SPD aus Sicht der Befragten der Spitzenplatz. Im Notendurchschnitt auf einer Skala von 1 bis 6 erreicht sie einen Mittelwert von $m=2,9$, die CSU, als zweitplatzierte Partei, kommt auf einen Mittelwert von $m=3,1$, Bündnis 90/Die Grünen liegen mit $m=3,4$ auf dem dritten Platz. Sind diese Werte im Schuljargon wohl irgendwie noch „befriedigend“, kann man die Noten für Die Freien und für Die Guten nur noch als „ausreichend“, jene für die Bürgerinitiative Ausländerstopp und die Republikaner mit Fug und Recht als „mangelhaft“ einstufen.²¹

Die Arbeit der Parteien wird demzufolge in der Bevölkerung wohl doch insgesamt eher kritisch bewertet; das Urteil darüber fällt in jedem Fall schlechter aus als das Urteil, das wir weiter oben in Tabelle 2.7, S. 90, für die Arbeit der führenden und prominenten Vertreter von SPD und CSU sowie von Bündnis 90/Die Grünen registriert hatten.

²⁰Zur Verdeutlichung: Renate Blank erhält beispielsweise von 8,4 Prozent der Befragten den negativsten Wert -5 und von 7,2 Prozent der Befragten den positivsten Wert +5 zugewiesen; bei Martin Burkert belaufen sich die entsprechenden Werte auf 1,6 Prozent (-5) und 5,6 Prozent (+5).

²¹Man muss jedoch sicher konzedieren, dass die dargestellten Noten, insbesondere bei den kleineren und kleinen politischen Gruppierungen, nicht nur ein Urteil über die geleistete Arbeit, sondern zugleich auch eine Aussage über deren Bekanntheitsgrad und, vor allem bei Bürgerinitiative Ausländerstopp und REP, über deren politische Ausrichtung beinhalten.

Tabelle 2.16: Bewertung Nürnberger Stadtratsparteien: „Und wie beurteilen Sie die Arbeit, die die seit der letzten Kommunalwahl 2002 im Nürnberger Stadtrat vertretenen Parteien, Gruppen und Einzelpolitiker geleistet haben? Bitte verwenden Sie dafür wieder die Schulnoten von 1 bis 6“

Parteien, Gruppen, Einzelpolitiker	n	m	s
SPD	1.130	2,9	0,9
CSU	1.078	3,1	0,9
Bündnis 90/Die Grünen	1.053	3,4	1,1
Die Freien	602	3,7	1,1
Die Guten	462	3,8	1,3
Bürgerinitiative Ausländerstopp	752	4,6	1,5
Republikaner (REP)	916	5,4	1,0

keinerlei Bewertung 134 10,2%
 Feldzeit vom 14.-21.1.2006
 Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Dieses kritische Bürgerurteil zur Arbeit *aller* Parteien ist allerdings wenig überraschend: Wenn wir uns die Bewertung des erfahrenen Kommunalpolitikbeobachters zu eigen machen (vgl. Zitat [Franke, 2005](#), S. 4 im 1. Kap.), dürfte dies zum einen vor allem daran liegen, dass die einst markant hervorgetretenen politischen Konturen der Parteien unter dem heute regierenden Primat der großen Koalition einen eher abgeschliffenen Eindruck hinterlassen; es fehlt wohl ein wenig an wahrnehmbarer Opposition und alternativen Konzepten. [Schmid \(2006\)](#) sieht, wenn auch auf die Bundesebene gemünzt, die Unterschiede zwischen Koalitionären „lautlos verschwinden“: „Die Volksparteien nähern sich einander bis zur Ununterscheidbarkeit an“. Dem Bürger scheint es momentan schwerer zu fallen, bei den Parteien auch auf kommunaler Ebene ein je eigenes Profil zur Lösung der anstehenden Probleme entdecken zu können – wobei es weniger um tatsächliche, als vielmehr um zugeschriebene, zugetraute Kompetenz geht.

Zum anderen herrscht offenbar auf kommunaler Ebene grundsätzlich, also nicht nur in Nürnberg, ein Mangel an Themen vor, „die von den Wählern als besonders bedeutsam empfunden und die (gleichzeitig) mit bestimmten Parteipositionen in Verbindung gebracht werden. ... Themen mit hohen Betroffenheits- und politisch-programmatischen Orientierungswert sind also rar. ... Wenn nun aber auf Gemeindeebene eine politisch-programmatische Differenzierung (Themenorientierung) kaum stattfinden kann, dann bleibt, weil auch die Parteibindung eine reduzierte Rolle spielt, nur die Kandidatenorientierung übrig“ ([Löffler und Rogg, 2000](#), S. 123) – zu Lasten von Themen- und Parteienorientierung.

Diese Einschätzung wird in Teilen unterfüttert, wenn wir einen Blick darauf werfen (vgl. Tabelle [2.17](#)), ob, und wenn ja, welche der im Nürnberger Regierungsbündnis vereinten Parteien besonders dazu geeignet wären, Beiträge zur Lösung bzw. Verbesserung bestimmter Themen- oder Problembereiche – Kriminalität, Migration, städtisches Erscheinungsbild, Familienfreundlichkeit – zu leisten, Themen, mit denen wir uns im Rahmen des Lehrforschungsprojektes im Sommersemester 2006 intensiver datenanalytisch beschäftigt haben. So tritt bezüglich der Bekämpfung von „Kriminalität“ in der Perzep-

tion der befragten Bürger keine einzige Partei als besonders kompetent oder inkompetent in Erscheinung – sie ähneln sich auf hohem Niveau. Bei der „Familienfreundlichkeit“ hat die SPD vor allem gegenüber der CSU die Nase vorn. Bezüglich der städtischen „Sauberkeit“ können sich Bündnis 90/Die Grünen in den Vordergrund spielen. Wenn man überhaupt von einer gewissen Polarisierung sprechen mag, dann ist diese allenfalls hinsichtlich der „Migrationsproblematik“ zu beobachten, wobei der CSU allerdings deutlich bessere Lösungen zugetraut werden als der SPD oder gar Bündnis 90/Die Grünen. Diesbezüglich werden die Parteien also nicht als mehr oder minder austauschbar empfunden und beurteilt.

Tabelle 2.17: Problembereiche in Nürnberg und Parteienkompetenz zu ihrer Lösung: „In der Öffentlichkeit wird neben dem Problem der Arbeitslosigkeit auch viel über Familienfreundlichkeit, Zuwanderer, Kriminalität und Sauberkeit diskutiert. Welche Partei bietet Ihrer Meinung nach für das Thema (...) die besten Lösungen an?“ [Mehrfachangaben]

Probleme	n	CSU		n	SPD		B90/Die Grünen			n	insg.	
		% _a	% _b		% _a	% _b	n	% _a	% _b		% _a	% _b
Kriminalität	240	31,3	93,8	153	29,8	89,5	51	30,4	91,1	444	30,6	91,9
Familienfreundlichkeit	186	24,2	72,7	145	28,3	84,8	44	26,2	78,6	375	25,9	77,6
Sauberkeit	160	20,8	62,5	111	21,6	64,9	44	26,2	78,6	315	21,7	65,2
Zuwanderer	182	23,7	71,1	104	20,3	60,8	29	17,3	51,8	315	21,7	65,2
insgesamt	768	100,0	300,1	513	100,0	300,0	168	100,1	300,1	1.449	99,9	299,9
keine Angabe	184	14,0										

%_a: bez. auf Nennungen
 %_b: bez. auf Befragte

Die Reihenfolge der Problemvorlagen erfolgte nach dem Zufallsprinzip rotiert
 Abweichende Anteile sind **fett** und *kursiv* hervorgehoben
 Feldzeit vom 14.-21.1.2006
 Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Das eben Ausgeführte wird in gewisser Weise arrondiert durch die Bewertung, die das Zusammenspiel der „großen Koalition“ im Nürnberger Stadtrat aus Sicht der Befragten erfährt (vgl. Abbildung 2.18).

Es dominiert demnach ein eher mediokres Bild, wenn die Zusammenarbeit von gut der Hälfte der Bevölkerung nur als „befriedigend“ eingestuft wird. Auf der Habenseite können die „Koalitionäre“ aber verbuchen, dass immerhin 30 Prozent das Zusammenspiel als besser und nur 20 Prozent der Bevölkerung es schlechter als befriedigend bewerten.

Auch in der Kommunalpolitik stellt sich im Falle vereinbarter Koalitionen die Frage, ob, und wenn ja, inwieweit die Koalitionäre von der praktizierten Zusammenarbeit profitieren. Die Antwort auf unsere entsprechende Frage zeigt Abbildung 2.19.

Demnach ist es die SPD, die aus dem Blickwinkel von rund einem Drittel der Befragten bisher den meisten Nutzen aus der Arbeit in der Koalition zieht, gefolgt von CSU mit einem Fünftel der entsprechenden Nennungen und Bündnis 90/Die Grünen, denen etwa ein Sechstel der Nürnberger einen Profit aus der koalitionsären Mitarbeit zuschreibt. Interessant ist, dass mehr als ein Viertel der Wahlberechtigten weder die eine noch eine andere Partei als Nutznießerin der Koalitionsarbeit sieht – wobei offen bleiben muss, ob diese Personen keinerlei aus der Koalition entspringenden Nutzen sehen, ob sie eine Gleichverteilung des Nutzens auf die drei genannten Parteien annehmen oder ob sie eine andere Partei als Nutznießerin des Nürnberger Bündnisses ansehen.

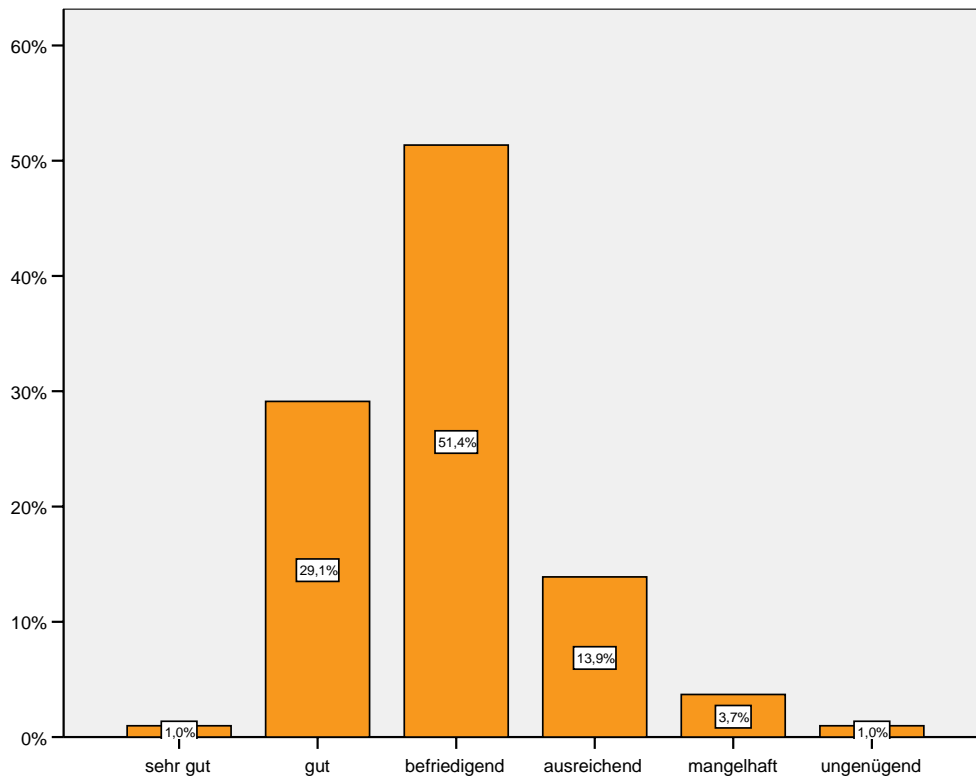


Abbildung 2.18: Bewertung des Nürnberger Regierungsbündnisses: „Im Stadtrat gibt es ja seit der letzten Wahl ein Bündnis aus CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wie schätzen Sie die Zusammenarbeit der drei Koalitionspartner im Stadtrat ein? Welche Note vergeben Sie dafür?“ [in Prozent]

Feldzeit vom 14.-21.1.2006

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=1.137)

Wenn wir trotz aller Imponderabilien, die damit verbunden sind, die Frage stellen, welche Partei am ehesten gewählt würde, wenn am nächsten Sonntag in Nürnberg eine Kommunalwahl angesetzt wäre, bekommen wir immerhin von rund 90 Prozent der Befragten eine gültige Antwort. Die meisten Stimmen könnte demnach die SPD mit 41,2 Prozent für sich verbuchen, gefolgt von CSU mit 32 Prozent und Bündnis 90/Die Grünen mit 10,6 Prozent. Danach folgten mit 7,3 Prozent diejenigen, die Anfang 2006 aussagten, dass sie nicht wählen gingen.²² Einen weiteren nennenswerten Anteil an potenziellen Wählerstimmen könnte nur noch die FDP mit 4 Prozent der Angaben auf sich ziehen. Aber auch die unter welchem Namen auch immer 2008 antretende, sich jedenfalls „sozialistisch“ gebende politische Organisation um PDS/Linkspartei/WASG soll mit einem Anteil von 2,3 Prozent fiktiver Wählerstimmen nicht unerwähnt bleiben.

²²Der Anteil jener Befragter, die angeben, nicht wählen zu wollen, ist bei Umfragen immer kleiner als der Anteil jener Personen, die später tatsächlich nicht zur Wahl gehen: Auch hier spielen Tendenzen sozialer Erwünschtheit offenbar weiterhin eine große Rolle.

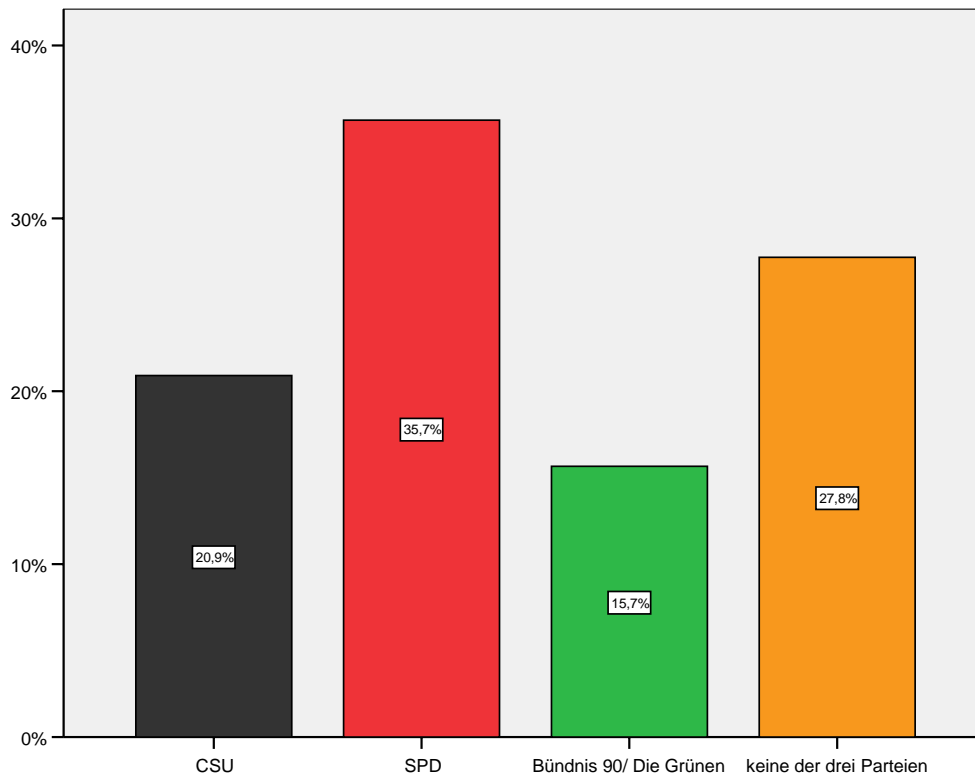


Abbildung 2.19: Nutzen aus dem Nürnberger Regierungsbündnis: „Was meinen Sie: Welche der drei Parteien hat bisher von diesem Bündnis den größten Nutzen gehabt?“
Feldzeit vom 14.-21.1.2006
Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=1.009)

Eine Interpretation der Wahlabsicht, wie wir sie in Tabelle 2.18 vor uns sehen, wäre nicht unproblematisch, hatten wir doch bereits weiter oben gesehen (vgl. Tabelle 2.2, S. 77), dass in unserer Stichprobe der Anteil an Personen, die angaben, 2002 die SPD oder Bündnis 90/Die Grünen gewählt zu haben, verglichen mit dem damaligen Wahlergebnis wohl etwas zu groß ausgefallen ist. Deshalb und aus weiteren, ebenfalls weiter oben dargelegten Gründen (vgl. S. 78) wollen wir uns auch nicht auf Spekulationen darüber einlassen, welches denn wohl „die repräsentative“ Verteilung der Wahlabsichten wäre, wenn am nächsten Sonntag Kommunalwahl wäre: Kommunalwahl ist nicht heuer, sondern erst 2008. Und die (kommunal-) politischen Bedingungen, die dann vorherrschen werden, sind momentan noch weniger vorhersehbar als die Entscheidung darüber, wer seitens der Parteien zu ihrem jeweiligen Kandidaten für das Oberbürgermeisteramt bestellt werden wird.

Unabhängig davon, sprechen alle Anzeichen dafür, dass die Wähler „volatiler“, also zum Wechsel bereiter und kurz entschlossener geworden sind (vgl. Kruke, 2005); für die Bundestagswahl 2005 belegte das jüngst und erneut Holtz-Bacha (2006): Die Wähler „sind unberechenbar geworden. Wählerinnen und Wähler entscheiden sich erst kurzfris-

tig, ob sie überhaupt wählen gehen, und wenn ja, welcher Partei sie ihre Stimme geben wollen. Von Wahl zu Wahl wechseln sie ihre Parteipräferenzen und überlegen es sich dann auch noch im Laufe des Wahlkampfes anders. Diese Unentschlossenheit besteht bei einem beträchtlichen Teil der Wählerschaft bis unmittelbar vor der Wahl“ (Holtz-Bacha, 2006, S. 12).

Tabelle 2.18: „Welche Partei würden Sie am ehesten wählen, wenn am nächsten Sonntag in Nürnberg Kommunalwahl wäre?“

Partei	n	%
CSU	372	32,0
SPD	480	41,2
Bündnis 90/Die Grünen	123	10,6
FDP	46	4,0
REP	2	0,2
NPD	5	0,4
Bürgerinitiative Ausländerstopp	2	0,2
PDS/Linkspartei/WASG	27	2,3
Die Guten	7	0,6
FW	2	0,2
ÖDP	2	0,2
sonstige	11	1,0
ich würde nicht wählen	85	7,3
insgesamt	1.164	100,2
keine Angabe	142	10,8
tnz, ist (noch) nicht wahlberechtigt	6	0,5

Feldzeit vom 14.-21.1.2006

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Wir wenden uns mit der folgenden Kreuztabelle 2.19 eher der längerfristigen Bindung an eine Partei zu und analysieren, inwieweit die 2002 in den Stadtrat gewählten und 2006 mit nennenswerter Attraktivität für potenzielle Wähler ausgestatteten Parteien ihr Klientel über die Jahre zu halten vermögen oder es an Mitkonkurrenten verlieren.

286 von 338, also 84,6 Prozent jener Befragten, die 2002 die CSU gewählt hatten, äußern die Absicht, auch jetzt wieder für die CSU stimmen zu wollen; bei der SPD beträgt dieser Anteil 81,3 Prozent, bei Bündnis 90/Die Grünen 71,6 Prozent, bei der FDP 70 Prozent, bei der PDS 69,2 Prozent. Von den 111 Nichtwählern des Jahres 2002 würden auch heute 39, also immerhin noch 35 Prozent, nicht zur Wahl gehen wollen.

Berechnen wir Jaccard-Koeffizienten als Indikator für die *Stabilität des jeweiligen parteispezifischen Wählerpotenzials* (vgl. Küchler, 1982),²³ schneidet die CSU, wenn auch äußerst knapp, am besten ab: Für sie beträgt der Koeffizient $j=.72$. Für die SPD beträgt er $j=.71$, Bündnis 90/Die Grünen kommen auf $j=.51$ – ihre Wählerschaft ist deutlich volatil als jene der beiden großen Parteien. Interessant auch, wie der Jaccard-Koeffizient

²³Der Jaccard-Koeffizient variiert zwischen 0 und 1. Er erreicht den Wert 1, wenn maximale Stabilität vorliegt, also kein Befragter zwischen den Wahlen zu einer anderen Partei abwandern will; er nimmt den Wert 0 an, wenn alle Befragten ihre Wahlabsicht zwischen den Befragungswellen ändern.

für die Nichtwähler ausfällt: Mit $j=.27$ erweist er sich zwar als gering, dennoch auch als deutliches Anzeichen dafür, dass sich selbst ein gewisser Anteil an politisch durchaus interessierten Nürnberger mittlerweile mehr oder minder dauerhaft und bewusst der Wahlteilnahme enthalten will.

Tabelle 2.19: „Welche Partei würden Sie am ehesten wählen, wenn am nächsten Sonntag in Nürnberg Kommunalwahl wäre?“ in Abhängigkeit vom „Recall“ der getätigten Stimmenabgabe bei der Kommunalwahl 2002

2002 gewählte Partei → Wahlabsicht 2008 ↓	CSU n	SPD n	Grüne n	FDP n	PDS n	sonstige n	keine n	insgesamt n	%
CSU	286	32	1	3		3	23	348	33,0
SPD	20	370	18	2	1	2	26	439	41,7
Bündnis 90/Die Grünen	2	27	68			1	8	106	10,1
FDP	16	3	1	14			7	41	3,9
PDS/Linkspartei/WASG		5	5		9		4	23	2,2
sonstige	3	3	1		1	14	4	26	2,5
ich würde nicht wählen	11	15	1	1	2	1	39	70	6,6
insgesamt	338	455	95	20	13	21	111	1.053	100,0
keine Angabe								259	19,7

Die absoluten und relativen Zeilenrandsummen der Tabellen 2.18 und 2.19 stimmen wegen einiger fehlender Angaben beim „Recall“ nicht überein

Übereinstimmungen zwischen „Recall“ 2002 und „Wahlabsicht“ 2006 sind **fett** und *kursiv* hervorgehoben
Feldzeit vom 14.-21.1.2006

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Auf die Frage: „Was meinen Sie, welche Partei wird bei der nächsten Kommunalwahl 2008 in Nürnberg die meisten Stimmen erhalten?“, antworten 52,7 Prozent aller 1.312 befragten Wahlberechtigten mit „SPD“. Der CSU trauten im Januar 2006 29,8 Prozent ($n=391$) den Wahlsieg zu. Andere Parteien werden von 2,0 Prozent bzw. 25 Befragten ins Spiel gebracht. Ein Sechstel (15,5 Prozent, $n=203$) vermochte sich dazu Anfang 2006 noch nicht zu äußern.

Tabelle 2.20 zeigt Wirkungsrichtung und -stärke der verschiedenen unabhängigen Variablen auf die vermutliche Wahlabsicht von SPD bzw. Bündnis 90/Die Grünen, jeweils im Vergleich zur CSU.²⁴ Der negative Regressionskoeffizient von $b=-1,295$ bei der Kategorie „Hauptschulabschluss“ im unteren Teil der Tabelle zeigt, dass Personen mit diesem Schulabschluss eher zur Wahl der CSU als zur Wahl von Bündnis 90/Die Grünen tendieren. Umgekehrt bedeutet der positive Wert von $b=2,040$ bei den 16- bis 24-Jährigen, dass diese Altersgruppe im Schnitt eher zur Wahl von Bündnis 90/Die Grünen als zur Wahl der CSU tendiert.

Ein Wert von $e^{\text{beta}}=2,585$ bei den Personen mit niedrigem Einkommen, also weniger als 1.000 Euro, im oberen Teil der Tabelle 2.20 deutet darauf hin, dass sich das Chancenverhältnis von SPD : CSU bei Befragten, die in diese unterste Einkommensklasse

²⁴Zur detaillierten Interpretation der Koeffizienten einer logistischen Regression vgl. mit Bezug auf Tabelle 1.23 S. 35 ff.

fallen, um den Faktor 2,6 zugunsten der Wahl der SPD im Vergleich zur Wahl der CSU verändert. Wie das „odds ratio“ und die Werte seiner Unter- und Obergrenze des Konfidenzintervalls, die alle *über* Eins liegen, zeigen, ist dieser prognostizierte Einfluss auf das Chancenverhältnis mit großer Wahrscheinlichkeit tatsächlich zu erwarten.

Nagelkerkes $r^2 = 0,20$ drückt aus, dass die Kenntnis der Verteilung der fünf unabhängigen Variablen „Schulabschluss“, „Konfession“, „persönliches Nettoeinkommen“, „Lebensalter“ und „Sozialstrukturelle Cluster“ die wahrscheinliche Wahlabsicht der Befragten im Hinblick auf die drei Parteien CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu 20 Prozent korrekt prognostizieren lassen. Am besten erlauben die fünf Variablen, die Wahl der SPD vorherzusagen – die Trefferquote beträgt für diese Partei 75,4 Prozent.

Die Ergebnisse der multinomialen logistischen Regression resümierend, kann festgehalten werden, dass sich *Bündnis 90/Die Grünen-Wähler* am ehesten dadurch kennzeichnen lassen, dass sie die besten Schulabschlüsse aufweisen, ohne Konfession sind, über geringe Einkünfte verfügen, jung sind und in Stadtteilen leben (Cluster 1), in denen häufig ärmere Einpersonenhaushalte zu finden sind. *SPD-Wähler* hingegen ähneln den CSU-Wählern weitgehend bezüglich der Durchschnittlichkeit des Schulabschlusses und des Lebensalters, sind jedoch seltener katholisch und vor allem in den unteren Einkommensklassen sowie in den Clustern 1 und 4 vertreten, leben also in eher nicht privilegierten Wohngebieten.

2 Kommunalpolitik und Lebensqualität in Nürnberg 2006 – Zwischenbilanz

Tabelle 2.20: Determinanten der Parteiwahlabsicht von SPD bzw. Bündnis 90/Die Grünen, jeweils in Bezug zur CSU – Koeffizienten einer multinomialen logistischen Regression

Unabhängige Variablen	abhängige Variable: Parteiwahlabsicht: SPD Bündnis 90/Die Grünen				
	b	prob.	e ^{beta}	Untergrenze e ^{beta}	Obergrenze e ^{beta}
SPD					
Schulabschluss (Hochschulabschluss)					
Hauptschulabschluss	0,131	0,649	1,139	0,649	2,000
Realschulabschluss	0,036	0,894	1,036	0,614	1,749
FHS-Reife, Abitur	0,187	0,509	1,206	0,692	2,101
Konfession (ohne Konfession)					
katholisch	-0,668	0,011	0,513	0,307	0,856
evangelisch	-0,151	0,549	0,860	0,525	1,408
pers. Nettoeinkommen (>=3000 Euro)					
<1000 Euro	0,950	0,006	2,585	1,310	5,100
1000 – 1999 Euro	0,641	0,054	1,899	0,988	3,648
2000 – 2999 Euro	0,678	0,056	1,970	1,984	3,944
Lebensaltersgruppen (60 – 92-Jährige)					
16 – 24-Jährige	0,073	0,846	1,075	0,517	2,238
25 – 44-Jährige	0,176	0,421	1,193	0,776	1,833
45 – 59-Jährige	0,467	0,043	1,595	1,016	2,504
Sozialstrukturelle Cluster (6 = positiv)					
1 = negativ	0,655	0,019	1,926	1,112	3,335
2	0,370	0,227	1,448	0,794	2,642
3	0,483	0,128	1,621	0,870	3,021
4	0,652	0,025	1,919	1,083	3,397
5	0,369	0,305	1,446	0,715	2,924
Konstante	-0,771	0,079			
Bündnis 90/Die Grünen					
Schulabschluss (Hochschulabschluss)					
Hauptschulabschluss	-1,295	0,008	0,274	0,105	0,714
Realschulabschluss	-0,909	0,021	0,403	0,186	0,872
FHS-Reife, Abitur	0,205	0,570	1,228	0,605	2,494
Konfession (ohne Konfession)					
katholisch	-0,831	0,024	0,436	0,211	0,899
evangelisch	-0,381	0,278	0,683	0,343	1,361
pers. Nettoeinkommen (>=3000 Euro)					
<1000 Euro	1,439	0,009	4,218	1,437	12,386
1000 – 1999 Euro	0,896	0,096	2,451	0,852	7,048
2000 – 2999 Euro	1,348	0,016	3,849	1,290	11,483
Lebensaltersgruppen (60 – 92-Jährige)					
16 – 24-Jährige	2,040	0,004	7,687	1,923	30,734
25 – 44-Jährige	2,678	0,000	14,560	4,914	43,139
45 – 59-Jährige	2,492	0,000	12,080	3,899	37,422
Sozialstrukturelle Cluster (6 = positiv)					
1 = negativ	0,869	0,044	2,384	1,024	5,548
2	-0,142	0,775	0,867	0,326	2,306
3	0,061	0,901	1,063	0,405	2,794
4	0,149	0,765	1,161	0,435	3,096
5	-0,578	0,387	0,561	0,151	2,080
Konstante	-3,535	0,000			

Durchschnittliche Trefferquote: 52,5 Prozent (CSU: 35,3 Prozent, SPD=75,4 Prozent, B90/Grüne=15,1 Prozent)

Nagelkerkes $r^2 = 0,20$

In Klammern die jeweilige Referenzkategorie

Feldzeit vom 14.-21.1.2006

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=668)

2.1.6 Kommunalpolitische Präferenzen und genutzte Medien 2006

Wie schon 2002, haben wir auch 2006 danach gefragt, welche Medien die Befragten nutzen, um sich über Fragen von Kommunalpolitik und Kommunalwahl zu informieren. Tabelle 2.21 zeigt die Verteilung der Antworten.

Im Großen und Ganzen hat sich an der zahlenmäßigen Bedeutung der abgefragten Medien im Vergleich zu 2002 nicht allzu viel verändert:²⁵ Die einsame Spitzenposition halten weiterhin die „Nürnberger Nachrichten“ mit fast drei Viertel der Nennungen, gefolgt vom „Franken Fernsehen“ mit einem Viertel der Angaben auf Platz zwei. „BR Fernsehen“ und „Nürnberger Zeitung“ haben zugunsten des Fernsehsenders die Rangplätze getauscht. „Bayern 3“ und „Radio F“ bilden gleichauf die Spitze der präferierten Radioprogramme. Die Vielfalt der wahrgenommenen Informationsmedien ist beibehalten worden. Im Durchschnitt nutzen die Befragten 2,5 Informationsmedien.

Tabelle 2.21: Genutzte Medien für die Information über die Kommunalpolitik in Nürnberg 2006 [Mehrfachangaben]

Medien	n	% _a	% _b
Nürnberger Nachrichten (NN)	882	28,2	71,6
Franken Fernsehen	333	10,7	27,0
BR Fernsehen	278	8,9	22,6
Nürnberger Zeitung (NZ)	232	7,4	18,8
Radio Bayern 3	125	4,0	10,1
Radio F	125	4,0	10,1
Radio Bayern 1	120	3,8	9,7
Radio Gong	118	3,8	9,6
Radio N1	116	3,7	9,4
Antenne Bayern	110	3,5	8,9
Charivari	103	3,3	8,4
kostenlose Anzeigenblätter	84	2,7	6,8
BILD Nürnberg	82	2,6	6,7
Abendzeitung (AZ)	76	2,4	6,2
Radio Bayern 5	70	2,2	5,7
Franken Live TV (SAT1)	60	1,9	4,9
Franken Info TV	59	1,9	4,8
Guten Abend RTL (Länderprogramm Bayern)	57	1,8	4,6
Radio Z	23	0,7	1,9
Plärrer	18	0,6	1,5
Nennungen insgesamt (n)	3.125	100,0	253,7
Nennungen pro Person	2,5		
keine Angabe	80	6,1	
% _a : bezogen auf 3.125 Nennungen			
% _b : bezogen auf 1.232 Wahlberechtigte, die wenigstens ein Medium genannt haben			

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

²⁵Siehe Tabelle 1.22, S. 34.

2 Kommunalpolitik und Lebensqualität in Nürnberg 2006 – Zwischenbilanz

Betrachten wir Tabelle 2.22, stellt sich heraus, dass die Konsumenten von sechs der vierzehn aufgeführten Medien wohl eher nicht zur SPD-Wahl tendierten. Vor allem die Leserschaft der „Nürnberger Zeitung“ und von „BILD Nürnberg“ treten im Schnitt (hoch) signifikant für die Wahl einer anderen Partei ein. Ein gegensinniges, ebenso stabiles und sogar höchst signifikantes Pro-SPD-Verhalten zeigen, wie bereits 2002, die Leser der „Nürnberger Nachrichten“:²⁶ Sie präferierten im Schnitt die Stimmabgabe für die SPD, u. zw. mit dem Faktor 1,9 stärker als eine andere Partei.

Tabelle 2.22: Stadtratswahlabsicht und Mediennutzung 2006 – Koeffizienten einer binären logistischen Regression

Unabhängige Variablen	Abhängige Variable: Stadtratswahlabsicht SPD				
	b	prob.	e ^{beta}	Untergrenze e ^{beta}	Obergrenze e ^{beta}
Medien					
Printmedien					
<i>Nürnberger Nachrichten (NN)</i>	0,617	0,000	1,852	1,376	2,494
<i>Nürnberger Zeitung (NZ)</i>	-0,472	0,011	0,624	0,434	0,896
<i>BILD Nürnberg</i>	-0,584	0,043	0,558	0,317	0,981
Abendzeitung (AZ)	0,267	0,339	1,306	0,756	2,255
Rundfunk					
Radio Bayern 3	0,239	0,276	1,270	0,826	1,953
Radio F	0,027	0,901	1,028	0,669	1,578
Radio Bayern 1	-0,192	0,381	0,826	0,538	1,268
Radio Gong	-0,439	0,057	0,644	0,410	1,013
Radio N1	-0,276	0,230	0,759	0,484	1,190
Charivari	0,252	0,291	1,287	0,806	2,055
TV					
Franken Fernsehen	0,025	0,862	1,025	0,773	1,360
BR Fernsehen	0,146	0,349	1,157	0,852	1,570
Franken Live TV (SAT1)	0,039	0,897	1,040	0,576	1,878
Guten Abend RTL (Bayern)	-0,059	0,854	0,942	0,502	1,768
Konstante	-0,561	0,000			

Signifikante Ergebnisse sind *kursiv* gesetzt

Durchschnittliche Trefferquote: 58,8 Prozent (SPD: 59,0 Prozent)

Nagelkerkes $r^2 = 0,06$

Feldzeit vom 14.-21.1.2006

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=1.079)

Die Ergebnisse derselben Analyse, nun für die CSU durchgeführt, münden in Tabelle 2.23 ein.²⁷

²⁶Zur detaillierten Interpretation der Koeffizienten einer logistischen Regression vgl. mit Bezug auf Tabelle 1.23 S. 35 ff.

²⁷Tabelle 2.23 enthält ausschließlich die signifikanten Zusammenhänge zwischen Mediennutzung und Parteiwahlabsicht CSU!

Wir sehen, dass die CSU signifikant vor allem Zuspruch von den NZ- und den BILD-Lesern, aber auch von den Hörern des Radioprogramms „Bayern 1“ erhält. Nutzen wir die Höhe der e^{beta} -Koeffizienten für die Bildung einer „Pro-CSU-Rangreihe“, wird das Feld von den Lesern der BILD-Zeitung angeführt ($e^{\text{beta}}=2,164$), gefolgt von den Hörern von „Bayern 1“ ($e^{\text{beta}}=1,978$) und den NZ-Lesern ($e^{\text{beta}}=1,696$). Wie schon 2002 ist die Leserschaft der „Nürnberger Nachrichten“ bezüglich der Absicht, bei einer künftigen Kommunalwahl ihre Stimme der CSU zu geben, hingegen äußerst zurückhaltend ($e^{\text{beta}}=0,529$).

Tabelle 2.23: Stadtratswahlabsicht CSU und Mediennutzung 2006 – Koeffizienten einer binären logistischen Regression

Unabhängige Variablen	Abhängige Variable: Stadtratswahlabsicht CSU				
	b	prob.	e^{beta}	Untergrenze e^{beta}	Obergrenze e^{beta}
Medien					
Nürnberger Nachrichten (NN)	-0,637	0,000	0,529	0,392	0,712
Nürnberger Zeitung (NZ)	0,528	0,003	1,696	1,195	2,407
BILD Nürnberg	0,772	0,005	2,164	1,266	3,698
Radio Bayern 1	0,682	0,002	1,978	1,287	3,040
Konstante	-0,465	0,001			

Durchschnittliche Trefferquote: 67,8 Prozent (CSU: 25,3 Prozent)

Nagelkerkes $r^2=0,08$

Feldzeit vom 14.-21.1.2006

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=1.079)

Wie schon 2002 finden die bezüglich der Stadtratswahlen beschriebenen Zusammenhänge zwischen Mediennutzung und geäußerter Parteiwahlabsicht weitgehend ihre Entsprechung in Zusammenhang mit der OB-Wahlabsicht. Es zeigen sich aber auch bemerkenswerte Abweichungen. So tritt der positive Zusammenhang zwischen NN und Maly nicht mehr so deutlich hervor wie jener zwischen NN und SPD – er erweist sich als nunmehr „nur noch“ signifikant. Dafür spitzt sich die tendenzielle Ablehnung Malys durch die Leserschaft der NZ zu: Höchst signifikant würde sie ihn mit einem Faktor von 0,4 weniger wählen wollen als den Kandidaten einer anderen Partei (vgl. Tabelle 2.24).

Während „Radio F“-Hörer ihre einstige tendenzielle Präferenz für Maly als OB-Kandidaten weitgehend verloren haben, findet er quasi ersatzweise nun unter den Zuschauern des „BR Fernsehens“ entsprechend mehr Akzeptanz: Nur ganz knapp verfehlt er unter ihnen mit einem Wert von $\alpha=.054$ eine signifikante Wahl-Befürwortung.

Führen wir auch hier derselbe Analyse, nun aber für einen noch unbenannten CSU-OB-Kandidat durch, ergeben sich daraus die in Tabelle 2.25 wiedergegebenen Werte.²⁸

²⁸Tabelle 2.25 enthält ausschließlich die signifikanten Zusammenhänge zwischen Mediennutzung und OB-Wahlabsicht eines CSU-Kandidaten!

2 Kommunalpolitik und Lebensqualität in Nürnberg 2006 – Zwischenbilanz

Angesichts aller bisherigen Ergebnisse überrascht uns nicht, dass ein CSU-OB-Kandidat unter den Lesern der „Nürnberger Nachrichten“ eher schlechte Karten hat, was die Wahrscheinlichkeit anbelangt, von ihnen gewählt zu werden. Wenn auch nicht so ausgeprägt, gilt das Gleiche für Zuschauer beim „BR Fernsehen“. Anders sieht dies wiederum bei den Konsumenten der „Nürnberger Zeitung“ aus: Sie tendieren stark zur Wahl eines CSU-OB-Kandidaten.

Tabelle 2.24: OB-Wahlabsicht Maly und Mediennutzung 2006 – Koeffizienten einer binären logistischen Regression

Unabhängige Variablen	Abhängige Variable: OB-Wahlabsicht Maly				
	b	prob.	e ^{beta}	Untergrenze e ^{beta}	Obergrenze e ^{beta}
Medien					
Printmedien					
<i>Nürnberger Nachrichten (NN)</i>	0,468	0,020	1,597	1,078	2,368
<i>Nürnberger Zeitung (NZ)</i>	-0,953	0,000	0,386	0,253	0,587
Abendzeitung (AZ)	-0,121	0,712	0,886	0,467	1,682
BILD Nürnberg	-0,220	0,500	0,803	0,424	1,519
Rundfunk					
Radio Bayern 1	-0,474	0,076	0,623	0,369	1,050
Radio Bayern 3	-0,005	0,985	0,995	0,596	1,662
Radio N1	-0,308	0,314	0,735	0,403	1,339
<i>Radio F</i>	0,081	0,763	1,085	0,640	1,838
Radio Gong	0,330	0,269	1,391	0,775	2,496
Charivari	0,124	0,695	1,132	0,608	2,108
TV					
Franken Fernsehen	0,187	0,335	1,206	0,824	1,763
BR Fernsehen	0,412	0,054	1,510	0,993	2,297
Guten Abend RTL (Bayern)	-0,295	0,450	0,744	0,346	1,602
Franken Live TV (SAT1)	-0,103	0,791	0,902	0,422	1,931
Konstante	0,677	0,001			

Signifikante Ergebnisse sind *kursiv* gesetzt

Durchschnittliche Trefferquote: 71,8 Prozent (Maly: 93,4 Prozent)

Nagelkerkes $r^2 = 0,10$

Feldzeit vom 14.-21.1.2006

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=760)

Wie an anderer Stelle, nämlich S. 39, bereits betont, kann aus den in diesen Tabellen dargestellten Befunden nicht einfach das Fazit gezogen werden, dass vor allem „Nürnberger Nachrichten“ und „Nürnberger Zeitung“ ihre Leserschaft bezüglich der Stadtrats- und der OB-Wahl polarisierten. Nichtsdestotrotz ist unübersehbar, dass die erhobenen Daten eine gewisse Dichotomisierung der Leserschaften beider Tageszeitungen im Hinblick auf deren politische Nähe zu den Sozialdemokraten und dem amtierenden Oberbürgermeister bzw. zur CSU und zu den potenziellen Herausfordern erkennen lassen –

sei es von den Zeitungsmachern nun so gewollt oder auch nicht.

Tabelle 2.25: Oberbürgermeisterwahlabsicht eines CSU-Kandidaten und Mediennutzung 2006 – Koeffizienten einer binären logistischen Regression

Unabhängige Variablen	Abhängige Variable: OB-Wahlabsicht CSU-Kandidat				
	b	prob.	e ^{beta}	Untergrenze e ^{beta}	Obergrenze e ^{beta}
Medien					
Nürnberger Nachrichten (NN)	-0,408	0,049	0,665	0,443	0,998
Nürnberger Zeitung (NZ)	0,977	0,000	2,657	1,730	4,081
BR Fernsehen	-0,443	0,048	0,642	0,414	0,996
Konstante	-0,870	0,000			

Durchschnittliche Trefferquote: 74,5 Prozent (CSU-Kandidat: 17,5 Prozent)

Nagelkerkes $r^2 = 0,10$

Feldzeit vom 14.-21.1.2006

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=760)

2.2 Ausgewählte Lebensbereiche

Bürgern sind verschiedene Lebensbereiche in ihrer Stadt bedeutsam. Welche ihnen dabei besonders am Herz liegen bzw. auf den Nägeln brennen, hängt von vielen Faktoren ab, die individuell und gruppenspezifisch stark streuen. Manche werden jedoch von vielen ganz ähnlich bewertet, darunter in den letzten Jahren vor allem die Arbeitslosigkeit, die zurzeit in nahezu jeder einschlägigen Umfrage, so auch in unserer Befragung von 2002, von fast allen Befragten sorgenvoll thematisiert wird. Ein solches Problem, dessen Bedeutung fast in der gesamten Bevölkerung unumstritten ist, firmiert in der politischen Soziologie auch als „Valenzissue“: Jeder meint zwar, dass es bekämpft gehört – das „Wie“ ist aber heftig umstritten (vgl. auch Falter und Schoen, 2005, S. 656).

Als dringliche Handlungsfelder erwiesen sich damals außerdem, wenn auch im Vergleich schon schwächer, die Integration von Ausländern, die kommunale Verschuldung, die Verkehrs- und Städtebaupolitik. Der Umgang mit dem Frankenschnellweg war bei zwei Dritteln der Nürnberger im Gespräch, wohingegen Fragen von Sicherheit bzw. Kriminalität, Behördengänge, die Kulturpolitik und der Aus- bzw. Umbau des Frankenstadions 2002 in der Meinung der Interviewten als zahlenmäßig deutlich weniger bedeutsam hervor traten (vgl. Tabelle 1.29, S. 44).

2006 haben sich die Studierenden und der Verfasser geeinigt, den Befragten vier Problembereiche vorzulegen, nämlich Familienfreundlichkeit, Kriminalität, Sauberkeit und Zuwanderer.²⁹ Ziel war es, daraus eine eindeutige Rangskala der Bedeutsamkeit dieser „Issues“ zu bilden. Tabelle 2.26 zeigt das Ergebnis.

²⁹ „Nur“ vier deswegen, um anhand der Beantwortung dieser Frage die Gesamtstichprobe in vier Substichproben aufteilen zu können, die, bei gerade noch erträglicher Interviewdauer, zum jeweiligen Lebensbereich eingehender befragt werden sollten. Eine Aufspaltung auf fünf oder gar mehr Substich-

Im Schnitt nahmen die Befragten 2,6 Einstufungen vor. Unter den vier auszuwählenden Problembereichen spielt demnach in der Wahrnehmung der Bevölkerung die Kriminalität die größte Rolle, gefolgt von der Familienfreundlichkeit und der Sauberkeit. Migranten liegen auf dem vierten Platz. Immerhin: Jeder siebte bis achte Einwohner betrachtet keines der vorgelegten Probleme mit Sorge.

Bei der Frage, ob bestimmte Problembereiche gehäuft von Personen identifiziert werden, die in bestimmten sozialstrukturellen Stadträumen wohnen, ergeben sich zwar keine statistisch signifikanten, dennoch nennenswerte Verdichtungen: „Kriminalität“ wird von Befragten aus den Clustern 4 – stark überaltert – und 5 – jung, kinderreich – überproportional häufig mit Sorge betrachtet. „Kinder- und Familienfreundlichkeit“ spielen ebenfalls im Cluster 5, aber auch im Cluster 3, dem 'Durchschnittscluster', eine vergleichsweise größere Rolle. „Sauberkeit“ ist offensichtlich ein etwas größeres Problem im Cluster 2, dem ärmsten und migrantenreichen Sozialraum. Dort, ebenso aber auch in den Clustern 4 und 6, kurz: den eher 'wohlhabenden' Stadtgebieten, wird überproportional häufig der Migrantenanteil in Nürnberg problematisiert.

Tabelle 2.26: Problembereiche in Nürnberg: „In der Öffentlichkeit wird neben dem Problem der Arbeitslosigkeit auch viel über Familienfreundlichkeit, Zuwanderer, Kriminalität und Sauberkeit diskutiert. Was macht Ihnen ausser der Arbeitslosigkeit davon in Nürnberg am meisten [am zweit-, am drittmeisten] Sorgen?“ [Mehrfachangaben]

Probleme	n	% _a	% _b
Kriminalität	913	26,5	69,6
Familienfreundlichkeit	785	22,8	59,8
Sauberkeit	668	19,4	50,9
Zuwanderer	626	18,2	47,7
nichts davon	450	13,1	34,3
Nennungen insgesamt	3.442	100,0	262,3
Nennungen pro Person	2,6		
% _a : bezogen auf 3.442 Nennungen			
% _b : bezogen auf 1.312 Befragte			

Die Reihenfolge der Problembereichsnennungen erfolgte nach dem Zufallsprinzip rotiert
Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Was die Geschlechtszugehörigkeit in diesem Zusammenhang betrifft, so sind statistische Differenzen allein bezüglich der Einschätzung von „Kinder- und Familienfreundlichkeit“ zu registrieren, wobei Frauen eher als Männer Defizite beklagen. „Kinder- und Familienfreundlichkeit“ sind ebenso Thema in der Altersklasse der 25- bis 44-Jährigen, die davon ja auch am ehesten tangiert ist. „Kriminalität“ trifft auf Besorgnis in den Altersgruppen der jüngsten und ältesten Befragtengruppen, „Sauberkeit“ überproportional häufig nur unter den 60-Jährigen und Älteren. Bezüglich der Migranten sind keine

proben hätte zu Stichprobenumfängen geführt, die viel zu gering gewesen wären, um von ihnen einen einigermaßen sicheren Rückschluss auf die Verhältnisse in der Gesamtbevölkerung ziehen zu können.

bemerkenswerten Abweichungen in Abhängigkeit vom Geschlecht oder Alter zu berichten.

Auf die offene Frage: „Welches Problem müsste Ihrer Meinung nach in Nürnberg auf jeden Fall schnell gelöst werden?“, haben 589 Befragte (44,9 Prozent) mehr oder minder ausführlich geantwortet, wobei eine grobe Zusammenfassung die in Tabelle 2.27 wiedergegebene Verteilung generiert.

Abgesehen von den vielfältigen, den ausgewiesenen Kategorien nicht zuzuordnenden „sonstigen Angaben“, thematisieren die meisten Nennungen Probleme, die mit Kindheit, Jugend und Bildung in diesem Alter zusammenhängen: Ohne Zweifel existiert in den Vorstellungen der Befragten diesbezüglich am meisten Handlungsbedarf; wenn man die Äußerungen, die den „Lehrstellenmangel“ problematisieren, noch hinzurechnet, tritt die Vorrangstellung dieser beklagten Mängel noch pointierter hervor.

Neben solchen, im Großen und Ganzen ursächlich mit der Arbeitswelt verknüpften Problemen, thematisieren relativ viele Interviewte „gefühlte“ Sachverhalte, die sie mit dem Erscheinungsbild der Stadt verbinden: Neben profanen und konkreten Hinweisen auf Sauberkeitsdefizite – Hundekot, Ratten- und Taubenplage, verdreckte Bushaltestellen – werden hier Fragen wie die Restaurierung des Pellerhauses, „hässliche Architektur“, Industriebrachen, „Imageverfall des Christkindlesmarkts“ etc. aufgeworfen. Wenn man die Beseitigung des Schandflecks „Augustinerhof“ hinzuzählt, wird der Wunsch der Bevölkerung nach einem intakten städtischen Erscheinungsbild weiter zugespitzt.

Tabelle 2.27: „Welches Problem müsste Ihrer Meinung nach in Nürnberg auf jeden Fall schnell gelöst werden?“

Probleme	n	%
Bildungs-, Familien-, Jugend-, Schulpolitik, Kinderbetreuung	100	17,0
Arbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel	68	11,5
Stadtbild, -image, -sauberkeit	50	8,5
Förderung Individualverkehr	46	7,8
Finanzlage der Stadt	32	5,4
Umweltpolitik, -schutz	30	5,1
Wirtschaftspolitik, -förderung	29	4,9
Förderung ÖPNV	23	3,9
Verkehrspolitik, -sicherheit	20	3,4
Augustinerhof	14	2,4
„Ausländer raus“	14	2,4
Förderung Fahrradverkehr	13	2,2
Bürokratieabbau	11	1,9
sonstige Nennungen	139	23,6
insgesamt	589	100,0
kein zusätzliches Problem genannt	723	55,1

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Absolut und relativ am meisten Äußerungen, nämlich 102 bzw. 17,3 Prozent, befassen sich jedoch, wenn auch mit z. T. völlig konträren Zielvorstellungen, mit Fragen der räumlichen Mobilität und der Verkehrssicherheit: Je nach Perspektive stehen sich hier

die Befürworter des weiteren Ausbaus bzw. der Sanierung von Straßen für den Individualverkehr und die Befürworter der Vorrangstellung des Öffentlichen Personennahverkehrs gegenüber, beide in die Zange genommen von Apologeten des Fahrradfahrens. Jede Gruppierung weiß entsprechende Defizite zu beklagen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Eng verknüpft mit solchen Fragen der räumlichen Mobilität sind verschiedene Aspekte des Umweltschutzes bzw. der Umweltpolitik: Verkehrslärm und Autoabgase machen denn auch den größten Teil der diesbezüglichen Einlassungen aus. Ebenso erfährt die Wirtschaftspolitik, vor allem, wenn man sie mit den Nennungen des Problems „Arbeitslosigkeit“ verbindet, große Aufmerksamkeit, wobei nicht nur die Folgen der wegbrechenden Industriebetriebe thematisiert werden, sondern häufig auch auf die notwendige Förderung des Einzelhandels verwiesen wird. In gewisser Weise könnte man auch den Bürokratieabbau dieser Rubrik zuschlagen.

Unter dem groben Etikett „Ausländer raus“ sind Äußerungen subsumiert, die einerseits dumpfe Ausländerfeindlichkeit und andererseits Sorgen um eine vermeintliche Konkurrenz um knappe Güter wie Arbeits- oder Kindergartenplätze ausdrücken.

Fragen von „Kriminalität“, „Sauberkeit“, „Integration von Migranten“ sowie „Kinder- und Familienfreundlichkeit“ werden in den kommenden Abschnitten vertieft behandelt.

2.2.1 Kriminalität und Sicherheit

Das Gefühl, in seiner Stadt sicher leben zu können, ist ein wesentlicher Faktor bei der Einschätzung der „Lebensqualität“ einer Stadt (vgl. z. B. [Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, 2006b](#); [Lüdemann, 2006](#)). „Kriminalitätsfurcht mindert objektiv Lebensqualität, weil sie zu Schutzvorkehrungen und Vermeideverhalten führt, insbes. zur Reduzierung von Aktivitäten und/oder Lockerung von sozialen Beziehungen bis hin zur sozialen Isolation“ ([Schlögl, 2005](#), S. 54). Fehlendes Sicherheitsempfinden wirkt zudem integrationshemmend, wie [Reimann und Schuleri-Hartje \(2005, S. 6\)](#) betonen. Dabei kommt es gar nicht mal entscheidend auf die „objektiven“ Gegebenheiten, sondern vielmehr auf die „subjektiven“ Empfindungen von (Un-) Sicherheit an. Nicht von ungefähr zählt die „Erhöhung bzw. Stabilisierung des persönlichen Sicherheitsgefühls“ laut [Pütter \(2006, S. 10\)](#) zu den vier wichtigsten Zielen „kommunaler Kriminalprävention“.³⁰

Wie der aktuelle Sicherheitsbericht belegt ([Polizeidirektion/Kriminalpolizeidirektion Nürnberg, 2006](#)), zählt Nürnberg zu den sichersten Großstädten Deutschlands, und zwar sowohl im Hinblick auf polizeilich erfasste kriminelle Delikte, als auch bezogen auf die hohe durchschnittliche Aufklärungsquote; mit Ausnahme der so genannten „Aggressionsdelikte gegen Personen oder Sachen“ sowie der Betrugsdelikte – vor allem „Leistungerschleichungen im Zusammenhang mit öffentlichen Verkehrsmitteln“, vulgo „Schwarzfahren“, „Warenkreditsbetrugsfälle im Internet“ und „Betrugsfälle mit zuvor entwendeten Kreditkarten“ – stagniert die Kriminalität in den letzten Jahren oder ist in vielen Bereichen sogar zurückgegangen (vgl. [Schlögl, 2005](#)). Dies schlägt sich allerdings nur zum

³⁰Die drei anderen beziehen sich auf „quantitative und qualitative Reduzierung von Kriminalität“, „Abbau kriminogener Strukturen“ und „positive Beeinflussung des sozialen Klimas in der Kommune“.

Teil im Bewusstsein der Bevölkerung nieder, wie einschlägige Erhebungen des Amtes für Stadtforschung und Statistik belegen (Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, 2006b). Eine Ursache für die Diskrepanz zwischen objektiv gegebener relativer Sicherheit und subjektiv empfundener Unsicherheit dürfte auf den Einfluss einiger Medien zurückzuführen sein: „We have so many fears, many of them off-base, the argument goes, because the media bombard us with sensationistic stories designed to increase ratings. ... Asked in a national poll why they believe the country has a serious crime problem, 76 percent of people cited stories they had seen in the media. Only 22 percent cited personal experience (Glassner, 1999, S. xx f.).³¹ Ähnlich auch Noelle und Petersen (2006, S. 5): „Es gibt wenig Themen, bei denen die Wirklichkeit und die Wahrnehmung der Bevölkerung so weit auseinanderklaffen können wie bei der Sicherheit. Ob die Verbrechensbekämpfung als besonders dringlich empfunden wird, ist weniger von der tatsächlichen Kriminalität abhängig als von der Aufmerksamkeit, die die Medien dem Thema widmen“. Ulrich und Verbeet (2006, S. 58) sehen insbesondere das nicht öffentliche Fernsehen in entsprechender Verantwortung: „Bei Sat.1 und RTL hat sich die Häufigkeit von Sendungen mit Kriminalitätsinhalten seit 1995 etwa vervierfacht, bei ARD und ZDF stieg sie immerhin um etwa 50 Prozent“. 50 Prozent der von TFS Infratest im Auftrag des SPIEGEL zwischen dem 28. und 30. November 2006 1.000 dazu Befragten geben an, heute mehr Angst zu haben, Opfer einer Straftat zu werden, als vor einigen Jahren – obwohl die Straftaten seit 1993 um 5,3 Prozent gesunken sind (ebenda, S. 58 f.).

Wie dem auch sei, die Nürnberger sind mit der Art der Presseberichterstattung in den regionalen Abonnement- und Straßenverkaufszeitungen zu drei Vierteln zufrieden und nehmen an, dass die Kriminalität in ihnen angemessen dargestellt wird.

Tabelle 2.28: „Auch in den Nürnberger Medien wird ja ziemlich häufig über Kriminalität berichtet. Was meinen Sie: Wird die Kriminalität in Nürnberg dort verharmlost, wird sie aufgebauscht oder wird sie angemessen dargestellt?“

Kriminalität in Nürnberg wird in den Medien ...	n	%
verharmlost	50	12,0
angemessen dargestellt	324	77,9
aufgebauscht	42	10,1
insgesamt	416	100,0
keine Angabe	10	2,3
tnz, Frage nicht gestellt, andere Zielgruppe	886	67,5

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Kriminalitätsfurcht wird häufig als theoretisches Konstrukt begriffen, dem drei Dimensionen zuzuordnen sind: Die affektive, die sich auf das Sicherheitsgefühl, die kognitive,

³¹Diese Zahl entspricht weitgehend unseren Ergebnissen: Ein Fünftel unserer Befragten (20,2 Prozent) ist selbst Opfer einer kriminellen Handlung geworden, ein Viertel (27,2 Prozent) hat eine kriminelle Handlung zumindest als Zeuge miterlebt. Jeder zehnte Befragte war bereits sowohl Opfer als auch Zeuge einer kriminellen Handlung (10,1 Prozent).

die sich auf die subjektive Viktimisierungswahrscheinlichkeit, und die konative, die sich auf Handlungen zur Vermeidung oder Abwehr von Kriminalität bezieht (Lüdemann, 2006, S. 291). Explizit subjektiv bedroht fühlen sich von unseren Befragten immerhin 23,1 Prozent, also knapp ein Viertel der Bevölkerung. Unter diesen Personen trägt allerdings nur jede sechste (14,6 Prozent) „etwas zum Schutz bei sich, etwa gelegentlich einen Pfefferspray“.

Zur Bestimmung des Ausmaßes an Unsicherheitsempfindungen im täglichen Leben haben wir den Befragten je neun Aussagen wie „Wie sicher fühlen Sie sich persönlich TAGS-ÜBER in Ihrer Wohnung?“ bis „Wie sicher fühlen Sie sich persönlich NACHTS in Grünanlagen/Parks/Erholungsgebieten?“, also die auf verschiedene Örtlichkeiten gerichteten Empfindungen nach Tag und Nacht unterscheidend, vorgelegt. Unter den 18 Ratingskalen, die Werte zwischen 1 und 4 annehmen können, erweist sich die eigene Wohnung mit einem Mittelwert von $m=1,2$ ($s=0,5$) tags und $m=1,3$ ($s=0,6$) nachts als *der* Hort der Sicherheit schlechthin.³² Die drei Umgebungen, in denen sich die Bürger im Schnitt tags bzw. nachts am unsichersten fühlen, nämlich Grünanlagen/Parks/Erholungsgebiete, U- und S-Bahnen sowie Parkhaus/Parkplatz/Tiefgarage, sind mit ihren jeweiligen Mittelwerten in Tabelle 2.29 aufgelistet.

Tabelle 2.29: „Wie sicher fühlen Sie sich persönlich tagsüber/nachts in...?“

tags	m	s
Grünanlagen/Parks/Erholungsgebieten	1,7	0,8
U- und S-Bahnen	1,8	0,8
Parkhaus/Parkplatz/Tiefgarage	2,0	0,9
nachts		
U- und S-Bahnen	2,6	1,0
Parkhaus/Parkplatz/Tiefgarage	2,8	1,0
Grünanlagen/Parks/Erholungsgebieten	2,9	1,0

Ratingskala: Von 1 „sehr sicher“ bis 4 „sehr unsicher“

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=426)

Über alle Örtlichkeiten hinweg zeigt sich, wenig überraschend, dass nachts die Unsicherheit stärker ausgeprägt ist als tagsüber. Die stärksten Abweichungen zwischen den hellen und dunklen Tageszeiten weisen die Unsicherheitsgefühle „in Grünanlagen/Parks/Erholungsgebieten“ auf, wo die Mittelwertdifferenz – wie ausgeführt, auf einer Skala von 1 bis 4 – $m\delta=1,2$ beträgt, dicht gefolgt von „an Haltestellen“ ($m\delta=1,0$) sowie „in U- und S-Bahnen“ und „in Parkhaus/Parkplatz/Tiefgarage (jeweils $m\delta=0,8$), „in Bussen und Straßenbahnen“ ($m\delta=0,6$) und „im Stadtzentrum“ ($m\delta=0,6$). „In der Wohngegend“ lautet der entsprechende Wert $m\delta=0,5$. Bezüglich der häuslichen Örtlichkeiten ergeben sich geringere negative Abweichungen hin zur nächtlich höheren Unsicherheit.

Fassen wir die pro Person geäußerten Unsicherheitsempfindungen über die vorgegebe-

³²Um so nachhaltiger ist die psychosoziale Befindlichkeit von Personen beeinträchtigt, wenn dieser Hort der Sicherheit durch Einbrüche oder Lauschangriffe beschädigt wird.

nen 18 Umgebungen zu einem Summenindex zusammen, der Werte zwischen 0 und 18 annimmt,³³ erhalten wir die in Abbildung 2.20 dargestellte Verteilung.

Es zeigt sich, dass ein Viertel der zum Thema „Kriminalität“ befragten Nürnberger an keiner/m der vorgelegten Umgebungen, Plätze und Gelegenheiten ein Unsicherheitsempfinden verspürt. Im Schnitt fühlen sich die Befragten in rund vier Umgebungen nicht recht wohl; ein Viertel entwickelt in sieben und mehr Örtlichkeiten mehr oder minder starke Unsicherheitsempfindungen.

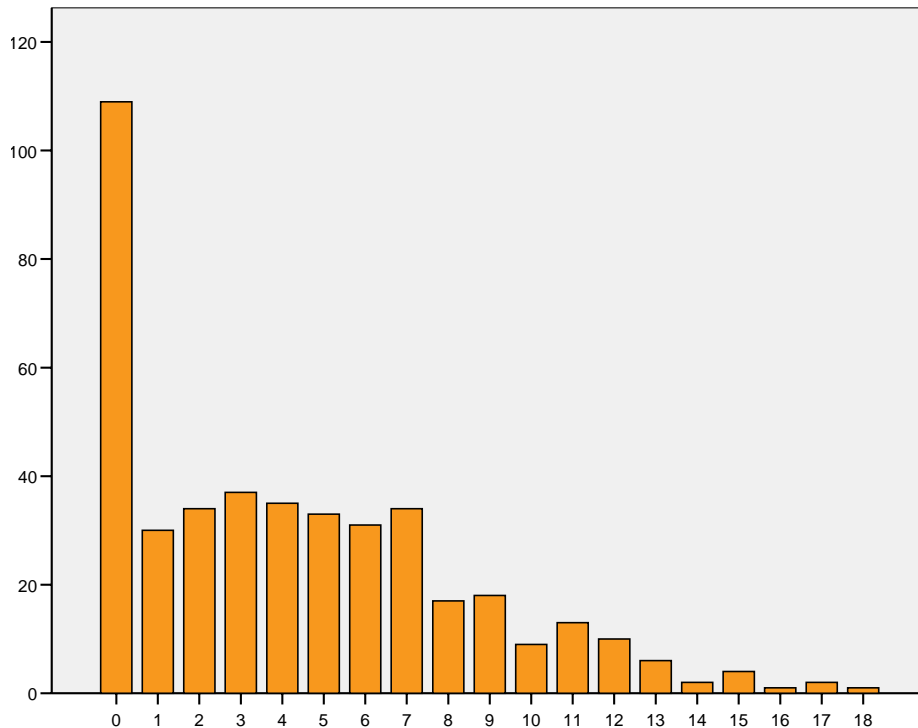


Abbildung 2.20: „Anzahl an Unsicherheitsgefühlen tags und nachts in Nürnberg“
 $m=4,3$, $s=4,0$, $q_1=0$, $q_2=md=4$, $q_3=7$
 Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; $n=426$)

Der in Abbildung 2.20 dargestellte Summenindex von Unsicherheitsgefühlen korrespondiert stark mit der Gesamtbeurteilung, die die ausgewählten Nürnberger Einwohner zum Abschluss der Thematik „Kriminalität“ während der Telefoninterviews abgaben: Jene, die in Tabelle 2.30 Kriminalität in Nürnberg als „ein großes Problem“ einstufen, haben im Schnitt einen entsprechend hohen Mittelwert auf dem summarischen Unsicherheitsindex: $m=8,0$, $s=5,8$; jene, für die die Kriminalität in Nürnberg nur „ein gewisses Problem“ darstellt, weisen einen Mittelwert nahe am Durchschnitt aller Befragter auf

³³Zu den acht oben bereits erwähnten Umgebungen tritt als letzte die (Un-) Sicherheit 'im Keller/Treppenhaus, auf dem Dachboden' hinzu.

(m=4,5, s=3,8); und jene schließlich, die in Nürnberg „überhaupt kein Problem“ mit der Kriminalität sehen, erzielen eben auch nur einen sehr geringen Mittelwert auf der Unsicherheitsskala (m=1,9, s=2,3).³⁴

Tabelle 2.30: „Alles in allem – was würden Sie sagen: Ist Kriminalität in Nürnberg ein großes Problem, ein gewisses Problem oder eigentlich überhaupt kein Problem?“

Kriminalität in Nürnberg ist ...	n	%
ein großes Problem	25	5,9
ein gewisses Problem	337	79,9
überhaupt kein Problem	60	14,2
insgesamt	422	100,0
keine Angabe	4	0,9
tnz, Frage nicht gestellt, andere Zielgruppe	886	67,5

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Neben der Medienberichterstattung dürfte die „Bürgernähe der Polizei“, worunter insbesondere ihre alltägliche Sichtbarkeit, also Präsenz als (nicht-) motorisierte Streife fällt, eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Herausbildung von (Un-) Sicherheitsgefühlen spielen. Wie unsere Befunde, siehe Tabelle 2.31, aber auch entsprechende des Statistischen Amtes ([Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, 2006b](#)) zeigen, sind etwa drei von fünf Einwohnern Nürnbergs zurzeit der Auffassung, die Polizei wäre angemessen präsent.

Tabelle 2.31: „Die Polizei hat die Aufgabe, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Was meinen Sie: Zeigt sich die Polizei in Nürnberg zu wenig, zu viel oder zeigt sie sich genau im richtigen Ausmaß?“

Polizei zeigt sich in Nürnberg ...	n	%
zu wenig	147	35,8
genau im richtigen Ausmaß	238	57,9
zu viel	26	6,3
insgesamt	411	100,0
keine Angabe	15	3,5
tnz, Frage nicht gestellt, andere Zielgruppe	886	67,5

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Naheliegender ist, dass sich unter jenen, die die polizeiliche Sichtbarkeit als zu gering erachten, vor allem solche Befragten finden, deren *Unsicherheitsempfinden* groß ist (m=5,9, s=4,6), und dass umgekehrt unter denen, die die polizeiliche Präsenz als zu stark einschätzen, sich vor allem Nürnberger befinden, deren *Sicherheitsempfinden* stark ausgeprägt ist (m=1,5, s=2,2); die große Masse der übrigen scharft sich in etwa um den

³⁴ ANOVA: F=24,7***.

Mittelwert des (Un-) Sicherheitsempfindens ($m=3,7$, $s=3,3$).³⁵

In letzter Zeit ist in verschiedenen Zusammenhängen viel von Videoüberwachung und deren Effizienz und Effektivität im Hinblick auf die Vermeidung von Straftaten sowie Optimierung der Strafverfolgung die Rede. Ob mit einer Videoüberwachung tatsächlich, wie intendiert, Vergehen und Verbrechen reduziert werden können, wird kontrovers diskutiert. Die empirischen Befunde lassen kein eindeutiges Urteil zu. Während der Bundesdatenschutzbeauftragte beispielsweise ausführt, die Zahl der Straftaten auf der Hamburger Reeperbahn habe trotz vollständiger Videoüberwachung deutlich zugenommen, legt der Innenminister von Baden-Württemberg dar, dass durch die Videoüberwachung von Plätzen in Stuttgart, Heilbronn und Böblingen kriminelle Brennpunkte entschärft werden konnten (vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 2006, S. 8). Innenministerielle Verbrechenstatistiken aus England, über ein Jahrzehnt vor und nach der Aufstellung entsprechender Überwachungskameras geführt, ergaben, dass nur in einem von vierzehn überwachten Gebieten ein deutlicher Rückgang von Straftaten zu verzeichnen war (vgl. *Sator*, 2006, S. 6). In Nürnberg, wo in der Königstraße in Nähe des Hauptbahnhofs Videokameras installiert sind, ging die Zahl der Straftaten rund um das Königstor zwar nicht zurück, aber die Aufklärungsquote ist seitdem höher als vor der Videoüberwachung. „Ob die Überwachungskameras tatsächlich eine abschreckende Wirkung haben, ist fraglich, auch wenn es Tatsache ist, dass wir daran glauben“, äußert sich ein Nürnberger Polizeidirektor (*Stoll*, 2006b, S. 9).

Ohne hier diese Diskussion fortführen und vertiefen zu können,³⁶ ist es dennoch nicht uninteressant, zu eruieren, wie die Nürnberger Bevölkerung zur Videoüberwachung in ihrer Stadt steht.

Zunächst: Immerhin vier von zehn Befragten geben an, zu wissen, dass die Königstraße in Nähe des Bahnhofs mit Videokameras überwacht wird.

Tabelle 2.32: „Ist Ihnen bekannt, dass die Königstraße am Bahnhof per Video überwacht wird?“

	n	%
ja	173	40,6
nein	253	59,4
insgesamt	426	100,0
tnz, Frage nicht gestellt, andere Zielgruppe	886	67,5

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Ein knappes Drittel derjenigen Befragten, die von der Videoüberwachung der Königstraße wissen, fühlt sich offenbar deswegen dort sicherer als an anderen Stellen in der Stadt.

³⁵ ANOVA: $F=22,8^{***}$.

³⁶ Einige wenige Stichworte hinsichtlich in diesem Zusammenhang zu diskutierender Sachverhalte nennt die Verfasserin des eben zitierten Artikels (vgl. *Stoll*, 2006a, S. 10).

Tabelle 2.33: „Fühlen Sie sich deswegen dort sicherer als an anderen Stellen der Stadt?“

	n	%
ja	53	31,0
nein	118	69,0
insgesamt	171	100,0
weiß nichts von Videoüberwachung	253	59,4
keine Angabe	2	1,2
tnz, Frage nicht gestellt, andere Zielgruppe	886	67,5

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Wenig erstaunlich ist, dass neun von zehn der Personen, die sich durch die Videoüberwachung sicherer fühlen, eine Ausweitung der Videoüberwachung befürworten. Unter allen Befragten halten immerhin 73,7 Prozent eine Ausweitung der Videoüberwachung für sinnvoll, um die Kriminalität zu verringern.

Tabelle 2.34: „Was denken Sie: Ist eine Videoüberwachung von weiteren öffentlichen Plätzen in Nürnberg zur Verringerung der Kriminalität sinnvoll oder sinnlos?“

	n	%
sinnvoll	305	73,7
sinnlos	109	26,3
insgesamt	414	100,0
keine Angabe	12	2,8
tnz, Frage nicht gestellt, andere Zielgruppe	886	67,5

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Gehen wir mit Hilfe einer binären logistischen Regression der Frage nach, aus welchen Bevölkerungsgruppen sich die Befürworter einer Ausdehnung der Videoüberwachung in Nürnberg rekrutieren, stellt sich heraus, dass es vor allem CSU-Wähler und Personen mit hohem Unsicherheitsempfinden sind, die dafür plädieren.³⁷

Kehren wir zum Abschluss des Abschnitts über die Kriminalitätseinschätzung in Nürnberg noch einmal zum „summarischen Unsicherheitsempfinden“ zurück und schauen mit Hilfe einer multivariaten linearen Regression, welche Einflussfaktoren es denn insgesamt sind, die die „gefühlte Kriminalität“ (Ulrich und Verbeet, 2006, S. 59-60) in Nürnberg bestimmen (vgl. Tabelle 2.35).

Wir erkennen, dass bei multivariater Betrachtungsweise von den ausgewählten elf unabhängigen Variablen (Regressoren) nur drei, nämlich Geschlechtszugehörigkeit, Schulabschluss und Parteiwahlabsicht befriedigend zur Erklärung der Streuung der abhängigen Variablen (Regressand) „Unsicherheitsempfinden“ beizutragen vermögen: Frauen, potenzielle CSU-Wähler und Personen, die einen Schulabschluss unterhalb der FHS-Reife erreicht haben, fühlen sich hoch signifikant unsicherer als Männer, Wähler anderer

³⁷n=304; Trefferquote: 72,0 Prozent; Nagelkerkes $r^2=.08^{***}$.

Parteien und Personen mit höherer Schulbildung.

Tabelle 2.35: OLS-Regression des Unsicherheitsempfindens auf Geschlechtszugehörigkeit, Schulabschluss und Parteienwahlabsicht

Regressoren	b	p	beta	T
Geschlecht (1=weiblich)	2,968	0,000	0,393	7,536
Parteienwahlabsicht (1=CSU)	1,007	0,012	0,132	2,593
Schulabschluss (1=FHS-Reife u. höher)	-0,961	0,017	-0,125	-2,405
Konstante	2,566	0,000		6.642
F	24,31	0,000		
r^2	0,20			
Korrigiertes r^2	0,19			

Wegen fehlender statistischer Signifikanz wurden die Variablen Viktimisierungserfahrung als Beobachter oder Opfer, Lebensalter, Familienstand, Erwerbstätigkeit, Konfession, Einkommenshöhe und sozialstrukturelle Cluster bei der schrittweise vorgenommenen OLS-Regression nicht in das Modell integriert. Das Modell weist keine Multikollinearität auf: Der „Variance Inflation Factor“ beträgt für alle Kovariaten $VIF < 1,1$.

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006, n=304)

Das – korrigierte – Bestimmtheitsmaß bzw. der Determinationskoeffizient von $r^2 = .19$ drückt aus, dass dieses Regressionsmodell nur 19 Prozent der Varianz des Unsicherheitsempfindens „erklärt“. Dies hängt damit zusammen, dass weitere, hier jedoch nicht kontrollierbare Regressoren eine nicht näher quantifizierbare Rolle bei der Bestimmung bzw. der Vorhersage der Höhe des Unsicherheitsempfindens spielen.³⁸ Wesentliche andere Regressoren, von denen gemäß vorliegender Literatur und in bivariater Betrachtungsweise durchaus Einflüsse ausgehen sollten, wie beispielsweise Lebensalter und Clusterzugehörigkeit bzw., allgemeiner, Wohngebiet (vgl. z. B. [Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, 2006b](#)), beeinflussen die Verteilung der Variablen „Unsicherheitsempfinden“ hingegen nur sehr spärlich.³⁹

Die *beta*-Koeffizienten in Tabelle 2.35 lassen über das bisher Gesagte hinaus die *relative* Einflussstärke der drei in das Erklärungsmodell einbezogenen Regressoren untereinander erkennen: Am stärksten wirkt sich demnach die Geschlechtszugehörigkeit auf die Höhe des Unsicherheitsempfindens aus ($\beta = .393$), gefolgt von der Parteienwahlabsicht CSU ($\beta = .132$) und dem Schulabschluss ($\beta = -.125$), jeweils in der angegebenen Kodierung.⁴⁰

³⁸ Dass das Bestimmtheitsmaß so gering ausfällt, hängt aber auch damit zusammen, dass durch die vorgenommenen Dichotomisierungen durchwegs sehr heterogene Gruppen entstehen und wir daher erhebliche Informationsverluste in Kauf nehmen müssen. Die Regressionsgleichung lautet im Übrigen: $Y_{\text{Unsicherheitsempfinden}} = 2,566 + 2,986 \times (\text{Geschlecht}) + 1,007 \times (\text{Parteiwahlabsicht}) - 0,961 \times (\text{Schulabschluss})$. Für einen männlichen Nicht-CSU-Wähler mit Abitur berechnen wir mittels dieser Regressionsgleichung: $Y_{\text{Unsicherheitsempfinden}} = 1,605$; für eine weibliche CSU-Wählerin mit Hauptschulabschluss ergibt die Rechnung: $Y_{\text{Unsicherheitsempfinden}} = 6,541$.

³⁹ [Schlögl \(2005, S. 51\)](#) weist aber auch für den bivariaten Fall darauf hin, dass „Kriminalitätsfurcht und objektive Kriminalitätsbelastung bzw. persönliche Viktimisierungserfahrungen ... nur einen sehr schwachen statistischen Zusammenhang“ aufweisen.

⁴⁰ Das Vorzeichen spielt bei der Interpretation der *beta*-Koeffizienten keine Rolle.

Man kann dies auch wie folgt ausdrücken: Das „Geschlecht“ der Befragten ($\beta=.393$) hat bei der Herausbildung des Unsicherheitsempfindens unter den Befragten eine rund drei Mal so große Bedeutung wie Parteiwahlabsicht CSU ($\beta=.132$) und ein höherer Schulabschluss ($\beta=-.125$).

In der Online-Umfrage von **Perspektive Deutschland (2006)** führen die dort erhaltenen Antworten der knapp 5.000 Nürnberger – selbstrekrutierten! – Teilnehmer auf die Fragen, ob Belästigungen (Pöbeleien, aggressives Verhalten), ob Gewalt an Schulen und ob die Verbesserung der örtlichen Polizei ein Problem darstelle, dazu, dass Nürnberg diesbezüglich mit dem Urteil „zufriedenstellend“ im Mittelfeld aller Kommunen landet. Die regelmäßigen Untersuchungen des Amtes für Stadtforschung und Statistik der Stadt Nürnberg, das Image der Stadt betreffend, führen zum Ergebnis, dass 72 Prozent der Bürger die Eigenschaft „sicher“ ankreuzen (vgl. **Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, 2006b**), wenn auch 36 Prozent im Jahr 2005 die Kriminalität als „ziemliches“ oder „großes Problem“ erachten (ebenda). Alles in allem deuten diese, aber auch unsere Befunde darauf hin, dass Stadt – und Polizei! – insgesamt bezüglich der Sicherheitsempfindungen ihrer Bürger positiv bei der großen Mehrzahl ihrer Einwohner abschneiden. Nichtsdestotrotz existieren Gegebenheiten, vor allem verbunden mit außerhäuslichen nächtlichen Aktivitäten, die den Bürgern Kummer bereiten; eine weitere Ausdünnung des Personals im ÖPNV würde dem nicht gerecht, wie andererseits eine verbreitetere Videoüberwachung öffentlicher Räume, seies es Bahnhöfe, Bahnen, Parkhäuser, Straßen etc. offenbar kaum auf Widerstand großer Bevölkerungsgruppen treffen dürfte.

2.2.2 Sauberkeit, „Ruhe und Ordnung“ sowie Identifikation mit Wohnumfeld und Stadt

2.2.2.1 Sauberkeit sowie „Ruhe und Ordnung“

Ordnung und Sauberkeit im Wohnviertel sind für die meisten Großstadtbewohner wesentliche Komponenten, sich in der jeweiligen Wohngegend und der diese umgebenden Stadt wohl zu fühlen. Eine unbefriedigende Wohnungssituation hingegen, gepaart mit als störend empfundenen Einflüssen der Wohngegend, sind genauso wesentliche Gründe, sich der jeweiligen Wohngegend durch Wegzug zu entledigen (vgl. das Beiblatt in **Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, 2004b**).

Auf die Frage, „Gibt es etwas, was Sie an Ihrer Wohngegend stört?“, erweisen sich drei Fünftel der Interviewten (60,3 Prozent) als durchweg zufrieden mit ihrem Wohnviertel, zwei Fünftel (39,7 Prozent) dementsprechend nicht.

Darauf angesprochen, was ihnen an der Wohngegend nicht gefällt, werden unter den von uns vorgegebenen Antwortmöglichkeiten die in Tabelle 2.36 aufgelisteten angeführt.

Das dadurch entstehende Bild erweist sich als eine bunte Mischung aus Ingredienzien verschiedener Herkunft, die mit Verkehrsmobilität, mit Umweltverschmutzung und -verschandelung sowie mit der sozialen Nachbarschaft zu tun haben. Hinzu kommen in der Rubrik „Sonstiges“, die ja die meisten Nennungen enthält, zahlreiche mehr oder minder ausführliche Beschreibungen von Erfahrungen, die aus Sicht der Telefoninterviewten

das Leben in der Wohngegend ärgerlich machen: „Verwahrloste Kinder“, „randalierende Jugendliche“, „Vandalismus“, „Rücksichtslosigkeit unter den Nachbarn“, „Lärmbelästigungen“, „Dreck“, um nur das Häufigste anzuführen. Insgesamt sind es vor allem die mit dem Straßenverkehr verbundenen, aber auch die aus dem nachbarschaftlichen sozialen Zusammenleben entspringenden Probleme, die das Wohlbefinden in der unmittelbaren Nachbarschaft stören. „Nach den objektiven städtebaulichen und umweltbezogenen Verbesserungen der städtischen Gesamtsituation gewinnen ganz offensichtlich die weichen Argumente in der Bewertung des sozialen Klimas im Stadtteil einen neuen und höheren Stellenwert“, stellt das Amt für Stadtforschung und Statistik fest (ebenda).

Tabelle 2.36: „Was gefällt Ihnen *nicht* an Ihrer Wohngegend?“ [Mehrfachangaben]

Negative Aspekte	n	% _a	% _b
Sonstiges	75	19,4	42,6
Zu viel Verkehr	67	17,4	38,1
Manche Menschen, die hier wohnen	59	15,3	33,5
Nicht genug Parkplätze	48	12,4	27,3
Schlechte Luft	42	10,9	23,9
Zu wenig Grün	34	8,8	19,3
Hässliche Gegend	25	6,5	14,2
Fehlende Einkaufsmöglichkeiten	20	5,2	11,4
Schlechte Anbindung an ÖPNV	16	4,1	9,1
<hr/>			
Nennungen insgesamt (n)	386	100,0	219,3
Nennungen pro Person	2,2		
keine Angabe	275	61,0	
% _a : bezogen auf 386 Nennungen % _b : bezogen auf 176 Befragte, die auf die Fragen geantwortet haben			

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Unterziehen wir die hier in Frage stehenden Variablen einer Faktorenanalyse, führt dies zu einer dreifaktoriellen Lösung, wobei der stärkste Faktor vorwiegend das soziale Zusammenleben mit den Nachbarn in einer hässlichen Gegend ausdrückt, der zweite Faktor vor allem die Verkehrsdichte und die Emissionen in die Luft abbildet und der dritte Faktor den schlechten Zugang zu Konsummöglichkeiten – fehlende Einkaufsstätten, schlechte Anbindung an den ÖPNV – bezeichnet.⁴¹

Wie nicht anders zu erwarten war, unterscheiden sich die sozialstrukturellen Cluster im Hinblick darauf, wie ihre Bewohner mit den Umweltbedingungen in ihrer Wohngegend zurecht kommen. So leiden unter dem problematischen sozialen Zusammenleben mit den Nachbarn insbesondere die Einwohner im Cluster 2, in denen Armut verbreitet ist. Sie müssen zudem im stärksten Maß auch eine hohe Verkehrsdichte inkl. Abgasen etc. in Kauf nehmen. Ein komfortabler Zugang zu Einkaufsmöglichkeiten scheint hingegen vor allem in den sozialstrukturell am besten ausgestatteten Clustern 5 und 6 vermisst

⁴¹Hauptkomponentenanalyse; Varimax-Rotation mit Kaiser-Normalisierung; Anteil „erklärter“ Gesamtvarianz: 61,5 Prozent.

2 Kommunalpolitik und Lebensqualität in Nürnberg 2006 – Zwischenbilanz

zu werden. Die Abbildungen 2.21 bis 2.23 visualisieren die genannten unterschiedlichen Belastungen in den einzelnen Clustertypen.

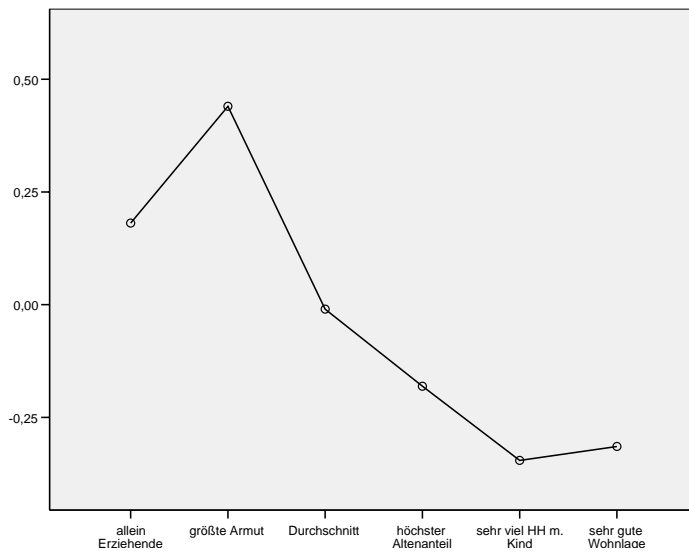


Abbildung 2.21: Probleme in der Wohngegend: Zusammenleben mit den Nachbarn

Je höher der Wert auf der Y-Achse, desto stärker wird das Problem empfunden

Rangvarianzanalyse: $\chi^2=28,3^{***}$

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=411)

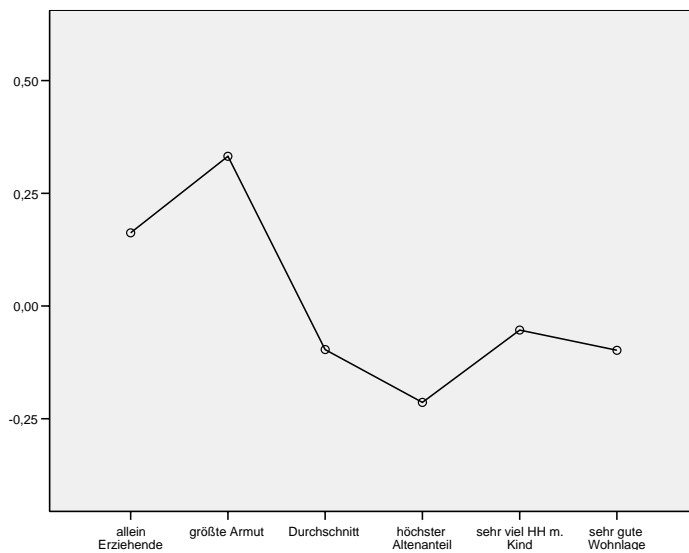


Abbildung 2.22: Probleme in der Wohngegend: Verkehrsdichte und Abgase

Je höher der Wert auf der Y-Achse, desto stärker wird das Problem empfunden

Rangvarianzanalyse: $\chi^2=10,4^{n.s.}$

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=411)

2 Kommunalpolitik und Lebensqualität in Nürnberg 2006 – Zwischenbilanz

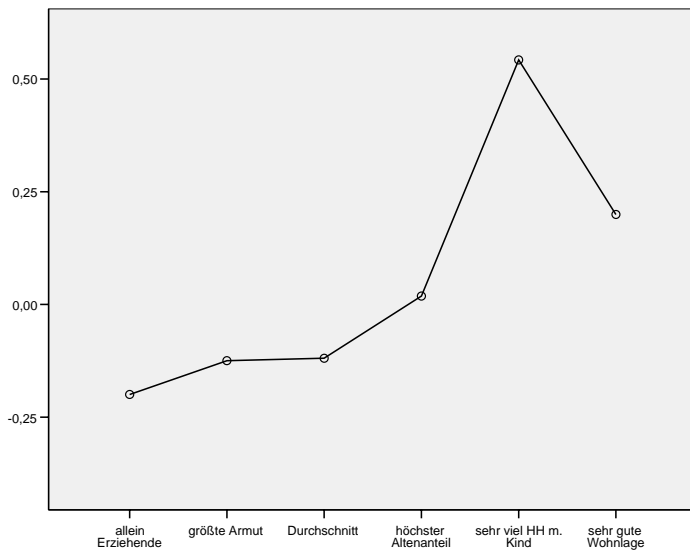


Abbildung 2.23: Probleme in der Wohngegend: Konsumzugang und ÖPNV

Je höher der Wert auf der Y-Achse, desto stärker wird das Problem empfunden

Rangvarianzanalyse: $\chi^2=26,5^{***}$

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=411)

Unübersehbar ist, in welchem hohem Maße Probleme, die am Wohnumfeld fest gemacht werden können, sich in der Wahrnehmung der Befragten spiegeln – und wie konträr die Lebensbedingungen in den sechs verschiedenen Clustertypen offenbar ausgeprägt sind. Die in den Abbildungen 2.21 und 2.22 sich recht ähnlich gestaltenden Kurvenverläufe finden ihr fast gegensinnig angeordnetes Pendant in Abbildung 2.23: Vor allem die „schlechten“ und die „guten“ Cluster stehen sich bezüglich der drei Faktoren „nachbarschaftliches Zusammenleben“, „Verkehrsdichte und Abgase“ sowie „Zugang zu Konsummöglichkeiten“ nahezu diametral gegenüber.

Im Großen und Ganzen sind die Einwohner Nürnbergs mit der Sauberkeit in ihrer Stadt ansonsten zu mehr als zwei Dritteln zufrieden, wie Tabelle 2.37 zeigt.

Tabelle 2.37: „Wenn Sie einmal an die Sauberkeit in Nürnberg denken, finden Sie es in Nürnberg alles in allem ...“

	n	%
eher sauber?“	307	69,8
eher schmutzig?“	133	30,2
insgesamt	440	100,0
keine Angabe	11	2,4
tnz, Frage nicht gestellt, andere Zielgruppe	861	65,6

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Da wir davon ausgehen, dass der Eindruck von Sauberkeit bzw. Schmutz vor allem

durch die Lebensumstände in Wohnungsnähe geprägt wird, haben wir gezielt nach Verunreinigungen in der jeweiligen Wohngegend der Interviewten gefragt. Tabelle 2.38 ist unschwer zu entnehmen, was den Bürger dabei am meisten „stinkt“ – nämlich der Hundekot, den sechs von zehn Befragten als *die* Verunreinigung in der Wohngegend schlechthin bezeichnen. Im Vergleich dazu fallen die Nennungen anderer abgefragter Verschmutzungen fast moderat aus. Dennoch: Über weggeschrippste Zigaretten klagen zwei von fünf, über sonstigen Abfall einer von drei und über ausgespuckte Kaugummis einer von vier Bürgern. Keine Rolle spielen in Nürnberg offensichtlich durch einfaches Wegwerfen entsorgte benutzte Spritzen von Drogenabhängigen.

Tabelle 2.38: „Wie ist das in Ihrer Wohngegend? Gibt es da besondere Probleme mit ... [Mehrfachangaben]

Verunreinigungen“	n	% _a	% _b
Hundekot?“	160	29,4	61,8
Zigarettenkippen?“	112	20,6	43,2
sonstigem Abfall?“	92	16,9	35,5
Kaugummi a. d. Gehwegen?“	66	12,1	25,5
Taubendreck?“	60	11,0	23,2
Ratten?“	50	9,2	19,3
(Benutzte) Spritzen?“	4	0,7	1,5
<hr/>			
Nennungen insgesamt (n)	544	99,9	210,0
Nennungen pro Person	2,1		
keine Angabe	192	42,6	
<hr/>			
% _a : bezogen auf 544 Nennungen			
% _b : bezogen auf 259 Befragte, die auf die Fragen geantwortet haben			

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Als interessant stellt sich auch die Antwortverteilung auf die Frage nach den Ursachen oder Gründen der beklagten Verunreinigungen heraus (vgl. Tabelle 2.39). Demnach sieht ein überwiegender Teil der Befragten dafür primär das Verhalten der Einwohner in der Schuld, und erst sekundär Versäumnisse der Stadtverwaltung: Fast 80 Prozent beklagen die Gleichgültigkeit, mit der Unrat entsorgt wird, und zwei Drittel das diesem Verhalten zugrunde liegende fehlende Unrechtbewusstsein. Die Antworten, die unter der Kategorie „Sonstiges“ verbucht sind, untermauern noch diese Feststellung: Beispielsweise wird allein neun Mal auf „schlechte Erziehung“ verwiesen; manche rufen auch nach mehr Kontrolle und wirksameren Sanktionen. Als problematisch werden jedoch auch von mehr als 40 Prozent fehlende Abfallbehälter gesehen. Wollte die Stadtverwaltung hierauf reagieren, entstünden allerdings ebenso Kosten wie bei einer Aufstockung der Zahl der städtischen Reinigungskräfte und Aufsichtspersonen, für die durchaus Plädoyers gehalten werden.

Tabelle 2.39: „Welche Gründe gibt es Ihrer Meinung nach für fehlende Sauberkeit in der Stadt?“ [Mehrfachangaben]

Gründe	n	% _a	% _b
Gleichgültigkeit mancher Bürger	347	27,7	79,0
Mangelndes Unrechtsbewusstsein	291	23,3	66,3
Zunahme des Vandalismus	266	21,3	60,6
Zu wenige bzw. zu kleine Abfallbehälter	191	15,3	43,5
Es wird zu selten gereinigt	125	10,0	28,5
Sonstiges	31	2,5	7,1
Nennungen insgesamt (n)	1.251	100,1	285,0
Nennungen pro Person	2,8		
keine Angabe	12	2,7	

%_a: bezogen auf 1.251 Nennungen
 %_b: bezogen auf 439 Befragte,
 die auf die Fragen geantwortet haben

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Bevor wir uns, und damit diesen Abschnitt abschließend, der summarischen Bewertung des Wohnviertels, in denen die Befragten leben, zuwenden, folgen zunächst Ausführungen zu Problemen von „Ruhe und Ordnung“, mit denen sich die Einwohner in ihrer näheren Wohnumgebung konfrontiert sehen. Wie Tabelle 2.40 belegt, thematisieren jene Befragten, die überhaupt derartige Probleme meinen berichten zu sollen, im Schnitt jeweils zwei der vorgegebenen Antwortkategorien.

Tabelle 2.40: „Gibt es in Ihrer Wohngegend Probleme mit ...[Mehrfachangaben]

Probleme	n	% _a	% _b
Schmierereien, Graffitis?“	116	18,8	39,7
ungepflegten Plätzen und Gehwegen?“	110	17,8	37,7
Sachbeschädigungen, Vandalismus?“	105	17,0	36,0
herumliegenden 'Gelben Säcken'?“	97	15,7	33,2
'wilden' Müllkippen?“	72	11,7	24,7
nächtlichen Ruhestörungen?“	69	11,2	23,6
Obdachlosen?“	23	3,7	7,9
'wildem' Plakatieren?“	16	2,6	5,5
Punks?“	10	1,6	3,4
Nennungen insgesamt (n)	618	100,1	211,6
Nennungen pro Person	2,1		
keine Angabe	159	35,3	

%_a: bezogen auf 618 Nennungen
 %_b: bezogen auf 292 Befragte,
 die auf die Fragen geantwortet haben

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Demnach stört sich gemäß Tabelle 2.40 jeweils mehr als ein Drittel der Bürger an

Wandschmierereien, an ungepflegten Plätzen und Wegen, an Sachbeschädigungen und am Herumliegen „Gelber Säcke“, deutlich weniger aber an „wildem“ Plakatieren. Die Phänomene, die in die Rubrik „Ruhe und Ordnung“ fallen, werden z. T. deutlich seltener genannt: Obdachlose und Punks finden kaum Erwähnung, allein „nächtliche Ruhestörungen“ werden noch von rund einem Viertel der Befragten kritisiert.

Diese hängen, zumindest in der Innenstadt, auch damit zusammen, dass sich in den letzten Jahren die (Alkohol-) Trinksitten vor allem von Heranwachsenden und jungen Erwachsenen verändert haben, u. zw. hin zu ausgiebigem Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen, was insbesondere am Wochenende nicht selten in Ruhestörungen und Schlägereien einmündet. Die Ergebnisse unserer Erhebungen belegen, dass große Teile der Nürnberger Bevölkerung mit dieser Entwicklung nicht einverstanden sind: 61 Prozent wären sogar bereit, ein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen zu unterstützen.

Auf der Suche nach etwaigen sozialräumlichen oder soziodemografischen Bestimmungsgründen des „Für oder Wider das Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen“ erweisen sich alle hinlänglich bekannten Regressoren in einer multiplen logistischen Regression als nicht erklärungsrelevant – allerdings mit der zu erwartenden Ausnahme des Lebensalters: Je jünger die Befragten, desto übertriebener finden sie das Alkoholverbot; je älter die Befragten, desto mehr unterstützen sie es.⁴² Dieser linear verlaufende Zusammenhang ist dabei unter Frauen noch klarer erkennbar als unter Männern.

2.2.2.2 Identifikation mit Wohnumfeld und Stadt

Mit **Mühler und Opp** (2004, S. 15) verstehen wir unter „Identifikation“ eine „affektive oder emotionale Beziehung zu oder Bindung an ein Objekt“, in unserem Fall zu einem Territorium, zu einer Region namens Nürnberg bzw. zum jeweiligen Wohnumfeld der Befragten. Eine positive Identifikation mit einem Territorium kann auch als Ausdruck einer positiv bewerteten Lebensqualität gedeutet werden, die Befragte mit ihrer regionalen Umwelt verknüpfen (vgl. **Mühler und Opp**, 2004, S. 24 f.).

Alles in allem: Man identifiziert sich mit einem Lebensraum, wenn dieser Opportunitäten bereit hält, die man sich für das alltägliche Leben erhofft, und dabei zugleich Restriktionen minimiert, die die eigenen Spielräume eingrenzen. Tabelle 2.41 zeigt beeindruckend, dass drei Viertel aller in Nürnberger Kommunalwahlberechtigten sich mit ihrem Wohnviertel identifizieren. Der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Nürnberger bietet die Stadt offensichtlich das, was sie sich von ihrer Kommune wünschen.

Bezeichnend ist bzw. zu erwarten war, dass ältere Einwohner sich überproportional stark, nämlich zu 81,2 Prozent an ihr Wohnviertel gebunden fühlen, während dies unter den jüngsten, also den 16- bis 24-Jährigen nur bei 48,9 Prozent der Fall ist.⁴³ Während die Geschlechtszugehörigkeit diesbezüglich ohne Bedeutung ist, hat selbstverständlich auch der Clustertypus Auswirkungen auf die Identifikation mit dem Wohnviertel: Bewohner in sehr guter Wohnlage (Cluster 6) fühlen sich zu 92,2 Prozent mit ihrem Wohnviertel „sehr stark“ oder wenigstens „stark“ verbunden – im Cluster 2, gekennzeichnet durch

⁴²v=.20***.

⁴³v=.17***.

den höchsten Anteil armer Einwohner, beläuft sich die Vergleichszahl auf „nur“ 65,2 Prozent, was jedoch so schlecht nun auch wieder nicht ist...⁴⁴

Tabelle 2.41: „Wenn Sie an Ihre Wohnung denken, an die Beziehungen zu Ihren Nachbarn und Bekannten und an die Umgebung: Wie stark fühlen Sie sich dann an Ihr Wohnviertel gebunden?“

Bindung an Wohnviertel	n	%
sehr stark	144	32,0
stark	189	42,0
weniger stark	68	15,1
kaum oder gar nicht	49	10,9
insgesamt	450	100,0
keine Angabe	1	0,1
tnz, Frage nicht gestellt, andere Zielgruppe	861	65,6

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Betrachten wir die Gesamtstadt, ergibt unsere Studie, dass sich neun von zehn Nürnbergern mit ihrer Stadt verbunden fühlen, darunter 56,2 Prozent „stark“ und 34 Prozent „ziemlich verbunden“; weniger als 10 Prozent verspüren eigentlich keine affektive oder emotionale Bindung an Nürnberg (vgl. Tabelle 2.42). Wenn auch anders operationalisiert, kam Burkard (2003, S. 13) anhand von Zahlen aus der Nürnberger Wohnungs- und Haushalterhebung 2003 zum selben Ergebnis.

Tabelle 2.42: „Ganz zum Abschluss möchten wir noch wissen, wie Sie sich Nürnberg gefühlsmäßig verbunden fühlen. Fühlen Sie sich Nürnberg stark verbunden, ziemlich verbunden, wenig verbunden oder gar nicht verbunden?“

Bindung an Nürnberg	n	%
stark	737	56,5
ziemlich	446	34,2
wenig	97	7,4
gar nicht	24	1,8
insgesamt	1.304	99,9
keine Angabe	8	0,6

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Damit korrespondiert, dass Nürnberg, verglichen mit anderen Städten und Gemeinden, in der Online-Umfrage von Perspektive Deutschland (2006) bezüglich der Frage, ob die Bürger Bekannten und Freunden empfehlen würden, hierher zu ziehen, im so genannten „oberen Mittelfeld“ positioniert ist.

Was die „heutige Zufriedenheit“ der Bürger mit ihrer Stadt anbelangt, so liegt Nürnberg in der Online-Umfrage von Perspektive Deutschland (2006) auf Platz 41 von 117

⁴⁴v=.18**.

ausgewiesenen Regionen; unter den 15 Großstädten mit mehr als 400.000 Einwohnern springt Platz 7 heraus: Gemäß des von **Perspektive Deutschland (2006)** entwickelten Ratingverfahrens, das auf der Analyse der Antworten von knapp 5.000 in Nürnberg lebenden Befragten auf zahlreiche Aussagen zu unterschiedlichen Lebensbereichen beruht, können 74 Prozent als zufrieden mit ihrer Stadt gelten, mit einer allerdings leicht negativen in die Zukunft gerichteten Erwartungshaltung.⁴⁵

Anzunehmen ist, dass eine hohe Identifikation mit Nürnberg Auswirkungen hat, und zwar sowohl auf der Einstellungs- als auch auf der Handlungsebene der Befragten: „Personen, die sich in hohem Maße mit einer Region identifizieren, führen eher Handlungen aus, die aus ihrer Sicht die Region fördern“ (**Mühler und Opp, 2004**, S. 141). Beispielsweise müssten Personen mit starker Bindung an Nürnberg stärker am Wohlergehen der Stadt interessiert sein als Einwohner mit geringer Bindung an die Stadt. Dies müsste sich infolgedessen auch niederschlagen hinsichtlich des Ausmaßes an kommunalpolitischem Interesse, der Nutzung von Medien zur Information über kommunalpolitische Themen bis hin zu einer vergleichsweise ausgeprägteren Absicht, sich an einer Kommunalwahl zu beteiligen. Dem ist auch so: Je stärker Personen sich mit Nürnberg identifizieren, desto interessierter sind sie an Kommunalpolitik ($\tau_c=.20^{***}$) und desto ausgeprägter ist die Wahlabsicht ($\tau_b=.14^{***}$). Drei Viertel (76,4 Prozent) der Befragten mit starker Identifikation wählen, „weil sie mitbestimmen wollen, was in der Stadt passiert“; unter den Befragten ohne Bindung an Nürnberg nennt weniger als die Hälfte (45,8 Prozent) diesen Grund, zur Wahl zu gehen ($v=.14^{***}$). Ebenso unterscheidet sich das Ausmaß der an zur Information über kommunalpolitische Themen genutzten Medien in Abhängigkeit von der Identifikationsstärke, und zwar dergestalt, dass mit Nürnberg stark Verbundene die meisten, mit Nürnberg gar nicht Verbundene die wenigsten Informationsmedien nutzen.⁴⁶

Wenn auch das Ausmaß des zu vermutenden demografischen Wandels in Nürnberg wohl kaum zu einem Bevölkerungsschwund führen dürfte, wie **Lux-Henseler und Schirner (2005)** darlegen, wird sich dennoch die Bevölkerungsstruktur verändern und neue Wohnbedürfnisse generieren. Will die Stadt – weiterhin – prosperieren, wird sie sich demzufolge sowohl mit den Folgen sich fortsetzender „Singlifizierung“ (**Guratzsch, 2006**) als auch mit den Erwartungen einer (gehobenen) Mittelschicht auseinander zu setzen haben, einem „Bevölkerungskreis mit außerordentlich hohem Bildungsniveau, überdurchschnittlichen Einkommen und geringer Arbeitslosigkeit, der sich für innerstädtische Wohnlagen interessiert“ (ebenda, S. 20). Und diese heterogene Population hat, wie eine Studie des

⁴⁵Solche „Rankings“ sind jedoch mit äußerster Vorsicht zu genießen, werden mit den ihnen zugrunde liegenden Variablen meist gänzlich verschiedene Themenbereiche aufgegriffen, deren unterschiedliche Operationalisierungen zudem häufig unvergleichbare Resultate produzieren. Das jüngste „Städteranking“ der 50 größten deutschen Städte nach aktueller Wirtschaftskraft und Entwicklung des Instituts der deutschen Wirtschaft (vgl. **Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2006**, S. 5), plazierte Nürnberg beispielsweise auf den 16. Platz, und zwar mit positiver Entwicklungserwartung. Aus dem Wirtschaftsreferat der Stadt habe ich zudem den unbedingt bedenkenswerten Hinweis erhalten, dass Urteile eines Nürnberger Franken bei gleichem Sachverhalt sicherlich weniger euphorisch ausfallen dürften als jene eines Kölner Rheinländers...

⁴⁶ $m=2,7$, $s=1,6$ vs. $m=2,1$, $s=1,5$; ANOVA $F=4,2^{**}$.

Difu-Instituts für Leipzig und München ergeben hat, ganz spezifische Ansprüche, die allerdings schwerlich unter einen Hut zu bringen sind: Mehr Grünflächen in der Wohnumgebung, weniger Lärm, mehr Parkplätze, mehr Geschäfte und bessere Angebote für Kinder (vgl. Guratzsch, 2006, S. 20 f.). Soll die Zufriedenheit der Einwohner mit ihrer Stadt und die Bindung an sie aufrecht erhalten bleiben und zugleich ihre Attraktivität für potenzielle Neubürger nicht verlieren, werden vermehrt auch Konzepte eines „Stadtbaus von unten“ zum Tragen kommen und das von Bund, Ländern und Gemeinden getragene Gemeinschaftsprogramm „Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ fortgesetzt werden müssen (vgl. dazu z. B. Walther, 2006).

2.2.3 Kinder- und Familienfreundlichkeit

Mit Blick auf den tief greifenden demografischen Wandel unserer Gesellschaft gerät die Institution „Familie“ einmal mehr in den Fokus von Politik und Wissenschaft. Neben den monetären und sonstigen infrastrukturellen Randbedingungen familiären Lebens erhält dabei insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine zentrale Bedeutung, „um das Erwerbspotenzial qualifizierter Frauen besser als bisher zu erschließen und zu verhindern, dass Frauen wegen ihres Berufs auf Kinder verzichten. Auch Männer wünschen sich zunehmend, mehr Zeit für ihre Familie zu haben“ (vgl. Flüter-Hoffmann und Seyda, 2006, S. 5). Was auf der Makroebene der Gesamtgesellschaft Sinn macht, ist auch auf der Mikroebene der Familie nicht falsch. Außerhalb der eigenen Familie wird ein kinder- und familienfreundliches Leben dadurch beeinflusst, wenn nicht in hohem Maße bestimmt, wie die öffentliche Förderung dieses Lebensbereiches und die möglichen Arrangements berufstätiger Mütter und Väter mit ihrem Arbeitgeber beschaffen sind.

Im Großen und Ganzen stufen unsere Nürnberger Befragten die öffentlichen Opportunitäten für ein kinder- und familienfreundliches Leben in ihre Stadt durchaus positiv ein. So erachten drei von fünf Interviewten (57,7 Prozent) die Kinderfreundlichkeit zumindest als gut, wenn nicht sehr gut. Die Einschätzung der Verkehrssicherheit der Wohngegend fällt noch besser aus: Hier vergeben fast zwei Drittel (63,6 Prozent) gute und sehr gute Noten. Die Durchschnittswerte sind in Tabelle 2.43 zu finden.

Tabelle 2.43: „Hier ist eine Liste mit einigen Merkmalen Ihrer Wohngegend. Bitte stufen Sie die Qualität dieser Merkmale mit Hilfe der 5-stufigen Skala von 'sehr gut' bis 'sehr schlecht' ein. Wie sieht es aus mit der...

Merkmale	m	s
Verkehrssicherheit?“	2,4	0,9
Kinderfreundlichkeit?“	2,5	1,0
Lärmbelastung?“	2,5	1,1
Luftqualität?“	2,6	1,0
Verkehrsdichte?“	2,7	1,1
verkehrsfreie Zonen?“	2,9	1,2

Ratingskala: Von 1 „sehr gut“ bis 5 „sehr schlecht“
 Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=416)

Wenn wir, wie mehrfach bereits geschehen, auch bezüglich dieser Merkmale einen Summenindex bilden, der die verschiedenen Dimensionen und Informationen in sich trägt, und dazu die sechs Einzelvariablen zusammenfassen,⁴⁷ resultiert daraus die Abbildung 2.24 wiedergegebene Verteilung.

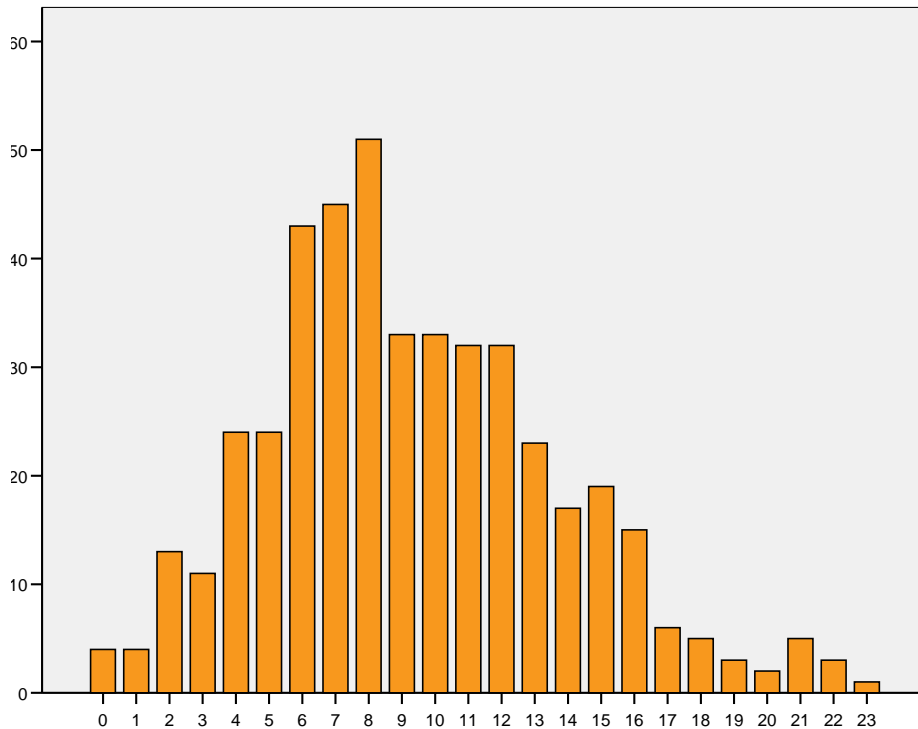


Abbildung 2.24: Lebensqualität in der Wohngegend: Summenindex

$m=9,3$, $s=4,4$, $q_1=6$, $q_2=md=9$, $q_3=12$

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; $n=448$)

Wir können anhand von Abbildung 2.24 gut erkennen, dass die positiven die negativen Nennungen deutlich überwiegen; dies zeigt sich auch daran, dass der Mittelwert in der Grafik weit nach links verschoben ist.⁴⁸ Auch die weiteren ausgewiesenen statistischen Kennwerte belegen diese Beobachtung.

Die überwiegend positive Bewertung der Wohngegend wird allerdings nicht überall in der Stadt und von allen Einwohnergruppen geteilt, wie die nachfolgende Regression belegt (vgl. Tabelle 2.44).

⁴⁷Reliabilität und formale Homogenität des Indexes sind gegeben: Eine Hauptkomponentenanalyse extrahiert nur einen Faktor mit einem Anteil von 48,0 Prozent „erklärter“ Varianz; Cronbach's $\alpha=.78$.

⁴⁸Man spricht in solchen Fällen auch von einer „linkssteilen“ Verteilung.

Tabelle 2.44: OLS-Regression der subjektiv empfundenen Umweltbelastung auf verschiedene sozialstrukturelle Cluster, Konfession und Lebensalter

Regressoren	b	p	beta	T
Cluster 1	3,482	0,000	0,319	5,169
Cluster 2	3,742	0,000	0,288	4,650
Lebensalter	-0,039	0,014	-0,146	-2,467
Konfession (1=röm.-kath.)	-1,234	0,028	-0,128	-2,205
Cluster 3	1,521	0,047	0,123	1,998
Konstante	9,974	0,000		10,929
F	11,13	0,000		
r^2	0,19			
Korrigiertes r^2	0,17			

Wegen fehlender statistischer Signifikanz wurden die Variablen Geschlechtszugehörigkeit, Familienstand, Schulabschluss, Erwerbstätigkeit, Einkommenshöhe und Parteiwahl bei der schrittweise vorgenommenen OLS-Regression nicht in das Modell integriert.

Das Modell weist keine Multikollinearität auf: Der „Variance Inflation Factor“ beträgt für alle Kovariaten $VIF < 1,2$.

Eine detaillierte Hilfe für die Interpretation der Regressionskoeffizienten etc. ist auf S. 124 f. zu finden. Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006, n=247)

So zeigt sich, dass die Lebensqualität insbesondere in den drei vergleichsweise schlecht sozialstrukturell versorgten und zusammengesetzten städtischen Gebieten tatsächlich auch subjektiv am schlechtesten empfunden wird; vor allem der Sachverhalt, in den sozialstrukturellen Clustern 1 und 2 zu wohnen und zu leben, macht sich diesbezüglich negativ bemerkbar. Römisch-katholische Befragte hingegen sehen negative Seiten der Lebensqualität in ihrer Wohngegend offenbar weniger problematisch als anders- oder nichtgläubige Personen. Darüber hinaus nehmen auch jüngere Einwohner ihre umweltbezogenen Lebensbedingungen als weniger belastet bzw. belastend wahr als ältere Nürnberger.

Dass die kinder- und familienfreundliche Lebensqualität in den Clustern 1 und 2 subjektiv am schlechtesten wahrgenommen wird, hat selbstverständlich objektive Grundlagen. Eine davon ergibt sich, wenn wir die Antworten auf die Frage „Ist es in Ihrer Wohngegend den Kindern verboten, auf Grünflächen Ball zu spielen?“ betrachten: Im Vergleich zu den Befragten aus den anderen sozialstrukturellen Clustern können nennenswerte Anteile der in den Clustern 1 und 2 Wohnenden die Frage gar nicht korrekt beantworten, da es dort überhaupt keine Grünflächen gibt, auf denen Kinder Ball spielen könnten – dies geben 23,9 Prozent der in Cluster 1 und sogar 39,3 Prozent der in Cluster 2 lebenden Befragten an. Im Durchschnitt aller sechs Cluster weisen hingegen „nur“ 18,5 Prozent der Interviewten auf fehlende Grünflächen zum Ball spielen hin.⁴⁹

Ebenso wie die Beschaffenheit des kleinräumlichen Lebensraums beeinflussen Regelungen aus verschiedenen staatlichen und kommunalen Förderprogrammen und -möglichkeiten die empfundene Kinder- und Familienfreundlichkeit einer Kommune. Tabelle 2.45,

⁴⁹ $v=.27^{***}$; n=411.

in der die Mittelwerte von sieben entsprechend formulierten Ratingskalen abgetragen sind, gibt wieder, dass die Bedeutsamkeit solcher Förderungsmaßnahmen in Nürnberg ebenfalls (sehr) hoch eingeschätzt wird.

Tabelle 2.45: „Wenn Sie an sich oder an Familien in Ihrem Bekanntenkreis denken: Für wie wichtig halten Sie die folgenden Möglichkeiten zur Familienförderung?“

Förderungsmöglichkeiten	m	s
Spezielle Hilfen beim Berufswiedereinstieg	1,55	0,58
Mittagsbetreuung in Kindergarten und Schule	1,57	0,59
Bezahlbare Kinderbetreuung	1,58	0,62
Flexible Öffnungszeiten in Kindergarten und Schule	1,58	0,63
Nachmittagsbetreuung in Kindergarten und Schule	1,67	0,61
Hausaufgabenhilfe	1,78	0,63
Ganztagsschule	2,01	0,63

Ratingskala: Von 1 „äußerst wichtig“ bis 4 „völlig unwichtig“
 Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=416)

Als einziger „Ausreißer“ erweist sich dabei, u. zw. für den Verfasser völlig unerwartet, die Wichtigkeit der „Ganztagsschule“: Sie spielt im Kalkül der Nürnberger eine vergleichsweise geringe Rolle. Versuche, das Phänomen datenanalytisch festzumachen und zu klären, misslingen nahezu völlig: Korrelationsanalysen ergeben beispielsweise keinerlei signifikante Zusammenhänge zwischen Geschlechtszugehörigkeit, Konfession und Parteilwahl auf der einen und der Wichtigkeit der Ganztagsschule auf der anderen Seite. Die einzige Ausnahme stellt das Lebensalter dar, wobei jedoch ein ebenfalls unerwarteter Effekt aufscheint: Die jüngeren Altersklassen, also die eigentlich davon betroffenen, halten fast zur Hälfte die Ganztagsschule für unwichtig oder völlig unwichtig (zusammen 46,7 Prozent unter den 16- bis 24-Jährigen), während die älteren zu vier Fünfteln sie als äußerst wichtig oder wichtig befürworten (zusammen 80,8 Prozent unter den 60- bis 92-Jährigen).⁵⁰ In den mittleren Altersgruppen nivellieren sich diese Kontraste allerdings.

Wiederum eine Verdichtung der Daten vornehmend, indem wir die Variablen zu einem Summenindex zusammenfassen,⁵¹ zeugt das Ergebnis nur vom Einfluss von drei unabhängigen Variablen: Geschlechtszugehörigkeit, Konfession und sozialstrukturelle Cluster (siehe Tabelle 2.46).

Demzufolge halten Frauen ebenso wie Einwohner von Wohngebieten vom Clustertypus 1 die aufgelisteten Förderungsmöglichkeiten für weniger wichtig als die zugehörigen Vergleichsgruppen; Personen mit röm.-katholischem Glauben hingegen erachten die Familienförderung als deutlich bedeutsamer.

⁵⁰ $v=.12^*$; n=440.

⁵¹Reliabilität und formale Homogenität des Indexes sind gegeben: Eine Hauptkomponentenanalyse extrahiert nur einen Faktor mit einem Anteil von 48,0 Prozent „erklärter“ Varianz; Cronbach's $\alpha=.81$.

Tabelle 2.46: OLS-Regression der Wichtigkeit von Familienförderungsmöglichkeiten auf sozialstrukturelle Cluster, Konfession und Geschlechtszugehörigkeit

Regressoren	b	p	beta	T
Geschlechtszugehörigkeit (1=weiblich)	-1,664	0,000	-0,276	-4,483
Konfession (1=röm.-kath.)	1,279	0,001	0,201	3,264
Cluster 1	-0,935	0,035	-0,129	-2,124
Konstante	5,463	0,000		17,389
F	10,56	0,000		
r^2	0,12			
Korrigiertes r^2	0,11			

Wegen fehlender statistischer Signifikanz wurden die Variablen Lebensalter, Familienstand, Schulabschluss, Erwerbstätigkeit, Einkommenshöhe und Parteiwahl bei der schrittweise vorgenommenen OLS-Regression nicht in das Modell integriert.

Das Modell weist keine Multikollinearität auf: Der „Variance Inflation Factor“ beträgt für alle Kovariaten $VIF < 1,1$.

Eine detaillierte Hilfe für die Interpretation der Regressionskoeffizienten etc. ist auf S. 124 f. zu finden. Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006, n=242)

Die wahrgenommene Kinder- und Familienfreundlichkeit wird ferner davon geprägt, ob die Kommune, in der man lebt, attraktive Freizeitmöglichkeiten für Familien anzubieten hat. Die Antworten auf unsere Frage nach der Attraktivität bestimmter Freizeiteinrichtungen unter Berücksichtigung des jeweiligen Preis-Leistungs-Verhältnisses sind als Mittelwerte von Ratingskalen zwischen 1 „äußerst attraktiv“ und 5 „äußerst unattraktiv“ in Tabelle 2.47 zusammengefasst.

Tabelle 2.47: „Wenn Sie das Preis-Leistungs-Verhältnis berücksichtigen: Wie attraktiv oder unattraktiv ist dann für Sie und Ihre Familie der Besuch ...“

Freizeitangebote	m	s
eines Museums?“	2,21	0,93
des Tiergartens?“	2,24	0,92
eines Schwimmbades?“	2,39	1,00
eines 'normalen' Restaurants?“	2,49	0,89
eines Theaters?“	2,53	1,10
des Erfahrungsfeldes der Sinne?“	2,60	1,24
eines Kinos?“	2,91	1,09
des Volksfestes?“	3,32	1,21
eines Schnellrestaurants wie 'McDonalds'?“	3,80	1,17

Ratingskala: Von 1 „äußerst attraktiv“ bis 5 „völlig unattraktiv“
Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n≥341)

Die städtischen Einrichtungen werden im Vergleich mit sonstigen Freizeitangeboten demzufolge im Großen und Ganzen als recht attraktiv und günstig eingeschätzt, wobei Besuche eines Museums und des Tiergartens an der Spitze rangieren. Das „Erfahrungsfeld der Sinne“ fällt in zweierlei Hinsicht etwas ab: Nicht nur belegt es auf der Attrak-

tivitätsskala nur den 6. Platz, sondern es wird auch relativ selten überhaupt gekannt⁵² – es scheint für das Erfahrungsfeld offenkundig Bedarf nach einem speziellen „Kulturmarketing“ zu bestehen. Interessant ist auch, dass „Normalrestaurants“ unter Berücksichtigung des Preis-Leistungs-Verhältnisses in der Sicht der Interviewten eine deutlich bessere Beurteilung erfahren als Fast-Food-Restaurants, die abgeschlagen am Ende der Rangreihe platziert sind. Aber auch das Volksfest zeichnet sich unter den Befragten nicht gerade durch große Beliebtheit aus.⁵³

Wenn wir uns nun der praktischen Kinder- und Familienfreundlichkeit der Nürnberger Arbeitgeber zuzuwenden, so stellt sich heraus, dass es um diese im Urteil der Befragten, um es euphemistisch auszudrücken, nicht besonders gut bestellt ist: Auf die Frage: „Unterstützt Ihr Arbeitgeber bzw. der Arbeitgeber, bei dem Sie zuletzt beschäftigt waren, seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in irgendeiner Weise bei der Kinderbetreuung?“, antworteten von den 385 ehemals oder aktuell Beschäftigten nur 76 bzw. ein Fünftel (19,7 Prozent) mit „ja“. Wie Tabelle 2.48 zeigt, berichten diese im Schnitt 1,8 familienfreundliche Maßnahmen.

Diese Zahl steht im krassen Gegensatz zum „Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, in dem im Jahr 2006 1.128 Geschäftsführer und Personalverantwortliche von deutschen Unternehmen diesbezüglich telefonisch interviewt wurden (vgl. Flüter-Hoffmann und Seyda, 2006): Ihren Angaben zufolge bieten 95,2 Prozent aller Unternehmen ihren Beschäftigten wenigstens eine familienfreundliche Maßnahme an (ebenda, S. 9). „Ein knappes Viertel aller Unternehmen (23,4%) praktiziert sieben bis neun Maßnahmen (...), jedes siebte Unternehmen bietet inzwischen sogar schon zehn bis zwölf familienfreundliche Maßnahmen an“ (ebenda). Wenn auch zugegebenermaßen die Fragestellungen und die Befragtenpopulationen nicht identisch sind – ein solch starkes Auseinanderklaffen der Ergebnisse von Operationalisierungen ein und desselben Sachverhalts ist aber sicherlich kaum erhebungsmethodisch oder damit zu erklären, dass die diesbezügliche Situation in Nürnberg so viel schlechter sein könnte als anderswo: Die Diskrepanz wird, um es vorsichtig auszudrücken, als Ausdruck „interessengeleiteter Angaben“ zu deuten sein.

Welche familien- und kinderfreundliche Unterstützungsmaßnahmen dabei in Nürnberger Betrieben und Behörden aus Sicht der Beschäftigten eingesetzt werden, geht aus Tabelle 2.48 hervor.⁵⁴

⁵²Nur 341 Befragte geben zum „Erfahrungsfeld“ eine Bewertung ab; bei allen anderen Freizeitangeboten sind es jeweils mehr als 400 Personen, die dazu in der Lage sind.

⁵³Vgl. zur Bedeutung des Nürnberger Volksfestes und seinen Problemen Wittenberg (2005b).

⁵⁴Wie das im Einzelfall eines auch diesbezüglich führenden Unternehmens aussehen kann – und wie viel Umdenken dazu selbst dort weiterhin erforderlich ist, zeigt Kastl (2006).

Tabelle 2.48: „Unterstützt Ihr Arbeitgeber bzw. der Arbeitgeber, bei dem Sie zuletzt beschäftigt waren, seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in irgendeiner Weise bei der Kinderbetreuung?“ [Mehrfachangaben]

Ja, und zwar durch ...	n	% _a	% _b
betriebseigene Kinderbetreuung	26	19,3	35,1
Finanzielle Zuwendungen	18	13,3	24,3
Hilfen b. d. Organisation e. Tagesbetreuung	16	11,9	21,6
Sonstiges	16	11,9	21,6
Möglichkeit z. Mitnahme v. Kindern i. d. Betrieb	15	11,1	20,3
Vermittlung eines Betreuungsplatzes	14	10,4	18,9
Einrichtung von Heimarbeitsplätzen	13	9,6	17,6
Vorübergehende Heimarbeit b. Krankheit v. Kindern	13	9,6	17,6
Organisation der Hausaufgabenbetreuung	4	3,0	5,4
Nennungen insgesamt (n)	135	100,1	182,4
Nennungen pro Person	1,8		
keine Angabe	363	83,1	

%_a: bezogen auf 135 Nennungen
 %_b: bezogen auf 74 Befragte,
 die auf die Fragen geantwortet haben

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Unter denjenigen, deren Arbeitgeber kinderbezogene Familienförderung leisten, gibt etwas mehr als ein Drittel der Beschäftigten eine „betriebseigene Kinderbetreuung“ als Arbeitgeberunterstützung an, ein Viertel spricht von „finanziellen Zuwendungen“. In die Rubrik „Sonstige“ fallen insgesamt sieben Äußerungen, die Möglichkeiten zur „flexiblen Arbeitszeitgestaltung“ thematisieren, aber u. a. auch Nennungen, die auf das Vorhandensein einer „Familienferienwohnung“ oder „angemieteter Kindergartenplätze“ schließen lassen. Ein Chef „schaut über das Zuspätkommen hinweg, sieht es nicht so eng und macht keine Liste darüber“. Grundsätzlich: Wenn Betriebe überhaupt kinderbezogene Familienförderung ergreifen, dann, wie oben bereits ausgeführt, im Schnitt zwei verschiedene Maßnahmen, wie der Angabe „Nennungen pro Person“ in Tabelle 2.48 zu entnehmen ist.⁵⁵

Aufgefordert, ein summarisches Urteil über die Kinder- und Familienfreundlichkeit in Nürnberg abzugeben, scheinen die Befragten trotz manch notwendiger Abstriche davon überwiegend ein positives Bild malen zu wollen: Auf die Frage: „Alles in allem: Wie würden Sie die Familienpolitik in Nürnberg Besuchern gegenüber bezeichnen?“, wählt die Hälfte (50,2 Prozent) der 412 Interviewten die Formulierung „äußerst“ bzw. „ziemlich familienfreundlich“, 47,6 Prozent vergeben weder eine gute, noch eine schlechte Note und

⁵⁵ Auch diese Befunde widersprechen der Umfrage von BMfFSFJ und IdW Köln, wonach „die wichtigste Maßnahme zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie die Arbeitszeitflexibilisierung“ sei (Flüter-Hoffmann und Seyda, 2006, S. 11): „Fast neun von zehn Unternehmen (88,9%) bieten eine Form von Arbeitszeitflexibilisierung und/oder Telearbeit an“ (ebenda). Bei der Betreuung von Kindern an den jeweiligen Arbeitsstätten der Beschäftigten liegen dagegen die Wahrnehmungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern nicht ganz so weit auseinander (ebenda, S. 11 f.).

äußern sich neutral, und nur 2,2 Prozent empfinden die Familienpolitik in Nürnberg als „ziemlich“ oder „äußerst familienfeindlich“.

2.2.4 Einstellungen gegenüber Migranten und ihrer Integration

„Durch die abnehmende Integrationskraft des Arbeitsmarktes und den weitreichenden Ausschluss vieler Migranten von Bildung kommt dem Stadtraum für den Verlauf und Erfolg von Integrationsprozessen immer größere Bedeutung zu“. An dieser Feststellung von [Reimann und Schuleri-Hartje \(2005, S. 3\)](#) gibt es, zumindest kurz- und mittelfristig, wohl nichts zu deuteln. „Das Wohnviertel und die Wohnung als alltägliche Aufenthaltsorte und Orte der Begegnung werden für die Integration immer wichtiger“ (ebenda).

Die Stadt Nürnberg ist auch in dieser Hinsicht seit vielen Jahren „gut aufgestellt“, wie man heute zu sagen pflegt. Zurecht kann [Burkard \(2002, S. 25\)](#), Mitarbeiter im Amt für Stadtforschung und Statistik Nürnberg, anhand der Ergebnisse einer kommunalen Umfrage zum Thema „Deutsche und ausländische Nürnberger“ darauf verweisen, dass in Nürnberg vieles, „was sich der Freistaat Bayern ... als eigenes Ziel vorgenommen und als Empfehlung für bayerische Kommunen formuliert hat, ... weiter gediehen [ist] als anderswo“. In der erwähnten Empfehlung steht: „Die Kommunen sorgen dafür, dass durch planerische und infrastrukturelle Voraussetzungen die Integration von Ausländerinnen und Ausländern ermöglicht wird“ (ebenda). Burkards Fazit aus der städtischen Studie lautet, „dass Nürnbergs 'Ausländer' besser aufgenommen sind, als Skeptiker befürchten“, dass zugleich aber die Aufgabe erhalten bleibt, „gemeinsam an der Integration unserer Neubürger mitzuwirken“ (ebenda). Mit Angeboten wie „Mama lernt Deutsch“ oder dem Spiel- und Lernprogramm „Hippy“ hat Nürnberg auch diesbezüglich bundesweit eine Spitzenposition inne. Die institutionell notwendigen Anstrengungen zur Integration von Personen mit fremder Herkunft, in der Wissenschaftszene häufig „Allochthone“ genannt,⁵⁶ scheinen also weit gediehen zu sein. Das „Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände“ und der „Preis für Menschenrechte“ stehen für Bemühungen, insgesamt ein weltoffenes und liberales politisches Klima zu erzeugen.

Neben der – selbstverständlich unverzichtbaren – Schaffung entsprechender zielfördernder planerischer und infrastruktureller Voraussetzungen, zu denen in Nürnberg zweifelsfrei der Ausländerbeirat, zahlreiche Angebote des Bildungszentrums, des Allgemeinen Sozialdienstes, der AWO, des Jugendamtes etc. sowie viele Vereine zählen (vgl. dazu [Meyer, 2006](#)), ist für die erfolgreiche Integration von Migranten eine zweite unabdingbare Voraussetzung, dass die Migranten sich überhaupt integrieren wollen. Was auch immer unter Integration zu verstehen sein mag oder aus verschiedenen Perspektiven darunter zu verstehen sein soll: In welchem Ausmaß die in Nürnberg ansässigen Migranten dazu tatsächlich bereit sind – darüber steht m. W. in Nürnberg und anderswo eine zuverlässige, gültige und objektive Erhebung noch aus.

Die dritte Voraussetzung, die erfüllt sein muss, damit sich Migranten integrieren können, ist, dass die Einheimischen sie überhaupt aufnehmen wollen.⁵⁷ Mit dem letztge-

⁵⁶Die Alteingesessenen werden in diesem Sprachgebrauch als „Autochthone“ geführt.

⁵⁷Die institutionellen Anstrengungen zur Migrantenintegration können jedoch, schlichter praktischer

nannten Punkt befassen sich die folgenden Ausführungen. Sie beinhalten Forschungsergebnisse über einige allgemeine Einstellungen Nürnberger Wahlberechtigter zu ihren Mitbürgern mit ausländischer Herkunft sowie über ihre spezielle Meinungen zu Einzelspekten des Zusammenlebens mit solchen „Fremden“.

Zuerst wenden wir uns der Frage zu, wie die Bereitschaft aussieht, Ausländern den Zuzug nach Nürnberg zu gewähren. Tabelle 2.49 gibt darüber Auskunft. Demnach zeigen sich die Nürnberger als ziemlich wählerisch bei der Entscheidung, welche Migrantengruppe sie denn zuziehen lassen möchten: Dabei sind Bürger aus EU-Staaten am willkommensten, Bürger aus der Türkei am unwillkommensten; Asylsuchende sind insgesamt willkommener als Aussiedler.

Tabelle 2.49: „Im Folgenden geht es um den Zuzug verschiedener Personengruppen nach Nürnberg. Wie ist Ihre Meinung dazu?“ [Spaltenprozente]

Der Zuzug soll ...	EU-Bürger		Asylsuchende		Aussiedler		Türken	
	n	%	n	%	n	%	n	%
uneingeschränkt möglich sein	157	36,6	85	20,0	66	15,4	45	10,5
begrenzt werden	228	53,1	293	68,9	308	72,0	283	66,0
völlig unterbunden werden	44	10,3	47	11,1	54	12,6	101	23,5
insgesamt	429	100,0	425	100,0	428	100,0	429	100,0
keine Angabe	6	0,5	10	0,8	7	0,5	6	0,5

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Die Ursachen für solcherart Präferenzen sind vielschichtig; sie können hier auch nicht ansatzweise geklärt werden. Darauf hinzuweisen ist aber, dass, insbesondere was die Migration von Bürgern aus der Türkei anbelangt, nicht unbedingt ethnische bzw. religiöse Vorbehalte eine besondere Rolle für die Herausbildung der beobachteten Einstellungen spielen, sondern häufiger sozioökonomische, setzt sich doch diese zuziehende Bevölkerungsgruppe im großen Umfang aus Personen mit niedriger Bildung und geringem Einkommen zusammen, die eigentlich nur in städtischen Quartieren wohnen kann, die weit hin als Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf gekennzeichnet sind. Hier treffen sie dann auf Deutsche, die ebenfalls sozioökonomisch und bildungsbezogen unterprivilegiert sind, so dass auftretende Konflikte „eher der sozialen Lage denn der ethnischen Zugehörigkeit zuzuschreiben sind“ (Reimann und Schuleri-Hartje, 2005, S. 3). Ähnliches gilt für die Situation der deutschstämmigen Aussiedler aus Osteuropa, der so genannten „Kontingentflüchtlinge“ und der Asylbewerber, die, jedenfalls bisher, selbst dann kaum

Logik folgend, m. E. von vornherein so lange nur begrenzt erfolgreich sein, wie der Staat selbst lang ansässigen Migranten aus Nicht-EU-Staaten, sprich vorwiegend Türken, noch nicht einmal das Kommunalwahlrecht gewährt, und sie so gewissermaßen per Gesetz zu städtischen Bürgern zweiter Klasse degradiert – zugleich aber von ihnen die Anpassung an, wenn nicht gar Assimilation in die hiesige „Leitkultur“ einfordert. Auf einer Ratssitzung am 19.11.2004 einigten sich die Innen- und Justizminister der EU-Mitgliedstaaten auf elf Grundprinzipien zur Integration von Zuwanderern, deren neuntes lautet, dass Zuwanderern die Möglichkeit gegeben werden müsse, an politischen Prozessen teilzunehmen. Dies gelte vor allem für die lokale Ebene. Eine ungleiche Behandlung dränge Zuwanderer an den Rand der Gesellschaft (Netzwerk Migration in Europa, 2004).

Zugang zum normalen Arbeitsmarkt haben, wenn sie eine eigentlich qualifizierte, vor Ort jedoch nicht entsprechend zertifizierte Ausbildung aus ihrem Herkunftsland mitbringen.

Die Präferenzen ändern sich etwas, wenn es um die Bereitschaft geht, jemanden Fremdes in die eigene Familie aufzunehmen und als Familienmitglied zu akzeptieren.

Tabelle 2.50: „Inwieweit wäre es Ihnen angenehm oder unangenehm, wenn ein ... in Ihre Familie einheiraten würde?“ [Mittelwert]

Migrantengruppe	m	s
Italiener	0,81	1,30
deutschstämmiger Aussiedler aus Osteuropa	0,04	1,62
Türke	-0,58	1,80
Asylbewerber	-0,74	1,76

7-stufige Ratingskala: Von +3 „äußerst angenehm“ bis -3 „äußerst unangenehm“
Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n≈400)

Italiener als Repräsentanten des kulturellen, sozioökonomischen und politischen „alten“ Europa finden diesbezüglich am meisten Sympathie. Asylbewerber schneiden, aus welchem Grund auch immer, noch schlechter ab als Türken, obwohl die Befragten ihren Zuzug nach Nürnberg eher tolerieren würden als jenen der Letztgenannten. Deutschstämmige Aussiedler werden in dieser Hinsicht anscheinend ziemlich emotionslos eingestuft. Unabhängig von der jeweiligen Migrantengruppe gilt, dass die vergleichsweise hohen, deutlich über den Mittelwerten liegenden Werte der Standardabweichungen Indiz dafür sind, dass die Nürnberger in ihrer geäußerten Bereitschaft, Fremde als Familienmitglied aufzunehmen, erheblich variieren.

Die zu verschiedenen Aussagen zur Ausländerintegration in Nürnberg eingefangenen Antworten fügen sich zu einem vielschichtigen und überwiegend positiven, wenn z. T. auch widersprüchlichen Bild zusammen, das aus meiner Sicht auch durchaus unerwartete Facetten erkennen lässt (vgl. Tabelle 2.51).

So hatte ich beispielsweise *nicht* erwartet, dass Gesichtspunkte des Arbeitsmarktes eine vergleichsweise so geringe Rolle bei der Ausdifferenzierung negativer Einstellungen gegenüber Ausländern spielen, wird doch häufig „das Zusammenleben deutscher und ausländischer Bevölkerungsgruppen durch starke Konkurrenzen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erschwert. Soziale Konkurrenz und sozialer Neid führen [aber] zu Ablehnung und zu Vorurteilen“ (Reimann und Schuleri-Hartje, 2005, S. 7). Gerade solche Aussagen zur möglichen Konkurrenz zwischen Einheimischen und Zugewanderten – Ausländer sind eine Belastung im sozialen Netz; sie nehmen den Deutsche Arbeitsplätze weg – finden aber unter den Befragten nur wenig Befürworter. Andererseits anerkennt jeweils mehr als die Hälfte der Befragten, dass „die Ausländer jene Arbeit machen, die Deutsche nicht erledigen wollen“ und dass sie „zur Sicherung der Renten“ beitragen.

2 Kommunalpolitik und Lebensqualität in Nürnberg 2006 – Zwischenbilanz

Tabelle 2.51: „Im Folgenden lese ich Ihnen einige Aussagen vor, denen man mehr oder weniger zustimmen kann“

Aussagen	+	±	-	n
<i>Die Stadt Nürnberg sollte für Ausländer verpflichtend Deutschkurse anbieten</i>	84,1	7,1	8,8	182
Der Vorteil an einer Großstadt wie Nürnberg ist, dass viele Nationen und Kulturen an einem Ort vertreten sind	77,4	17,4	5,1	195
<i>In den letzten Jahren haben sich in manchen Stadtteilen Nürnbergs regelrechte Ghettos gebildet</i>	75,9	13,3	10,8	195
In anderen deutschen Großstädten gibt es wesentlich mehr Probleme in Bezug auf Einwanderer als in Nürnberg	70,3	19,8	9,9	192
Die Stadt Nürnberg sollte mehr finanzielle Mittel in die Sprachförderung ausländischer Mitbürger investieren	69,5	13,6	16,8	220
Die in Deutschland lebenden Ausländer sind eine Bereicherung für die Kultur in Deutschland	66,8	21,9	11,2	187
Die in Deutschland lebenden Ausländer machen die Arbeit, die die Deutschen nicht erledigen wollen	64,6	18,3	17,2	180
Die in Deutschland lebenden Ausländer tragen zur Sicherung der Renten bei	61,3	20,6	18,1	190
Im Großen und Ganzen ist es der Stadt Nürnberg gut gelungen, die hier lebenden Ausländer zu integrieren	58,5	27,3	14,1	205
<i>Nürnberg muss darauf achten, dass sein kulturelles Erbe nicht von zu vielen ausländischen Einflüssen überdeckt wird</i>	51,3	13,1	35,7	199
Die Stadt Nürnberg sollte den Bau einer Moschee in Stadtteilen mit hohem islamischen Bevölkerungsanteil genehmigen	50,0	14,1	35,9	184
<i>Die in Deutschland lebenden Ausländer begehen häufiger Straftaten als die Deutschen</i>	46,0	21,1	32,9	161
<i>Die in Deutschland lebenden Ausländer sind eine Belastung für das soziale Netz</i>	38,7	24,6	36,7	199
<i>Die in Deutschland lebenden Ausländer nehmen den Deutschen Arbeitsplätze weg</i>	29,3	21,2	49,5	198
<i>Ich kann es nicht befürworten, wenn Einwanderer in alteingesessene Nürnberger Gegenden ziehen</i>	23,0	24,2	52,7	184

+ : „stimme zu“, ± : „teils, teils“, - : „lehne ab“; negativ gepolte Aussagen sind kursiv gedruckt
Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Hervorzuheben ist weiterhin, dass ausländische Mitbürger offensichtlich als „positives Element“ innerhalb der Stadt wahrgenommen werden: Drei Viertel der Befragten meinen, dass es einer Großstadt wie Nürnberg zum Vorteil gereicht, wenn viele Nationen und Kulturen vertreten sind; und zwei Drittel der Einheimischen sehen in der Anwesenheit von Ausländern eine kulturelle Bereicherung. Dazu im Widerspruch steht allerdings, dass die Hälfte der Interviewten davor warnt, ausländische Einflüsse könnten die heimische

Kultur überdecken.

Nürnbergers institutionalisierter Umgang mit Ausländern wird von den Einwohnern anscheinend durchaus honoriert: So meinen knapp 60 Prozent, dass der Stadt die Integration der Ausländer gut gelungen sei; und sogar 70 Prozent sind der Auffassung, dass dies in anderen Städten diesbezüglich wesentlich problematischer aussähe.

Auf vier Aussagen sei gesondert hingewiesen:

- Es besteht in der Bevölkerung weitgehend Übereinstimmung darin, dass die Stadt Deutschkurse für Ausländer obligatorisch anbieten sollte.
- Immerhin die Hälfte der Befragten wäre einverstanden, wenn „in Stadtteilen mit hohem islamischen Bevölkerungsanteil“ der Bau einer Moschee genehmigt würde.
- Noch immer meinen mehr als zwei Fünftel der Einheimischen zu wissen, dass Ausländer häufiger Straftaten begehen als Deutsche. Hier wäre wohl tatsächlich eine noch gezieltere Aufklärung der Bevölkerung zu wünschen, als sie durch die regelmäßigen Polizeiberichte bereits angestoßen ist (vgl. dazu [Schlögl, 2005](#); [Polizeidirektion/Kriminalpolizeidirektion Nürnberg, 2006](#)).
- 75 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass sich in bestimmten Teilen der Stadt „Ghettos“ gebildet hätten. Nun kann hier der Frage, was darunter zu verstehen ist, nicht nachgegangen werden. Ein Gutachten des Amts für Stadtforschung und Statistik zu Fragen von Segregation und Integration in Nürnberg, fokussiert auf die Migrantengruppen Türken und Aussiedler ([Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik, 2004a](#)), lässt allenfalls erkennen, dass in einem Stadtteil, nämlich Langwasser, eine Art Subkultur von Aussiedlern entsteht, „die von den alteingesessenen deutschen Bewohnern nicht nur negativ wahrgenommen, sondern auch sanktioniert“ wird (ebenda, S. 32). Wenn aber mit dem Begriff „Ghetto“ „Vorstellungen von einer devianten, verwahrlosten und ins Chaos stürzenden Gesellschaft“ verbunden werden ([Zdrojewski, 2005](#), S. 179), dann hat das mit der dort vorzufindenden Realität nur wenig zu tun. Bezeichnend ist in gewisser Weise, dass die Zustimmung zum „Ghetto-Item“ im sozialstrukturellen Cluster 6, gebildet aus den bestausgestatteten Wohngebieten, am stärksten ausfällt.

Wenn wir aus den Antworten auf diese Items einen Summenindex bilden, der aussagt, wie häufig ein Befragter die ausländerablehnende Antwortkategorie der in [Tabelle 2.51](#) aufgelisteten Items gewählt hat, ergibt sich die in [Abbildung 2.25](#) dargestellte Verteilung.

Demnach hat ein knappes Siebtel (15,7 Prozent) der Befragten *kein einziges* Item so beantwortet, dass man daraus eine Ausländer ablehnende Haltung entnehmen könnte. Der Maximalwert der Anzahl Ausländer ablehnender Antworten beläuft sich, bei einem theoretisch möglichem Maximum von 15 Aussagen mit einer solchen Zielrichtung, auf sieben Angaben: Ohne sich verbiegen zu müssen, lässt sich dieses Ergebnis gut als Indiz für eine insgesamt eher positive Einstellung der „Autochthonen“ gegenüber den „Allochthonen“ werten.

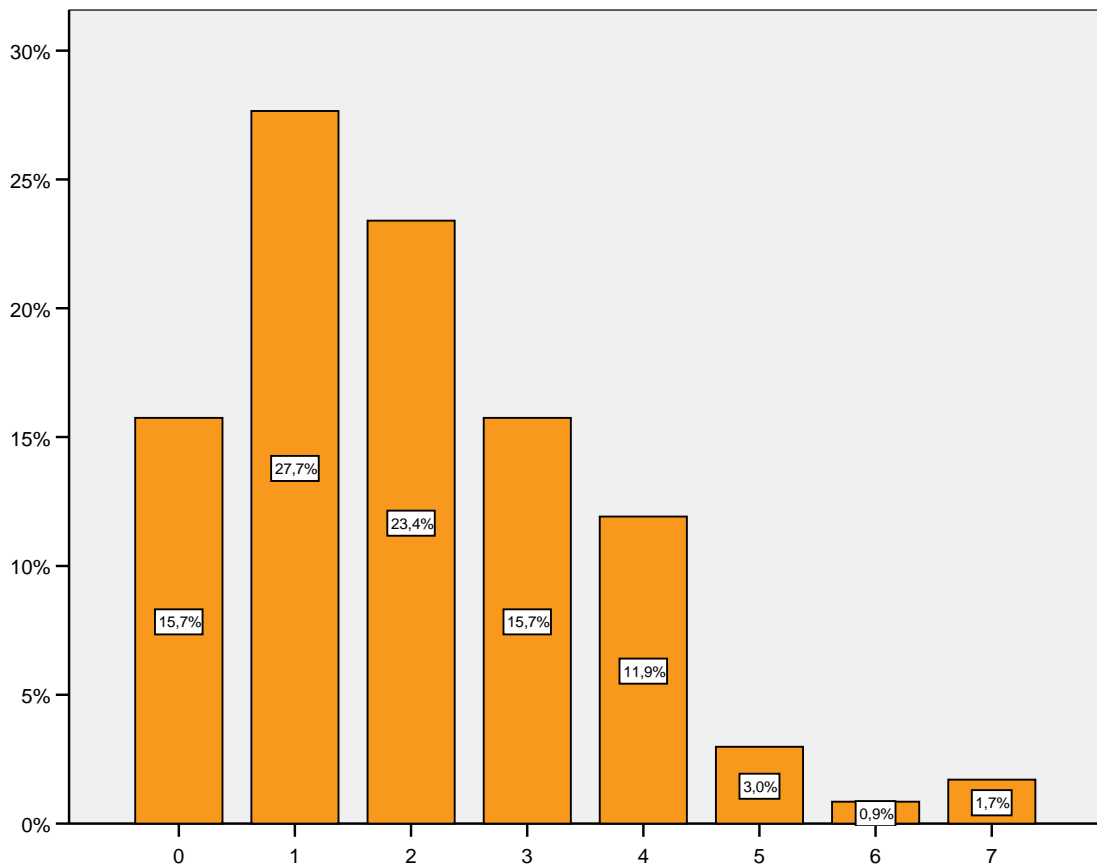


Abbildung 2.25: Negative Einstellungen gegenüber Migranten: Summenindex

$m=2,0$, $s=1,5$, $q_1=1$, $q_2=md=2$, $q_3=3$

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; $n=235$)

Wenn wir erneut eine multiple Regression der negativen Einstellungen gegenüber Fremden auf die bekannten Regressoren durchführen, zeigt sich, dass einzelne individuelle wie auch Kontextmerkmale hierauf einen mehr oder minder stark messbaren Einfluss ausüben (vgl. Tabelle 2.52).

Daraus ergibt sich, dass vor allem CSU-Anhänger, aber auch Personen, die im sozialstrukturell benachteiligten Cluster 2 wohnen, stärker als andere Personengruppen Migranten gegenüber, um es wiederum euphemistisch auszudrücken, sehr zurückhaltend auftreten; am deutlichsten sticht diesbezüglich die Wahlabsicht CSU hervor.⁵⁸ Bewohner von Gebieten des Clustertyps 3, zumal solche mit hohem Bildungsniveau, und Befragte mit relativ gutem persönlichen Nettoeinkommen haben dagegen im Vergleich mit anderen Personengruppen eher wenig Vorbehalte gegenüber nach Nürnberg Zugewanderten.

⁵⁸Beta=0,283.

Tabelle 2.52: OLS-Regression der negativen Einstellungen gegenüber Migranten auf Parteienwahlabsicht, Schulabschluss, persönliches Nettoeinkommen und sozialstrukturelle Cluster

Regressoren	b	p	beta	T
Parteienwahlabsicht (1=CSU)	0,891	0,000	0,283	3,591
Cluster 3 (1=durchschnittl. Cluster)	-0,783	0,029	-0,176	-2,208
Schulabschluss (1=Abitur/Hochschule)	-0,553	0,029	-0,176	-2,204
Nettoeinkommen (1=2000-3000 Euro)	-0,575	0,035	-0,171	-2,126
Cluster 2 (1=arm, hoher Migrantenanteil)	0,730	0,047	0,160	2,002
Konstante	2,029	0,000		10,447
F	6,93	0,000		
r^2	0,21			
Korrigiertes r^2	0,18			

Wegen fehlender statistischer Signifikanz wurden die Variablen Geschlechtszugehörigkeit, Lebensalter, Familienstand und Erwerbstätigkeit bei der schrittweise vorgenommenen OLS-Regression nicht in das Modell integriert.

Das Modell weist keine Multikollinearität auf (VIF für alle Kovariaten <1,1).

Eine detaillierte Hilfe für die Interpretation der Regressionskoeffizienten etc. ist auf S. 124 f. zu finden.

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006, n=135)

2.2.5 Einstellungen gegenüber ausgewählten städtischen Großprojekten

Große städtische Vorhaben wie der Umbau des Frankenstadions und die Sanierung des Augustinerhofes oder die Instandsetzung ganzer Stadtteile wie ehemals Gostenhof sind in der Bevölkerung, abhängig von den dort subgruppenspezifisch jeweils vorherrschenden Interessen, selbstverständlich stets umstritten. Dies gilt auch für diejenigen vier Großprojekte, die wir aufgrund ihrer in der Presseberichterstattung zum Ausdruck kommenden Aktualität und Prominenz zu Beginn des Jahres 2006 für unsere Befragungen ausgewählt hatten, nämlich die Untertunnelung des Frankenschnellwegs, die Volksbadsanierung, die Flughafenanbindung und die Trassierung einer Straßenbahnlinie quer durch die Altstadt.

Um eine „reine“ Präferenzskala der Befragten zu erzielen, haben wir diese vier Maßnahmen im jeweiligen Paarvergleich abgefragt. Das Ergebnis ist in Tabelle 2.53 abzulesen.

Aus der Perspektive der Nürnberger Befragten wäre demnach die Untertunnelung des Frankenschnellweges unter den vier ihnen von uns zur Auswahl vorgelegten großen städtebaulichen Vorhaben mit 2.557 Bevorzugungen von größter Dringlichkeit, gefolgt von der Sanierung des Jugendstilvolksbades, das immerhin bei 2.291 Wahlen den Vorzug gegenüber den konkurrierenden Vorhaben bekommen hat. Die Flughafenanbindung liegt mit 2.040 Stimmen auf dem dritten, die Altstadttram landet mit 984 Nennungen weit abgeschlagen auf dem vierten Platz.⁵⁹

⁵⁹Die entsprechenden statistischen Paarvergleichsskalenwerte berechnen sich für die Untertunnelung auf S=64,5, für die Sanierung des Volksbades auf S=58,2, für die Flughafenanbindung auf S=51,8 und für die Altstadttram auf S=25,0.

Tabelle 2.53: Prominente Bauvorhaben Nürnbergs im Paarvergleich: „In der Öffentlichkeit wird viel über Bauvorhaben in Nürnberg gesprochen, die wegen der – fast – leeren städtischen Kassen nicht alle verwirklicht werden können. Ich lese Ihnen jetzt jeweils 2 Bauvorhaben vor. Sagen Sie mir bitte, welches Sie davon bevorzugen würden“

gegenüber ...	Zahl der Bevorzugungen von ...			
	Untertunnelung FSW	Volksbadsanierung	Flughafenanbindung	Altstadtram
Untertunnelung FSW	—	537	537	305
Volksbadsanierung	775	—	580	290
Flughafenanbindung	775	732	—	389
Altstadtram	1.007	1.022	923	—
insgesamt	2.557	2.291	2.040	984
Rang	1.	2.	3.	4.

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=1.312)

Abbildung 2.26 zeigt, dass die sich in den Köpfen der überzeugten Befürworter eines der Bauvorhaben ergebende Präferenzreihe die Gestalt einer „Hühnerleiter“ annimmt.

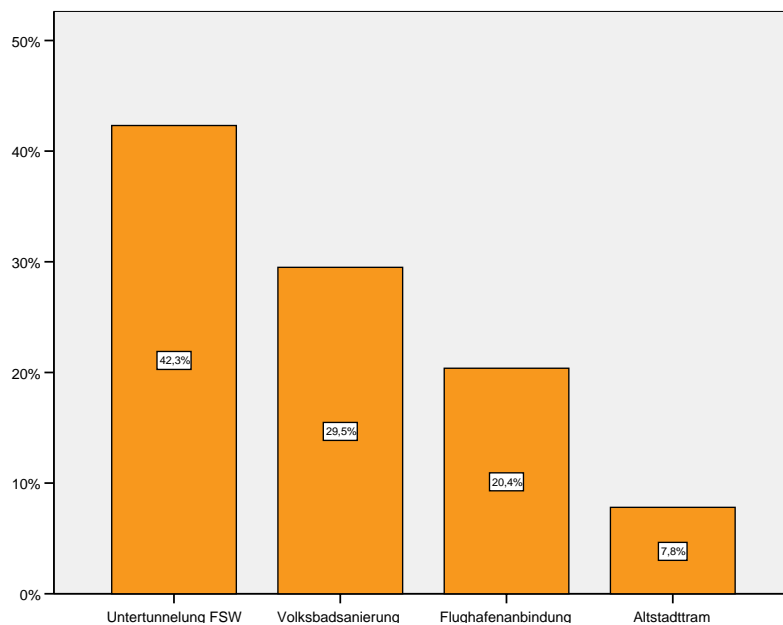


Abbildung 2.26: Prominente Bauvorhaben Nürnbergs im Paarvergleich: Überzeugte Befürworter eines einzigen Bauvorhabens [in Prozent]

Feldzeit vom 14.-21.1.2006

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=1.217)

Mehr als zwei Fünftel der Befragten sprechen sich für die Lösung des Verkehrsproblems „Frankenschnellweg“ aus, knapp ein Drittel für die Sanierung des Volksbades und ein

Fünftel für die Flughafenanbindung. Die Trassierung einer Straßenbahn quer durch die Altstadt wird im Paarvergleich ernsthaft von weniger als 10 Prozent der Bevölkerung präferiert.

Ein anderes Bild ergäbe sich, wenn wir die – bekanntermaßen nicht repräsentative⁶⁰ – Onlineumfrage diesbezüglich analysierten: Dort läge die Sanierung des Volksbades mit 31,8 Prozent an erster Stelle, dichtauf gefolgt von der Untertunnelung des Frankenschnellwegs mit 31,1 Prozent. Die Altstadttram folgte an dritter (21,5 Prozent), die Flughafenanbindung gar an letzter Stelle mit einem Anteil von 15,7 Prozent Befürwortern.



Abbildung 2.27: Frankenschnellweg

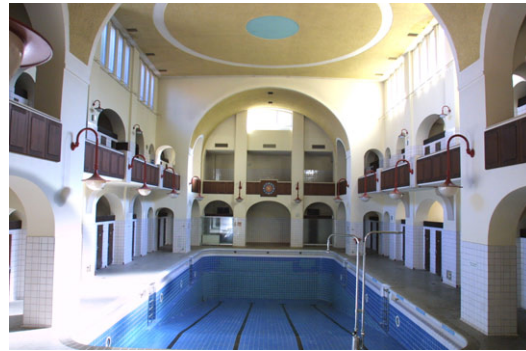


Abbildung 2.28: Volksbad

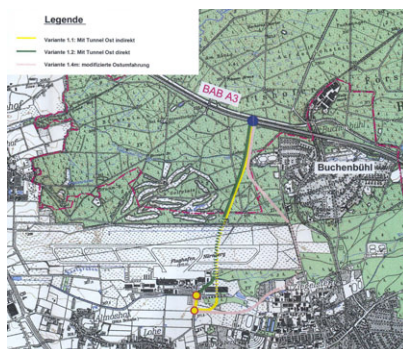


Abbildung 2.29: Flughafenanbindung



Abbildung 2.30: Altstadttram

Die Gründe für die Abweichungen zwischen computerunterstützter Telefon- und Onlineumfrage sind einerseits auf die jüngere, beruflich noch wenig etablierte, insgesamt jedoch besser ausgebildete Population unserer Onlinenutzer zurückzuführen, die offenbar die eher „alternativen“ Projekte unterstützt. Andererseits mag dafür ebenso eine Rolle spielen, dass wir bei der Onlineumfrage die sich dort ergebende mediumsspezifische Möglichkeit genutzt haben und die vier ausgewählten städtischen Großprojekte mit

⁶⁰Vgl. S. 86 und Tabelle 2.5.

jeweils einem Foto in den Fragebogen eingebunden haben (vgl. die Abbildungen 2.27 bis 2.30).

Wegen der fehlenden Repräsentativität der Onlineumfrage ist nicht zu entscheiden, welcher Grund letztlich ausschlaggebend für die Abweichungen zwischen den beiden Präferenzskalen sind: Die Nichtrepräsentativität oder die Objektvisualisierung. Des Weiteren wäre die Frage aufzuwerfen und zu beantworten, ob nicht zusätzlich ein Interaktionseffekt zwischen Einflüssen aus Populationsstruktur und Darbietung der Fotos vorliegen könnte.

Schauen wir angesichts der Unlösbarkeit dieses Problems stattdessen, ob die Großprojekte spezifische, durch die Nähe zu einer politischen Partei begründete Befürworter haben, belegen die Ergebnisse einer Korrespondenzanalyse (vgl. Abbildung 2.31), dass sich eine solche Vermutung tatsächlich bestätigen lässt: Die verschiedenen großen Distanzen jeweils zwischen den vier Bauvorhaben und den drei in Nürnberg dominierenden Parteien zeigen, dass Wähler der CSU sich quasi „hautnah“ an der Zustimmung zur Flughafenanbindung, zudem unweit der Befürwortung der Untertunnelung des Frankenschnellwegs platzieren lassen.

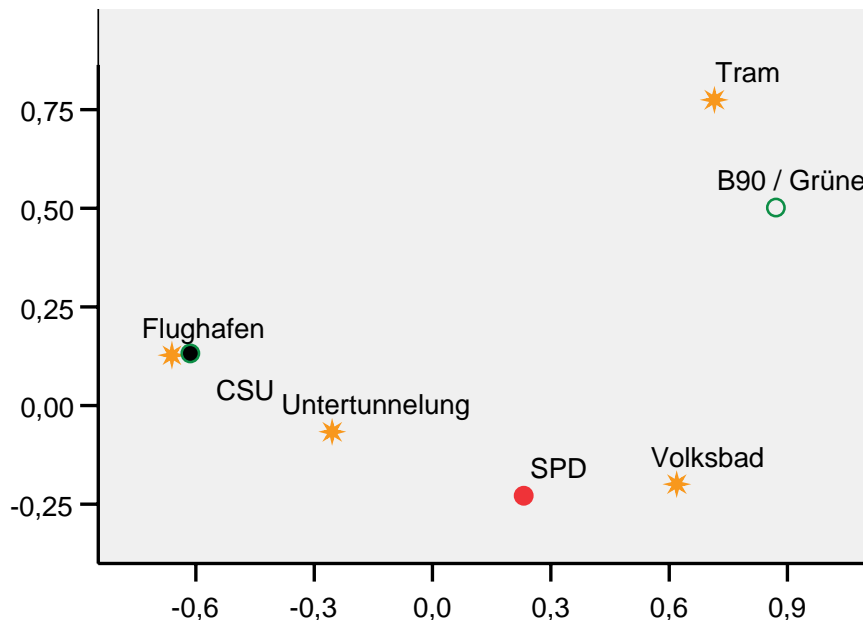


Abbildung 2.31: Städtische Bauvorhaben nach Parteiwahlabsicht [Korrespondenzanalyse]
 Feldzeit vom 14.-21.1.2006
 Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006; n=904)

Wähler der SPD lokalisieren sich am ehesten in die Nähe des Volksbades, lassen aber auch eine nicht allzu große Distanz zum Umbau des Frankenschnellwegs erkennen. Von allen bisher genannten Großprojekten am weitesten entfernt, dafür in unmittelbarer Nähe zur Trassierung einer Straßenbahn durch die Altstadt befinden sich die Wähler von

Bündnis 90/Die Grünen. Ihre Positionierung in Abbildung 2.31 lässt erkennen, dass sie sich daneben am ehesten noch für die Volksbadsanierung erwärmen könnten.

Aber nicht nur die Parteiwahlabsicht beeinflusst die geäußerte Vorliebe für eines der vier Großbauprojekte in Nürnberg, sondern auch die Geschlechtszugehörigkeit. Wie Tabelle 2.54 verdeutlicht, sind solche geschlechtsspezifischen Unterschiede allerdings nur hinsichtlich der Einstellungen gegenüber der Untertunnelung des Frankenschnellwegs, dem Männer überproportional häufig zustimmen, und gegenüber der Sanierung des Volksbads zu erkennen, den Frauen überproportional häufig im Vergleich mit den anderen Wahlmöglichkeiten präferieren.

Von den vorhandenen Altersunterschieden bezüglich der Einstellungen gegenüber den städtischen Großprojekten sind eigentlich nur zwei erwähnenswert.⁶¹ Wie schon im Zusammenhang mit der Onlineumfrage angesprochen, halten sich jüngere Befragte, also die 16- bis 24-Jährigen, bei der Unterstützung der Untertunnelung des Frankenschnellwegs stark zurück: Im Vergleich zu allen Befragten, unter denen mehr als 40 Prozent dieser Maßnahme zustimmen, beträgt der entsprechende Anteil unter ihnen nur 29,1 Prozent. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass die zweitälteste Befragtengruppe, also die 45- bis 59-Jährigen, als einzige Altersklasse überproportional oft, nämlich 11,2 : 7,8 Prozent, Stellung für die Trassierung einer Straßenbahn durch die Altstadt bezieht.

Tabelle 2.54: Prominente Bauvorhaben Nürnbergs im Paarvergleich: Überzeugte Befürworter eines einzigen Bauvorhabens nach Geschlechtszugehörigkeit

Städtische Großvorhaben	Frauen		Männer		insgesamt	
	n	%	n	%	n	%
Untertunnelung FSW	217	34,1	298	42,3	515	42,3
Volksbadsanierung	233	36,6	126	21,7	359	29,5
Flughafenanbindung	139	21,9	109	18,8	248	20,4
Altstadtttram	47	7,4	48	8,3	95	7,8
insgesamt	636	100,0	581	100,1	1.217	100,0
keine Angabe					95	7,2
p=.000; v=.19						

Feldzeit vom 14.-21.1.2006

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

Auch bezüglich etwaiger Unterschiede in Abhängigkeit von Sozialräumen ist eigentlich nur eine Dichotomisierung, nämlich jene zwischen den sozialstrukturellen Clustern 1 und 5 hinsichtlich der geplanten Maßnahmen zur Untertunnelung des Frankenschnellwegs und der Sanierung des Jugendstilbades hervorzuheben:⁶² So beträgt die Prozentsatzdifferenz zwischen beiden, bezogen auf die FSW-Untertunnelung, $d_{\%}=31,9$, wobei das Maximum der Befürwortung dieses Projekts im Cluster 5 zu finden ist, und, bezogen auf das Volksbad, $d_{\%}=21,4$, mit dem Maximalwert der Zustimmung im Cluster 1.⁶³

⁶¹ $v=.07^*$.

⁶² $v=.13^{***}$.

⁶³ Die entsprechenden Durchschnittswerte für alle Befragten sind in Abbildung 2.26 abgetragen.

3 Fazit und Ausblick

Was die Kommunalpolitik i. e. S. anbelangt, deutet alles darauf hin, dass sie, auch wenn es schwer fällt, von der Vorstellung „verlässlicher“ Wähler Abschied nehmen sollte. Die „Parteibindung“ oder, schwächer, die „Parteiorientierung“ wird noch weiter zurückgehen. „Kurzfristige, situative Faktoren haben erheblichen Einfluss auf die Wahlentscheidung gewonnen“ (Holtz-Bacha, 2006, S. 12).¹ Auch dürfte, gerade bei Wahlen vom Typ „Direktwahl“ des Oberbürgermeisters, wie dies in Bayern bei Kommunalwahlen ja schon seit Langem der Fall ist, die „Personalisierung“ politischer Entscheidungen und deren Rezeption seitens der Wählerschaft weiter voran schreiten. Dies dürfte um so eher der Fall sein, als Parteien, die sich zu einer „großen Koalition“ zusammen gefunden haben, sich nicht ohne Not von den gemeinsamen und grundlegenden programmatischen und verfahrensmäßigen Absprachen verabschieden können, ohne das Bündnis vor der Zeit und ohne Verwirklichung der u. U. verabredeten Ziele in Frage zu stellen. Personen können eher schon einmal von der verabredeten gemeinsamen Linie abweichen, ohne dass gleich harte Sanktionen zu erwarten wären.

Mit dem amtierenden Oberbürgermeister verfügt die SPD derzeit über ein kostbares Pfand in der kommunalpolitischen Landschaft. Gerade wegen der weiter zunehmenden Personalisierung der Politik ist aus analytischer Perspektive deshalb zu bezweifeln, dass die CSU gut daran getan hat, ihm durch Nichtnominierung eines zugkräftigen, prominenten Kontrahenden seit nunmehr fünf Jahren mehr oder minder konkurrenzlos das Feld des kommunalen Spitzenpolitikers zu überlassen – auch wenn immer wieder auf die „Abnutzungserscheinungen“ hingewiesen wird, die der heutige Bayer. Staatsminister des Innern Dr. Günther Beckstein zwischen 1984 und 1986 während zwei Jahren als Herausforderer des damaligen Oberbürgermeisters Dr. Peter Schönlein erlitt (vgl. *Nürnberger Zeitung*, 2007b, S. 11). Dass bei der CSU hinsichtlich dieser Personalie mittlerweile akuter Handlungs- und Entscheidungsbedarf besteht und umgehend ein attraktiver Gegenkandidat gekürt werden muss, dürfte unstrittig sein. Jüngst wurde dafür der Juni 2007 genannt (vgl. z. B. *Nürnberger Zeitung*, 2007a, S. 9). Das sich in der Medienberichterstattung niederschlagende „Schaulaufen“ einzelner potenzieller Kandidaten dürfte diesbezüglich jedenfalls eher kontraproduktiv denn zielführend sein.

„Großes Rathausbündnis“ und Personalisierungstendenz müssen allerdings nicht zugleich bedeuten, eigenständige Themen und Programme zwangsläufig als im Grunde völlig überflüssig zu negieren. An solchen, die Parteien und Gruppierungen mittel- und längerfristig erkennbar differenzierenden Themen und Programmen scheint es aber momentan in Nürnberg etwas zu fehlen; nicht von Ungefähr weist die regionale Medienberichterstattung derzeit eine diesbezüglich mehr oder weniger deutlich beobachtbare

¹Beispielsweise wären die Beurteilungen der Nürnberger Kommunalpolitiker – vgl. S. 90 – nach der Verhüllung des Schönen Brunnens durch Olaf Metzger mit Sicherheit anders ausgefallen als in unseren Erhebungen, die bekanntlich Anfang 2006 stattfanden.

3 Fazit und Ausblick

Ambivalenz auf. In den letzten Wochen ist jedoch in den Medien erkennbar, dass der Kommunalwahltag näherrückt.

Dennoch: Auf der Habenseite kann die Kommunalpolitik sicher das Stadion, die Sebalder Höfe und die Lösung für das Café Wanner verbuchen, ebenso, den WM-Geldern sei Dank, das neue Leit- und Infosystem auf dem früheren Reichsparteitagsgelände. Einen großen Schritt weiter ist man wohl ebenfalls mit dem ehemaligen Klausfelder-Komplex: Nach 13 Jahren ist hier offenbar eine tragfähige Lösung gefunden worden, die dem Stadtviertel Kohlenhof insgesamt zugute kommen dürfte.

Zumindest angeschoben ist die Verwertung des Augustinerhof-Areals, doch hier müssen die Verträge erst noch unterschrieben werden. In Angriff genommen worden zu sein scheint außerdem die Sanierung der Schulgebäude, wo ein Investitionspaket auf den Weg gebracht ist, das unter Umständen noch durch private Gelder verstärkt werden könnte. Ebenso schreitet offenbar die Sanierung des Hallenbads Süd voran. Auch das „Hort-Notprogramm“ ist wohl einer Realisierung näher gerückt, um mehr Plätze für die ganztägige oder nachschulmittägliche Betreuung von Kindern zur Verfügung stellen zu können.

Selbst wenn alle angeschobenen und verabredeten Projekte tatsächlich realisiert würden: Die Liste unerledigter Aufgaben fiele nach fünf Sechsteln der Wahlperiode, trotz – oder vielleicht: wegen? – des großen Parteienbündnisses aus CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen dennoch relativ lang aus: Neben den allgemeinen und zentralen, permanent anstehenden und nie endgültig lösbaren bildungs-, kultur-, sozial- und wirtschaftspolitischen Aufgaben reicht sie von der Verwaltungsreform an Haupt und Gliedern über Volksbad bis hin zum leidigen Ausbau des Frankenschnellweges und der Anbindung des Flughafens an die Autobahn etc. Ungeklärt sind m. W. weiterhin Projekte wie die Verlängerung der Bamberger Straße im Norden und die Zukunft der „historischen“ Industriearie Milchversorgung am Wöhrder See. Jüngst entbrennt, mehr oder minder durch den „Boulevard“ lanciert, eine neuerliche Kontroverse um Gestaltung und Nutzung des Hauptmarkts.

Die Durchschnittsnote „befriedigend“, die die Rathausparteien (vgl. weiter oben S. 102 f.) wie auch das „Bündnis“ (vgl. S. 104 f.) Anfang 2006 von den Bürgern für die geleistete Arbeit „verpasst“ bekommen, ist wohl in diesem Kontext von erledigten, begonnenen und ausstehenden städtischen Aufgaben anzusehen.² Das prächtig gelungene kommunale Gemeinschaftserlebnis „Fußballweltmeisterschaft 2006 in Nürnberg“ wird die anstehenden städtischen Probleme im Bewusstsein der Bevölkerung allenfalls kurzfristig in den Hintergrund gedrängt haben – mit der näher rückenden Kommunalwahl 2008 schieben sie sich wieder stärker in den Vordergrund: Die lokalen Medien werden schon das Ihre dazu beitragen. Kandidaten und Parteien bleibt nur ein Jahr Zeit, ihren je spezifischen politischen Sachverstand zu belegen – und ihn mit den aus ihrer Sicht dafür geeigneten Mitteln Wähler wirksam umzusetzen.

²Zu diesem eher mageren Urteil passt ein Ergebnis aus der Online-Umfrage von *Perspektive Deutschland* (2006), an der aus Nürnberg immerhin knapp 5.000 Befragte selbst rekrutiert teilgenommen hatten: Die Stadt landet dort bezüglich des Zusammenspiels von Politik, Wirtschaft und Verwaltung in der Schlussgruppe aller Kommunen, was im Bericht als eine „besondere Schwäche der Region“ herausgestellt wird.

3 Fazit und Ausblick

Was das Projekt „Area Study Nürnberg-Barometer: Lebensqualität und Kommunalpolitik in Nürnberg“ betrifft, blicken wir auf den dritten Teil des Lehrforschungsprojektes, der im Sommersemester 2007 beginnt und sich bis zur Kommunalwahl 2008 und darüber hinaus erstrecken wird. Eine neue Studentenkohorte, diesmal Studierende des an der WiSo neu eingerichteten Bachelorstudiengangs „Sozialökonomik“, der den traditionellen Diplomstudiengang „Sozialwissenschaften“ ersetzt, wird sich des Themas annehmen. Ein *erster Schwerpunkt* wird wie 2002 auf der wissenschaftlichen Beobachtung von Parteien und Kandidaten im Vorfeld von Oberbürgermeister- und Stadtratswahl liegen. Dafür sollen erneut computerunterstützte Telefonbefragungen und Onlineumfragen durchgeführt werden. Darüber hinaus werden wir versuchen, diejenigen Befragten, die sich 2006 dafür bereit erklärt hatten, im Zuge von Panelanalysen, d. h. Wiederholungsbefragungen im Hinblick auf individuelle und kollektive, wahlpolitisch relevante Einstellungskonstanten und -veränderungen zu untersuchen.

Parallel dazu wollen wir uns in einem *zweiten Schwerpunkt* gezielt mit jener Bevölkerungsgruppe auseinandersetzen, der in Folge des sich auch in Nürnberg abzeichnenden demografischen Wandels in Bezug auf die Lebensqualität eine zumindest anteilmäßig stark zunehmende Bedeutung beizumessen sein wird: Den älteren und alten Einwohnern Nürnbergs. Zwei thematische Felder sollen dabei besonders beachtet werden: Die Voraussetzungen, Möglichkeiten und Grenzen der Entwicklung des regionalen Arbeitsmarktes mit diesen und für diese Alterskohorten auf der einen und die Wohn- und Pflegesituation im Alter auf der anderen Seite. Ein Ausbildungsziel der Bachelorstudiengänge verfolgend, nämlich Studierende noch näher an die Praxis heranzuführen, als dies bisher schon bei den hiesigen Sozialwissenschaftlern der Fall war, werden die Projektteilnehmer in mehreren, in Ämtern und Betrieben angesiedelten „gecoachten“ Gruppen im Verlauf eines Studienjahres Expertisen zu diesen beiden Themenbereichen erarbeiten und, sofern möglich, auch auf Chancen hinzuweisen, die sich in Folge des demografischen Wandels bezüglich „Lebensqualität und Kommunalpolitik in Nürnberg“ eröffnen.

4 Anhang

4.1 Methodik 2002

Die Telefonbefragung fand in der Zeit vom 26.-30.1.2002 statt, unterstützt vom Marktforschungsunternehmen icon brand navigation GmbH in Nürnberg-Erlenstegen. Für die Generierung der Zufallsstichprobe von Telefonnummern wurde als das Verfahren der Wahl das so genannte „Gabler-Häder-Design“ (Gabler und Häder, 1999a,b) in Verbindung mit der „Next-Birthday-Auswahl“ eingesetzt.¹

Grundlage für das Sampling war das Telefonverzeichnis der CD-ROM KlickTel (Stand Oktober 2001) mit insgesamt 235.936 verzeichneten Einträgen für die Stadt Nürnberg. Dieser Bestand wurde um alle Rufnummern bereinigt, die eindeutig Firmen zugeordnet werden konnten. Danach blieben 203.847 Rufnummern übrig. Im nächsten Schritt wurden alle Mobilfunk- und Sonderrufnummern (0130, 0180, 0700, 0800 ...) sowie unplausible Nummern (falsche Länge; falscher Vorwahlbereich) eliminiert. Bereinigt blieben 188.742 Telefonnummern übrig.

Aus diesem Bestand wurden nach dem bereits erwähnten Gabler-Häder-Design 6.901 unterschiedliche „Stammnummern“ für so genannte 100er-Blöcke generiert. Diese Stammnummern hatten eine durchschnittliche Eintragsdichte von 27,35 Nummern pro 100er-Block mit einer minimalen Eintragsdichte von 1 und einer maximalen von 84. Der relativ geringe Wert von 27,35 ist unter anderem damit zu erklären, dass sich eine Reihe unterschiedlicher Gemeinden den Vorwahlbereich 0911 teilen,² und die einzelnen Orte nicht strikt durch bestimmte Leitziffern voneinander abgegrenzt sind. Dadurch werden mit diesem Design zwangsläufig auch Nummern außerhalb der eigentlichen Gemeindegrenzen Nürnbergs erzeugt.

Aus den 6.901 Stammnummern wurden durch Anfügen der Ziffernkombinationen 00-99 an den entsprechenden Stamm 690.100 verschiedene Telefonnummern gebildet. Diese Telefonnummern wurden in aufsteigender Nummernfolge sortiert. Anschliessend wurde aus diesen sortierten Nummern eine Bruttostichprobe von 20.000 Telefonnummern zufällig gezogen (einfache ungeschichtete Ziehung ohne Zurücklegen mit fixem Ziehungsintervall bei zufälligem Startpunkt).

Da die Bruttostichprobe für eine Telefonbefragung im Festnetzbereich nur auf Haushaltsebene vorliegen konnte, wurde als Auswahlsschlüssel das „Next-Birthday-Verfahren“ vereinbart. Die Feldzeit fand an fünf aufeinander folgenden Tagen zwischen dem 26. und 30. Januar 2002 statt.

¹Die Beschreibung der methodischen Umsetzung der Telefonbefragung beruht im Wesentlichen auf dem Methodenbericht von Jörn Fischer, ICON ADDED VALUE GmbH, Nürnberg, – damals noch icon brand navigation GmbH – vom 1.2.2002.)

²Das sind außer Nürnberg Fürth, Zirndorf, Oberasbach, Stein, Röthenbach, Schwaig, Heroldsberg, Veitsbromm, Schwabach (teilweise), Rückersdorf, Kalchreuth, Obermichelbach, Seukendorf, Tuchenbach, Erlangen (teilweise) sowie Rohr (teilweise).

4 Anhang

Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 1.544 Interviews realisiert. Die durchschnittliche Interviewdauer betrug $m=11,03$ Minuten ($s=3,33$). Der Median belief sich auf $md=10,18$, die Quartilswerte auf $q_1=8,56$ bzw. $q_3=12,20$ Minuten. Die Spanne lag zwischen $min=4,55$ und $max=40,31$ Minuten Dauer. Die Rekrutierungsdauer pro Interview betrug im Durchschnitt knapp 12 Minuten, d. h. es wurden pro Interviewer und pro Stunde im Schnitt 2,5 Interviews realisiert.

Von der Bruttostichprobe (20.000 Nummern) wurden in der Feldarbeit 18.999 Nummern eingesetzt. Die Gesamtzahl aller Kontakte belief sich auf 58.599 Anwahlversuche, d. h. jede Nummer wurde im Schnitt mindestens drei Mal angewählt – bei einer Spanne von 1 bis maximal 21 erfolgten Kontaktversuchen.

Die in Tabelle 4.1 aufgeführten Zahlen basieren auf dem „finalen Kontaktstatus“, d. h. für jeden Record (Nummer) wurde der jeweils zeitlich letzte und somit finale Stand für die Auswertung ermittelt. Die Abbruchquote³ lag bei 5,9 Prozent, die Verweigerungsquote⁴ bei 69,9 Prozent.

Tabelle 4.1: Rücklaufstatistik für die Telefonbefragung 2002

	(n)	(%)
Bruttostichprobe	18.999	100,0
erfolglos kontaktierte Nummern	11.004	57,9
davon:		
kein Anschluss	7.801	70,9
niemand hebt ab	3.037	27,6
„dropped calls“ (nicht vermittelt)	166	1,5
erfolgreich kontaktierte Nummern	7.995	42,1
davon:		
Anrufbeantworter	541	6,8
Geschäftsanschlüsse	756	9,5
Kontaktperson außerhalb der Zielgruppe	709	8,9
Kontaktperson während der Feldzeit nicht erreichbar	316	4,0
Verständigungsprobleme	271	3,4
Rückruf vereinbart	168	2,1
Interviewerfehler	3	0,0
zustandegekommene Interviews	5.231	65,4
bereinigte Bruttostichprobe	5.231	100,0
Verweigerungen	3.590	68,6
Abbrüche	97	1,9
realisierte Nettostichprobe = erfolgreiche Interviews	1.544	29,5

³def.: Abbrecher / (Abbrecher + Interviews).

⁴def.: Verweigerer / (Verweigerer + Interviews).

4.2 Methodik 2006

Wie weiter oben ausgeführt, besteht die Grundgesamtheit aus jenen Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die zum Befragungszeitpunkt das 16. Lebensjahr vollendet und ihren Hauptwohnsitz in Nürnberg haben. Diese Definition wurde gewählt, um weitgehend sicherzustellen, dass es sich um eine Personengruppe handelt, die größtenteils im Jahr 2008 ihr Kommunalwahlrecht in Nürnberg ausüben können. Eine dankenswerter Weise vom Amt für Stadtforschung und Statistik gesondert vorgenommene Auswertung der Stammdatensätze aus dem Einwohnerwesen ergab, dass die Grundgesamtheit am 31.12.2005 348.775 Personen umfasste.⁵

Für die telefonische Erhebung wurde der Rufnummern-Pool von ICON ADDED VALUE genutzt. Dieser Rufnummern-Pool beinhaltet für die Stadt Nürnberg 753.283 Rufnummern. 218.841 davon sind im Telefonbuch (KlickTel CD-ROM) eingetragen, die übrigen wurden nach dem so genannten „Gabler-Häder-Design“ (Gabler und Häder, 1999a,b) generiert. Aus diesem Pool wurden zwei Bruttostichproben mit insgesamt 48.250 Rufnummern gezogen. Firmen-, Sonder- und Mobilfunknummern fanden dabei – soweit sie als solche erkennbar waren – keine Berücksichtigung.⁶ Die beiden Ziehungen aus dem nach Vorwahlen und Rufnummern aufsteigend geschichteten Rufnummern-Pool erfolgten als Zufallstichprobe ohne Zurücklegen. Dabei wurde jeweils ein zufälliger Startpunkt ermittelt und ein festes Ziehungsintervall berechnet.

Die Feldarbeit erfolgte vom 14. - 21. Januar 2006 an zwei Samstagen und fünf dazwischen liegenden Werktagen. Der Feldarbeit vorgelagert war ein umfangreicher Pretest, der am 11. Januar stattfand. Für die Feldarbeit stellte ICON ADDED VALUE ein Telefonlabor samt Autodialer zur Verfügung. Samstags wurde zwischen 10h und 17h telefoniert, werktags zwischen 10h und 15h. Rund 100 Studenten realisierten in diesem Zeitraum 1.312 CATI-Interviews zzgl. 77 Interviews, die während des Pretests durchgeführt wurden.

Während der Feldzeit ergaben sich insgesamt 15.364 Kontakte, also Gespräche, die dem Interviewer durch den Autodialer vermittelt wurden. Bezogen auf die realisierten Interviews ergibt sich ein Wert von 11 benötigten Kontaktversuchen pro Interview oder, anders ausgedrückt, eine Interviewer-Erfolgsquote von 9 Prozent. Im Schnitt wurde jede Adresse 1,5 Mal wieder vorgelegt, bei einer Spannweite zwischen 1 und 7. Unter den Teilnehmern der Umfrage liegt der Wiedervorlagefaktor übrigens etwas höher bei 1,75.

Die durchschnittliche Interviewdauer betrug $m=25,5$ Minuten ($s=7,5$). Berücksichtigt man des Weiteren noch Korrekturzeiten (und ein kurzes Verschnaufen zwischen den Interviews), kommt man auf einen Durchschnittswert von $m=27,4$ Minuten. Der Median belief sich auf $md=24,0$, die Quartilswerte auf $q_1=21,0$ bzw. $q_3=28,0$ Minuten. Die Spannweite liegt zwischen $min=11$ und $max=70$ Minuten Dauer.

Die „Strike-Rate“⁷ betrug brutto 1,1 Interviews pro Stunde. Rechnet man die Pau-

⁵Die folgende Beschreibung der methodischen Umsetzung der Telefonbefragung basiert im Wesentlichen auf dem Methodenbericht von Jörn Fischer, ICON ADDED VALUE GmbH, verfasst am 25.1.2006.

⁶Die Zahl der tatsächlich vorhandenen Festnetzanschlüsse in Nürnberg inkl. ISDN liegt laut Auskunft von Jörn Fischer bei schätzungsweise 325.000.

⁷def.: Interviews / Interviewer.

4 Anhang

senzeiten der Interviewer heraus, ergibt sich – besonders in Anbetracht der Länge der Interviews – ein ganz hervorragender Wert von 1,5. Die durchschnittliche Rekrutierungsdauer pro Interview betrug 19,1 Minuten – gemessen an der Interviewdauer ebenfalls ein sehr guter Wert. Die Abbruchquote⁸ lag bei 11,6 Prozent, die Verweigerungsquote⁹ bei 79,7 Prozent.¹⁰

Tabelle 4.2: Rücklaufstatistik für die Telefonbefragung 2006

	(n)	(%)
Bruttostichprobe	47.729	100,0
erfolglos kontaktierte Nummern	36.713	76,9
davon:		
kein Anschluss (inkl. besetzt)	28.202	69,3
keiner hebt ab	8.299	20,4
„dropped calls“ (nicht vermittelt)	212	0,5
erfolgreich kontaktierte Nummern	11.016	23,1
davon:		
Anrufbeantworter	886	8,0
Geschäftsanschlüsse	2.027	18,4
Kontaktperson außerhalb der Zielgruppe	474	4,3
Verständigungsprobleme	361	3,3
Rückruf vereinbart	240	2,2
zustandegekommene Interviews	7.028	63,8
bereinigte Bruttostichprobe	7.028	100,0
Verweigerungen	5.457	77,6
Abbrüche	182	2,6
realisierte Nettostichprobe = erfolgreiche Interviews	1.389	19,8
<i>davon Pretest</i>	77	5,5

⁸ def.: Abbrecher / (Abbrecher + Interviews).

⁹ def.: Verweigerer / (Verweigerer + Interviews).

¹⁰ Diesbezüglich stellt sich die Frage nach den Gründen für die im Vergleich erheblich geringeren Abbruch- und Verweigerungsquoten, die in der Telefonbefragung zur Kommunalwahl 2002 zu verzeichnen waren. Es steht stark zu vermuten, dass dieser Unterschied auf das ungleich stärkere Interesse zurückzuführen ist, das der Thematik damals, kurz vor den OB- und Stadtratswahlen, von der Bevölkerung entgegengebracht wurde. Auch dürfte dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen, dass die Lokalpresse, insbesondere die *Nürnberger Nachrichten*, damals bereits im Vorfeld der Telefonumfragen ausführlich über die bereits begonnenen Teilprojekte des Lehrforschungsprojektes, vor allem die „face-to-face“-Panelbefragungen berichtete – inklusive mancher Häme, die über das damalige Projekt ausgeschüttet wurde.

4.3 Soziodemografie 2002 (CATI)

- 53,1 Prozent der telefonisch Befragten sind Frauen.
- Das Lebensalter variiert zwischen 18 und 88 Jahren mit einem Mittelwert von 46,2 Jahren ($s=17,1$).
- Unter den 1.541 Befragten befinden sich lediglich 31 Personen (2,0 Prozent) mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit – was nicht verwunderlich ist, da für die Durchführung eines Telefoninterviews die deutsche oder eine EU-Staatsbürgerschaft als Voraussetzung der Berechtigung zur Teilnahme an der Kommunalwahl obligatorisch war.
- 34,3 Prozent leben alleine, 50,0 Prozent sind verheiratet oder leben in einer nicht ehelichen Partnerschaft, 6,8 Prozent sind geschieden, 9,0 Prozent verwitwet.
- 27,9 Prozent haben einen Hauptschulabschluss, 29,6 Prozent die Mittlere Reife; FHS-Reife o. ä. haben 7,9 Prozent, Abitur 21,1 Prozent, abgeschlossenes Hochschulstudium 11,1 Prozent, andere Abschlüsse 1,6 Prozent.
- 44,6 Prozent sind voll erwerbstätig, 11,6 Prozent Teilzeit beschäftigt, 6,0 Prozent in Ausbildung; beurlaubt sind 2,1 Prozent, in Rente 23,9 Prozent, nicht erwerbstätig 11,0 Prozent.
- Bezüglich der jetzigen bzw. früheren beruflichen Stellung klassifizieren sich 49,3 Prozent als Angestellte, 12,5 Prozent als leitende Angestellte, 9,8 Prozent als Arbeiter, 2,9 Prozent als Freiberufler, 8,4 Prozent als sonstige Selbstständige, 8,2 Prozent als Beamte, 6,4 Prozent als in Ausbildung befindlich; 2,5 Prozent waren nie erwerbstätig.
- 20,6 Prozent gehören keiner Konfession an, 44,5 Prozent sind evangelisch, 32,1 Prozent katholisch, 1,7 Prozent muslimisch und 2,1 Prozent nennen eine andere Glaubensrichtung.
- 31,7 Prozent leben in 1-Personen-Haushalten, 36,2 Prozent in 2-Personen-, 17,5 Prozent in 3-Personen-, 10,1 Prozent in 4-Personen-, der verbleibende Rest von 4,5 Prozent in größeren Haushalten.
- In 36,6 Prozent der 2- und Mehr-Personenhaushalte sind Kinder unter 18 Jahren zu finden.

Die Verteilung des Haushaltsnettoeinkommens geht aus Tabelle 4.3 hervor:

Tabelle 4.3: Klassiertes monatliches HH-Nettoeinkommen der Befragten [in DM]

HH-Nettoeinkommen	n	%
< 1000	35	2,8
1000 bis < 2500	249	19,1
2500 bis < 4500	497	37,5
4500 bis < 6500	332	24,8
>= 6500	217	15,9
insgesamt	1.369	100,0
keine Angabe	172	11,2

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2002)

4.4 Soziodemografie 2006 (CATI)

- 52,8 Prozent der telefonisch Befragten sind Frauen.
- Das Lebensalter variiert zwischen 16 und 92 Jahren mit einem Mittelwert von 48,5 Jahren ($s=17,3$).
- Unter den 1.312 Befragten befinden sich lediglich 34 Personen (2,6 Prozent) mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit – was nicht verwunderlich ist, da für die Durchführung eines Telefoninterviews die deutsche oder eine EU-Staatsbürgerschaft als Voraussetzung der Berechtigung zur Teilnahme an der Kommunalwahl obligatorisch war.
- 29,3 Prozent sind ledig, 50,8 Prozent sind verheiratet und leben in ehelicher Gemeinschaft, 7,7 Prozent sind geschieden, 8,9 Prozent verwitwet.
- 26,7 Prozent haben einen Hauptschulabschluss, 30,6 Prozent die Mittlere Reife; FHS-Reife o. ä. haben 7,1 Prozent, Abitur 16,2 Prozent, abgeschlossenes Hochschulstudium 16,4 Prozent.
- 35,7 Prozent sind voll erwerbstätig, 15,9 Prozent Teilzeit beschäftigt, 5,3 Prozent in Ausbildung; in Rente sind 28,6 Prozent, nicht erwerbstätig 9,4 Prozent.
- Bezüglich der jetzigen bzw. früheren beruflichen Stellung klassifizieren sich 51,7 Prozent als Angestellte und gehobene Beamte, 14,5 Prozent als leitende Angestellte bzw. höhere Beamte, 15,2 Prozent als Arbeiter und mittlere Beamte, 14,1 Prozent als Freiberufler und sonstige Selbstständige; 5,3 Prozent befanden sich in Ausbildung.
- 21,3 Prozent gehören keiner Konfession an, 43,1 Prozent sind evangelisch, 30,3 Prozent katholisch, 1,7 Prozent muslimisch und 2,8 Prozent nennen eine andere Glaubensrichtung.

4 Anhang

- 25,8 Prozent leben in 1-Personen-Haushalten, 38,9 Prozent in 2-Personen-, 16,1 Prozent in 3-Personen-, 13,9 Prozent in 4-Personen-, der verbleibende Rest von 4,6 Prozent in größeren Haushalten.

Die Verteilung des Haushaltsnettoeinkommens geht aus Tabelle 4.4 hervor:

Tabelle 4.4: Klassiertes monatliches HH-Nettoeinkommen der Befragten [in Euro]

HH-Nettoeinkommen	n	%
< 1000	31	3,9
1000 bis < 2000	188	23,6
2000 bis < 3000	249	31,2
3000 bis < 4000	186	23,3
4000 bis < 5000	72	9,0
>= 5000	71	8,9
insgesamt	797	99,9
keine Angabe	515	39,3

Quelle: Nürnberg-Barometer (CATI 2006)

4.5 Synopse der Umfragethemen 2002 und 2006

Tabelle 4.5: Fragethemen der Panel-, Telefon- und Online- sowie „Exit polls“-Umfragen 2002

Panel-, Telefon- und Onlineumfragen
Interesse an Kommunalpolitik „Sonntagsfrage“: Partei Parteienwahl 1996 Bekanntheit und Identifikation von Maly, Scholz und Wellhöfer „Sonntagsfrage“: OB Beurteilung der Arbeit der OB-Kandidaten Scholz und Maly Einfluss der Kandidaten-Persönlichkeit auf die eigene OB-Wahlentscheidung Nürnberger Probleme mit akutem Handlungsbedarf: - Arbeitslosigkeit (Unternehmensschließungen) - Ausländerpolitik (Integration von Ausländern) - Sicherheitspolitik (Kriminalität) - Kulturpolitik - Städtebaupolitik - Kreuzungsfreier Frankenschnellweg - Umbau Frankenstadion - Behördengänge - Stadtverschuldung - Verkehrspolitik Problemlösungskompetenz der Parteien dafür Genutzte Informationsmedien Parteien- und Kandidatenwahrnehmung im Wahlkampf Besuch von Wahlkampfveranstaltungen und Kommunikation über Kommunalwahl Prognose des Wahlergebnisses: Partei und OB Einfluss der Kanzlerkandidatur Stoibers auf die Kommunalwahlentscheidung Wille zur Beteiligung an der Kommunalwahl 2002 Gründe für die wahrscheinliche <i>Nicht-</i> Beteiligung an der Wahl 2002
„Exit polls“
Erste OB-Wahlteilnahme? Welchen Kandidaten gewählt? OB-Wahl 1996 Beurteilung der Arbeit der OB-Kandidaten Scholz und Maly Parteieigung und -mitgliedschaft Nürnberger Probleme mit akutem Handlungsbedarf: - Arbeitslosigkeit (Unternehmensschließungen) - Ausländerpolitik (Integration von Ausländern) - Sicherheitspolitik (Kriminalität) - Kulturpolitik - Städtebaupolitik - Kreuzungsfreier Frankenschnellweg - Umbau Frankenstadion - Behördengänge - Stadtverschuldung - Verkehrspolitik Einfluss der Kanzlerkandidatur Stoibers auf die Kommunalwahlentscheidung Wahrnehmung der NN-Berichterstattung über das Lehrforschungsprojekt Wahlbeeinflussung durch die NN-Berichterstattung über das Lehrforschungsprojekt
Standardsoziodemografie

Tabelle 4.6: Fragethemen der Telefon- und Onlineumfragen 2006

Kommunalpolitik
Paarvergleich Bauvorhaben: A73-Untertunnelung, „Altstadttram“, Flughafenanbindung, Volksbadsanierung Problembereiche: Familienfreundlichkeit, Kriminalität, Migration, Stadtbild; sonstige? Problemlösungskompetenz der Parteien Interesse an Kommunalpolitik „Sonntagsfrage“: Partei Parteienwahl 2002 Bekanntheit Kommunalpolitiker: Fleck, Frieser, Gsell, Maly, Schönfelder, Wellhöfer Beurteilung der Arbeit der genannten Kommunalpolitiker Beurteilung der Arbeit der im Stadtrat vertretenen Parteien, Gruppen, Einzelpolitiker Beurteilung der Arbeit des Bündnis aus CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen Profiteur(e) aus der Zusammenarbeit im Bündnis Paarvergleich potenzieller CSU-OB-Kandidaten: Fleck, Frieser, Gsell „Sonntagsfrage“: Persönlich präferierter CSU-OB-Kandidat vs. OB Maly Persönlichkeitseinschätzung OB Maly Persönlichkeitseinschätzung der genannten CSU-OB-Kandidaten Genutzte Medien zur Information über Kommunalpolitik Vermuteter Wahlsieger bei der Kommunalwahl 2008: Partei Vermuteter Wahlsieger bei der Kommunalwahl 2008: Oberbürgermeister Wille zur Beteiligung an der Kommunalwahl 2008 Gründe für die wahrscheinliche Beteiligung an der Kommunalwahl 2008 Gründe für die wahrscheinliche <i>Nicht</i> beteiligung an der Kommunalwahl 2008 Bekanntheit der Nürnberger Bundestagsabgeordneten: Blank, Burkert, Gloser, Wöhrl Beurteilung der Nürnberger Bundestagsabgeordneten: Politiker-Skalometer Anomie
Kriminalität
Einstufung der regionalen Berichterstattung über Kriminalität in Nürnberg (Un-) Sicherheitsempfinden in Nürnberg, tags und nachts, an neun verschiedenen Orten Zeuge einer kriminellen Handlung Opfer einer kriminellen Handlung Bedrohungsempfinden durch Kriminalität und Verbrechen Mitführen eines Pfeffersprays als Schutz gegen einen Überfall Bekanntheit der Videoüberwachung Königstraße Erhöhung des Sicherheitsgefühls durch Videoüberwachung Ausdehnung der Videoüberwachung zur Verringerung von Kriminalität Einschätzung der Polizeipräsenz in Nürnberg Gesamtbeurteilung der Kriminalität in Nürnberg
Migranten
Einstellung zum Zuzug von Aussiedlern, Asylanten, EU-Bürgern und Nicht-EU-Bürgern nach Nürnberg Einschätzung des Lebensstils von Italienern, Aussiedlern u. a. in Nürnberg (5 verschiedene Gruppen) Einstellung zur Einheirat von Italienern u. a. in die eigene Familie (5 verschiedene Gruppen) Einstellung zur soziokulturellen Integration von Migranten in Nürnberg (16 verschiedene Indikatoren)
Stadtbild
Einschätzung des Wohnumfeldes (9 Indikatoren) Einschätzung der Sauberkeit in Nürnberg insgesamt Einschätzung der Sauberkeit in der Wohnumgebung (7 Indikatoren) Ursachen mangelnder Sauberkeit (6 Gründe) Zustimmung zum potenziellen Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen Störquellen in der Wohnumgebung (9 Indikatoren) Emotionale Bindung an das Wohnviertel Emotionale Bindung an Nürnberg

4 Anhang

Tabelle 4.7: Fragethemen der Telefon- und Onlineumfragen 2006 (Fortsetzung)

Familienfreundlichkeit

Kinderfreundlichkeit der Wohnumgebung (7 Indikatoren)

Wichtigkeit von Möglichkeiten zur Familienförderung (7 Indikatoren)

Unterstützung der Kinderbetreuung durch den Arbeitgeber (9 Möglichkeiten)

Preis-Leistungs-Verhältnis des Besuchs familienattraktiver öffentlicher Einrichtungen (9 Indikatoren)

Gesamtbeurteilung der Familienpolitik in Nürnberg

Standardsoziodemografie

4.6 Studentische Projektteilnehmer 2001/02 und 2005/06

Tabelle 4.8: Studentische Projektteilnehmer und ihre Mitarbeit in Teilprojekten 2001/02

Teilnehmer	Panel	CATI	Online	Beobachtung	„exit polls“	Inhaltsanalyse
Adler, Simone	—	—	—	—	*	—
Ahorn, Melanie	—	—	—	*	—	—
Amon, Doris	—	*	—	—	—	—
Arnold, Birgit	—	—	—	—	*	—
Bauer, Nina-Maria	—	*	—	—	—	—
Beckebeans, Franziska	—	—	*	—	—	—
Bethmann, Arne	*	—	—	—	—	—
Beugel, Caroline	*	—	—	—	—	—
Bieberbach, Christina	—	—	—	—	*	—
Böhm, Sabine	*	—	—	—	—	—
Böttcher, Clemens	—	—	*	—	—	—
Bräun, Christian	—	—	—	—	—	*
Bull, Tamara	—	—	—	—	*	—
Burgert, Carolin	—	*	—	—	—	—
Damm, Maike	—	*	—	—	—	—
Diel, Alexander	*	—	—	—	—	—
Dimitriu, Smaranda-Lucia	—	—	—	—	*	—
Distler, Bianca	—	—	—	*	—	—
Dornberger, Julia	—	—	—	*	—	—
Doster-Zubor, Silke	—	—	—	—	—	*
Dundler, Agnes	—	—	*	—	—	—
Eidmüller, Melanie	*	—	—	—	—	—
Eilenberger, Axel	*	—	—	—	—	—
Frisch, Stefanie	*	—	—	—	—	—
Frühauf, Susanne	—	—	*	—	—	—
Gebicke, Katrin	—	—	—	—	—	*
Geilure, Alla	—	—	—	—	*	—
Glaser, Silke	—	—	*	—	—	—
Gräbner, Marlies	—	—	—	*	—	—
Grüninger, Marco	—	—	*	—	—	—
Haagen, Simon	*	—	—	—	—	—
Haedrich, Mark	—	—	—	—	—	*
Hassel, Alice	—	*	—	—	—	—
Heger, Simone	*	—	—	—	—	—
Hirschberg, Cornelia	—	*	—	—	—	—
Hüppauff, Astrid	*	—	—	—	—	—
Jacke, Christian	*	—	—	—	—	—
Jakob, Maria	—	*	—	—	—	—
Janik, Florian	—	—	—	—	—	*
Kaiser, Katja	—	*	—	—	—	—
Karacetin, Gül	—	—	—	—	—	*
Kececi, Ayse	—	—	*	—	—	—

4 Anhang

Tabelle 4.9: Studentische Projektteilnehmer und ihre Mitarbeit in Teilprojekten 2001/02
(Fortsetzung)

Teilnehmer	Panel	CATI	Online	Beobachtung	„exit polls“	Inhaltsanalyse
Kiesel, Tanja	*	—	—	—	—	—
Knoll, Stefanie	—	—	—	—	*	—
Kohl, Stephanie	—	—	—	—	*	—
Kramer, Manuela	—	—	—	*	—	—
Kruse, Nicole	—	—	—	—	*	—
Lagler, Isabell	—	—	—	*	—	—
Leja, Eva	*	—	—	—	—	—
Lipinska, Kalina	—	—	*	—	—	—
Lipperer, Marcus	—	—	*	—	—	—
Loeffler, Michaela	—	—	—	*	—	—
Maier, Tobias	—	—	—	*	—	—
Mauser, Kristina	—	—	—	—	—	*
Merkle, Susanne	—	—	—	*	—	—
Meyer, Christina	—	—	—	*	—	—
Michlik, Franziska	*	—	—	—	—	—
Miedl, Alexandra	—	—	—	—	—	*
Miroshnikova, Zoryana	—	—	—	—	—	*
Möller, Nadine	—	—	—	—	*	—
Mokry, Basha	—	*	—	—	—	—
Morawietz, Natalie	—	—	—	—	—	*
Morgenroth, Christine	—	—	—	—	*	—
Münter, Alexander	—	—	*	—	—	—
Naidenova, Mila	*	—	—	—	—	—
Neidlein, Frank	—	—	—	*	—	—
Nendel, Alexandra	*	—	—	—	—	—
Neumann, Katharina	—	*	—	—	—	—
Nikolova, Violeta	*	—	—	—	—	—
Oelze, Sina	—	—	—	—	*	—
Ohlert, Clemens	—	—	*	—	—	—
Osann, Martina	*	*	—	—	—	—
Peneva, Biliana	—	*	—	—	—	—
Petermüller, Martin	—	—	—	—	*	—
Picker, Michael	—	—	—	—	*	—
Pohonyaylo, Yuliya	—	—	—	—	*	—
Popp, Sabine	—	—	*	—	—	—
Reichardt, Helena	—	—	—	—	—	*
Reichel, Sonja	—	—	—	—	*	—
Reinfuss, Jochen	—	—	—	—	*	—
Rhein, Christina	*	—	—	—	—	—
Rieger, Fritz	—	—	—	—	—	*
Riegler, Verena	*	—	—	—	—	—
Rothe, Andreas	—	—	—	—	*	—
Rudolph, Markus	*	—	—	—	—	—
Scheller, Tobias	—	—	—	*	—	—
Schels, Brigitte	—	*	—	—	—	—

4 Anhang

Tabelle 4.10: Studentische Projektteilnehmer und ihre Mitarbeit in Teilprojekten 2001/02 (Fortsetzung)

Teilnehmer	Panel	CATI	Online	Beobachtung	„exit polls“	Inhaltsanalyse
Schmidt, Andreas	—	—	—	—	—	★
Schmidt, Katharina	—	—	—	—	—	★
Schmidt, Manuela	★	—	—	—	—	—
Schmidt, Sandra	—	—	—	—	★	—
Schmitt, Stefan	—	—	—	—	—	★
Schnattinger, Heike	★	—	—	—	—	—
Schrott, Andreas	—	—	—	—	—	★
Schübel, Carola	—	★	—	—	—	—
Schwarz, Justina	—	—	★	—	—	—
Schweitzer, Miriam	—	—	★	—	—	—
Seebaß, Katharina	—	★	—	—	—	—
Stiegler, Ulrich	★	—	—	—	—	—
Taeger, Anna	★	—	—	—	—	—
Tischer, Christina	★	—	—	—	—	—
Voß, Peter	★	—	—	—	—	—
Wagner, Miriam	—	★	—	—	—	—
Wagner, Katrin	—	★	—	—	—	—
Weiler, Sebastian	—	★	—	—	—	—
Weinbeer, Ulrike	—	★	—	—	—	—
Weiß, Martin	—	—	★	—	—	—
Wöhrmann, Melanie	—	—	—	★	—	—
Wolf, Michael	—	—	—	—	—	★
Wolf, Miriam	—	—	★	—	—	—
Zahradnik, Stefan	—	—	—	★	—	—
Zehnter, Susanne	★	—	—	—	—	—

^(a) Die Tabelle enthält nur jene Projektteilnehmer, die einen – bewertbaren – Projektbericht abgeliefert haben und somit an allen Phasen des Lehrforschungsprojekts beteiligt waren.

4 Anhang

Tabelle 4.11: Studentische Projektteilnehmer und ihre Mitarbeit in Teilprojekten 2005/06

Teilnehmer	CATI	Online	Gruppendiskussion/ Experteninterview	Inhaltsanalyse
Angerer, Dietmar	★	—	—	—
Aßner, Stefanie	—	—	—	★
Bela, Daniel	—	★	—	—
Belghaouti, Isabelle	—	★	—	—
Beskina, Marina	—	★	—	—
Bettighofer, Simon	—	—	★	—
Biedermann, Anika	—	—	—	★
Böttcher, Andreas	—	★	—	—
Borgwardt, Katja	—	—	★	—
Brehm, Thorsten	—	—	★	—
Brücher, Sabine	★	—	—	—
Bunzeck, Janine	—	—	★	—
Diener, Katharina	—	—	—	★
Eckert, Marina	—	—	—	★
Erdel, Barbara	—	—	—	★
Escher, Loreen	★	—	—	—
Forster, Ina von	★	—	—	—
Frisch, Verena	—	—	★	—
Götz, Melanie	—	—	★	—
Götzl, Jaana	★	—	—	—
Gramazio, Gessica Libera	—	—	—	★
Hager, Kathrin	—	—	—	★
Havlitschek, Sabrina	★	—	—	—
Hiltner, Eva-Maria	★	—	—	—
Holzwarth, Sebastian	—	—	★	—
Hübner, Veronika	—	—	★	—
Jarasch, Johanna	—	—	—	★
Kalender, Christine	—	★	—	—
Kalla, Christine	★	—	—	—
Kana, Marina	★	—	—	—
Kellner, Eveline	★	—	—	—
Kleinöder, Valea	—	—	—	★
Kogan, Kira	—	—	—	★
Kolar, Lena	—	★	—	—
Koppold, Katrin	—	—	—	★
Kuschminder, Steffen	★	—	—	—
Kuskovska, Iryna	★	—	—	—
Lauerer, Michael	—	—	—	★
Lee, Onno	—	★	—	—
Lindner, Michael	—	—	—	★
Lippert, Kay	—	—	—	★
Lorek, Kerstin	—	—	—	★
Mack, Tobias	—	★	—	—

4 Anhang

Tabelle 4.12: Studentische Projektteilnehmer und ihre Mitarbeit in Teilprojekten 2005/06 (Fortsetzung)

Teilnehmer	CATI	Online	Gruppendiskussion/ Experteninterview	Inhaltsanalyse
Mathias, Josephine	—	*	—	—
Meyer, Sebastian	—	—	*	—
Müller, Anne	—	*	—	—
Müller, Stefanie	*	—	—	—
Mumesohn, Iris	—	—	—	*
Nabein, Marc	—	*	—	—
Notaras, Alik	—	—	*	—
Pangerl, Sandra	—	—	*	—
Papiernik, Mareen Pühler, Michael	*	—	—	—
Raber, Vanessa	—	—	*	—
Reisinger, Christina	*	—	—	—
Rönick, Sarah	—	—	—	*
Salinas Segura, Sabine	—	*	—	—
Schätzlein, Valentin	—	—	—	*
Schaller, Sandra	—	—	*	—
Scherzer, Frank	—	*	—	—
Schmidt, Annika	*	—	—	—
Schneider, Kerstin	*	—	—	—
Schönberger, Friederike	—	—	*	—
Scholz, Alexandra	—	—	*	—
Scholz, Jennifer	—	—	—	*
Schrauth, Bernhard	—	—	—	*
Schuldes, Daniela	—	—	—	*
Schuller, Karin	—	*	—	—
Schweida, Dominic	—	*	—	—
Schweizer, Sarah	—	—	*	—
Singh, Ranjit	*	—	—	—
Sönmez, Jale	—	—	—	*
Stengel, Simone	—	—	*	—
Stoll, Martin	—	—	—	*
Straßenburg, Frauke	—	—	—	*
Stumpf, Felix	*	—	—	—
Talhammer, Sonja	*	—	—	—
Tyarks, Katharina	—	—	*	—
Uselmann, Irene	—	—	*	—
Utz, Vanessa	*	—	—	—
Voggeser, Birgit	*	—	—	—
Wehner, Stefan	*	—	—	—
Weigand, Kerstin	—	—	*	—
Yaliniz, Yvonne	*	—	—	—
Yefimenko-Bayer, Olga	—	—	—	*
Zimmermann, Claudia	*	—	—	—

Die Tabelle enthält nur jene Projektteilnehmer, die einen – bewertbaren – Projektbericht abgeliefert haben und somit an allen Phasen des Lehrforschungsprojekts beteiligt waren.

4.7 Ringvorlesung zum Forschungsprojekt 2006

Tabelle 4.13: Ringvorlesung zum Lehrforschungsprojekt „Area Study Nürnberg-Barometer“

Datum	Thema der Ringvorlesung	Referenten
26.10.05	Nürnberg: Eine verkannte Metropole?	Andreas Franke M.A., Lokalredaktion Nürnberger Nachrichten, Bereich Lokalpolitik
09.11.05	Demografischer Wandel – Folgen für die Stadtgesellschaft und Stadtentwicklung	Dipl.-Sozw. Dr. Henning Schirner, Dipl.-Math. Barbara Lux-Henseler, Amt f. Stadtforschung u. Statistik d. Stadt Nürnberg
23.11.05	Kriminalitätsentwicklung und Sicherheitsempfinden in Nürnberg	Ltd. Polizeidirektor Gerhard Schlögl, Polizeipräsidium Mittelfranken
07.12.05	Verkehrsentwicklung in Nürnberg – Eine kritische Bestandsaufnahme	Dr.Ing. Christian Korda, Verkehrsplanungsamt d. Stadt Nürnberg
11.01.06	Wirtschaftliche Situation und Entwicklung am Standort Nürnberg	Dipl.-Volksw. Georg Schöttner, Amt f. Wirtschaft d. Stadt Nürnberg
01.02.06	Arm und reich in Nürnberg: Folgerungen aus dem Armutsbericht für die künftige Entwicklung der Stadt	Dipl.-Sozw. Georg Hopfengärtner, Sozialamt d. Stadt Nürnberg
03.05.06	Das Subsidiaritätsprinzip – Schutz oder Bedrohung der Kommunen?	Dr.jur. Angelika Emmerich-Fritsche, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Universität Erlangen-Nürnberg
17.05.06	Aussiedler, Migranten, Zuwanderer: Integrationsbemühungen der Stadt Nürnberg	Dipl.Kfm. Dr.rer.soc. Christine Meyer, wiss. Mitarbeiterin des Oberbürgermeisters d. Stadt Nürnberg
31.05.06	Der Gesundheitszustand der Nürnberger Bevölkerung. Ein Überblick	Dipl.Soz. Christoph Gürtler, Gesundheitsamt d. Stadt Nürnberg, Abteilungsleiter Gesundheitsförderung
14.06.06	Die Altstadt im Herzen und der ewige Vergleich mit Dürer – Kulturdebatten im Nürnberg der zwanziger Jahren und heute	Dr.phil. Alexander Schmidt, Historiker, KZ-Gedenkstätte Flossenbürg
21.06.06	Gender Mainstreaming und die Umsetzung bei der Stadtverwaltung	Dipl.-Sozialpäd. (FH) Ida Hiller, Frauenbeauftragte der Stadt Nürnberg
05.07.06	Der Nürnberger Nachhaltigkeitsprozeß – ökologische, ökonomische und soziale Zukunftsgestaltung zwischen Anspruch und Machbarkeit	Michael Kaiser, Bürgermeisteramt BMU, Persönlicher Mitarbeiter des 3. Bürgermeisters der Stadt Nürnberg
19.07.06	Kind und Karriere: Bewusstseinsänderung bei Rödl & Partner	Dipl.-Kffr. Monika Kastl, WP, StB, Rödl & Partner, Nürnberg

4.8 Projekt und Ergebnisse im Spiegel der Presse – eine Dokumentation

4.8.1 Kommunalwahl 2002

GROSSE MEINUNGSUMFRAGE STARTET

2002: WER WIRD OB?

UNI BEFRAGT 1500 BÜRGER DREI MAL

1500 bei einer Zufallsstichprobe gezogene Nürnberger(innen) bekommen ab dem heutigen Samstag Besuch von Studenten der WiSo: Die Uni macht eine große Meinungsumfrage zum Ausgang der Kommunalwahl im März 2002.

Die Interviews werden drei Mal geführt, nach dem Start im Dezember noch im Januar und Februar. Das ermöglicht, Änderungen im geplanten Wahlverhalten zu verfolgen. Die Untersuchung wird von den Nürnberger Nachrichten unterstützt; die drei Mal vorliegenden Ergebnisse werden exklusiv in unserer Zeitung veröffentlicht, erstmals Anfang Januar. Gefragt wird nicht nur nach dem OB-Kandidaten der Wahl, sondern auch nach der bevorzugten Partei und nach Streitpunkten. (Bericht und Kommentar Seite 9)

Eig. Ber./hpr

NN, 57. Jg., Nr. 291, 15.12.2001, S. 1

WiSo WILL WISSEN: WER WIRD 2002 NÜRNBERGS OB?

MEINUNG IST GEFRAGT

1500 BÜRGER - NN BRINGEN ERGEBNISSE DER DREIMALIGEN UMFRAGE

Wer wird am 3. März 2002 zum Nürnberger Oberbürgermeister gewählt? Welche Partei bekommt die meisten Stimmen? Befürwortet die Mehrheit der Bürger(innen) den Umbau des Frankenstadions für die Fußball WM? All das sind Fragen, auf die eine groß angelegte wissenschaftliche Meinungsumfrage der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Antworten liefern soll. Die Befragung von bis zu 1500 Bürgern wird von den Nürnberger Nachrichten unterstützt. Schon am heutigen Samstag schwärmen die 130 Student(inn)en zum ersten Mal in der Stadt aus, um 15 bis 20 Minuten dauernde Interviews mit den ersten von 1500 bei einer Zufallsstichprobe gezogenen Nürnberger Wahlberechtigten zu machen. Die Studierenden führen das Projekt unter der Regie von Dr. Reinhard Wittenberg (56) vom Lehrstuhl für Soziologie (Professor Johann Bacher) der Wirtschafts und Sozialwissenschaftlichen Fakultät (WiSo) der Uni durch. Es ist in dieser Größenordnung eine Premiere.

Dr. Wittenberg, seit 20 Jahren an der WiSo, hat mit Studenten und in Zusammenarbeit mit der Stadt bereits Untersuchungen über Ernährungsgewohnheiten und zum Gesundheitsverhalten, auch zum Leben von Jugendlichen durchgeführt. Die große Umfrage mit 14-seitigem Fragebogen zur Kommunalwahl 2002, gefördert von den NN, orientiert sich ebenfalls an streng wissenschaftlichen Kriterien, wie der Forscher im Gespräch mit der Lokalredaktion erläutert. Das städtische Einwohneramt hat für die WiSo eine große „reine Zufallsstichprobe“ gezogen, das heißt: aus den Nürnberger Wahlberechtigten sind die Namen von 1500 Männern und Frauen gezogen worden. Diese Zahl erlaubt bei entsprechend hoher Teilnahmequote, auf die Wittenberg hofft, klare Rückschlüsse auf den Ausgang der Wahl ziehen zu können.

4 Anhang

Die Befragung wird von den 130 Dritt- und Viertsemestern drei Mal durchgeführt: jetzt im Dezember, beginnend heute, dann im Januar und nochmals im Februar. Die Ergebnisse des jeweiligen Durchgangs werden exklusiv in den NN veröffentlicht, zum ersten Mal Anfang Januar.

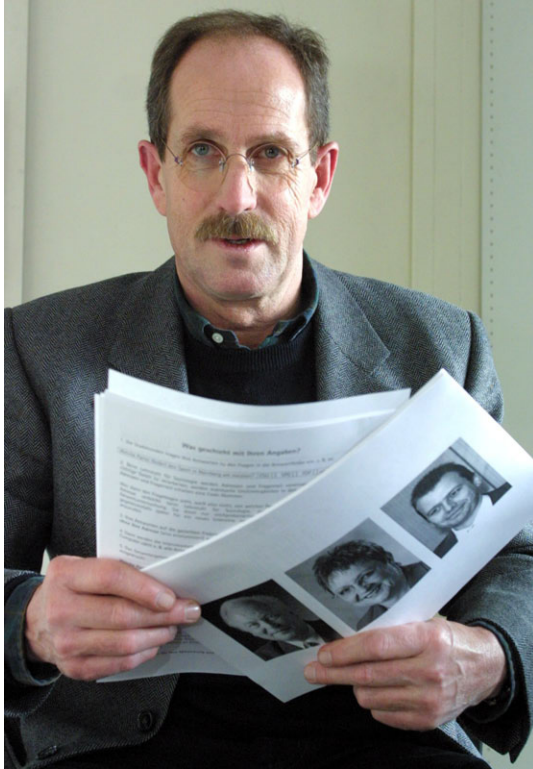


Abbildung 4.1: Reinhard Wittenberg

Foto: Günter Distler

NN, 57. Jg., Nr. 291, 15.12.2001, S. 9

Die Studenten, so Wittenberg, sind gut vorbereitet: Sie seien im Vergleich zu vielen Interviewerstäben von gewerblich durchgeführten Meinungs- und Konsumumfragen, „die es nebenbei und aus reinem Gelderwerb tun, sogar sehr gut ausgebildet“. Die ausgewählten Befragten werden gebeten, den Studenten oder die Studentin hereinzulassen, wenn er oder sie vor der Tür steht, und sich die Viertelstunde zum Beantworten der Fragen zu nehmen. Als kleinen Anreiz können die Teilnehmer(innen) bei jedem Durchgang 100 Euro (195,58 Mark) gewinnen. Die Umfrage ist absolut anonym.

Die Ergebnisse sollen ermöglichen, den Ausgang der OB Wahl möglichst genau vorherzusagen. Am Wahltag selbst wird in drei Wahlbezirken zusätzlich eine Nachwahl-Befragung der Leute durchgeführt, die ihre Stimmen abgegeben haben. Um 18 Uhr kommt die Prognose – wer ist OB? Weil die Befragung in drei Monaten bei den selben Leuten drei Mal durchgeführt wird, können unvorhersehbare Ereignisse, die zwischenzeitlich für Aufsehen sorgen, ihren Niederschlag in den Auffassungen finden, können Meinungsverschiebungen

abgelesen werden. (Siehe den „StandPunkt“)

Hans Peter Reitzner

NN, 57. Jg., Nr. 291, 15.12.2001, S. 9

DIE OB PROGNOSE

SPANNENDE FRAGEN ZUM MÄRZ '02

Heutzutage, so haben Meinungsforscher herausgefunden, blickt der Wähler immer schärfer auf Persönlichkeit und Ausstrahlung eines Kandidaten, weniger auf Parteiprogramme. Die Umfrage der WiSo blickt auf beide Seiten der Medaille. Die Parteien, so ist zu hören, wollen diesmal auf eigene Meinungsumfragen verzichten. Sie können auf die Ergebnisse und die OB-Prognose der Uni-Untersuchung gespannt sein. Sie wird Antworten auf spannende Fragen liefern – nicht nur, welchen Bekanntheitsgrad ein Spitzenpolitiker womöglich hat, sondern auch, ob man ihm die Lösung drängender Probleme zutraut: Arbeitslosigkeit, Ausländerpolitik, Sicherheit, Kultur? Soll der Frankenschnellweg ausgebaut werden? Ist die Verschuldung problematisch? Viele glauben, das Rennen um den OB-Sessel 2002 sei gelaufen. Wir werden sehen. Möglichst viele der ausgewählten Bürger(innen) sollten sich der Umfrage öffnen.

Hans Peter Reitzner

NN, 57. Jg., Nr. 291, 15.12.2001, S. 9

WER WIRD NÜRNBERGS OB? STUDENTEN BEFRAGEN BÜRGER IM VORFELD DER KOMMUNALWAHL

Wer wird am 3. März 2002 zum Nürnberger Oberbürgermeister gewählt? Welche Partei bekommt die meisten Stimmen? Befürwortet die Mehrheit der Bürger(innen) den Umbau des Frankenstadions für die Fußball-WM? All das sind Fragen, auf die eine groß angelegte wissenschaftliche Meinungsumfrage der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Antworten liefern soll. Die Befragung von bis zu 1500 Bürgern wird von den Nürnberger Nachrichten unterstützt.

GESTERN WAR AUFTAKT

Am gestrigen Samstag schwärmten die 130 Studierenden zum ersten Mal in der Stadt aus, um 15 bis 20 Minuten dauernde Interviews mit den ersten von 1500 bei einer Zufallsstichprobe gezogenen, Nürnberger Wahlberechtigten zu machen. Sie führen das Projekt unter der Regie von Dr. Reinhard Wittenberg (56) vom Lehrstuhl für Soziologie (Professor Johann Bacher) der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät (WiSo) der Uni durch. Es ist in dieser Größenordnung eine Premiere.

Wittenberg, seit 20 Jahren an der WiSo, hat mit Studenten und in Zusammenarbeit mit der Stadt bereits Untersuchungen über Ernährungsgewohnheiten und zum Gesundheitsverhalten, auch zum Leben von Jugendlichen durchgeführt. Die große Umfrage mit 14-seitigem Fragebogen zur Kommunalwahl 2002, gefördert von den NN, orientiert sich nach Angaben des Forschers ebenfalls an streng wissenschaftlichen Kriterien. Das städtische Einwohneramt hat für die WiSo eine große „reine Zufallsstichprobe“ gezogen, das heißt: aus den Nürnberger Wahlberechtigten sind die Namen von 1500 Männern und Frauen gezogen worden. Diese Zahl erlaubt bei entsprechend hoher Teilnahmequote, auf

4 Anhang

die Wittenberg hofft, klare Rückschlüsse auf den Ausgang der Wahl.

Die Befragung wird von den 130 Dritt- und Viertsemestern drei Mal durchgeführt: jetzt im Dezember, beginnend heute, dann im Januar und nochmals im Februar. Die Ergebnisse des jeweiligen Durchgangs werden exklusiv in den NN veröffentlicht – zum ersten Mal Anfang Januar. Die Studenten, so Wittenberg, sind gut vorbereitet: Sie seien im Vergleich zu vielen Interviewerstäben von gewerblich durchgeführten Meinungs- und Konsum-Umfragen, „die es nebenbei und aus reinem Gelderwerb tun, sogar sehr gut ausgebildet“.

GEWINN ALS ANREIZ

Die ausgewählten Befragten werden gebeten, den Studenten oder die Studentin herein zu lassen, und sich die Viertelstunde zum Beantworten der Fragen zu nehmen. Als kleinen Anreiz können die Teilnehmer(innen) bei jedem Durchgang 100 Euro (195,58 Mark) gewinnen. Die Umfrage ist absolut anonym.

Die Ergebnisse sollen ermöglichen, den Ausgang der OB-Wahl möglichst genau vorherzusagen. Am Wahltag selbst wird in drei Wahlbezirken zusätzlich eine Nachwahl-Befragung der Leute durchgeführt, die ihre Stimmen abgegeben haben. Um 18 Uhr kommt die Prognose – wer ist OB? Weil die Befragung in drei Monaten bei denselben Leuten drei Mal durchgeführt wird, können Ereignisse, die zwischenzeitlich für Aufsehen sorgen, ihren Niederschlag in den Auffassungen finden, können Meinungsverschiebungen abgelesen werden.

Hans Peter Reitzner

Sonntagsblitz. Das aktuelle Sonntagsblatt für die Städte Nürnberg/Fürth/Erlangen, 16.12.2001, S. 3

WiSo-MEINUNGSUMFRAGE ZUR KOMMUNALWAHL AM 3. MÄRZ: STUDIERENDE SCHWÄRMEN NOCHMAL AUS

STUDENTEN FRAGEN: WEM VERTRAUEN SIE?

UNI MÖCHTE VON 1500 BÜRGERN WISSEN, WELCHEN OB-KANDIDATEN SIE WÄHLEN, WELCHE FRAGEN DRÄNGEN

Bis Ende nächster Woche schwärmen sie nochmal aus: Studentinnen und Studenten der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg klingeln an vielen Nürnberger Haus- und Wohnungstüren, um die Menschen zu fragen, welchen OB, welche Stadtratspartei sie am 3. März wählen wollen, ob sie noch unentschlossen sind, welche Themen ihnen auf den Nägeln brennen.

Die 130 Studierenden am Lehrstuhl für Soziologie der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät (WiSo) führen diese große, wissenschaftliche Meinungsumfrage (wie berichtet) unter der Regie von Dr. Reinhard Wittenberg (56) durch. Grundlage der Befragung, die jeweils nur 15 bis 20 Minuten in Anspruch nimmt, ist eine Zufallsstichprobe mit 1500 Nürnberger Wahlberechtigten, die das Einwohneramt gezogen hat. Die Umfrage ist absolut vertraulich und entspricht dem Buchstaben des Datenschutzes. Bei jedem Durchgang können die Teilnehmer als kleinen Anreiz 100 Euro gewinnen. Die Ergebnisse der Untersuchung, die im Februar wiederholt und von den Nürnberger Nachrichten unterstützt wird, werden exklusiv in den NN veröffentlicht.

4 Anhang

Bereits in der Woche vor Weihnachten hatten die Student(inn)en sich auf den Weg gemacht und Interviews bei den ausgewählten Bürger(inne)n geführt. Viele wurden allerdings feiertags- und urlaubsbedingt nicht angetroffen. Deshalb hat sich der erste Durchgang verzögert. Die erfolglosen Besuche werden jetzt wiederholt. Wie stark interessieren Sie sich für Kommunalpolitik? Welche Partei würden Sie am ehesten wählen, wenn am Sonntag Kommunalwahl wäre? Welcher Partei haben Sie 1996 die meisten Stimmen gegeben? Ist Ludwig Scholz den Aufgaben eines OB von Nürnberg gewachsen? Hat Ulrich Maly die Fähigkeit, die Probleme Nürnbergs in den Griff zu kriegen? Spricht Brigitte Wellhöfer eine Sprache, die die Menschen verstehen? Die Palette der Fragen ist breit gefächert.

Siehe den StandPunkt links, Fortsetzung und Bericht über einen der WiSo-Studenten auf Seite 12

Hans Peter Reitzner

NN, 58. Jg., Nr. 4, 5.1.2002, S. 11



Abbildung 4.2: Die Fragebogen parat

Foto: Karlheinz Daut

NN, 58. Jg., Nr. 4, 5.1.2002, S. 11

BEGEHRTE WERTE

ACHT WOCHEN VOR DER WAHL

Es ist nicht lange her, da hätte kaum ein Beobachter ins Kalkül gezogen, der sechs Jahre amtierende OB Ludwig Scholz (CSU) könnte am 3. März 2002 wieder gestürzt werden. Heute schließen vor allem diejenigen, die den Herausforderer Ulrich Maly (SPD) live erleben, eine Überraschung nicht mehr gänzlich aus. Dennoch ist ganz klar: Eine Niederlage des Amtsinhabers wäre eine Sensation.

Auf Umfrage-Werte schielen die Parteistrategen besonders gierig. So wird auch die Veröffentlichung der WiSo-Befragung bereits mit begehrllicher Ungeduld erwartet. Jüngst kursierten bereits Zahlen aus einer Herbst-Routine-Meinungsumfrage eines kommerziellen Instituts zu verschiedenen Themen, auch mit politischen Fragen. Demzufolge wäre der Popularitätsabstand zwischen CSU und SPD Fraktion im Rathaus wesentlich größer (zu Gunsten der CSU) als zwischen Scholz und Maly (dem angeblich nur ein paar Prozentpunkte fehlen). Ein erstaunliches Ergebnis, wenn es denn stimmt. Es würde bedeuten, dass viele potenzielle CSU-Wähler zwar ihre Partei, aber nicht unbedingt auch den amtierenden OB ankreuzen wollen.

Maly ist ein Hoffnungsträger seiner Genossen und spürt bei „Heimspielen“ Sympathiewellen. Eine Chance hat er nur, wenn er das Reservoir der SPD Stammwähler (sofern es die so noch gibt) ausschöpfen kann. Letztlich dürfte am 3. März auch die Bundespolitik eine große Rolle spielen: Wie hoch ist dann die Arbeitslosigkeit? Dümpelt die Konjunktur vor sich hin? Und: Wird das eher Berlin, also den Sozis, oder auch den in Nürnberg von jeher misstrauisch beäugten Münchner Regenten, also der CSU, angelastet?

Hans Peter Reitzner

NN, 58. Jg., Nr. 4, 5.1.2002, S. 11

MIT WiSo-STUDENT SIMON HAAGEN UNTERWEGS IN GEBERSDORF

EIFRIGES KLINKENPUTZEN

ER HAT ZWÖLF DER 1500 GEZOGENEN WAHLBERECHTIGTEN ZU BEFRAGEN

Simon Haagen ist einer der 130 Studenten der Universität Erlangen-Nürnberg, die vor der Kommunalwahl im März 1.500 Bürger nach ihrer politischen Meinung befragen. Der 22-jährige Student der Sozialwissenschaft befragt wie die meisten seiner Kommilitonen zwölf der 1500 zufällig ausgewählten, wahlberechtigten Nürnberger.

Adresse aus der Liste herausuchen, klingeln, wenn niemand öffnet, ein Info-Blatt über die Umfrage in den Briefkasten stecken: Simons „Kandidaten“ wohnen in Gebersdorf, viele sind nicht daheim, wenn der Student (im dritten Semester) anläutet. Hat er Glück und trifft den zu Befragenden an, sagt er sein Sprüchlein auf: Dass er eine wissenschaftliche Umfrage durchführe, gerne für eine Viertelstunde hereinkäme, um mit der Testperson den Fragebogen durchzugehen. Nicht immer hat der junge Mann mit dem blonden Pferdeschwanz Glück und wird eingelassen. Die einen essen zu Abend, andere wollen gerade ausgehen, wieder ein anderer möchte mit Simon erst mal einen Termin abmachen für die Befragung.

4 Anhang

GEDULDIGE ANTWORTEN

Als der Student bei Marianne Stübinger anklingelt, ist sie bereit, sich für den Fragebogen Zeit zu nehmen. Welche Parteien im Stadtrat sie kennt, welche sie wählen würde, wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären, wie sie die OB Kandidaten Ludwig Scholz und Ulrich Maly einschätzt: die 57-Jährige antwortet geduldig. Und fragt, ob politische Tendenzen so lange vor der Wahl überhaupt schon aussagekräftig seien? Simon kann sie beruhigen: Im Februar werde er alle Testpersonen erneut befragen. Da mache sie natürlich wieder mit, verspricht Marianne Stübinger sofort.

möl

NN, 58. Jg., Nr. 5, 5.1.2002, S. 12



Abbildung 4.3: Konzentriert bei der Arbeit

Foto: Wilhelm Bauer

NN, 58. Jg., Nr. 4, 5.1.2002, S. 12

WER SOLL DER NEUE OB WERDEN?

UNI MACHT UMFRAGE ZUR KOMMUNALWAHL

Bis Ende nächster Woche schwärmen sie noch mal aus: Studentinnen und Studenten der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg klingeln an vielen Nürnberger

4 Anhang

Türen, um die Menschen zu fragen, welchen OB, welche Stadtratspartei sie am 3. März wählen wollen, welche Themen ihnen auf den Nägeln brennen.

Die 130 Studierenden am Lehrstuhl für Soziologie der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät (WiSo) führen diese wissenschaftliche Meinungsumfrage (wie berichtet) unter der Regie von Dr. Reinhard Wittenberg (56) durch. Grundlage der Befragung ist eine Zufallsstichprobe mit 1500 Nürnberger Wahlberechtigten. Die Umfrage ist absolut vertraulich und wahrt den Datenschutz.

Bei jedem Durchgang können die Teilnehmer als kleinen Anreiz 100 Euro gewinnen. Die Ergebnisse der Untersuchung, die im Februar wiederholt und von den Nürnberger Nachrichten unterstützt wird, werden exklusiv in den NN veröffentlicht. Bereits in der Woche vor Weihnachten hatten die Student(inn)en sich auf den Weg gemacht und Interviews bei den ausgewählten Bürger(inne)n geführt.

ZWEITER ANLAUF

Ein zweiter Durchgang wurde nötig, weil viele urlaubsbedingt nicht angetroffen wurden. Wie stark interessieren Sie sich für Kommunalpolitik? Welche Partei würden Sie am ehesten wählen, wenn am Sonntag Kommunalwahl wäre? Welcher Partei haben Sie 1996 die meisten Stimmen gegeben? Ist Ludwig Scholz den Aufgaben eines OB von Nürnberg gewachsen? Hat Ulrich Maly die Fähigkeit, die Probleme Nürnbergs in den Griff zu kriegen? Spricht Brigitte Wellhöfer eine Sprache, die die Menschen verstehen? Die Palette der Fragen ist breit gefächert.

Dr. Wittenberg von der WiSo wirbt für die Seriosität der jungen Dritt- und Viertsemester und appelliert an die zufällig ausgewählten Wahlberechtigten, sich den Kurzinterviews nicht zu verweigern, damit durch hohe Beteiligung ein sehr verlässliches Meinungsbild entsteht. „Es ist auch eine Chance für die Bürgerinnen und Bürger, den Politikern und Parteien in der Stadt eine Reaktion auf vielerlei Probleme und strittige Fragen geben zu können“, sagt Wittenberg. „Die Leute können ihr Herz ausschütten. Es kann auch im eigenen Interesse sein, damit die Sorgen bekannt werden.“

Denn der Fragenkatalog umfasst auch Themen wie: Ist Arbeitslosigkeit Ihrer Meinung nach in Nürnberg ein wichtiges Thema? Die Ausländerpolitik? Die Sicherheitspolitik?

PARTEIEN BEOBACHTEN

Halten Sie den Umbau des Franken-Stadions für die Fußball-WM als wichtig? Soll der Frankenschnellweg kreuzungsfrei ausgebaut werden? Sind Behördengänge in Nürnberg ein Problem?

Parallel sollen die Studenten auch Wahlkampf-Veranstaltungen der Parteien beobachten und die Berichterstattung der Presse analysieren.

Die Januar-Umfrage läuft die ganze nächste Woche bis einschließlich Sonntag, 13. Januar. In der Woche darauf werden die Ergebnisse ausgewertet und für die Veröffentlichung vorbereitet.

Hans Peter Reitzner

Sonntagsblitz. Das aktuelle Sonntagsblatt für die Städte Nürnberg/Fürth/Erlangen, 6.1.2002, S. 3

4 Anhang

EIFRIGES KLINKENPUTZEN

STUDENT BEFRAGT ZWÖLF DER 1500 GEZOGENEN WÄHLER

Simon Haagen ist einer der 130 Studenten der Universität Erlangen-Nürnberg, die vor der Kommunalwahl im März 1500 Bürger nach ihrer politischen Meinung befragen. Der 22-jährige Student der Sozialwissenschaft befragt zwölf der 1500 zufällig ausgewählten, wahlberechtigten Nürnberger.

Adresse aus der Liste herausuchen, klingeln, wenn niemand öffnet, ein Info-Blatt über die Umfrage in den Briefkasten stecken: Simons Kandidaten wohnen in Gebersdorf, viele sind nicht daheim, wenn der Student anläutet. Hat er Glück und trifft den zu Befragenden an, sagt er sein Sprüchlein auf: Dass er eine wissenschaftliche Umfrage durchführe, gerne für eine Viertelstunde hereinkäme, um mit der Testperson den Fragebogen durchzugehen. Nicht immer hat der junge Mann mit dem Pferdeschwanz Glück und wird eingelassen: Die einen essen zu Abend, andere wollen gerade ausgehen, wieder ein anderer möchte erst mal einen Termin abmachen.

GEDULDIGE ANTWORTEN

Als der Student bei Marianne Stübinger anklingelt, ist sie bereit, sich Zeit zu nehmen. Welche Parteien im Stadtrat sie kennt, welche sie wählen würde, wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären, wie sie die OB-Kandidaten Ludwig Scholz und Ulrich Maly einschätzt – die 57-Jährige antwortet geduldig.

Und fragt, ob politische Tendenzen so lange vor der Wahl überhaupt schon aussagekräftig seien? Simon kann sie beruhigen: Im Februar werde er alle Testpersonen erneut befragen. Da mache sie natürlich wieder mit, verspricht Marianne Stübinger sofort.

möl

Sonntagsblitz. Das aktuelle Sonntagsblatt für die Städte Nürnberg/Fürth/Erlangen, 6.1.2002, S. 3

WiSo-UMFRAGE ZUR OB WAHL

MALY HAT GUTE WERTE

SIEG WIRD ABER SCHOLZ ZUGETRAUT. ERHEBUNG IST NICHT REPRÄSENTATIV

Die Ergebnisse der Meinungsumfrage der Uni Erlangen-Nürnberg zur Kommunalwahl in Nürnberg liegen seit gestern vor: Demnach bekommt der Herausforderer des CSU-Amtsinhabers Ludwig Scholz, der sozialdemokratische Stadtkämmerer Ulrich Maly, überraschend gute Werte.

41,7 Prozent der Befragten geben an, sie würden Maly wählen, wenn am Sonntag der Urnengang zum Oberbürgermeister anstünde. 36 Prozent nennen Scholz. Auf die Frage, wer ihrer Meinung nach die Wahl gewinnen wird, sagen aber im selben Atemzug 55,5 Prozent, Scholz werde siegen, nur 35,7 Prozent glauben, Maly werde letztlich die Nase vorne haben. Die Befragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts an der WiSo ist ein plausibles Stimmungsbild, sagt der federführende Soziologe Reinhard Wittenberg, aber wegen nur 369 Teilnehmern nicht repräsentativ. (Berichte und Interview Seite 11)

Eig. Ber./hpr

NN, 58. Jg., Nr. 15, 18.1.2002, S. 1

DIE ERGEBNISSE DER UNI-MEINUNGSUMFRAGE LIEGEN VOR
GUTE WERTE FÜR MALY

RESULTATE GEBEN STIMMUNGSBILD, SIND ABER NICHT REPRÄSENTATIV

Die Ergebnisse der WiSo-Meinungsumfrage zur Kommunalwahl in Nürnberg am 3. März liegen auf dem Tisch. Sie geben nach Aussage des federführenden Wissenschaftlers Reinhard Wittenberg vom Lehrstuhl für Soziologie am Sozialwissenschaftlichen Institut der Uni Erlangen Nürnberg ein „plausibles Stimmungsbild“ wieder, sind aber nicht repräsentativ.

Demzufolge geben überraschenderweise 41,7 Prozent der Befragten an, sie wollten SPD-Kandidat Ulrich Maly zum OB wählen, im Gegensatz zu 36,0 Prozent für CSU-Amtsinhaber Ludwig Scholz; Brigitte Wellhöfer (Bündnisgrüne) kommt auf 8,4 Prozent: Doch auf die Frage, was sie glauben, wer die Wahl zum Oberbürgermeister wohl gewinnen werde, sagen im selben Atemzug klar 55,5 Prozent, Scholz werde Sieger, und nur 35,7 Prozent, es werde Maly sein.

Beim Stadtrat liegen die beiden großen Parteien gleichauf: 37,7 Prozent würden CSU wählen, 37,7 Prozent die SPD. Auf die Frage, welche Partei gewinnen werde, nennen aber 55,6 Prozent die Christsozialen, nur 32,2 Prozent die Sozialdemokraten.

Soziologe Wittenberg wagt keine sichere Vorhersage, wie die Wahl ausgehen wird. Hintergrund: Es waren zu wenige der ausgesuchten Wahlberechtigten bereit, den Fragebogen mit den Studenten durchzugehen. Statt der erhofften 800 bis 900 Teilnehmer erklärten sich nur 369 Männer und Frauen bereit, Auskunft zu geben. Das ist ein Viertel der 1500 zufällig gezogenen Adressen.

Unter diesem Vorbehalt stehen die Auswertungen der wissenschaftlich fundierten Befragung. Die Nürnberger Nachrichten geben die Resultate ausdrücklich mit dem Zusatz an die Öffentlichkeit, dass sie wegen der Teilnehmerzahl einen Spielraum von plus/ minus sechs Prozent bei der Genauigkeit der Vorhersage aufweisen können. Zudem ist unter den Teilnehmern vermutlich eine überdurchschnittlich hohe Zahl von politisch sehr interessierten Bürgerinnen und Bürgern vertreten. 130 Studierende waren ausgeschwärmt. Beim Bekanntheitsgrad liegt Amtsinhaber Scholz erwartungsgemäß weit vorne. Anhand von Fotos, die von den Interviewern vorgelegt wurden, erkannten den OB von den 369 Befragten klar 287 Personen, Maly identifizierten 161, Brigitte Wellhöfer erkannten nur 26. Maly hat hier großen Nachholbedarf. Während 85,6 Prozent der CSU-Wähler Scholz am Bild erkannt haben, 77 Prozent der SPD-Wähler, 64 Prozent der Grünen-Wähler und 90,9 Prozent der FDP-Wähler, wurde Maly nur von 39,5 Prozent der CSU-Wähler identifiziert, von 55,4 Prozent der SPD-Wähler, 36 Prozent der Grünen-Wähler und 18,2 Prozent der FDP-Wähler.

Fortsetzung und Interview Seite 12

Hans Peter Reitzner

NN, 58. Jg., Nr. 15, 18.1.2002, S. 11

F. v. S. 11: „GUTE WERTE FÜR MALY“

GRÜNE NEHMEN AB

DIE PARTEIEN HABEN SICH NOCH NICHT SEHR PROFILIERT

Wer Maly allerdings kennt, billigt ihm offenbar hohe Sympathie und Kompetenzwerte zu. Der Amtsinhaber bekommt bei „sympathisch“ keinen besonders guten Wert. Auffällig ist, dass Maly bei den wahlberechtigten Frauen in der Umfrage durch die Bank bessere Einschätzungen hat als Scholz. Maly schneidet bei diesem Notenvergleich bei den 18- bis 50-Jährigen deutlich besser ab, Scholz punktet erst stark bei den über 50-Jährigen.

Bei der „Sonntagsfrage“ (wen würden Sie wählen, wenn am Sonntag Wahl wäre?) bezüglich des Stadtrats nennen bei den kleinen Gruppierungen 6,8 Prozent die Bündnisgrünen, 3,0 Prozent die FDP, 1,6 Prozent die PDS, 1,1 Prozent die Guten, 0,8 Prozent die Freien Wähler. Speziell bei den kleinen Parteien gebietet die geringe Fallzahl der Nennungen aber große Einschränkungen bei der Vorhersagegenauigkeit.

Die Grünen, das geht allerdings klar aus den Ergebnissen hervor, haben im Moment ein Problem. Nur 60 Prozent ihrer Sympathisanten sagen, sie gehen sicher zur Wahl. Bei den CSU Anhängern (84,2 Prozent), den SPD Wählern (79,9) und der FDP (81,8) liegen die Werte ungleich höher. Die großen Parteien können sich ihrer Anhängerschaft bezüglich der Mobilisierung ziemlich sicher sein, sagt Wittenberg. 88,9 Prozent der CSU-Wähler von 1996 wollen wieder so stimmen, 87,2 Prozent der SPD-Wähler von 1996 wollen wieder SPD ankreuzen, aber nur 55,6 Prozent der Bündnisgrünen-Wähler von damals wollen es wieder tun. Welche ist die auffälligste Partei im Wahlkampf bisher? Hier sagen 36,3 Prozent „keine der Parteien“, 32 Prozent nennen die SPD, 22 Prozent die CSU, 3,3 Prozent die Grünen. Wer ist der auffälligste Kandidat im Wahlkampf? Hier führt Maly mit 35,8 Prozent, Scholz folgt mit 32 Prozent, dann Wellhöfer mit 1,4 Prozent, „keiner der Drei“ sagen 29,3 Prozent. (Weitere Ergebnisse folgen.)

NN, 58. Jg., Nr. 15, 18.1.2002, S. 12

DER SOZIOLOGE WITTENBERG ZUM ERGEBNIS DER WiSo-UMFRAGE

STOIBER MISCHT KARTEN NEU

ZWEITE BEFRAGUNGSWELLE GEHT AUF KANDIDATUR DES CSU-CHEFS EIN

Die kommunalpolitische Umfrage der WiSo hat nicht das erhoffte Beteiligungsergebnis gebracht. Die Lokalredaktion wollte wissen, woran das lag.

Herr Dr. Wittenberg, das Ergebnis Ihrer Befragung ist nicht repräsentativ. Wie sind die Resultate einzuschätzen?

Wittenberg: Eine Prognose, wie die Wahl ausgehen wird, würde ich nicht wagen. Es handelt sich aber um ein Stimmungsbild, dessen Ergebnisse plausibel sind und in sich stimmig.

Das Ergebnis der OB-Sonntagsfrage ist überraschend. Haben die Ergebnisse einen Drall nach links?

Wittenberg: Ja. Die Studenten sind ein relativ junger Interviewerstab, so dass man annehmen kann, dass bei den Aufgeschlossenen und Auskunftsbereiten der Anteil der an Kommunalpolitik Interessierten in der Stichprobe mehr oder minder deutlich überrepräsentiert ist. Traditionellerweise sind die an Politik Interessierten im Schnitt auch eher

der SPD näher stehend.

Aber die Ergebnisse sind seriös?

Wittenberg: Auf jeden Fall. Meines Erachtens ist es ein zutreffendes Bild, das da gemalt werden kann. Allerdings sind mittlerweile durch die Kanzlerkandidatur Edmund Stoibers die Karten neu gemischt worden. Und der Wahlkampf, das geht aus den Ergebnissen hervor, geht auch erst richtig los. Bei unserer zweiten Befragungswelle Anfang Februar, an der 88 Prozent der Befragten wieder teilnehmen wollen, wird auch danach gefragt, ob sich Stoiber hier auswirkt. Auf jeden Fall wird eine Mobilisierung erfolgen, in die eine wie in die andere Richtung.

Dennoch schade, dass das Ergebnis nicht repräsentativ ist. Was hat Ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht?

Wittenberg: Wir hatten mit Hilfe des Einwohneramts eine repräsentative Stichprobe von 1500 Personen gezogen aus den Wahlberechtigten Nürnbergs. Doch auch die Beteiligung muss ausreichend groß sein, damit man auf den Wahlausgang einigermaßen sicher schließen kann. Das ist uns leider misslungen, es wären 800 bis 900 Teilnehmer(innen) nötig gewesen. Dann hätten wir bei der Prognose einen Spielraum zwischen plus/minus drei Prozent Vorhersagegenauigkeit erreichen können. Hier haben wir jetzt aber einen Spielraum von plus/ minus sechs Prozent möglicher Abweichung vom wahrscheinlichen Ergebnisausgang.

Was haben Sie falsch gemacht?

Wittenberg: Falsch gemacht haben wir eigentlich nichts – mit der Ausnahme, dass wir den Weihnachtsstress offensichtlich unterschätzt haben. Es war die Woche vor Weihnachten, als die Student(inn)en in der ersten Welle loszogen. Die Leute haben häufig gesagt, sie hätten zu viel um die Ohren. Die anderen Gründe, weshalb so wenig Personen befragt werden konnten, sind uns dagegen nicht vorzuwerfen. Erstens: Ein generelles Problem in Großstädten ist, dass viele Leute kein Interesse an der Kommunalpolitik haben, so dass die Verweigerungsrate über das übliche Maß der Nichtbeteiligung an Umfragen gestiegen ist. Bei mündlichen Interviews in den Wohnungen der Befragten sind es in der Regel heutzutage nur 50 Prozent, die überhaupt erreichbar sind und an einer Befragung dann auch teilnehmen. Trotz großer Anstrengungen, Anmeldung der Interviews per Telefon und Informationskärtchen sowie durch die hervorragende publizistische Begleitung durch die Nürnberger Nachrichten haben auch wir diesem Trend Tribut zahlen müssen. Und was zweitens noch hinzu kommt: Im Vergleich zu so genannten Quoten-Stichproben (da befrage ich eine genau nach Beruf, Alter und anderen Kriterien spezifizierte Zahl von Leuten) haben wir bei unserer Zufallsstichprobe bei den Adressen relativ viele Menschen in sehr hohem Alter angetroffen, zum Teil auch in Pflegeheimen, die nicht befragt werden konnten.

Sie geben also nicht Ihren Student(inn)en die Schuld?

Wittenberg: Auf keinen Fall! Natürlich sind die Student(inn)en sehr enttäuscht, weil wir unser Ziel nicht erreicht haben. Und auch deshalb, weil viele von ihnen Erfahrungen gemacht haben, die sie in ihrem Leben noch nicht machen mussten: dass man sie sehr unfreundlich empfangen hat, ihnen brüskierend die Tür vor der Nase zugeschlagen hat. Doch sie haben auch viele gute Erfahrungen gemacht, wurden zum Kaffee eingeladen.

4 Anhang

Interview: Hans Peter Reitzner
NN, 58. Jg., Nr. 15, 18.1.2002, S. 12

REAKTIONEN AUF WiSo-UMFRAGE

„RENNEN IST OFFEN“

OB-KANDIDATEN MALY (SPD) UND SCHOLZ (CSU) FÜHLEN SICH BESTÄTIGT

In ersten Reaktionen auf die von den Nürnberger Nachrichten veröffentlichten Ergebnisse der WiSo-Meinungsumfrage zur Kommunalwahl in Nürnberg fühlen sich die OB-Kandidaten Ludwig Scholz (CSU) und Maly (SPD) gleichermaßen bestätigt, dass sie am 3. März als Sieger durchs Ziel gehen können.

Nach der Erhebung würden 41,7 Prozent Maly wählen, wenn am nächsten Sonntag OB-Wahl wäre; 36 Prozent würden sich für Scholz entscheiden. Von den Befragten gaben im gleichen Atemzug aber 55,5 Prozent an, Scholz werde siegen, und nur 35,7 Prozent glauben, Maly werde die Nase vorn haben (wir berichteten). Maly und Scholz erklärten, dass das Rennen noch nicht gelaufen sei.

Die Arbeitslosigkeit halten die Bürger laut Umfrage für das größte Problem in der Stadt, doch trauen sie weder CSU noch SPD Lösungen zu. (Reaktionen S. 13, weitere Ergebnisse S. 15)

Eig. Ber./s.z.

NN, 58. Jg., Nr. 16, 19.1.2002, S. 1

OB-KANDIDATEN VON CSU UND SPD FÜHLEN SICH BESTÄTIGT

BEWERBER IM AUFWIND

SCHOLZ UND MALY SEHEN IN DER WiSo-UMFRAGE JEWEILS PLUSPUNKTE

Die Oberbürgermeisterkandidaten Ludwig Scholz (CSU) und Ulrich Maly (SPD) fühlen sich durch die WiSo-Meinungsumfrage zur Kommunalwahl am 3. März gleichermaßen bestätigt, dass sie bei dem Urnengang in knapp sechs Wochen gewinnen können.

Exklusiv haben die Nürnberger Nachrichten gestern Ergebnisse der WiSo-Erhebung veröffentlicht. Nach Einschätzung des federführenden Wissenschaftlers Reinhard Wittenberg (Lehrstuhl für Soziologie am Sozialwissenschaftlichen Institut der Uni Erlangen Nürnberg) ist die Befragung zwar nicht repräsentativ (weil mit 369 Wahlberechtigten zu wenige Personen zu Auskünften bereit waren), doch sie zeichne ein „plausibles Stimmungsbild“ (wir berichteten).

Die zentralen Ergebnisse: 41,7 Prozent der Befragten gaben an, den SPD-Bewerber Ulrich Maly zum Oberbürgermeister wählen zu wollen; nur 36 Prozent sprachen sich für Amtsinhaber Ludwig Scholz (CSU) aus; Brigitte Wellhöfer (Grüne) kam auf 8,4 Prozent. Doch auf die Frage, was sie glauben, wer die OB Wahl gewinnen werde, antworteten eindeutig 55,5 Prozent, Scholz werde Sieger, und nur 35,7 Prozent, Maly gehe als Erster durchs Ziel. Ein ähnliches Bild bei den Parteien: 37,7 Prozent würden die SPD wählen, ebenfalls 37,7 Prozent die CSU. Auf die Frage, welche Partei siegen werde, nannten jedoch 55,6 Prozent die Union, nur 32,2 Prozent die Sozialdemokraten. Reaktionen der Spitzenkandidaten und Fraktionschefs:

Ludwig Scholz (CSU-OB-Kandidat): Letztlich zerfällt die Umfrage in zwei Teile, bei der

jeder Hurra rufen kann. Man müsste schon wissen: Wer waren die 369 Leute? Aber die Befragung enthält ein paar interessante Aspekte. Für mich ist entscheidend: Letztendlich gewinnt Scholz. Außerdem bin ich dankbar dafür, dass nicht der Eindruck entsteht, die Geschichte sei gelaufen. Ich habe immer gesagt: Ausgezählt wird am 3. März. Insoweit ist die Umfrage in der Lage, zu motivieren. Ansonsten erkenne ich den Versuch, einen Trend zu erfinden. Bei CSU- und SPD-Fraktion glaube ich überhaupt nicht an einen Gleichstand. Ich halte die von Herrn Wittenberg in den NN geäußerte These für Unsinn, dass unter den Teilnehmern überdurchschnittlich viele politisch sehr interessierte Bürger dabei waren, die traditionell eher der SPD nahe stehen, und es deshalb zu einem Linksdrahl in den Ergebnissen gekommen sei.

Ulrich Maly (SPD-OB-Kandidat): Ich glaube, dass die Umfrage die Stimmung ganz gut wiedergibt. Ich bin angenehm überrascht, vorn zu liegen. Es gibt sehr reelle Chancen, dass ich Oberbürgermeister werden kann.

Fortsetzung und weitere Ergebnisse der Umfrage auf Seite 15.

Siegfried Zelnhefer

NN, 58. Jg., Nr. 16, 19.1.2002, S. 13

Forts. v. S. 13: „Bewerber...“

ALLES IST OFFEN

GRÜNE: STAMMWÄHLER MOBILISIEREN

Ulrich Maly sagt weiter: Es gibt weder einen Anlass zur Euphorie noch zur Überheblichkeit. Wenn man kämpft und alle zusammen kämpfen, besteht die Chance, dass Nürnberg wieder eine ordentliche Regierung bekommt. Die Wahl ist überhaupt noch nicht gelaufen. Für Scholz ist das ein dramatisch schlechtes Ergebnis. Das Resultat der „Was-glauben-Sie-wie’s-ausgeht-Frage“ beunruhigt mich nicht. Darin spiegelt sich die Annahme, dass der Amtsinhaber einen Bonus hat. Entscheidend ist, was die Leute in der Wahlkabine selber tun. Es war klar, dass Scholz noch bekannter ist als ich. Das wird sich ändern, wenn unsere Kampagne beginnt.

Brigitte Wellhöfer (Fraktionsvorsitzende und OB-Kandidatin von Bündnis 90/Die Grünen): Man kann nicht sagen, wer von den beiden großen Parteien vorne liegt. Die Kommunalwahl ist ziemlich offen. Die Chance zum Wechsel ist da. Die 8,5 Prozent für mich haben mich überrascht. Alles in allem wird eine interessante Tendenz deutlich, mehr aber auch nicht. Sicher ist die Aussage richtig, dass es keine repräsentative Umfrage ist. Wir Grüne müssen unsere Stammwähler mobilisieren und das Potenzial ausschöpfen.

Klemens Gsell (CSU-Fraktionschef): Nach dem Studium der Umfrage bin ich so klug als wie zuvor. Eine Kernaussage gibt es für uns: Die Wahl ist mit Sicherheit noch nicht gelaufen. Nürnberg ist strukturell SPD-geprägt. Es wäre ein Wunder, wenn es für uns ein Spaziergang wäre.

Gebhard Schönfelder (SPD-Fraktionsvorsitzender): Das Ergebnis deckt sich ein bisschen mit unseren Recherchen: Dr. Maly hat ein positives Profil und Kandidat Scholz hat den Zenit überschritten. Das Rennen ist noch nicht gelaufen. Wir müssen selber noch viel tun, um Dr. Maly den Menschen nahe zu bringen, dass sie ihn als kompetenten, jungen, sympathischen Mann erleben. Ulrich Maly wird noch mehr unter die Leute gehen. Die

Fraktion muss an Boden gewinnen. Wir sind noch nicht am Ziel unserer Wünsche.
NN, 58. Jg., Nr. 16, 19.1.2002, S. 15

NÜRNBERGS GRÖSSTE PROBLEME

ARBEITSLOSIGKEIT AN ERSTER STELLE

BEI DER VERSCHULDUNG HAT HERAUSFORDERER MALY EINEN KLAREN BONUS

In der Rangliste der zehn wichtigsten Themen rangiert bei der WiSo-Meinungsumfrage die Arbeitslosigkeit, zum Beispiel mögliche Unternehmensschließungen, an erster Stelle. Auf die Frage: Welche Partei bietet dafür die besten Lösungen an?, nannten 35,7 Prozent die SPD, 34,6 Prozent die CSU, aber 24,1 Prozent sagten „keine der Parteien“. Soziologe Reinhard Wittenberg, der die Befragung, die von den Nürnberger Nachrichten unterstützt wurde, ausgewertet hat: „Das ist ein schlechtes Ergebnis für die großen Parteien. Man traut ihnen die Lösungskompetenz nicht zu.“

Thema Nummer zwei: die Ausländerpolitik und -integration. Hier hat mit 35 Prozent die SPD die Nase etwas vorn zu 31 Prozent für die CSU und 18,1 Prozent für die Bündnisgrünen. An dritter Stelle rangiert die Verkehrspolitik (auch hinsichtlich Öffentlicher Nahverkehr und der Fahrradwege): Nur hier werden mit 36,8 Prozent den Grünen die besten Lösungen zugetraut, die CSU bekommt 26,8 Prozent, die SPD 26 Prozent. „Da vermissen bei den großen Parteien viele wohl ein schlüssiges Konzept“, folgert Wittenberg. Ranglistenplatz vier: der Umbau des Bahnhofsvorplatzes. 33,8 Prozent billigen der CSU die Lösungskompetenz zu, 26,8 Prozent der SPD und ebenfalls 26,8 Prozent den Grünen.

Finden sie die Verschuldung der Stadt problematisch? Ja, sagten viele, das Thema steht an fünfter Stelle. Hier hat eindeutig Ulrich Maly einen Bonus. Dem Herausforderer und der SPD sprechen 40,5 Prozent der Befragten hier die besseren Lösungen zu, 25,4 Prozent sagen „keine der Parteien“, 24,9 Prozent nennen die CSU. Thema Nummer sechs: Soll der Frankenschnellweg ausgebaut werden? Ja, sagen 60 Prozent. Deutlich wird der CSU mit 64,6 Prozent die Lösung zugetraut, nur 22,9 Prozent nennen hier die SPD, 10,3 Prozent „keine der Parteien“, 2,3 Prozent die Grünen.

Stichwort Kriminalität, Rang sieben. Ist Sicherheitspolitik ein Thema, gibt es zu viel Kriminalität in der Stadt? Halbe, halbe ist das Ergebnis. Die Lösung wird aber mit 58,1 Prozent klar den Christsozialen zugebilligt, nur zu 23,6 Prozent der SPD, 12,8 Prozent „keine der Parteien“.

Kulturpolitik, Thema Nummer acht. Gibt es zu wenig kulturelle Angebote? Das ist für 69 Prozent kein Problem. Die besten Lösungen werden mit 44 Prozent der CSU zugestanden, mit 26,4 Prozent der SPD, mit 12,1 Prozent den Grünen, mit 3,3 Prozent den Guten, mit 2,2 der FDP, mit 1,1 Prozent den Freien Wählern. An neunter Stelle rangiert das Thema Behördengänge. Kein Problem, sagen fast 68 Prozent. Die Kompetenz verteilt sich auf die SPD mit 34,2 Prozent „keine der Parteien“ mit 32,9 Prozent die CSU mit 16,5 Prozent, die Grünen mit 10,1 Prozent, die FDP mit 3,8 Prozent, die Freien mit 2,5.

Thema Nummer zehn: Halten sie den WM-Umbau des Frankenstadions für wichtig? 73 Prozent sagen nein. Kein Thema mehr für die Leute vermutet Wittenberg. Die CSU liegt

4 Anhang

vorn mit 66,7 Prozent, die SPD hat 23,5 Prozent.

Hans Peter Reitzner

NN, 58. Jg., Nr. 16, 19.1.2002, S. 15

SOZIOLOGIE-STUDENTEN INTERVIEWEN NÜRNBERGER ZUR WAHL FORSCHUNG AM TELEFON

FIRMA STELLT EINE WOCHE LANG STUDIO MIT 120 COMPUTERPLÄTZEN BEREIT

Die Student(inn)en des Sozialwissenschaftlichen Instituts der WiSo an der Uni Erlangen-Nürnberg hängen sich an die Telefone und setzen die Meinungsumfrage zur Kommunalwahl am 3. März in Nürnberg fort.

Bei den Telefoninterviews bei absolut zufällig ausgewählten Nürnberger Bürger(innen) wird der Lehrstuhl für Soziologie vom Marktforschungsunternehmen icon brand Navigation AG in Erlenstegen unterstützt. Die Firma stellt vom morgigen Samstag, 26. Januar, bis Mittwoch, 30. Januar, kostenlos ihr Telefonstudio mit 120 Plätzen für Computer unterstützte Telefoninterviews zur Verfügung.

Die Student(inn)en rufen Nürnberger Telefonnummern an, die der Computer zufällig ausgewählt hat. Die Fragen, die gestellt werden, ähneln denen aus dem 14-seitigen schriftlichen Fragebogen, mit dem die jungen Leute schon in der Stadt unterwegs waren (wir berichteten), sind aber weniger umfangreich. Im Katalog enthalten sind die Sonntagsfragen (Wen würden Sie zum OB wählen, wenn am Sonntag OB-Wahl wäre? Welche Partei?) und die Fragen zur Einschätzung der Stimmung in der Stadt (Wer, glauben Sie, gewinnt die Wahl?).

Am Freitag, 1. Februar, startet darüber hinaus eine separate Online Befragung, bei der übers Internet abgestimmt werden kann. Als dritte Aktion schwärmen die Student(inn)en in der Woche von Samstag, 2. Februar, bis Sonntag, 10. Februar, zur zweiten großen Befragungswelle an den Haustüren aus. Dabei werden freilich nur diejenigen Bürger(innen) nochmals mit einem halben Dutzend Fragen konfrontiert, die auch bereits an der ersten Interviewwelle teilgenommen hatten. Der federführende Soziologe Dr. Reinhard Wittenberg erwartet auch Aufschlüsse darüber, wie sich das Stimmungsbild durch die Kanzlerkandidatur Edmund Stoibers verändert.

Bei der ersten Befragungswelle hatten sich 369 Frauen und Männer beteiligt. Wegen dieser niedriger als erwartet ausgefallenen Beteiligungsquote gilt die Umfrage nicht als repräsentativ, aber als plausibles Bild, das die Stimmung laut Wittenberg „gut wiedergibt“. Das Durchschnittsalter der Befragten lag bei knapp 50 Jahren, es waren 47 Prozent Männer, 53 Prozent Frauen (Nürnberger Durchschnitt laut Statistischem Amt: 48 zu 52). Auch bei den anderen Parametern erreicht die Stichprobe der Befragten stets Werte, die im Bevölkerungsquerschnitt liegen. Die Umfrage wird vom Soziologie-Lehrstuhl nicht in irgendjemandes Auftrag durchgeführt, sondern im Rahmen der Lehr- und Forschungstätigkeit.

Hans Peter Reitzner

NN, 58. Jg., Nr. 22, 26.1.2002, S. 17

4 Anhang

DIE NÄCHSTE RUNDE DER UMFRAGE

WAHL IM INTERNET

Die Meinungsumfrage des Lehrstuhls für Soziologie an der WiSo Fakultät der Uni Erlangen Nürnberg zur Kommunalwahl 2002 geht in die nächste Runde.

Vom heutigen Samstag bis einschließlich Sonntag, 10. Februar, schwärmen die Studierenden erneut aus und machen die Wiederholungsbefragung bei den 369 Wahlberechtigten, die schon einmal teilgenommen hatten. Abgeschlossen ist mittlerweile eine Telefonbefragung mit Hilfe des Marktforschungsunternehmens icon brand navigation AG. Die Aktion war ein voller Erfolg. Die Student(inn)en haben rund 1500 komplette Telefoninterviews zum Urnengang am 3. März mit Nürnberger Wahlberechtigten geführt. Die Auswertung läuft.

Heute ist auch eine Online-Befragung zur Wahl im Internet gestartet. Wer teilnehmen will, kann dies über einen Link auf der Homepage der Nürnberger Nachrichten www.nn-online.de oder direkt unter <http://213.241.153.80/kommunalwahl/>

Eine Podiumsdiskussion des Lehrstuhls unter dem Motto „Wahlkampf live!“ findet am Dienstag, 5. Februar, 18 bis 20 Uhr, im Raum 0.015 Findelgasse der WiSo statt. Es diskutieren Stephan Grosse Grollmann (Die Guten), Klemens Gsell (CSU), Michael Münter (Bündnisgrüne), Harald Riedel (SPD), Ferdl Schüller (Freie Wähler) und Utz W. Ulrich (FDP). Alle Interessierten sind eingeladen. (Der federführende Soziologe Dr. Reinhard Wittenberg erläutert die Hintergründe der Befragungen in einem Beitrag auf Seite 14) hpr

NN, 58. Jg., Nr. 28, 2.2.2002, S. 13

DR. REINHARD WITTENBERG VOM LEHRSTUHL FÜR SOZIOLOGIE ÜBER DIE BEFRAGUNGEN DER STUDENTEN

EIN STIMMUNGSBILD DER MEINUNGSVIELFALT

DIE ONLINE-, TELEFON- UND WIEDERHOLUNGSBEFRAGUNGEN AN DER HAUSTÜR DIENEN DER AUSBILDUNG

Der Lehrstuhl für Soziologie an der WiSo-Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg beginnt am heutigen Samstag (bis einschließlich Sonntag, 10. Februar) mit der Wiederholungsbefragung jener 369 Wahlberechtigten, die bereits im Dezember und Januar an einer ersten Befragungswelle zur Kommunalwahl 2002 in Nürnberg teilgenommen hatten.

Zugleich startet eine Online-Befragung zur Wahl, bei der der Lehrstuhl wie zuvor schon bei einer Telefonumfrage vom Marktforschungsunternehmen icon brand navigation AG in Erlenstegen unterstützt wird. Wer teilnehmen möchte, findet ab sofort den Link dazu auf der Homepage der Nürnberger Nachrichten, [www.nn online.de](http://www.nn-online.de) oder direkt unter <http://213.241.153.80/kommunalwahl>.

Online-, Telefon- und Wiederholungsbefragungen sind Teilprojekte eines komplexen Geflechts von Lehr- und Forschungsmodulen des Lehrstuhls für Soziologie (Professor Bacher), die zusammen mit anderen Erhebungs- und Analyseverfahren der fundierten Ausbildung von angehenden Sozialwissenschaftler(innen) im Fach „Sozialwissenschaftliche Methoden und ihre Anwendung in empirischen Untersuchungen“ bereits im Grundstu-

dium dienen.

Im laufenden Studienjahr hat der Lehrstuhl aus aktuellem Anlass die Kommunalwahl genutzt, um das Handwerkszeug der Sozialwissenschaften in Theorie zu lehren und in Praxis anzuwenden und zwar unbeeinflusst von irgendwelchen Auftraggebern oder Finanziers, dafür unterstützt von zwei starken Partnern aus der Region: NN und icon. Eine solche praxisnahe Lehre mit wissenschaftlichem Anspruch kommt nicht nur den rund 130 zukünftigen Sozialwirt(inn)en zugute, sie hilft auch, das Profil des Lehrstuhls und der Fakultät nach außen zu schärfen.

ABBILD DER STIMMUNG

Die zwar nicht repräsentativen, dennoch viel diskutierten Ergebnisse der ersten Umfrage werden durch die per Online-, Telefon- und zweiter Wiederholungsbefragung gewonnenen Daten ergänzt. Mitte Februar werden sie vorgestellt, um die Öffentlichkeit über die Meinungsvielfalt und den Meinungsstand zur Kommunalwahl in Nürnberg auch von unabhängiger Seite zu informieren – eine wichtige Aufgabe in demokratischen Gemeinwesen. Die Umfragen liefern ein Abbild der jeweils aktuellen politischen Stimmungen. Sie sind also keine Wahlprognosen, da sie nur für den Zeitpunkt der Befragungen gelten können.

Der Lehrstuhl für Soziologie macht bei diesem „Lehrforschungsprojekt“ auch Beobachtungen von Wahlkampfveranstaltungen, Inhaltsanalysen der Berichterstattung der vier lokalen Nürnberger Zeitungen und Nachbefragungen am Wahltag, so genannte „Exit Polls“. Die auf diese Weise von den Studierenden mit bewundernswertem Arbeitseinsatz gewonnenen, ganz verschiedenen Daten fügen sich zu einem sozialwissenschaftlichen Gesamtbild des Vorfeldes der Kommunalwahl in Nürnberg, das im Sommersemester tiefer gehend ausgewertet werden kann. Wenn die abschließende Veröffentlichung der Ergebnisse im Herbst erfolgt ist, haben die Studierenden alle Phasen empirischer Sozialforschung kennen und durchführen gelernt.

Reinhard Wittenberg

NN, 58. Jg., Nr. 28, 2.2.2002, S. 14

AZ-INFO: ÄRGER UM WAHLSTUDIE

Eigentlich, so versichern alle Kandidaten, nimmt keiner die derzeit laufenden Wahlumfragen ernst. Und trotzdem gibt's hinter den Kulissen viel Ärger um die Ergebnisse. Das muss derzeit Reinhard Wittenberg vom Soziologie-Lehrstuhl der WiSo-Fakultät der Uni erfahren. Er hatte eine nicht repräsentative Wahlstudie (statt 800 machten nur 369 Bürger mit) in den „Nürnberger Nachrichten“ veröffentlicht. Resultat: Maly kam bei der Sonntagsfrage auf 41,7 %, Scholz 36,0 % (AZ berichtete). Die weiteren Daten hielt er jedoch geheim – und handelte sich damit gewaltigen Ärger „von ganz oben im Kultusministerium“ ein, so ein WiSo-Insider. Am Wochenende musste Wittenberg nun einen Rückzieher machen, die Studie als Fingerübung für angehende Sozialwissenschaftler zurückstufen und die öffentliche Bekanntgabe der Ergebnisse für Mitte Februar ankündigen.

mir

AZ, 4.2.2002, S. 3

4 Anhang

OBACHT! DIE GROSSE GEFAHR VON WAHLUMFRAGEN

INTERVIEW MIT DEM SOZIALWISSENSCHAFTLER PROF. FRANZ URBAN PAPPI

Nur noch dreieinhalb Wochen bis zur Kommunalwahl – der Kampf ums Nürnberger Rathaus tritt in die entscheidende Phase. Eine Umfrage jagt die andere (s. unten), mal ist der Herausforderer vorn, mal der Amtsinhaber. Die Spitzenkandidaten geben sich angesichts der Umfrageergebnisse gelassen, doch hinter den Kulissen tritt sich das Parteifußvolk auf die Zehen. Können Umfragen eine Wahl beeinflussen? Die AZ sprach mit Prof. Franz Urban Pappi, Dekan der sozialwissenschaftlichen Fakultät an der Universität Mannheim und einer der profiliertesten Wahlforscher Deutschlands.

AZ: Man hat ja fast den Eindruck, ohne Umfragen könne es keine demokratischen Wahlen geben. Seit wann gibt es Umfragen bei Wahlen?

Prof. Franz Urban Pappi: Wahl-Umfragen sind so alt wie die Bundesrepublik Deutschland. Schon bei der ersten Bundestags-Wahl 1949 war zum Beispiel das Allensbacher Institut von Elisabeth Noelle-Neumann dabei. In den USA gab es das schon seit 1936. Elisabeth Noelle-Neumann hat in den Staaten studiert und das mit nach Deutschland gebracht.

Nehmen Umfragen Einfluss auf den Ausgang der Wahl?

Man kann schon sagen, dass die Erwartungen über den Ausgang der Wahl auch das Wählerverhalten verändern können. Ein Beispiel: In einer ostdeutschen Stadt kandidieren drei Kandidaten von CDU, SPD und PDS für den OB-Sessel. Wenn wochenlang berichtet wird, der CDU-Kandidat werde weit abgeschlagen sein, werden viele seiner potenziellen Wähler ihre zweite Präferenz wählen, nämlich die SPD, um ihre Stimme nicht zu verschenken. Man nennt das das „wasted vote Argument“.

Es gibt ja die These, unentschiedene Wähler tendierten zum vermutlichen Wahlsieger, einfach, um nicht bei den Verlierern zu sein.

Das ist eine alte These, die auch eine Gegenthese hat. Nämlich die, dass solche Umfrageergebnisse die Anhänger des vermeintlich überlegenen Kandidaten demobilisieren, weil der ja „sowieso gewinnt“.

Umfragen sind also ein wichtiges Instrument für die Parteien, ihre Anhängerschaft zu mobilisieren?

Natürlich. Die Wahlbeteiligung ist umso höher, wenn ein Kopf an Kopf-Rennen vorhergesagt ist.

Es kursieren zurzeit im bayerischen Kommunalwahlkampf Umfragen, die zugeben, zwar nicht repräsentativ zu sein, gleichwohl aber ein „Stimmungsbild“ wiederzugeben.

Das ist natürlich Quatsch. Es gibt allgemeine formulierte Standards für die Veröffentlichung von Umfrageergebnissen: Wieviele Bürger sollten befragt werden, wieviele wurden erreicht etc. Wenn ich die Daten nicht habe, fehlt mir die Basis und kann ich einen Scharlatan aufsitzen.

Und die Formulierung eines gewissen Trends?

Um einen Trend auszumachen, können Sie das nur auf der Basis der vorhergehenden Wahlen.

Also noch viel mehr Datenmaterial?

4 Anhang

Richtig. Deshalb stellen die Institute ja immer die „Sonntagsfrage“, die nur ein momentanes Stimmungsbild ist. So geht die Kurve für die Opposition immer nach oben, wenn sie ihren Kandidaten kürt. Und genauso verlässlich geht diese Kurve nach einer Weile wieder runter. Das werden wir zum Beispiel bei Edmund Stoiber auch noch erleben.

Winfried Vennemann
AZ, 6.2.2002, S. 3

GÄNSGROONG

„Ich hob gesdern a Meinungsumfrooch zur Wahl gmachd bei einer Befragten, Scholz hodds glaab i g'hassn. Demnach hodd der Scholz 100 % Schdimmen.“

AZ, 6.2.2002, S. 3

DIE NÄCHSTE PROGNOSE: SCHOLZ HÄNGT MALY AB!

Auf Umfragen ist OB Ludwig Scholz derzeit nicht gut zu sprechen. Erst sah ihn die Pannen-Studie von Uni-Dozent Reinhard Wittenberg hinter SPD-Kandidat Ulrich Maly. Dann war Scholz auch bei der Abstimmung von 725 Kunden von Trend-Friseur Richard Schmid nur zweite Wahl (AZ berichtete). Doch die neueste Analyse dürfte Nürnbergs Stadt-Chef wieder lächeln lassen – hier erreicht er die absolute Mehrheit!

Bei der Befragung von Schülern der Herschelschule zusammen mit Erziehungswissenschafts-Studenten kommt Ludwig Scholz auf 51, Maly dagegen nur auf 43 Prozent. Die Ergebnisse dieses Projekts im Fach Sozialkunde sind durchaus aussagekräftig. Denn die Jugendlichen löcherten zur Kommunalwahl insgesamt 783 wahlberechtigte Nürnberger aller Altersklassen.

Besonders interessant: Die fleißigen Schüler erwischten im Vergleich zum Wahlergebnis von 1996 überdurchschnittlich viele SPD-Sympathisanten: So gaben 46 Prozent der Befragten an, vor sechs Jahren die Genossen gewählt zu haben – und nur 38 Prozent die CSU. Dennoch erreichte Scholz einen beachtlichen Vorsprung vor Maly.

Anders sieht's bei der Frage nach der Mehrheits-Verteilung im künftigen Stadtrat aus: Nur 31 Prozent wollen für die Union stimmen, aber 41 Prozent für die SPD. Die Grünen kommen auf sechs, die FPD auf vier Prozent. Als wichtigstes Wahlkampfthema geben die Befragten die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an (26 Prozent).

aha

AZ, 6.2.2002, S. 3

WIE STADTRÄTE KOMMUNALPOLITIK ERKLÄREN UND WAHLKAMPF MACHEN: DISKUSSION AM WiSo-LEHRSTUHL FÜR SOZIOLOGIE

„MEHRHEITSFINDUNG MIT DEM RASIERSPIEGEL“

FDP DISKUTIERT MIT DEM SPIEGELBILD – CSU UND SPD SAUER AUF DEN GUTEN: „IM STADTRAT SITZEN NICHT NUR IDIOTEN“ – SITZUNGEN IM PRIVAT TV?

Alle miteinander machten sie auf ihn einen sehr homogenen Eindruck, meinte ein junger Zuhörer im großen Audimax der WiSo und verstand das nicht als Lob für die Vertreter der Stadtratsparteien und -gruppen, die zuvor zwei Stunden diskutiert hatten. Zu ähnlich, zu verwechselbar in Inhalt und Präsentation?

4 Anhang

Diesem Eindruck widersprachen zumindest die Großen, CSU und SPD, vehement bei der Podiumsdiskussion „Wahlkampf live!“ im Rahmen des Lehrforschungsprojekts „Kommunalwahl in Nürnberg 2002“ am Lehrstuhl für Soziologie der WiSo. Deshalb gingen CSU-Fraktionschef Klemens Gsell und SPD-Fraktionsgeschäftsführer Harald Riedel auch massiv auf Stephan Grosse-Grollmann los, nachdem der Solist von der Wählergemeinschaft Die Guten zuvor polemisiert hatte, was kommunal im Stadtrat passiere, sei eine Art Karikatur dessen, was in der großen Politik geschieht.

Grosse-Grollmann solle die Mitglieder des Stadtrats nicht als Idioten hinstellen, zürnten Gsell und Riedel; im Rathaus werde viel sachliche, zeitaufwendige und vor allem unbeachtete Arbeit geleistet. Auch der Vorschlag des Guten, die Stadtratssitzungen doch komplett im Privatfernsehen zu übertragen, damit mehr Öffentlichkeit hergestellt und auch für Disziplin bei den Politikern gesorgt werde, stieß auf Häme: Da wären die Anbieter schnell am Ende, hieß es. Doch Grosse-Grollmann ließ bei seiner prinzipiellen Kritik am Stadtrat und seiner Außenwirkung nicht locker – es werde zu wenig externer Sachverstand angezapft, zu viel nach Parteienproporz verteilt.



Abbildung 4.4: Diskussion an Stehtischen

Foto: Karlheinz Daut

NN, 58. Jg., Nr. 32, 7.2.2002, S. 10

Weshalb zu Kommunalwahlen nur noch 55 bis 60 Prozent der Wahlberechtigten gehen (1996 in Nürnberg: 56,8 Prozent), erklärt Gsell auch damit, dass die Gesellschaft immer mehr eine Betroffenheitsdemokratie sei, in der den Einzelnen nur noch bewegt, was vor seiner Haustüre geschieht. Mit ein Grund, weshalb die CSU ihren Wahlkampf einerseits

4 Anhang

sehr persönlichkeitsbezogen auf den OB konzentriert, zum anderen „ganz bewusst dezentral“ angelegt hat. 90 Prozent der Entscheidungen im Stadtrat werden einstimmig gefasst, wie gewinnt man da Konturen? Erstens sei Nürnberg durch gute (SPD-)Politik über die Jahrzehnte hinweg noch „eine Insel der Seligen“ antwortet Harry Riedel, zum zweiten sei Glaubwürdigkeit nur in Kombination von Person und Programm möglich. Wobei über den ebenso notwendigen wie erträglichen Umfang von Programmen keine Einigkeit zu erzielen war.

Michael Münter (Bündnisgrüne) erzählte mit Ironie vom vermutlich längsten Wahlprogramm der Welt, das die NRW-Grünen auf über 500 Seiten gebracht hatten. Nürnbergs SPD hat aus 120 Seiten '96 heute 20 gemacht (Riedel: „Die Welt bewegt sich so schnell, dass man nicht auf sechs Jahre alles vorwegplanen kann“). Studenten sahen das anders und vermissten gerade ausführliche Programmatik.

FDP-Solist Utz W. Ulrich macht den Wahlkampf oft mit sich selbst aus, diskutiert seine Themen „früh mit dem Rasierspiegel und versucht, eine Mehrheitsfindung herbeizuführen“, Nischen besetzen, Klientel bedienen und „sich nicht von anderen überreden lassen, bei ihnen mitzumachen“. Ferdl Schüller, der nach seinem SPD-Austritt die Einsamkeit des Freien Wählers spürt, glaubt, dass die Parteien nach dem Krieg die Antwort auf die Probleme waren, doch das Angebot „Wir handeln für Euch“ sei nicht mehr genug.

Wenn es ein Fazit gab, dann wohl die Erkenntnis, dass die Parteien als „politische Dienstleister“ (Gsell) einen immer größeren Spagat machen müssen, zwischen einer kleinen Schicht politisch Interessierter und einer großen Mehrheit, die aus dem Bauch heraus Entscheidungen fällt.

Hans Peter Reitzner

NN, 58. Jg., Nr. 32, 7.2.2002, S. 10

EXTRA SERVICE DER STADT ZUR KOMMUNALWAHL

WAHLINFOS IM NETZ

17 000 BÜRGER BEKOMMEN NEUE WAHLLOKALE ZUGEWIESEN

Bei der Kommunalwahl am 3. März müssen sich rund 17 000 Bürger umstellen: Nach einer Neuordnung der Stimmbezirke bekommen bei dem Urnengang in drei Wochen etwa fünf Prozent der 354 000 Wahlberechtigten ein anderes Wahllokal zugewiesen als früher. Das Wahlamt hat nach Jahrzehnten die inzwischen sehr unterschiedlichen Stimmbezirke neu abgegrenzt, so dass die Einheiten jetzt wieder ähnlich groß sind. Zuletzt gab es Stimmbezirke, zu denen zwischen 200 und 1500 Bürger gehörten. Die Verwaltung hat aus 457 unterschiedlich großen Stimmbezirken 363 neue geformt. Die Zahl der Wahllokale sank von 119 auf 115. Alle von der Änderung betroffenen Bürger finden auf den Wahlbenachrichtigungen den Hinweis „Achtung neu“, erläuterten Stadtrechtsdirektor Hartmut Frommer und Wahlamtsleiter Klaus Trutzel.

Die Stadt hat die Wahlbenachrichtigungen erstmals mit der Post verschickt. Auf der Rückseite führt das Wahlamt auch Beispiele auf, wie man „richtig“ wählt. Einfach ist es, den Oberbürgermeister zu küren. Auf dem Wahlzettel stehen fünf Namen: Ludwig Scholz (CSU), Ulrich Maly (SPD), Brigitte Wellhöfer (Grüne), Walter Beisig (Rep), Nikolaus Struck (Die Guten). Man kreuzt die/den gewünschten Kandidaten/in an. Fertig

4 Anhang

Bei der Stadtratswahl hat der Wähler so viele Stimmen wie es Sitze im Rathaus gibt: 70. Man kann nur eine Liste ankreuzen, Stimmen häufeln (kumulieren) und jedem Bewerber bis zu drei Stimmen geben sowie Personen auf unterschiedlichen Listen unterstützen (panaschieren). Zur Wahl stehen zehn Parteien und Gruppen: CSU, SPD, Grüne, Rep, FWN, FDP/FNB, Die Guten, „Bürgerinitiative Ausländerstopp“, Bunte Internationale Liste, PDS. Insgesamt kandidieren 491 Frauen und Männer.

Die Wahlbenachrichtigungen sollten bis spätestens 10. Februar zugestellt sein. Wer sie nicht erhalten hat, sollte beim Wahlamt, Unschlittplatz 7a, nachfragen. Ab sofort ist auch die Briefwahl möglich. Wer sie beantragen will, kann das mit einem Vordruck auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigungskarte oder auch persönlich im Wahlamt tun. Besonders wichtig: die eigenhändige Unterschrift unter dem Antrag. Wer mehr wissen will, wird im Internet fündig. Das Wahlamt hat erstmals ausführliche Informationen ins Netz gestellt. Unter www.wahlen.nuernberg.de erfährt man unter anderem alles über den Wahlmodus, die Wahlvorschläge oder frühere Wahlergebnisse. Man kann sich sogar einen Briefwahlantrag herunterladen.

Um die Wahlbeteiligung gerade bei jungen Leuten zu steigern, haben drei Studentinnen der Georg Simon-Ohm Fachhochschule im Fach Video/Computeranimation der Studienerichtung „Design für elektronische Medien“ einen Wahlspot gedreht, der in Kinos und im lokalen Fernsehen gezeigt werden soll.

Siegfried Zelnhefer

NN, 58. Jg., Nr. 34, 9.2.2002, S. 15

UNIFRAGE: STICHWAHL

SPANNUNG IN NÜRNBERG

SCHOLZ UND MALY KOPF AN KOPF – 1502 BEFRAGTE

Der Ausgang der Nürnberger OB-Wahl ist offen, eine Stichwahl wird immer wahrscheinlicher: Dies geht aus den jüngsten Umfragen des Lehrstuhls für Soziologie an der WiSo-Fakultät der Uni Erlangen-Nürnberg hervor.

Die Ergebnisse der Befragungsaktionen, die von den Nürnberger Nachrichten unterstützt wurden, sind jetzt bekannt gegeben worden. Bei Telefoninterviews mit 1502 Nürnberger(inne)n kam der CSU-Amtsinhaber Ludwig Scholz auf 44 Prozent, sein SPD-Herausforderer Ulrich Maly auf 42 Prozent. Bei der Einschätzungsfrage, wer die Wahl wohl gewinnen werde, nennen 67 Prozent Scholz, 32 Prozent Maly. Scholz werden hier der Amtsbonus, ein größerer Bekanntheitsgrad und höhere Medienpräsenz zugeschrieben.

Bei den Stadtratswahlen liegt mit 43 Prozent die CSU vorn, die SPD kommt auf 39 Prozent. Die weiteren Werte: Bündnisgrüne acht Prozent, FDP vier Prozent, PDS und Rep je zwei Prozent. (Ausführlicher Bericht Seite 13)

Eig. Ber./hpr

NN, 58. Jg., Nr. 40, 16.2.2002, S. 1

4 Anhang

WiSo-TELEFONUMFRAGE: SCHOLZ 44 PROZENT, MALY 42 PROZENT

VERMUTLICH STICHWAHL

1502 BÜRGER BEFRAGT – STADTRAT: 43 PROZENT CSU, 39 PROZENT SPD

Bei der Wahl des Oberbürgermeisters am 3. März wird eine Stichentscheidung immer wahrscheinlicher. Dies geht aus den jüngsten Ergebnissen der drei Umfragen hervor, die der Lehrstuhl für Soziologie an der WiSo-Fakultät der Uni Erlangen-Nürnberg mit Unterstützung der Nürnberger Nachrichten durchgeführt hat.

Die Resultate werden exklusiv in den NN veröffentlicht. Bei der computerunterstützten Telefonbefragung von 1502 Nürnberger Wahlberechtigten bekamen bei der Sonntagsfrage („Welchen Kandidaten würden Sie am ehesten wählen, wenn am Sonntag OB-Wahl wäre?“) Ludwig Scholz (CSU) 44 Prozent, Ulrich Maly (SPD) 42 Prozent, Brigitte Wellhöfer (Bündnisgrüne) 6 Prozent; „keine(n) von denen“ 8 Prozent. „Der Ausgang der Wahl erscheint angesichts dieser Zahlen durchaus noch offen“, sagte der federführende Soziologe Dr. Reinhard Wittenberg gestern. Bei der Einschätzungsfrage: „Was glauben Sie, wer wird OB“? nennen 67 Prozent Ludwig Scholz und nur 32 Prozent Ulrich Maly. Bei der Stadtratswahl wird die Sonntagsfrage so beantwortet: 43 Prozent würden CSU wählen, 39 Prozent SPD, 8 Prozent die Grünen, 4 Prozent die FDP, 2 Prozent PDS, 2 Prozent Rep, 1 Prozent die Freien Wähler, 1 Prozent die Guten.

F. S. 14

Hans Peter Reitzner

NN, 58. Jg., Nr. 40, 16.2.2002, S. 13

FORTSETZUNG VON SEITE 13: „VERMUTLICH STICHWAHL“ – EIN STIMMUNGSBILD, ABER KEINE WAHLVORHERSAGE

SCHOLZ IST BEKANNTER, FRAUEN BEVORZUGEN MALY

GRÜNE BEWERBERIN GIBT AN DEN SOZIALDEMOKRATEN AB – MEHRHEIT GLAUBT, DASS DIE CSU VON DER KANZLERKANDIDATUR STOIBERS PROFITIERT

Die Studierenden von Dr. Wittenberg haben Online-, Telefon- und mündliche Wiederholungsbefragungen an der Haustür durchgeführt. Die jüngsten Daten aus der Telefonbefragung hat Wittenberg mit aktuellen Werten aus der vom 2. Februar bis 3. März laufenden Online- und der gerade erst abgeschlossenen zweiten Wiederholungsbefragungswelle ergänzt. An der Haustürbefragung nahmen 236 Personen beide Male teil, im Internet sind bis Donnerstag 428 Interviews vollständig durchgeführt worden (direkt über <http://213.241.153.80/kommunalwahl> oder über die Homepage der Nürnberger Nachrichten <http://www.nn-online.de>).

Die Telefonbefragung vom 26. bis 30. Januar wurde vom Marktforschungsunternehmen icon brand navigation AG in Erlenstegen unterstützt. Die große Zufallsstichprobe umfasst 1502 Befragte. Umfragen im Vorfeld von Wahlen, das betont Dr. Wittenberg, liefern lediglich ein Abbild der jeweils aktuellen politischen Stimmungen. Sie sind keine Wahlprognosen oder -vorhersagen. Sie können für den Zeitpunkt der jeweiligen Befragungen als repräsentativ gelten, also hier für Ende Januar, nicht automatisch für den Wahltermin.

Selbst ohne ein Bild vor Augen, vermögen 90 Prozent der 1502 telefonisch Befragten

4 Anhang

Scholz als OB und Kandidaten der CSU zu nennen, „ein überragender Wert“, so Wittenberg. Maly wird von 71 Prozent, Brigitte Wellhöfer von 9 Prozent namentlich identifiziert. Der OB war also Ende Januar noch immer weitaus bekannter als der SPD-Herausforderer Maly.

Der generelle Benotungsmittelwert bei Scholz ist 2,8, bei Maly 2,5. Der OB erhält bei CSU-Wählern Noten zwischen 1,7 und 2,4; die schlechtesten Karten hat er bei Grünen-Anhängern. Maly bekommt – mit Ausnahme von „volksnah“ und „ihm liegt Nürnberg am Herzen“, wo ein Patt herrscht – durchweg leicht bessere Noten als sein CSU-Konkurrent. Potentielle SPD-Wähler geben ihm Noten zwischen 2,0 und 2,4. Am schlechtesten kommt er bei der CSU-Klientel an.

Beispiele: OB Aufgabe gewachsen – Scholz Note 2,8; Maly 2,7; Probleme im Griff – Scholz Note 3,1; Maly 2,8; vertrauenswürdig – Scholz Note 2,9; Maly 2,5; volksnah – Scholz Note 2,5; Maly 2,5; Nürnberg am Herzen – Scholz Note 2,2; Maly 2,2; Privatleben im Griff – Scholz Note 2,5; Maly 2,3; sympathisch – Scholz Note 3,0; Maly 2,3. Beide Bewerber schneiden in der Altersgruppe der über 60-Jährigen überdurchschnittlich positiv ab. Und der junge SPD Kandidat bekommt von Frauen bessere Noten als Scholz. Die Stimmungslage ist noch nicht stabil und läuft nicht eindeutig in Richtung eines Kandidaten, sagt Wittenberg zur Lokalredaktion. Beim Vergleich der ersten Befragungswelle an der Haustür im Dezember und Anfang Januar mit der zweiten Welle Anfang Februar zeigen sich einige, wenn auch beträchtliche „Wahlabsichtswanderungen“. Am stärksten fällt auf, dass Brigitte Wellhöfer 15 von 19 Stimmen an Maly abgibt, aber nur vier fließen an sie zurück. Maly verliert sechs Stimmen an Scholz, kassiert aber auch sieben bei ihm ein. Insgesamt wandern 43 von 207 Stimmen, das sind 21 Prozent, zwischen den Bewerbern hin und her. Aber, nach dem vermuteten Wahlergebnis befragt, löst sich das Patt zwischen Scholz und Maly auf: Der OB liegt klar vorn.

Beim Stadtrat vermuten die Befragten, dass die Kandidatur Edmund Stoibers fürs Amt des Bundeskanzlers die Stimmungslage auch kommunal zu Gunsten der Christsozialen noch verbessert hat. Zwischen 72 und 80 Prozent glauben, davon werde die CSU profitieren.

Hans Peter Reitzner

NN, 58. Jg., Nr. 40, 16.2.2002, S. 14

PER STICHWahl ZUM OBERBÜRGERMEISTER?

NACH JÜNGSTEN UMFragEN ERREICHT WOHL KEIN KANDIDAT DIE MEHRHEIT

Bei der Wahl des Oberbürgermeisters am 3. März wird eine Stichentscheidung immer wahrscheinlicher. Dies geht aus den jüngsten Ergebnissen der drei Umfragen hervor, die der Lehrstuhl für Soziologie an der WiSo-Fakultät der Uni Erlangen-Nürnberg mit Unterstützung der Nürnberger Nachrichten durchgeführt hat.

Bei der computerunterstützten Telefonbefragung von 1502 Nürnberger Wahlberechtigten bekamen bei der Sonntagsfrage („Welchen Kandidaten würden Sie am ehesten wählen, wenn am Sonntag OB-Wahl wäre?“) Ludwig Scholz (CSU) 44 Prozent, Ulrich Maly (SPD) 42 Prozent, Brigitte Wellhöfer (Bündnisgrüne) 6 Prozent; „keine(n) von denen“ 8 Prozent. „Der Ausgang der Wahl erscheint angesichts dieser Zahlen durchaus noch

4 Anhang

offen“, sagte der federführende Soziologe Dr. Reinhard Wittenberg.

Bei der Einschätzungsfrage: „Was glauben Sie, wer wird OB?“ nennen 67 Prozent Ludwig Scholz und nur 32 Prozent Ulrich Maly. Bei der Stadtratswahl wird die Sonntagsfrage so beantwortet: 43 Prozent würden CSU wählen, 39 Prozent SPD, 8 Prozent die Grünen, 4 Prozent die FDP, 2 Prozent PDS, 2 Prozent Rep, 1 Prozent die Freien Wähler, 1 Prozent die Guten.

AKTUELLE WERTE

Die Studierenden von Dr. Wittenberg haben Online-, Telefon- und mündliche Wiederholungsbefragungen an der Haustür durchgeführt. Die jüngsten Daten aus der Telefonbefragung hat Wittenberg mit aktuellen Werten aus der vom 2. Februar bis 3. März laufenden Online- und der gerade erst abgeschlossenen zweiten Wiederholungsbefragungswelle ergänzt. An der Haustürbefragung nahmen 236 Personen beide Male teil, im Internet sind bis Donnerstag 428 Interviews durchgeführt worden (<http://213.241.153.80/kommunalwahl>).

Die Telefonbefragung vom 26. bis 30. Januar wurde vom Marktforschungsunternehmen icon brand navigation AG in Erlenstegen unterstützt. Die große Zufallsstichprobe umfasst 1502 Befragte. Umfragen im Vorfeld von Wahlen, das betont Dr. Wittenberg, liefern lediglich ein Abbild der aktuellen politischen Stimmungen. Sie sind keine Wahlprognosen, oder -vorhersagen. Sie können für den Zeitpunkt der Befragungen als repräsentativ gelten, also hier für Ende Januar, nicht automatisch für den Wahltermin.

Selbst ohne ein Bild vor Augen, vermögen 90 Prozent der 1502 telefonisch Befragten Scholz als OB und Kandidaten der CSU zu nennen, „ein überragender Wert“, so Wittenberg. Maly wird von 71 Prozent, Brigitte Wellhöfer von 9 Prozent namentlich identifiziert. Der OB war also Ende Januar noch immer weitaus bekannter als der SPD-Herausforderer Maly.

Der generelle Benotungs-Mittelwert bei Scholz ist 2,8, bei Maly 2,5. Der OB erhält bei CSU-Wählern Noten zwischen 1,7 und 2,4; die schlechtesten Karten hat er bei Grünen-Anhängern.

LEICHT BESSER

Maly bekommt – mit Ausnahme von „volksnah“ und „ihm liegt Nürnberg am Herzen“, wo ein Patt herrscht – durchweg leicht bessere Noten als sein CSU-Konkurrent. Potenzielle SPD Wähler geben ihm Noten zwischen 2,0 und 2,4. Am schlechtesten kommt er bei der CSU-Klientel an. Beide Bewerber schneiden in der Altersgruppe der über 60-Jährigen überdurchschnittlich positiv ab. Und der junge SPD Kandidat bekommt von Frauen bessere Noten als Scholz.

Hans Peter Reitzner

Sonntagsblitz. Das aktuelle Sonntagsblatt für die Städte Nürnberg/Fürth/Erlangen, 17.2.2002, S. 3

OB SCHOLZ REAGIERT AUF UMFRAGE

„KEINE STICHWAHL“

WiSo-STUDIE PROGNOTIZIERT GERINGEN ABSTAND ZU ULRICH MALY (SPD)

Unterschiedliche Reaktionen der beiden Nürnberger OB-Kandidaten auf die Ergebnisse

der WiSo Telefon-Umfrage: Ludwig Scholz (CSU) geht trotz des prognostizierten geringen Abstands zu seinem Herausforderer weiter davon aus, die Mehrheit ohne eine Stichwahl zu erreichen.

Sein Herausforderer, Stadtkämmerer Ulrich Maly (SPD), setzt dagegen große Hoffnungen gerade auf einen zweiten Wahlgang. Er hofft auf die Stimmen der kleinen Parteien und Gruppen, die ihm dann zufließen.

Die Sonntagsfrage (Wen wählen Sie zum OB?) hatte wie berichtet Amtsinhaber Scholz 44 Prozent, dem Sozialdemokraten Maly 42 Prozent der Stimmen zugesprochen. Die in Zusammenarbeit von WiSo-Fakultät und NN unter 1502 Wahlberechtigten durchgeführte Umfrage legt damit die Möglichkeit einer Stichwahl durchaus nahe. (Bericht Seite 11) Eig. Ber./nn

NN, 58. Jg., Nr. 41, 18.2.2002, S. 1

REAKTIONEN AUF WISO-UMFRAGE

MALY HOFFT AUF EINE STICHWAHL

OB LUDWIG SCHOLZ FREUT SICH ÜBER SEINEN HOHEN BEKANNTHEITSGRAD

OB-Kandidat Ulrich Maly (SPD) hofft verstärkt auf eine Stichwahl nach der Entscheidung am 3. März. Amtsinhaber Ludwig Scholz (CSU) dagegen geht davon aus, auch ohne einen zweiten Wahlgang die erforderliche Mehrheit zu holen.

So unterschiedlich reagierten die beiden Konkurrenten auf die Ergebnisse der Telefonbefragung von 1502 Nürnberger Wahlberechtigten, die der Lehrstuhl Soziologie der WiSo-Fakultät mit Unterstützung der Nürnberger Nachrichten durchgeführt hat (wir berichteten).

Die Möglichkeit einer Stichwahl legen die Ergebnisse der Umfrage durchaus nahe. 44 Prozent der Befragten gaben an, sie würden Ludwig Scholz wählen. Maly kam auf 42 Prozent der Stimmen. Auf die Frage „Was glauben Sie, wer wird OB?“ hatten allerdings 67 Prozent in Scholz den Sieger gesehen, während Maly 32 Prozent der Befragten Chancen gaben.

„Umfragen sind das eine, die Wahl das andere“, kommentierte OB Scholz das Ergebnis der exklusiven NN-Umfrage zurückhaltend. Er gehe nicht von einer kostenträchtigen Stichwahl aus und freue sich über den Bekanntheitsgrad von 90 Prozent, der ihm in der Umfrage zugesprochen wurde. Dass jetzt von einer Stichwahl die Rede sei, mobilisiere jedenfalls jene Anhänger, die glaubten, es sei für ihn und die CSU schon alles gelaufen.

„SCHOLZ HAT KEINE MEHRHEIT“

Dass Amtsinhaber Scholz laut Umfrage unter 50 Prozent liege, fand Herausforderer Ulrich Maly bedeutsam. „Scholz hat keine Mehrheit“, schloss er. Dass ihm die Befragten in vielen Einzelpunkten (OB-Aufgabe gewachsen, Probleme im Griff, vertrauenswürdig) gute Noten gaben, sei erfreulich. Im Fall einer Stichwahl rechnet Maly fest mit den Stimmen der Wähler der Grünen oder der Bunten Liste.

Angetan war die grüne OB-Bewerberin Brigitte Wellhöfer vom ihr zugebilligten Bekanntheitsgrad von neun Prozent, „ein ausgesprochen motivierender Wert“. Auch sie hält eine Stichwahl für „ziemlich sicher“.

Wie berichtet, wollen 43 Prozent der Befragten am Wahlsonntag CSU, 39 Prozent die

4 Anhang

SPD wählen. Gebhard Schönfelder, SPD-Fraktionschef, sieht trotzdem „alle Chancen offen“. Sein Gegenspieler in der CSU-Fraktion, Klemens Gsell, ist nicht weniger optimistisch. Am Ende gehe doch verstärkt die konservative Klientel zur Wahl, glaubt er. Gsell: „Dann könnte sich die Stadt 250 000 Euro für die Stichwahl sparen.“

C.s.

NN, 58. Jg., Nr. 41, 18.2.2002, S. 11

AZ-INFO: UMFRAGE

Um die erste Umfrage von Uni-Soziologe Reinhard Wittenberg gab's mächtig Zoff, weil nur 369 statt 800 Personen mitmachten (AZ berichtete). Jetzt stellte der Forscher seine neue Studie mit 1502 Befragten als Grundlage vor. Ergebnis: 44 Prozent würden Ludwig Scholz, 42 Prozent Ulrich Maly als OB wählen, die CSU käme auf 43, die SPD auf 39, die Grünen auf acht und die FDP auf vier Prozent. Beim Bekanntheitsgrad hat Scholz immer noch die Nase vorn: 90 Prozent kennen ihn, Maly ist dagegen nur 71 Prozent ein Begriff. Als wichtigstes Problem stufen die Befragten die Arbeitslosigkeit ein.

AZ, 18.2.2002, S. N3

NÜRNBERGS GRÖSSTE PROBLEME

ARBEITSLOSIGKEIT AN ERSTER STELLE

BEI DER VERSCHULDUNG HAT HERAUSFORDERER MALY EINEN KLAREN BONUS

In ersten Reaktionen auf die von den Nürnberger Nachrichten veröffentlichten Ergebnisse der WiSo-Meinungsumfrage zur Kommunalwahl in Nürnberg fühlen sich die OB-Kandidaten Ludwig Scholz (CSU) und Maly (SPD) gleichermaßen bestätigt, dass sie am 3. März als Sieger durchs Ziel gehen können.

Nach der Erhebung würden 41,7 Prozent Maly wählen, wenn am nächsten Sonntag OB-Wahl wäre; 36 Prozent würden sich für Scholz entscheiden. In der Rangliste der zehn wichtigsten Themen rangiert bei der WiSo-Meinungsumfrage die Arbeitslosigkeit, zum Beispiel mögliche Unternehmensschließungen, an erster Stelle. Auf die Frage: Welche Partei bietet dafür die besten Lösungen an?, nannten 35,7 Prozent die SPD, 34,6 Prozent die CSU, aber 24,1 Prozent sagten „keine der Parteien“. Soziologe Reinhard Wittenberg, der die Befragung, die von den Nürnberger Nachrichten unterstützt wurde, ausgewertet hat: „Das ist ein schlechtes Ergebnis für die großen Parteien. Man traut ihnen die Lösungskompetenz nicht zu.“

Thema Nummer zwei: die Ausländerpolitik und -integration. Hier hat mit 35 Prozent die SPD die Nase etwas vorn zu 31 Prozent für die CSU und 18,1 Prozent für die Bündnisgrünen. An dritter Stelle rangiert die Verkehrspolitik (auch hinsichtlich Öffentlicher Nahverkehr und der Fahrradwege): Nur hier werden mit 36,8 Prozent den Grünen die besten Lösungen zugetraut, die CSU bekommt 26,8 Prozent, die SPD 26 Prozent. „Da vermischen bei den großen Parteien viele wohl ein schlüssiges Konzept“, folgert Wittenberg. Ranglistenplatz vier: der Umbau des Bahnhofsvorplatzes. 33,8 Prozent billigen der CSU die Lösungskompetenz zu, 26,8 Prozent der SPD und ebenfalls 26,8 Prozent den Grünen. Finden sie die Verschuldung der Stadt problematisch? Ja, sagten viele, das Thema steht an fünfter Stelle. Hier hat eindeutig Ulrich Maly einen Bonus. Dem Heraus-

4 Anhang

forderer und der SPD sprechen 40,5 Prozent der Befragten hier die besseren Lösungen zu, 25,4 Prozent sagen „keine der Parteien“, 24,9 Prozent nennen die CSU. Thema Nummer sechs: Soll der Frankenschnellweg ausgebaut werden? Ja, sagen 60 Prozent. Deutlich wird der CSU mit 64,6 Prozent die Lösung zugetraut, nur 22,9 Prozent nennen hier die SPD, 10,3 Prozent „keine der Parteien“, 2,3 Prozent die Grünen.

Stichwort Kriminalität, Rang sieben. Ist Sicherheitspolitik ein Thema, gibt es zu viel Kriminalität in der Stadt? Halbe, halbe ist das Ergebnis. Die Lösung wird aber mit 58,1 Prozent klar den Christsozialen zugebilligt, nur zu 23,6 Prozent der SPD, 12,8 Prozent „keine der Parteien“.

Kulturpolitik, Thema Nummer acht. Gibt es zu wenig kulturelle Angebote? Das ist für 69 Prozent kein Problem. Die besten Lösungen werden mit 44 Prozent der CSU zugestanden, mit 26,4 Prozent der SPD, mit 12,1 Prozent den Grünen, mit 3,3 Prozent den Guten, mit 2,2 der FDP, mit 1,1 Prozent den Freien Wählern. An neunter Stelle rangiert das Thema Behördengänge. Kein Problem, sagen fast 68 Prozent. Die Kompetenz verteilt sich auf die SPD mit 34,2 Prozent „keine der Parteien“ mit 32,9 Prozent die CSU mit 16,5 Prozent, die Grünen mit 10,1 Prozent, die FDP mit 3,8 Prozent, die Freien mit 2,5.

Thema Nummer zehn: Halten sie den WM Umbau des Frankenstadions für wichtig? 73 Prozent sagen nein. Kein Thema mehr für die Leute vermutet Wittenberg. Die CSU liegt vorn mit 66,7 Prozent, die SPD hat 23,5 Prozent.

Hans Peter Reitzner
NN, 19.2.2002, S. 15

MEINUNGSUMFRAGE: IM WAHLKAMPF SIND SCHOLZ UND MALY BISHER IN GLEICHEM MASS AUFGEFALLEN

VIELE WOLLEN AUF SEITEN DES SIEGERS SEIN

AMTSBONUS WIRKT SICH AUS – BEFRAGUNG MACHT FURORE – ABER DER WISO-DEKAN GEHT AUF DISTANZ

Die Meinungsumfragen durch Studierende am Lehrstuhl für Soziologie an der WiSo-Fakultät der Uni Erlangen-Nürnberg machen Furore. Bei Podiumsdiskussionen und in Wahlkampfreden zitieren Politiker die Ergebnisse. Der Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät jedoch setzt sich davon ab.

Die telefonische Befragung von 1502 Nürnberger(innen) hatte ergeben, dass 44 Prozent Ludwig Scholz (CSU) ankreuzen würden, 42 Prozent Ulrich Maly (SPD), 6 Prozent Brigitte Wellhöfer (Grüne), 8 Prozent „keinen von denen“. Auf die Einschätzungsfrage, wer OB werde, antworteten dagegen 67 Prozent Scholz und nur 32 Prozent Maly. Befragte schreiben dem OB einen Amtsbonus bei den Wählern zu (36 Prozent), sie halten Scholz für bekannter und man lese in den Medien mehr über ihn als über Maly (32), viele Leute würden außerdem den Kandidaten ankreuzen, von dem sie glauben, dass er siegreich sein werde (9). Immerhin: Im Wahlkampf aufgefallen ist Scholz 32 Prozent, Maly 30 Prozent. Beim Stadtrat würden 43 Prozent CSU wählen, 39 Prozent SPD, 8 Prozent die Bündnisgrünen, 4 Prozent die FDP, 2 Prozent die PDS, 2 Prozent die Rep, 1 Prozent die Freien Wähler, 1 Prozent die Guten. Die erst spät zu gelassenen Wählergemeinschaften Bunte

4 Anhang

Internationale Liste und die NPD-Tarnliste „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ konnten weder bei der Haustürbefragung noch bei den Telefoninterviews berücksichtigt werden. Auf die Einschätzungsfrage, wer die Stadtratswahl gewinnt, antworten 66 Prozent mit CSU, 33 Prozent mit SPD.

Auch hier klappt also eine Schere zwischen der Wahlabsicht der Befragten und dem vermuteten Wahlausgang. In den letzten Wochen haben 32 Prozent der Befragten ihr Urteil über die Wahlchancen von CSU und SPD geändert; davon profitiert die CSU mit einem Zuwachs von 41 und einem Verlust von 23 Stimmen, während die SPD 29 Stimmen verliert und 27 gewinnt. Dr. Reinhard Wittenberg vom Soziologie Lehrstuhl hat stets klar hervorgehoben, dass die Untersuchung nach streng wissenschaftlichen Kriterien durchgeführt wurde.

Währenddessen geht der WiSo-Dekan auf Distanz zu der „studentischen Aktion“, die nicht als Untersuchung der WiSo-Fakultät missverstanden werden dürfe. „Meine Kollegen haben ein Recht darauf, nicht mit dem Forschungsprojekt eines einzigen wissenschaftlichen Mitarbeiters am Lehrstuhl für Soziologie identifiziert zu werden“, meint Dekan Jurist Harald Herrmann. Die Ergebnisse könnten nicht wie professionelle Untersuchungen verwendet werden.

hpr

NN, 58. Jg., Nr. 45, 22.2.2002, S.17



Abbildung 4.5: Interviewerin Katrin Wagner

Foto: Karlheinz Daut

NN, 58. Jg., Nr. 45, 22.2.2002, S. 17

4 Anhang

WISSENSCHAFTLICHE MÄNGEL

WiSo DISTANZIERT SICH VON WAHLKAMPF-UMFRAGE

Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät (WiSo) der Friedrich-Alexander-Universität hat sich von der Wahlumfrage, die ein wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Soziologie durchgeführt hat, distanziert.

In einer Presseerklärung von Dekan Harald Herrmann heißt es: „Meine Kollegen haben ein Recht darauf, nicht mit dem Forschungsprojekt eines einzigen wissenschaftlichen Mitarbeiters am Lehrstuhl für Soziologie identifiziert zu werden.“

Mit dem Umfrageergebnis, das allerdings auf einer schwachen Datenbasis fußte, wurde ein Kopf-an-Kopf-Rennen beim Kampf zwischen Amtsinhaber Ludwig Scholz und Herausforderer Ulrich Maly um den OB Sessel vorausgesagt. Laut Herrmann liegt bei dieser „studentischen Befragungsaktion“ ein „Mangel an Wissenschaftlichkeit“ vor. Die Ergebnisse würden wie eine professionelle Wahlkampf-Untersuchung präsentiert.

fs

NZ, 199. Jg., Nr. 45, 22.2.2002, S. 13

POLITIKPARKETT

Wissen Sie, was ein „Stimmungsbild, erstellt auf wissenschaftlicher Basis“ ist? Nein? Wir auch nicht, bis zum dem Tag, an dem NN-Redakteur Siegfried Zelnhefer (re) es im Presseclub als Leiter einer Diskussion mit OB-Kandidat Maly einführte. Der Redakteur versuchte so den ersten Durchgang der Wahlumfrage der Wiso – mit Unterstützung der NN in die Welt gesetzt – zu retten. Sprachlich zumindest. Denn zur wissenschaftlichen Adellung, die man dann hätte „Umfrage“ nennen dürfen, reichte es nicht, weil zu wenige Nürnberger/innen von den Wiso-Studierenden befragt wurden. Peinlich? Nö. Darüber hinweg hilft eine Prise gute Laune gewürzt mit etwas Sprachakrobatik – auf ziemlich unwissenschaftlicher Basis, versteht sich.

Plärrer. Das Stadtmagazin, 25. Jg., 3.3.2002, S. 20

JUNGE FRAUEN HABEN MALY BESONDERS LIEB

DIE WAHL-ANALYSE: SCHOLZ BEI FAMILIEN UND SINGLES VORN – ZUR STICHWahl WOLLEN SCHRÖDER UND STOIBER EINGREIFEN

Die OB-Stichwahl am 17. März in Nürnberg wird zur Chefsache: Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) sollen den beiden Kandidaten den nötigen Rückenwind geben. Denn: Die Entscheidung wird knapp. Herausforderer Ulrich Maly (SPD) – er erreichte 49,2 Prozent – liegt nur 6487 Stimmen vor Amtsinhaber Ludwig Scholz (CSU). Er kam auf 45,9 Prozent.

„Maly. Jetzt!“ oder „Jetzt Ludwig Scholz!“: Die Parolen, mit denen SPD und CSU in die Stichwahl ziehen, unterscheiden sich kaum. Und in ihrer Sieges-Gewissheit nehmen sich beide auch nichts. „Wir packen’s. Ich bin Stichwählerprobt. Wir werden unsre Wähler mobilisieren“, sagt Ludwig Scholz. „Das Ergebnis verleiht uns Flügel. Es war ein klares Votum gegen Scholz. Die SPD hat, anderes als die CSU, ihr Mobilisierungspotential noch nicht ausgeschöpft“, so Ulrich Maly.

Beide Bewerber setzen im Endspurt auf die Parteigrößen. „Wir erwarten ganz prominente

4 Anhang

Unterstützung“, sagt Maly, dem Bundeskanzler Gerhard Schröder schon am Wahlabend per Handy mitgeteilt hat: „Uli, mach’ den Sack zu!“

Da will die Nürnberger CSU nicht zurückstecken und Edmund Stoiber mobilisieren. „Das wäre Superklasse“, sagt Landtagsabgeordneter Markus Söder. „Auch wenn den Nürnbergern klar sein muss, dass Ludwig Scholz zur Wahl steht.“

Nicht nur das, sondern laut Fraktions-Chef Klemens Gsell auch die Zukunft Nürnbergs. „Wir werden unsere Positionen klar machen. Ohne Scholz kein Frankenschnellweg. Ohne Scholz versinkt Ziegelstein im Stau. Ohne Scholz gibt’s Investitionshindernisse für die Wirtschaft.“

Doch wie groß sind die Chancen der beiden Kandidaten überhaupt? Wahlforscher Reinhard Wittenberg von der WiSo, der die Nürnberger Kommunalwahl mit einem Forschungsprojekt begleitete, gibt dem SPD-Mann die besseren Chancen. „Ich sehe Maly vorne. Das haben auch unsere Studien belegt.“ Zumal er nun auf die Unterstützung der Grünen- und Guten-Wähler bauen könne. Deren Kandidaten Brigitte Wellhöfer (1,9%) und Nikolaus Struck (1,2%) fielen aus. Zwar müssen erst die Gremien entscheiden, ob es eine Wahlempfehlung pro Maly gegen wird. „Aber wir sind für einen Wechsel in Nürnberg angetreten“, so Wellhöfer.

Trotzdem, so Wittenberg, sei nicht auszuschließen, dass Ludwig Scholz im Endspurt noch kräftig zulegen könne. Entscheidend wird sein, welcher der beiden Kandidaten seine eigenen Anhänger besser mobilisieren kann. Bei einer Wahlbeteiligung von 55,4 Prozent gibt’s noch Spielräume. „Das größte Potential steckt bei den Nichtwählern“, so Nürnbergs Stadt-Statistik-Chef Klaus Trutzel.

Seine Analyse: Die Frauen haben die Entscheidung maßgeblich bestimmt. Ludwig Scholz konnte sein 1996er Wahlergebnis bei den weiblichen Wählerinnen nur knapp erreichen. Der SPD-Mann lag bei Frauen im jüngeren und mittleren Alter bei knapp unter 60 Prozent.

Auch in CSU-Hochburgen wie beispielsweise Erlenstegen konnte Maly punkten. Hier machte er 11,9 Prozentpunkte gegenüber dem 1996er-Ergebnis gut. Insgesamt holte Maly in den bürgerlichen Gebieten Zuwächse von sieben Punkten. Ludwig Scholz dagegen punktete bei jungen Familien und Singlehaushalten.

Auch wenn Scholz hier weiter zulegen und gewinnen kann. Eines ist klar: Die Nachfolger scharren schon mit den Hufen. Nach einem Sieg in der Stichwahl wird er wohl kaum sechs Jahre im Amt bleiben. Hinter den Kulissen diskutiert Nürnbergs junge CSU-Garde bereits laut die Generationenfrage.

Michael Reiner

AZ, 5.3.2002, S. 3

UMFRAGEN DER SOZIOLOGIE KAMEN WAHLERGEBNIS SEHR NAHE
STUDENTEN LAGEN RICHTIG

ENDLICH GENUGTUUNG: DENN SOGAR DER DEKAN HATTE SICH ABGESETZT

Nun ist die Luft raus: Mit einer Wahlparty am Sonntagabend haben 130 Student(inn)en des Lehrstuhls für Soziologie an der WiSo-Fakultät der Uni Erlangen-Nürnberg ihre Meinungsfragen zur Kommunalwahl 2002 endgültig abgeschlossen und gebührend ge-

4 Anhang

feiert. Dazu haben sie auch allen Grund, denn die Ergebnisse der (zuerst nicht, dann sehr wohl repräsentativen) Befragungen und Stimmungsbilder (unterstützt und gefördert von den Nürnberger Nachrichten) lagen erstaunlich nah am tatsächlichen Ausgang des ersten OB Durchgangs am Sonntag.

Zuletzt waren Studierende am Wahltag gruppenweise vor ausgesuchten Wahllokalen unterwegs, um Bürger nach der Stimmabgabe zu interviewen. Schon in der ersten Welle der Haustürbefragung vor Weihnachten und Anfang Januar hatte das Ergebnis klar den SPD-Herausforderer Ulrich Maly vorne und CSU-Amtsinhaber Ludwig Scholz als Zweiten gesehen. Auf die Sonntagsfrage, wen sie wählen würden, hatten wahlberechtigte Nürnberger(innen) geantwortet: 41,7 Prozent Maly, 36,0 Prozent Scholz, 8,4 Prozent Wellhöfer, keine(n) der drei 4,1 Prozent, weiß nicht 7,0 Prozent, würde nicht wählen 2,7 Prozent. Legt man nur diejenigen Teilnehmer zu Grunde, die ihre Stimme auch abgeben wollten, sieht das Bild so aus: 47 Prozent Maly, 40 Prozent Scholz, 13 Prozent andere. Bei der repräsentativen Telefonumfrage der Student(inn)en Ende Januar bei 1502 wahlberechtigten Nürnberger(inne)n ergab die Sonntagsfrage (wohlgernekt bereinigt um die Annahme, der Anteil von SPD Anhängern sei überproportional hoch): Maly 42 Prozent, Scholz 44 Prozent, Wellhöfer 6 Prozent, keine(n) der drei 8 Prozent. Klares Bild: Stichwahl.



Abbildung 4.6: Am Wahltag

Foto: Karlheinz Daut

NN, 58. Jg., Nr. 55, 6.3.2002, S. 10

4 Anhang

Bei der parallel laufenden Online-Interview-Aktion, an der sich jede(r) beteiligen konnte, war Vorsicht geboten, weil sowohl dem Lehrstuhl als auch der Lokalredaktion deutliche Hinweise darauf vorlagen, dass CSU und SPD versucht hatten, Parteigänger zur doppelten und dreifachen Stimmabgabe für ihren Kandidaten anzustiften.

Für den federführenden Wissenschaftler Dr. Reinhard Wittenberg ist das Ergebnis eine lang erwartete Genugtuung, sah er sich doch der Häme „Pannenstudie“ ausgesetzt, weil sich an der Haustür zunächst nicht so viele Bürger wie erhofft geöffnet hatten. Und war er doch mit WiSo-internen Absetzbewegungen konfrontiert, die er sich nicht hätte träumen lassen. Sogar der Chef der Fakultät, WiSo-Dekan Harald Herrmann, distanzierte sich – ohne Rücksprache mit Wittenberg oder dem Lehrstuhlinhaber Professor Johann Bacher – von der Studie und den Studierenden und nannte es eine „studentische Befragungsaktion“ mit „Mangel an Wissenschaftlichkeit“. Es sind nur Gerüchte, die ihm nachsagen, auf politischen Druck reagiert zu haben ... Doch all das war vor der Wahl.

Hans Peter Reitzner

NN, 58. Jg., Nr. 55, 6.3.2002, S. 10

LIEBER AZ-LESER: HÜHNERKNOCHEN UND KAFFEESATZ

Wir haben es schon öfter erwähnt: Das allgemeine Meinungsumfragewesen hat gemäß einer demoskopischen Erhebung seinen Ursprung höchstwahrscheinlich im mittelasiatischen Schamanismus. Deswegen ist der von den Nürnberger Nachrichten angeregte Streit um die beste Meinungsumfrage aller Zeiten auch eine Auseinandersetzung von Welt-, ja von Weltall-Bedeutung. Wie schwierig diese Wissenschaft des Kaffeersatzlesens und Hühnerknochenwerfens ist, ergibt sich allein aus der vielschichtigen Bedeutung der Meinungsumfrage der Nürnberger WiSo-Studenten. Gemäß ihr hätte Uli Maly am letzten Sonntag einmal 41,7 Prozent, einmal 42 Prozent haben sollen, Ludwig Scholz einmal 36,0 Prozent, einmal 44 Prozent. Was Genaues weiß man nicht. Die von uns sehr geschätzte, bereits erwähnte NN kommt zu dem Urteil, dass es sich bei dieser akribischen Meinungserhebung um „eine erstaunlich nahe am tatsächlichen Ausgang“ liegende Umfrage gehandelt hat. Also kann man sich schon einmal um zehn Prozent verhasen – es ist und bleibt erstaunlich gut, richtig, genau. So genau, dass man eigentlich am letzten Sonntag gar nicht mehr hätte wählen brauchen. Überflüssigerweise sind dann aber noch einige Wähler zur Wahl geschritten und haben, wie Sie sich sicher erinnern, ein völlig unwissenschaftliches Wahlergebnis zusammengehäufelt: 49,2 Prozent für Maly, 45,9 Prozent für Scholz. Ob die von der NN unterstützten WiSo-Studenten am 17. März wieder eine Stichumfrage durchführen, ob diese gilt oder die richtige Wahl oder die Umfrage unseres Friseurs (siehe unten) – das steht in den Sternen. Oder in einem der nächsten Umfrage-Ergebnisse. Momentan empfehlen wir unseren Friseur.

Klaus Schamberger

AZ, 21.3.2002, S. 3

4.8.2 Kommunalpolitik und Lebensqualität 2006

EIN BAROMETER FÜR NÜRNBERG

AUFTAKT ZUR RINGVORLESUNG EINE VERKANNTEN METROPOLE?

Unter dem Titel „Das Nürnberg Barometer“ startet die WiSo-Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg morgen Abend eine Ringvorlesung zum Wintersemester 2005/06. Die Vortragsreihe ist Teil eines Lehrforschungsprojekts, bei dem die Studenten die sozio-kulturelle Entwicklung Nürnbergs untersuchen.

Ausgangspunkt, so Dr. Reinhard Wittenberg, ist das „Nürnberg Barometer“, das der Lehrstuhl für Soziologie und Empirische Sozialforschung (Schwerpunkt Arbeitsmarktsoziologie) zur Kommunalwahl 2002 gestartet hat. Es ist Grundlage einer Beobachtung bis 2010. Hierzu soll eine repräsentative Bevölkerungsgruppe aufgebaut werden, die mehrfach – auch zur Kommunalwahl 2008 – befragt wird.

„Das Nürnberg-Barometer untersucht die sozialstrukturellen, -kulturellen, -ökologischen und -ökonomischen sowie kommunalpolitischen Möglichkeiten und Grenzen des Lebens in der Stadt Nürnberg aus der Perspektive seiner Einwohner“, heißt es in einer Mitteilung. Hierzu hat Wittenberg Referenten aus der Stadt für die Ringvorlesung eingeladen. Den Auftakt macht am Mittwoch, 26. Oktober, um 18.30 Uhr im Audimax, Findelgasse 7/9 in Nürnberg, der Redakteur Andreas Franke, in der Lokalredaktion der Nürnberger Nachrichten zuständig für Kommunalpolitik. Thema: „Nürnberg: Eine verkannte Metropole?“. Es folgen zunächst am 9. November Henning Schirner und Barbara Lux-Henseler vom Amt für Stadtforschung und Statistik (Folgen des demographischen Wandels für die Stadt) und am 23. November Polizeichef Gerhard Schlögl (Kriminalitätsentwicklung und Sicherheitsempfinden in Nürnberg).

WIE GUT IST MALY?

AB 14. JANUAR LAUFEN ZWEI UMFRAGEN DER WISO ZUR KOMMUNALPOLITIK

Mit Lebensqualität und Kommunalpolitik befasst sich demnächst eine Telefon- und Internetumfrage des Lehrstuhls für Soziologie und Empirische Sozialforschung an der WiSo. Was halten die Nürnberger von der derzeitigen Kommunalpolitik und von den dafür verantwortlichen Parteien und Politiker(innen)? Wie wird OB Maly gesehen? Wer aus der CSU kommt 2008 am ehesten als Herausforderer in Betracht?

Zu diesen Themen laufen ab Samstag, 14. Januar, mit Unterstützung der Nürnberger Nachrichten eine Telefon- und eine Internetumfrage der WiSo. Die rund 100 Studierenden wollen unter der Leitung von Dr. Reinhard Wittenberg aber auch wissen, wie die Nürnberger die Lebensqualität in ihrer Stadt einschätzen.

hpr

NN, 62. Jg., Nr. 5, 6.1.2006, S. 10

LEBENSQUALITÄT UND KOMMUNALPOLITIK AUS SICHT DER BÜRGER

START EINER TELEFON- UND INTERNETUMFRAGE DES LEHRSTUHL FÜR SOZIOLOGIE UND EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG AN DER WISO

Lebensqualität und Kommunalpolitik in Nürnberg: Damit befasst sich ab Samstag, 14. Januar 2006, eine Telefon- und Internetumfrage des Lehrstuhls für Soziologie und Em-

4 Anhang

pirische Sozialforschung an der WiSo.

Was halten die Nürnberger von der derzeitigen Kommunalpolitik und von den dafür verantwortlichen Parteien und Politiker(innen)? Wie wird OB Maly (SPD) von der Bevölkerung gesehen? Wer aus der CSU kommt bei der Kommunalwahl 2008 am ehesten als Malys Herausforderer in Betracht? Welche der Parteien profitiert am meisten von der örtlichen „großen Koalition“? Wie informiert man sich über lokale Themen? Und wie stark interessieren sich die Bürger(innen) überhaupt für Kommunalpolitik? Zu diesen Themen finden ab 14. Januar mit Unterstützung der *Nürnberger Nachrichten* zwei Telefon- und Internetumfragen des Lehrstuhls für Soziologie und Empirische Sozialforschung an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Uni statt.

Die Studierenden wollen unter der Leitung von Dr. Reinhard Wittenberg aber auch wissen, wie die Nürnberger die Lebensqualität in ihrer Stadt einschätzen: Fühlen sie sich durch Kriminalität bedroht? Wie sehen sie ihr städtisches Umfeld? Welche Bauprojekte sollten unbedingt Vorrang haben? Wie stehen sie zu den ausländischen Mitbürgern? Ist ihnen Nürnberg familienfreundlich genug?

Wittenberg, seit mehr als 20 Jahren an der WiSo, will zusammen mit rund 100 Studierenden der Sozialwissenschaften an seine Studie zur Kommunalwahl aus dem Jahre 2002 – auch damals mit Unterstützung der *NN* – anknüpfen. Damals hatte er bereits frühzeitig – und zum Erstaunen weiter politischer Kreise – darauf hingewiesen, dass eine Stichwahl ums Oberbürgermeisteramt nötig und ein Wechsel des Amtsinhabers wahrscheinlich sein werde – Maly statt Scholz.

Jetzt, 2006, möchte Wittenberg eine Zwischenbilanz ziehen, bevor er in zwei Jahren die Kommunalwahl 2008 wissenschaftlich begleiten will. Auf diese Weise wird es auch möglich sein, treffsichere Aussagen über den sozialen, politischen und kulturellen Wandel in Nürnberg machen zu können.

Die repräsentative Telefonumfrage, für die die Marktforschungs- und Unternehmensberatungsfirma „Icon Added Value“, Nürnberg, zu Ausbildungszwecken für die Studierenden ein Telefonlabor zur Verfügung stellt, läuft vom 14. bis 20. Januar 2006. Wittenberg hofft, dass rund 1000 Nürnberger(innen) den Studierenden am Telefon Antworten auf ihre Fragen geben.

Die Internetumfrage zu den selben Themen findet zur selben Zeit statt. Sie ist über die Homepage der *NN* www.nn-online.de oder auch über den folgenden Link zu erreichen: www.nuernberg-barometer.de

Erste Ergebnisse stehen Ende Februar zur Verfügung.

hpr

NN, 62. Jg., Nr. 11, 14.1.2006, S. 10

BÜRGER SOLLEN AUSKUNFT GEBEN

UMFRAGE DER UNIVERSITÄT ZU KOMMUNALPOLITIK UND LEBENSQUALITÄT

Was halten die Nürnberger von der derzeitigen Kommunalpolitik? Was von den Parteien und Politiker(innen) Wie sehen sie Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD)? Wer aus der CSU kommt bei der Kommunalwahl 2008 als Malys Herausforderer in Betracht? Wie informiert man sich über lokale Themen? Und wie stark interessieren sich die Bür-

4 Anhang

ger(innen) überhaupt für Kommunalpolitik?

Mit diesen Fragen befasst sich seit gestern eine Telefon- und Internetumfrage des Lehrstuhls für Soziologie und Empirische Sozialforschung an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg. Unter Leitung von Dr. Reinhard Wittenberg und mit Unterstützung der *Nürnberger Nachrichten* wollen die rund 100 Studierenden in zwei Telefon- und Internetumfragen zudem wissen, wie die Nürnberger die Lebensqualität in ihrer Stadt einschätzen. Fühlen sie sich durch Kriminalität bedroht? Wie sehen sie ihr städtisches Umfeld? Welche Bauprojekte sollten unbedingt Vorrang haben? Wie stehen sie zu den ausländischen Mitbürgern? Ist ihnen Nürnberg familienfreundlich genug?

EINE ZWISCHENBILANZ

Eine ähnliche Umfrage gab es bereits im Jahr 2002. Jetzt möchte Wittenberg eine Zwischenbilanz ziehen, bevor er in zwei Jahren die Kommunalwahl 2008 wissenschaftlich begleiten will. So soll es auch möglich sein, treffsichere Aussagen über den sozialen, politischen und kulturellen Wandel in Nürnberg machen zu können.

Die repräsentative Telefonumfrage, für die die Marktforschungs- und Unternehmensberatungsfirma „Icon Added Value“, Nürnberg, für die Studierenden ein Telefonlabor zur Verfügung stellt, läuft noch bis 20. Januar 2006. Wittenberg hofft, dass rund 1000 Nürnberger(innen) am Telefon Antworten geben.

Die Internetumfrage zu den selben Themen findet zeitgleich statt. Sie ist über die Homepage der *NN* oder über www.nuernberg-barometer.de zu erreichen. Erste Ergebnisse stehen Ende Februar zur Verfügung.

hpr

Sonntagsblitz. Das aktuelle Sonntagsblatt für die Städte Nürnberg/Fürth/Erlangen, Nr. 3, 15.1.2006, S. 10

VIELE FRAGEN: LEBEN UND POLITIK IN NÜRNBERG

ENDSPURT BEI TELEFON- UND INTERNET-PROJEKT DER WiSo – EINSCHÄTZUNGEN DER BÜRGER GEFRAGT

Die Telefon- und Internet-Umfrage zur Lebensqualität und Kommunalpolitik in Nürnberg durch den Lehrstuhl für Soziologie und empirische Sozialforschung an der WiSo geht an diesem Wochenende in den Endspurt.

Seit dem 14. Januar finden mit Unterstützung der *Nürnberger Nachrichten* Telefon- und Internetumfragen („Nürnberg-Barometer“) zu dem Themenkomplex statt. Das Spektrum reicht von der Einschätzung der aktuellen Politik im Rathaus über eine Bewertung der Arbeit von OB Ulrich Maly (SPD) bis hin zu der Frage, wer ihn aus der CSU bei der Kommunalwahl 2008 herausfordern wird.

Gefragt wird aber auch nach der Priorität von verschiedenen Bauvorhaben in der Stadt, vom Volksbad bis zum Frankenschnellweg, und nach der Lebensqualität in Nürnberg. Hier geht es beispielsweise um Familienfreundlichkeit, Kriminalität, Sicherheit und Sauberkeit. Unter der Leitung von Dr. Reinhard Wittenberg befassen sich rund 100 Studenten mit dem Projekt. Die Firma „Icon Added Value“ stellt hierzu ein Telefonlabor zur Verfügung. Die Telefonumfrage schließt an diesem Samstag ab. Im Internet gibt es noch

4 Anhang

bis Sonntagnacht auf der NN-Homepage unter den Adressen *www.nn-online.de* oder unter *www.nuernberg-barometer.de* die Möglichkeit, mitzumachen.

fra

NN, 62. Jg., Nr. 17, 21.1.2006, S. 9

GROSSE NEUGIER

1782 TEILNEHMER BEI UMFRAGE ZUR POLITIK IN NÜRNBERG

An der Telefon- und Internet-Umfrage der WiSo zum Thema Lebensqualität und Kommunalpolitik in Nürnberg haben insgesamt 1782 Personen teilgenommen.

Reinhard Wittenberg vom Lehrstuhl für Soziologie und Empirische Sozialforschung erstellt mit 100 Studenten ein „Nürnberg Barometer“. Dazu zählt die Telefon- und Internet-Umfrage, die in einem Studio einer Unternehmensberatung und mit Unterstützung der Nürnberger Nachrichten Mitte Januar absolviert wurde.

1.322 Personen haben am Telefon und 460 online am PC Fragen zur Kommunalpolitik, ihren Akteuren im Rathaus und zu wichtigen aktuellen Themen wie Ausbau Frankenschnellweg oder Sanierung Volksbad beantwortet. „Die Telefonumfrage gibt einen repräsentativen Querschnitt der deutschen Wahlbevölkerung in der Stadt wieder“, betont Wittenberg. Im Februar liegt die Auswertung vor, die die NN vorstellen werden. Bei den Parteien im Rathaus werden die Ergebnisse bereits mit Spannung erwartet.

fra

NN, 62. Jg., Nr. 26, 1.2.2006, S. 9

KANDIDATIN DAGMAR WÖHRL

WER HAT CHANCEN GEGEN DEN ZWEITEN URSCHLECHTER?

Sozialwissenschaftler Reinhard Wittenberg von der Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät (WiSo) wertet die erfolgreiche Telefon- und Internet-Umfrage seiner Studenten (in Zusammenarbeit mit den NN) gerade erst aus, schon wird im Lager der Christsozialen merklich Unruhe spürbar. Welcher potenzielle CSU-Bewerber hat in den Augen der interviewten Bürger(innen) wohl die am wenigsten schlechten Karten als Gegenkandidat für SPD-Rathausjoker Ulrich Maly? Klemens Gsell? Roland Fleck? Michael Frieser? Oder gar Julia Lehner? Markus Söder? Was rauskommt, weiß so genau nur Wittenberg, und er reagiert auf Anbohren nur kategorisch: abwarten.

Zeit hat auch noch eine weitere denkbare Kandidatin, der gegen den als schier übermächtig eingeschätzten Sozialdemokraten Maly bereits die größten Chancen eingeräumt werden. Es ist CSU-Frauenstar Dagmar Wöhr, schon auf der Stadtratsliste damals Senkrechtstarterin, Ex-Schönheitskönigin und erfolgreiche Unternehmersgattin mit Bekanntheitswerten, von denen andere nur träumen können. Böse Zungen setzen in die Welt, CSU-Bezirkschef Günther Beckstein habe sich bei der Bildung der Großen Koalition in Berlin nur deshalb bei Edmund Stoiber für Wöhr als Wirtschaftsstaatssekretärin eingesetzt, um sie sich zu verpflichten. Aber wird sich die eigenwillige Dame 2007 für 2008 wirklich in die Pflicht nehmen lassen, wenn der Beckstein (wenn er dann noch Bezirksboss ist) ruft: „Dein Nürnberg braucht dich als OB-Kandidatin!“? Beobachter sind sich nicht sicher. Immerhin hätte Wöhr nichts zu verlieren: Im Falle der Niederlage bliebe

4 Anhang

sie halt Staatssekretärin bei Michael Glos in Berlin.

Schwarze Politgrößen, die zu ganz realistischer Einschätzung neigen, würden aber auch für Dagmar Wöhrl nicht die Hand ins Feuer legen. Maly sei kaum zu schlagen, sagen sie hinter vorgehaltener Hand: „Der macht’s doch prima und sehr geschickt.“ Sogar Leute aus der Wirtschaft würden bekennen: „Wir wählen Maly und als Partei die CSU.“ Wie meinte doch ein christsozialer Mandatsträger in einer Mischung aus Hochachtung und Schadenfreude: „Der Maly, das wird ein zweiter Urschlechter.“

Hans Peter Reitzner

NN, 62. Jg., Nr. 41, 18.2.2006, S. 10

BIS AUF MALY NUR „DURCHSCHNITT“

DER OB ÜBERTRUMPFT BEIM BEKANNTHEITSGRAD SELBST SEINEN VORGÄNGER

Zwei Jahre hat die Nürnberger CSU noch Zeit, um für die Wahl des Oberbürgermeisters einen Gegenkandidaten zum amtierenden OB Ulrich Maly (SPD) aufzubauen. In der Sicht der Wähler, widergespiegelt in einer telefonischen Befragung der WiSo-Fakultät, kristallisiert sich bisher kein Favorit heraus, der dem Stadtoberhaupt den Posten streitig machen könnte.

Als einziger Nürnberger Kommunalpolitiker erhält Maly für die Arbeit der letzten vier Jahre die Durchschnittsnote 2,5. Wären sie Schulmeister, würden die Bürger(innen) den meisten ihrer gewählten Vertreter ein eher mäßiges Zeugnis schreiben: Sowohl bekannte Einzelpersonen als auch die drei Koalitionsparteien im Rathaus müssten sich – bei geringen Schwankungen – auf das Urteil „befriedigend“ gefasst machen. Von der Popularität Malys profitiert offenbar auch seine Partei. Die SPD läge aktuell nicht nur deutlich vor der CSU. Mit den Grünen reichten die Stimmanteile auch zur absoluten Mehrheit im Stadtrat. Das wäre das Ende der „Großen Koalition“ im Rathaus.

Dies sind die zentralen Ergebnisse der repräsentativen Umfrage („Politiker und Parteien in Nürnberg“) des Lehrstuhls für Soziologie und Empirische Sozialforschung an der WiSo-Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg. Die ersten Analysen werden heute exklusiv in den Nürnberger Nachrichten, die die Befragung unterstützt haben, veröffentlicht. Rund 100 Soziologiestudent(inn)en hatten Mitte Januar computerunterstützte Telefoninterviews mit 1312 Einwohnern in Nürnberg geführt, die 2008 an der Kommunalwahl teilnehmen können.

Nach einer ersten Auswertung der Telefoninterviews hat OB Maly „mit einem Bekanntheitsgrad von 97,9 Prozent ein Ausmaß an Bekanntheit erreicht, wie es selbst sein verstorbener Vorgänger Ludwig Scholz (CSU) zu Wahlkampfzeiten nicht erlebt hatte“, schreibt Dr. Reinhard Wittenberg, unter dessen Leitung das Lehrforschungsprojekt steht. Scholz kam 2002 bei einer Umfrage des Lehrstuhls auf einen Wert von 90,3 Prozent, was bereits als „überragender Wert“ bezeichnet wurde. Maly konnte aber seit seinem Amtsantritt und Aufstieg vom Kämmerer zum OB im selben Jahr einen Zuwachs beim Bekanntheitsgrad von 26 Prozentpunkten verzeichnen.

Eine der – auch für die Wahlstrategen – spannenden Fragen ist, wie gut potenzielle Herausforderer Malys aus der CSU bei der Umfrage abgeschnitten haben. Zur Wahl standen bei den Interviews Bürgermeister Klemens Gsell, Wirtschaftsreferent Roland Fleck und

4 Anhang

Fraktionschef Michael Frieser. Gsell als bekanntester der abgefragten Gegenkandidaten wird von knapp drei Vierteln (72,1 Prozent) namentlich erkannt, Fleck von mehr als der Hälfte (54,3). Die Fraktionsvorsitzenden Michael Frieser (CSU), Gebhard Schönfelder (SPD) und Brigitte Wellhöfer (Grüne), ebenfalls abgefragt, „stehen offensichtlich nicht so sehr im Rampenlicht der öffentlichen Scheinwerfer“, schlussfolgert Wittenberg. Denn Wellhöfer – als einzige Frau – belegt Platz 4 auf der Bekanntheitsskala (42,8), Schönfelder Platz 5 (38,9) und Frieser Platz 6 (25,7).

Die Arbeit der sechs Spitzenakteure aus der Rathauspolitik konnte von den Befragten auch benotet werden (Schulnoten von 1 bis 6). Auch hier liegt OB Maly vorn mit einer Durchschnittsnote von 2,5. Auch in einer weiteren Frage, bei der es um die Eignung für das höchste Amt in der Stadt ging, geht Maly als Sieger hervor. Gsell folgt ihm bei der ersten Noten-Frage mit einer 2,9 – gleichauf mit Schönfelder. Fleck und Frieser bekommen jeweils eine 3, Wellhöfer eine 3,1 von den Nürnbergern. Mehr als die Hälfte (53,9 Prozent) nennen Bürgermeister Gsell als denjenigen, „der die größte Chance“ gegen Maly hätte. Weit dahinter liegen Fleck mit 37,1 Prozent und deutlich abgeschlagen Fraktionschef Michael Frieser mit neun Prozent.

Bemerkenswert: Gut ein Drittel (27,7 Prozent) räumen keinem der CSU-Herausforderer eine Chance gegen den Amtsinhaber ein. Wäre ein anderes Ergebnis herausgekommen, wenn in der Herausforderer-Liste auch die Bundestagsabgeordnete Dagmar Wöhrle aufgetaucht wäre? Die Wirtschaftsstaatssekretärin hat immerhin nahezu den gleichen Bekanntheitsgrad in Nürnberg wie Maly. Bei einer Abfrage der Bekanntheit der vier Nürnberger Bundestagsabgeordneten landet sie weit vorne mit 97,1 Prozent. Hier könnte die Nürnberger CSU ins Kalkül ziehen müssen, dass sie die Popularität des OB nur mit der vergleichbaren Popularität ihrer Spitzenpolitikerin in der Bundesregierung kontern kann. (Weitere Analysen und StandPunkt Seite 10)

Andreas Franke und Hans-Peter Reitzner

NN, 62. Jg., Nr. 52, 3.3.2006, S. 9

CSU ÜBERLIESS DEM OB DAS FELD

KEINEN KONKURRENTEN AUFGEBAUT – SPD UND GRÜNE PROFITIEREN VOM RATHAUSBÜNDNIS

Die CSU hat dem amtierenden SPD-OB „seit vier Jahren mehr oder minder konkurrenzlos das Feld des kommunalen Spitzenpolitikers überlassen“. So kommentiert Akademischer Direktor Reinhard Wittenberg die Ergebnisse der WiSo-Umfrage.

Aus heutiger Perspektive könnte „Ulrich Maly zwei Drittel der abgegebenen Stimmen auf sich ziehen, die ausgewählten potenziellen CSU-Bewerber zusammen ein Viertel“. Der Wissenschaftler merkt durchaus wertend an: „Nach der Abwahl von Ludwig Scholz kann die SPD offenbar auf ‚ihren‘ Oberbürgermeister Ulrich Maly bauen. Die CSU hat dagegen in den verflossenen vier Jahren, gewollt oder ungewollt, die Spitzenposition eines Maly-Herausforderers unbesetzt gelassen.“ Für die CSU sieht der Wissenschaftler daher „akuten Handlungs- und Entscheidungsbedarf“, es müsse „umgehend ein attraktiver Gegenkandidat aufgebaut werden“.

Offenbar zieht Maly (44) zurzeit auch seine Partei, im Rat nur zweitstärkste Fraktion

nach der CSU, mit nach oben. So fällt die Bewertung der Arbeit innerhalb der „Großen Rathauskoalition“ aus CSU, SPD und Grünen für die Sozialdemokraten am günstigsten aus. Die CSU landet auf Platz 2.

SONNTAGSFRAGE: KLAR ROT-GRÜN

Auch bei der berühmten „Sonntags-Frage“ („Wenn am Sonntag gewählt würde, welcher Partei würden Sie Ihre Stimme geben?“) liegt die SPD vorne. Sie erhielt laut Umfrage 41,2 Prozent (bei der Stadtratswahl 2002 waren es 39,5), die CSU 32 Prozent (43,6), die Grünen 10,6 (5,8) und die FDP 4,0 (2,1). Dies käme einer klaren rot-grünen Mehrheit im Nürnberger Rathaus und dem Ende des „Großen Koalition“ gleich. Auf jeden Fall meint gut die Hälfte der Befragten (52,7 Prozent), dass die SPD bei der Kommunalwahl 2008 „die meisten Stimmen erhalten“ wird. Einen Wahlsieg trauen der CSU nach jetzigem Stand „nur“ 29,8 Prozent zu.

Auch die Einschätzung der vier Nürnberger Bundestagsabgeordneten war Bestandteil der Telefoninterviews mit den 1312 im Jahr 2008 wahlberechtigten Nürnbergern. Die Bürger konnten Renate Blank (CSU), Martin Burkert (SPD), Günter Gloser (SPD) und Dagmar Wöhr (CSU) nach ihrem jeweiligen Bekanntheits- und Beliebtheitsgrad bewerten. Je nach Kriterium liegen Gloser oder Wöhr vorne.

In Punkto Bekanntheit rangiert die Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium, Dagmar Wöhr, wie bereits erwähnt, unangefochten an erster Stelle. Mit ihrem Spitzenwert von 97,1 Prozent erreicht sie nicht nur fast den Wert von OB Ulrich Maly (97,9), die Politikerin liegt hier auch deutlich vor ihrer Parteifreundin Renate Blank (73,1 Prozent der Befragten gaben an, den Namen Blank zu kennen). An dritter Stelle landet der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Günter Gloser, der bei der Umfrage 68 Prozent erreicht. Weit danach folgt Bundestags-Neuling Martin Burkert mit 27,3 Prozent.

Eine andere Rangfolge ergibt sich jedoch, legt man das Kriterium Beliebtheit an. Hier konnten die Befragten nicht – wie bei den Rathaus-Politikern – Schulnoten vergeben, sondern auf einer Skala von -5 bis +5 (wie beim „Polit-Barometer“ im Fernsehen) ihr Urteil vergeben. Hier liegt mit einem Wert von +1,8 Günter Gloser vorn. Er ist „offenbar der angesehenste unter den vier Bundestagsabgeordneten“, heißt es in der Auswertung der Umfrage. Und dann folgt auch schon – trotz der noch neuen Position – der frühere SPD-Stadtrat Martin Burkert mit einer +1,3. Diesen Wert erreicht auch Dagmar Wöhr. An Renate Blank vergaben die Befragten ein +0,7. Forscher Wittenberg betont, dass alle vier Nürnberger Bundestagsabgeordneten im positiven Bereich lägen, was beim Polit-Barometer im TV keinesfalls für alle Politiker gelte. „Alles in allem sind die Nürnberger offenbar mit ihren vier Bundestagsabgeordneten zufrieden“, schreibt der Wissenschaftler.

Die Nürnberger SPD zieht bisher anscheinend den größten Nutzen aus der Zusammenarbeit in der „Großen Ratskooperation“, mehr jedenfalls als die CSU. Insgesamt aber haben die Fraktionen im Rathaus Mühe, bei den Wählern ein eigenes Profil zu entwickeln, wenn es um die Lösung von anstehenden Problemen geht.

Gut ein Drittel der Befragten (35,7 Prozent) gaben an, dass die SPD bisher aus dem Rats-Bündnis aus SPD, CSU und Bündnisgrünen „den größten Nutzen“ gezogen hat. Gut ein Fünftel (20,9 Prozent) sagen dies für die CSU, lediglich ein Sechstel (15,7) für

4 Anhang

die Grünen. Bemerkenswert: Der zweitgrößte Wert mit 27,8 Prozent entfällt auf die Gruppe, die keine der drei Parteien als Nutznießer der Koalition sieht.

Nach der Kommunalwahl 2002 gab es im Nürnberger Rat keine eindeutigen Mehrheiten. Um nicht die beiden „rechten“ Stadträte zu Zünglein an der Waage bei Entscheidungen zu machen, haben sich die drei größten Fraktionen auf ein Rats-Bündnis verständigt. (StandPunkt und Zur Sache rechts, weitere Analysen in der morgigen Ausgabe)

Andreas Franke

NN, 62. Jg., Nr. 52, 3.3.2006, S. 10

SCHARFE MOMENTAUFNAHME

UMFRAGE DER UNI ZEIGT KLAR MALYS VORSPRUNG AUF

Halt – langsam, langsam! Bevor die Parteistrategen und Cheftpropagandisten gleich zu den bevorzugten Nebelwerfern greifen und Sprechblasenknöpfe drücken, sollten sie mal innehalten und sich überlegen, welche Kommentare sie zu den Umfragergebnissen des WiSo-Lehrstuhls abgeben wollen. Erstens: Die repräsentative Befragung ist nicht im Auftrag der SPD entstanden – sie hat gar keinen Auftraggeber, sondern ist ein dankenswertes Eigenprojekt der Uni. Zweitens: Wissenschaftler Wittenberg weist klar und deutlich darauf hin, dass die Ergebnisse – wie bei jeder Umfrage – keine Prognose für die ferne Zukunft sein können; sie sind eine gültige Stichprobe, eine scharfe Momentaufnahme, ein aufschlussreiches Stimmungsbild der wahlberechtigten Bevölkerung. Und daraus können – und sollten – die Politiker ihre Schlussfolgerungen ziehen, wenn sie daran interessiert sind, den Nerv der Wähler(innen) besser zu treffen.

Drittens: Ulrich Malys Vorsprung bei Bekanntheit und ihm zugestandenene Fähigkeiten ist so groß, dass die CSU Mühe haben wird, einen halbwegs ebenbürtigen Gegenkandidaten aufzubieten. Am dichtesten an den amtierenden OB heran kommt Dagmar Wöhrle, allerdings spaltet sie in der Beurteilung ihrer Fähigkeiten auch mehr als andere. Erstaunlich ist das Ausmaß, in dem Maly seine Partei mit nach oben zieht. Dieser Befund dürfte Wasser auf die Mühlen derjenigen Christsozialen sein, die schon seit langem eine härtere Gangart oder gar einen Alleingang im Rathaus verlangen.

Hans-Peter Reitzner

NN, 62. Jg., Nr. 52, 3.3.2006, S. 10

ZUR SACHE

Auf die Fragen zur Bekanntheit und Beurteilung von Politikern haben 1312 Einwohner Nürnbergs geantwortet, eine Gruppe, die nach Geschlechts- und Altersverteilung die Wähler von 2008 repräsentiert, wobei wahlberechtigte Ausländer wegen ihrer geringen Wahlbeteiligung ausgenommen wurden.

„Es handelt sich nicht um Wahlprognosen“, betont der Leiter der Untersuchung, Dr. Reinhard Wittenberg. „Die nächste Kommunalwahl liegt viel zu weit in der Zukunft, um über ihren Ausgang irgendwelche Vermutungen anstellen zu können.“ Die ersten, noch vorläufigen Ergebnisse der Befragung zeichnen stattdessen ein Stimmungsbild davon, wie die Bevölkerung derzeit die Kommunalpolitik und deren Protagonisten sieht. Die Umfrage ist Teil eines Lehrforschungsprojekts zu „Kommunalpolitik und Lebens-

4 Anhang

qualität in Nürnberg 2006“. Genauere Auswertungen folgen im Sommer.

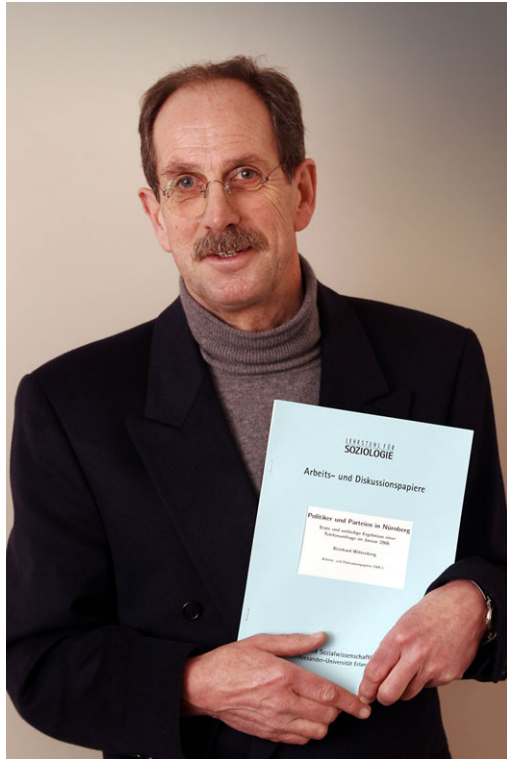


Abbildung 4.7: Wissenschaftler Reinhard Wittenberg

Foto: Matejka

NN, 62. Jg., Nr. 52, 3.3.2006, S. 11

Wittenberg hatte mit seinen Studenten schon vor der Kommunalwahl 2002 Befragungen durchgeführt und – sehr zum Missfallen handelnder Parteien – den Sieg Malys erstaunlich frühzeitig und hartnäckig vorhergesagt, auch gegen Widerstände.

hpr

NN, 62. Jg., Nr. 52, 3.3.2006, S. 10

MALYS TRAUMWERTE HEIZEN DEBATTE IN DER CSU AN
BECKSTEIN GELASSEN: BÜNDNIS FORTSETZEN – WiSo-UMFRAGE IST POLITISCHES TA-
GESGESPRÄCH – FRIESER GREIFT OB AN

Tagesgespräch in den politisch interessierten Kreisen der Stadt waren gestern die Ergebnisse der WiSo-Telefonumfrage zur Nürnberger Politik, welche die Nürnberger Nachrichten exklusiv veröffentlicht hatten.

OB Ulrich Maly, unter blauem Himmel aus dem Winterurlaub im Trient kommentierend, warnt auf Anfrage der Lokalredaktion zunächst davor, seine „Traumwerte“ von 97,9 Prozent Bekanntheit und der Note 2,5 für seine Arbeit überzubewerten; es handle sich um

4 Anhang

eine Momentaufnahme und man sehe am Beispiel Stoiber, wie schnell man von weit oben ganz tief fallen kann. Gleichwohl habe er, Maly, ein „Gefühl stiller Freude“, wenn viele Menschen die Arbeit schätzen, die man leiste. Doch er mache „keinen Champagner auf“. Bezogen auf die Arbeit im Rathaus hofft er, dass niemand etwas überinterpretiere: „Es wäre schade, wenn jemand nervös wird; in den letzten Monaten ist das ja schon das ein oder andere Mal passiert.“

Betont gelassen haben führende Politiker der CSU auf die Ergebnisse der WiSo-Umfrage reagiert. Bezirkschef und Innenminister Günther Beckstein „hat das Vertrauen in Umfragen gehörig verloren“, sagt der CSU-Politiker und spielt auf die Bundestagswahl an. Der „Riesenvorsprung“ des OB sei nur ein Amtsbonus und könne sich durch einen Wahlkampf relativieren. Auf Spekulationen um eine Kandidatur von Staatssekretärin Dagmar Wöhrle (Bekanntheitsgrad: 97,1) oder Umweltbürgermeister Klemens Gsell (72,1) will Beckstein sich nicht einlassen. Er nennt im Zusammenhang mit der „guten Ausgangsposition vor der Kandidatenkür 2007“ auch den Namen des Wirtschaftsreferenten Roland Fleck. Beckstein plädiert dafür, die Zusammenarbeit im Rathaus beizubehalten, wenngleich es „keine Liebesheirat“ war. Das Profil der CSU werde durch „sachliche Arbeit geschärft“.

Klemens Gsell hat sich die Umfrageergebnisse im Ski-Urlaub berichten lassen. „Mich regt die Umfrage nicht auf“, sagt er. Die OB Schönlein und Scholz hatten nach drei bis vier Jahren im Amt ebenfalls „Traumwerte, das ist ein natürlicher Zyklus“. Dagmar Wöhrle als OB-Kandidatin? „Ich schließe nichts aus“, sagt Gsell. Die herausragende Position der Staatssekretärin habe ihn nicht überrascht: „Alles andere wäre schlimm.“ Ähnliche Werte haben auch die Nürnberger Bundesminister Oscar Schneider und Renate Schmidt erreicht, sagt Gsell ruhig. Aggressiv und mit Attacken auf den OB reagierte dagegen gestern Abend CSU-Fraktionschef Michael Frieser beim Fischessen seiner Partei.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Gebhard Schönfelder, bleibt erstaunlich moderat. Er will das Ergebnis nur als ein Mosaiksteinchen im Urteil der Bürger(innen) für eine sechs Jahre laufende Legislaturperiode bewerten. Das Ergebnis in der Personenbeurteilung entspreche wohl auch der allgemeinen Wahrnehmung in der Bevölkerung. „Die Zahlen mögen stimmen, sie dürfen uns aber nicht dazu verführen, die politischen Partner zu unterschätzen“, so Schönfelder. Wie immer wird so ein Ergebnis von den verschiedenen Partnern unterschiedlich beurteilt; so könne es auch die Zusammenarbeit in den nächsten zwei Jahren belasten. Daraus zu schließen, dass es im Jahr 2008 eine rot-grüne Mehrheit geben wird, „wäre fahrlässig und würde die Zusammenarbeit in Frage stellen“. Schönfelder geht davon aus, dass auch nach dem Jahr 2008 für die Fraktionen bei aller Konkurrenz der Geist der Zusammenarbeit fortgeführt wird. Insgesamt beurteilt Schönfelder die Befragung als ausgesprochen seriös; er fordert deshalb von den Parteien verantwortungsbewussten Umgang mit den Ergebnissen.

Für die Grünen sei der Anstieg an Zuspruch äußerst positiv, freut sich Fraktionschefin Brigitte Wellhöfer. Dass Maly die SPD derart nach oben zieht, ist für Wellhöfer ebenso bemerkenswert wie die Folgen der Tatsache, dass die CSU sich bei der Kandidatenkür nicht entscheiden könne. (StandPunkt S. 10, Analysen S. 13, zu Friesers Rede Nürnberg-Extra S.1)

Hans Peter Reitzner und Lorenz Bomhard
NN, 62. Jg., Nr. 53, 4.3.2006, S. 9

CSU IN DER ZWICKMÜHLE

CHRISTSOZIALE SUCHEN NACH ECHTER ALTERNATIVE ZU MALY

Die Wähler-Umfrage der WiSo-Sozialwissenschaftler sorgt in den Parteizentralen für einige Aufregung. Vor allem CSU und SPD versuchen – aus ganz unterschiedlichen Gründen – die Ergebnisse herunterzuspielen. Die Strategen der Sozialdemokraten werden angesichts der positiven Ergebnisse für die Partei wie für „ihren“ Oberbürgermeister kräftig auf die Euphorie-Bremse drücken. Ingeheim lassen sie aber sicher im Rathaus und im Karl-Bröger-Zentrum ein paar Sektkorken knallen. Irgendwie hat man bei der SPD ja schon geahnt, dass ihr OB Ulrich Maly draußen gut ankommt. Aber dass davon laut Umfrage offenbar auch die Partei profitiert, dürfte in dem Ausmaß auch aufmerksame Beobachter überrascht haben.

Bei der CSU dagegen ist die Katerstimmung wohl groß. Deshalb wird man ebenfalls versucht sein, die Aussagen zu relativieren. Aber die Christsozialen haben schon gespürt, dass ihnen mit dem jungen SPD-Oberbürgermeister ein (kommunal-) politisches Schwergewicht buchstäblich die Schau stiehlt. Und er trotz der Einbindung in eine „Große Ratskoalition“ punkten kann.

Doch dass nach der Analyse auch die Partei offenbar beim Wähler nicht wie erhofft landen kann (nur ein Stoiber-Malus?), muss bei den Strategen zwei Jahre vor der Kommunalwahl 2008 die Alarmglocken schrillen lassen. Nach heutigem Stand wäre ein Machtwechsel zu Gunsten einer rot-grünen Mehrheit und ein Abschied der CSU von der aktiven Mitgestaltung seit 1996 im Stadtrat möglich.

„MANGELHAFT“ FÜR DIE RECHTEN

Die Grünen scheinen als kleinster Partner die beiden Koalitionäre bisher nicht zwischen die Mühlsteine geraten zu sein. Der gemessene Zuspruch zur Ökopartei jedenfalls ist für ihre Verhältnisse groß. Bemerkenswert: Als einzige Frau in der von Männern dominierten Spitzenriege der Lokalpolitiker genießt die Fraktionschefin Brigitte Wellhöfer einen vergleichsweise hohen Bekanntheitsgrad. Die Freien Wähler können offenbar in der Wählergunst zulegen, auch wenn sie in Nürnberg eher eine Randerscheinung bleiben.

Erfreulich an den Umfrage-Ergebnissen ist, dass die rechten Parteien und Vertreter im Stadtrat weit abgeschlagen in der Wählergunst landen. Sie bekommen für ihre Arbeit ein „mangelhaft“. Ob auch die „Versetzung“ in den neuen Stadtrat „gefährdet“ ist, darüber entscheiden die Bürger in zwei Jahren.

Freilich: Die Wähler-Stimmung kann sich bis 2008 noch spürbar ändern. Es handelt sich eben um eine „Zwischenbilanz“ – um nicht mehr, aber auch um nicht weniger.

Die CSU steht nun vor dem größten Problem. Selbst wenn Bezirkschef Günther Beckstein auch aus eigener Erfahrung stets betont, dass die zu frühe Kür eines OB-Kandidaten oder einer -Kandidatin von Nachteil ist: Die Christsozialen stehen nun mächtig unter Druck, dem populären und offenbar unangefochtenen OB Maly eine(n) aussichtsreiche(n) Gegenspieler(in) vor die Nase zu setzen. Folgt man der Umfrage, haben die bisher gehandelten Herausforderer derzeit keine berauschende Perspektive.

4 Anhang

Hier drängt sich für die CSU eine Lösung auf, die auch vom Amtsinhaber insgeheim als eine echte Konkurrenz gesehen wird: eine weibliche Gegenkandidatin für das höchste Amt in der Stadt. Auch Insider aus der CSU raten dazu, eine echte Alternative zu Maly aufzustellen. Doch viele personelle Alternativen drängen sich nicht auf.

SETZT WÖHRL POSTEN AUFS SPIEL?

Was die Popularität betrifft, kann dem OB nur die Staatssekretärin Dagmar Wöhrl das Wasser reichen. Ob sie freilich bereit ist, für eine glaubwürdige Kandidatur sogar den neuen Posten in der Regierung aufs Spiel zu setzen, hängt stark von den Überredungskünsten der CSU-Spitze ab. Maly zu schlagen und Nürnberg wieder „einzunehmen“, hat für die Partei einen herausragenden Stellenwert. Doch dabei rennt der CSU die Zeit davon.

Die SPD dagegen wird das Problem haben, das diagnostizierte Stimmungshoch zu halten. Nach diesen Umfrageergebnissen müsste sie großes Interesse daran haben, das Rathausbündnis mit dem stärksten Konkurrenten möglichst bis zur Kommunalwahl 2008 durchzuziehen. Und Maly, der nicht gerade an Mangel an Selbstvertrauen leidet, darf sich in seinem Kurs bestätigt fühlen. Auch er wird daran interessiert sein, die CSU im Bündnis möglichst lange zu „umarmen“. Nur unterschätzen, das weiß er, darf der OB die Konkurrenz nicht.

Für die CSU freilich stellt sich noch eine zweite brennende Frage: Soll sie – um des eigenen Profils willen – nicht besser aus der gar nicht so gut benoteten Koalition aussteigen? Dieses heikle Thema wird in den Gremien nun wieder hochkochen. Bei einem Ausstieg aber läuft die CSU Gefahr, Ulrich Maly noch stärker ins Rampenlicht zu heben. Eine echte Zwickmühle.

Andreas Franke

NN, 62. Jg., Nr. 53, 4.3.2006, S. 10

NACH DER WM WIRD ANGEGRIFFEN

BÜRGER ERWARTEN LÖSUNGEN: LISTE UNERLEDIGTER AUFGABEN IM RATHAUS IST LANG

Wer bringt die besten Eigenschaften für das Amt des Oberbürgermeisters mit? Diese Frage stand im Mittelpunkt eines eigenen Abschnitts bei den Telefoninterviews des WiSo-Lehrstuhls für Soziologie und Empirische Sozialforschung.

Im Vergleich zu seinen drei potenziellen Herausforderern aus der CSU – Klemens Gsell, Roland Fleck und Michael Frieser – konnte auch hier OB Ulrich Maly (SPD) bei allen sieben Kategorien die besten Noten einheimsen. Gleich zu Beginn konnten die Befragten beurteilen, wie die jeweiligen Politiker der OB-Aufgabe in Nürnberg gewachsen seien. Während Amtsinhaber Maly von den Bürgern eine 2,0 erhielt, lagen die CSU-Herausforderer beinahe gleich auf: Bürgermeister Gsell und Wirtschaftsreferent Fleck erhielten eine 2,5, Fraktionschef Frieser eine 2,7.

Auch bei den weiteren Fragen kamen bei den CSU-Vertretern kaum Bewertungsunterschiede heraus. Im Schnitt die schlechtesten Noten bekamen alle vier Politiker bei der Frage, wer die Probleme Nürnbergs in den Griff bekommt. Hier vergaben die Befragten an OB Maly eine 2,5, Fleck folgt mit 2,6, Gsell mit 2,7 und Frieser mit der Note 2,8. Am

4 Anhang

besten dagegen kommen alle Vier bei der Frage weg, wem Nürnberg am Herzen liegt. Maly erreichte hier eine 1,7, während die Bürger Fleck und Frieser jeweils mit 2,1 und Gsell mit 2,2 benoteten.

Ein klarer Vorteil für Amtsinhaber Maly ist offenbar seine rhetorische Begabung. „Er spricht eine Sprache, die die Menschen verstehen“, werteten die Wähler bei Maly mit 1,9, bei Frieser und Gsell dagegen gab es eine 2,5, bei Fleck eine 2,6. Für die Aussage „Er ist ein sympathischer Mann“ gab es für den OB eine 1,9, Frieser eine 2,4 sowie für Fleck und Gsell je eine 2,5.

Für das Attribut „vertrauenswürdiger Politiker“ erzielte Maly die Note 2,1, danach folgt Gsell mit 2,5 sowie Fleck und Frieser mit jeweils 2,6. Auch wer sein Privatleben im Griff habe, konnten die Befragten beurteilen. Bei Maly vergaben sie eine 1,9, bei den Herausfordern eine 2,2 (Gsell) und je eine 2,3 (Fleck und Frieser).

Auch bei den vier Nürnberger Bundestagsabgeordneten wurde das Kriterium Beliebtheit abgefragt. Hier konnten die Befragten nicht – wie bei den Rathaus-Politikern – Schulnoten vergeben, sondern auf einer Skala von -5 bis +5 (wie beim „Polit-Barometer“ im Fernsehen) ihr Urteil vergeben. Mit einem Wert von +1,8 liegt Günter Gloser (SPD) vorn. Er ist „offenbar der angesehenste unter den vier Abgeordneten“, heißt es in der Auswertung. Und dann folgt – trotz der neuen Position – der frühere SPD-Stadtrat Martin Burkert mit einer +1,3. Diesen Wert erreicht auch Dagmar Wöhl (CSU). An Renate Blank (CSU) vergaben die Befragten ein +0,7.

Die Befragten hatten zudem die Gelegenheit, den im Nürnberger Stadtrat vertretenen Parteien und Gruppen Noten zu geben. Auch hier schneidet die SPD besser ab als die CSU und die anderen Parteien. Im Notendurchschnitt von 1 bis 6 erzielten die Sozialdemokraten bei den Befragten einen Mittelwert von 2,9. Die CSU landet mit einem 3,1 auf dem zweiten Platz, die Grünen erhalten von den Wählern eine 3,4. Alle drei Fraktionen landen aber insgesamt nur bei einem „befriedigend“. Das betont Dr. Reinhard Wittenberg, der die Umfrage im Rahmen eines Lehrforschungsprojekts der Universität Erlangen-Nürnberg betreut. Die Freien (3,7) und Die Guten (3,8) bekommen demnach nur ein „ausreichend“. Und für die beiden Vertreter der rechten Parteien verteilen die Befragten ein „mangelhaft“. Die Republikaner erhalten Note 4,6, die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“, eine Tarnorganisation der NPD, landet abgeschlagen bei 5,4.

Aus Sicht Wittenbergs liegen SPD und CSU gar nicht weit auseinander: „Die Arbeit der Parteien wird in der Bevölkerung wohl doch insgesamt eher kritisch bewertet.“ Führende Vertreter der Parteien jedenfalls schnitten bei der Umfrage besser ab. Solch eine kritische Beurteilung überrascht den Wissenschaftler aber nicht. Denn generell haben die Wähler in Deutschland derzeit eher eine kritische Haltung zu den Parteien. Und in Bezug auf die Nürnberger Kommunalpolitik scheint es laut Wittenberg dem „Bürger momentan schwerer zu fallen, bei den Parteien auf kommunaler Ebene ein eigenes Profil entdecken zu können“. Hier gehe es weniger um die tatsächliche, als um die „zugeschriebene, zugeordnete Kompetenz“.

Hierzu hat das Uni-Team bei der Telefonumfrage auch spezielle Themenkompetenz abgefragt. Bei der „Bekämpfung von Kriminalität“ tritt demnach keine Partei als „besonders kompetent oder inkompetent in Erscheinung“. Sie ähneln sich in einer der sichersten

Großstädte „auf hohem Niveau“ (CSU 93,8 Prozent, Grüne 91,1, SPD 89,5). Die (Nürnberger) CSU kann hier mit ihrem bayerischen Innenminister Günther Beckstein offenbar nicht mehr besonders punkten.

Differenzierter fällt die Einschätzung bei der „Familienfreundlichkeit“ aus. Hier wird der SPD (84,8) die höchste Kompetenz zugesprochen, vor den Grünen (78,6) und der CSU (72,7). Dies dürfte die Christsozialen überraschen, stellen sie sich doch immer als besonders familienfreundlich dar. Geht es um die Sauberkeit in der Stadt (auch ein Steckenpferd der CSU und ihres Umweltbürgermeisters Klemens Gsell), haben – laut Umfrage – sogar die Grünen die Nase vorn. Hier meinen 78,6 Prozent der Befragten, dass die Ökopartei die meiste Kompetenz habe. Dann folgen SPD (64,9) und CSU (62,5). Dafür belegen die Christsozialen bei dem Thema „Zuwanderer“ den vorderen Platz mit 71,1 Prozent, gefolgt von der SPD mit 60,8 und den Grünen mit 51,8 Prozent.

Insgesamt bekommt die „Große Koalition“ im Rathaus von den befragten Bürgern ein eher mittelmäßiges Zeugnis ausgestellt. Gut die Hälfte der Bevölkerung (51,4 Prozent) stufen die Zusammenarbeit der Parteien nur als „befriedigend“ ein. Immerhin 29,1 Prozent wählen ein „gut“, ein Prozent sogar ein „sehr gut“. Andererseits geben 13,9 Prozent ein „ausreichend“, 3,7 Prozent ein „mangelhaft“ und ein Prozent ein „ungenügend“.

In seinem Zwischenfazit kommt Forscher Wittenberg zur Einschätzung, dass im Rathaus die „Liste unerledigter Aufgaben nach zwei Dritteln der Wahlperiode trotz – oder vielleicht: wegen? – des großen Parteienbündnisses aus CSU, SPD und Grünen noch immer lang“ sei. Das reiche von der unerledigten Verwaltungsreform bis hin „zur leidigen Findung eines Standorts für den Busbahnhof“. Die Durchschnittsnote „befriedigend“, die die Rathausparteien verpasst bekommen haben, „spricht jedenfalls Bände“.

Der Wissenschaftler wird in seinem Urteil noch deutlicher: „Die Fußballweltmeisterschaft wird die mit der näher rückenden Kommunalwahl 2008 immer stärker ins Bewusstsein drängenden städtischen Probleme allenfalls kurzzeitig in den Hintergrund treten lassen.“

Nach dem Ende des WM-Spektakels hätten die Kandidaten und Parteien nur noch rund eineinhalb Jahre Zeit, „ihren spezifischen politischen Sachverstand zu belegen“. Niemand werde „der Gegenseite das Spielfeld ohne Gegenwehr überlassen“. (Siehe auch Kasten unten)

Andreas Franke und Hans Peter Reitzner

NN, 62. Jg., Nr. 53, 4.3.2006, S. 13

SCHNELLWEG UND FLUGHAFEN

ERGEBNISSE ZU DEN SACHFRAGEN FOLGEN IM SOMMER

Die Telefonumfrage der Soziologiestudent(inn)en (computer-unterstützt mit Hilfe des Nürnberger Meinungsforschungsinstituts Icon Added Value) ist mit 1312 befragten Einwohnern repräsentativ. Doch Akademischer Direktor Reinhard Wittenberg schränkt in seiner bewusst als „Arbeits- und Diskussionspapier“ deklarierten Auswertung klar ein: „Kommunalwahl ist nicht heuer, sondern erst 2008. Und die (kommunal-) politischen Bedingungen, die dann vorherrschen, sind momentan noch weniger vorhersehbar als die Entscheidung darüber, wer seitens der Parteien zu ihrem Kandidaten für das Oberbürgermeisteramt bestellt werden wird“. Mit Ausnahme wohl der SPD.

Es gehe schlicht um ein „Stimmungsbild“ und eine „Zwischenbilanz“, keinesfalls um eine „Wahlprognose“ oder eine „Projektion“. Und der Wissenschaftler betont auch, dass es eine statistische Unschärfe in der Umfrage gibt, die etwa drei bis vier Prozentpunkte betrage. An der Grundtendenz aber, das stellt er eindeutig heraus, ändere diese Einschränkung nichts.

Die Umfrage ist Teil eines Lehrforschungsprojekts zum Thema „Kommunalpolitik und Lebensqualität in Nürnberg 2006“. Weitere, genauere Auswertungen auch zu Themen wie „Ausbau Frankenschnellweg“, „Anbindung Flughafen“ oder „Sanierung Volksbad“ folgen im Sommer. Dann wird auch die eigene Online-Umfrage, die im Internet lief, ausgewertet.

fra/hpr

NN, 62. Jg., Nr. 53, 4.3.2006, S. 13

FRIESER ATTACKIERT DEN OBERBÜRGERMEISTER

HEFTIGE ANGRIFFE BEIM TRADITIONELLEN FISCH-ESSEN DER CSU: „DER OBERMODERATOR“

Der Fraktionsvorsitzende der CSU im Nürnberger Stadtrat, Michael Frieser hat Oberbürgermeister Ulrich Maly mangelnde Gestaltungskraft vorgeworfen. Maly gefalle sich in der Funktion als „Obermoderator“ und erreiche damit einen hohen Bekanntheitsgrad. Frieser bezog sich mit dieser Aussage beim traditionellen Fisch-Essen der Christsozialen im Genossenschaftssaal am Rangierbahnhof auf die von den *Nürnberger Nachrichten* veröffentlichten Ergebnisse einer Umfrage der Universität. Dabei hatten Maly (SPD) und die Staatsministerin Dagmar Wöhl (CSU) enorm hohe Werte beim Bekanntheitsgrad erzielt. Der Fraktionsvorsitzende betonte, die CSU lasse sich nicht „von Umfragen irritieren“. Da sei die Bundestagswahl ein heilsamer Schock gewesen. Auch die Nürnberger Ergebnisse waren „nicht leicht zu verdauen gewesen“, erinnerte der CSU-Politiker seine Parteifreunde.

Frieser, der im Gegensatz zu Wöhl bisher nicht als potenzieller Kandidat in der ersten Reihe für die Oberbürgermeisterwahl 2008 gesetzt ist, mahnte vom Stadtoberhaupt „Entscheidungen von A bis Z an, vom Augustinerhof bis zum Zentralen Omnibusbahnhof“. Auf Entscheidungen warte er auch bei Themen wie dem Wiederaufbau des Pellerhauses und dem Ausbau des Frankenschnellwegs. Zudem wünscht er sich mehr Visionen: „Wir müssen doch fragen, wie schaut Nürnberg in zehn, fünfzehn Jahren aus?“

Vor mehr als 400 Besuchern kündigte er einen radikalen Sparkurs der Nürnberger CSU bei den nächsten Haushaltsberatungen an. „Wir brauchen keinen Rasenmäher. Wir brauchen echte Aufgabenkritik.“ Diese Anstrengungen seien für die nächste Generation wichtig: „Bildungspolitik ist das wichtigste Thema.“

Zum Jubiläumsjahr der Einverleibung Nürnbergs nach Bayern vor 200 Jahren wünscht sich Frieser ein Geschenk aus München: Die Fränkische Galerie sei ein angemessenes Präsent, sagt der Fraktionsvorsitzende.

Festrednerin Barbara Stamm wurde von CSU-Bezirkschef Günther Beckstein als „soziales Gewissen der CSU“ angekündigt. Die stellvertretende Parteivorsitzende sprach von aufrichtiger Freundschaft mit Beckstein.

4 Anhang

Sie spielte wohl auch auf die aktuelle Kritik am umstrittenen CSU-Parteivorsitzenden Edmund Stoiber an: „Günther, ohne dich geht nichts in der CSU.“

Lorenz Bomhard

NN, 62. Jg., Nr. 53, 4.3.2006, NürnbergExtra, S. 1

ULRICH MALY SUPERSTAR

GLÄNZENDE UMFRAGEWERTE FÜR DEN RATHAUSCHEF UND SEINE SPD – DER CSU DROHT DAGEGEN 2008 EIN HERBER ABSTURZ

EINE ERHERBUNG VON STUDENTEN DER UNIVERSITÄT ERLANGEN-NÜRNBERG

Markus Söder wollte gestern ausnahmsweise seinem Bezirksvorsitzenden den Vortritt lassen. „Dazu muss Günther Beckstein was sagen“, ließ er ausrichten. Der bayerische Innenminister reagierte nach außen gelassen auf die Umfrage von Soziologiestudenten der Universität Erlangen-Nürnberg, die der CSU für die Stadtrats- und Oberbürgermeisterwahl im März 2008 nichts Gutes verheißen. „Was den Wert von Umfragen angeht, so habe ich in den vergangenen Monaten etwas den Glauben an deren Bedeutung verloren“, sagte Parteichef Beckstein der SZ. Es überrasche ihn überhaupt nicht, dass OB Maly als Amtsträger einen so hohen Bekanntheitsgrad habe. Ein engagierter Wahlkampf könne da einiges verändern. Die Nürnberger CSU müsse sich allerdings noch etwas stärker profilieren.

Dass der seit vier Jahren amtierende Rathauschef Ulrich Maly (SPD) keinen seiner potenziellen Herausforderer von der CSU scheuen muss, war in Nürnberg schon bislang vorherrschende Meinung. Unerwartet für die CSU kam unterdessen das vom Lehrstuhl für Soziologie und empirische Sozialforschung ermittelte Umfrageergebnis, wonach es in zwei Jahren rechnerisch wieder für eine rot-grüne Koalition im Nürnberger Rathaus reichen könnte. Ein solches Bündnis hatte bis 1996 regiert.

Seit 2002 amtiert Sozialdemokrat Maly mit einer Dreierkoalition aus CSU, SPD und Grünen. Die CSU war aus dieser Wahl als stärkste Fraktion hervorgegangen – vor der SPD. Die Soziologiestudenten kamen bei ihrer „Sonntagsfrage“ für 2008 jedoch auf ein ganz anderes Verhältnis. Maly, dessen Bekanntheitsgrad bei 97,9 Prozent liegt, könnte seine Partei von 39,5 Prozent im Jahr 2002 auf 41,2 Prozent im Jahr 2008 hochziehen. Die CSU dagegen würde von ihren 43,6 Prozent auf magere 32,0 Prozent abstürzen. Da die Prognose zudem von einem Wiedererstarken der Grünen von 5,8 auf 10,6 Prozent ausgeht, käme Rot-Grün auf eine tragfähige Mehrheit.

Von einer Neuauflage des Bündnisses mit den Grünen will der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Gebhard Schönfelder, im Moment allerdings nichts wissen. „Ich bin mir nicht sicher, ob es Sinn machen würde, wieder zum alten System vor 2002 zurückzukehren selbst wenn dies rechnerisch möglich wäre“, sagte er. Er tendiere dazu, auch bei anderen Mehrheitsverhältnissen als gegenwärtig, eine Kommunalpolitik auf möglichst breiter Basis zu betreiben. Deshalb sollten die Partner „jetzt nicht nervös werden“ und die Zusammenarbeit in den nächsten beiden Jahren erschweren. „Die CSU ist zuletzt schon ein wenig nervöser geworden, deshalb ist es wichtig, dass man sich die Form der gegenwärtigen Kooperation auch über das Jahr 2008 hinaus weiter vorstellen kann“, sagte Rathauschef Maly gestern der SZ. Er wünsche sich, dass die CSU gelassen auf ihre

schlechten Umfragewerte reagiere. Auch Beckstein sah die Kooperation nicht in Frage gestellt: „Es war ja keine Liebesheirat. Wir wollten 2002 verhindern, dass die Rechts-extremen im Stadtrat das Zünglein an der Waage sein konnten.“ An dieser Zielsetzung habe die Umfrage nichts geändert.

Zur Gelassenheit riet auch Grünen-Fraktionschefin Brigitte Wellhöfer. „Es handelt sich lediglich um eine Momentaufnahme, die zeigt, dass Maly die SPD zu einem Hoch geführt hat und die CSU personell dem nichts entgegenzusetzen hat.“ Das gute Abschneiden der eigenen Partei sei der Beweis, dass die Grünen in der Zusammenarbeit mit den großen Fraktionen nichts an Profil verloren hätten. Keinen Grund zur Aufregung sah gestern CSU-Fraktionschef Michael Frieser. „Wir müssen erst einmal wissen, wie diese Umfrage zustande gekommen ist, dann werden wir einzelne Ergebnisse wie die unterschiedlichen Werte für einzelne Politiker kommentieren und bewerten“, sagte er.

Fakt ist jedoch, dass die beiden in der CSU als Herausforderer Malys gehandelten Kandidaten, Umweltbürgermeister Klemens Gsell und Wirtschaftsreferent Roland Fleck, einen deutlich niedrigeren Bekanntheitsgrad haben als die Bundestagsabgeordnete Dagmar Wöhrl. Obwohl sie in der Umfrage beinahe ebenso häufig genannt wird wie Maly, wird die Berliner Staatssekretärin in der Nürnberger CSU nicht als Kandidatin gehandelt. „Die hat ihren Traumjob im Wirtschaftsministerium erreicht“, hieß es.

Peter Schmitt

SZ, 62. Jg., Nr. 53, 4.3.2006, S. 48

NÜRNBERGS CSU IN DER ZWICKMÜHLE

KOMMENTAR

Nein, eine echte Überraschung war das nicht, was eine Umfrage zur Kommunalpolitik in Nürnberg jetzt zutage gefördert hat: Oberbürgermeister Ulrich Maly ist der bekannteste und beliebteste Politiker der Stadt. Wer das politische Geschehen in Frankens heimlicher Hauptstadt seit Malys Wahl im Frühjahr 2002 aufmerksam beobachtet hat, dem ist nicht verborgen geblieben, wie rasch der smarte Rathauschef sich Profil und Anerkennung weit über die Stadtgrenzen hinaus verschafft hat. Ulrich Maly ist kein Lautsprecher und kein Polterer, sondern ein rhetorisch begabter Intellektueller, der es glänzend versteht, das Rathaus von Bayerns zweitgrößter Stadt mit einer schwarz-rot-grünen Koalition scheinbar überparteilich zu führen, ohne gleichzeitig sozialdemokratische Grundpositionen zu verraten.

Die Nürnberger CSU unter ihrem Parteichef Günther Beckstein wird sich im Lichte dieser Umfrage schon sehr bald über ihren künftigen Kurs klar werden müssen. Es ist ja kein Geheimnis, dass den schwarzen Innenminister und den roten Rathauschef mehr als nur eine tragfähige Arbeitsbeziehung verbindet. Becksteins Kuschelkurs mit dem OB hat der Stadt Nürnberg – in anderen Kommunen Bayerns ist das durchaus registriert worden – politische Vorteile gebracht, nicht jedoch der Nürnberger CSU. Denn der populäre Maly sorgt als Lokomotive auch für eine beachtlich hohe Zustimmung zur SPD in Nürnberg. CSU-Generalsekretär Markus Söder, Nürnberger Landtagsabgeordneter, Maly-Kritiker und innerparteilicher Kontrahent von Günther Beckstein, wird das so nicht hinnehmen können.



Abbildung 4.8: „Drei im Weckla“

Zeichnung von Dieter Hanitzsch
SZ, 62. Jg., Nr. 53, 4.3.2006, S. 48

Der schon länger schwelende Machtkampf zwischen Beckstein und Söder dürfte deshalb an Brisanz gewinnen. Es ist kaum anzunehmen, dass die CSU bei der OB-Wahl 2008 dem roten Rathauschef kampflos das Feld überlassen möchte. Ein Kandidat wird aber

wenig Chancen haben, solange Maly und Beckstein Händchen haltend durch Nürnberg marschieren. Ohnehin sieht es so aus, als sollte nur eine Frau dem OB gefährlich werden können: CSU-Staatssekretärin Dagmar Wöhrle. Sie ist so bekannt wie Maly, ob die Nürnberger sie aber auch als Chefin im Rathaus haben wollen, hat die Umfrage nicht verraten.

Andreas Roß

SZ, 62. Jg., Nr. 53, 4.3.2006, S. 48

STUDIE DER WiSo ZUR KOMMUNALPOLITIK

ULRICH MALY IST AM BELIEBTESTEN

Nürnberg's Bürger räumen Klemens Gsell (CSU) die meisten Chancen bei der Oberbürgermeisterwahl im Jahr 2008 gegen Amtsinhaber Ulrich Maly (SPD) ein. Nach dem dritten Bürgermeister (53,9 Prozent) folgen Wirtschaftsreferent Roland Fleck (37,1 Prozent) und CSU-Fraktionsvorsitzender Michael Frieser (9,0 Prozent). Zu diesem Ergebnis kommt eine Telefonumfrage der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, die im Januar durchgeführt wurde.

Soziologiestudenten der Universität Erlangen-Nürnberg befragten 1312 Wahlberechtigte für diese Studie, die von der „Nürnberger Zeitung“ unterstützt wurde. Nach Angaben von Prof. Reinhard Wittenberg, Lehrstuhlinhaber für Soziologie und empirische Sozialforschung, ist diese Gruppe nach Geschlechts- und Altersverteilung repräsentativ für die Kommunalwahl im Jahr 2008. „Es handelt sich aber nicht um Wahlprognosen“, sagte Wittenberg, „denn die nächste Kommunalwahl liegt viel zu weit in der Zukunft, um über ihren Ausgang irgendwelche Vermutungen anstellen zu können.“ Die ersten Ergebnisse, die seit Freitag im Internet veröffentlicht sind, zeichnen vielmehr ein Stimmungsbild davon, wie Nürnberg's Bevölkerung derzeit die Kommunalpolitik und deren Protagonisten sehe.

Ulrich Maly ist demnach der beliebteste Kommunalpolitiker; seine Durchschnittsnote beträgt 2,5. Nach ihm folgen Klemens Gsell (2,9), der SPD-Fraktionsvorsitzende Gebhard Schönfelder (2,9), Roland Fleck (3,0), Michael Frieser (3,0) und Brigitte Wellhöfer von den Grünen (3,1). „Nach der Abwahl von Ludwig Scholz kann die SPD offenbar auf ihren Oberbürgermeister Ulrich Maly bauen“, analysiert Forscher Wittenberg. „Die CSU hat dagegen in den vergangenen vier Jahren, gewollt oder ungewollt, die Spitzenposition eines Maly-Herausforderers unbesetzt gelassen.“ Das spiegelt sich auch im Bekanntheitsgrad wieder: Maly ist so bekannt wie kein anderer Kommunalpolitiker. Ihm kann nur Dagmar Wöhrle, Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium, das Wasser reichen – und kein Kommunalpolitiker der CSU.

MEHRHEIT FÜR SPD UND GRÜNE

Wenn schon in diesem Jahr Kommunalwahl wäre, würde die SPD mit 41,2 Prozent der Stimmen die CSU als stärkste Fraktion im Rathaus ablösen (2002: 39,5 Prozent). Die CSU würde von 43,6 Prozent im Jahr 2002 auf 32,0 Prozent abrutschen, die Grünen erhielten 10,6 Prozent (2002: 5,8 Prozent), die FDP 4,0 Prozent (2,1), die Linkspartei 2,3 Prozent (1,2). Bei diesem Wahlausgang könnte die SPD zusammen mit den Grünen die absolute Mehrheit auf sich vereinen und das Regierungsbündnis aus CSU, SPD und

4 Anhang

Grünen aufkündigen. Die Umfrage will Reinhard Wittenberg aber nicht überbewerten: „Die kommunalpolitischen Bedingungen, die 2008 vorherrschen werden, sind momentan noch weniger vorhersehbar als die Entscheidung darüber, wer von den Parteien zum Kandidaten für das Oberbürgermeisteramt bestellt wird.“

Seit Freitag wird die WiSo-Studie stark diskutiert. „Die Zahlen mögen stimmen, sie dürfen uns aber nicht dazu verführen, die politischen Partner zu unterschätzen“, sagte SPD-Fraktionschef Schönfelder. „Ich gehe davon aus, dass auch nach dem Jahr 2008 bei aller Konkurrenz der Geist der Zusammenarbeit der Fraktionen fortgeführt wird. Aus der Studie zu schließen, dass es im Jahr 2008 eine rot-grüne Mehrheit gibt, wäre fahrlässig und würde die bisherige Zusammenarbeit infrage stellen.“ Günther Beckstein, CSU-Bezirksvorsitzender, spielte in der „Süddeutschen Zeitung“ die Bedeutung der Studie herunter: „Was den Wert von Umfragen angeht, so habe ich in den vergangenen Monaten etwas den Glauben an deren Bedeutung verloren.“

Markus Kaiser

NZ, 203. Jg., Nr. 54, 6.3.2006, S. 10

SUPERSTARS UND JUSO-CHEFS

EINE UMFRAGE UND EINE SPURENSUCHE DER NÜRNBERGER CSU

Es hat der CSU, so scheint's, erst einmal die Sprache verschlagen angesichts der Traum-Umfragewerte des amtierenden OB Ulrich Maly. Also schlagen einige besonders schlaue Taktiker den einfachsten Weg in die Seitenstraße ein und versuchen, der Umfrage des WiSo-Soziologielehrstuhls am Zeug zu flicken. Die CSU sucht also nicht nur einen Kandidaten, sie ist auch auf Spurensuche. Bekanntheitswerte von 97,9 Prozent? Das wäre ja mehr als Kanzler wie Kohl oder Schröder! Gemach, die Herren Amateurstatistiker aus dem Rathaus: Wer an einer derartigen Telefonumfrage teilnimmt, sie bis zur letzten Frage durchexerziert und bis zu 25 Minuten dafür investiert, der ist sicherlich politisch interessierter als der Durchschnitt und von daher auch gut informiert. Aber, das ist die Gefahr für die CSU: Solche Leute neigen auch eher dazu, wählen zu gehen. Ein Tipp vielleicht noch für die christsozialen Fährtsucher: Mal die Liste der beteiligten Studiosi im Internet studieren – stimmt: einer heißt Thorsten Brehm, studiert an der WiSo und ist Nürnbergs Juso-Chef. Na, ob der vielleicht klammheimlich, spät nachts, an die Uni-Computer... Oje! CSU sei wachsam!

Im übrigen titelt bereits die überregionale *Süddeutsche Zeitung*, bezogen auf die von den NN exklusiv veröffentlichten Umfrage-Ergebnisse: „Ulrich Maly Superstar“ und illustriert dies mit einer Karikatur, auf der der OB gleich drei Gegner in einer Semmel verspeist: Wöhrle, Beckstein und Söder – „drei im Weckla“ sozusagen. Hämisch wird da an den Schmusekurs erinnert, den Innenminister Günther Beckstein mit Ulrich Maly zum Wohle der Stadt fährt. Das habe Nürnberg Vorteile gebracht, aber nicht der Nürnberger CSU. Was uns im Zweifelsfall herzlich egal sein kann.

Hans Peter Reitzner

NN, 62. Jg., Nr. 55, 7.3.2006, S. 10

CSU WERTET AUS

WÄHLER-UMFRAGE: ZÖGERLICHE REAKTION – DEBATTE HINTER PARTEIKULISSEN

Die Nürnberger CSU reagiert nach wie vor sehr zurückhaltend auf die Wähler-Umfrage zu „Politiker und Parteien in Nürnberg“ durch Studenten der WiSo. Danach ist bisher nicht nur kein klarer CSU-Herausforderer gegen Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD) in Sicht. Die Sozialdemokraten profitieren auch spürbar von einem Stimmungshoch für den Amtsinhaber.

Die Ergebnisse der Studie des Lehrstuhls für Soziologie und Empirische Sozialforschung boten gestern reichlich Gesprächsstoff in der Fraktions-Sitzung. Doch über die Einschätzung der für die größte Ratsfraktion wenig schmeichelhaften repräsentativen Umfrage unter 1312 Wählern (*wir berichteten*) drang nichts nach draußen. „Wir wollen uns für die Bewertung Zeit nehmen“, betonte Fraktions-Geschäftsführer Tobias Schmidt.

Hinter den Parteikulissen freilich wird von manchen Strategen (die die Umfrage nicht einfach in Zweifel ziehen) schon darüber debattiert, ob der Kurs im Rathausbündnis mit SPD und Grünen geändert werden soll, um stärkeres Profil zu gewinnen. Auch die Kandidaten-Frage für die OB-Wahl spielt dabei eine wichtige Rolle.

fra

NN, 62. Jg., Nr. 55, 7.3.2006, S. 11

CSU ZUR UMFRAGE: ‚WIR HABEN VERSTANDEN‘

PARTEI BEKLAGT KLUFT ZWISCHEN MALYS WERTEN UND DEM „DÜNNEN ERGEBNIS SEINER ARBEIT“

„WiSo-Umfrage: Wir haben verstanden“: Unter dieser Überschrift hat die CSU-Stadtratsfraktion gestern Konsequenzen aus dem Abschneiden der Spitzenpolitiker in der Telefonumfrage des WiSo-Lehrstuhls für Soziologie angekündigt.

Das Motto „Wir haben verstanden“ stammt ursprünglich aus der Opel-Werbung; der Automobilkonzern hatte damit auf einen Absatzeinbruch reagiert. Später griff die Politik den Slogan auf: Gerhard Schröder signalisierte den Wählern damit, die SPD habe laute Kritik verstanden. Schließlich benutzte der Ölkonzern Shell das Motto als Entschuldigung nach der Umweltkatastrophe der Brent Spar.

OB Ulrich Maly (SPD) hatte bei der repräsentativen Befragung von 1312 Nürnberger Wahlberechtigten Traumwerte erreicht – 97,9 Prozent Bekanntheit und die Schulnote 2,5. Nur Bundestagsabgeordnete Dagmar Wöhl (CSU) hatte einen annähernd hohen Bekanntheitsgrad erreicht. Die christsozialen Rathausgrößen – und potenziellen Gegenkandidaten Malys – blieben mit 72,1 Prozent (Klemens Gsell), 54,3 (Roland Fleck) und 25,7 Prozent (Fraktionschef Michael Frieser) weit dahinter zurück (die NN berichteten). Am Montag hat sich die CSU-Fraktion in ihrer Sitzung eingehend mit Teil eins der WiSo-Studie „Politiker und Parteien in Nürnberg“ befasst. Die „wenig überraschende Momentaufnahme“ will wohl selbst keinen Anspruch darauf erheben, das Ergebnis der OB- und Stadtratswahl 2008 vorherzusagen, relativierte Frieser gestern. Natürlich hätte sich die CSU auch die Einbeziehung weiterer „potenzieller Kandidaten für die Zukunft der CSU“ gewünscht: Neben den dort genannten müssten aus Sicht der Fraktion noch die Chancen von Dagmar Wöhl, Julia Lehner und Markus Söder einbezogen werden,

weil sonst die gesamte Ebene der Landespolitik in dieser Umfrage fehlen würde.



Abbildung 4.9: „OB-Herausforderin Dagmar Wöhrl? Beckstein könnte es recht sein“

Quelle: Karikatur von Jürgen Kaufmann
NN, 62. Jg., Nr. 55, 7.3.2006, S. 10

Die CSU hält „übereilte Reaktionen – wie sonst auch – für falsch“. Sie wären bei personellen, wie auch inhaltlichen Richtungsentscheidungen „wohl die schlechtesten Berater“, so Frieser. Die Partei werde sich in den nächsten Wochen und Monaten sehr genau mit den bereits veröffentlichten und den noch ausstehenden Ergebnissen auseinander setzen: „Dabei werden wir unsere Anstrengungen sicher noch mehr als bisher darauf konzentrieren müssen, die Kluft zwischen der Bewertung des Amtsinhabers als Person und dem dünnen Ergebnis seiner Arbeit seit 2002 im Vergleich zur Arbeit der CSU zu schließen.“

Hans Peter Reitzner
NN, 62. Jg., Nr. 56, 8.3.2006, S. 11

MANNDECKER GESUCHT

CSU IM NÜRNBERGER RATHAUS FÜRCHTET STÜRMER MALY

In der Nürnberger CSU ist nichts mehr so, wie es noch vor Wochen war. Erst schwärmten der Bezirksvorsitzende Günther Beckstein und SPD-Oberbürgermeister Ulrich Maly in einem SZ-Streitgespräch von ihrer wunderbaren Männerfreundschaft. Dann erklärten sie freimütig, dass sie im Grunde die Fraktionen gar nicht mehr bräuchten, weil sie schwierige Dinge lieber gleich unter vier Augen regelten. Zumindest Beckstein verprellte damit etliche CSU-Stadträte. Dann wurde vom Lehrstuhl für empirische Sozialforschung der Universität Erlangen-Nürnberg eine Umfrage veröffentlicht, die der CSU für die Kommunalwahlen 2008 ein außerordentlich ernüchterndes Ergebnis prognostiziert.

Seither brodeln es in der CSU-Fraktion. Am Montagabend trafen sich die Stadträte zur Lagebesprechung im Rathaus. Fraktionschef Michael Frieser rät offiziell weiter zur genauen Analyse und zur Gelassenheit. Über seine Geschäftsstelle ließ er gestern eine Erklärung verbreiten. Danach sei die Umfrage als Wahlprognose für 2008 wenig tauglich. Die CSU werde sich aber in den kommenden Wochen und Monaten sehr genau mit den Ergebnissen auseinandersetzen. Im übrigen werde die Partei danach trachten, dass „die Kluft zwischen der Bewertung des Oberbürgermeisters als Person und dem dünnen Ergebnis seiner politischen Arbeit seit 2002“ künftig besser sichtbar wird. „Unsere Diskussion hat nur eine Dreiviertelstunde gedauert und war sehr sachlich“, sagte Frieser der SZ.

Der nach außen zur Schau gestellte Optimismus hat einen Grund. Trotz Katerstimmung will die CSU die Kooperation mit der SPD und den Grünen im Rathaus nicht gefährden. Schließlich gab es schon immer Grüppchen in der 32-köpfigen Fraktion, die den offiziellen Schmusekurs mit der Partei des Oberbürgermeisters nicht mitgehen wollten. Frieser war es bisher aber gelungen, die Unzufriedenen bei der Stange zu halten. Denn wenn das Bündnis platzen würde, bekämen zwei Stadträte aus dem rechtsradikalen Lager Einfluss auf das Rathausgeschehen.

CSU-Generalsekretär Markus Söder gehört zu denen, die das gute Einvernehmen zwischen CSU und Oberbürgermeister schon bislang störte. Söder organisierte gelegentlich Störfelder von außen und forderte von Oberbürgermeister Maly mehr Tatendrang. Eine Aufforderung an die CSU-Fraktion, die Kooperation mit Rot-Grün zu beenden, kam Söder bislang nicht über die Lippen. Das ließe Parteichef Beckstein nicht zu. Dass der Generalsekretär intern aber immer wieder mal für ein Ende der Umarmungen plädiert, ist kein Geheimnis. Ginge es nach Söders Taktik, dann müsste die Partei in den zwei Jahren bis zur Kommunalwahl dringend einen Manndecker ins Gefecht schicken, der den einsam stürmenden Oberbürgermeister Maly bremst. Söder selbst will die Rolle nicht spielen. „Mein Platz in der Politik ist in München, für eine Kandidatur in Nürnberg stehe ich 2008 nicht zur Verfügung“, sagte er der SZ.

Peter Schmitt

SZ (Bayernausgabe), 62. Jg., Nr. 56, 8.3.2006, S. 41

FRANKENSCHNELLWEG: GENOSSEN FALLEN OB MALY IN DEN RÜCKEN

Die Spitzenwerte für *Ulrich Maly* (SPD) in Umfragen hin und her – die Nürnberger CSU muss sich keine Sorgen machen, dass sie gegen den schier übermächtigen Oberbürgermeister bis zur Kommunalwahl 2008 kein Bein mehr auf den Boden bringt. Dafür sorgen schon die Genossen selbst. Kaum ist einer zu mächtig und zu strahlend in der SPD, beginnen seine roten Parteifreunde, ihm Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Zu beobachten war das am Montag bei der Bürgerinformation zum Frankenschnellweg. OB *Maly*, Baureferent *Wolfgang Baumann*, die Verkehrsplaner und Gutachter warben mit guten Argumenten für ihr Konzept des kreuzungsfreien Ausbaus (AZ berichtete). Keine leichte Aufgabe vor dem kritischen Publikum aus der Südstadt. Denn einige der Menschen, die rund um den Frankenschnellweg wohnen, werden durch den Ausbau nicht entlastet, der zwar weniger Staus, aber auch mehr Lärm bringen wird. So forderten *Peter Büttner* von der Arbeitsgemeinschaft der Bürgervereine und *Erich Schlapp* vom Freundeskreis Werderau, Materlach, Sandreuth einen qualifizierten Lärmschutz für alle Stadtteile entlang der Strecke.

Denn die von CSU-Generalsekretär *Markus Söder* so getaufte „Frankenröhre“ wird nur bis zur Otto-Brenner-Brücke reichen. Für die Stadtteile Werderau und Gibitzenhof wird es diesen optimalen Lärmschutz nicht geben. Es ist zu teuer, den Deckel zu verlängern. Zumal hierfür keine Zuschüsse fließen. Die Stadt müsste den Lärmschutz-Deckel komplett selbst finanzieren – der städtische Anteil von „rund 26 Millionen Euro“ (*Maly*) am 180-Millionen-Projekt würde sich vervielfachen. *Maly*: „Das geht nicht. Und wer etwas anderes verspricht, der sagt die Unwahrheit.“

Doch sein Parteifreund *Horst Schmidbauer*, der bis vor kurzem noch im Bundestag saß, gab sich damit nicht zufrieden. Der Polit-Rentner griff *Maly* frontal an und warf ihm vor, die Interessen der Menschen entlang des Frankenschnellwegs zu missachten. Ein echter „Parteifreund“ halt. OB *Maly* quittierte den Angriff stinksauer und mit ganz schmalen Lippen.

Da brechen die alten Gräben in der SPD zwischen Ausbau-Befürwortern und Ausbau-Gegnern wieder auf. Eine Diskussion, die eigentlich mit dem Amtsantritt *Malys* beendet schien. Dessen mögliche CSU-Herausforderer *Klemens Gsell* und *Roland Fleck* können sich entspannt zurücklehnen und abwarten, wie sich die Genossen weiter selbst demonstrieren. Und auch *Dagmar Wöhrl* (CSU) wird sich jetzt keine Gedanken mehr machen müssen, auf den Ruf der Partei hin ihre Berliner Staatssekretärinnen-Wolke verlassen und im OB-Wahlkampf gegen *Maly* antreten zu müssen.

Michael Reiner

AZ, Nr. 56/10, 8.3.2006, S. 3

DORN IM AUGE DER POLITIKER

SOZIOLOGE WITTENBERG BEREITET SCHON NEUE UMFRAGEN VOR

Soziologe Reinhard Wittenberg von der WiSo und seine Student(inn)en haben mit ihrer jüngsten Telefonumfrage zu Politik und Parteien in Nürnberg erneut viel Aufsehen erregt (die NN berichteten exklusiv). Dennoch scheuen Kommunalpolitiker offenbar vor

4 Anhang

den Experten im vermeintlichen Elfenbeinturm zurück.

Herr Dr. Wittenberg, Sie haben mit Ihrer aktuellen Befragung gehörig Staub im Rathaus und in den Parteizentralen aufgewirbelt.

Wittenberg: Wir wollen keine Politik machen. Wir arbeiten rein wissenschaftlich; das ist echte Forschung. Die Student(inn)en lernen quasi mitten in der Realität eines professionellen Telefonstudios, sie erleben bei den Interviews Fehlleitungen, Misserfolge, Ablehnung, Abbrüche. Dass 1312 bis zu 25-minütige Interviews geführt wurden, ist ein großer Erfolg. Die Umfrage ist repräsentativ für die Wahlberechtigten; auch bundesweit wird bei Befragungen mit 1000er-Stichproben gearbeitet. Bedauerlich ist nur, dass wir über die kleinen Parteien und Gruppen so wenig erfahren, weil bei ihnen naturgemäß die Datenbasis so gering ist.

Wie viele Anfragen interessierter Politstrategen nach näheren Aufschlüssen aus Ihrer Studie haben Sie denn seit Freitag vergangener Woche schon bekommen?

Wittenberg: Gar keine.



Abbildung 4.10: Nicht im Elfenbeinturm: Reinhard Wittenberg

Foto: Matejka

NN, 62. Jg., Nr. 57, 9.3.2006, S. 11

Soll das heißen, die Politiker interessieren sich nicht für Hintergründe und Details der Studie?

Wittenberg: Es hat sich außer vorgestern OB Ulrich Maly niemand gemeldet.

4 Anhang

Wären Sie denn zurückhaltend bei der Hilfestellung, die Politik schlauer zu machen?

Wittenberg: Wer anruft, bekommt zu gegebener Zeit auch Auskunft.

Haben Sie mit Ihrem Polit-Barometer im Wettstreit der Unis die Nase vorn?

Wittenberg: In Münster und in Heidelberg werden auch solche Barometer erstellt, meines Wissens aber mit viel weniger Studenten. Damit und mit unserem „Methodenmix“ aus Telefon- und Onlinebefragungen, Gruppendiskussionen, Experteninterviews und Inhaltsanalysen von Zeitungsberichten sind wir wahrscheinlich bundesweit an der Spitze. *In den USA ernten die Wissenschaftler offensichtlich mehr öffentliche Lorbeeren, beispielsweise in Detroit, wie Sie in der Studie schreiben.*

Wittenberg: Auch in der Bundesrepublik sind die Ergebnisse solcher Studien nicht allein von wissenschaftlichem, sondern auch von gesellschafts- und kommunalpolitischem Interesse. Sie schaffen ein Fundament, auf dem Einrichtungen wie Ämter und Schulen Konzepte entwickeln können – selbst „wenn sie manchem politischen Akteur ein Dorn im Auge sind“, wie Harald Schoen sagt.

Wann ist mit den nächsten Ergebnissen der „Area Study Nürnberg-Barometer: Kommunalpolitik und Lebensqualität in Nürnberg 2006“ zu rechnen?

Wittenberg: Im Sommersemester werten wir die Daten nach Alter, Geschlecht und Wohnumfeld aus. Dann wird auch die Frage beantwortet, inwieweit sich die Befragten mit ihrem Stadtteil, mit Nürnberg identifizieren und welchen Zusammenhang das mit Wahlentscheidungen hat. Am 26. Juli präsentieren die Student(inn)en öffentlich erste Ergebnisse ihrer Analysen. Im Herbst will ich mein Buch herausbringen, das auch die Ergebnisse der ersten Befragungswelle 2002 auswertet.

Und vor der anstehenden OB-Wahl 2008 befragen Sie noch einmal? Das wird manchen gar nicht gefallen.

Wittenberg: Ja, im Januar 2008, rechtzeitig vor der Wahl im März. Und wir werden auch am Wahltag vor den Wahllokalen wieder Interviews machen.

Interview: Hans Peter Reitzner

NN, 62. Jg., Nr. 57, 9.3.2006, S. 11

WiSo-UMFRAGE: ES KANN NUR EINE MOMENTAUFNAHME SEIN!

GEBHARDT SCHÖNFELDER, VORSITZENDER DER SPD-STADTRATSFRAKTION, NAHM ZU DEN ERGEBNISSE DER WiSo-UMFRAGE, POLITIKER UND PARTEIEN IN NÜRNBERG, STELLUNG

Zwei Jahre vor der nächsten Kommunalwahl kann dies nur eine Momentaufnahme sein. So äußerte sich auch Dr. Reinhard Wittenberg, Akademischer Direktor der WiSo-Fakultät, zum Ergebnis der vorliegenden Studie. Mit dem Hinweis auf den Wahltermin im Jahr 2008 verweist er darauf, dass noch vieles in den zwei Jahren passieren kann. Das Ergebnis kann nur als ein Mosaiksteinchen im Urteil der Bürgerinnen und Bürger für eine sechs Jahre laufende Legislaturperiode bewertet werden. Die Personenbeurteilung entspricht wohl auch der allgemeinen Wahrnehmung in der Bevölkerung. Die Zahlen mögen stimmen, sie dürfen uns aber nicht dazu verführen, die politischen Partner zu unterschätzen. Wie immer wird so ein Ergebnis von den verschiedenen Partnern unterschiedlich beurteilt. So ein Ergebnis kann die Zusammenarbeit in den nächsten zwei

4 Anhang

Jahren belasten. Daraus zu schließen, dass es im Jahr 2008 eine rot-grüne Mehrheit gibt, wäre fahrlässig und würde auch die bisherige Zusammenarbeit in Frage stellen. Ich gehe davon aus, dass auch nach dem Jahr 2008 für die Fraktionen – bei aller Konkurrenz – der Geist der Zusammenarbeit fortgeführt wird. Deshalb wird sich auch ein abgespecktes Referentenmodell letztlich durchsetzen. Insgesamt ist die Befragung ausgesprochen seriös. Deshalb fordere ich von den Parteien einen verantwortungsbewussten Umgang mit den Ergebnissen.

Gebhard Schönfelder

SPD-Depesche Nr. 90/03/2006, S. 2

„CSU BRAUCHT PROFIL“

SÖDER REAGIERT AUF UNI-UMFRAGE

Der CSU-Generalsekretär Markus Söder hat seine Parteifreunde in der Nürnberger Kommunalpolitik zu stärkerer Profilierung gegenüber der SPD aufgefordert. Söder reagiert damit auf die Umfrage der Universität, die Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD) enorm hohe Bekanntheit attestierte. Von der CSU erreichte allenfalls Wirtschaftsstaatssekretärin Dagmar Wöhrle einen ähnlich hohen Wert. In einem Interview mit unserer Zeitung kritisiert Söder auch den CSU-Bezirkschef und Innenminister Günther Beckstein (CSU) für dessen „Kuschelkurs“ mit Maly. Der seit 2002 im Nürnberger Rathaus arbeitenden großen Koalition bescheinigt der Generalsekretär nur „dürftige Ergebnisse“. Die Kooperation nutze nur der SPD. (Interview Seite 9, Standpunkt Seite 10)

fra/bhd

NN, 62. Jg., Nr. 59, 11.3.2006, S. 1

„WÄHLER-UMFRAGE HAT CSU WACHGERÜTTelt“

SÖDER: MEHR PROFIL ZEIGEN – BECKSTEIN HÄLT INHALTLICH NICHTS VON MALY – KRITIK AN KOALITION

Die Umfrage der WiSo-Studenten unter 1312 Wählern über die Kommunalpolitik und Politiker in Nürnberg schlägt hohe Wellen. Nach anfänglicher Zurückhaltung scheint sich nun die CSU damit auseinander zu setzen, dass ihre Umfrage-Werte nicht gerade gut ausgefallen sind. Eine Woche lang gab es interne und öffentliche Debatten. Nun meldet sich auch der CSU-Generalsekretär und Nürnberger Landtagsabgeordnete Markus Söder in einem Interview mit der Lokalredaktion zu Wort.

Hand aufs Herz: Die Umfrage-Werte haben die Nürnberger CSU kalt erwischt, oder?

Söder: Die Umfrage ist bestenfalls eine Momentaufnahme, und die absoluten Werte halte ich für übertrieben. Aber die Tendenz hat mich nicht überrascht. Sie stimmt mit der gefühlten Stimmung – auch mit meiner – weitgehend überein. Wir werden aber im Sommer eine eigene, professionellere Umfrage in Auftrag geben, um einen echten Gradmesser zu haben.

Kamen die für die CSU wenig schmeichelhaften Umfrage-Ergebnisse der Studenten gerade noch zur rechten Zeit?

Söder: Die Umfrage kam für die CSU im Grunde genau zum richtigen Zeitpunkt. Die Ergebnisse haben Partei und Fraktion wachgerüttelt. So war es 2004 noch zu früh für ei-

4 Anhang

ne Strategiediskussion. Im letzten Jahr kam der Bundestagswahlkampf dazwischen. Und 2007 ist es für eine solche Debatte zu spät. Es gibt keinen Anlass für Panik und Hektik. Doch natürlich müssen wir jetzt intern bewerten, wie es weitergeht. Nur so können wir eine echte Aufbruchstimmung für 2008 erzeugen.

Welche Konsequenzen werden Fraktion und Partei daraus ziehen?

Söder: Die CSU muss intensiv bilanzieren, was ihr die bisherige Arbeit in der Rathaus-Kooperation mit SPD und Grünen gebracht hat. Daraus müssen wir dann die nötigen Schlüsse ziehen. Fest steht: Wir müssen stärker wahrgenommen werden. Wir brauchen ein stärkeres Profil in der Nürnberger Kommunalpolitik. Das geht zunächst am besten über bestimmte Themen, etwa in der Wirtschafts- und Bildungspolitik, in der Familienpolitik, bei der Integration sowie der Verwaltungsreform. Außerdem müssen die Inhalte noch stärker personifiziert werden.



Abbildung 4.11: Die CSU-Fraktion muss mehr Profil zeigen, meint Markus Söder

Foto: Distler

NN, 62. Jg., Nr. 59, 11.3.2006, S. 9

Mit anderen Worten: Die CSU-Fraktion ist in der Rathaus-Kooperation bisher untergegangen. Diesen Schluss lassen ja die Umfrage-Ergebnisse zu.

Söder: Große Koalitionen müssen große Lösungen bringen. Die Große Koalition in Nürnberg ist aber eine Koalition der kleinen Schritte. Die Ergebnisse sind bislang relativ dürftig. Sie haben der Stadt und der CSU wenig gebracht.

Können Sie das noch etwas präzisieren?

4 Anhang

Söder: In der Haushaltspolitik hangeln wir uns doch nur an der Schmerzgrenze entlang. Eine zukunftsweisende Entscheidung zum Schuldenabbau gibt es bisher nicht. Beim Frankenschnellweg geht es zwar irgendwie in kleinen Schritten weiter, aber eine substanzielle Lösung fehlt – genauso wie die Transparenz in den Entscheidungen. So kann es doch zum Beispiel nicht sein, dass die Etatberatungen nach zwei Stunden beendet sind. Es entsteht der Eindruck, dass in kleinen Zirkeln hinter verschlossenen Türen etwas ausgehandelt wird, ohne dass die Bürger etwas davon mitbekommen. Und die SPD erntet dann die Früchte. Die CSU muss dies alles nun bewerten. Der Nutzen der Kooperation für Nürnberg ist jedenfalls bisher überschaubar und für uns eindeutig zu gering.

Das klingt fast so, als wollten Sie ihre Parteifreunde animieren, die Kooperation aufzukündigen.

Söder: Die CSU wird die Kooperation nicht einfach aufkündigen. Und ich stelle sie auch nicht grundsätzlich in Frage. Aber es geht auch nicht so weiter. Sonst droht 2008 bei der Kommunalwahl eine rot-rot-grünes Bündnis aus SPD, PDS und Grünen. Das würde, etwa in der Verkehrs- und in der Ausländerpolitik, die Stadt weit zurückwerfen.

Wenn Sie zu wenig Ergebnisse bemängeln, dann kritisieren Sie auch ihre eigenen Parteifreunde. Die CSU stellt die stärkste Fraktion im Stadtrat und die meisten Referenten in der Stadtregierung.

Söder: OB Maly, aber viel mehr noch die SPD-Fraktion, blockieren viele Initiativen der CSU und ihrer Referenten. Es kann aber doch nicht sein, dass wir in der Küche den Abwasch machen, während die SPD im Wohnzimmer die Füße hochlegt und Fernsehen schaut.

Kann es sein, dass da dann Ulrich Maly und Günther Beckstein zusammen auf dem Sofa sitzen? In Ihrer Partei wird doch bemängelt, dass die beiden viel zu sehr miteinander „kuscheln“.

Söder: Für manche wird sicherlich zu viel gekuschelt. Allerdings schmeißt sich doch Maly bei jeder Gelegenheit Günther Beckstein an den Hals. Aber ich bin davon überzeugt, dass Beckstein von Maly inhaltlich nichts hält. Und das wird er auch im Wahlkampf zum Ausdruck bringen.

Stichwort Wahlkampf: Wer wird denn nun der Herausforderer oder die Herausforderin von Ulrich Maly um das Oberbürgermeister-Amt? Dagmar Wöhrl? Klemens Gsell? Oder Markus Söder?

Söder: Markus Söder wird definitiv nicht der OB-Kandidat sein. Dagmar Wöhrl ist sicher eine geeignete Kandidatin, zumal sie sechs Jahre im Stadtrat gearbeitet hat. Aber Roland Fleck als Wirtschaftsreferent, Michael Frieser als Fraktionschef und vor allem Klemens Gsell als Bürgermeister sind geradezu prädestiniert für das Amt.

Interview: Andreas Franke / Lorenz Bomhard

NN, 62. Jg., Nr. 59, 11.3.2006, S. 9

ZERREISSPROBE IN DER CSU

UMFRAGE-REAKTIONEN DECKEN KAMPF UM POSTEN AUF

Die Studie der Universität über die Bekanntheit der Nürnberger Politiker hat die CSU heftig getroffen. Keine Versammlung der Christsozialen kommt ohne Anspielungen auf

4 Anhang

das vergleichsweise miserable Abschneiden der Union aus. Wenn CSU-Generalsekretär Söder jetzt zum Angriff bläst, ist das auch ein Eingeständnis der schwachen Rolle seiner Partei in der Nürnberger Kommunalpolitik. Zugleich aber stärkt er Stoiber den Rücken – gegen Beckstein.

Die trotzigen Reaktionen der CSU auf die Umfrage zeigen auch die aktuelle Zerreißprobe in der Partei: Die Kritik an Günther Beckstein, bisher unumstrittene Führungsfigur im Parteibezirk Nürnberg-Fürth-Schwabach, wird immer lauter. Dabei ist sein wiederholter Schulterschluss mit Maly enorm wichtig, weil Nürnberg einen Fürsprecher in der Staatsregierung braucht.

Beckstein hatte die Kapriolen Stoibers vor und nach der Bundestagswahl vergleichsweise still geduldet – auch das nimmt ihm die fränkische Parteibasis krumm. Söder nutzt die Gunst der Stunde und legt nach. Er macht sich mit seiner Beckstein-Kritik zur Stimme seines Herrn: Der schwächelnde Stoiber muss nämlich den Innenminister als schärfsten Konkurrenten fürchten, Beckstein hat überdies Rückhalt in der Landtagsfraktion. Gleichzeitig versucht der CSU-General, sich selbst für die Landespolitik besser zu positionieren.

Wenn ihn der Schmusekurs seiner Partei so ärgert, wieso tritt er dann nicht selber gegen Maly an? In diesem Fall kneift Söder. Lieber würde er im Bezirksverband Beckstein beerben, um seine Position in München zu stärken. Auch deshalb stützt er Stoiber und will nun seinen Parteifreunden im Nürnberger Rathaus als Generalsekretär und obendrein als Kreisvorsitzender im Nürnberger Westen gleich von zwei Seiten einheizen.

Einen positiven Nebeneffekt hat die Analyse der Universität: Endlich kommt wieder Bewegung in die Kommunalpolitik.

Lorenz Bomhard

NN, 62. Jg., Nr. 59, 11.3.2006, S. 10

KUSCHELKURS: SÖDER KRITISIERT BECKSTEIN

CSU-Generalsekretär Markus Söder hat seine Parteifreunde im Rathaus zu einer stärkeren Profilierung gegenüber der SPD aufgefordert. Er reagiert damit auf die guten Umfrage-Werte von OB Ulrich Maly. In einem Zeitungs-Interview kritisierte Söder auch CSU-Bezirkschef und Innenminister Günther Beckstein für dessen „Kuschelkurs“ mit Maly. Dem seit 2002 im Nürnberger Rathaus arbeitenden Parteienbündnis aus SPD, CSU und Grünen bescheinigt der Generalsekretär nur „dürftige Ergebnisse“. Die Kooperation nutze nur der SPD.

AZ, Nr. 59/10, 11.3.2006, S. 7

BURGFRIEDEN IM RAT IN GEFAHR

DER KOMMUNALPOLITISCHE KOMMENTAR

Es kommt wieder Schwung in die Nürnberger Kommunalpolitik. Dafür ist in erster Linie jedoch nicht die Politik selbst verantwortlich. Vielmehr kommt der Anstoß durch 100 Studenten der WiSo-Fakultät an der Uni Erlangen-Nürnberg.

Sie haben zusammen mit Dr. Reinhard Wittenberg vom Lehrstuhl für Soziologie und Empirische Sozialforschung 1312 Nürnberger befragt, die 2008 an der Kommunalwahl teil-

4 Anhang

nehmen können. Und deren Einschätzungen über Nürnberger Politiker und ihre Rathaus-Politik haben es in sich.

In der CSU kann bisher offenbar kein Politiker dem Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD) das Amt streitig machen. Das sorgt für große Unruhe in der CSU, der stärksten Rathausfraktion Nürnbergs. Auch schneidet die SPD im Rahmen der Rathaus-Kooperationen (zusammen noch mit den Grünen) nach den aktuellen Umfragergebnissen deutlich besser ab. Das macht die Christsozialen doppelt nervös.

Markus Söder, CSU-Generalsekretär und Nürnberger Landtagsabgeordneter, warnt schon vor einer rot-rot-grünen Mehrheit im Stadtrat ab 2008 – und nicht nur aus Ablehnung einer solchen politischen Konstellation, sondern auch aus Sorge, wieder Macht im Parlament zu verlieren.

Denn nach der bisher einmaligen Eroberung des OB-Sessels 1996 ist der CSU „nur“ noch die Beteiligung an der Stadtgerierung geblieben. Und die könnte 2008 auch noch verloren gehen, so fürchtet der Stratege, wenn sich die CSU nicht stärker in der Rats-Kooperation profiliert. Allen Beruhigungspillen, die SPD-Spitzenvertreter austeilen, zum Trotz. Ihre Schwüre, auch nach der nächsten Kommunalwahl eine parteiübergreifende Zusammenarbeit zu pflegen, dürften eher taktischer Natur sein. Böte sich eine Mehrheit jenseits des konservativen Lagers (natürlich ohne rechte Stimmen), dann wird die SPD wohl kaum zögern.

Nun wird die CSU den Ton im Rat verschärfen, um ihr Profil und das potenzieller OB-Kandidaten besser herauszuarbeiten. Das muss kein Schaden sein. In den vergangenen Monaten hat es viel Konsens-Soße in den Gremien gegeben. Auf Kosten der Transparenz. Dabei mögen Absprachen in kleinen Zirkeln ja verlockend sein, ohne große Öffentlichkeit und die Partei- und Fraktionsgremien. Lästige Nachfrager kann man so besser abschüteln. Nur muss man sich dann nicht wundern, wenn – wie in der WiSo-Umfrage geschehen – die Bürger solch eine Große Ratskoalition und ihre Arbeitsergebnisse eher mäßig beurteilen.

Mal sehen, wie lange der Nürnberger Burgfrieden im Stadtrat noch hält. Die CSU wird jedenfalls bald zum Angriff blasen. Auf die Sozialdemokraten und vor allem auch auf deren OB Ulrich Maly. Maly hat offenbar eine sehr große Popularität in der Bevölkerung. Bis weit hinein in bürgerliche Schichten. Und das macht ihn für die CSU-Strategen besonders gefährlich.

Die SPD hat nun das Problem, ihre Parteifreunde zu mobilisieren. Nichts ist schlimmer als der Satz: „Das gewinnt der Maly eh.“ Die Folge: Viele bleiben zu Hause und gehen nicht zur Wahl. Die Mobilisierung wird wohl die Hauptaufgabe der Sozis bis 2008 sein. Und sie müssen sich nun mehr gegen die CSU wehren.

Andreas Franke

Sonntagsblitz. Das aktuelle Sonntagsblatt für die Städte Nürnberg/Fürth/Erlangen, Nr. 11, 12.3.2006, S. 16

4 Anhang

CSU: „BLANKE VERZWEIFLUNG“

BETRIFFT: „DIE ZWEI FÜR NÜRNBERG: BECKSTEIN UND MALY“ – RUND UMS RAT-
HAUS

Wenn zwei für Nürnberg harmonieren, gibt es Opfer! Die innerparteiliche Not über die Konstellation Maly – Beckstein muss insbesondere beim selbst ernannten CSU-OBM-Bewerber Gsell groß sein. Was wir erleben ist genau das Gegenteil von dem, was Bürgermeister Klemens Gsell behauptet. Wochen- und monatelang ziehen sich Entscheidungsprozesse in der Stadt hin, weil die Kollegen der CSU, einschließlich Bürgermeister Gsell, sich nicht entscheiden können oder wollen. Anscheinend gibt es in der CSU-Fraktion handfeste Gründe für dieses Verhalten: Einerseits wollen sie sich gegenüber betroffenen Bürgern nicht festlegen. Andererseits scheut Gsell auch die innerparteiliche Auseinandersetzung zur Positionsbestimmung.



Abbildung 4.12: Dicke Freunde oder politische Gegner? Über das Verhältnis zwischen Nürnbergs OB Ulrich Maly (SPD) und Innenminister Günther Beckstein (CSU) wird gerätselt

Foto: Manuela Meyer
Sonntagsblitz, Nr. 11, 12.3.2006, S. 16

Die Reaktion von Gsell ist blanke Verzweiflung über Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, der mit Innenminister Beckstein eine Gesprächsebene gefunden hat, die Nürnberg nützt. Die Vorwürfe, die Gsell erhebt, fallen direkt auf die CSU zurück. Beispiele gibt es genug: 1. Bamberger Straße: Jetzt legte die CSU-Fraktion, unterstützt von Gsell, eine weite-

4 Anhang

re Warteschleife über die Trassenführung ein. Es sollen zwei Planfeststellungsverfahren durch die Regierung von Mittelfranken durchgeführt werden, damit der CSU die Entscheidung abgenommen wird. Die Fürther CSU-Fraktion wird dies mit Unverständnis zur Kenntnis nehmen.

2. Personalentscheidungen bei den Städtischen Werken wurden wegen unterlassener Aktenstudien hinausgeschoben.

3. Das 15-Punkte-Programm zur Ausbildungslage in Nürnberg wurde von der CSU-Fraktion lange vertagt.

4. Die nicht getroffenen Entscheidungen bei der Frage der Anzahl der Referate, und die dadurch mögliche Konzentration auf Ämterebene, scheiterte im Grundsatz an der CSU. Hier ist Gsell persönlich betroffen.

5. Zur Haushaltskonsolidierung gibt es nur einen Kommentar: Fachlich verantwortlich ist der Stadtkämmerer, da gibt es nichts Neues.

6. Die CSU kommt zwar wiederholt mit der Forderung nach Aufgabenkritik daher, was dies aber konkret bedeutet, verschweigt sie. Wohlweislich, da sie weder in der Fraktion, noch in der Verwaltung, geschweige denn bei den Wählern, den Ärger will.

Gebhard Schönfelder, Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion

NN, 62. Jg., Nr. 60, 13.3.2006, NürnbergExtra, S. 2

HANNAH STOCKBAUER IM STADTRAT?

CSU-BEZIRKSCHIEF GÜNTHER BECKSTEIN UMWIRBT DIE SCHWIMMERIN

Immer auf der Suche nach bekannten Seiteneinsteigern für seine Stadtratsliste, gleicht CSU-Bezirkschef Günther Beckstein mitunter einem Jäger und Sammler auf der Pirsch. Dieser Tage ist er belauscht worden, wie er die Ausnahmeschwimmerin Hannah Stockbauer zu überreden versuchte, doch 2008 bei der Stadtratswahl auf der Liste der Christsozialen anzutreten.

Der Schwimmstar hat sich schon für Edmund Stoiber ins Zeug gelegt, zieht von Erlangen nach Nürnberg um, und populäre Sportler punkten auch in der Politik, wie zum Beispiel der Hackl Schorsch beweist. Gut machen sich da auch Sportreporter, doch Günther Koch und die SPD sind hier wahrlich kein glänzendes Beispiel.

„Schönfelder wird zur Belastung für die Rathausarbeit“, wettert die CSU in Gestalt von Bürgermeister Klemens Gsell und reagiert damit auf einen Leserbrief des SPD-Fraktionschefs Gebhard Schönfelder in den Montags-NN: „In seinen Augen ist jede noch so gerechtfertigte Kritik am OB Majestätsbeleidigung. In der Art eines SPD-Kettenhundes verwechselt er inhaltliche Auseinandersetzung mit Polemik.“ Wer als OB-Kandidat(in) gegen Ulrich Maly ins Geschirr muss, bewegt die Rathausauguren zwar derzeit stark. CSU-Fraktionschef Michael Frieser sieht das Rennen aber offen – neben den Akteuren der Kommunalpolitik ist auch Dagmar Wöhrle im Boot, wie er betont. Und er sieht keinen Grund, in Sack und Asche zu gehen, weil die Umfragewerte für den OB und seine SPD nach oben gehen; die Schwarzen müssten ihre Konturen aber kenntlicher und die Fehler der Gegenseite deutlicher machen, sagt Frieser der Lokalredaktion.

Kenner der Szenerie wetten nach wie vor hohe symbolische Summen auf eine Kandidatur des CSU-Umweltbürgermeisters Klemens Gsell. Der würde sich 2008 ins Zeug legen, sei-

4 Anhang

nen Namen bekannt machen, naturgemäß gegen Maly verlieren und 2009 die Belohnung einstreichen: nämlich als Kandidat im Wahlkreis Nürnberg-Süd als Nachfolger Renate Blanks in den Bundestag einziehen.

Han Peter Reitzner

NN, 62. Jg., Nr. 61, 14.3.2006, S. 10

„DAR RATHAUSBÜNDNIS HÄLT“

INTERVIEW MIT DEM CSU-FRAKTIONSCHIEF FRIESER

Mitarbeiter am Lehrstuhl für Soziologie und Empirische Sozialforschung der WiSo-Fakultät haben in den vergangenen Wochen eine Telefonumfrage unter rund 1300 Nürnberger Wählern zur Nürnberger Kommunalpolitik durchgeführt. Die NZ hat den CSU-Fraktionschef Michael Frieser zu den wenig berauschenden Ergebnissen für seine Fraktion befragt.

NZ: Der CSU-Bezirksverband feiert Ende des Monats sein 60-jähriges Gründungsjubiläum. Nach der Umfrage droht der CSU ein Absturz bei der nächsten Kommunalwahl von 43,6 auf 32 Prozent der Wählerstimmen. Bahnt sich ein Wahldesaster für die CSU an?
Frieser: Das Desaster sehe ich nicht. Die 60 Jahre CSU zeigen Tiefen, aber auch sehr viel Höhen, die wir auch darstellen werden. Das bedeutet aber nicht, dass man solche Zustandsbeschreibungen nicht ernst nimmt und sich mit ihnen auseinandersetzt.



Abbildung 4.13: CSU-Fraktionschef Michael Frieser

Foto: Hagen Gerullis

NZ, 203. Jg., Nr. 62, 15.3.2006, S. 12

4 Anhang

NZ: OB Ulrich Maly ist in der Bevölkerung beliebt. Für seine Arbeit bekommt er gute Noten. Die meisten Befragten rechnen fest mit einem Wahlsieg Malys 2008. Stellt die CSU noch einen eigenen Kandidaten auf? Wer traut sich in ein Rennen zu gehen, das offenbar schon entschieden ist?

Frieser: Es wird selbstverständlich einen OB-Kandidaten der CSU geben. Das Rennen ist nicht gelaufen und die Wahl ist keineswegs verloren, denn die öffentliche Wahrnehmung war immer nur ein Indiz, aber nie ein Grund für den Wahlausgang. Bis 2008 muss eine thematische Bilanz vorgelegt werden und die entscheidet über den Wahlausgang.

NZ: Wer kommt denn als OB-Kandidat für die CSU in Frage?

Frieser: Diejenigen, die die Geschicke der CSU in Nürnberg leiten. Das ist der Vorteil der CSU, dass sie mit mehreren sachlich kompetenten Personen arbeitet und sich nicht wie die SPD ausschließlich auf die Freundlichkeit des OB verlassen muss.

NZ: Bei dem Personaltableau der CSU für die OB-Kandidatur wären demnach auch Staatssekretärin Dagmar Wöhrl und CSU-Generalsekretär Markus Söder dabei?

Frieser: Neben den in der Umfrage genannten Kandidaten wie Bürgermeister Klemens Gsell, Wirtschaftsreferent Roland Fleck, Fraktionsvorsitzender Michael Frieser, kommen auch Dagmar Wöhrl, Markus Söder und Kulturreferentin Julia Lehner in Frage.

NZ: Es fehlen den drei Parteien in der Rathauskoalition eigenständige Themen, um Profil zeigen zu können. War sie ein Fehler für die CSU und warum schneiden Grüne und SPD bei der Umfrage besser ab als die CSU?

Frieser: Die Rathauskooperation ist kein Fehler. Dass man sich im Rahmen einer Kooperation sehr schwer tut, wenn man nicht den Oberbürgermeister stellt, sieht man auch auf anderen Ebenen. Durch die Rathauskooperation fallen die großen Streitthemen in der öffentlichen Wahrnehmung weg. Wir müssen, damit es nicht zu großen Streitereien im Stadtrat kommt, die Themen vorher besprechen. Der Öffentlichkeit wird so suggeriert, wir hätten keine Streitthemen mehr. Es gibt sie allerdings zu genüge, nur nicht in der öffentlichen Wahrnehmung. Wir müssen deshalb künftig Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner transparenter führen. Die unterschiedlichen Argumente müssen deutlicher als bisher herausgearbeitet werden. Dabei wird sich zeigen, dass wir unter Maly an keiner wesentlichen Baustelle in der Stadt weitergekommen sind. Die Bürger sollen sehen, dass die CSU die besseren Vorschläge und Argumente hat.

NZ: Auf welche Themen will die CSU in den nächsten Jahren setzen?

Frieser: Der Wirtschaftsstandort muss für Investoren weiter gestärkt werden. Nürnberg muss außerdem mit seinen Integrationsbemühungen schneller und effektiver vorankommen. Nürnberg ist und bleibt tolerant. Es muss aber auch klar sein: Wo ich hinkomme, muss ich mich auch integrieren. An erster Stelle steht aber die Bildung, die in alle Bereiche eingreift.

NZ: In der CSU-Fraktion wird offen über die Rathauskoalition gemurrt. Hält das Bündnis bis 2008?

Frieser: Es gibt keine Alternative, denn die Rechtsaußen dürfen im Stadtrat nicht das Zünglein an der Waage sein. Die Rathauskooperation wird bis 2008 halten. Wir werden aber die Dinge aufarbeiten, die die Wahrnehmung der CSU trüben. Der Arbeitsstil in der Rathauskooperation muss deshalb transparenter werden.

4 Anhang

NZ: Braucht die CSU, die in ihren Wahlslogans behauptet, näher am Bürger zu sein als andere Parteien, Umfragen, um aufzuwachen?

Frieser: Nein, Kurskorrekturen sind immer sinnvoll. Wir müssen aber unsere Bemühungen um das Wohl Nürnbergs intensivieren. Wir werden die Umfrage diskutieren, wenn das Gesamtergebnis vorliegt, nicht nur den Teil zu persönlichen Akteuren, sondern auch zu den thematischen Feldern.

NZ: Sägt Generalsekretär Markus Söder am Stuhl des Bezirksvorsitzenden Günther Beckstein?

Frieser: In Ermangelung personeller Streitereien in der CSU versucht die veröffentlichte Meinung in Nürnberg diesen Konflikt herbeizuziehen. Der Konflikt ist weder erkennbar noch gewollt. Die Funktionen und Positionen sind zwischen Beckstein und Söder klar verteilt, deshalb müssen sie sich auch gegenseitig nichts streitig machen. Beide arbeiten sehr gut zusammen. Das ärgert auch manche Journalisten.

Fragen: André Fischer

NZ, 203. Jg., Nr. 62, 15.3.2006, S. 12

DAS KLIMA IM RATHAUS IST EISIG

CSU UND SPD ÜBEN GEGENSEITIG HARTE KRITIK – „WEIHNACHTSMANN“ UND „KETTENHUND“

Das Klima im Rathaus ist eisig: Die großen Kooperationspartner CSU und SPD reden nicht mehr miteinander und überziehen sich mit Vorwürfen.

SPD-Fraktionschef Gebhard Schönfelder ließ am Tag nach der Pressekonferenz der CSU zu den VAG-Tarifen arglos bei der christsozialen Rathausgeschäftsstelle anfragen, ob er das Pressepapier haben könne. Es sei eher ein Gesprächstermin gewesen, wurde ihm etwas nebulös beschieden. „Wir geben unsere Erklärungen prinzipiell ans Presseamt und machen sie damit zugänglich für alle“, aber die CSU sage nicht die Wahrheit und ziehe sich aus der Affäre, zürnt Schönfelder, der merklich angesäuert ist.

Seit die guten WiSo-Umfragewerte für OB Ulrich Maly und seine SPD sowie die eher ernüchternden für die CSU auf dem Tisch liegen – und seitdem CSU-Generalsekretär Markus Söder seine Parteifreunde im NN-Interview deutlich aufgefordert hat, sich zu positionieren –, scheinen die Nerven der christsozialen Rathaus-Häuptlinge blank zu liegen. Eine aggressive Erklärung gegen die SPD jagt die andere. CSU-Fraktionsgeschäftsführer Tobias Schmidt dürfte die vergangenen beiden Tage kaum von der PCTastatur weggekommen sein. „SPD nimmt Abschied von Politik als Gestaltungsinstrument“, heißt es da, „mit ihrer vordergründigen und durchsichtigen Kritik an Bürgermeister Klemens Gsell will die SPD offenbar verdecken, dass sie es im Windschatten des OB aufgegeben hat, selbst Politik zu machen.“ Tags darauf wird nachgelegt: „Sprachlos, mutlos, tatenlos: Während die SPD Preiserhöhungen bei den städtischen Töchtern verteidigt und rigoros durchsetzt, taucht der OB ab und scheut Entscheidungen.“ Gsell sei unter Druck, seit auch Dagmar Wöhrle als OB-Kandidatin der Schwarzen gehandelt wird, analysiert SPD-Vormann Schönfelder und teilt ebenfalls kräftig aus: „Gsell versucht sich zum großen Kandidaten zu stilisieren, allerdings ganz und gar nicht so elegant wie OB Maly, denn Gsell sieht man den Ehrgeiz ja schon im Knopfloch an.“ Dass Gsell als Aufsichtsratschef

der N-Ergie erst die Wasserpreiserhöhung abnicke und dann versuche, „als Weihnachtsmann durch die Stadt zu laufen und zu rufen: Ich bin dagegen!“, verurteilt Schönfelder. Es sei „keine Perspektive nach vorne, sondern nach hinten, Entscheidungen hinauszuzögern oder unmöglich zu machen“.

Auch die CSU-Kritik an den VAG-Tarifen sei parteipolitischer Profilierung geschuldet. Wie wolle Kämmerer Wolfgang Köhler (CSU) denn da drei Millionen Euro bei der VAG einsparen? Die günstigste und für alle beste Lösung wäre der Nulltarif, spottet Schönfelder, „nur finanziert uns das keiner!“. Und die Aussage, die Stadt könne nicht länger Zahlmeister fürs Umland spielen, sei geradezu „ein hirnrissiger Ansatz der CSU, hanebüchen angesichts der Bemühungen in der Metropolregion“.

Auch wenn der SPD-Mann, der hart im Nehmen ist, sich darüber ärgert, dass man ihn zum Buhmann machen wolle, denn Bürgermeister Gsell hat dieser Tage sogar verlautbart, Schönfelder verwechsle „in der Art eines SPD-Kettenhundes sachgerechte inhaltliche Auseinandersetzung mit Polemik“ – die SPD hält dennoch weiterhin die Zusammenarbeit der drei großen Parteien, angesichts der vielschichtigen Probleme, auch nach 2008 für besser als eine reine rot-grüne Mehrheit. Bis dahin allerdings müsse ein Konsens beim von OB Maly angestrebten Referenten-Reformmodell gefunden werden. Sollte die CSU hier blockieren, droht Schönfelder, dann werde vor der Wahl 2008 kein Referent verlängert oder neu gewählt – „und Gsell würde in der Luft hängen“.

Hans Peter Reitzner

NN, 62. Jg., Nr. 65, 18.3.2006, S. 13

„WADLBEISSER AN DIE KETTE“

BETRIFFT: „CSU: BLANKE VERZWEIFLUNG“ – ERKLÄRUNG DES SPD-FRAKTIONS-CHEFS GEBHARD SCHÖNFELDER

Die Arroganz des Herrn Schönfelder entwickelt sich zu einer Belastung für das strukturierte Arbeiten im Rathaus. In seinen Augen ist jede auch noch so gerechtfertigte Kritik am Oberbürgermeister Majestätsbeleidigung.

In der Art eines SPD-Kettenhundes verwechselt er eine sachgerechte inhaltliche Auseinandersetzung mit Polemik. Herrn Schönfelder ist anscheinend nicht klar, dass die CSU keine Abnickpartei für SPD-Mauscheleien ist.

Mauschelei 1: Bamberger Straße. Die Planung für die Bamberger Straße ist aus Umwelt- und Gesamtsicht eindeutig die Trasse der CSU. Weil Maly und sein Fürther Kollege Jung jedoch einen Erfolg nach außen hin brauchen, werden die Nürnberger Interessen geopfert.

Mauschelei 2: N-Ergie. Ohne Konzept sollte eine Neuordnung des Vorstandes mit Machterweiterung für dort befindliche Genossen beschlossen werden. Erst auf Einspruch der CSU hin wurde fachlich seriös gearbeitet und dann innerhalb 14 Tagen eine solide Entscheidung herbeigeführt.

Mauschelei 3: Referatsreform. Die Referate sollten nach dem Vorschlag des Oberbürgermeisters einseitigen Kompetenzzuwachs für die SPD bekommen. Die CSU hatte mehrfach Gespräche angeboten, außer unverbindlichen Worten jedoch keine konkrete Antwort erhalten.

Mauschelei 4: Haushalt. Die SPD-geführten Referate waren die, bei denen mit Unterstützung des Oberbürgermeisters am meisten aus dem Sparpaket herausgenommen wurde. Abschließend ist zusammenzufassen: Die SPD im Nürnberger Rathaus soll entweder wieder seriös arbeiten oder die Verantwortung alleine tragen. Schönfelder als Wadlbeißer muss von Maly an die Kette gelegt werden.

Dr. Klemens Gsell (CSU), Bürgermeister in Nürnberg
NN, 62. Jg., Nr. 66, 20.3.2006, NürnbergExtra, S. L2

„KRITIK AM OB IST KEINE MAJESTÄTSBELEIDIGUNG“
CSU-FRAKTIONSCHIEF FRIESER KÜNDIGT HÄRTEREN POLITISCHEN WETTBEWERB AN
– „ROT-ROT-GRÜNE KOALITION VERHINDERN“

Das gute Abschneiden von SPD und OB Ulrich Maly bei der WiSo-Umfrage zur Kommunalpolitik sorgt unter den Partnern im Rathaus für Brisanz. Wie geht es weiter? Die Lokalredaktion sprach mit CSU-Fraktionschef Michael Frieser.

Das Klima im Rathausbündnis war schon mal besser. Ist die CSU nervös geworden nach den schlechten Umfrageergebnissen? Oder warum geht Ihre Fraktion auf die SPD derart los?

Frieser: Wir gehen nicht auf die SPD los, wir reagieren nur auf entsprechende Angriffe aus der SPD-Fraktion. Denn da hat Kollege Schönfelder wieder mal mit der Machete ins Knoblauchsländer Kraut gehauen. Das Ergebnis der Umfrage haben wir so nicht erwartet. Solche Werte machen uns natürlich Sorgen. Wir können daher nicht einfach zur politischen Tagesordnung übergehen. Wir dürfen aber auch nicht in Panik verfallen, Übereilte Schritte sind hier nicht angebracht. Wir werden die Rathaus-Kooperation nicht aufs Spiel setzen.

Aber man hat den Eindruck, die CSU verfallt in Panik, weil sie fast täglich Attacken auf SPD und OB fährt.

Frieser: Man darf doch wohl noch sachliche Kritik üben, auch am Oberbürgermeister, ohne dass man gleich der Majestätsbeleidigung beschuldigt wird. Mit Panik meine ich einen sofortigen Ausstieg aus der Zusammenarbeit der Fraktionen. Sie ist ohne Alternative, sogar notwendiger denn je zur Lösung der ausstehenden Probleme.

Davon sind aber viele Mitglieder an Ihrer Parteibasis nicht überzeugt.

Frieser: Es stimmt: Wir müssen derzeit viel Überzeugungsarbeit in den Ortsverbänden für die Ratskooperation leisten. Und wir müssen unsere Rolle im Bündnis offensiver definieren. Wir müssen den Bürgern und Wählern erkennbar machen, dass es Streit um politische Alternativen zum SPD-Kurs des Oberbürgermeisters gibt. Und vor allem müssen wir auf jeden Fall verhindern, dass es 2008 eine rot-rot-grüne Koalition im Nürnberger Stadtrat gibt.

Aber SPD-Fraktionschef Gebhard Schönfelder hat doch betont, dass ihm auch nach der Kommunalwahl 2008 auf jeden Fall an einer Zusammenarbeit mit der CSU gelegen ist – auch wenn rot-grün eine Mehrheit bekäme.

Frieser: Das ist doch reine Taktik. Sobald sich für die SPD eine Möglichkeit bietet, an der CSU vorbei zu regieren, wird sie diese nutzen. Das will Schönfelder und das will auch Maly.

4 Anhang

Wo sehen Sie denn SPD-Politik des OB? Er hat doch keine Mehrheit auf der Referentenbank.

Frieser: Zum Beispiel in der Bildungspolitik. OB und SPD wollten bei der Verwaltungsreform die Bildung zum Anhängsel der Sozialpolitik machen. Das ist pure SPD-Politik. *Sie fangen offenbar schon an mit Ihrem neuen Kurs.*

Frieser: Wir müssen den politischen Wettbewerb für die Bürger erkennbarer machen. Dazu müssen wir auch die Regeln in der Kooperation ändern. Es geht nicht mehr, dass Kompromisse nur hinter verschlossenen Türen gefasst werden. Der Bürger muss erkennen können, wie solche Entscheidungen zu Stande kommen.

Dann bieten Sie uns mal mehr Einblick. Ein Beispiel bitte! Etwa den Streit um den neuen VAG-Tarif.

Frieser: Seit 2004 schwelt dieses Tarif-Thema. Wir hatten ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister und wir haben mehrere Anträge gestellt. Etwa für familienfreundlichere Tarife. Doch passiert ist seit dem nichts mehr, trotz mehrmaliger Nachfrage. Der OB äußert sich öffentlich nicht dazu. Doch auch hier trägt er Verantwortung. Er hätte sehen müssen, dass er den Karren gegen die Wand fährt. Reagiert hat er nicht. Jetzt bin ich mal gespannt, wie er das am Freitag als Aufsichtsratschef der Städtischen Werke machen will. Politisch gibt es jedenfalls keine Mehrheit für den Tarif-Kurs der VAG.

Heißt das, Ihre Fraktion wird wieder dagegen stimmen, wie mit den Grünen und Freien im VAG-Aufsichtsrat?

Frieser: Ja, wir werden auch dort dagegen stimmen. Eine Verteuerung der MobiCard in mehreren Schritten, so wie es geplant ist, ist der Tod der MobiCard. Das wollen wir nicht.

Und wie geht es dann weiter?

Frieser: Spätestens vor dem endgültigen Beschluss im Stadtrat im Juni muss es eine neue Vorlage geben, in die dann auch unsere Vorschläge eingegangen sind. Ich glaube nicht, dass der OB am Ende den politischen Willen einer Ratsmehrheit missachten wird. Er wäre jedenfalls sehr schlecht beraten, wollte er dies tun.

Wäre er auch gut beraten, einen neuen Vorschlag zur Verwaltungsreform auf den Tisch zu legen?

Frieser: Unsere Ideen sind bisher nicht berücksichtigt worden.

Die SPD droht, keine neue Referenten bis 2008 mit zu wählen, wenn die CSU nicht zu einer Verwaltungsreform bereit ist.

Frieser: Wir sind ja dazu bereit. Nur nicht ausschließlich zu den Bedingungen des OB und der SPD. Doch ich gehe davon aus, dass wir zu einer Einigung kommen.

Wenn Sie den politischen Wettbewerb suchen: Was sind die Themen?

Frieser: Einmal ist das die Bewältigung der Integration. Hier sehe ich noch nicht so recht, wie wir vorankommen wollen. Der Gedanke des Forderns kommt mir zu kurz. Und dann müssen wir schauen, wie der Standort Nürnberg noch attraktiver gemacht werden kann. Einmal wirtschaftlich, für die Ansiedlung von Unternehmen. Aber auch bei den weiche- ren Standortfaktoren wie beispielsweise der überaus reichen Geschichte der Stadt.

Interview: Andreas Franke / Hans Peter Reitzner

NN, 62. Jg., Nr. 68, 22.3.2006, S. 14

SPD: ‚2008 STÄRKSTE FRAKTION‘

SOZIALDEMOKRATEN PEILEN 32 SITZE AN – ZEHN NEUE GESICHTER

Die Nürnberger SPD peilt im nächsten Stadtrat 32 Sitze an und will die CSU als stärkste Fraktion auf den zweiten Platz verweisen. Dazu sollen bis zu zehn neue Mitglieder bei den Sozialdemokraten nachrücken.

Die Sozialdemokraten strotzen vor Selbstbewusstsein, auch wenn sie dies nicht offen zur Schau tragen. Lange Jahre haben sich die Sozis das Leben selber schwer gemacht in ihren Parteigremien. Da gab es Querschüsse gegen die Stadtratsfraktion, aber auch im Unterbezirk. Dies, so verkündet Parteichef Christian Vogel stolz und nicht frei von Eigenlob, sei vorbei. Er und seine beiden Stellvertreter Angelika Weikert, Landtagsabgeordnete, und Frank Schmidt, einst Umweltreferent mit Ambitionen für die nächste Ratsperiode, rühmen die „gute Zusammenarbeit“ zwischen Partei, Fraktion und Oberbürgermeister. Wohl auch die guten Umfragewerte sorgen für Rückenwind. „Wir peilen im nächsten Stadtrat 32 Sitze an“, sagt Weikert selbstbewusst. Damit hätte die SPD dann CSU-Stärke.

Die neue Kandidatenliste für den Stadtrat will die SPD zwar erst im Frühjahr 2007 erarbeiten, doch erste Weichen werden bereits gestellt. So will der Parteivorstand den Ortsvereinen einen Katalog an die Hand geben, nach welchen Kriterien sie ihre Kandidaten aussuchen sollten. Dabei müssen Alter, Beruf und regionaler Proporz berücksichtigt werden oder dass unter den ersten zehn zwei neue Gesichter sein sollten und auch zwei Jüngere unter 35 Jahre sowie unter den ersten 15 auch ein Parteiloser.

„Auf jeden Fall wird es auch eine Überraschung geben“, kündigt Vogel vieldeutig an, ohne die Katze aus dem Sack zu lassen. Doch wie Günther Beckstein auf einem Fashingsball die Schwimmerin Hannah Stockbauer auf eine Kandidatur anzusprechen, so Vogel, das fiel ihm nie ein.

fra

NN, 62. Jg., Nr. 74, 29.3.2006, NürnbergExtra, S. 1

LESERBRIEF

BETRIFFT: „KLINIKUM WILL NEUE WEGE GEHEN“

Was ist eigentlich mit dem Klinikum Nürnberg los? Als interessierter Bürger gewinnt man zunehmend den Eindruck, dass die Verwaltung mit dieser kommunalen Einrichtung schlicht und einfach überfordert ist.

Die jüngsten Pressemeldungen können nur dahingehend interpretiert werden, dass das Klinikum Nürnberg eine Art selektiver Privatisierung einleitet. Warum haben OB und Stadtrat das Privatisierungsangebot der Rhön-Klinik AG abgelehnt und sich zukunftsfähigen Managermethoden verschlossen?

Wir Bürger haben das Recht zu erfahren, was im Klinikum Nürnberg abgeht, und der Stadtrat hat die Pflicht, die jüngsten Vorgänge in einem transparenten Verfahren offen zu legen. Es ist an der Zeit, dass die beiden großen Stadtratsfraktionen sich den Sachproblemen dieser Stadt zuwenden und die kindische Debatte um Meinungsumfragen beenden.

4 Anhang

Eberhard Niedermaier, Nürnberg
NN, 62. Jg., Nr. 84, 22.3.2006, NürnbergExtra, S. 2

LESERBRIEF

BETRIFFT: „DIE URANGST NEHMEN“ – AUSBAU FRANKENSCHNELLWEG

Habe ich richtig gehört, gelesen? Der Staat – also personalisiert Herr Beckstein – zahlt 80 Prozent dazu. Um die restlichen 20 Prozent locker zu machen, musste Markus Söder vor Jahren – als er noch kein CSU-General war – so manche Prügel einstecken für seine Idee der „Frankenröhre“. Vor allem von den Parteigenossen unseres OB, da flogen die Fetzen! Nun – in Kürze wird der Genosse OB wohl als Erfinder der Baumaßnahmen am Frankenschnellweg hervorgehen, auch so kann man sich die fast 100-prozentige Zustimmung erklären. Ein „guter Bauer“ ist, wer gut erntet, wer gesät hat, interessiert am Markt keinen mehr – schade.

Kurt Vogt, Nürnberg
NN, 62. Jg., Nr. 84, 22.3.2006, NürnbergExtra, S. 2

SPD STELLT FÜR 2008 MACHTFRAGE „OB-AMT UND STÄRKSTE FRAKTION“ WEITER KOOPERATION IM STADTRAT

Die Nürnberger SPD-Stadtratsfraktion stellt die Machtfrage: Sie strebt bei der Kommunalwahl 2008 nicht nur eine Wiederwahl ihres Oberbürgermeisters Ulrich Maly an, sondern will im Parlament nach zwölf Jahren auch wieder stärkste Fraktion vor der CSU werden.

„Wir haben für die nächste Kommunalwahl zwei zentrale Ziele: 1. Die Verteidigung des Oberbürgermeisteramts. 2. Wir wollen stärkste Fraktion im Stadtrat werden.“ Mit dieser Vorgabe will die SPD-Fraktion in den Wahlkampf gehen, betont ihr gerade wieder gewählter Chef Gebhard Schönfelder.

Doch dabei will der Partei-Strategie, was ihm der politische Gegner jedoch nicht so recht abnimmt, die Zusammenarbeit der drei Fraktionen (SPD, CSU, Grüne) im Nürnberger Rat auch nach 2008 fortsetzen. „Wir haben seit 1996 einen Lernprozess durchgemacht, mehr noch als die CSU. Wir wollen keine Wackelkoalitionen“, beteuert Schönfelder. Die Nürnberger SPD hatte vor zehn Jahren erstmals den Kampf um den OB-Sessel verloren und musste das Amt an die CSU abtreten. Zuvor hatte es eine rotgrüne Koalition gegeben. Sie konnte zwar 2002 das höchste Amt rückerobern, ist aber nach wie vor nur zweitstärkste Kraft im Rat.

Jüngste Umfragen der WiSo-Fakultät hatten ergeben, dass nicht nur OB Maly derzeit unangefochten vorne liegt in der Wählergunst, sondern derzeit (wäre Wahl) die SPD auch stärkste Fraktion werden würde. Zusammen mit den Grünen (die CSU sagt, auch mit der Linken Liste/PDS) könnte sie eine neue Ratsmehrheit bilden. Schönfelder, der auch 2008 noch einmal für den Rat antreten will, tut die Anspielungen der CSU auf eine rot-rot-grüne Stadtregierung jedoch als „Kassandrarufer“ und den Versuch ab, „im Hinblick auf die Wahl 2008 ein Bündnis gegen die CSU an die Wand zu malen“.

POLITISCHER SPRENGSTOFF

Gleichwohl könnte die gescheiterte Reform der Stadtverwaltung (Maly-Modell) noch einmal für politischen Sprengstoff sorgen. Schönfelder kündigte an, dass sowohl seine Fraktion als auch OB Maly neue Vorstöße für eine Reduzierung der Referentenposten unternehmen werden. Die Koalitions-Partner von CSU und Grüne hatten das Maly-Modell abgelehnt.

Statt der von Maly geforderten sechs Referenten (plus OB) könnte sich Schönfelder auch sieben vorstellen. Falls es zu keiner Einigung komme, würden die Referenten eben erst 2008 (mit den neuen Wahlergebnissen im Hintergrund) statt 2007 gewählt. Eine Drohung mit der (angestrebten) stärksten Position?

Andreas Franke

NN, 62. Jg., Nr. 96, 26.4.2006, S. 14

ZWEI ASPIRANTEN RÜCKEN AB

KUNSTSTREIT: GSELL UND FLECK LASSEN LEHNER IM STICH

Beobachter sind sich einig: Der Vorwahlkampf um das Amt der Oberbürgermeisters, der erst 2008 gewählt wird, hat begonnen. Und zwei Anwärter aus der CSU haben den Streit um die Brunnen-Plastik aus Stadionstühlen kurzerhand als Thema entdeckt. Offenbar nutzt Bürgermeister Klemens Gsell, der von sich selbst behauptet, frühzeitig vor Protesten gewarnt zu haben, die Stimmung vieler Bürger gegen „die Stadtspitze“, um sich vom Amtsinhaber Ulrich Maly (SPD) abzusetzen. Einen Tag später taucht sein parteiinterner Rivale um das Spitzenamt, Wirtschaftsreferent Roland Fleck, auf und outet sich ebenfalls als Gegner des heftig umstrittenen Kunst-Objekts. Damit hätte man sich schon mal vom in die Kritik geratenen und zuletzt in dieser Frage abgetauchten OB abgegrenzt.

Doch die beiden ehrgeizigen Aspiranten aus der CSU haben offenbar noch eine weitere Chance erkannt: Nach den jüngsten Umfragewerten der WiSo-Fakultät (jetzt würden die Werte sicher anders ausfallen) lag Maly unangefochten vorne in der Wählergunst. Womöglich könnte nur eine Frau seinen Höhenflug in der Meinungsumfrage stoppen. Da fiel neben Dagmar Wöhrle auch der Name Julia Lehner. Nun steht die Kulturreferentin aus der CSU selbst mächtig im Kreuzfeuer der Kritik, weil sie das Kunstprojekt mit angeschoben hat. Für die beiden Männer und „Parteifreunde“ bietet sich so auch noch die gute Gelegenheit, eine interne Konkurrentin um den OB-Sessel abzuschließen. Anders kann man ihr illoyales Abrücken von der Referentin kaum bewerten.

Kunst-Stuhltürmer Olaf Metzel gefällt sich derweil unbändig in der Rolle des Provokateurs, der eifrig Öl ins Feuer gießt. Gegenüber Journalisten gefiel er sich mit der Behauptung, er hätte sein Werk („eine Nachbildung des Weltmeisterschaftspokals“) ja gern weg vom Schönen Brunnen, in einer anderen Ecke des Hauptmarkts aufgepflanzt, aber da sei das Kulturreferat dagegen gewesen, mit der Begründung, die Markthändler würden nicht weichen(!). Zugleich beschimpft Metzel die Erfinder des WM-Mottos der Stadt („Nürnberg kickt!“): „Das tut richtig weh. Das ist verbaler Müll“, und tut in Interviews André Hellers Fußball-Globus als „Kunstkitsch“ einer „Heulsuse“ ab. Immerhin findet er unseren OB gut, sagt er der SZ: „Maly ist ein echter Gewinn. Der wäre auch einer für München.“ Vorsicht, Herr Metzel, Lobpreisungen Ihrerseits können die Leute derzeit leicht in den falschen Hals bekommen.

4 Anhang

Manche Bürger sehen den neuen Nürnberger Kulturkampf eher gelassen, ja sportlich, wenn sie in der Lokalredaktion anrufen und fragen, ob der Herr Künstler wirklich noch ausgediente alte Sitze aus dem Franken-Stadion suche, um sie obenauf zu setzen – und was er dafür bezahle! Den umgekehrten Weg wollen andere beschreiten: Sie fragen schon an, ob Metzel seine Stühle nach Abschluss der Aktion verkauft – sie möchten einen. Das ist Marktwirtschaft.

Andreas Franke und Hans Peter Reitzner
NN, 62. Jg., Nr. 99, 29.4.2006, S. 10

REINHARD WITTENBERG UND SEINE UMFragen WENN POLITIKER ZITTERN...

Seinen Studenten beweist er immer wieder, dass Wissenschaft nicht trocken, abstrakt und theoretisch sein muss. Reinhard Wittenberg, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Soziologie und Empirische Sozialforschung der Universität Erlangen-Nürnberg, lässt Studenten gerne Umfragen machen und auswerten. Die Studien werden in der Öffentlichkeit durchaus beachtet. Mit Spannung warten die Nürnberger Stadträte beispielsweise auf den 26. Juli, wenn Wittenberg die neuesten Ergebnisse seiner Kommunalwahlstudie vorstellen wird. Die Zwischenergebnisse hatten bayernweit, auch in der „Süddeutschen Zeitung“, Beachtung gefunden.

Diese Studie findet Reinhard Wittenberg umso spannender, als Kommunalpolitik in Deutschland kaum erforscht sei: „Sie liegt vollkommen außerhalb der Fokussierung der Wissenschaften.“ Schon vor vier Jahren hatte der Forscher die Nürnberger Kommunalwahl anhand einer Telefon-, Onlinebefragung, Interviews an der Haustür und des Vergleichs von Zeitungen begleitet. Am Wahltag hatten dann 15 Studenten in Gleißhammer die Wähler befragt.

Und jetzt also eine Zwischenbilanz der Amtszeit von Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD). „Wir versuchen, ein Stimmungsbarometer zu ziehen“, meint Wittenberg. Vier inhaltliche Schwerpunkte stehen neben der politischen Stimmungslage im Mittelpunkt: Ausländer, Kriminalität, Lebensqualität und Familienfreundlichkeit. In der zweiten Stufe wird nun nach Bildung, Geschlecht, Einkommen und Alter selektiert. „Wir machen damit aber natürlich keine Wahlprognose, sondern geben nur wider, wie die Stimmungen derzeit sind“, meint Wittenberg. „Die Parteien können dann daraus natürlich ihre Schlussfolgerungen ziehen.“

Neben der Kommunalpolitik hat Reinhard Wittenberg weitere spannende Forschungsthemen für sich entdeckt: „Ich habe den Schwerpunkt Nürnberg“, sagt er. Zum Nürnberger Volksfest hat er schon eine Studie vorgelegt, außerdem zu Schwangerschaftsabbrüchen und über die Aufgeklärtheit von Jugendlichen. Die Kommunalwahlstudie ist im Internet unter

http://www.sozioogie.wiso.uni-erlangen.de/publikationen/a-u-d-papiere/a_06-01.pdf
verzeichnet.

Markus Kaiser
NZ, 203. Jg., Nr. 111, 15.5.2006, Nürnberg*plus*, S. +3

„NÜRNBERG IST PROVINZ!“

WO STEHT DIE STADT: NUR EIN KAFF ODER METROPOLE?

Ist Nürnberg immer noch ein konservatives Provinzkaff? Oder ist die Stadt mittlerweile zur weltoffenen Halb-Millionen-Metropole avanciert, deren kulturelle Leistungen unterschätzt werden?

Hat Nürnberg tatsächlich ein Image-Problem, wie Kritiker gern behaupten? Ist es, womit OB Ulrich Maly gerne kokettiert, tatsächlich „ein Geheimtipp“, den bislang zu wenige Leute kennen?

„Nürnberg ist Provinz! Darüber waren sich zumindest in den 1920er Jahren alle einig“, sagt Alexander Schmidt, promovierter Historiker und langjähriger Mitarbeiter des Regionalinstituts „Geschichte für alle e. V.“ In einem Vortrag an der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Uni ErlangenNürnberg zog er erstaunliche Parallelen zwischen den Kulturdebatten um Nürnberg von damals und heute.

Ein Blick in die Vergangenheit: 1929 hat OB Hermann Luppe bei einer Ausstellungseröffnung betont, „dass Nürnberg als Provinzstadt nur kulturelle Durchschnittsleistungen zu leisten vermag.“ Bedenkenswert! Denn schon damals rangierte Nürnberg mit seinen 400000 Einwohnern und einer bedeutenden Industrie landesweit unter den Großstädten immerhin an 13. Stelle. Und trotzdem konnte sich das gezeichnete Image durchsetzen. Der Durchschnitts-Nürnberger verzichtete freiwillig auf die Moderne.

„NIVEAULOSE DISKUSSIONEN“

So wie heute? Man denke nur an die Empörung vieler Nürnberger über Olaf Metzels Stuhl-Skulptur um den Schönen Brunnen am Hauptmarkt oder die Frage nach einer eigenen „Fränkischen Galerie“. Derartige Debatten seien nichts Neues. „Reaktionsweisen und Konfliktfelder von heute waren auch in den Zwanzigern aktuell“, behauptet Schmidt. Große Aufregung habe es zum Beispiel auch 1926 um die Frauenfigur des Bildhauers Josef Pöhlmann für den Neubau der Commerzbank gegenüber der Lorenzkirche gegeben. Viele Zeitgenossen empfanden die Figur als „zu modern und provokant“ – vergleichbar mit der jüngsten Aufregung um Olaf Metzels Stuhl-Skulptur, meint Schmidt. Damals wie heute seien „von vermeintlichen Freunden der Altstadt polemische, niveaulose Diskussionen“ geführt worden, „die das Kunstwerk selbst nicht erfassten“, sagt der Historiker. In beiden Fällen hielten die Initiatoren der Stadt stand. Die Figur von 1926 blieb, die Diskussion ebte ab.

EMPÖRTE KÜNSTLER

Auch die kontroverse Frage nach der Bedeutung fränkischer Kunst im Vergleich zur überregional bekannten Kunst sei typisch für Nürnberg. Im Dürerjahr 1928 seien viele regionale Künstler empört darüber gewesen, nicht in die Ausstellung „Deutsche Kunst der Gegenwart“ aufgenommen zu werden. Die von ihnen in einer Gegenbewegung gegründete „Fränkische Galerie“, die heutige Kunsthalle, fristete nur ein kurzes Dasein. Vergleichbar seien diese Geschehnisse mit der gegenwärtigen Diskussion um das Neue Museum und die Frage, ob die Kunsthalle wieder „Fränkische Galerie“ werden sollte. Warum rede man überhaupt immer von „Fränkischer“ Galerie und nicht von einer „Nürnberger“ oder einer „Städtischen“ Galerie?, fragt der Historiker. Reiche Nürnberg als Großstadt etwa nach wie vor nicht allein aus?

4 Anhang

Schmidt spannte den Bogen bis in die Gegenwart. Wo die Stadt heute steht? Nürnberg zählt fast 500000 Einwohner, die Wirtschaft floriert. Die historische Altstadt ist ein beliebtes Touristenziel. Die Stadt verfügt über ein Staatstheater, sehenswerte Denkmäler und zahlreiche Museen. Nürnberg hat ein enormes kulturelles Potenzial. Das gilt es zu fördern, um auch nach außen dem Bild einer weltoffenen, kunstfreundlichen Großstadt gerecht zu werden.

Carmen Dextl

NN, 62. Jg., Nr. 138, 17.6.2006, NürnbergExtra, S. 2

SPIELBALL IM PARTEIENSTREIT

DIE CSU WILL OB MALY KEINEN ERFOLG MEHR GÖNNEN

Das seit Mai 2004 mit viel personellem und finanziellem Aufwand (die Kosten für ein erstelltes Gutachten werden auf mindestens 30 000 Euro geschätzt) diskutierte Projekt eines gemeinsamen Kommunalunternehmens für Datenverarbeitung in der Städteachse ist längst zum Spielball parteipolitischen Kalküls geworden. Dass es wirklich noch um die Sache geht, darf bezweifelt werden.

Fachleute schütteln über die unklare neue Zielvorgabe aus der gestrigen Sondersitzung den Kopf und sehen einen „Tod auf Raten“ voraus. Wenn die CSU aus taktischen Gründen nicht bereit sei, dem IT-Unternehmen endlich klar grünes Licht zu geben, dann solle sie die Angelegenheit wenigstens sauber beenden.

Superreferent Wolfgang Köhler (CSU) agiert hier nicht ohne Widersprüche. Plötzlich tritt er als Vorkämpfer für die IT-Abteilung auf; noch vor zwei Jahren hatte er als Nurrkämmerer die Privatisierung gefordert. Der Verdacht drängt sich auf: Seitdem die guten Umfragewerte für OB Maly bekannt wurden (das war vor dem Stuhlaufuhr am Schönen Brunnen), trachtet die CSU danach, dem Sozialdemokraten jedes auch noch so kleine Erfolgserlebnis zu durchkreuzen oder zumindest zu verwässern. Es sieht so aus, als müsse man sich auf diese Ränkespiele bis zur nächsten Wahl 2008 einstellen.

Hans Peter Reitzner

NN, 62. Jg., Nr. 142, 22.6.2006, S. 10

KRACH IN DER KOALITION

NÜRNBERGER RATHAUS-BÜNDNIS: VIEL SAND IM GETRIEBE

Passend zum Koalitions-Krach in Berlin knirscht es auch im Nürnberger Rathaus-Bündnis (wieder) kräftig. Lediglich überdeckt von vier euphorischen WM-Wochen, in denen sich die Politik erfreulich zurückgehalten hat, bahnt sich vor der Sommerpause noch ein Gewitter zwischen CSU und SPD an.

Jüngster Auslöser ist der Plan von Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD), über ein Stiftungsmodell das leer stehende, marode Volksbad wiederzubeleben. Hat die CSU wirklich nur fachliche Bedenken gegen die Finanzierungsidee? Oder sind es vielmehr taktische Spielchen, um dem SPD-OB nach seinem Coup mit dem Café Wanner nicht noch weitere populäre Pluspunkte sammeln zu lassen? Eine kritische Erwiderung ist von der CSU – wie berichtet – für den heutigen Donnerstag angekündigt.

SPD-Fraktionschef Gebhard Schönfelder jedenfalls unterstellt den Christsozialen eine

4 Anhang

Verhinderungs-Strategie. „Ihr Ziel ist es, alles hinauszuzögern. Sie wollen Zeit schinden und Themen verschleppen. Eine Weiterentwicklung der Stadt scheitert an der CSU.“ Man lasse sich aber nicht den Oberbürgermeister, der Entscheidungen herbeiführen wolle, durch diese „Blockade“ madig machen.

Sollte es in wichtigen Themen keine Verständigung geben, droht er, werde die SPD die Entscheidungen öffentlich in den Ausschüssen suchen (und nicht mehr hinter verschlossenen Türen in Koalitions-Zirkeln). „Dann kann sich jeder Bürger ein Urteil darüber bilden, wer was will und wer was blockiert.“ Dabei nimmt der Polit-Strategie in Kauf, dass seine Fraktion Abstimmungsniederlagen erleiden wird.

In der letzten Stadtratssitzung vor der Sommerpause erwartet OB Maly nächste Woche daher noch einmal ein politisches Gewitter. Denn mit dem Volksbad und der engeren Zusammenarbeit der Städteachse im IT-Bereich stehen zwei konfliktträchtige Themen auf der Tagesordnung. Die CSU (allen voran ihr Kämmerer und Personalreferent Wolfgang Köhler) sieht in der Zusammenarbeit keinen Sinn – und keinen Spareffekt. Daher lehnt er das Modell ab. Wenn sich die BündnisPartner nicht bis zur Ratssitzung am Mittwoch einigen, kommt es zur Kampfabstimmung im Plenum. Das kündigt Schönfelder an. Wenn man so will, wird dies im Rathaus eine Woche der Entscheidung. Auch über die Zukunft des Bündnisses?

„Wir stellen hier jetzt keine Bündnisfrage“, wiegelt Schönfelder ab. Um aber gleich wieder zu betonen, dass der Zeitpunkt kommen könne, im dem die Kooperation „gefährdet ist“. Ein „funktionsfähiges Bündnis“ war bisher „gut für die Stadt“, betont er. Und nennt die Projekte Frankenschnellweg oder Flughafenanbindung als gute Beispiele der Kooperation „zum Wohle der Stadt“. „Es ist fahrlässig“, droht Schönfelder, „wenn die CSU das Bündnis durch ihre Politik nun gefährdet.“ Und er tut dies sicher nicht ohne Rücksprache mit OB Maly.

Die SPD sieht eine Reihe von Themen, die ihre These von der Blockade-Strategie belegen soll. Neben Volksbad und IT-Kooperation seien dies die Ponton-Bar auf der Pegnitz, die Verzögerung bei Personalentscheidungen (wie bei Stadtrechtsdirektor Hartmut Frommer oder dem potenziellen neuen Leiter des Jugendamts, Rudolf Reimüller), die Umgestaltung der VAG-Tarife oder auch die Reform der Verwaltung.

„Sachliche Einwände können es jedenfalls nicht sein“, meint Nürnbergs SPD-Chef Christian Vogel. Nach den guten Umfragewerten für den OB aus dem Frühjahr nimmt auch er an, dass die CSU nun mauert. Und man fragt sich bei der SPD schon, „ob das Spiel bis zur Kommunalwahl 2008 so weitergehen soll“.

Davon rät Franz Maget der CSU dringend ab. „Das hat die Münchener CSU bei OB Kronawitter Anfang der 90er Jahre auch schon mal für zwei Jahre versucht. Der Wähler hat das gar nicht honoriert“, gibt der Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag und Münchener SPD-Chef seinen Nürnberger Parteifreunden Schützenhilfe. Mal sehen, ob es sich nur um ein Sommergewitter handelt oder eine länger anhaltende Schlechtwetter-Front.

Andreas Franke

NN, 62. Jg., Nr. 160, 13.7.2006, S. 12

4 Anhang

UNI-STUDIE: NÜRNBERGER LIEBEN IHRE STADT

GROSSE MEHRHEIT IN DER BEVÖLKERUNG FÜR AUSBAU DES FRANKENSCHNELLWEGS

Die überwältigende Mehrheit der Nürnberger lieben ihre Stadt: Neun von zehn Einwohnern fühlen sich Nürnberg verbunden – was nicht heißt, dass sie nichts auszusetzen hätten. Zwei Fünftel haben etwas an ihrer näheren Wohnumwelt zu bemängeln – und nur die Hälfte findet, Nürnberg sei familienfreundlich. Ein klarer Auftrag an die Kommunalpolitik also. Das sind die wichtigsten Ergebnisse einer Studie, die am Lehrstuhl für Soziologie und empirische Sozialforschung an der Uni Erlangen-Nürnberg entstanden ist.

Wie sicher fühlen sich die Bewohner der Stadt? Wie stehen sie zur Integration von Ausländern? Wie beurteilen sie die Sauberkeit und das Wohnumfeld? Das waren die zentralen Bereiche, die 100 Studierende der Soziologie unter der Leitung von Dr. Reinhard Wittenberg abfragten. Die Studenten analysierten 1312 Telefoninterviews, 460 Online-Befragungen, Gespräche und Diskussionen mit Experten und die Berichterstattung der drei Nürnberger Regionalzeitungen.

Obwohl Nürnberg zu den sichersten Großstädten gehört, gilt Kriminalität – außer Arbeitslosigkeit – als größtes Problem: 81 Prozent der Befragten fürchten sich vor Verbrechen. Diese Probleme zu lösen, trauten zwei Drittel der Befragten der CSU zu.

Bei der Familienfreundlichkeit hat die SPD mit 56 Prozent die Nase vorn, auch bei der Verbesserung des Wohnumfelds trauen 60 Prozent den Genossen mehr zu.

Kommunalpolitisch sind die Bürger vor allem von den Themen „Frankenröhre“, „Volksbadsanierung“ und „Flughafen-Anbindung“ elektrisiert. Auch hier zeigen sich parteipolitische Vorlieben: Bei den CSU-Anhängern sprechen sich zwei Drittel für die Untertunnelung des Frankenschnellwegs aus und nur knapp über zehn Prozent für das Volksbad oder die Flughafenanbindung.

Etwas weniger als der Hälfte der SPD-Anhänger liegt der Frankenschnellweg am Herzen, dafür setzt sich jeweils mehr als ein Fünftel für die Volksbad-Sanierung und die Flughafenanbindung ein.

Selbst bei den Grünen stimmt eine relative Mehrheit (36 Prozent) für den Frankenschnellweg-Tunnel, dicht gefolgt von den Befürwortern der Volksbad-Sanierung mit 31 Prozent. Relativ groß, mit 18 Prozent, ist der Anteil der Grünen-Wähler, die sich eine Straßenbahn durch die Altstadt wünschen.

Die detaillierte Studie wird am Mittwoch der Öffentlichkeit vorgestellt. Ab dann sind ausgewählte Ergebnisse im Internet zu finden:

www.sozioologie.wiso.uni-erlangen.de/nuernberg-barometer/

AZ, Nr. 167/29, 22.7.2006, S. 3

STOLZ AUF NÜRNBERG

UNI-STUDIE ZUR STIMMUNG IN DER STADT

Neun von zehn Nürnbergern fühlen sich wohl in ihrer Stadt, sagt eine Studie der Uni-Erlangen-Nürnberg. Auch wenn Berufs-Pessimisten einwenden werden, dass damit 50000 Menschen in dieser Stadt unzufrieden sind – 90 Prozent stolze Nürnberger, das ist ein guter Wert, der sicher nicht von allen Großstädten Deutschlands erreicht wird.

4 Anhang

Abgesehen von diesem Pauschal-Urteil werden sich die Parteien vermutlich ihre speziellen Rosinen aus den Ergebnissen herauspicken: Die CSU ihren Kompetenz-Vorsprung in Sachen Sicherheit, die SPD ihre Stärken im sozialen Feld. Alles wie gehabt, könnte man sagen.

Spannender sind da folgende Ergebnisse: Nur jeder zehnte Nürnberger CSU-Wähler will im Knoblauchsland eine Flughafen-Autobahn bauen. Und stramme 36 Prozent der Grünen-Wähler befürworten den kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs.

Schon klar: Auch Grüne stehen öfter auf dem Frankenschnellweg im Stau – und nur wenige CSU-Wähler düsen regelmäßig vom Flughafen in die Welt.

Wienfried Vennemann

AZ, Nr. 167/29, 22.7.2006, S. 14

DIE NÜRNBERGER LEBEN GERNE HIER

STUDIE: ABER ANGST VOR KRIMINALITÄT – WENIG FAMILIENFREUNDLICH

Die Nürnberger haben – ein Zeichen für die hohe Lebensqualität – eine hohe Identifikation mit ihrer Stadt. Zugleich aber fürchten sie sich vor Kriminalität, obwohl die Frankenmetropole als eine der sichersten Großstädte Deutschlands gilt. Ein großes Manko scheint die mangelnde Familienfreundlichkeit zu sein.

Diese Einschätzungen hat ein Lehrforschungsprojekt zur „Kommunalpolitik und Lebensqualität in Nürnberg“ der WiSo-Fakultät an der Uni Erlangen-Nürnberg ergeben. 100 Soziologiestudenten hatten unter Leitung von Dr. Reinhard Wittenberg über 1300 Bürger sowie Experten befragt und Berichte unter anderem der Nürnberger Nachrichten ausgewertet.

GROSSE VERBUNDENHEIT

Neun von zehn Einwohnern fühlen sich demnach Nürnberg „sehr“ oder „ziemlich“ verbunden. Beeinträchtigt werde diese Bindung aber offenbar – neben der Angst vor Arbeitslosigkeit – durch die Befürchtung, Opfer von Kriminalität zu werden. 81 Prozent der Befragten fürchten sich davor. Mehr als die Hälfte traut der CSU hier die beste Problemlösungskompetenz zu. Ähnlich wie bei der Integration der Zuwanderer, wo sogar zwei Drittel auf die Christsozialen setzen.

Nur die Hälfte der Befragten ist mit der Familienfreundlichkeit in der Stadt zufrieden. Auf diesem Gebiet glauben 56 Prozent, dass die SPD eher Lösungen bringt. Zwei Fünftel der Befragten haben etwas an ihrem näheren Wohnumfeld auszusetzen. Auch hier sind etwa 60 Prozent der Befragten der Überzeugung, die Sozialdemokraten können hier am ehesten Verbesserungen schaffen. Große Priorität bei Projekten hat für die Befragten die Untertunnelung des Frankenschnellwegs. Danach folgt die Sanierung des Volksbads und eine Autobahnanbindung des Flughafens. Dahinter rangiert eine Straßenbahn durch die Altstadt.

fra

Weitere Informationen: Die Ergebnisse der Studie werden am Mittwoch, 26. Juli, 18.30 Uhr, im Audimax der WiSo, Findelgasse 7/9, vorgestellt. Im Internet gibt es die Ergebnisse ab 26. Juli unter: www.sozioogie.wiso.uni-erlangen.de/nuernberg-barometer/
NN, 62. Jg., Nr. 168, 22.7.2006, S. 11

4 Anhang

FAST ALLE FÜHLEN SICH MIT IHRER STADT VERBUNDEN UMFRAGE UNTER NÜRNBERGERN

Die Nürnberger fühlen sich stark mit ihrer Stadt verbunden und schreiben ihr eine hohe Lebensqualität zu. Arbeitslosigkeit und Kriminalität sind die drängendsten Probleme. Der kreuzungsfreie Ausbau des Frankenschnellwegs ist das wichtigste kommunale Thema.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse einer Umfrage zu kommunalpolitischen Themen, die Reinhard Wittenberg, Soziologe an der Universität Erlangen-Nürnberg, zusammen mit seinem 100-köpfigen Studententeam herausgefunden hat. Die Umfrage „Kommunalpolitik und Lebensqualität 2006“ basiert auf einer Auswertung von 1312 Telefoninterviews und 460 Online-Umfragen mit Nürnberger Bürgern. Außerdem wurden die Berichterstattung in drei Regionalzeitungen, darunter die NZ, berücksichtigt. Im März hatte Wittenberg den ersten Teil der Umfrage zu kommunalpolitischen Personen präsentiert. OB Ulrich Maly, so das Ergebnis, sei der beliebteste Kommunalpolitiker mit dem höchsten Bekanntheitsgrad.

Neun von zehn Einwohnern identifizieren sich mit ihrer Stadt. „Die Stadt braucht sich aber nicht auf ihren Lorbeeren auszuruhen“, so Wittenberg, denn zwei Fünftel der Befragten haben an ihrem Wohnumfeld etwas auszusetzen, und nur die Hälfte hält Nürnberg für kinderfreundlich. 81 Prozent der Interviewten fürchten sich vor Kriminalität, obwohl die Stadt die sicherste deutsche Großstadt ist. Mehr Angst haben die Nürnberger nur noch vor Arbeitslosigkeit. In der Rangliste der wichtigsten Themen folgen dann Familienfreundlichkeit, Zuwanderer und Integration von Migrantinnen, Sauberkeit. Die Lösung von Problemen trauen die Befragten bei der Kriminalität und Integration am ehesten der CSU zu, bei der Familienfreundlichkeit und bei der Sauberkeit hat die SPD die Nase vorn.

Wittenberg und seine Studenten haben auch nach kommunalpolitischen Reizthemen gefragt: Der kreuzungsfreie Ausbau des Frankenschnellwegs wurde dabei am meisten genannt. Danach folgen die Themen Volksbadsanierung, Autobahnanbindung des Flughafens und, etwas abgeschlagen, die Straßenbahnverbindung in Ost-West-Richtung durch die Altstadt. Zwei Drittel der CSU-Anhänger sind für den kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs. Bei der SPD sind es knapp 50 Prozent. Die Autobahnanbindung des Flughafens und die Revitalisierung des Volksbads interessiert SPD-Anhänger deutlich mehr als die CSU-Fans. Sogar bei den Grünen-Wählern liegt mit 36 Prozent der kreuzungsfreie Ausbau des Frankenschnellwegs an erster Stelle.

Bei der Parteienwahl spielen Geschlechtszugehörigkeit und Schulabschluss nur eine geringe Rolle. Ausschlaggebend sind eher Alter, Konfession und Einkommenshöhe. CSU-Wähler sind älter, gut situiert und christlich, meist katholisch. Die Sympathisanten (der SPD) sind eher jünger, protestantisch oder konfessionslos und haben ein niedrigeres Einkommen. Die Grünen-Anhänger sind jünger, haben Abitur oder Hochschulabschluss.

Ab 26. Juli werden die Ergebnisse im Internet unter

www.sozioogie.wiso.uni-erlangende/nuernberg-barometer/ veröffentlicht.

fis

NZ, 203. Jg., Nr. 169, 22.7.2006, S. 9

UMFRAGE ZUR KOMMUNALPOLITIK

GSELL HAT DIE BESTEN CHANCEN GEGEN MALY

Frauen haben mehr Angst vor kriminellen Übergriffen als Männer. CSU-Wähler sind ängstlicher als SPD-Wähler, und am wenigsten Angst vor Kriminalität haben die Wähler der Grünen.

„Je höher der allgemein bildende Schulabschluss ist, desto niedriger ist ihr Unsicherheitsgefühl“, stellt der Soziologe Reinhard Wittenberg in seiner Studie „Nürnberg-Barometer Kommunalpolitik und Lebensqualität in Nürnberg 2006“ fest. Wittenberg hat im Januar zusammen mit 100 Studenten der WiSo-Fakultät 1312 Nürnberger telefonisch interviewt und 460 Online-Befragungen durchgeführt, um ein Stimmungsbild zu bekommen, was den Nürnberger kommunalpolitisch wichtig ist und wie sie die Situation in der Stadt einschätzen (die NZ berichtete). Die Ergebnisse der Befragungen wurden dann mit Fachleuten diskutiert und gestern Abend der Öffentlichkeit vorgestellt.

Nach der Arbeitslosigkeit ist für die Befragten das größte Problemfeld die Kriminalität, dann folgen Familienfreundlichkeit, Sauberkeit/Wohnumfeld und Zuwanderer. Während für CSU-Wähler die Kriminalität und die Migration die größten Probleme sind, sind es bei den SPD-Anhängern die Familienfreundlichkeit und Sauberkeit.

KEINE MEHRHEIT FÜR DEN BAU EINER MOSCHEE

Knapp 20 Prozent der Befragten halten Nürnberg nicht für kinderfreundlich. Nur knapp ein Fünftel der Befragten gab an, dass sie bei der Kinderbetreuung vom Arbeitgeber unterstützt würden. Bei der Einstellung gegenüber Migranten unterscheiden sich Männer und Frauen nicht: Je älter die Befragten allerdings sind, desto mehr Vorbehalte haben sie gegenüber Zuwanderern.

Während CSU-Wähler gegenüber Migranten am skeptischsten sind, zeigen sich die Grünen am aufgeschlossensten. 75 Prozent der Befragten finden es richtig, dass die Stadt verpflichtende Deutschkurse anbietet. Eine deutliche Mehrheit sprach sich für mehr Investitionen in die Sprachförderung aus. 37,4 Prozent der Nürnberger fänden es in Ordnung, wenn in Stadtteilen mit hohem islamischen Bevölkerungsanteil eine Moschee gebaut würde, 35,7 Prozent wären dagegen. Für 48,5 Prozent der Befragten wäre die Einheirat von Asyl-Suchenden eher unangenehm.

Bei den großen städtischen Bauvorhaben würden sich die meisten der Befragten für den kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs entscheiden. Danach folgen die Sanierung des Volksbads, die Anbindung des Flughafens an die Autobahn und die Ost-West-Straßenbahnverbindung durch die Altstadt. Vor allem Männer und besser Verdienende setzen auf die Tunnellösung beim Frankenschnellweg.

Thema Sauberkeit: 30,2 Prozent halten die Stadt für zu schmutzig. Schuld daran seien das mangelnde Unrechtsbewusstsein und die Gleichgültigkeit der Bürger. 28 Prozent bemängeln die zu seltene Reinigung des Stadtgebiets.

Bei den Expertendiskussionen, an denen Vertreter der IHK, der Gewerkschaft, des Stadtrats und der Kirchen teilnahmen, wurde das Kooperationsmodell im Rathaus angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse zwar positiv bewertet: Eine klare Koalitionsverein-

barung hätte den Parteien aber mehr Profilierungsmöglichkeiten geboten. Nach Einschätzung der Befragten hat Klemens Gsell die größten Chancen, Oberbürgermeister Maly aus dem Amt zu verdrängen. Danach kommen Wirtschaftsreferent Roland Fleck und CSU-Fraktionschef Michel Frieser. Bei der Benotung der Stadtratsarbeit liegt die SPD vor der CSU und den Grünen. Über 40 Prozent der Befragten würden deshalb SPD wählen, knapp 32 Prozent die CSU.

fis

NZ, 203. Jg., Nr. 172, 27.7.2006, S. 11

STIMMUNGSTEST IN NÜRNBERG

WiSo-UMFRAGE: FURCHT VOR VERBRECHEN – STADT BELIEBT

Wer ist der Beliebteste unter den Nürnberger Kommunalpolitikern? Welche Probleme beschäftigen die Bürger? Wer kann sie am besten lösen? Auf diese und weitere Fragen gibt ein „Stimmungsbarometer“ der WiSo-Fakultät Antworten.

Da kommt einfach kein Gsell, kein Fleck, kein Frieser ran – laut eines WiSo-Lehrforschungsprojekts von Reinhard Wittenberg darf sich Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD) nicht nur des größten Bekanntheitsgrades, sondern auch größter Beliebtheit in Nürnberg erfreuen (wir berichteten).

Mit einer Schulnote von 2,5 erhält der Nürnberger OB die beste Bewertung unter den Kommunalpolitikern, vor seinem Parteikollegen Gebhard Schönfelder und Umweltbürgermeister Klemens Gsell (CSU). Brigitte Wellhöfer, Vorsitzende der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, bekommt von den Nürnberger Bürgern in der Auswertung mit der Note 3,1 die rote Laterne.

Nach unserer Berichterstattung über Wittenbergs Projekt „Nürnberg Barometer: Kommunalpolitik und Lebensqualität in Nürnberg 2006“ Anfang des Jahres stellte der wissenschaftliche Mitarbeiter vom Lehrstuhl für Soziologie nun – nach einem weiteren Semester – alle Ergebnisse aus (Telefon-)Umfragen in der WiSo vor. Es gehe ihm darum, eine Zwischenbilanz der politischen Stimmung vor den Kommunalwahlen 2008 zu ziehen.

Wie auch im Vorjahr sieht noch immer die Mehrheit der Nürnberger Bevölkerung Kriminalität als das Hauptproblem in ihrer Stadt – eine subjektive Wahrnehmung, so Wittenberg, denn tatsächlich sei die Kriminalitätsrate in Nürnberg im Verhältnis zu anderen deutschen Großstädten vergleichbarer Größe relativ gering.

Auffällig: Während vor allem CSU-Wähler Angst vor Verbrechen haben, „sind Grünen-Wähler am furchtlosesten“, sagt der Forscher. In jedem Fall traut die Mehrheit der Befragten (rund 51 Prozent) der CSU am ehesten zu, dieses Problem zu lösen. Am zweitwichtigsten ist den Nürnbergern die Familienfreundlichkeit in ihrer Stadt, rund 70 Prozent der Befragten sehen sie als ein dringendes Problem. Dabei stehen besonders Verbesserungsmöglichkeiten für den Wiedereinstieg ins Berufsleben nach der Geburt eines Kindes sowie Betreuungsangebote für den Nachwuchs im Vordergrund. Vor allem das Programm der SPD stößt hier auf Zustimmung.

Auch die Zuwanderung bleibt ein bedeutendes Thema in der Nürnberger Kommunalpolitik. Die Forscher überraschte hier vor allem, dass gerade die Geringstverdienenden (Einkommen unter 1000 Euro) am wenigsten Ressentiments gegenüber Migranten hegen.

4 Anhang

Dagegen sind die Vorurteile in der Einkommensklasse zwischen 1000 und 2000 Euro am stärksten verbreitet. Interessantes Detail: Die ausländischen Wunsch-Schwiegertöchter und -söhne kommen aus Italien, immerhin empfänden 46,9 Prozent der Befragten „die Einheirat von Italienern in ihre Familie als sehr angenehm“.

In Sachen Lebensqualität (Wohnumwelt/ Sauberkeit), der viertwichtigste Aspekt der Umfrage, kann Nürnberg weiter punkten: Immerhin fühlen sich rund 70 Prozent in ihrer Wohnumgebung wohl. Ein Traumergebnis gab es auch in puncto Heimatverbundenheit: Neun von zehn Nürnbergern geben an, sich stark mit ihrer Stadt zu identifizieren. Dabei gilt: Je ausgeprägter die Bindung an Nürnberg, desto stärker ist das Interesse an der Kommunalpolitik und dem Wohlergehen der Gemeinde. Am gefragtesten unter künftigen Großprojekten ist die Untertunnelung des Frankenschnellwegs, gefolgt von der Volksbadsanierung und einer besseren Flughafenanbindung.

Die Ergebnisse sind im Internet unter www.sociologie.wiso.uni-erlangen.de/nuernberg-barometer/ veröffentlicht.

Carmen Dexl

NN, 62. Jg., Nr. 173, 28.7.2006, NürnbergExtra S. 1

STUDIE VERRÄT, WIE DIE NÜRNBERGER DENKEN

Der erste Teil der Studie „Kommunalpolitik und Lebensqualität in Nürnberg 2006“ hatte im März ein mittleres politisches Erdbeben in Franken ausgelöst. Schließlich kann die CSU seither schwarz auf weiß nachlesen, dass ihre drei potentiellen OB-Kandidaten im direkten Vergleich mit Amtsinhaber Ulrich Maly (SPD) nicht einmal gemeinsam eine Chance hätten – Umweltreferent Klemens Gsell, Wirtschaftsreferent Roland Fleck und CSU-Fraktionschef Michael Frieser kämen zusammen im direkten Vergleich mit Maly nicht einmal auf ein Drittel der Zustimmung. Jetzt wurde die gesamte Studie vorgestellt, und seither weiß die CSU auch, dass Gsell die Nase knapp vorn hat vor Fleck, während Frieser weit zurück liegt – und nach Dagmar Wöhrle, der Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium, als möglicher Kandidatin gar nicht gefragt wurde. Soziologie-Professor Reinhard Wittenberg, der die Studie gemeinsam mit Studierenden der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Uni Erlangen-Nürnberg vorgelegt hat, betont allerdings, dass die Zahlen allesamt „vor der Verzierung des Schönen Brunnens“ ermittelt wurden. Die Kunstaktion hatte starke Proteste in Nürnberg ausgelöst und wurde von den Gegnern neben anderen dem Oberbürgermeister angekreidet. Die Studie zeigt weiterhin, dass die Nürnberger die Untertunnelung des Frankenschnellwegs für das wichtigste Großprojekt der Stadt halten, gefolgt von der Sanierung des Volksbades. Die gesamte Studie ist nachzulesen unter www.sociologie.wiso.uni-erlangen.de/nuernberg-barometer/.

Olaf Przybilla

SZ, 62. Jg., Nr. 172, 28.7.2006, S. 40

„SPD NICKT DOCH NUR AB“

CSU-FRAKTIONSCHIEF ATTACKIERT OB MALY UND DIE SOZIS

Er fordert von Oberbürgermeister Ulrich Maly mehr Kooperation im Rats-Bündnis, wirft der SPD vor, keine eigenen Themen zu besetzen und Vorgaben aus dem OB-Stab abzuni-

cken. Michael Frieser (CSU), Chef der größten Rathausfraktion, attackiert – im Auftakt zu den Sommerinterviews der Lokalredaktion mit Spitzenpolitikern aus dem Rathaus – den großen Bündnispartner und verweist auf die Leistungen seiner Partei.

Die SPD wirft der CSU Verzögerungs- und Blockadetaktik vor, die CSU schiebt dem Oberbürgermeister die Schuld für den mangelnden Fortschritt beim Augustinerhof in die Schuhe: Ein harmonisches Rathausbündnis sieht anders aus. Sind die Gemeinsamkeiten nach vier Jahren großer Koalition aufgebraucht?

Frieser: Wir Fraktionen sind mit einem Wettstreit der Ideen angetreten. Daran hat sich nichts geändert. Der Vorwurf der SPD uns gegenüber ist pauschal und als Strategie sehr durchsichtig. Die Bilanz des SPD-Oberbürgermeisters Ulrich Maly und der SPD ist sehr bescheiden. Dafür brauchen sie nun eine Erklärung. Und die soll lauten: „Die CSU lässt uns ja nicht so wie wir wollen“. Das nehmen wir als politischen Diskurs nicht besonders ernst. Wir überlassen es dem Wähler, über die sachliche Arbeit der Fraktionen und ihrer Ideen zu entscheiden.

Das heißt, die kritische Haltung der CSU etwa zu den Volksbad-Plänen des Oberbürgermeisters sind sachlicher, nicht parteipolitischer Natur?

Frieser: Wer mit einem Konzept nach außen geht, ohne vorher mit seinen Kooperationspartnern zu reden, muss auch damit rechnen, dass wir uns öffentlich kritisch äußern. In dem Volksbad-Konzept des Oberbürgermeisters waren gravierende Mängel und handwerkliche Fehler. Die konnten wir so nicht stehen lassen, was uns ja nun auch gelungen ist. Der OB brütet zunehmend mit seinem Stab Dinge aus und setzt dann die Kooperationspartner vor vollendete Tatsachen. Es wäre aber – siehe Volksbad – ein kooperativer Stil des OBs notwendig.

Im September soll es wieder Gespräche über die Verwaltungsreform geben. Besteht für die CSU weiter Interesse an diesem Thema?

Frieser: Natürlich, wir wünschen uns, dass die Grundlagen für eine Reform der Stadtverwaltung bis Anfang 2007 festgezurrert sind. Dabei darf es nicht nur um die Spitzenpositionen gehen, sondern auch um die Organisation der Ämter. Wir warten aber immer noch auf die seit langem geforderte Aufgabenkritik des Oberbürgermeisters. Er muss als Verwaltungsspitze seine Pläne hierzu endlich vorlegen. Uns ist aber auch daran gelegen, dass die Gespräche zusammen mit den Grünen stattfinden. Wir wollen sie nicht, so wie die SPD, um ihr Vorschlagsrecht fürs Umweltreferat betrügen.

Die SPD behauptet, Sie haben Ihre Fraktion nicht im Griff. Beispiel: Erst lehnt Ihr Vize Franz Gebhard ein Konzept des Sozialreferenten ab, zwei Stunden später stimmt die Fraktion zu. Ist das ein klarer Kurs?

Frieser: Gerade mit einem klaren Kurs der CSU hat die SPD und ihr Oberbürgermeister anscheinend die meisten Probleme. In der Sache haben wir uns auch beim Sozialreferat durchgesetzt. Unsere Kritikpunkte wurden vom Ausschuss einstimmig aufgenommen. Das zu vermitteln, ist uns aber nicht so gelungen. Die Reform des Sozialreferats wurde von uns schon unter Ingrid Mielenz gefordert. Ansonsten: Unter meinem Vorsitz hat es bisher nur einstimmige Beschlüsse in der Fraktion gegeben. Dass unser Kurs der SPD nicht behagt, ist ihr Problem. Wir nehmen halt Positionen ein, die wir auch nach außen vertreten. Die SPD nickt doch nur ab, was aus dem Stab des Oberbürgermeisters kommt.

4 Anhang

Ihr einziges Ziel lautet: den SPD-OB stützen. Eigene Themen: Fehlanzeige.

Haben Sie Sorge, dass der OB nach dem Café Wanner auch mit dem Volksbad und dem Augustinerhof vor der Wahl 2008 punkten könnte?

Frieser: Nein. Wir freuen uns über jedes Thema, das einer Lösung zugeführt wird. Und wir helfen dabei tatkräftig mit, wie beim Café Wanner. Der Kontakt kam aus der CSU. Beim Volksbad haben wir die Risiken minimiert. Hier gibt es jetzt eine echte Chance. Und beim Augustinerhof werden wir nun dafür sorgen, dass sich überhaupt etwa tut.

Umfragewerte haben Maly und der SPD jüngst hohe Zustimmung signalisiert. Was wollen Sie dem OB entgegensetzen? Und vor allem: wen?

Frieser: Die Ergebnisse schrecken uns nicht. Dass der OB sein Lager nach oben zieht, haben wir erwartet. Das haben parteiübergreifende Kooperationen so an sich. Das heißt noch nicht, dass auch 2008 so gewählt wird. Vor der Wahl 2002 gab es eine ähnliche Ausgangslage. Dennoch ist es unsere Aufgabe, das Profil der CSU und unsere Ideen nach außen zu tragen und zu schärfen. Wir halten einen Wechsel unserer Politik nicht für grundlegend notwendig. Zu unserem Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters werden wir uns im Frühjahr 2007 äußern, nicht vorher!

Wird der Haushalt 2007 ein Kraftakt? Oder helfen die üppigen Gewerbesteuereinnahmen, harte Sparentscheidungen aufzuschieben?

Frieser: Der Druck auf den Haushalt ist enorm groß. Wir stehen nach wie vor vor einer Schuldenhöchstlast. Daher wird es weitere Sparpakete geben. Nur weil mehr Gewerbesteuern fließen, ändert sich nichts an dem strukturellen Defizit. Die Verwaltung muss sagen, da lassen wir den Oberbürgermeister und den Kämmerer nicht aus der Verantwortung, wo vor allem intern dauerhaft gespart werden kann. Wir sollten aber in Bereichen vorsichtig sein, wo es Kontakt zu den Bürgern gibt.

Interview: Andreas Franke

NN, 62. Jg., Nr. 178, 3.8.2006, S. 14

DIE CSU LOBT SICH SELBST

SELBSTBEWUSSTSEIN ZUM JUBILÄUM: ZEHN JAHRE MITREGIEREN

Die Nürnberger CSU hat ihren Schock nach der Wähler-Umfrage vom Frühjahr überwunden. Mit einer Herbst-Offensive versucht sich die stärkste Fraktion – eineinviertel Jahre vor der Wahl – offensiv im Stadtrat, in der Stadt und gegen den populären Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD) zu positionieren. Dabei nutzen die Christsozialen eine Schwächephase der SPD-Fraktion.

„Auf gar keinen Fall eröffnen wir jetzt schon den Wahlkampf“, dementierten die drei Führungsmänner der CSU im Rathaus parteitaktische Absichten. Eine Stunde lang hatten Fraktionschef Michael Frieser, Bürgermeister Klemens Gsell und allen voran Wirtschaftsreferent Roland Fleck zuvor ein Loblied auf die Arbeit der CSU seit 1996 gesungen. Es sei gelungen, unter dem Motto „Lust auf Nürnberg“ das angebliche Image der „langweiligsten Großstadt Deutschlands“ (Der Spiegel) zu zerstreuen.

Ihr Fazit: „Entscheidend für die Zukunft dieser unserer Stadt wird sein, ob die CSU – so wie in den letzten zehn Jahren der Fall – prägender Gestaltungsfaktor für die Politik im Nürnberger Rathaus bleibt, oder ob ein Rückfall zu einer rot-grünen Mehrheit zu einem

4 Anhang

Rückschritt in Sachen Standortpolitik führt.“ Das soll kein Wahlkampf sein?

1996 hatte für die Nürnberger CSU eine neue Zeitrechnung begonnen. Fünfzig Jahre nach Kriegsende errang sie mit Ludwig Scholz erstmals von der SPD das OB-Amt (und musste es 2002 wieder abgeben). „Wir haben damit die Vorherrschaft der SPD gebrochen. Seitdem lag die CSU bei allen folgenden Wahlen, mit Ausnahme zum Bundestag 1998, vor der SPD“, frohlockte Frieser.

Die Christsozialen zogen nun zum zehnjährigen Jubiläum – mit Roland Fleck saß ab Oktober 1996, wie berichtet, erstmals ein „schwarzer“ Referent auf der Regierungsbank – eine „Zwischenbilanz“. Flecks ausführlicher Vortrag geriet dabei auch zur Bewerbungsrrede für die OBKandidatur. Er spannte den Bogen vom regionalen und internationalen Marketing für Nürnberg über die Erweiterung von Hafen, Messe und Flughafen bis zu einer „entideologisierten“ Verkehrspolitik. Auch den Aufstieg vom Stadt- zum Staatstheater schrieb er seiner Partei zu.

Dabei strotzten die drei Tenöre der Rats-CSU nur so vor Selbstbewusstsein. Scholz, Fleck und Gsell, so meinte Gsell, „hätten eine Dynamik entwickelt, von der Nürnberg heute noch profitiert“. Nur müsse man jetzt aufpassen, dass diese Dynamik nicht nachlasse. Damit kritisierte er die Politik Malys, dessen Name kein einziges Mal fiel.

Noch vor einem guten halben Jahr sah sich die CSU in der Defensive. Umfragen der WiSo-Fakultät unter Wählern hatten OB Maly und der SPD-Fraktion traumhafte Werte beschert. Die CSU dagegen schnitt nicht sonderlich gut ab. Nach den Umfragewerten erschien rein rechnerisch sogar eine rot-grüne Regierung am Horizont. Daher die Anspielung. Doch das Stimmungstief scheint in der CSU verflogen.

Nun ist die SPD-Fraktion in der Defensive. Ihr gesundheitlich angeschlagener Fraktionschef hat an Schlagkraft eingebüßt. Seine Haushaltsrede geriet jüngst, anders als beim Konkurrenten Frieser, zu keinem großen Wurf. Profilierte Köpfe hinter ihm fehlen. Die CSU besetzt wichtige Themen wie Bildung, Familie und Wirtschaft – und vier von sieben Referentenposten. Der derzeit unangefochtene OB konzentriert sich mehr auf das Moderieren des Dreier-Bündnisses aus CSU, SPD und Grünen und spielt die überparteiliche Karte. All das macht es den Christsozialen leichter, sich in der Öffentlichkeit zu positionieren.

Andreas Franke

NN, 62. Jg., Nr. 276, 28.11.2006, S. 13

Literaturverzeichnis

Adler, Simone, Birgit Arnold, Tina Bieberbach, Tamara Bull, Alla Geilure, Stefanie Knoll, Stephanie Kohl, Nicole Kruse, Nadine Möller, Christine Morgenroth, Sina Oelze, Martin Petermüller, Michael Picker, Juliya Poholyaylo, Sonja Reichel, Jochen Reinfuss, Sebastian Rothe und Sandra Schmidt, 2002: Warum Nürnberg den Wechsel wollte – Analyse einer Wahlnachbefragung. Bericht zum Lehrforschungsprojekt „Kommunalwahl 2002 in Nürnberg“ 2001/2002, Lehrstuhl für Soziologie, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg.

ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V., 2003: Jahresbericht 2003. http://www.adm-ev.de/pdf/Jahresbericht_03.pdf [aufgerufen am 07.02.2006].

Andersen, Uwe und Rainer Bovermann (Hg.), 2002: Im Westen was Neues. Kommunalwahl 1999 in NRW. Opladen: Leske + Budrich.

Arbeitsgruppe Regionale Standards, 2005: Regionale Standards. Eine gemeinsame Empfehlung des Arbeitskreises Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. (ADM), der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e. V. (ASI) und des Statistischen Bundesamtes. <http://www.destatis.de/download/d/mv/regionalstandards2005.pdf> [aufgerufen am 22.03.2006].

Asemann, Karl, 1978: Wahlbeteiligung und Wahlverhalten bei der Kommunalwahl am 20. März 1977 in Frankfurt a.M. Eine wahlstatistische und wahlsoziologische Analyse, *Frankfurter Statistische Berichte*, Band 33. Frankfurt a.M.: Statistisches Amt und Wahlamt Frankfurt a.M.

Backhaus, Klaus, Bernd Erichson, Plinke Wulff und Rolf Weiber, 2003: Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung. 10. Auflage, Berlin u.a.: Springer.

Biege, Hans-Peter, Georg Fabritius, H.-Jörg Siewert und Hans-Georg Wehling, 1978: Zwischen Persönlichkeitswahl und Parteientscheidung. Kommunales Wahlverhalten im Lichte einer Oberbürgermeisterwahl. Königstein: Anton Hain.

Bovermann, Rainer, 2002: Kommunales Wahlverhalten zwischen Partei-, Themen- und Kandidatenorientierung. S. 115–159 in: Uwe Andersen und Rainer Bovermann (Hg.), Im Westen was Neues. Kommunalwahl 1999 in NRW, Opladen: Leske + Budrich.

- Brettschneider, Frank**, 2003: Wahlumfragen: Medienberichterstattung und Wirkungen. S. 257–282 in: Andreas M. Wüst (Hg.), Politbarometer, Opladen: Leske + Budrich.
- Büschges, Günter**, 2002a: Individualismus, methodologischer. S. 229–230 in: Günter Endruweit und Gisela Trommsdorff (Hg.), Wörterbuch der Soziologie, 2., völl. neubearb. u. erw. Auflage, Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Büschges, Günter**, 2002b: Soziologie, strukturell-individualistische. S. 555–556 in: Günter Endruweit und Gisela Trommsdorff (Hg.), Wörterbuch der Soziologie, 2., völl. neubearb. u. erw. Auflage, Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Büschges, Günter, Werner Schulte und Reinhard Wittenberg**, 1974: Regionale Auswahleinheiten in der Straßenverkehrssicherheitsforschung. Forschungsbericht für die Bundesanstalt für Straßenwesen, Bergisch Gladbach. Manuskript, Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie.
- Burkard, Hermann**, 2002: Deutsche und ausländische Nürnberger. Umfrageergebnisse zum Thema Integration. Statistische Nachrichten der Stadt Nürnberg .
- Burkard, Hermann**, 2003: Nürnberg aus Bürgersicht. Eigenimage – Probleme – Langfristige Entwicklungsziele. Ergebnisse der Wohnungs- und Haushalterhebung 2003. Statistische Nachrichten der Stadt Nürnberg .
- Bussemer, Thymian**, 2006: Die „Umfragen-Sieger-Besieger“. Politik und Medien nach der Bundestagswahl. Frankfurter Hefte (3): 15–19.
- Der Bundeswahlleiter**, 2005: Bundeswahlordnung (BWO) in der Fassung vom 19. April 2002 (BGBl. I, S. 1376, zuletzt geändert durch Verordnung vom 30. Juni 2005 (BGBl. I, S. 1951. <http://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahl2005/downloads/bundeswo.pdf> [aufgerufen am 07.02.2006].
- Diekmann, Andreas**, 2006: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 14. Auflage, Reinbek b. Hamburg: Rowohlt.
- Eith, Ulrich**, 1997: Kommunales Wählerverhalten in Ost- und Westdeutschland: Brandenburg, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen im Vergleich. S. 377–400 in: Oscar W. Gabriel (Hg.), Politische Orientierungen und Verhaltensweise im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske + Budrich.
- Falter, Jürgen W. und Andrea Römmele**, 2002: Professionalisierung bundesdeutscher Wahlkämpfe, oder: Wie amerikanisch kann es werden? S. 49–63 in: Thomas Berg (Hg.), Moderner Wahlkampf. Blick hinter die Kulissen, Opladen: Leske + Budrich.
- Falter, Jürgen W. und Harald Schoen** (Hg.), 2005: Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: VS Verlag.

- Fischer, André**, 2002: Den Strukturwandel vorangetrieben. Ludwig Scholz – Oberbürgermeister 1996 – 2002. Nürnberg Heute 38 (72): 6–11.
- Fischer, André, Petra Nossek-Bock, Gerhard Stapf** und **Wolfgang Stöckel**, 2002: Nürnberg hat gewählt. Dr. Ulrich Maly löst Ludwig Scholz im Amt des Oberbürgermeisters ab. Nürnberg Heute 38 (72): 4–23.
- Flüter-Hoffmann, Christiane** und **Susanne Seyda**, 2006: Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2006. Wie familienfreundlich ist die deutsche Wirtschaft? – Stand, Fortschritte, Bilanz –. Berlin: BMFFSFJ.
- Foghammar, Alexandra** und **Christine Dierenbach**, 2005: Trauer um Ludwig Scholz. Zum Tod des Altoberbürgermeisters. Nürnberg Heute 41 (79): 28–31.
- Forschungsschwerpunkt Sozialer Wandel**, 2000: Personen oder Politik. Warum die SPD die Bundestagswahl 1998 gewann. WZB-Mitteilungen 90: 12–15.
- Franke, Andreas**, 2005: Nürnberg, eine verkannte Metropole? Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung zum Lehrforschungsprojekt „Nürnberg-Barometer“ am 26.10.2005. http://www.soziologie.wiso.uni-erlangen.de/ws0506/sozmeth/rvl_franke_nbg.pdf [aufgerufen am 21.12.2006].
- Friedrichs, J.** und **C. Wolf**, 1990: Die Methode der Passantenbefragung. Zeitschrift für Soziologie 19: 46–56.
- Fränkische Gesellschaft für Kultur, Politik und Zeitgeschichte e.V.** (Hg.), 2006: Vertrauen und Verantwortung. 60 Jahre CSU-Bezirksverband Nürnberg-Fürth-Schwabach (1945-2005). Nürnberg: Hofmann Infocom AG.
- Gabler, Siegfried** und **Sabine Häder**, 1999a: Erfahrungen beim Aufbau eines Auswahlrahmens für Telefonstichproben in Deutschland. ZUMA Nachrichten 23 (44): 45–61.
- Gabler, Siegfried** und **Sabine Häder**, 1999b: Generierung von Telefonstichproben mit TelSuSa. ZUMA Nachrichten 23 (44): 138–148.
- Gabler, Siegfried, Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik** und **Dagmar Krebs** (Hg.), 1994: Gewichtung in der Umfragepraxis. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gabriel, Oscar W.** und **Silke I. Keil**, 2005: Empirische Wahlforschung in Deutschland: Kritik und Entwicklungsperspektiven. S. 611–641 in: Jürgen W. Falter und Harald Schoen (Hg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden: VS Verlag.
- Glassner, Barry**, 1999: The Culture of Fear. Why Americans Are Afraid of the Wrong Things. New York: Basic Books.
- Goeken-Haidl, Ulrike**, 2006: 1866 – 2006. 140 Jahre SPD Nürnberg. Herausgegeben von der NürnbergSPD anlässlich ihres 140. Gründungstages am 24. Mai 2006. Nürnberg: SPD Nürnberg.

- Guratzsch, Dankwart**, 2006: Stadtbau von unten. Menschen 1 (4): 19–22.
- Holtz-Bacha, Christina**, 2001: Das Private in der Politik: Ein neuer Medientrend? Aus Politik und Zeitgeschichte 51 (B 41-42): 20–26.
- Holtz-Bacha, Christina**, 2002: Massenmedien und Wahlen: Die Professionalisierung der Kampagnen. Aus Politik und Zeitgeschichte 52 (B 15-16): 23–28.
- Holtz-Bacha, Christina**, 2006: Personalisiert und emotional: Strategien des modernen Wahlkampfes. Aus Politik und Zeitgeschichte 56 (B 7): 11–19.
- Hradil, Stefan**, 2006: Soziale Milieus – eine praxisorientierte Forschungsperspektive. Aus Politik und Zeitgeschichte 44-45 (30. Oktober): 3–10.
- Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.**, 2006: Quartalsauflagen von Tageszeitungen 4/2006. <http://daten.ivw.eu/index.php>.
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln**, 2006: Städteranking. Neue Dynamik im Osten. Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln 32 (29): 4–5.
- Jägers, Ludger und Markus Klaus**, 2004: Der Kampf um Mehrheiten. Politikmarketing und Wahlkampfmanagement. Ein Handbuch für erfolgreiche Kommunalwahlkämpfer. Recklinghausen: Kommunalverlag.
- Jungfer, Klaus**, 2005: Die Stadt in der Krise. Ein Manifest für starke Kommunen. München, Wien: Hanser.
- Kastl, Monika**, 2006: Kind und Karriere: Bewusstseinsänderung bei Rödl & Partner. Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung zum Lehrforschungsprojekt „Nürnberg-Barometer“ am 19.7.2006. http://www.soziologie.wiso.uni-erlangen.de/ws0506/sozmeth/Personalpolitik_070719_WiSo_End.pdf [aufgerufen am 21.12.2006].
- Küchler, Manfred**, 1982: Zur Messung der Stabilität von Wählerpotentialen. ZUMA Nachrichten 11 (44): 53–61.
- Kevenhörster, Paul**, 1976: Parallelen und Divergenzen zwischen gesamtsystemarem und kommunalem Wahlverhalten. S. 241–283 in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.), Kommunales Wahlverhalten, Schriftenreihe des Instituts für Kommunalwissenschaften, Band 4, Bonn: Eichholz.
- Korte, Karl-Rudolf**, 2005: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. 5., überarb u. akt. Auflage, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Kruke, Anja**, 2005: Zerrbilder im Spiegel. Wie die Demoskopie die öffentliche Meinung beeinflusst – und selbst beobachtet wird. Frankfurter Rundschau 61 (224): 11.
- Kunz, Volker**, 2004: Rational Choice. Frankfurt a.M., New York: Campus.

- Laatz, Wilfried**, 1993: Empirische Methoden. Ein Lehrbuch für Sozialwissenschaftler. Thun: Harri Deutsch.
- Lüdemann, Christian**, 2006: Kriminalitätsfurcht im urbanen Raum. Eine Mehrebenenanalyse zu individuellen und sozialräumlichen Determinanten verschiedener Dimensionen von Kriminalitätsfurcht. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 58 (2): 285–306.
- Löffler, Berthold** und **Walter Rogg**, 2000: Kommunalwahlen und kommunales Wahlverhalten. S. 109–136 in: Theodor Pfizer und Hans-Georg Wehling (Hg.), Kommunalpolitik in Baden-Württemberg, 3., völl. überarb. u. erw. Auflage, Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer.
- Lucas, Alexander**, 2003: Die „Heidelberg-Studien“ 1994-2003: Mehr als ein Politbarometer für Heidelberg. S. 335–342 in: Andreas M. Wüst (Hg.), Politbarometer, Opladen: Leske + Budrich.
- Lux-Henseler, Barbara** und **Henning Schirner**, 2005: Demographischer Wandel – Folgen für die Stadtgesellschaft und die Stadtentwicklung. Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung zum Lehrforschungsprojekt „Nürnberg-Barometer“ am 09.11.2005. http://www.sozioogie.wiso.uni-erlangen.de/ws0506/sozmeth/Ringvorlesung_DemogrWandel_20051109.pdf [aufgerufen am 21.12.2006].
- Meyer, Christine**, 2006: Aussiedler, Migranten, Zuwanderer: Integrationsbemühungen der Stadt Nürnberg. Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung zum Lehrforschungsprojekt „Nürnberg-Barometer“ am 17.05.2006. http://www.sozioogie.wiso.uni-erlangen.de/ws0506/sozmeth/ringvorl_integration170506.pdf [aufgerufen am 06.12.2006].
- Mühler, Kurt** und **Karl-Dieter Opp**, 2004: Region und Nation. Zu den Ursachen und Wirkungen regionaler und überregionaler Identifikation. Wiesbaden: VS Verlag.
- Netzwerk Migration in Europa**, 2004: Migration und Bevölkerung. http://www.migration-info.de/migration_und_bevoelkerung/archiv/ausgaben/ausgabe0409.htm [aufgerufen am 06.12.2006].
- Neumann, Florian**, 2004: Herztod in Nürnberg – eine kleinräumige Analyse zur Erklärung der Myokardinfarkt mortalität in der Stadt. Freie wiss. Arbeit zur Erlangung des akademischen Grades „Diplom-Sozialwirt (Univ.)“, Universität Erlangen-Nürnberg, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Soziologie und Empirische Sozialforschung, Nürnberg.
- Noelle, Elisabeth** und **Thomas Petersen**, 2006: Wie sicher ist Deutschland? Die Furcht der Bürger vor Verbrechen nimmt ab. Frankfurter Allgemeine Zeitung 58 (165): 3.

- Norpoth, Helmut** und **Thomas Gschwend**, 2003: Politbarometer und Wahlprognosen: Die Kanzlerfrage. S. 109–123 in: Andreas M. Wüst (Hg.), Politbarometer, Opladen: Leske + Budrich.
- Nürnberger Nachrichten**, 2006: Bei der CSU geht's abwärts. Mitgliederzahl in Nürnberg ist um fast zehn Prozent gesunken. *Nürnberger Nachrichten* 62 (44): 9.
- Nürnberger Zeitung**, 2007a: Beckstein sieht Maly vor allem als Moderator: Nach vorne hat er die Stadt nicht gebracht. *Nürnberger Zeitung* 204 (27): 9.
- Nürnberger Zeitung**, 2007b: CSU-Führungskrise wirkt sich auf OB-Kandidatenkür aus. Kommt Markus Söder doch noch? *Nürnberger Zeitung* 204 (13): 11.
- Oberreuter, Heinrich**, 2003: Jahrmarkt der Eitelkeit? – Das Politiker-Skalometer. S. 283–293 in: Andreas M. Wüst (Hg.), Politbarometer, Opladen: Leske + Budrich.
- Ohr, Dieter** und **Markus Klein**, 2001: Das Wölfchen und die fünf Clementinen: Die Wahrnehmung des Privatlebens der beiden Spitzenkandidaten bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 14. Mai 2000. *ZA-Information* 25 (48): 14–41.
- Otte, Gunnar**, 2004: Sozialstrukturanalysen mit Lebensstilen. Eine Studie zur theoretischen und methodischen Neuorientierung der Lebensstilforschung. Wiesbaden: VS Verlag.
- Perspektive Deutschland** (Hg.), 2006: Vorläufiger Projektbericht 2005/06. Die größte gesellschaftspolitische Online-Umfrage. Düsseldorf: McKinsey. <http://www.perspektive-deutschland.de/> [aufgerufen am 30.01.2007].
- Pfetsch, Barbara**, 2001: „Amerikanisierung“ der politischen Kommunikation? Politik und Medien in Deutschland und den USA. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51 (B 41-42): 27–36.
- Polizeidirektion/Kriminalpolizeidirektion Nürnberg**, 2006: Sicherheitsbericht Stadt Nürnberg 2005. Eigendruck im Selbstverlag; ISSN 1616-5446.
- Pütter, Norbert**, 2006: Polizei und kommunale Kriminalprävention. Formen und Folgen polizeilicher Präventionsarbeit in den Gemeinden. Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Reimann, Bettina** und **Ulla Schuleri-Hartje**, 2005: Integration von Migrantinnen und Migranten im Stadtteil. *Soziale Stadt info. Der Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt* (17): 2–8.
- Reitzner, Hans Peter**, 2006: Kandidatin Dagmar Wöhrl. Wer hat Chancen gegen den zweiten Urschlechter? *Nürnberger Nachrichten* 62 (41): 10.
- Robinson, William**, 1950: Ecological Correlations and the Behavior of Individuals. *American Sociological Review* 15: 351–357.

- Roth, Dieter** (Hg.), 1998: Empirische Wahlforschung. Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden. Opladen: Leske + Budrich.
- Sahner, Heinz**, 2005: Empirische Sozialforschung: Von der Schwierigkeit die Wahrheit zu sagen. Illustriert mit Beispielen aus der Transformationsforschung und der Stadtsoziologie (Halle/Saale). ZA-Information 29 (57): 6–27.
- Sator, Christoph**, 2006: Kamera nimmt Falschparker auf. London weitet Überwachung seiner Innenstadt nochmals aus. Nürnberger Nachrichten 62 (183): 6.
- Schacht, Konrad**, 1986: Wahlentscheidung im Dienstleistungszentrum. Analysen zur Frankfurter Kommunalwahl vom 22. März 1981. Opladen: Westdt. Verlag.
- Scherer, Helmut**, 1997: Analysen politischer Medieninhalte. Eine Einführung in die Methode der Inhaltsanalyse. Nürnberg: Unveröff. Ms.
- Schlögl, Gerhard**, 2005: Kriminalitätsentwicklung und Sicherheitsempfinden in Nürnberg. Sozialstrukturelle Wirkungszusammenhänge. Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung zum Lehrforschungsprojekt „Nürnberg-Barometer“ am 25.11.2005. <http://www.soziologie.wiso.uni-erlangen.de/ws0506/sozmeth/WISO-Vorlesung231105.pdf> [aufgerufen am 13.11.2006].
- Schmid, Thomas**, 2006: Lautlos verschwinden die Unterschiede. Diese Regierung drückt eine große Erschöpfung aus. Die Volksparteien nähern sich einander bis zur Ununterscheidbarkeit an. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 6 (8): 3.
- Schoen, Harald**, 2002: Wirkungen von Wahlprognosen auf Wahlen. S. 171–191 in: Thomas Berg (Hg.), Moderner Wahlkampf. Blick hinter die Kulissen, Opladen: Leske + Budrich.
- Schuman, Howard**, 1977: The Detroit Area Study After Twenty Five Years. The American Sociologist 12: 130–137.
- Süddeutsche Zeitung**, 2006: Hamburg weitet Überwachung aus. Senator: Mehr Videokameras an Straßen und Plätzen. Süddeutsche Zeitung 62 (180): 8.
- Silbermann, Alphons**, 1974: Systematische Inhaltsanalyse. S. 253–339 in: René König (Hg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung. Band 4: Komplexe Forschungsansätze, 3., umgearb. u. erw. Auflage, Stuttgart: Enke.
- Sodeur, Wolfgang** und **Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik**, 2005: Regionalisierung von statistischen Daten: Eine Einführung. S. 8–16 in: Arbeitsgruppe Regionale Standards (Hg.), Regionale Standards. Eine gemeinsame Empfehlung des Arbeitskreises Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. (ADM), der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e. V. (ASI) und des Statistischen Bundesamtes, ADM u.a. <http://www.destatis.de/download/d/mv/regionalstandards2005.pdf> [aufgerufen am 22.03.2006].

- Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik**, 2001a: Statistisches Jahrbuch der Stadt Nürnberg 2001. Nürnberg: Stadt Nürnberg.
- Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik**, 2001b: Vor der Kommunalwahl 2002 mit den Ergebnissen der Kommunalwahl 1996. Nürnberg: Stadt Nürnberg.
- Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik**, 2002a: Endergebnis der Kommunalwahl 2002 in Nürnberg.
- Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik**, 2002b: Stadtratswahl am 03. März 2002. Nürnberg Statistik aktuell, 11.03.2002.
- Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik**, 2004a: Segregation und Integration. Entwicklungstendenzen der Wohn- und Lebenssituation von Zuwanderern in der Stadt Nürnberg. Expertise im Rahmen des Projekts „Zuwanderer in der Stadt“, bearbeitet von Simone Zdrojewski, August 2004.
- Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik**, 2004b: Statistischer Monatsbericht für August 2004. Nürnberg Statistik aktuell, 04.10.2004.
- Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik**, 2005: Statistisches Jahrbuch der Stadt Nürnberg 2004. Nürnberg: Stadt Nürnberg.
- Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik**, 2006a: Innergebietliche Strukturdaten Nürnberg 2005. Nürnberg: Stadt Nürnberg.
- Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik**, 2006b: Wie beurteilen die Nürnberger die Sicherheit in ihrer Stadt? Statistik aktuell für Nürnberg und Fürth, 08.06.2006.
- Stadt Nürnberg, Referat für Jugend, Familie und Soziales**, 2004: Sozialbericht der Stadt Nürnberg. Band I: Die soziale Lage in Nürnberg - Struktur und Entwicklung der Armut. Nürnberg: Stadt Nürnberg.
- Stoll, Sabine**, 2006a: Der Staat schaut zu. An vielen Orten lauert längst ein Kameraauge. Nürnberger Nachrichten 62 (297): 10.
- Stoll, Sabine**, 2006b: Plärrer wird überwacht. Neue Kamera sendet Bilder in Polizeieinsatzzentrale. Nürnberger Nachrichten 62 (297): 9.
- Ulrich, Andreas und Markus Verbeet**, 2006: Sperrfeuer aus der Glotze. Der Spiegel 60 (50): 58–60.
- Voigt, Hartmut**, 2002: SPD-Kandidat Maly kam bei jüngeren Frauen gut an. Nürnberger Nachrichten 58 (55): 11.
- Walther, Uwe-Jens**, 2006: Die Zukunft der sozialen Stadt. Menschen 1 (4): 23–25.

- Wehling, Hans-Georg** und **H.-Jörg Siewert**, 1987: Der Bürgermeister in Baden-Württemberg. Eine Monographie. Theodor Eschenburg zum 80. Geburtstag am 24. Oktober 1984. 2. Auflage, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Kohlhammer.
- Wittenberg, Reinhard** (Hg.), 1991: Person – Situation – Institution – Kultur. Günter Büschges zum 65. Geburtstag. Berlin: Duncker & Humblot.
- Wittenberg, Reinhard**, 1998: Grundlagen computerunterstützter Datenanalyse. 2. Auflage, Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Wittenberg, Reinhard**, 2005a: Einführung in die sozialwissenschaftlichen Methoden und ihre Anwendung in empirischen Untersuchungen I – Skript. Technischer Bericht 2005-1, Universität Erlangen-Nürnberg, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Sozialwissenschaftliches Institut. Arbeits- und Diskussionspapiere des Lehrstuhls für Soziologie und Empirische Sozialforschung
http://www.sozioogie.wiso.uni-erlangen.de/publikationen/a-u-d-papiere/a_05-01.pdf.
- Wittenberg, Reinhard**, 2005b: Volksfeste in Nürnberg. Ergebnisse eines Forschungsprojektes zum Wandel von Volksfesten und zur Lage von Schaustellern. Regensburg: Roderer.
- Wüst, Andreas M.**, 2003: Stimmung, Projektion, Prognose? S. 83–107 in: Andreas M. Wüst (Hg.), Politbarometer, Opladen: Leske + Budrich.
- Zdrojewski, Simone**, 2005: Segregation und Integration von Zuwanderern. Eine Mehrebenenanalyse. Diplomarbeit im Studiengang Soziologie, Universität Bamberg, Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Bamberg.

Personen- und Sachverzeichnis

- Anderle
Prof. Dr.-Ing. Walter, 5
- Bärnreuther
Dr. h.c. Otto, 6
- Baumann
Wolfgang, 228
- Beckstein
Dr. Günther, 152, 208, 213, 215, 218–221, 223, 224, 227, 231, 234, 236, 237, 240, 244, 245
- Beisig
Walter, 3, 16, 192
- Blank
Renate, 98–100, 211, 217, 238
- Brehm
Thorsten, 224
- Bundestagsabgeordnete
Bekanntheit, 98–100
Bewertung, 100, 101
- Bundestagswahl
Ergebnisse, 9, 10
- Burkert
Martin, 98–101, 211, 217
- Fleck
Dr. Roland, 85–91, 94–96, 208, 209, 214, 216, 221, 223, 225, 228, 233, 239, 246, 255, 256, 258, 259
- Frieser
Michael, 85, 87, 89–91, 94, 208, 210, 213, 216, 219, 221, 223, 225, 227, 233, 237, 238, 240, 242, 243, 255–258
- Frommer
Dr. Hartmut, 250
- Gebhard
Franz, 257
- Gloser
Günter, 98–100, 211, 217
- Großprojekte
Altstadttram, 147, 149–151, 251–254
Augustinerhof, 5, 116, 153
Café Wanner, 153
ehemaliges Reichsparteitagsgelände, 153
Flughafenanbindung an die BAB, 147, 149, 150, 153, 219, 250–254, 256
Frankenschnellweg, 44, 114, 147, 149–151, 153, 173, 178, 185, 199, 202, 207, 208, 219, 228, 233, 245, 250–254, 256
Frankenstadion, 44, 153
Klausfelder-Komplex, 153
Schulgebäudesanierung, 153
Schulkinderbetreuung, 153
Sebalder Höfe, 153
Verwaltungsreform, 153
Volksbadsanierung, 147, 149–151, 153, 207, 208, 219, 249, 251–254, 256, 257
- Grosse-Grollmann
Stephan, 191
- Gsell
Dr. Klemens, 85–91, 94–96, 184, 187, 191, 198, 202, 208, 209, 214, 216, 221, 223, 225, 228, 233, 236, 237, 239, 240, 242, 246, 254–256, 258
- Haagen
Simon, 176, 179
- Interesse

Personen- und Sachverzeichnis

- kommunalpolitisches, 32, 83, 84
- Köhler
Wolfgang, 241, 249, 250
- Kommunalwahl
'Sonntagsfrage', 26, 27, 76, 104, 106
Ergebnisse, 1, 2, 4, 6, 7, 10, 57, 58, 61, 81, 82
kumulieren, 1, 2, 11
panaschieren, 1, 2, 11
Presseberichterstattung, 44
Wählerwanderung, 26–28, 30, 77, 107
Wahlabsicht, 31, 104, 106, 107, 110
Wahlkampf, 31–33, 56, 59–61
- Landtagswahl
Ergebnisse, 8
- Lehner
Prof. Dr. Julia, 208, 225, 239, 246
- Münter
Michael, 187, 192
- Maget
Franz, 250
- Maly
Dr. Ulrich, 3, 4, 16–18, 20–25, 28, 31, 35, 37, 40, 42, 43, 45, 47, 48, 53, 54, 56, 57, 64, 65, 67, 71, 73, 85, 87–91, 94, 95, 97, 101, 112, 175–181, 183–185, 188, 190, 192–199, 201–213, 215–217, 219–221, 223–225, 227–229, 231, 233–237, 239, 240, 242, 245–247, 249, 253, 255, 256, 258
- Medien
Abendzeitung, 35, 36, 39, 45, 46, 48–52, 58, 60, 64, 68, 71, 73
Bayern 1, 37, 39, 112
Bayern 3, 34, 37, 39, 110
Berichterstattung, 44
BILD Nürnberg, 35, 38, 39, 45, 46, 48–52, 57, 60, 64, 68, 71, 73, 111, 112
BR Fernsehen, 110, 112, 114
Franken Fernsehen, 34, 36, 110
Funktion von, 44
Guten Abend RTL, 37
Nürnberger Nachrichten, 34, 36–39, 45, 46, 48–52, 57, 60, 64, 68, 71, 73, 110, 112, 114
Nürnberger Zeitung, 34, 36–39, 45, 46, 48–52, 58, 60, 64, 68, 71, 73, 111, 112, 114
Radio F, 36, 37, 39, 110, 112
- Methodik
'Recall', 77
Flächenstichprobe, 40
Gewichtung, 13–16, 75, 77, 78, 92–94, 105
Onlinestichprobe, 17, 86
Onlineumfrage, 16, 74, 86, 88, 89, 99
Passantenbefragung, 41
Repräsentativität, 13, 75, 76, 86, 155–158
Synopsis der Umfragethemen, 162
Telefonbefragung, 16, 74, 78, 85, 88, 155–158
Telefonstichprobe, 13, 14, 75, 155–158
Wahlnachbefragung, 28, 29, 39, 41
Wiederholungsbefragung, 16, 21, 28
- Mielenz
Ingrid, 257
- Oberbürgermeisterwahl, 12
'Sonntagsfrage', 20–24
Ergebnisse, 2–5, 42
Kandidatenbekanntheit, 18, 86, 88, 89
Kandidatenbewertung, 19, 20, 89, 90, 96, 152
Kandidatenorientierung, 94, 95
mögliche CSU-Kandidaten, 90–92, 94, 152
Presseberichterstattung, 44
Stichwahl, 3, 43
Wählerwanderung, 22–25, 43
Wahlabsicht, 96, 97

Personen- und Sachverzeichnis

- Politikbereiche
Arbeitslosigkeit, 44, 116
Ausländerintegration, 44, 114–117, 141–146
Bildungspolitik, 62
Familienfreundlichkeit, 114–117, 134–141
Finanzpolitik, 52, 55, 62, 73
Gesundheitspolitik, 62
Kriminalität und Sicherheit, 44, 62, 114–125
Kulturpolitik, 44, 52, 62, 73, 114
Lösungskompetenz, 44, 103
Ordnung und Sauberkeit, 125, 126, 128–131
Sauberkeit, 114–117
Schulpolitik, 5, 116
Sportpolitik, 62
Städtebaupolitik, 5, 44, 63, 114
Umweltpolitik, 62
Verkehrspolitik, 5, 44, 52, 62, 73, 114, 116
Verschuldung, 44, 114, 116
Wirtschaftspolitik, 73
Wohnungspolitik, 62
Wohnzufriedenheit, 125, 126, 128–134
- Projektteilnehmer
Studienjahr 2001/02, 165, 167
Studienjahr 2005/06, 168, 169
- Reimüller
Rudolf, 250
- Riedel
Harald, 187, 191
- Ringvorlesung zum Lehrforschungsprojekt, 170
- Söder
Dr. Markus, 202, 208, 220–222, 224, 225, 227, 228, 231, 234, 235, 239, 240, 245
- Schönfelder
Gebhard, 85, 86, 88–90, 184, 198, 210, 214, 220, 223, 230, 237, 240, 241, 245, 249, 255
- Schönlein
Dr. Peter, 3, 5, 6, 40, 43, 152, 214
- Schüller
Ferdl, 187
- Schmidt
Frank, 244
Renate, 214
Tobias, 77, 225
- Schneider
Dr. Oscar, 214
- Scholz
Ludwig, 3, 5, 15–18, 20–22, 24, 25, 28, 37, 39, 40, 42, 43, 45, 47, 48, 53, 54, 56, 57, 64, 65, 67, 71, 73, 85, 89, 175–181, 183, 184, 188, 190, 192–195, 197–199, 201, 203, 204, 206, 209, 210, 214, 223, 259
- Schröder
Gerhard, 45, 201, 224, 225
- Soziodemografie
CATI 2002, 159
CATI 2006, 160
- Stadtrat
'Parteienbündnis', 103, 104, 152, 153
'Profiteure', 103, 105
Parteienbewertung, 101–103
- Stamm
Barbara, 219
- Stockbauer
Hannah, 237, 244
- Stoiber
Dr. Edmund, 28, 41, 77, 182, 186, 190, 194, 201, 208, 214, 215, 220, 234, 237
- Struck
Nikolaus, 3, 16, 192, 202
- Ulrich
Utz W., 187
- Urschlechter
Dr. Andreas, 5, 6, 90, 209
- Vogel

Christian, 244, 250

Wöhrl

Dagmar, 90, 98–100, 208, 210–212,
214, 216, 217, 219, 221, 223–225,
228, 231, 233, 237, 239, 240, 246,
256

Wahlforschung

'Amerikanisierung', 10, 11
'Recall', 76
'Repräsentativstimmbezirk', 40
'Valenzissue', 114
Briefwähler, 40, 41, 43
Kandidatenbewertung, 63, 65
Kandidatenorientierung, 10–12, 41,
84, 94, 95, 102
Parteienverdruss, 11
Parteiorientierung, 30, 84, 94, 102,
152
Personalisierung, 10, 47, 60, 66, 69–
71, 73, 94, 95, 152, 153
Prognose, 11, 42, 74, 78
Projektion, 74, 78
Sozialstrukturelle Cluster, 78, 79, 81,
83, 126, 136, 138
Stimmung, 74, 78
Themenorientierung, 11, 47, 94, 102
theoretische Erklärungsansätze, 10
Urnenwähler, 41
Volatilität, 43, 106
Wahlbeeinflussung, 28, 29

Weikert

Angelika, 244

Wellhöfer

Brigitte, 3, 16–18, 25, 28, 33, 45, 86,
88–90, 175, 178, 180, 181, 183,
184, 192, 194–197, 199, 202, 203,
210, 214, 215, 221, 223, 255

Publikationen des Lehrstuhls für Soziologie und Empirische Sozialforschung

Berichte

*In der Reihe „Berichte“ finden sich herausragende Forschungsergebnisse.
ISSN 1437-6741 (print); ISSN 1438-4663 (online)*

Wittenberg, Reinhard, unter Mitarbeit von Claudia Wenzig und Florian Janik: Lebensqualität, Kommunalpolitik und Kommunalwahlen in Nürnberg. Ausgewählte Ergebnisse aus Lehrforschungsprojekten der Jahre 2002 und 2006. Bericht 2007-1 ([online](#))
Die offline-Version ist als Buch im Roderer Verlag, Regensburg, erschienen.

Wittenberg, Reinhard: „Aufgeklärt, doch ahnungslos“. Ausgewählte Ergebnisse aus einem Lehrforschungsprojekt zum (Un-)Wissen über Sexualität, Empfängnis und Verhütung sowie Ansteckung mit Geschlechtskrankheiten bzw. HIV unter Schülern in Nürnberg. Bericht 2005-1 ([online](#))

Wittenberg, Reinhard: „Neues aus Wissenschaft & Praxis für Praxis & Wissenschaft“. Beiträge zum 4. Nürnberger AbsolventInnentag der Sozialwissenschaften am 4./5. Juli 2003. Bericht 2004-1 ([online](#))

Lechner, Birgit: Freizeitverhalten von BerufsschülerInnen im Rahmen der Lebensstilforschung und Subkulturtheorie. Bericht 2001-1

Wittenberg, Reinhard: AbsolventInnen des Studiengangs Sozialwissenschaften an der Universität Erlangen-Nürnberg: Studium und Beruf. Bericht 2000-2

Wenzig, Claudia: Armutsverlaufsmuster und ihre Auswirkungen auf das Wohlbefinden bei 17- bis 24-jährigen. Eine Analyse des Sozio-ökonomischen Panels 1985-1996. Bericht 2000-1

Funk, Walter: Kriminalitätsbelastung von Deutschen und Ausländern in Nürnberg 1996. Bericht 99-2

Wittenberg, Reinhard, unter Mitarbeit von Thomas Rothe, Sandra Proske, Claudia Wenzig & Knut Wenzig: Studienabbruch sowie Studienfach- und/oder Studienortwechsel an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg. Bericht 99-1

Arbeits- und Diskussionspapiere

In der Reihe „Arbeits- und Diskussionspapiere“ publizieren wir (Zwischen-) Ergebnisse unserer Forschungstätigkeit, Beiträge zur methodischen Diskussion und Skripten für unsere Lehrveranstaltungen.

Wittenberg, Reinhard (Hg.): Feier anlässlich des 80. Geburtstages von Prof. Dr. Günter Büschges. Arbeits- und Diskussionspapiere 2007-3 ([online](#))

Seitz, Jochen: Eine kurze Einführung in LaTeX. Arbeits- und Diskussionspapiere 2007-2 ([online](#))

Wittenberg, Reinhard, Einführung in die sozialwissenschaftlichen Methoden und ihre Anwendung in sozialwissenschaftlichen Untersuchungen I - Skript. 5., überarb., erg. u. aktual. Aufl., Arbeits- und Diskussionspapiere des Lehrstuhls für Soziologie und Empirische Sozialforschung 2007-1 ([online](#))

Prosch, Bernhard: Hilft Gestalt? Möglichkeiten gestaltisch orientierter Lehre. Arbeits- und Diskussionspapiere 2006-2 ([online](#))

Wittenberg, Reinhard: Politiker und Parteien in Nürnberg. Erste und vorläufige Ergebnisse einer Telefonumfrage im Januar 2006. Arbeits- und Diskussionspapiere 2006-1 ([online](#))

Wittenberg, Reinhard: Einführung in die sozialwissenschaftlichen Methoden und ihre Anwendung in empirischen Untersuchungen I – Skript. 4., überarb., erg. u. akt. Aufl. Arbeits- und Diskussionspapiere 2005-1 ([online](#))

Wittenberg, Reinhard: Studium und Beruf. Ausgewählte Ergebnisse der vierten Umfrage unter AbsolventInnen des Studiengangs Sozialwissenschaften an der Universität Erlangen-Nürnberg. Arbeits- und Diskussionspapiere 2004-4 ([online](#))

Wenzig, Knut & Günter Buttler: Panel für Gründer in Freien Berufen. Die erste Welle im Überblick und die Bewertung der Beratungsqualität am IFB. Arbeits- und Diskussionspapiere 2004-3 ([online](#))

Bacher, Johann, Knut Wenzig & Melanie Vogler: SPSS TwoStep Cluster – A First Evaluation. Arbeits- und Diskussionspapiere 2004-2 ([online](#))

Prosch, Bernhard & Nadine Jakob: Mobilitätsmanagement im Meinungsbild – Erste Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung zur Initiative NürnbergMOBIL. Arbeits- und Diskussionspapiere 2004-1

Dees, Werner & Claudia Wenzig: Das Nürnberger Kinderpanel - Untersuchungsdesign und Deskription der Untersuchungspopulation. Arbeits- und Diskussionspapiere 2003-5 ([online](#))

Wittenberg, Reinhard & Manuela Schmidt: Antisemitische Einstellungen in Deutschland in den Jahren 1994 und 2002. Ein Vergleich zweier Studien des American Jewish Committee, Berlin. Arbeits- und Diskussionspapiere 2003-4 ([online](#))

Wenzig, Knut & Johann Bacher: Determinanten des Studienverlaufs. Was beeinflusst den Studienverlauf an der WiSo-Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg? Eine Sekundäranalyse von Daten des Prüfungsamts und der Studentenkanzlei. Arbeits- und Diskussionspapiere 2003-3 ([online](#))

Wittenberg, Reinhard: Einführung in die sozialwissenschaftlichen Methoden und ihre Anwendung in empirischen Untersuchungen I – Skript. 3., überarb., erg. u. akt. Aufl.

Arbeits- und Diskussionspapiere 2003-2

Bacher, Johann: Soziale Ungleichheit und Bildungspartizipation im weiterführenden Schulsystem Österreichs. Arbeits- und Diskussionspapiere 2003-1

Bacher, Johann & Bernhard Prosch: Lebensbedingungen und Lebensstile von Auszubildenden – Ergebnisse der Leipziger Berufsschulbefragung 2000. Arbeits- und Diskussionspapiere 2002-2

Prosch, Bernhard: Regionalmarketing auf dem Prüfstand. Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung zur Region Nürnberg 2001. Arbeits- und Diskussionspapiere 2002-1

Wittenberg, Reinhard: Einführung in die sozialwissenschaftlichen Methoden und ihre Anwendung in empirischen Untersuchungen I – Skript. 2., überarb., erg. u. akt. Aufl. Arbeits- und Diskussionspapiere 2001-1

Bacher, Johann: Einführung in die Grundzüge der Soziologie I – Skript. Arbeits- und Diskussionspapiere 2000-4

Wittenberg, Reinhard: Schwangerschaftskonfliktberatung. Ergebnisse einer Analyse der Nürnberger Beratungsprotokolle des Jahres 1998. Arbeits- und Diskussionspapiere 2000-3

Wittenberg, Reinhard: Techniken wissenschaftlichen Arbeitens I – Skript. Arbeits- und Diskussionspapiere 2000-2

Bacher, Johann & Reinhard Wittenberg: Trennung von Kohorten-, Alters- und Periodeneffekten. Arbeits- und Diskussionspapiere 2000-1

Prosch, Bernhard: Raum für starke Köpfe? Regionalmarketing im Meinungsbild. Arbeits- und Diskussionspapiere 99-9

Prosch, Bernhard & Sören Petermann: Zuckerbrot und Peitsche für die Hühner. Kooperation durch dezentrale Institutionen. Arbeits- und Diskussionspapiere 99-8

Wittenberg, Reinhard, Serap Asiran, Almir Krdzalic, Vanessa S. Karg & Sabine Popp: Studium, Berufswahl und Berufstätigkeit Nürnberger SozialwirtInnen zwischen 1977 und 1999. Erste Ergebnisse. Arbeits- und Diskussionspapiere 99-7

Bacher, Johann: Arbeitslosigkeit und Rechtsextremismus. Forschungsergebnisse auf der Basis des ALLBUS 1996 und der Nürnberger BerufsschülerInnenbefragung 1999. Arbeits- und Diskussionspapiere 99-6

Wittenberg, Reinhard: Einführung in die Sozialwissenschaftlichen Methoden und ihre Anwendung in empirischen Untersuchungen I - Skript. Arbeits- und Diskussionspapiere 99-5

Wittenberg, Reinhard: Antisemitische Einstellungen in Deutschland zwischen 1994 und 1998. Messprobleme und Ergebnisse. Arbeits- und Diskussionspapiere 99-4

Bacher, Johann, Christoph Gürtler, Angelika Leonhardi, Claudia Wenzig & Reinhard Wittenberg: Das Nürnberger Kinderpanel. Zielsetzungen, theoretisches Ausgangsmodell, methodische Vorgehensweise sowie wissenschaftliche und praktische Relevanz. Arbeits- und Diskussionspapiere 99-3

Wittenberg, Reinhard: Pausenverkauf, Ernährung und Gesundheit an Nürnberger Schulen.

Arbeits- und Diskussionspapiere 99-2

Wittenberg, Reinhard & Dorothea Jäkel: Ernährung und Zahngesundheit an Nürnberger Hauptschulen. Arbeits- und Diskussionspapiere 99-1

Berichte sowie Arbeits- und Diskussionspapiere sind auch als PDF-Dokument abrufbar:
<http://www.soziologie.wiso.uni-erlangen.de/publikationen/>

ISSN 1437-6741 (print)
ISSN 1438-4663 (online)